

## **Den Kalten Krieg vermessen**



# Den Kalten Krieg vermessen



Über Reichweite und Alternativen  
einer binären Ordnungsvorstellung

Frank Reichherzer, Emmanuel Droit,  
Jan Hansen (Hrsg.)

**DE GRUYTER**  
OLDENBOURG

Das Buch erscheint mit freundlicher Unterstützung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw).

ISBN 978-3-11-048180-8

e-ISBN (PDF) 978-3-11-048419-9

e-ISBN (EPUB) 978-3-11-048199-0

**Library of Congress Control Number: 2018943368**

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbiografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Umschlagabbildung: Fotograf: Hartmut Reiche

Bildnachweis: ADN-ZB Reiche 5.1.90 Berlin: Eine gute Durchsicht hat man zu beiden Seiten der Mauer am Brandenburger Tor, nachdem auch an dieser Stelle „Mauerspechte“ am Werk waren. Bundesarchiv, Bild 183-1990-0105-029, Lizenz: CC-BY-SA 3.0.

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

[www.degruyter.com](http://www.degruyter.com)

# Dank

Der erste Dank gilt allen Trägerinnen und Trägern für die Mitarbeit an diesem Band. Sein Entstehen verdankt er darüber hinaus auch dem Mitwirken vieler im Inhaltsverzeichnis nicht genannter Personen. Das sind Gabriele Metzler, die stets – ob im Seminar, beim Café oder im Fahrstuhl des Institutes für Geschichtswissenschaften – ein offenes Ohr für die Thematik hatte und mit Kritik und Ermunterung das Projekt wohlwollend begleitet und erheblich vorangebracht hat. Gleiches gilt auch für Bernd Greiner, der mit seiner umfassenden Kenntnis der Materie oft die richtige Frage stellte. Nicht zu vergessen sind auch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen eines Workshops zum Thema. Schließlich gilt unser Dank dem Kolloquium des Bereichs Geschichte Westeuropas und der transatlantischen Beziehungen der Humboldt Universität zu Berlin, wo wir das Projekt in seinem Rohzustand mehrmals diskutiert haben.

Neben den ideellen Förderern sind natürlich auch finanzielle Förderer zu erwähnen, denen wir an dieser Stelle danken möchten. Das ist zuerst das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), das uns großzügig den Druck des Bandes ermöglichte. Dem Leitenden Wissenschaftler des ZMSBw, Michael Epkenhans, und dem Leiter des Bereiches Publikationen im ZMSBw, Christian Adam, danken wir für ihre Unterstützung und ihr Vertrauen. Auch dem Centre Marc Bloch verdanken wir viel. Das Centre hat nicht nur das Lektorat/Korrektorat der Texte möglich gemacht, sondern ebenso den Workshop finanziert, der Ausgangspunkt dieses Bandes war. Auch der Bereich Geschichte Westeuropas und der transatlantischen Beziehungen der Humboldt Universität zu Berlin hat den Workshop mitfinanziert und durch die helfenden Hände seiner studentischen Hilfskräfte sehr zu dessen Gelingen beigetragen.

Ein letzter Dank gilt dem Verlag De Gruyter/Oldenbourg und seinen Mitarbeiterinnen Elise Wintz und Rabea Rittgerodt, die mit viel Sachverstand, Gespür für Themen und letztlich auch mit ihrer Geduld zusammen mit kenntnisreichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Verlags wesentlich dazu beigetragen haben, dass der Band erscheinen konnte. Schließlich danken wir Friedericke Höhn, die kenntnisreich und mit Fingerspitzengefühl das Lektorat/Korrektorat übernommen hat.

*Frank Reichherzer, Emmanuel Droit & Jan Hansen  
Berlin, Strasbourg & Washington D.C., im Januar 2018*



# Inhalt

Frank Reichherzer

**Mit dem ‚Kalten Krieg‘ experimentieren. Ein Denkanstoß — 1**

Silvia Berger Ziauddin

**Atombunker — 15**

Andreas Weiß

**ASEAN — 33**

Jürgen Dinkel

**Die Blockfreien/Bündnisfreien — 45**

Peter Schuld

**Deutschland, beide — 57**

David Kuchenbuch

**Die „Eine Welt“ — 75**

Sophia Dafinger

**Experten für den Luftkrieg — 93**

Astrid Bötticher

**Extremismus — 107**

Annette Vowinckel

**Der Flughafen — 125**

Emmanuel Droit

**Geheimdienste — 137**

Heike Wieters

**Humanitäre NGOs — 149**

Jan Hansen

**Ideologien, Ende der — 165**

Martin Deuerlein  
**Interdependenz — 183**

Isabell Schrickel  
**International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA) — 199**

Grischa Sutterer  
**Islamismus — 215**

Tobias Nanz  
**Das Rote Telefon — 233**

Dieter H. Kollmer  
**Rüstung(-sgüterbeschaffung) — 249**

Phillip Wagner  
**Stadtplanung — 263**

Frank Reichherzer  
**Trilateral Commission — 279**

Michel Christian  
**UNCTAD — 297**

**Die Autoren des Bandes — 313**



Frank Reichherzer

## Mit dem ‚Kalten Krieg‘ experimentieren. Ein Denkanstoß

Dieser Band mit seinen Essays ist ein Experiment. Wir, die Herausgeber und Beiträger experimentieren, um nicht zu sagen: spielen mit dem ‚Kalten Krieg‘. Ein erster Hinweis in die Richtung, in die wir mit unserem Nachdenken über den ‚Kalten Krieg‘ zielen, wird auf einem Foto des Fotografen Hartmut Reiche deutlich<sup>1</sup>, welches auch auf den Einband dieses Buches gedruckt ist. Auf dem Bild ist unschwer die Berliner Mauer zu erkennen. Doch mit der in Stahlbeton real geworden Manifestation des ‚Kalten Krieges‘ stimmt etwas nicht. Ihr bröselnder Beton hat den Berliner Schnee grau gefärbt. Ein großes Loch klafft in ihr. Durch diese Öffnung, zwischen verbogen Armierungseisen hindurch, stecken gut gelaunte Damen von Westen aus irgendwie neugierig, aber auch schüchtern ihre Köpfe Richtung Osten. Das alles geschieht unter den Blicken zweier erstaunlich entspannt wirkender Grenzsoldaten der DDR. Das Bild macht eines deutlich: Die klare, messerscharfe Trennung der Welt in ‚Ost‘ und ‚West‘, wie sie mitten in Berlin mit einer Mauer symbolisch inszeniert und anschaulich geworden war, zeigt sich hier im Januar 1990 als äußerst brüchig und instabil.

Was auf dem Bild der durchlöchernten, bröckelnden Mauer sichtbar wird, ist aber nicht nur auf das hier in Szene gesetzte (vermeintliche) Ende des ‚Kalten Krieges‘ beschränkt. Die Frage nach der Porosität des ‚Kalten Krieges‘ und ihren spezifischen Formen durchzieht die Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und liefert das Leitmotiv für die Essays dieses Bandes. Konkret richtet sich unser gemeinsames, übergeordnetes Erkenntnisinteresse auf die Reichweite der Ordnung des Kalten Krieges, auf ihre Durchlässigkeit, ihre Dynamiken und damit auf die alternativen Entwürfe sowie die sich daraus ergebenden Reibungen und Wechselwirkungen. Das ist die Grundlage unseres Experimentes, mit dem wir den ‚Kalten Krieg‘ vermessen und mit dem wir der Forschung einen Denkanstoß liefern möchten. Es soll ein Anstoß sein, den ‚Kalten Krieg‘ vielleicht neu, möglicherweise etwas anders oder zumindest in einer erweiterten Perspektive jenseits der ausgetretenen Pfade zu denken. Damit soll der Band auch zu einer neuen, erweiterten Sicht auf die Zeit nach 1945, das 20. Jahrhundert und auf Aspekte der Moderne oder gar der multiplen Modernen im Allgemeinen beitragen.

---

<sup>1</sup> ADN-ZB Reiche 5.1.90 Berlin: Eine gute Durchsicht hat man zu beiden Seiten der Mauer am Brandenburger Tor, nachdem auch an dieser Stelle „Mauerspächte“ am Werk waren. Bundesarchiv, Bild 183–1990–0105–029, CC-BY-SA 3.0.

## Der Ausgangspunkt: Was heißt hier ‚Kalter Krieg‘?

„Will you tell me what the term ‚cold war‘ means to you?“<sup>2</sup> fragten im Dezember 1955 die Meinungsforscher des Umfrageinstitutes *Gallup* eine repräsentative Gruppe der Bevölkerung der USA. Die Antworten reichten von „political war“, „without arms – a diplomatic war“ bis hin zu „fighting for nothing“, „war is cold to everybody“ oder einfach nur „cold weather“.<sup>3</sup> Die Bandbreite der von den Meinungsforschern als falsch und richtig klassifizierten Aussagen war riesig. Eine Umfrage bei Historikerinnen und Historikern im Jahr 2017 würde wohl eine ähnliche Breite der Antworten zu Tage fördern. Allein die Bewertung in ‚richtig‘ und ‚falsch‘ würde sich erübrigen, da die zahlreichen und verschiedenen Verwendungen des Begriffs tatsächlich in den jeweiligen Kontexten meist ihre Berechtigung haben. So zeigt sich in der Wissenschaft ein weites Feld der Bedeutungen der Worte ‚Kalter Krieg‘.<sup>4</sup> Sie geben einer Epoche den Namen, einer spezifischen Phase der Ost-West-Konfliktes, deren innerer Zusammenhang durch den Konflikt der Supermächte UdSSR und USA nach 1945 und durch die Existenz und Auswirkung von Atomwaffen bestimmt war. In der Beschäftigung der Geschichts- und Sozialwissenschaften mit dem ‚Kalten Krieg‘ haben neben den klassischen Fragestellungen der *cold war studies* nach Ursachen und Verlauf des Konfliktes vor allem in den letzten Jahren solche Ansätze die Forschungslandschaft bereichert, die den ‚Kalten Krieg‘ selbst historisieren. Sie nehmen etwa das Imaginäre und Emotionale des ‚Kalten Krieges‘ mit seiner Wirkung auf Gesellschaft in den Blick, schreiben seine Mediengeschichte, untersuchen die Produktion und Anwendung von Wissen für und unter den Bedingungen des ‚Kalten Krieges‘, gehen über den Topos der Stellvertreterkriege hinaus, entdecken ‚Kalte Kriege‘ im Plural und präparieren die Wechselwirkung zwischen den vielen kleinen und großen Konflikten nach 1945 heraus. Sie richten ihr Interesse auf seine globale Dimension und nehmen bestimmte Akteure – beispielsweise die Friedensbewegung oder internationale Organisationen in den Blick. Die Liste der

---

2 Gallup Poll Number 557 (05.12.1955). Leider ist zur Zeit die Umfrage und ihre Ergebnisse auf der Gallup Seite nicht mehr online einsehbar. Zitate sind aber belegt in: Kwon: *The Other Cold War*, S. 153–154.

3 Ebd.

4 Allein die Recherche in Bibliographien und Datenbanken sowie ein oberflächlicher Blick auf die einschlägigen internationalen Journals, auf Handbücher, thematische Reihen und die nicht mal im Ansatz zu überblickenden weiteren internationalen Publikationen machen diesen Eindruck deutlich.

Ansätze und Forschungsfragen ist lang. Wie man es auch dreht: Der Umgang mit dem ‚Kalten Krieg‘ gleicht einem „undifferentiated chunk of history“<sup>5</sup>. Seine Vermessung erfordert daher einen klaren Zugang.

Unser Experiment geht daher nicht von aktuellen Trends aus. Vielmehr wählt es eine systematisch-analytische, ideengeschichtliche Setzung zum Ausgangspunkt.<sup>6</sup> In den Gedankenspielen der Essays soll der ‚Kalte Krieg‘ als in seiner Zeit besonders wirkmächtige Manifestation eines Denkstils verstanden werden, der versucht(e), die Welt in bestimmten Kategorien zu begreifen und zu ordnen. Grundlage dieser Ordnung war die radikale binäre Logik des Entweder-Oder, die mit ihren Grenzziehungen nach innen wie nach außen den Anspruch erhob, als leitendes Kriterium für die Ordnung der Welt und die Strukturierung von Gesellschaften zu dienen und diese so zu regulieren. ‚Kalter Krieg‘ markiert daher eine Chiffre, die für eine paradigmatische Ordnungsvorstellung (Binarität) steht, die ein bestimmtes Ordnungssystem (‚Kalter Krieg‘) hervorgebracht hat. In gewissem Sinn zeigt der ‚Kalten Krieg‘ sich so als zeitspezifische Formation eines radikalen modernen Denkens. In seinem Kern beruht dieses Denken auf der Möglichkeit und dem Willen zu klaren Unterscheidungen und eindeutigen Zuordnungen, zur Reduktion von Komplexität und Generierung von Handlungssicherheit. Mit Hilfe des im Ordnungssystem angelegten binären Mechanismus und den damit verbundenen Wahrnehmungs- und Deutungsfiltern ließen sich zeitgenössisch somit bestimmte Probleme erkennen, konkretisieren, einordnen und manchmal sogar auch lösen. Inhaltlich erfuhr die konkrete Binarität des ‚Kalten Krieges‘ ihre Aufladung durch den Ost-West-Konflikt, den Antagonismus von Kapitalismus und Kommunismus, den Kampf von jeweils einem ‚Gut‘ gegen das jeweils andere ‚Böse‘.

Bipolarität und binäres Denken schrieben sich als handlungsleitende Paradigmen in nahezu alle Bereiche – sowohl von Gesellschaft als auch der Ordnung von Welt – ein. Sie waren aber niemals total – höchstens in ihrem Anspruch. Immer wieder und zu jeder Zeit wurden sie unterlaufen oder spielten nur eingeschränkt eine Rolle. So standen der Konstruktion und Verfestigung der Ordnungsvorstellung ‚Kalter Krieg‘ gleichzeitig Dynamiken, Alternativen, Residuen und Widerstände gegenüber. Die Autorinnen und Autoren der Essays machen sich daher auf die Suche nach der Reichweite des ‚Kalten Krieges‘ und den alternativen

---

<sup>5</sup> Freedman: Frostbitten, S. 136.

<sup>6</sup> Für die hier in diesem Abschnitt entwickelte Skizze danke ich besonders meinen Mitherausgebern Emmanuel Droit und Jan Hansen für die unzähligen Gespräche, Kommentare und die damit verbundenen Anregungen, Ergänzungen und Präzisierungen des Konzeptes, die nicht nur hier in diesen und im folgenden Teil, sondern auch in den Workshop und den gesamten Band eingeflossen sind.

Ordnungen, die die Zeitgenossen entwarfen. Sie gehen Transzendierungen nach, machen Grenzverschiebungen aus und spüren Nischen auf, in die der ‚Kalte Krieg‘ nicht oder nur begrenzt eindrang. Mit einem solchen Vorgehen sollen Präsenz und Wirkung des Ordnungssystems ‚Kalter Krieg‘ und seine Relevanz in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis in unsere Gegenwart nicht unterbewertet werden. Im Gegenteil: Die Frage nach den Dynamiken, der Reichweite und der Suche nach Alternativen beschäftigt sich nicht nur mit der Prekarität der Ordnung des ‚Kalten Krieges‘. Ein wesentlicher Teil unseres Interesses richtet sich gleichzeitig auf die Stabilisierungen und Wandlungsfähigkeit – den Dynamiken – binärer Logiken, die Kontexte, in denen sie geschehen, und die Wechselwirkungen, die sich aus dieser Perspektive von den Grenzen aus ergeben.

Am Beginn steht daher ein Verständnis des ‚Kalten Krieges‘ als binäres Ordnungssystem. Als Matrix soll sie in der Konfrontation mit dem Material ihre erklärende und verstehende Kraft entfalten. Der Fokus ist gemessen an der Breite des Phänomens ‚Kalter Krieg‘ eng. Der Band klammert zugegeben viele Dinge aus, die sicherlich wichtig für eine umfassende Vermessung des ‚Kalten Krieges‘ wären. Doch diese möglichen Einwände verlieren auf den zweiten Blick zunehmend an Gewicht. Als Instrumentarium für die Frage nach Dynamiken, Reichweite und Alternativen bietet das Verständnis des ‚Kalten Krieges‘ als Ordnungssystem darüber hinaus fünf wesentliche Vorteile. Erstens: Nimmt man ein analytisches Verständnis des ‚Kalten Krieges‘ als Ordnungssystem zum Ausgang, schärft das zum Ersten den Blick auf das Wesentliche. Ein solcher Zugriff eröffnet im Anschluss weitere Felder und erweitert so die Perspektive statt sie zu verengen. Zweitens macht das klare Ausgangsverständnis des ‚Kalten Krieges‘ als binäre gedachte Ordnung es möglich, unterschiedliche Ansätze und Untersuchungsgegenstände auf einer gemeinsamen Grundlage miteinander ins Gespräch zu bringen. Drittens sind sowohl der analytische Zugang als auch der Rekurs auf Ordnung erkenntnistheoretisch quasi eine Ebene *vor* der realexistierenden Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts angesiedelt, die so entschlüsselt und neu betrachtet werden kann. Viertens ist der Zugang damit von zahlreichen weiteren Vorannahmen befreit und präjudiziert Ergebnisse nicht. Er ist auf diese Weise flexibel anwendbar und macht es möglich, auf Dynamiken in der Umsetzung der Ordnung zu reagieren. Fünftens ermöglicht das gewählte Instrumentarium, weiterführende Kategorien im Forschungsprozess zu entwickeln und diese Ergebnisse ebenfalls zueinander in Bezug zu setzen.

## Der Ansatz: Vier Modi der Transzendierung des ‚Kalten Krieges‘ und ein Fragenkatalog

Der ‚Kalte Krieg‘, verstanden als binär codiertes Ordnungssystem, liefert somit den Referenzrahmen für die Essays. Vereinfacht dienen vier Modi als analytische Annäherungen an das Thema. Bestimmt werden diese durch den Grad der Transzendierung des binären Ordnungssystems. Auf der ersten Ebene sind es alternative Konzepte und Rekonfigurationen, die sich innerhalb des Referenzrahmens abspielen und die lediglich binäres Denken modifizieren, Grenzziehungen neu ausloten (↗*Extremismus*; ↗*Der Atombunker*; ↗*Experten für den Luftkrieg*)<sup>7</sup> und verschieben oder die Bezugspunkte mit neuen Inhalten füllen (↗*Die Blockfreien/Bündnisfreien*; ↗*UNCTAD*). Zweitens sollen Nischen und Lücken im Ordnungssystem – Fenster im Kalten Krieg – gesucht und betrachtet werden (↗*IIASA*; ↗*Stadtplanung*; ↗*Das Rote Telefon*; ↗*Rüstung(-sgüterbeschaffung)*; ↗*Stadtplanung*). Drittens geht es um Transzendierungen, die die binäre Ordnung – also den Referenzrahmen selbst – herausfordern, sich an ihr abarbeiten und dem ‚Kalten Krieg‘ alternative Ordnungen von Welt gegenüberstellen oder diesen in neue Bezugssysteme einbauen (↗*Interdependenz*; ↗*ASEAN*; ↗*Der Atombunker*). Viertens interessieren uns Diskurse, die in ihrem Denken vollständig vom ‚Kalten Krieg‘ als Referenzpunkt losgelöst waren und – ohne ihn überhaupt zu thematisieren – Deutungsmuster produzieren (↗*Die „Eine Welt“*).

Daraus und in Mischung der Analyseebenen ergibt sich folgender Fragenkatalog, der sich in den einzelnen Beiträgen mit jeweiligen Schwerpunktsetzungen abbildet (↗*Alle Beiträge*): Wann traten – auch in diachroner Perspektive – Irritationen in und an der Ordnung des ‚Kalten Krieges‘ auf? Inwiefern, in welchen Zusammenhängen und warum funktionierte die Logik des ‚Kalten Krieges‘ nicht (mehr)? Welche Strategien zur Überwindung, aber auch Anpassung der Ordnungsvorstellungen und des Ordnungssystems ergaben sich, welche Dynamiken zeigen sich hier? Welche Akteure und Institutionen imaginierten alternative Ordnungen und wie sahen sie aus? Wo zeigten sich Widerstände gegen Grenzüberschreitungen des Ordnungssystems, und von wem gingen sie aus? Welche Praktiken rissen wann Löcher in den ‚Eisernen Vorhang‘? Wie beeinflussten sich etwa die Ost-West-Rivalität, und andere Metatrends wie Globalisierung und Dekolonisation wechselseitig? Wann und warum konnten Probleme nicht mehr

---

<sup>7</sup> Mit ↗ sind in der Hinführung zum Thema (und später in den Texten) die Verweise auf andere Essays gekennzeichnet. Das Genre ‚Einleitung‘ würde natürlich noch viel mehr solcher Verlinkungen möglich machen. Hier sind diese allerdings aus Gründen der Übersichtlichkeit und Ausgewogenheit nur exemplarisch aufgeführt.

(allein) in der manifestierten, binären Struktur betrachtet und gelöst werden? Wie überlagerten und beeinflussten sich verschiedene, ja: widersprüchliche Ordnungen? Wo zeigen sich Gleichzeitigkeiten des Ungleichzeitigen oder auch Ungleichzeitigkeiten des Gleichzeitigen? Wie ordnete sich Macht neu bzw. um? Was waren die Foren, Räume und Orte der Diskussion und Aushandlung? Wer waren die Mittler, was die benutzten Medien und Kanäle? Und schließlich: Wo liegen die Grenzen dieser umfassenden Transformation? Wo blieb und bleibt die binäre Ordnungsvorstellung des ‚Kalten Krieges‘ (auch nach 1989/91) dominant, und welche neuen Manifestationen eines binär formatierten Ordnungssystems zeigen sich möglicherweise bis heute?

## Eine Suchanweisung: Mit den ‚Dritten‘ sieht man besser

Mit dem Gewicht auf die Ordnungsvorstellungen ist der inhaltliche Rahmen des Experimentes abgesteckt. Doch wie kann man sich den Dynamiken einer binären Ordnungsvorstellung und ihrer Ausprägungen annähern? Auf eine vielversprechende Spur führt uns das MAD-Magazin, genauer die in der Satirezeitschrift ab 1961 abgedruckten Comicstrips mit dem Titel *Spy vs. Spy*.<sup>8</sup> In dieser Parodie der Absurditäten des ‚Kalten Krieges‘ kämpfen ein schwarz gezeichneter Spion und ein weiß gezeichneter Spion mit hinterhältigen Mitteln gegeneinander. Die Situation ist klar. Aber in einigen Geschichten taucht eine dritte Figur auf: ein grauer, weiblicher Spion. Die *woman in grey* sprengt die eindeutige, die binäre Konstellation. Hier werden die Geschichten und mit ihnen die Geschichte nun spannend. Das Dritte kommt ins Spiel!

Unter dem Schlagwort *Die Figur des Dritten* haben die Kultur- und Literaturwissenschaften ein auch in weiten Teilen für geschichtswissenschaftliche Fragestellungen anwendbares Konzept geliefert.<sup>9</sup> Als heuristische Hilfe haben die Autorinnen und Autoren der Essays die Suche nach dem ‚Dritten‘ für die Arbeit mit ihrem Material an die Hand bekommen. Warum sieht man aber mit dem ‚Dritten‘ besser? Die Leistungsfähigkeit des Konzeptes für unser Experiment liegt darin, dass es die Perspektive auch auf die Zwischenräume, die dynamischen Grenzregionen und Lücken des Ordnungssystems ‚Kalter Krieg‘ mit seiner binären Aus-

---

<sup>8</sup> Neben den Ausgaben des MAD-Magazin siehe aus der Vielzahl der Wiederabdrucke etwa Prohias: *Spy vs. Spy*.

<sup>9</sup> Siehe den im Rahmen des Graduiertenkollegs *Die Figur des Dritten* entstandenen Sammelband Eßlinger et al (Hg.): *Die Figur des Dritten*.

prägung lenkt. Das Dritte ist dabei als Figur nicht nur auf Personen und Gruppen beschränkt. Als Figur schließt es etwa auch Institutionen, Orte und Räume (↗ *Atombunker*) sowie die Welt ideeller Figurationen mit ein.

Das ‚Dritte‘ ist in diesen Ordnungen oft am Rande zu finden. Es stört (↗ *Das Rote Telefon*), weil es der binär-modernen Komplexitätsreduzierung mit ihrer spezifischen Rationalität zuwiderläuft. ‚Dritte‘ markieren jedoch von ihrer Position aus Probleme und Paradoxien binärer Grenzziehungen.<sup>10</sup> Sie machen auf Verwischungen, Unklarheiten und Hybridisierungen aufmerksam. Von ‚Dritten‘ verursachte Irritationen sind oft mehr als „systemische ‚Fehlermeldungen‘“<sup>11</sup>. Sie lehnen sich gegen das jeweils Eindeutige auf, fordern es heraus, bestreiten es, stellen es in Frage, machen Alternativen deutlich – *tertium datur!*

Doch nicht nur in der Störung liegt die Kraft des ‚Dritten‘. Wirkung zeigt das ‚Dritte‘ – um mit dem Literaturwissenschaftler Albrecht Koschorke zu sprechen – insbesondere auch dann, „wenn intellektuelle Operationen nicht bloß zwischen den beiden Seiten einer Unterscheidung oszillieren, sondern die Unterscheidung als solche zum Gegenstand und Problem wird.“ Damit setzt das unsichtbar wirkende Dritte Unterscheidungen ins Verhältnis zueinander und macht so die „binäre Codierung allererst möglich.“<sup>12</sup> Das ‚Dritte‘ ist somit in Form der Triangulation mehr oder weniger versteckt in binärer Ordnung zu finden.<sup>13</sup> Seine Identifikation sagt daher auch Wesentliches über das Verhältnis zwischen ‚Erstem‘ und ‚Zweiten‘ und die dahinter liegende Ordnung selbst aus, nicht nur über Alternativen. Angewendet auf den ‚Kalten Krieg‘ macht der Blick auf den, die ‚Dritten‘ oder das ‚Dritte‘ es daher möglich, Phänomene der Dynamiken und Transzendierungen des Ordnungssystems ‚Kalter Krieg‘ überhaupt erst zu entdecken und zu erschließen.

## Der Aufbau: Anregung zum ‚wildem Denken‘

Beim Blick auf das Inhaltsverzeichnis werden Leserinnen und Leser viel Vertrautes und Erwartbares entdecken. Einiges wird er oder sie mit Erstaunen registrieren, anderem mit Unverständnis, aber hoffentlich zumindest mit Neugier

---

<sup>10</sup> Am Beispiel des Antisemitismus ebenso kurz wie informativ und veranschaulicht von Holz: Die Gegenwart des Antisemitismus, S. 30–37.

<sup>11</sup> Koschorke: Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften, S. 9.

<sup>12</sup> Ebd., S. 11.

<sup>13</sup> Vgl. ebd.

begegnen. Mit Sicherheit wird in Rezensionen Elementares vermisst<sup>14</sup> und auf die Verschiedenartigkeit der Beiträge hingewiesen werden. Doch genau diese Heterogenität der Beiträge ist das Programm des Bandes. Denn am Anfang stand die Idee, dass ausgewiesene Experten und Expertinnen für einen spezifischen Gegenstand die hier eingangs dargelegte Fragestellung und Analysekategorie auf diesen anwenden. Ausdrücklich wurden sie ermuntert, mit den Kategorien und vorgeschlagenen Ansätzen zu spielen, sie sich auf je eigene Art und Weise anzueignen und für sich und in der Konfrontation mit ihrem empirischen Material weiterzudenken – und auch so weiterzuentwickeln. Erwartungsgemäß kam hier trotz des gemeinsamen Ausgangspunktes Ähnliches aber auch ganz Unterschiedliches heraus.

Doch gerade aus der Heterogenität der Gegenstände und den verschiedenen Umsetzungen durch die Autorinnen und Autoren ergeben sich zahlreiche Querverbindungen. Die Links ergeben sich zwischen thematisch nahen aber auch fernen Essays – weshalb diese auch lediglich alphabetisch angeordnet sind. Neben den in sich geschlossenen Ergebnissen der einzelnen Beiträge zieht das Experiment daher auf die Verknüpfungen, auf die Denk- und Erkenntnisräume, die sich *zwischen* den einzelnen Essays aufspannen. Hier liegt ein großer Erkenntnisgewinn für die Vermessung und Historisierung des Phänomens ‚Kalter Krieg‘. Die hypertextuellen Verweise – angedeutet durch (↗) – sind daher Navigationshilfen durch dies Räume. Sie sind eine angemessene Form und Einladung, die die Leserinnen und Leser bewusst auffordert, Lektürewege selbst zu wählen, Pfade zu verlassen, auf Entdeckungsreise zu gehen, uns beim Denken zu folgen, aber auch wilde Sprünge zu machen und mit unserem Angebot, unseren Beiträgen zu spielen und selbst Teil des Experimentes zu werden und sich so Dynamiken, Reichweite und Alternativen der binären Ordnung des ‚Kalten Krieges‘ zu erschließen.

## Das Ergebnis: bunt

Will man das Ergebnis dieses Bandes somit nun auf einen Punkt bringen, ist es vor dem Hintergrund des ‚wilden Denkens‘ nicht erstaunlich, dass es kein eindeutiges Ergebnis gibt. Damit ist unser Experiment aber nicht gescheitert. Im Gegenteil: In den hypertextuellen Erkenntnisräumen zwischen den Essays zu ganz verschiedenen Themen lassen sich übergreifende Ergebnisse formulieren. Auch wenn der

---

<sup>14</sup> Ich selbst bedauere vor allem das Fehlen der Felder Sport, Religion und Kunst, für die wir leider keine Beiträge gewinnen konnten.



Band in seinem Ansatz seine Leserinnen und Leser sowohl auf- und herausfordert, Wege selbst zu wählen und sich zu erschließen, möchte ich vier Schneisen quer durch das Material des Bandes schlagen, um die mir relevant erscheinenden Ergebnisse unseres Experiments auf einer übergeordneten Ebene anzudeuten, und um gleichsam auch neue Fragen aufzuwerfen und Forschungsfelder zu markieren, die unsere Experiment erschließt und die von ihm ausgehen.

### ***Schneise 1: Löcher im ‚Eisernen Vorhang‘, Paradoxien und das Erschließen von Übergangsräumen***

In der Gesamtschau der Beiträge zeigt sich, dass Fenster im ‚Kalten Krieg‘ oder Löcher im ‚Eisernen Vorhang‘ ein fester Bestandteil der gelebten Ordnung waren ( $\nearrow$  *Humanitäre NGOs*). Sie zeigen sich explizit etwa in den exklusiven Kommunikationskanälen der Supermächte ( $\nearrow$  *Das Rote Telefon*), in Fragen der Mobilität ( $\nearrow$  *Der Flughafen*) oder in Bezug auf ein übergeordnetes ‚Erstes‘ in Form von Universalismen ( $\nearrow$  *Stadtplanung*). Die Flexibilität und vermeintliche Widersprüche der Ordnung zeigen sich auch, wenn man verschiedene Ebenen – etwa Blöcke und Staaten – übereinander legt und betrachtet: Binär codierte Eindeutigkeit, ein unzweideutiges Bekenntnis zum jeweiligen Block und die Akzeptanz der Ordnung als Ganzes kann auf einer anderen Ebene Handlungsspielräume eröffnen und damit gleichzeitig Transzendierungen in Teilbereichen möglich machen ( $\nearrow$  *Deutschland, beide; \nearrow* *Geheimdienste*)

Paradoxie ist daher das Stichwort für die große, die erste Schneise, in der sich die vier folgenden auch alle treffen. Sie gilt es als solche nicht aufzulösen, sondern zum Ausgang der Forschung zu machen, verbirgt sich in der Betrachtung von Paradoxien doch ein großes Erkenntnispotential. In der Konfrontation mit dem historischen Material zeigt der ‚Kalte Krieg‘ sich nicht als starres Gehäuse. Er und seine binäre Ordnung waren porös und ambivalent. Sie weisen zusammen betrachtet darauf hin, dass eine klare Grenze des ‚Kalten Krieges‘ nicht gezogen werden kann. Im Ergebnis zeigen sich – um im Bild der Grenze zu bleiben – fluide, dynamische Grenzzonen mit zahlreichen Übergängen, die von verschiedenen Zeiten, Räumen, Akteuren und Themen – kurz: Kontexten – abhängig sind. In diesen Grenzregionen wird sowohl die in der gleichen Zeit als auch in gleichen Räumen parallele Existenz verschiedener Ordnungsentwürfe und die Bezüge zwischen diesen deutlich ( $\nearrow$  *ASEAN; \nearrow* *Humanitäre NGOs*). Diese Grenzzonen – die Übergangszonen – mit ihren paradoxen Konstellationen und ihren Gleichzeitigkeiten des Ungleichzeitigen (und umgekehrt) markieren die Beiträge als gewinnbringendes Forschungsfeld. Die Essays weisen darauf hin, in der Forschung zum ‚Kalten Krieg‘ weniger auf vermeintliche Eindeutigkeiten zu blicken, als sich vielmehr auf die Suche und Interpretation von Widersprüchen, Span-

nungen, Irritation, Hybridisierungen und den damit einhergehenden Dynamiken zu machen.

### ***Schneise 2: Temporale Strukturen und Fragen der Periodisierungen***

Betrachtet man die Beiträge gesammelt, setzen sie sich in ihren temporalen Strukturierungen von einer eindeutigen Chronologie ab. Begriffe wie Beginn, Spannung, Détente, Zweiter Kalter Krieg und sein Ende tauchen natürlich auf. Doch diese klassische Fieberkurve des ‚Kalten Krieges‘ verblasst deutlich beim Lesen der Beiträge. Alternative Chronologien oder zumindest dynamischere Übergänge werden so deutlich. Auch machen sie klar, dass die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zeitlich nicht isoliert betrachtet werden sollte (↗*Stadtplanung*; ↗*Experten für den Luftkrieg*). Die Beiträge reihen sich damit in den Trend aktueller Forschungen ein, die Modi des ‚Kalten Krieges‘ zumindest mit etwas größerer Flexibilität zu betrachten.

Mit etwas Abstand betrachtet reproduzieren die Beiträge aber einen Mechanismus, der auch in der Erzählung der ‚klassischen‘ Perioden deutlich wird und den man mit den Begriffen Kontraktion und Dekontraktion beschreiben könnte. Wechselwirkungen des binären Ordnungssystems mit je spezifischen Kontexten führen zu einer Ausdehnung und steigenden Durchlässigkeit oder umgekehrt zu einem Zusammenziehen und stärkerem Rekurs auf die binären Codes. Diese Dynamiken der Ordnung des ‚Kalten Krieges‘ machen jedoch nicht mehr einzelne Phasen aus. Sie widersetzen sich linearen Vorstellungen von Wandel und dem Diktat des Zeitpfeils. Denn sie können zur gleichen Zeit vollkommen unterschiedlich sein und auch zahlreiche Bezüge zur Vergangenheit haben (Faltungen in der Zeit). Dieser Befund weist auf zwei Dinge hin: Zum einen betont er wiederum Kontextabhängigkeit und Wechselwirkungen und fordert auf, die Spezifika von Zeiten, Räumen, Themen und Akteuren sowie deren Verbindung untereinander intensiv zu betrachten; zum anderen macht er auf die bereits geschilderten Paradoxien und Ambivalenzen aufmerksam, die in den ‚Kalten Krieg‘ eingeschrieben und damit auch ein Bestandteil seiner Ordnung selbst sind.

### ***Schneise 3: Implosion – oder das langsame Verblässen des ‚Kalten Krieges‘***

Knüpft man an die Frage der Periodisierung an, erscheint auch das zu Beginn der 1980er Jahre geprägte Deutungsmuster eines ‚Zweiten Kalten Krieges‘ fraglich (↗*Ideologien, Ende der*; ↗*Trilateral Commission*). In den Essays zeichnet sich ein Vorschlag ab, das vermeintliche Ende des ‚Kalten Krieges‘ 1989/91 auch als etwas anders als das Ergebnis der Hochrüstung oder der Entspannungspolitik zu lesen und zu deuten. Sieht man Zeiten, Räume und Themen des ‚Kalten Krieges‘ als

solche an, in denen unzählige Bereiche durch die ihm zugrunde liegende binäre Ordnungsvorstellung durchzogen und strukturiert werden, kann das Ende des ‚Kalten Krieges‘ und der Weg dorthin daher als Verlust seiner hegemonialen Stellung zur Strukturierung und Einordnung der Welt verstanden werden, die er zumindest für eine gewisse Zeit inne gehabt hat.

In diesem Zusammenhang zeigt sich spätestens in den 1980er Jahren, dass die Dynamik und Anpassungsfähigkeit der Ordnungsvorstellung und ihre Möglichkeit, Ambivalenzen auszuhalten oder zeitgenössische Entwicklungen zu integrieren und mit einem Sinn zu versehen, an ihre Grenzen geraten war. Veränderte Rahmenbedingungen etwa in Ökonomie, Technologie und Gesellschaft, die mit ‚Postmoderne‘ oder zeitgenössisch im ‚Interdependenzdiskurs‘ (↗*Interdependenz*) und ‚Der Einen Welt‘ (↗*Die „Eine Welt“*), später mit dem Stichwort ‚Globalisierung‘ oder auch innenpolitisch mit ‚Liberalisierung‘ und den Anliegen neuer sozialer Bewegungen markiert worden sind, ließen sich in der binären Ordnung und ihrer Ausgestaltung in Form des ‚Kalten Krieges‘ nicht hinreichend schlüssig (be)greifen und in einen Sinnzusammenhang integrieren. Das Ordnungssystem des ‚Kalten Krieges‘ generierte keine hinreichenden Problemlösungen mehr. Es konnte keine ausreichend starke Ordnungs- und Orientierungskraft mehr entwickeln und Handlungssicherheit ermöglichen. Diese tiefe Krise der Ordnung zeigte oberflächlich Effekte der Intensivierung, was zeitgenössisch durchaus als Reaktivierung und ‚Zweiter Kalter Krieg‘ gedeutet werden konnte. Andere zeitgenössische Positionen erkannten jedoch, was in der Rückschau umso klarer wird: Die Ordnung des ‚Kalten Krieges‘ war in sich hohl und brüchig geworden. Sein Ende kann daher auch als Implosion, als Summe vieler kleiner Irritationen, als stetiges Nachlassen der Deutungs-, Erklärungs- und Disziplinierungskraft des Ordnungssystems an sich gedeutet werden. Viele dieser Impulse konnten dabei selbst vom ‚Kalten Krieg‘ ausgehen, der so auch zu seinem eigenen Überkommen beigetragen hat. Der ‚Kalte Krieg‘ wurde trotz des Triumphgeschreis im Westen von niemandem gewonnen. Er ging nicht zu Ende – er verblasste, verschwand aber nicht gänzlich. Als sektoral reaktivierbares Rauschen – und nicht lediglich als Erbe der Jahrzehnte seit Ende des Zweiten Weltkrieges – begleitet er auch die Geschichte nach 1989 weiter (↗*Trilateral Commission*).

#### ***Schneise 4: Neue Feinde, Deutungskonkurrenzen und die Pluralität von Ordnungen***

In dem in der vorherigen Schneise aufgezeigten Bedeutungsverlust zeigen sich in den Beiträgen die Deutungskonkurrenzen zur Erfassung von Welt. Hier ist zum einen die Umdeutung der Inhalte binärer Ordnungsmuster zu erkennen: Stabili-

sierung binärer Ordnungssysteme in der Krise konnte – um im Bild der Figur des ‚Dritten‘ zu argumentieren – auch über ein *reframing* des ‚Zweiten‘ erfolgen. Sichtbar werdende Machtverschiebungen in den Ölpreiskrisen der 1970er Jahre; der Nord-Süd-Konflikt oder auch die Entdeckung des politischen Islam (*Islamismus*) verschoben die durch den Ost-West-Konflikt definierten Zuschreibungen von ‚Erstem‘, ‚Zweitem‘ und auch ‚Drittem‘. In der Umdeutung des ‚Zweiten‘ zeigt sich, dass das Ordnungssystem ‚Kalter Krieg‘ und seine Rahmung als Ost-West-Antagonismus aufgegeben wurde. Die binär codierte Ordnungsvorstellung blieb jedoch intakt. Sie wurde lediglich mit anderen Inhalten gefüllt.

Doch auch die Ordnungsvorstellung blieb nicht unangetastet. Die Essays zeigen deutlich, dass der ‚Kalte Krieg‘ auch in Konkurrenz und in Bezug zu anderen Deutungskategorien betrachtet werden muss. Narrative unter den Labels ‚Globalisierung‘ und ‚Dekolonisation‘ sind hier offensichtliche Ansatzpunkte, die es in ihren dynamischen Beziehungen zum ‚Kalten Krieg‘ herauszubilden gilt. Aus dieser Perspektive zeigt sich, dass – verknüpft mit der These der Implosion des ‚Kalten Krieges‘ – seine Verdrängung als strukturierende Struktur in sich wandelnden Kontexten begriffen werden kann. Der ‚Kalte Krieg‘ reiht sich so in ein System mannigfaltiger Ordnungsentwürfe ein, die bestimmte Deutungs- und Handlungsroutinen zur Verfügung stellen. Pluralität verschiedener Ordnungen als Vorstellungen und als Systeme lassen sich über die Ganzen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hinaus nachverfolgen. Mit Blick auf ihre Verhältnisse zueinander zeigt sich aus einer – zugegeben – wahrscheinlich euro-atlantischen Perspektive zunächst eine vertikale Hierarchisierung, an deren Spitze der ‚Kalte Krieg‘ als Kennzeichen einer europäischen Hypermoderne stand und andere Ordnungen affektierte und in sein Muster integrierte. Diese Ordnungskonstellation begann sich aber mehr und mehr zu einer horizontalen Gliederung zu verschieben, in der verschiedene Ordnungen nebeneinander – durchaus konfliktreich – mit dem je gleichen Anspruch auf Verbindlichkeit standen. Die Analyse von Ordnungskonstellationen und ihren Dynamiken weist daher einen weiteren Weg für zukünftige Forschungen.

Diese in vier Schneisen geäußerten Gedanken sind nur Andeutung. In den Essays steckt sicher viel mehr und auch viel anderes. Alles in Allem zeigt sich in der Vermessung des ‚Kalten Krieges‘ nun am Ende des Experiments ein komplexer neuer *undifferentiated chunk of history*. Unser Ansatz und die Essays, die ihm gefolgt sind, leuchten diesen Klumpen Geschichte aus einer bestimmten Perspektive aus. So werden Anhaltspunkte erkennbar, ihn zu betrachten, zu entwirren und zu verstehen. Bleibt abschließend nur noch Ihnen, liebe Leserinnen und Lesern, in diesem Sinn viel Spaß und hoffentlich großen Erkenntnisgewinn beim Durchstöbern und Lesen zu wünschen. Spielen Sie mit den Texten und (über)denken Sie den ‚Kalten Krieg‘ mit uns!

## Epilog: Editorische Anmerkungen

Die Idee und die Konzeption des Bandes luden gerade dazu ein, einen etwas anderen Weg von den Manuskripten hin zur Veröffentlichung einzuschlagen. Dank der herzlichen Ermunterung und dann der noch tatkräftigeren Unterstützung durch Elise Wintz vom De Gruyter/Oldenbourg-Verlag entstand das Buch im *open peer review*-Verfahren. Das offene Begutachtungsverfahren lieferte nicht nur ein Höchstmaß an Transparenz. Die umfangreiche Kommentarfunktion und die Reaktionsmöglichkeiten der Autorinnen und Autoren – also der Austausch und die Diskussion mit anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Entstehungsprozess – machte die gedruckten Ergebnisse mit Sicherheit besser. Allen Beteiligten sei hier nochmal herzlich für Ihren Beitrag gedankt.<sup>15</sup>

Die Eingriffe in die Texte von Seiten der Herausgeber sind nur sehr gering ausgefallen. Den Autorinnen und Autoren wurden die größten Freiheiten zugestanden. Dieses Vorgehen basierte auf der konzeptionellen Vorentscheidung, die Autorinnen und Autoren mit einem klaren, aber ausbaufähigen Konzept, das auf einem Workshop diskutiert und verfeinert wurde, vertraut zu machen und diese dann so ausgestattet in die Konfrontation mit ihrem Material zu schicken. Die je eigenen Anverwandlungen der Grundidee und diese in verschiedene Richtungen weiterzudenken und weiterzuentwickeln sind daher ebenso Teil des Experimentes wie die Möglichkeit des erneuten Austausches darüber im Rahmen des *open peer review*-Verfahrens.

Ein weiteres: Einheitlichkeit ist eine Grundlage jeder Darstellung mit wissenschaftlichem Anspruch. Diese Binsenweisheit lernen alle Studierende in den ersten Tagen ihres Lebens an der Universität. Das hat auch seine Berechtigung. Gleichzeitig lernt man auch (zumindest in den Geistes- und Sozialwissenschaften), dass jede Art von Wissenschaft standortgebunden ist. Dem Leser und der Leserin wird daher beispielsweise auffallen, dass manche Texte gendern, manche nicht. Oft steht Bundesrepublik, vereinzelt BRD, manchmal heißt es Kalter Krieg, dann kalter Krieg oder wie in dieser Einleitung ‚Kalter Krieg‘. Dahinter stehen klare Positionen und Positionierungen. Diese vermeintlichen Unebenheiten wurden daher durch die Redaktion und das Lektorat bewusst erhalten und nicht ‚glattgeschliffen‘ da die dahinterstehende Aussage für die Autorenpersönlichkeit und den Inhalt bedeutend ist.

---

<sup>15</sup> Einsehbar und dokumentiert ist der Prozess auf der Verlagsseite unter <https://opr.degruyter.com/den-kalten-krieg-vermessen/> (11.11.2017).

## Literatur und publizierte Quellen:

Eßlinger, Eva/Schlechtriemen, Tobias/Schweizer, Doris/Zons, Alexander (Hg.): Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma, Berlin 2010.

Freedman, Lawrence D.: Frostbitten. Decoding the Cold War, 20. Years Later, in: Foreign Affairs, 136–144.

Holz, Klaus: Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft, Hamburg 2005.

Koschorke, Albrecht: Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften, in: Eßlinger, Eva/Schlechtriemen, Tobias/Schweizer, Doris/Zons, Alexander (Hg.): Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma, Berlin 2010, S. 9–31.

Kwon, Heonik: The Other Cold War, New York 2010.

Prohías, Antonio: Spy Vs. Spy. The Complete Casebook, New York 2001.

## Silvia Berger Ziauddin

# Atombunker

Der Atombunker, Schutzraum oder *fallout shelter* ist einer der wohl prägendsten Räume des nuklearen Zeitalters.<sup>1</sup> Gleichwohl hat ihn die Geschichtswissenschaft bisher eher stiefmütterlich behandelt. Im deutschsprachigen Raum wurde er noch kaum als eigenständiges Untersuchungsobjekt entdeckt.<sup>2</sup> In den inzwischen zahlreichen Arbeiten zu den US-amerikanischen Zivilschutzprogrammen wird der *fallout shelter* zwar regelmäßig thematisiert, rückt aber vorwiegend als imaginer Raum in den Fokus – als *media copy* und *cultural icon* der 1950er und frühen 1960er Jahre (↗*Das Rote Telefon*).<sup>3</sup>

Der Atombunker war jedoch sehr viel mehr als ein mediales Abziehbild aus der Frühphase des Systemkonflikts. Wie ich in diesem Essay zeigen möchte, lotete er als eine materiell und imaginär sich ständig neu konfigurierende Struktur des Anderen die Grenzen und die Reichweite der binären Ordnungsvorstellung „Kalter Krieg“ von den 1950er Jahren bis zum Ende des Ost-West-Konflikts aus. Welche spezifischen Dynamiken des Ordnungssystems der Atombunker vermaß, werde ich nachfolgend mit Blick auf die Schweiz untersuchen. In dem neutralen Kleinstaat formierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen des wirkmächtigen Konzepts der „totalen Landesverteidigung“ das weltweit umfassendste System nuklearer Sicherheitszellen. Während in der Bundesrepublik bis zum offiziellen Ende des Systemkonflikts für lediglich 3,5 Prozent der Bevölkerung Bunkerplätze entstanden<sup>4</sup> und in den USA zwar viel über *fallout shelters* ge-

---

1 Vgl. Klinke: *The Bunker and the Camp*, S. 155.

2 Zwei kulturwissenschaftliche Sammelbände, die sich bislang als einzige im deutschen Sprachraum exklusiv dem Thema Bunker widmeten, setzen einen starken Akzent auf die Bunkerstrukturen des Zweiten Weltkrieges, vgl. Wenk: *Erinnerungsorte aus Beton*; Marszolek/Bugeln: *Bunker. – Debatten, Kampagnen und das Emotionsmanagement rund um den Atombunker in Europa* streifen Molitor: *Mit der Bombe überleben*; Diebel: *Angst vor der Bombe*; Schregel: *Der Atomkrieg vor der Wohnungstür*; Greiner et al: *Angst im Kalten Krieg*, Unterkapitel *Schutzräume. – Mein in Kürze fertig gestelltes Habilitationsprojekt leistet mit Fokus auf die Schweiz die erste umfassende Wissens-, Kultur- und Sozialgeschichte des Atombunkers* (*Überlebenszelle, Territorium, Bordell. Eine Raumgeschichte des Bunkers*). Siehe aktuell Berger Ziauddin: (De)Territorializing the Home.

3 Siehe hierzu Rose: *One Nation Underground*; Davis: *Stages of Emergency*; Masco: *Survival is your Business*; ders.: *Life Underground. – Einen stärkeren Fokus auf die Materialität des Bunkers legen* Monteyne: *Fallout Shelter*; Vanderbilt: *Survival City*.

4 Vgl. Geier: *Zwischen Kriegsszenarien und friedenszeitlicher Katastrophenabwehr*, S. 55.

sprochen, aber kaum welche gebaut wurden<sup>5</sup>, formulierte die Schweiz das ehrgeizige Ziel, für jede Einwohnerin und jeden Einwohner einen modernen Schutzplatz bereitzustellen. Seit der Verabschiedung des Schutzbaugesetzes 1963 investierte das Land bis heute rund zwölf Milliarden Franken in den Bau nuklearer Bunker. Entstanden sind insgesamt 1700 Schutzanlagen und 360 000 private, hoch standardisierte, mit NBC-Filtern, Ventilationssystemen und Notausgängen ausgerüstete Personenschutzräume; die Mehrzahl davon in Einfamilienhäusern.<sup>6</sup> 2006 errechneten die Behörden, dass das Land mehr Schutzplätze hat als Einwohner – der Deckungsgrad in Bezug auf die Gesamtbevölkerung betrug 114 Prozent.<sup>7</sup> Mit dieser megalomanischen Infrastruktur übertrifft die Schweiz nicht nur die elaborierten, meist in Städten errichteten Großschutzräume Schwedens.<sup>8</sup> Die helvetischen Katakomben des Atomzeitalters stellen auch das System halb in die Erde eingegrabener, pilzförmiger Bunker in den Schatten, das unter der Herrschaft Enver Hoxhas im kommunistischen Albanien entstand und heute als Zeugnis des vergangenen Systemkonfliktes vor sich hin rottet.<sup>9</sup>

Analytisch werde ich den Atombunker in diesem Essay als Heterotopie beziehungsweise als „anderen Raum“ im Sinne Michel Foucaults produktiv machen.<sup>10</sup> Der andere Raum steht immer in einem besonderen Verhältnis zur Gesamtgesellschaft, zum Raum des „Außen“, da er die Werte, Lebensformen und Ordnungsvorstellungen einer Gesellschaft und Kultur repräsentiert, zugleich aber auch in Frage stellen und ins Gegenteil verkehren kann. Er ist fähig, seine Funktion und Bedeutung im Laufe der Zeit zu wandeln und mehrere reale Räume in einem Raum zu vereinen. In ihm sind besondere Kräfteverhältnisse und Konstellationen der (Gegen-)Macht wirksam, die eine außergewöhnliche Erfahrung ermöglichen.<sup>11</sup> Indem der heterotope Raum auf unumgängliche Weise mehrdeutig

---

<sup>5</sup> Im Jahr 1962 belegte eine Umfrage, dass trotz medialem Massenhype um den *fallout shelter* lediglich 0,4 Prozent der US-Bevölkerung Schritte unternahmen, um Schutzräume zu bauen, vgl. Rose: *One Nation Underground*, S. 156.

<sup>6</sup> Vgl. Bundesamt für Bevölkerungsschutz: *Schutzbauten. – Zur Formation und globalen Reichweite schweizerischer Bunkerbau-Expertise* siehe Berger Ziauddin: *Superpower Underground*.

<sup>7</sup> Amstutz: *Wie Murmeltiere ab in den Schutzraum*, S. 13.

<sup>8</sup> Vgl. Cronqvist: *Die Sicherheit der Angst*.

<sup>9</sup> Siehe Stefa/Mydyti: *Concrete Mushrooms*; Gruber: *htmrbr – Kaltfront*.

<sup>10</sup> Vgl. Foucault: *Heterotopien*; ders.: *Andere Räume*. Inge Marszolek schlägt in ihrer Einleitung vor, Bunker als Heterotopien zu lesen. Allerdings wurde das Konzept in den mit empirischem Material arbeitenden Artikeln des Bandes nicht aufgenommen, vgl. Marszolek/Buggeln: *Bunker. – Kursorische Reflexionen über Räume unter Grund als Heterotopien* finden sich auch bei Schmidt: *Unter Grund*.

<sup>11</sup> Vgl. Chlada: *Heterotopie und Erfahrung*, S. 8.



ist und das Auftauchen neuer Positionen, Denkmuster und Visionen erlaubt, weist er Schnittflächen mit der Vorstellung eines Raums bzw. einer Struktur des Dritten auf. Das „Dritte“ zieht dabei stabile binäre Symmetrien in Zweifel, stellt Identitäten in Frage und erzwingt auf Seiten des Beobachters wandernde Blickpunkte.<sup>12</sup>

Diese Störung, dieser verstörende Akt des Infragestellens, so die Kernthese dieses Essays, war während zweier historischer Knotenpunkte der Platz und die Rolle des Atombunkers. Als Keimzelle von Vieldeutigkeit und Differenz beförderte er um 1970 sowie in gesteigertem Maße zwischen 1978 und etwa 1983 die Transzendierung hergebrachter und die Emergenz neuer Ordnungsmuster. Bunker-taktiken der „Neuen Linken“ und der Punks, Imaginationen des Schutzraums durch kritische Literaten und Filmschaffende ebenso wie Bunkermetaphern und -bilder, die Aktivisten der neuen Friedensbewegung und der Anti-Zivilschutzbewegung propagierten, entstellten und unterminierten dabei sukzessive die dichotomischen Denk- und Deutungsmuster des „Kalten Krieges“. In den 1950er und frühen 1960er Jahren hingegen, und deshalb ist die Konzeptualisierung des Bunkers als eine in verschiedenen Zeiträumen unterschiedlich funktionierende Heterotopie zentral, diente der Atomschutzraum noch der Orientierung und Beharrung, indem er die binären Logiken des Ost-West-Konfliktes widerspiegelte und produktiv verstärkte. Mit Foucault wäre der Atombunker der frühen 1960er Jahre somit als „Kompensationsheterotopie“ anzusprechen; ein Raum der Vollkommenheit und (binären) Wohlgeordnetheit, der Ängste band und Widersprüche und Nonkonformität bannte – die puritanische Kolonie des Atomzeitalters.<sup>13</sup> Der Bunker um 1970 und besonders akzentuiert zu Beginn der 1980er Jahre dahingegen trat als dynamischer *third space*<sup>14</sup> auf, in welchem die Differenz zum Restraum dem Kampf gegen die herrschende Ordnung nutzbar gemacht wurde.

---

12 Vgl. Garber: Verhüllte Interessen, S. 23; Koschorke: Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften.

13 In den puritanischen Kolonien Neuenglands mit ihren auf die Spitze getriebenen Ordnungsstrukturen sah Foucault die paradigmatische Form einer Kompensationsheterotopie vorliegen, vgl. Foucault: Andere Räume, S. 45.

14 Der Begriff *third space* ist Homi Bhabha entlehnt, der ihn im Rahmen der *postcolonial studies* mit dem Konzept der Hybridität verbindet. Als ambivalenter, hybrider Aushandlungsort erlaubt der *third space* nach Bhabha, andere Positionen erscheinen zu lassen und etablierte Kategorisierungen von Kultur und Identität in Frage zu stellen, vgl. Rutherford: The Third Space.

## Der Bunker als puritanische Kolonie der Schweiz

Der Ost-West-Gegensatz präsentierte sich in semantischen Schichten, die ihn in die großen Dualismen der Weltgeschichte einfügten: Licht und Finsternis, Himmel und Hölle, Gut und Böse, Freund und Feind, Freiheit und Autokratie, Ordnung und Chaos, Zivilisation und Barbarei, Okzident und Orient.<sup>15</sup> Als Krieg der Grenzziehung und Trennung von zwei Welten entfaltete der Konflikt auch in der Schweiz eine überragende orientierungsstiftende Kraft. Denn obwohl neutral und kein Mitglied der NATO, verstand sich das kleine Land keineswegs als gesinnungsneutral; die Schweiz war ideell integraler Bestandteil des Westens, verwurzelt in der humanistischen und christlichen Tradition des Abendlandes.<sup>16</sup> Dies zeigte sich insbesondere in den ‚heißen‘ Phasen des Konflikts in den 1950er und frühen 1960er Jahren, etwa während des Korea-Krieges oder in der Ungarn-Krise, als sich die politischen Milieus der Schweiz wiederholt durch einen expansiven Weltkommunismus bedroht fühlten.<sup>17</sup> Dieses „radikal Böse“ galt es unmissverständlich abzulehnen und ihm „die ganze westliche Zivilisation und Kultur, Freiheit und Demokratie, Menschenwürde und christlicher Glaube“ entgegenzusetzen, wie ein Artikel in der Zeitschrift *Zivilschutz* 1959 festhielt.<sup>18</sup>

Die omnipräsenten Semantiken des Kalten Krieges kamen in allen gesellschaftlichen Bereichen zur Anwendung und fanden auch ihren Weg in die Privatsphäre. Wie ich in diesem Abschnitt zeigen möchte, war es in den 1950er und 1960er Jahren gerade der Atombunker im Keller des schweizerischen Eigenheims, der die binären Symmetrien und die Schlüsselängste, die mit dem Konflikt verknüpft waren, auf wirkmächtige Art reflektierte, verarbeitete und bändigte. Der Bunker sollte dabei als materieller und imaginiertes Raum nicht nur die Angst vor der Explosion sowjetischer Atomsprengköpfe mildern. Als Speicher staatlicher Deutungsmacht adressierte er zugleich die Ängste vor einer Invasion und Infiltration der dunklen, östlichen Supermacht, vor dem Verlust schweizerischer Unabhängigkeit und Freiheit, und nicht zuletzt dem Verlust der patriarchalen Vormachtstellung und des bürgerlichen Familienmodells.<sup>19</sup> Die übergeordnete Zielsetzung des Atomschutzraums war es, schweizerische und zugleich abend-

---

<sup>15</sup> Vgl. Imhof: Das Böse, S. 81.

<sup>16</sup> Vgl. Imhof et al: Die Schweiz in der Welt, S. 24; Tanner: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, S. 301.

<sup>17</sup> Vgl. Imhof et al: Die Schweiz in der Welt, S. 12 und 24.

<sup>18</sup> Vgl. Büsser: Geistiger Zivilschutz, S. 42.

<sup>19</sup> Zum Wechselverhältnis von Macht und technischen Infrastrukturen vgl. Engels/Schenk: Infrastrukturen der Macht. Für diesen Hinweis danke ich Jan Hansen.

ländische Werte und Identitäten gegen den Feind im Osten zu bestärken und die physische Integrität des Schweizer „Volkes“ in einem prospektiven Dritten Weltkrieg zu garantieren.

Ein Blick auf die technisch-wissenschaftliche Literatur zeigt, dass gegen die östlichen Kräfte des Todes und der nuklearen Vernichtung der „moderne“ „TWP-Schutzraum“ in Anschlag gebracht wurde, eine „Überlebensinsel“ mit druckstoßsicheren Türen, Schleusensystem, Reinigungsräumen, Notausgang, Ventilation und Filtern gegen radioaktiven Niederschlag sowie chemische und biologische Kampfstoffe.<sup>20</sup> Gemäß den 1966 erlassenen *Technischen Weisungen für den Schutzraumbau* basierte die Dimensionierung des Raum auf dem „neuesten Stand der Schutzbautechnik“ und verfügte über einen „optimalen Schutzzumfang“, was konkret hieß, dass er einem Druck von einem Bar standhielt.<sup>21</sup> Damit konnten gemäß Berechnungen der Experten (*Experten für den Luftkrieg*) die Verluste in der Schweiz auf einen Zehntel reduziert werden, welche Waffe auch immer zum Einsatz käme.<sup>22</sup> Der Bunker garantierte deshalb ein fast komplettes Überleben der Bevölkerung. In dem vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) an alle Schweizer Haushalte verschickten Ratgeber *Zivilverteidigung* wurde diese Garantie mit einem Kuchendiagramm illustriert, das „90 Prozent Sicherheit“ im Schutzraum versprach.<sup>23</sup>

Der Atombunker vereinte allerdings nicht nur das Versprechen hochtechnisierten Überlebens und optimierter Sicherheit in sich. Er war zugleich Garant von Ordnung, Helligkeit und Behaglichkeit, welche gegen das Chaos, die Dunkelheit und Tyrannei einer von der Sowjetmacht unterjochten Welt in Stellung gebracht wurde. In Zivilschutzfilmen und in von Behörden propagierten Kinderzeichnungen wurde die subterrane Infrastruktur meist in blendendes Licht getaucht oder in warmen und hellen Farben gezeichnet. Kamerafahrten führten den Zuschauer in lichtdurchflutete, akribisch geordnete Katakomben: weite Schluchten mit voll bestückten Vorratsräumen, blitzblanken Operationssälen, Liegestellen, Waschräumen und Küchen. Der Gang vom Ober- ins Unterirdische vollzog sich als Bewegung vom Dunkeln ins Helle oder gar Überbelichtete, wobei die Bunkertüre als heilige Pforte ins Reich des Überlebens inszeniert wurde.<sup>24</sup>

Wenn wir einen Blick auf schematisierte Symbolbilder des Bunkers in Propagandamaterialien der Behörden werfen, tritt uns der Raum als Bollwerk der

---

**20** Heierli: Der Schutzraum als Überlebensinsel; siehe hierzu auch Heierli/Jundt: Personenschutzräume; Wirz: Wir überleben im Schutzraum, S. 3.

**21** Bundesamt für Zivilschutz: TWP 1966; Heierli/Jundt: Personenschutzräume, S. 40.

**22** Vgl. Basler/Kämpfer: Über den Wert von Schutzmassnahmen gegen nukleare Waffen, S. 7.

**23** EJPD: Zivilverteidigung, S. 74.

**24** Vgl. Berger Ziauddin: Überlebensinsel und Bordell, S. 80f.

Schweiz und des Schweizerischen entgegen. Im Bunker überleben sollte zum einen die national organisierte, föderalistische Männerrepublik Schweiz. Dies kam etwa im Bild einer schweizerischen Territorialkarte mit akkurat aufgereihten Männern zum Ausdruck, die in die schematisierte Hülle eines Schutzraums hineingezeichnet war.<sup>25</sup> Der ideologische Kern und das essentialistische Substrat des Überlebens der Schweiz freilich war die bürgerliche, von patriarchalen Rollenmustern und Attributen geprägte Kleinfamilie. Die im Bunker implantierte Kleinfamilie – bestehend aus einem zeitungslisenden Vater, einer Mutter im adretten Rock sowie ein bis zwei Kindern<sup>26</sup> – stellte dabei nicht nur die kleinste Zelle des physischen Überlebens der Schweiz dar. Sie sollte auch als „zivile Zelle des nationalen Widerstands“<sup>27</sup> gegen innere Feinde agieren, womit vor allem die Subversion durch den Kommunismus gemeint war. Der Atombunker als Hort einer nach außen aggressiven und nach innen hoch integrierten, den Feind aus dem Osten exkludierenden Abwehrgemeinschaft fand einen besonders prägnanten Niederschlag im Bild eines Igels, wie er in Prospekten und Unterrichtsmaterialien des Zivilschutzes bis in die 1980er Jahre hinein regelmäßig auftauchte. Der Igel richtet sein stacheliges Hinterteil nach Osten und vereint in sich einen schematisierten Schutzraum, der wiederum die Schweiz als Ganzes beherbergt.<sup>28</sup>

## Die Sehnsucht nach Autonomie im „langen kritischen Moment“

Von 1968 bis zu Beginn der 1970er Jahre trat der Atombunker erstmals als eine Struktur des Dritten auf, welche die Deutungsmuster des abendländisch-bürgerlichen Weltbildes, das es um jeden Preis gegen den Osten zu verteidigen galt, semantisch verschob und performativ überformte. Welche sozio-politischen Konstellationen zeichneten diesen „langen kritischen Moment“<sup>29</sup> aus und bildeten die Hintergrundfolge dafür, dass der Bunker zum Schauplatz der Transzendierung hegemonialer Ordnungsvorstellungen wurde?

Zum einen hatte sich im Verlauf der 1960er Jahre die Blockkonfrontation zunehmend in den Süden verlagert und sich mit der Dekolonisierung und den Kriegen um nationale Selbstbestimmung verbunden (*↗Die Blockfreien/Bündnis-*

---

<sup>25</sup> Vgl. Albrecht et al: Schutzraum Schweiz, S. 21.

<sup>26</sup> Vgl. zum Beispiel EJPD: Zivilverteidigung, S. 55.

<sup>27</sup> Heierli: Überleben im Ernstfall, S. 120.

<sup>28</sup> Vgl. Albrecht et al: Schutzraum Schweiz, S. 21.

<sup>29</sup> Tanner: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, S. 384.

freien). Der Verweis auf den Gegensatz zwischen zivilisiertem Westen und östlicher Barbarei ergab angesichts des Kolonialismus auf dem Rückzug, dem tatsächlich barbarisch geführten Krieg in Vietnam und dem Druck der *civil rights*-Bewegung in den USA immer weniger Sinn.<sup>30</sup> Zum anderen begannen parallel zum Bedeutungsverlust der Leitkategorien „West“ und „Ost“ auch innenpolitisch verschiedene Themen und Problemlagen am Selbstbild der Schweiz zu rütteln – etwa der linke Internationalismus, die Fremdarbeiterfrage oder die Debatte um schweizerische Waffenexporte (*↗Rüstung(-sgütersbeschaffung)*).<sup>31</sup> Zugleich entpuppten sich die kulturellen Verbrauchsmuster in der Schweiz, die den neuen Lebensstandard in der westlichen Konsum- und Wohlstandsgesellschaft charakterisierten, immer stärker als normative Standards. Die Verhaltenserwartungen wurden im Rahmen traditioneller bürgerlicher Wertstrukturen rigider.<sup>32</sup> Zu den unbeabsichtigten Folgen des Wirtschaftsbooms gehörten markante Ängste angesichts der sich rasant verändernden modernen Umwelt und ihren Anforderungen. Nonkonformistische Intellektuelle wie Max Imboden forderten denn auch eine Emanzipation von den Denk- und Verhaltenszwängen der Schweiz und plädierten für eine aktive Auseinandersetzung des Kleinstaates mit den Dissonanzen der Moderne.<sup>33</sup> Am deutlichsten jedoch verbalisierte das Unbehagen in der „durchrationalisierten westlichen Wohlstandsgesellschaft“<sup>34</sup> das Sammelbecken der „Neuen Linken“. Diese trug maßgeblich zum Anstieg schweizerischer Protestereignisse zwischen 1967 und 1973 bei.<sup>35</sup>

Im Gefolge der 1968er-Unruhen in Zürich begann sich im Zentrum der Stadt ein bislang beispielloses Experiment zu entfalten. Nachdem Forderungen einer Gruppe von „Jungen Linken“ nach einem autonomen Jugendzentrum mehrfach gescheitert waren, entstand Ende Oktober 1969 in der größten Luftschutzanlage Zürichs, dem sogenannten Lindenhof-Bunker, ein selbstverwalteter Freiraum für Jugendliche. Wenige Monate später riefen diese die *Autonome Republik Bunker* aus.<sup>36</sup> Die jungen Benutzer richteten Diskothek, Diskussions- und Schlafräume ein, zudem Büroräume für sogenannte *speak-outs*. Umgehend wurden die Betonwände revolutionsgerecht bemalt und beklebt. Flugblätter wurden verfasst

---

30 Vgl. Sarasin: Die Grenze des Abendlandes, S. 41.

31 Siehe Berger: Es wird gestraft, S. 56.

32 Vgl. ebd., S. 51.

33 Vgl. Tanner: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, S. 354.

34 Krowok: Auf der Suche nach Glück, S. 27.

35 Zu den Akteuren, den Artikulationsformen und dem Protest-Zyklus der „Neuen Linken“ in der Schweiz vgl. Berger: Es wird gestraft, S. 58–71.

36 Zur Vorgeschichte und Entstehung des „Lindenhof-Bunkers“ vgl. Wisler: Drei Gruppen der Neuen Linken, S. 79–86; Müller/Lotmar: Der Bunker von Zürich.

und in der Diskothek tanzten Hunderte ungehemmt zu Beat- und Popmusik. Die Praktiken und Statements der jungen Bewohner etablierten den Bunker als einen gesetzesfreien Raum, in dem die Entfremdung von Autoritäten und Institutionen, die Solidarität mit Ländern der „Dritten Welt“ ( $\nearrow$  *Die Blockfreien/Bündnisfreien*) sowie das Gefühl mangelnder Autonomie und Selbstbestimmtheit in einer Welt der Experten ( $\nearrow$  *Luftkriegsexperten*) und des manipulativen Konsums ausagiert und ausdiskutiert werden konnten. Es formierte sich so ein Widerlager gegen die abendländische kapitalistisch-bürgerliche Identität, wobei das Freund-Feind-Denken nun übertragen wurde auf die Behörden, Autoritäten und ganz allgemein die „Spießbürger“-Gesellschaft. Diese war die eigentliche „Supermacht“, wie es die Jugendlichen nannten, die den Bunker mit ihren „Robotersoldaten“ umschließe.<sup>37</sup> Mit Henri Lefèbvre kann die Bunkerrepublik als „*space of enjoyment*“ gedeutet werden, der sich in dem Moment konstituiert, in welchem ein Raum nomadisch zum Ort der Begegnung, des Spiels und des Festivals verschoben wird.<sup>38</sup> Installiert durch die poetischen Praktiken der Jugendlichen stand er symptomatisch für die Rückeroberung der sinnlichen Erfahrung, welche durch die Entwicklung des objektivierenden und quantifizierenden Denkens der vorhergehenden Jahrzehnte verloren schien. Das Experiment Bunker allerdings hielt nicht lange Zeit an. Bereits 60 Tage nach Ausrufung der autonomen Republik wurde der Bunker auf Geheiß des Stadtrates geschlossen. Offiziell wurden dafür strafbare Aktivitäten der Jugendlichen geltend gemacht (Drogenkonsum, Sachbeschädigung und unerlaubtes Übernachten Minderjähriger).<sup>39</sup> Inoffiziell spielten wohl auch die vermeintlich subversive „Agitation für den sozialistischen Feind“ und Verstöße gegen die bürgerliche Sexualmoral eine Rolle. Der Untergrund wurde in der Folge abgerissen und durch einen neuen, technisch hoch elaborierten Großschutzraum für 10 000 Personen ersetzt.<sup>40</sup>

Vergleichbare Effekte des Bunkers als Struktur des Anderen oder Dritten lassen sich zu Beginn der 1970er Jahre anhand des Films *Le troisième cri* des

---

**37** Auf einem Poster am Eingang des Bunkers stand: „In dieser Republik gibt es kein Gesetz, denn wir können denken. Wir sind uns im Klaren, wenn wir unsere Republik verlassen, gelten andere Gesetze, Gesetze einer Supermacht, die uns umschließt... Wir sind gegenwärtig noch nicht in der Lage, unsere Leute vor den aggressiven Robotersoldaten der Supermacht zu schützen. Auch daran müssen wir denken (vorläufig noch).“ Bunkerjugend und Gesellschaft, in: Neue Zürcher Zeitung vom 14.1.1972.

**38** Vgl. Lefèbvre: *Toward an Architecture of Enjoyment*.

**39** Vgl. Brief Stadtpräsident von Zürich an die Vertreter des Bunkerkomitees, 9.11.1970, Schweizerisches Sozialarchiv Zürich, Ar. 201.76.1, Autonome Republik Bunker 1971–1973.

**40** Dieser neue Zivilschutzbunker stellte die größte Schutzanlage Zürichs dar und diente zugleich als Parkhaus, vgl. Zürichs Doppelleben im Untergrund, in: Neue Zürcher Zeitung vom 23.10.2012.

franko-schweizerischen Regisseurs Igaal Niddam belegen.<sup>41</sup> Niddam porträtiert in dem 1974 uraufgeführten Film eine utopische Welt in einem öffentlichen Schutzraum. Nach dem Abwurf einer Atombombe in einer namenlosen Schweizer Stadt untergraben die Überlebenden im Bunker mit Hilfe von Drogen die sozialen und sexuellen Verhaltenskorsetts ihrer Zeit. Zugleich dramatisiert das Ende des Films das Gefühl existentieller Hilflosigkeit und Ohnmacht des Individuums in einer modernen, hochtechnisierten Welt. Am Schluss macht sich nämlich einer der Bunkerbewohner auf, das Außen des Bunkers zu erkunden. Da der Schutzraum von Wasser umgeben ist, muss er tauchen und erreicht schließlich die Oberfläche eines endlos scheinenden Ozeans. In der Schlusszene nimmt er seine Taucherbrille ab, die Kamera zoomt auf seinen Kopf in den Wogen des Meeres, seine Augen sind schreckgeweitet, der Mund verzerrt zu einem stummen Schrei, dann friert das Bild ein.

## Eine statt zwei Welten, oder: Pogo im Grab

Zwischen dem Ende der 1970er Jahre und circa 1983 etablierte sich der Atombunker erneut als Locus der Differenz. Wie dieser Abschnitt zeigen wird, ermöglichte er als nun als überaus dynamischer *third space*, die Ordnungsvorstellung „Kalter Krieg“ radikal infrage zu stellen. Im Gegensatz zum „langen kritischen Moment“ um 1970 diente der Bunker somit nicht mehr bloß vereinzelter und letztlich kurzlebiger Momente der Unterwanderung, Transzendierung und Entstellung. Es lässt sich vielmehr argumentieren, dass die Logiken und Denkschemata des manichäischen Ordnungssystems „Kalter Krieg“ im und durch den Atombunker nun grundsätzlich zum Einsturz gebracht und von neuen Ordnungsvorstellungen überlagert wurden.

Am Ende der 1970er Jahre verbanden sich die Wahrnehmung ökonomischer und sozialer Krisen, ausgelöst durch die Ölpreis- und Energiekrise, mit den Befürchtungen vor der Erschöpfung natürlicher Ressourcen, der Zerstörung der Umwelt und den zunehmenden Spannungen im Ost-West-Konflikt (↗*Die „Eine Welt“*).<sup>42</sup> Aus europäischer Perspektive war der sogenannte Zweite Kalte Krieg

---

<sup>41</sup> *Le troisième cri*, Regie: Igaal Niddam, Uraufführung: Locarno Film Festival 1974.

<sup>42</sup> Zum Krisenbewusstsein und den Krisendeutungen in Deutschland, Frankreich, und den USA vgl. Gotto et al: *Nach Achtundsechzig*; Metzler: *Krisenbewusstsein*; Jarausch: *Das Ende der Zukunft*; Bösch: *Zweierlei Krisendeutungen*. – Das Fehlen einer gesamteuropäischen und vor allem globalen HistorikerInnendebatte über den Charakter der 1970er Jahre monierte jüngst Levensen: *Einführung*.

primär an das Thema der Nachrüstung gekoppelt.<sup>43</sup> Die 1979 aufgrund des NATO-Doppelbeschlusses drohende Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa löste Massenproteste auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs aus und beförderte die Bildung einer neuen, generationenübergreifenden Friedensbewegung.<sup>44</sup> Friedensaktivisten und Intellektuelle gleichermaßen versuchten den Zeitgeist der Ära einzufangen. Der österreichische Publizist Oskar Schatz etwa diagnostizierte Anfang der 1980er Jahre ein Syndrom „negativer Befindlichkeit“, das sich aus Angst, Pessimismus, Resignation, Unsicherheit, Orientierungslosigkeit und einer Erwartung des nahenden Weltendes zusammensetzte.<sup>45</sup>

Auch in der Schweiz lässt sich ein atmosphärisches Konglomerat aus Angst, Unsicherheit und Kontingenz ausmachen. Zehntausende Menschen, Jung und Alt, protestieren im Rahmen diverser Friedensdemonstrationen gegen die Schreckensvision eines „Euroshima“<sup>46</sup> – provoziert durch das Säbelrasseln Ronald Reagans, der für viele nun der neue Feind war.<sup>47</sup> Auch die Zivilschutzinfrastruktur des Landes stand in der Kritik.<sup>48</sup> Angesichts der als immer verwundbarer wahrgenommenen Umwelt und den global wirksamen Effekten eines „atomaren Holocaust“ erzeugte das behördliche Versprechen optimierter Sicherheit im Bunker und die Rede vom nationalen Überleben immer weniger Evidenz.<sup>49</sup> Der Bunker wurde markiert als Ort der Unsicherheit und des Ausgeliefertseins, als Locus der Militarisierung und Instrument zur Totaldisziplinierung der Bevölke-

---

**43** Vgl. Gassert et al: Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. – Zum Kalten Krieg der 1980er Jahre in europäisch-US-amerikanischer Perspektive vgl. Conze et al: Nuclear Threats.

**44** Für einen Überblick über die europäische und transnationale Friedensbewegung vgl. Ziemann: Peace Movements; Wittner: Confronting the Bomb; Balz/Friedrichs: All we ever wanted.

**45** Zitiert nach Esposito: No Future, S. 95.

**46** 1981 versammelten sich zwischen 30 000 und 40 000 Menschen in Bern zur Demonstration *Für Frieden und sofortige Abrüstung*; 1982 demonstrierten rund 20 000 Menschen in Genf und 1983 trafen sich erneut zwischen 40 000 und 50 000 Personen in Bern, um sich für Abrüstung in Ost und West einzusetzen, vgl. Bein et al: Handbuch Frieden Schweiz, S. 91f. – Das Plakat, das zur Demonstration in Bern 1983 aufrief, trug den Titel *Euroshima nie* und zeigte einen Cartoon von Obelix, der einem mit Raketen bewaffneten US-Amerikaner einen Schlag versetzt, vgl. Schweizerisches Sozialarchiv Zürich F\_5053-Ob-255. – Zur Geschichte der Friedensbewegung in der Schweiz siehe auch Tanner: Le pacifisme Suisse après 1945; Brunner: Friedfertig und widerständig.

**47** Zum Feindbild Reagan im bundesdeutschen Kontext vgl. Hansen: Abschied vom Kalten Krieg, S. 34.

**48** Vgl. Meier: Von der Konzeption 71 zum Zivilschutz 95, S. 175–186.

**49** Vgl. Schweizer Fernsehen DRS, Sendung *Telebühne*, Diskussion mit dem Publikum zum Thema: Angst vor dem Atomkrieg, 8.12.1982.



rung durch den autoritären Staat.<sup>50</sup> Vertreter der Friedensbewegung und der Anti-Zivilschutzbewegung porträtierten den Raum als dunkles Grab für anonyme Massen, als Gefängnis, Verlies und Käfig und verkehrten damit ältere Deutungsmuster des Bunkers als Hort von Ordnung, Heiligkeit und Geborgenheit ins Gegenteil.<sup>51</sup>

Gerade den Bildern des Igels und der (Überlebens-)Insel wurde nun eine explizite Absage erteilt. Anlässlich einer Friedensdemonstration im Dezember 1981 in Bern wurde die Schweiz von einer Rednerin als Teil einer „weltweiten Schicksalsgemeinschaft“ bezeichnet. Die Schweiz könne nie mehr die Insel sein, die sie vielleicht einmal gewesen sei.<sup>52</sup> Die Welt, so unterstrich auch eine Vertreterin der Gruppe *Frauen für den Frieden Schweiz* in einer Fernsehdebatte, bestehe nicht mehr aus Ost und West.<sup>53</sup> Was sich in solchen Statements manifestierte, war die Vorstellung von nicht zweien, sondern „einer Welt“<sup>54</sup> (↗*Die „Eine Welt“*), welche als verletzlich, vernetzt und interdependent (↗*Interdependenz*) wahrgenommen wurde und in welche die Schweiz unhintergebar eingebunden war. Der Meistererzählung der Systemkonkurrenz trat damit die Wahrnehmung einer anderen Globalität entgegen, die von der auf das Ganze der Welt bezogenen Groß-Signifikante „Ökologie“ dominiert wurde.<sup>55</sup> Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass der Atombunker sukzessive zu einem Kollektivsymbol avancierte, das mehrere globale Bedrohungsdiskurse zu bündeln vermochte. So markierte die geöffnete Türe eines Atombunkers das Auftakt- und Hintergrundbild einer Diskussions-Sendung des Schweizer Fernsehens, die 1985 um die generelle „Angst vor dem Ende“ in der Gesellschaft kreiste – ein Weltende, das durch den Atomkrieg ebenso wie durch den ökologischen Tod der Erde drohte.<sup>56</sup>

---

50 Auch in der Bundesrepublik wurde der Atombunker Anfang der 1980er Jahre zu einem emotional aufgeladenen Streitobjekt, vgl. Kemper: Zivilschutz, S. 318. – Die wichtigsten Themen und Motive in der friedenspolitischen Auseinandersetzung um den Bunker in der Bundesrepublik schildert ausführlich Schregel: Der Atomkrieg vor der Wohnungstür, S. 185–225.

51 Vgl. Berger Ziauddin: Überlebensinsel und Bordell, S. 84f. und 88.

52 Rede von Rosmarie Kurz bei der Friedensdemonstration vom 5. 12. 1981 in Bern, abgedruckt in Komitee für Frieden und Abrüstung: Friedensdebatte in der Schweiz, Bern 1982, S. 10.

53 Monika Stocker (Frauen für den Frieden), in: Schweizer Fernsehen DRS, Sendung *Tatsachen und Meinungen*, 6. 11. 1983.

54 Vgl. Kuchenbuch: Eine Welt.

55 Zu den global bedeutsamen Leitmotiven der Umweltbewegung vgl. Radkau: Die Ära der Ökologie, S. 193–254.

56 Siehe Schweizer Fernsehen DRS, Sendung *Zeitgeist: Menschen, Normen, Konsequenzen*, Thema: Angst vor dem Ende. Waldsterben, Atomkrieg, Apokalypse, 29. 4. 1985.

Zukunft schien seit dem Ende der 1970er Jahre nicht mehr einfach kalkulierbar und kühl steuerbar.<sup>57</sup> Für viele war Zukunft gar nicht mehr denk- und wünschbar. *No Future*: Das Schlagwort bezeichnete ein Lebensgefühl vor allem der jungen Generation, das sich im Zeichen von Wirtschaftskrise, Umweltzerstörung und Kriegsangst verdichtete.<sup>58</sup> Genau dieses Lebensgefühl wurde in der Schweiz nun im Bunker in zerstörerischer Form ausgelebt, also in dem Raum, der offiziell als heiliger Gral der patriarchal-bürgerlichen Familienordnung und hehre Insel des Überlebens der freiheitlich-demokratischen Nation installiert worden war. Punk-Bands wie die *Nasal Boys* oder *The Bastards* lebten ihre aggressive Haltung gegen alles gängig Geglaupte und Gleichförmige in den Atomschutzräumen von Genf und Zürich aus und animierten ihr Publikum zum Pogo.<sup>59</sup> Im Vergleich zu früheren *counterculture*- und Jugendbewegungen verachteten die Punks die utopischen Visionen einer besseren Zukunft, wie sie noch die „Jungen Linken“ der Bunkerrepublik verfolgt hatten. Es ging ihnen nicht um die Transformation der Gesellschaft oder makropolitische Entwürfe, sondern um Präsentismus, darum, „mich zu sein“, wie es ein Bandmitglied der *Nasal Boys* ausdrückte, und zwar hier und jetzt.<sup>60</sup>

Zur selben Zeit, wie die Punks zum Pogo im Untergrund aufriefen, inszenierte Friedrich Dürrenmatt im Bunker eine andere Art subterranean Pogos. In seiner 1981 publizierten Novelle *Ein Winterkrieg in Tibet* installiert er nach dem Ausbruch des Dritten Weltkrieges in einem tibetischen Endzeituntergrund ein Bunker-Bordell, das die Menschheit auslöscht.<sup>61</sup> In diesem ist der Gegner nicht länger identifizierbar, Geschlechterrollen haben sich verwischt, nationale Grenzen aufgelöst und die opponierenden Bedeutungsfelder des „Kalten Krieges“, die Gegensätze von Freund und Feind, Dunkel und Hell, Freiheit und Tyrannei, Ordnung und Chaos verlieren jeden Sinn. Ebenso wie Dürrenmatt und fast zum selben Zeitpunkt etablierte der Schweizer Schriftsteller Hermann Burger den Bunker als Bordell. Allerdings markierte der Bunker in seinem 1982 erschienen Roman *Die künstliche Mutter* nicht eine Zone der Vernichtung und des Weltendes, sondern ein Ort psychotischer Durchbrüche und heilender Mütterlichkeit. Bei Burger sucht

---

57 Wie Elke Seefried betont, verlor die Zukunftsforschung spätestens ab Mitte der 1970er Jahre die Gewissheit, belastbare Auskünfte über die Zukünfte zu treffen. Seefried: *Zukünfte*, S. 498.

58 Vgl. Esposito: *No Future*, S. 99.

59 Genf galt in den Achtzigerjahren als Underground-Musikstadt der Schweiz schlechthin. Viele Rock-, New Wave- und Punkbands entstanden in den Kellern und Atombunkern der Stadt, vgl. Croubalian: *Genf erwacht*, S. 12; *The Bastards*. Schizoterrorist [Dokumentarfilm], Regie: Jean-Lou Steinman, 2012.

60 Vgl. Schweizer Fernsehen DRS, Sendung *Music-Scene*, Thema: Punk in der Schweiz, 11. 2. 1978.

61 Vgl. Dürrenmatt: *Der Winterkrieg in Tibet*.

Wolfram Schöllkopf, Professor für Literatur und Glazeologie der Eidgenössischen Technischen Universität, in einem zum Sanatorium umfunktionierten Bunker des Gotthardmassivs Heilung von seiner Depression und sexuellen Impotenz. Diese Beschwerden resultieren aus Schöllkopfs dreifach problematischer Mutterbeziehung – derjenigen zur eigenen Migräne- und Eismutter, zur „Alma Mater Helvetiae mit der Kuppelbrust aus Stein“ (der Eidgenössischen Technischen Universität) und dem Land als ganzem, symbolisiert in der Helvetia-Figur.<sup>62</sup> In der von einer weiblichen Direktorin geführten Klinik durchläuft Schöllkopf eine erotische Tieftherapie, die letztlich zum Ausbruch aller unterdrückten Gefühle führt und ihn von den „sogenannten Männertugenden“ befreit. Diese endeten – so Burger – „wenn nicht auf dem Schlachtfeld – so immer auf einem Exerzierplatz“.<sup>63</sup> Wie Hans Rindisbacher argumentiert, schafft Burger mit seinem im Bunker-Heilstollen angesiedelten Roman eine Demaskulinisierung der Selbstkonzeption der Schweiz und ihrer rein männlichen militärischen und fast rein männlichen politischen Terrains. Er betreibt somit die Erosion des „national-maskulin-alpin-militärischen Komplexes“, bevor dieser in den 1990er Jahren mit dem Abbau der militärischen Verteidigungsanlagen und der massiven Reduktion der Armeebestände im Gefolge der Armereform in realiter stattfand.<sup>64</sup>

Die Bunkerpraktiken und Imaginationen von Dürrenmatt, Burger, den Friedensaktivistinnen, Zivilschutzkritikern ebenso wie den Punks weisen mit einiger Deutlichkeit darauf hin: Der Großkonflikt zwischen „Ost“ und „West“ schwebte zu Beginn der 1980er Jahre längst nicht mehr als stabiler Monolith über allem und jedem. Bereits vor dem offiziellen Ende des System-Konfliktes waren die Deutungsmuster des Kalten Krieges in der Schweiz gesamtgesellschaftlich nicht mehr integrationsfähig. Der ehemalige stabile Orientierungspunkt mit seinen starren Dichotomien brach immer mehr in sich zusammen und gab die Sicht frei auf eine ökologische, global vernetzte, womöglich auch weibliche(re) Welt, die von fluiden Subjekten bevölkert wurde. Es lässt sich somit argumentieren, dass die umfassenden Implikationen des „Schocks des Globalen“<sup>65</sup>, der seinen Ausgang in den 1970er Jahren nahm, zu Beginn der 1980er Jahre erstmals richtig fassbar wurden. Und der Atombunker spielte bei diesem Prozess eine nicht zu unterschätzende Rolle – als Inkubationszelle des Dritten, das etablierte Kategorisierungen in Frage stellte und das Auftauchen neuer Visionen beförderte.

---

<sup>62</sup> Burger: Die künstliche Mutter, S. 189.

<sup>63</sup> Ebd., S. 223.

<sup>64</sup> Rindisbacher: Going Underground, S. 7; vgl. auch ders.: Imaginationen der Kälte.

<sup>65</sup> Ferguson et al: The Shock of the Global.

## Literatur und publizierte Quellen:

- Albrecht, Peter et al: Schutzraum Schweiz. Mit dem Zivilschutz in die Notstandsgesellschaft, Bern 1988.
- Amstutz, Peter: Wie Murmeltiere ab in den Schutzraum, in: CD Sicherheits-Management 32 (2008), Nr. 3, S. 13–15.
- Balz, Hanno/Friedrichs, Jan-Henrik (Hg.): „All we ever wanted ...“. Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre, Berlin 2012.
- Basler, Ernst/Kämpfer, Ulrich: Über den Wert von Schutzmassnahmen gegen nukleare Waffen, in: Schweizerische Bauzeitung 83 (1965), Heft 28 (Sonderdruck).
- Bein, Thomas/Brassel, Ruedi/Leuenberger, Martin (Hg.): Handbuch Frieden Schweiz, Basel 1986.
- Berger Ziauddin, Silvia: Superpower Underground. Switzerland's Rise to Global Bunker Expertise in the Atomic Age, in: Technology and Culture 58 (2017), Heft 4, S. 921–954.
- Berger Ziauddin, Silvia: (De)Territorializing the Home. The Nuclear Shelter as a Malleable Site of Passage, in: Environment and Planning D. Society and Space 35 (2017), Heft 4, S. 674–693.
- Berger Ziauddin, Silvia: Überlebensinsel und Bordell. Zur Ambivalenz des Bunkers im atomaren Zeitalter, in: Eugster, David/Marti, Sibylle (Hg.): Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa, Essen 2015, S. 69–96.
- Berger, Silvia: „Es wird gestraft. Macht. Das ist alles.“ Analyse des Gewaltdiskurses in Zürich 1967–1969, Lizentiatsarbeit Universität Zürich 2000.
- Bösch, Frank: Zweierlei Krisendeutungen. Amerikanische und bundesdeutsche Perspektivierungen der 1970er Jahre, in: Neue Politische Literatur 58 (2013), S. 216–230.
- Brunner, Ursula: Friedfertigkeit und widerständig. Frauen für den Frieden Schweiz, Frauenfeld 2006.
- Bundesamt für Bevölkerungsschutz: Schutzbauten, <http://www.babs.admin.ch/de/aufgabenbabs/schutzbauten.html> (17.4.2017).
- Burger, Hermann: Die künstliche Mutter, Frankfurt a.M. 1982.
- Büsser, Fritz: Geistiger Zivilschutz, in: Zivilschutz 6 (1959), S. 42.
- Bundesamt für Zivilschutz: TWP 1966. Technische Weisungen für den Privaten Schutzraumbau, Bern 1973 [1966].
- Chlada, Marvin: Heterotopie und Erfahrung. Abriss der Heterotopologie nach Michel Foucault, Aschaffenburg 2005.
- Conze, Eckart/Klimke, Martin/Varon Jermy (Hg.): Nuclear Threats, Nuclear Fear and the Cold War of the 1980s, New York 2016.
- Cronqvist, Marie: Die Sicherheit der Angst. Welfare versus warfare im schwedischen Zivilschutz, in: Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Walter, Dierk (Hg.): Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 149–171.
- Croubalian, Alain: Genf erwacht, in: Grand, Lurker/Tschan, André P. (Hg.): Heute und danach. The Swiss Underground Music Scene of the 80's, Zürich 2012, S. 12–15.
- Davis, Tracy: Stages of Emergency. Cold War Nuclear Civil Defense, Durham 2007.
- Diebel, Martin: Angst vor der Bombe. Zivilschutz und Civil Defence in Deutschland und England 1960–1985, Dissertation Universität Augsburg 2015.
- Dürrenmatt, Friedrich: Der Winterkrieg in Tibet, in: Labyrinth. Stoffe I–III, Zürich 1998 [1981].

- Engels, Ivo/Schenk, Gerrit Jasper: Infrastrukturen der Macht – Macht der Infrastrukturen, in: Förster, Birte/Bauch, Martin (Hg.): Wasserinfrastrukturen und Macht von der Antike bis zur Gegenwart (Historische Zeitschrift Beiheft 63), München 2015, S. 22–60.
- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD (Hg.): Zivilverteidigung, Aarau 1969.
- Esposito, Fernando: No Future. Symptome eines Zeit-Geistes im Wandel, in: Reitmayer, Morten/Schlemmer, Thomas (Hg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, München 2014, S. 95–108.
- Ferguson, Niall/Maier, Charles S./Manela, Erez/Sargent, Daniel J. (Hg.): The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge, London 2010.
- Foucault, Michel: Die Heterotopien. Der utopische Körper. Zwei Radiovorträge, Frankfurt a.M. 2005.
- Foucault, Michel: Andere Räume, in: Aisthesis. Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik, Leipzig 1991, S. 34–46.
- Garber, Marjorie: Verhüllte Interessen. Transvestismus und kulturelle Angst, Frankfurt a.M. 1993.
- Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker Hermann (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011.
- Geier, Wolfram: Zwischen Kriegsszenarien und friedenszeitlicher Katastrophenabwehr. Zur Entwicklung der zivilen Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Zivilschutzes und seiner Reformen vor und nach Beendigung des Kalten Krieges, Marburg 2003.
- Gotto, Bernhard/Möller, Horst/Mondot, Jean/Pelletier, Nicole (Hg.): Nach „Achtundsechzig“. Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1970er Jahren, München 2013.
- Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Walter, Dierk (Hg.): Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009.
- Hansen, Jan: Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987), Berlin 2016.
- Gruber, Hetum: htmrbr – Kaltfront. Bunker in Albanien, in: Osterfeld-Hefte 2 (1999).
- Heierli, Werner: Überleben im Ernstfall, Solothurn 1982.
- Heierli, Werner/Jundt, Leonhard: Personenschutzräume, in: Rossetti, Giulio (Hg.): Baulicher Zivilschutz (Schweizer Baublatt Sonderausgabe), Rüslikon 1972, S. 39–53.
- Heierli, Werner: Der Schutzraum als Überlebensinsel, in: Schutz + Wehr 34 (1968), Heft 9/10, S. 120–122.
- Imhof, Kurt/Ettinger, Patrik/Kraft, Martin/Schätti, Guido: Die Schweiz in der Welt – Die Welt in der Schweiz. Eine vergleichende Studie zu Bedrohungsaufbau und Bedrohungsverlust als Koordinaten schweizerischer Außenpolitik (1944–1998), Zürich 2010.
- Imhof, Kurt (2010): Das Böse. Zur Weltordnung des Kalten Krieges in der Schweiz, in: Albrecht, Jürg/Kohler, Georg/Bruno, Maurer (Hg.): Expansion der Moderne. Wirtschaftswunder – Kalter Krieg – Avantgarde – Populärkultur, Zürich 2010, S. 81–104.
- Jaraus, Konrad H. (Hg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008.
- Kemper, Claudia: Zivilschutz. Vorbereitungen auf den Ernstfall, in: Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp/Klimke, Martin/Mausbauch, Wilfried/Zemp, Marianne (Hg.): „Entrüstet Euch!“ Nuklearkrise, Nato-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u.a. 2012, S. 309–325.

- Klinke, Ian: The Bunker and the Camp. Inside West Germany's Nuclear Tomb, in: *Environment and Planning D. Society and Space* 33 (2015), S. 154–168.
- Komitee für Frieden und Abrüstung: *Friedensdebatte in der Schweiz*, Bern 1982.
- Koschorke, Albrecht: Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften, in: Eßlinger, Eva/Schlechtriemen, Tobias/Schweizer, Doris/Zons, Alexander (Hg.): *Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma*, Berlin 2010, S. 9–31.
- Krokow, Christian Graf von: Auf der Suche nach Glück – Das Dilemma der Modernität, in: Schatz, Oskar (Hg.): *Was wird aus dem Menschen?*, Graz 1974, S. 15–32.
- Kuchenbuch, David: „Eine Welt“. Globales Interdependenzbewusstsein und die Moralisierung des Alltags in den 1970er und 1980er Jahren, in: *Geschichte und Gesellschaft* 38 (2012), Heft 1, S. 158–184.
- Lefèbvre, Henri: *Toward an Architecture of Enjoyment*, hg. von Lukasz Stanek, Minneapolis, London 2014.
- Levsen, Sonja: Einführung. Die 1970er Jahre in Westeuropa – un dialogue manqué, in: *Geschichte und Gesellschaft* 42 (2016), Heft 2, S. 213–242.
- Marszolek, Inge/Buggeln, Marc (Hg.): *Bunker. Kriegsort, Zuflucht, Erinnerungsraum*, Frankfurt a.M. 2008.
- Masco, Joseph: Survival is your Business. Engineering Ruin and Affect in Nuclear America, in: *Cultural Anthropology* 23 (2008), Heft 2, S. 361–398.
- Masco, Joseph: Life Underground. Building the Bunker Society, in: *anthropology now* 1 (2009), Heft 2, S. 13–29.
- Meier, Martin: Von der Konzeption 71 zum Zivilschutz 95. Der Schweizer Zivilschutz zwischen Sein und Schein, Lizentiatsarbeit Universität Fribourg 2007.
- Metzler, Gabriele: Krisenbewusstsein, Krisendiskurse und Krisenbewältigung. Die Frage der „Unregierbarkeit“ in Ost und West nach 1972/73, in: *Zeitgeschichte* 34 (2007), Heft 3, S. 151–161.
- Molitor, Jürgen: *Mit der Bombe überleben. Die Zivilschutzliteratur der Bundesrepublik 1960–1964*, Marburg 2011.
- Müller, Hanspeter/Lotmar, Gerold: *Der Bunker von Zürich. Jugend zwischen Rückzug und Revolte. Ein Modellfall*, Olten 1972.
- Monteyne, David: *Fallout Shelter. Designing for Civil Defense in the Cold War*, Minneapolis 2011.
- Radkau, Joachim: *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*, München 2011.
- Rindisbacher, Hans: Going Underground. Two Models of Alpine Penetration in Hermann Burger's *Die künstliche Mutter* and Christa Wolf's *Kassandra*, Paper GSA Conference, Denver, 3.–6.10.2013.
- Rindisbacher, Hans: Imaginationen der Kälte. Hermann Burgers *Die künstliche Mutter* und der thermo-emotionale Zustand schweizerischer Männlichkeit, in: Berger Ziauddin, Silvia/Eugster, David/Wirth, Christa (Hg.): *Der kalte Krieg. Kältegrade eines globalen Konflikts* (Nach Feierabend. Zürcher Jahrbuch für Geschichte 13), Zürich 2017, S. 175–198.
- Rose, Kenneth: *One Nation Underground. The Fallout Shelter in American Culture*, New York 2004.
- Rutherford, Jonathan: The Third Space. Interview with Homi Bhabha, in: ders.: *Identity. Community, Culture, Difference*, London 1990, S. 207–221.

- Sarasin, Philipp: Die Grenze des „Abendlandes“ als Diskursmuster im Kalten Krieg, in: Eugster, David/Marti, Sibylle (Hg.): Das Imaginäre des Kalten Krieges. Eine Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa, Essen 2015, S. 19–44.
- Schmidt, Sarah: Unter Grund – Widerlager der Kultur. Ein Gedankenspaziergang mit Michel Foucault, in: Rüttimann, Sylvia/Hardmeier, Monika (Hg.): Im Untergrund. Below Ground Level, Nürnberg 2007, S. 113–125.
- Schregel, Susanne: Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985, Frankfurt a.M., New York 2011.
- Seefried, Elke: Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980, Berlin, Boston 2015.
- Stefa, Elian/Mydyti, Gyler: Concrete Mushrooms, Barcelona 2012.
- Tanner, Jakob: Le pacifisme Suisse après 1945, in: Relations internationales 53 (1988), S. 69–82.
- Tanner, Jakob: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015.
- Vanderbilt, Tom: Survival City. Adventures among the Ruins of Atomic America, Chicago 2010.
- Wenk, Silke (Hg.): Erinnerungsorte aus Beton. Bunker in Städten und Landschaften, Berlin 2001.
- Wirz, Willy: Wir überleben im Schutzraum, Meilen 1971.
- Wisler, Dominique: Drei Gruppen der Neuen Linken auf der Suche nach der Revolution, Zürich 1996.
- Wittner, Lawrence S.: Confronting the Bomb. A Short History of the World Nuclear Disarmament Movement, Stanford 2009.
- Ziemann, Benjamin (Hg.): Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA during the Cold War, Essen 2009.





## Andreas Weiß

# ASEAN

Raumvorstellungen prägen das politische Handeln spätestens seit dem die Grenze als territoriale Markierung eines Staatswesens eingeführt wurde. Als Handlungskategorie für (Außen-)Politik nahmen Grenzen eine Leitfunktion ein, nachdem sich die Menschen mit Hilfe von Karten und Globen eine neue, den zwar existierenden, aber immer nur imaginierten Raum umfassende Vorstellung von der Welt machten. So dominant wurden die (real-)politischen Implikationen dieser Raumvorstellungen („Geopolitik“), dass sich sogar seit den 1970er Jahren eine sogenannte „kritische Geographie“ herausbildete, um den dahinterliegenden militärischen Machtansprüchen dekonstruktivistische Ansätze entgegenzuhalten.<sup>1</sup> Raum und die politische Organisation von Raum waren und sind daher wichtige politische Handlungsparameter, vor allem, seit man unseren Planeten als Schicksalsgemeinschaft versteht.<sup>2</sup>

Aus dieser „globischen“ Betrachtungsweise heraus ist unsere Welt polar. Ob sie aber, politisch gesehen, eine bi- oder multipolare sein würde, war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts lange Zeit umstritten. Gab es vor dem Zweiten Weltkrieg noch ein „Konzert der Kolonialmächte“, so blieben nach der Niederlage der Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg nur noch zwei Supermächte übrig – die USA und die UdSSR. Beide Staaten standen dabei nicht nur für unterschiedliche Ideologien, sondern aus den aus ihnen abgeleiteten Wirtschaftskonzepten ergaben sich eigene Raumvorstellungen: Der Kapitalismus denkt Raum global, da die Grenzen der Erde die Grenzen des Wirtschaftswachstums und der wirtschaftlichen Verflechtung sind; der Kommunismus hingegen propagierte die Idee der Internationale, die zwar auch global existieren konnte, aber immer auf die kleinere Maßstabsebene (National-)Staat heruntergebrochen werden musste. Dies erklärt vielleicht auch die Attraktivität des Kommunismus für viele der neuen, im Zuge der Dekolonisierung entstandenen Staaten, da diese ihre frisch gewonnene Unabhängigkeit nicht gleich wieder einem größeren Bezugsrahmen unterordnen wollten. Allerdings zwang der zunehmende „Kalte Krieg“ die soeben neu entstandenen Staaten, sich mehr oder weniger eindeutig einem Block zuzuordnen. Dennoch experimentierten viele Staaten mit eigenen Wirtschaftsmodellen und

---

1 Siehe zum Beispiel das Review-Essay von Dalby: Writing critical geopolitics.

2 Im deutschsprachigen Raum am konsequentesten zu Ende gedacht hat diese Entwicklung Luhman: Die Gesellschaft der Gesellschaft.

Politiksystemen, die ihren jeweils ganz eigenen dritten Weg bildeten und eigene Bezugssysteme bildeten. Eingebettet waren diese in einen neuen Bezugsrahmen.

## Die Neuorganisation von Raum

Im Rahmen dieses Essays interessiert allerdings nicht primär, wie Raum im „Kalten Krieg“ gedacht wurde, sondern in welcher neuartigen Art und Weise er organisiert wurde. Denn neu in diesem Bezugsrahmen „Raum im ‚Kalten Krieg‘“ war vor allem die Rolle supra- und transnationaler Organisationen. Das internationale System nach 1945 wurde durch die neuen weltweiten Organisationen, wie die Vereinten Nationen (UN), vor allem aber durch die im Wesentlichen in den folgenden Dekaden entstehenden intermediären Organisationen geprägt; seien es Regionalorganisationen wie die *Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl* und ihre Nachfolgeorganisationen oder eher losere politische Bündnisse wie die *Bewegung der Blockfreien Staaten*.<sup>3</sup> Die Gründer dieser Organisationen brachten hier ihre Erfahrungen aus dem Scheitern ähnlicher Organisationen in der Zwischenkriegszeit ein, um ein ebensolches zu verhindern. Wichtig aus der Perspektive dieses Essays ist, dass Politik und Militär, auch der Supermächte, weiterhin in Räumen, vor allem in Kontinenten und Subkontinenten, dachten – offensichtlich zum Beispiel an der Organisation der NATO. Ihnen kam dabei zugute, dass die Konstruktion der UN vorsah, dass regionale Organisationen so etwas wie die lokalen Vertreter der UN werden konnten (und sollten).<sup>4</sup> Es waren vor allem diese intermediären Organisationen, die politische Handlungsräume auf der Ebene zwischen Nationalstaat und globalen Organisationen entstehen ließen und so neue „Figuren des Dritten“ als Vorbilder für diverse politische und wirtschaftliche Akteure boten. Denn nur als „Dritte“ sowohl zwischen den Führungsmächten der beiden Blöcke als auch zwischen Nation und globaler Organisation konnten sie ihre eigentliche Wirkungsmacht entfalten (↗*Die Blockfreien/Bündnisfreien*; ↗*UNCTAD*).

Im Kontext des „Kalten Krieges“ bleibt die Frage diskussionswürdig, warum die hier zu diskutierenden, neuen regionalen Organisationen gegründet wurden, wenn mit UN und ihren Unterorganisationen wie der UNESCO anscheinend neutrale, internationale Organisationen zur Verfügung standen. In der Forschung

---

<sup>3</sup> Zur Bewegung der Blockfreien siehe Dinkel: *Bewegung Bündnisfreier Staaten*. – Zur generellen Dynamik der Zeit und dem Interesse an „autonomen Organisationen“ siehe Prashad: *Darker Nations*.

<sup>4</sup> Siehe hierzu Walter: *Vereinte Nationen und Regionalorganisationen*; Körbs: *Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen*; spezifischer Peou: *The Subsidiarity Model*.

wird dies unter anderem mit dem Formalismus der UN erklärt. Hierunter muss man die interne Hierarchie der UN verstehen, die insofern besonders problematisch war, da der Sicherheitsrat, in dem ja die fünf Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bis heute Vetorecht besitzen, eindeutig ein Instrument der Ost-West-Auseinandersetzung wurde. Dass die „Kalten Krieger“ somit bewusst, aber ohne tieferes Verständnis für die neuen Organisationen, neue Konfliktlösungsmechanismen des „Kalten Krieges“ untergruben, ist eine der Ironien der Geschichte.<sup>5</sup> Denn es sollten eigentlich eben diese neue internationale Organisation und ihre Unterorganisationen sein, in denen sachlich über die Probleme zwischen Ost und West, Nord und Süd geredet werden sollte, um einen neuen, vor allem dann atomar gedachten Weltkrieg zu verhindern. Da der Sicherheitsrat aber zunehmend zu einem Austragungsort dieser Auseinandersetzung wurde, mussten internationale Politiker, die die Spannungen zwischen Ost und West abbauen wollten, neue Organisationen in den Fokus rücken.

Alternative Organisationsformate schienen daher immer mehr zu attraktiven Gegenentwürfen etablierter globaler Ordnung zu werden; nicht ohne Grund wurden mehrere dieser neuen Bündnisse in den 1950er und 1960er Jahren gegründet.<sup>6</sup> Für den hier im Mittelpunkt stehenden geographischen Raum, Südostasien, waren zwei Initiativen zentral, die einander – in ihrer politischen Bedeutung für die Region – ablösten: die *Bewegung der Blockfreien Staaten* und die *Association of Southeast Asian Nations* (ASEAN). Bei beiden handelt es sich um Versuche, eine neue regionale Ordnung zu etablieren.

Startpunkt für beide Organisationen war die Konferenz von Bandung 1955. Sie war nicht nur der Versuch der „Schwachen“ und Kolonisierten, das politische Übergewicht des weißen Nordens aufzubrechen, sondern auch, die Konfrontationslogik, die „Blockbildung“, zu vermeiden. Schon die verschiedenen Namen, die Dritte der „Bewegung der blockfreien Staaten“, der auf dieser Konferenz gegründeten Organisation, geben, verdeutlichen dies.<sup>7</sup> Versuche, neue regionale Ordnungen zu etablieren, verliefen dabei immer auch in einem Wechselspiel zu anderen (lokalen bis globalen) Dynamiken und Ordnungsversuchen – sie waren zugleich geprägt von Abgrenzungs- wie Vereinnahmungsversuchen internationaler Prozesse, wie zum Beispiel des Ost-West-Konfliktes. Die Frage, ob diese

---

5 Beispielhaft veranschaulicht an den frühen Konflikten rund um die UNESCO durch Selcer: UNESCO, Weltbürger und Kalter Krieg, insb. S. 495.

6 Dieses Essay ist Teil eines größeren Projektes zur multipolaren Weltordnung im „Kalten Krieg“, das sich mit den Wechselbeziehungen zwischen der EG und ASEAN seit deren Gründung beschäftigt. Es wird angenommen, dass solche regionalen Zusammenschlüsse eine eigene Agenda hatten, die sie außerhalb der Ost-West-Konfrontation stellten.

7 Jürgen Dinkel zum Beispiel nennt sie die „Bewegung bündnisfreier Staaten“.

Dynamiken (die Versuche einer autonomen Machtpolitik) mit spezifischen Phasen im „Kalten Krieg“ korrelierten, ist jedoch hier von nachgeordnetem Interesse. Denn die Initiatoren dieser Bewegung wollten sich aus unterschiedlichen, je eigenen Gründen in dieser Konfrontationspolitik nicht positionieren, sondern ihren eigenen Weg beschreiten. Zwar wurden viele diese Organisationen, vor allem die *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG) und die ASEAN, als Folgen und Instrumente der Ost-West-Konfrontation betrachtet. Doch nimmt man die (Ego-)Dokumente der Gründer ernst, dann stehen vor allem neutralistische, pazifistische Motive im Vordergrund. Vor dieser Folie scheint es eher so zu sein, dass sich die „neuen“ Institutionen gegenseitig beobachteten und imitierten, denn die zeitliche Abfolge ihrer Gründungen scheint mehr als ein Zufall zu sein. Daher wäre auch zu fragen, welche Rolle die persönlichen Erfahrungen spielten, die die Gründerväter und -mütter in Zwischenkriegszeit und Zweitem Weltkrieg hatten. Beide Regionen – Westeuropa und Südostasien – beteiligten sich am Völkerbund und waren Hauptkampfzonen des Zweiten Weltkrieges. Und mehrere dieser Akteure müssen sich aus politischen Initiativen und sozialen Ereignissen der Zeit nach 1919 gekannt haben, so trafen sich Mohammed Hatta, Unabhängigkeitsführer und erster Vizepräsident Indonesiens, und Jawaharlal Nehru, der erste Premierminister Indiens, schon 1927 in Brüssel beim *Kongress gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus*.<sup>8</sup> Als Organisationseinheit scheint das wichtigste Vorbild für die ASEAN die Gründung der EWG und ihre Partner- und Nachfolgeorganisationen gewesen zu sein. Blicken wir auf das Jahr 1967: Am 1. Juli trat der 1965 geschlossene Fusionsvertrag der *Europäischen Gemeinschaften* (EG), ein Meilenstein der Europäischen Integration, in Kraft. Kurz danach, am 8. August 1967 wurde die ASEAN mit dem Bangkok-Vertrag gegründet.<sup>9</sup> Es scheint daher mehr als eine Koinzidenz zu sein, dass sich beide Organisationen nacheinander ähnliche Formen gaben.<sup>10</sup> Sie unterschieden sich damit auch von den verschiedenen Pan-Bewegungen, die zwar ideologische Gemeinsamkeiten postulierten, aber keine Lösungsmechanismen für die Bewältigung von Interessenkollisionen von Mitgliedsstaaten fanden. Die Prominenz des *tertium comparationis* in diesen Bewegungen oder Modellen, sei es der „Dritte Weg“ oder die „Dritte Welt“ (↗Die „Eine Welt“) zeigt, dass schon während der Hochzeit der vermeintlichen bipola-

---

<sup>8</sup> Vgl. Dinkel: *Bewegung Bündnisfreier Staaten*, S. 2; Petersson: Willi Münzenberg.

<sup>9</sup> Es gibt verschiedene Einführungen in die Geschichte der ASEAN; die regionalen und kulturellen Bezüge werden besonders betont bei Acharya: *The Making of Southeast Asia*.

<sup>10</sup> Zu den Verbindungen zwischen beiden Regionen, Europa und Südostasien, siehe unter anderem Rieger: *The Treaty of Rome*; Knipping et al (Hg.): *Europe and Southeast Asia*.

ren Ost-West-Konfrontation versucht wurde, diese zumindest mental zu überwinden.<sup>11</sup>

## Der „asisatische Weg“ als Figuration des Dritten

Das Dritte bot sich als reizvolle Alternative, als Denkfigur zur Überwindung der binären Logik des „Kalten Krieges“ an, da es ermöglichte, politische Vorstellungen zu diskutieren, die sich eben nicht eindeutig dem kapitalistischen oder kommunistischen, dem „demokratischen“ oder „autoritären“ Lager zuordnen ließen. Diese neuen Denkfiguren wurden nötig, da die bisherigen Lösungsansätze, den Machtasymmetrien nach 1945 friedlich zu begegnen, das oben erwähnte neue System internationaler, „globaler“ Organisationen gewesen war. Allerdings schienen diese, wie angedeutet, zunehmend vom „Kalten Krieg“ aufgesogen zu werden. Schon früh propagierten daher führende Vertreter der Dekolonisierung (Nehru, Sukarno, Zhou Enlai) den sogenannten Dritten Weg, aus der die oben genannte Bewegung der Blockfreien entstand. Diese stellte ein interessantes Zwischen-„Medium“ dar, da sich beide Konzepte, der „Dritte Weg“ und die Bewegung der Blockfreien, oft überlappten. Darüber hinaus stellte die *Bewegung der blockfreien Staaten* zwar formal eine Organisation dar, erlangte aber nie dieselbe Kohärenz wie andere Organisationen. Sie spielt aber als Kontext für die hier wesentliche Organisation, ASEAN, eine wichtige Rolle, da die Bewegung versuchte, die radikale Binarität des Entweder-Oder zu überwinden. Die Logik des „Kalten Krieges“ erhob den Anspruch, die jeweilige Ideologie zum leitenden Kriterium für die Ordnung der Welt und die Strukturierung von Gesellschaft zu erheben. Kulturalistisch verbrämt wurde nun versucht, dieses Konzept zu überwinden, und man setzte dagegen eigene „Werte“. In Südostasien wurde das Dritte dann zum sogenannten asiatischen Weg deklariert.<sup>12</sup>

Wichtig allerdings ist, dass es in Südostasien als einer der wichtigsten Konfrontationszonen des Ost-West-Konfliktes nicht bei kulturalistischen Diskussionen oder losen politischen Programmen blieb. Denn eine Sonderrolle in diesen Bewegungen des „Dritten Weges“ nimmt die ASEAN sowohl durch ihre Geschichte und ihre relative institutionell gefestigte Struktur ein. Dabei entwickelte

---

<sup>11</sup> Mit einem etwas anderem Schwerpunkt Speich Chassé: Die Dritte Welt als Theorieeffekt. Zu den Pan-Bewegungen siehe Aydin: *The Politics of Anti-Westernism in Asia*.

<sup>12</sup> Zum „asiatischen Weg“ wurde viel geschrieben, besonders zu seinem Gebrauch durch den malaysischen Premierminister Mahatir. Konkreter zur ASEAN bei Nischalke: *Insights from ASEAN's Foreign Policy Co-Operation*; Caballero-Anthony: *Mechanisms of Dispute Settlement*; stärker anwendungsbezogen Jones: *Security and Democracy*.

sich hier eine ganz eigene Figuration des Dritten, die sich zwar an viele, parallel existierende Konzepte anlehnte, aber diese zu erweitern suchte. Eine nicht unwesentliche Rolle dürften dabei das als weiterer „Dritter“ im Hintergrund agierende China gespielt haben.<sup>13</sup> Viele der ASEAN-Gründungsstaaten und ihrer Gründungsväter waren in Bandung anwesend. Doch schien ihnen dieser Weg zu unverbindlich. Thailand, Malaysia, Singapur, die Philippinen und Indonesien gründeten, nach dem Vorbild der EWG, vielleicht mit einem Fernziel à la EG, eine Staatengemeinschaft, die sich nach dem Scheitern der militärisch-sicherheitspolitisch ausgerichteten *South-East Asia Treaty Organization* (SEATO) der bündnispolitischen Neutralität verpflichtete. Der strategische Raum der SEATO deckte sich im Kerngebiet Südostasiens weitgehend mit dem „Vertragsraum“ der ASEAN; die SEATO allerdings positionierte sich eindeutig im „Kalten Krieg“. Die Gründung der ASEAN war so auch ein Ersatz für das Scheitern der SEATO, aber nun, und das ist wichtig im Kontext des „Kalten Krieges“, ohne militärische oder bündnispolitische Komponente. Trotz aller Furcht vor China oder der Sowjetunion hatte es dieses südostasiatische Pendant zur NATO eben nicht geschafft, in der Region soweit akzeptiert zu werden, damit die USA relevante Waffenhilfe in den Stellvertreterkriegen in Asien erhielt. Zwar existierte die SEATO formal weiter bis 1977, doch war die Organisation ab 1973 quasi inaktiv. Ein wesentliches Problem war offensichtlich die Teilnahme extraregionaler Staaten, sprich: vor allem der westlichen Mitgliedsstaaten Frankreich, Großbritannien, Australien, Neuseeland und der USA. Nur die Philippinen und Thailand waren Staaten in Südostasien, Pakistan als weiterer asiatischer Staat spielte nie eine bedeutende Rolle, allerdings waren Laos, Kambodscha und Südvietnam Protokollstaaten. Die Organisation wurde daher auch als Deckmantel für die Perpetuierung kolonialer Interessen durch Frankreich und Großbritannien gesehen. Dieser Aspekt war für die soeben dekolonisierten Staaten der wichtigste Punkt, sich nicht einer der beiden Supermächte anzuschließen, wenn man nicht überzeugter Antikommunist oder Kommunist war – es war die Angst vor einer Neokolonisierung. Das Wissen um die Angst vor einer Neo-Kolonialisierung hilft auch zu verstehen, warum diese antikommunistische Militärorganisation scheiterte, obwohl Südostasien die wichtigste Frontzone der kleinen „heißen“ Kriege im „Kalten Krieg“ war. Aber nicht nur die Ost-West-Konfrontation bedrohte die Region (man denke nur an den Vietnamkrieg), auch China und Indien grenzten die Region ein. Mit der ASEAN

---

**13** Siehe Roberts (Hg.): Behind the Bamboo Curtain. China war nicht nur Nachbar der meisten südostasiatischen Festlandstaaten, sondern förderte auch immer wieder kommunistische und andere Widerstandsbewegungen gegen die jeweiligen Regierungen von ASEAN-Staaten. Gleichzeitig versuchte es sich unabhängig von der Sowjetunion zu machen, ja wurde in der Region sogar ein Gegenspieler sowjetischer Interessen.

versuchten die politischen Führer gleichzeitig zur militärischen Deeskalation eine Wirtschaftsintegration à la EWG „light“: ohne starken, quasi-automatischen Integrationsprozess bei Betonung gemeinsamer Werte, aber auch ohne parallele Verteidigungsgemeinschaft. Ebenso wie die Gründerväter der Römischen Verträge waren für die Gründer der ASEAN die zentralen Sozialisationserfahrungen vielfältig: die Schwäche internationaler Organisationen und das Scheitern des Völkerrechtes in der Zwischenkriegszeit, die Leiden des Zweiten Weltkrieges. Wenn nun die zwei zentralen Siegermächte dieses Krieges neue Gewaltspiralen propagierten, musste dies den Wertvorstellungen asiatischer (und europäischer) Politiker, aber auch deren ureigenen Interessen zuwiderlaufen. Denn die Stabilisierung (oder Etablierung) der ASEAN und die Durchsetzung eines regionalen *commitments* wurde durch den Rückzug der USA aus der Region nach der Niederlage im Vietnamkrieg verstärkt. Die Deklaration der *Zone of Peace, Freedom and Neutrality* (ZOPFAN) zeigte, dass man innerhalb Südostasiens Konflikte nicht konfrontativ lösen wollte – auch dies machte die SEATO überflüssig.

Wichtig für die Entwicklung der ASEAN war, dass der „Kalte Krieg“ in seinen heißen Phasen immer wieder in deren Bündnisraum eindrang. Nicht erst seit der Niederschlagung kommunistischer Aufstände in Malaysia (die sogenannte *Emergency*) prägte die Angst vor kommunistischen Aufständen das Weltbild der festlandsüdostasiatischen Staaten. Der Vietnamkrieg und die Krise in Kambodscha betrafen etliche Mitglieder mehr oder weniger direkt. Die interessante Frage bei einem Konzept des „Dritten“ ist nun, wie die ASEAN als Ganzes, aber auch einzelne Akteure in diesem Spannungsfeld agierten. Während weite Teile des Militärs eine Ausbildung oder Unterstützung durch die westlichen Mächte erfahren hatten und daher antikommunistisch eingestellt waren, bevorzugten vor allem die politischen Führer, die ihre politische Sozialisation in der Zwischenkriegszeit erfahren hatten, einen neutraleren Kurs. Der „asiatische Weg“ betonte das Konsensuale und war damit das genaue Gegenteil einer binär-antagonistischen Logik. Dieses prozesshafte Vorgehen ermöglichte den Blockmächten durch die an der ASEAN teilnehmenden Staaten eine unterschwellige, wie durch Stellvertreter vollzogene Kommunikationsfortführung (↗*Das Rote Telefon*). Da diese den direkten Blockpartnern oft so nicht möglich war, trug dieses Verfahren auch zur Entspannung und weitestgehend gewaltfreien Konfliktlösung im „Kalten Krieg“ bei, wie vor allem die Lösung der Kambodscha-Krise zeigt. Gleichzeitig wurden aber bestimmte universalistische Werte, wie die Menschenrechte, als westlicher Diskurs abgelehnt und damit ein anderer Weg beschritten, als ihn Organisationen wie die UN und die UNESCO anboten. Insofern war es wichtig, den eigenen Raum zu definieren, denn mit dieser Raumdefinition sollte eine kulturelle Definition einhergehen, die sich von den benachbarten Regionen abgrenzte (wie auch der Begriff Europa). Während im Westen Südostasien als Konstrukt oder

Folge der Definition des Einsatzgebietes eines alliierten Militärkommandos im Zweiten Weltkrieg dargestellt wurde, betonten die Politiker die kulturellen und historischen Verbindungen und stellten sich als traditionelle Mittlerregion dar. Gleichzeitig stärkten vor allem regionale Konferenzen den Zusammenhalt, während man international eher als eigenständige Staaten auftrat – anders als zum Beispiel die EG-Staaten. Dies hing nicht nur mit der frisch gewonnenen Unabhängigkeit zusammen, sondern auch damit, dass die ASEAN kaum nennenswerte organisatorische Infrastrukturen besaß. Dies diente dem Wunsch, nicht zu sehr in bestehende Systeme und Bündnisse eingebunden zu werden, was angesichts der ansteigenden Zahl von Beitritten in verschiedene Organisationen durchaus paradox erscheint. Dieser Aspekt des „Kalten Krieges“ ist zwar durchaus schon in der Forschung thematisiert worden, muss aber nochmals betont werden. Viele der neuentstandenen Staaten misstrauten den Großmächten so sehr, vor allem den ehemaligen Kolonialmächten, dass es in den 1960er Jahren verschiedene Versuche gab, eigene Organisationen zu gründen (etwa die *Organisation of African Unity*, OAU, oder den *Andenpakt* in Südamerika) oder die kolonialen Grenzziehungen zu überwinden (*Vereinigte Arabische Republik*). Diese Versuche finden in der bisherigen Forschung wenig Beachtung, da sich eine Reihe von Staaten mittelfristig aus unterschiedlichen Gründen der Logik der Blockkonfrontation unterwarfen; wenngleich auch etliche mit verschiedenen Regimewechseln immer wieder die Seiten wechselten. In der „Dritten Welt“ wurden aber viele dieser Staaten nicht nur nicht Teil der Blockmächte, sondern sie versuchten häufig gleichzeitig Doppelmitgliedschaften in verschiedenen, die Blöcke übergreifenden Organisationen zu behalten. Das Besondere an der ASEAN ist diese Betonung des Eigenständigen. Autoren wie Ursula Lehmkuhl und Marc Frey ordnen die Organisation zwar eher dem westlichen Block zu und sehen sie als Gründung oder Werkzeug der USA; dies wurde aber auch der EWG seit ihrer Gründung immer wieder unterstellt.<sup>14</sup> Das Modell „Internationale und Regionale Organisation“ scheint jedoch eine Eigendynamik entwickelt zu haben, denn einige der neuen Vereinigungen waren klar am Vorbild der EG(s) orientiert, zum Beispiel die *Caribbean Community and Common Market* (CARICOM). Die Außenpolitik der USA war gegenüber „Drittstaaten“ sicher nicht konsistent genug, als dass sie regionale Wirtschaftsorganisationen immer gefördert hätten – auch, da diese, wie die EWG, zu Handelskonkurrenten werden konnten. Die USA standen also diesen Organisationen, der EWG/EG wie ASEAN, trotz anfänglicher Förderung zunehmend skeptisch gegenüber, da diese sonst zunehmend versuchten, ihre Autonomie zu bewahren und ihren Handlungsspielraum zu erweitern. Die Selbstpositionierung

---

14 Vgl. Lehmkuhl: *Pax Anglo-Americana*; Frey: *Dekolonisierung in Südostasien*.



als wie auch immer geartetes „Drittes“ gegenüber den Supermächten gehörte hierbei zum politischen Werkzeug multipolar ausgerichteter Organisationen.

## ASEAN – das Dritte als regionale Klammer

Warum aber wählten die Staaten Südostasiens (wie übrigens die europäischen Staaten auch) internationale, ja tendenziell supranationale Organisationen? Die binäre Logik des „Kalten Krieges“ wurde als etwas extrem konfrontatives, fast apokalyptisches erfahren. Denn der inhärente Lösungsansatz bestand zunächst im Überleben nur eines Systems. Multinationale Organisationen müssen schon aus Gründen der eigenen Funktionalität danach streben, die Logik der Konfrontation durch den „Weg der Kommunikation“ zu ersetzen, da in ihnen immer widerstrebende Interessen gebündelt sind. Im Kalten Krieg trugen sie somit auch zum Modus der „friedlichen Koexistenz“ bei. Wichtig ist, dass die politikwissenschaftliche Unterscheidung zwischen trans-, supra-, multi-, etc.-Organisationen in diesem Zusammenhang sekundär und für die Akteure unwichtig war. Es wurde die Organisationsform gewählt, auf die man sich als Minimalkonsens einigen konnte und/oder die am erfolgversprechendsten schien. Die zahlreichen Gründungen von Organisationen zeigen, dass es ein starkes Interesse in vielen Teilen der Welt gab, die Dichotomie der Blockbildung zu überwinden, indem man, und dies ist eben kein Paradoxon der Post-1945-Moderne, institutionelle Vereinigungen verstärkte. Dies erklärt sich aus der Logik, dass es nur in diesen Verbindungen für viele Staaten zum einen möglich schien, genügend Ressourcen zur Modernisierung der eigenen Wirtschaft zu mobilisieren. Zum anderen aber boten diese Staatengemeinschaften neben dem Schutz eben dieser Wirtschaftsräume auch strategischen Schutz. Vor diesem Hintergrund ist das Scheitern der SEATO umso bemerkenswerter und belegt eindrucksvoll das Streben nach Autonomie von den Supermächten. Denn die „Loyalitäten“ waren im globalen Kontext durchaus unterschiedlich verteilt. So näherte sich Thailand, das neben den Philippinen der wichtigste militärische Partner der USA in Südostasien war und neben Basen auch Truppen für den Vietnamkrieg zur Verfügung stellte, schon in den 1980er Jahren China an – und das nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Die bipolare Blockbildung, die mit dem Aufstieg Chinas und dem Bedeutungszuwachs anderer Weltregionen schon lange vor 1990 absehbar obsolet zu werden drohte, konnte so nicht aufrechterhalten werden – wenn sie nicht schon vorher in weiten Teilen rhetorische Makulatur und innenpolitisch motiviert war. So war der Umgang mit den unterschiedlichen Konfliktparteien in Kambodscha und ihren jeweiligen Schutzmächten zu komplex, um sich in das „europäische“ Muster klarer Aushandlungsprozesse einfügen zu können. Die ASEAN als weiche, regionale

Klammer war hier das Dritte, das die Region trotz aller wirtschaftlichen und politischen Spannungen zusammenhielt – und regionale Konfliktlösungsangebote bot, wie in der Lösung des Kambodscha-Konflikts. Es war eben das Neutrale, die Inszenierung als nicht-involvierter Dritter, die der ASEAN als politischer Figur den Gestaltungsraum gab, den es aufgrund seiner institutionellen Schwäche nach klassisch-politikwissenschaftlichen Analysen eigentlich nicht besitzen konnte. Dass die Realisierung der Handlungsfähigkeit dieser Figur entscheidend von den jeweiligen Kontexten abhing, zeigen die vielen Beispiele, wo es nicht gelang, zu vermitteln: etwa im Irian-Jaya-Konflikt und in Osttimor. Doch war auch deutlich stärker institutionalisierten Organisationen kein Erfolg beschert. Denn wie beim partiellen Vorbild und Ideengeber EWG/EU ging es der ASEAN vor allem darum, ein dritter Raum, eine Gesprächsplattform zu sein, um in diesem Raum als Akteur, als Figur des Dritten, aktiv werden zu können. Und, so eine These meines Projektes: Es waren die gemeinsamen Erfahrungen der Gründer in Zwischenkriegszeit und Zweitem Weltkrieg, die zur Entwicklung ähnlicher Organisationen und Formen führten.

Hier zeigen sich auch die Vorteile eines Analysekonzepts wie der der „Figur des Dritten“. Konzentriert man sich zu sehr auf die oben erwähnten scheinbaren Widersprüche und Paradoxien, findet man keine Erklärung für die Dauer und das Überleben dieser Organisationen. Die „Figur des Dritten“ bietet hier die Möglichkeit, neue Institutionenmodelle als Denkalternativen greifbar zu machen. Die Institutionen überlebten auch, da ihnen etwas Utopisches inhärent war. Sichtbar wird dies an dem Zeitraum nach 1990, als die Kooperation zwischen diesen Organisationen, besonders zwischen EU und ASEAN, einen neuen Aufschwung erlebte und das berühmt-berüchtigte „Ende der Geschichte“ verkündet wurde. Die neuen Ideen, Programme und Kooperationen griffen aber nur deswegen so schnell, da man auf vorhergehende und gemeinsame politische Vorstellungen einer multipolaren Weltordnung einging. Die Idee eines „Endes der Geschichte“ und einer friedlichen, multipolaren Weltordnung im Übergang nach 1990 zeigen, dass sich ein schon vorher ideologisch und politisch angelegtes Modell durchsetzte. Insofern wurde das „Dritte“ zum „Ersten“, aber wirkmächtig eben nur, da es etwas Neues war, das die politische Arena veränderte.

## Literatur und publizierte Quellen:

- Acharya, Amitav: *The Making of Southeast Asia. International Relations of a Region*, Ithaca, NY, London 2013.
- Aydin, Cemil: *The Politics of Anti-Westernism in Asia. Visions of World Order in Pan-Islamic and Pan-Asian Thought*, New York 2007.

- Caballero-Anthony, Mely: Mechanisms of Dispute Settlement. The ASEAN Experience, in: *Contemporary Southeast Asia* 20 (1998), Heft 1, S. 38 – 66.
- Dalby, Simon: Writing critical geopolitics: Campbell, Ó Tuathail, Reynolds and dissident skepticism, in: *Political Geography* 15 (1996), Heft 6/7, S. 655 – 660.
- Dinkel, Jürgen: *Die Bewegung Bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik (1927 – 1992)*, Berlin, München 2015.
- Frey, Marc: *Dekolonisierung in Südostasien. Die Vereinigten Staaten und die Auflösung der europäischen Kolonialreiche*, München 2006.
- Jones, David Martin: Security and Democracy. The ASEAN Charter and the Dilemmas for Regionalism in South-East Asia, in: *International Affairs* 84 (2008), Heft 4, S. 735 – 756.
- Knipping, Franz/Bunnag, Piyanart/Phatharodom, Vimolvan (Hg.): *Europe and Southeast Asia in the Contemporary World. Mutual Influences and Comparisons*, Baden-Baden 1999.
- Körbs, Hartmut: *Die Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen und Regionalorganisationen nach Kapitel VIII der Satzung der Vereinten Nationen*, Bochum 1997.
- Lehmkuhl, Ursula: *Pax Anglo-Americana. Machtstrukturelle Grundlagen anglo-amerikanischer Asien- und Fernostpolitik in den 1950er Jahren*, München 1999.
- Luhman, Niklas: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, 2 Bände, Frankfurt a. M. 1997.
- Nischalke, Tobias Ingo: Insights from ASEAN's Foreign Policy Co-Operation. The „ASEAN Way“, a Real Spirit or a Phantom?, in: *Contemporary Southeast Asia* 22 (2000), Heft 1, S. 89 – 112.
- Peou, Sorpong: The Subsidiarity Model of Global Governance in the UN–ASEAN Context, in: *Global Governance* 4 (1998), Heft 4, S. 439 – 459.
- Petersson, Fredrik: *Willi Münzenberg, the League against Imperialism, and the Comintern, 1925 – 1933*, Bände 1 und 2, New York 2013.
- Prasad, Vijay: *The Darker Nations. A People's History of the Third World*, New York 2007.
- Rieger, Hans Christoph: The Treaty of Rome and its Relevance for ASEAN, in: *ASEAN Economic Bulletin* 8 (1991), Heft 2, S. 160 – 172.
- Roberts, Priscilla (Hg.): *Behind the Bamboo Curtain. China, Vietnam, and the World beyond Asia*, Washington, DC, Stanford 2006.
- Selcer, Perrin: UNESCO, Weltbürger und Kalter Krieg, in: Greiner, Bernd/Müller, Tim B./Weber, Claudia (Hg.): *Macht und Geist im Kalten Krieg*, Hamburg 2011, S. 477 – 497.
- Speich Chassé, Daniel: Die „Dritte Welt“ als Theorieeffekt. Ökonomisches Wissen und globale Differenz, in: *Geschichte und Gesellschaft* 41 (2015), Heft 4, S. 580 – 612.
- Walter, Christian: *Vereinte Nationen und Regionalorganisationen. Eine Untersuchung zu Kapitel VIII der Satzung der Vereinten Nationen*, Berlin u. a. 1996.



Jürgen Dinkel

## Die Blockfreien/Bündnisfreien

In der Nacht auf den 13. August 1961 begann die Regierung der DDR mit dem Bau von zusätzlichen Grenzsicherungsanlagen (↗Deutschland, beide). Die Berliner Mauer gilt seitdem als Manifestation des „Eisernen Vorhangs“ und als Symbol für die Zweiteilung der Welt in ein demokratisch-kapitalistisches und ein kommunistisches Lager während des Ost-West-Konfliktes. Die Ursprünge des Konfliktes reichten zeitlich freilich weiter zurück. Je nach Interpretation werden unter anderem die Oktoberrevolution 1917, das Lange Telegramm von George Kennan 1946 oder auch die erste Berlin-Krise 1948/49 als Beginn der weltanschaulichen bipolaren Systemkonkurrenz genannt. Die Führungsmächte beider Blöcke – die Sowjetunion und die USA – kannten zunächst nur Verbündete oder Feinde und teilten die Welt in Einflusszonen auf. In Europa war die Demarkationslinie zwischen Ost und West relativ schnell und eindeutig gezogen; spätestens mit dem Bau der Berliner Mauer war die Lagergrenze für die nächsten Jahrzehnte fest zementiert. Neue Verbündete waren für beide Seiten daher auf dem europäischen Kontinent kaum mehr zu gewinnen. Anders sah es hingegen in der außereuropäischen Welt aus, weshalb sich der Kampf um neue Einflussphären in den 1950er Jahren dorthin verlagerte und wodurch sich das Ringen der Supermächte zu einem globalen Konflikt ausweitete.<sup>1</sup>

## Die „dritte Kraft“: Die Bündnisfreien und die binären Logiken des Kalten Krieges

In Asien und Afrika lösten sich nach dem Zweiten Weltkrieg die europäischen Kolonialreiche auf. Bis Mitte der 1970er Jahre entstanden auf beiden Kontinenten zusammen mehr als 100 neue Staaten. Deren Regierungen suchten mehrheitlich nicht die eindeutige An- bzw. Einbindung in eines der beiden bestehenden weltpolitischen Lager. Vielmehr lehnten viele von ihnen die von den Supermächten forcierte Einteilung der Welt in zwei Blöcke explizit ab. Stattdessen demonstrierten sie durch eigene außenpolitische Initiativen – wie etwa durch die

---

Der Essay basiert auf Dinkel: Die Bewegung Bündnisfreier Staaten. Dort finden sich die folgenden Überlegungen und Argumente ausführlicher dargestellt und detaillierter belegt.

1 Vgl. Greiner et al (Hg.): Heiße Kriege im Kalten Krieg; Westad: The Global Cold War.

weltweit beachtete Asiatisch-Afrikanische Konferenz von Bandung 1955 oder durch regionale Zusammenschlüsse wie ASEAN ( $\nearrow$ ASEAN) – eindrucksvoll, dass sie sich als neue Staaten nicht einfach einer anderen Macht unterordnen würden, sondern ihre eigenen außenpolitischen Interessen teilweise innerhalb und zum Teil jenseits des Ost-West-Konfliktes verfolgen wollten. In der Auseinandersetzung zwischen Ost und West ließen sich die postkolonialen und häufig „unterentwickelten“ Staaten daher nicht eindeutig verorten. Sie stellten im Ost-West-Konflikt eine vermeintlich „dritte Kraft“ dar, die sich in einem von beiden Lagern unterscheidbaren „dritten Raum“ entfaltete, der seit den 1950er Jahren als „Dritte Welt“ bezeichnet wurde, und der schnell den Hauptschauplatz des Kalten Kriegs markierte.<sup>2</sup>

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen mussten die Regierungen der Sowjetunion und der USA Mitte der 1950er Jahre anerkennen, dass sie keineswegs in der Lage waren, das außenpolitische Handeln der postkolonialen Staaten zu steuern, und dass einige der neuen Staaten nicht gewillt waren, sich einem der beiden bestehenden Blöcke anzuschließen. Gleichwohl gingen beide Seiten fest davon aus, dass sich die postkolonialen Staaten mittelfristig einem Lager zuordnen und damit Einfluss auf den Ausgang des Ost-West-Konfliktes nehmen würden. Denn der Seite, der es gelänge, die meisten asiatischen und afrikanischen Staaten von ihrem Gesellschaftsmodell zu überzeugen oder durch militärische, politische und ökonomische Zuwendungen beziehungsweise Drohungen in ihr Lager zu integrieren, wäre es zugleich möglich, ihren globalen Einflussbereich enorm auszudehnen. Von diesen Überlegungen ausgehend, begannen die Regierungen in Moskau und Washington neue Strategien im Umgang mit den postkolonialen Ländern auszuarbeiten.

Regierungsmitarbeiter und Experten der Sowjetunion als auch der USA entwarfen Modernisierungsstrategien und -theorien zur Entwicklung der asiatischen und afrikanischen Länder, und beide Seiten stockten das Volumen ihrer Entwicklungshilfe für diese Länder auf.<sup>3</sup> Zugleich erhöhten beide Machtzentren ihren militärischen, politischen und ökonomischen Druck auf die Regierungen in Asien und Afrika, um zumindest zu verhindern, dass diese sich der Gegenseite anschließen würden. Auch Waffenlieferungen, die Ausbildung von Polizei- und Militäreinheiten sowie direkte Beteiligungen an Militärputschen und Kriegen waren Teil dieses Ringens um größeren Einfluss in verschiedenen Weltregionen. Interventionen der beiden Supermächte ließen deshalb lokale oder regionale

---

<sup>2</sup> Vgl. Dinkel: Dritte Welt.

<sup>3</sup> Das politisch wohl einflussreichste und bekannteste Produkt dieser Maßnahmen ist Walt W. Rostows Modernisierungstheorie, vgl. Rostow: *The Stages of Economic Growth*.

Konflikte in der außereuropäischen Welt häufig eskalieren. Der Kalte Krieg wurde in weiten Teilen der Welt als „heißer“ Krieg geführt, was wiederum mit dazu führte, dass zunehmend mehr Staaten ihre Distanz zu beiden Blöcken betonten.<sup>4</sup>

Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre beobachteten westliche Journalisten, Politikwissenschaftler und Diplomaten daher ein neuartiges Phänomen in den internationalen Beziehungen: die Entstehung zahlreicher neutraler und bündnisfreier Staaten. Das Prinzip der Neutralitätspolitik und die Existenz neutraler Staaten waren an sich nicht unbekannt. Mit der Schweiz befand sich der Prototyp eines neutralen Staates mitten in Europa. Neu war allerdings die große Zahl der entstehenden neutralen und bündnisfreien Länder, ihre geographische Verortung größtenteils in Asien und Afrika und ihr Bekenntnis zu einer aktiven Weltpolitik. Denn während sich in Europa die meisten Länder im Kontext des Kalten Krieges in Militär- und Wirtschaftsbündnissen zusammenschlossen hatten, distanzieren sich viele postkoloniale Staaten von diesen Pakten. In verschiedensten Formulierungen wiederholten deren Regierungen, die sich mehrheitlich gerade erst aus dem Einflussbereich der europäischen Kolonialmächte gelöst hatten, dass sie sich nicht dem globalen Führungsanspruch einer Supermacht unterordnen wollten, sondern dass sie eine von den Blöcken unabhängige Politik betreiben und in internationalen Fragen ihre eigenen Entscheidungen treffen würden. Die innen- und außenpolitischen Gründe für diese Entscheidungen variierten von Land zu Land bzw. besaßen in den verschiedenen Staaten unterschiedliches Gewicht. Unabhängig von den Ursachen, die dazu führten, dass eine Regierung eine bündnisfreie Politik verfolgte, führte der Entschluss zu einer solchen Politik dazu, dass sich diese Regierungen der bipolaren Logik des Kalten Krieges widersetzen und sich im Ost-West-Konflikt nicht eindeutig zugunsten von einer der beiden Seiten positionierten.<sup>5</sup>

Vor diesem Hintergrund gewann für den Kreml und das Weiße Haus die nur drei Wochen nach dem Bau der Berliner Mauer am 1. September 1961 in Belgrad beginnende Konferenz von Regierungen bündnisfreier Staaten an Bedeutung. Zu dieser Konferenz hatten die Staatsoberhäupter von Jugoslawien (Josip Broz Tito), Ägypten (Gamal Abdel Nasser), Indien (Jawaharlal Nehru) und Ceylon – heute: Sri Lanka – (Sirimavo Bandaranaike) im Frühjahr 1961 eingeladen, und über 20 Regierungen aus Asien und Afrika sowie Kuba hatten ihre Teilnahme zugesagt. Aus der Perspektive beider Supermächte schienen sich somit in der jugoslawischen Hauptstadt die Staatsoberhäupter derjenigen Länder zu treffen, die sich noch nicht einem der beiden Blöcke angeschlossen hatten. Die Regierungen und Au-

---

4 Greiner et al (Hg.): Heiße Kriege im Kalten Krieg.

5 Vgl. Dinkel: Die Bewegung Bündnisfreier Staaten, S. 99–111.

ßenministerien der Sowjetunion und der USA sowie deren Verbündete diskutierten und intensivierten daher in den letzten Augustwochen, insbesondere nach dem Bau der Berliner Mauer, ihre Versuche, die bündnisfreien Staaten zu beeinflussen. Im Idealfall wollten sie nach wie vor die „neutralen“ oder „blockfreien“ Regierungen dieser aus ihrer Sicht nun neuen „dritten Kraft“ der Weltpolitik für das eigene Lager gewinnen. In jedem Fall galt es aber, den Anschluss dieser Staaten an das andere Lager zu verhindern, wofür beide Seiten zu erheblichen diplomatischen und ökonomischen Zugeständnisse an die Bündnisfreien bereit waren. Das wiederum eröffnete den Bündnisfreien auf ihrer Konferenz in Belgrad unerwartete diplomatische Handlungsspielräume.

Die Regierungen der 25 Länder, die sich in Belgrad trafen, nahmen die ihnen von den Supermächten zugeschriebene und von ihnen selbst auch seit mehreren Jahren geforderte Rolle im Ost-West-Konflikt an. In zahlreichen Reden, Inszenierungen und schließlich auch in der Konferenzdeklaration charakterisierten sich die Teilnehmer selbst als „Gewissen der Menschheit“, als „dritte Stimme“ oder als „Vermittler“ zwischen den Supermächten. Sie beharrten darauf, die Mehrheit der Weltbevölkerung zu repräsentieren und durch ihre bündnisfreie Politik einen Weg aus der Blockkonfrontation hin zu einer sichereren und friedlicheren Welt aufzuzeigen. Daraus leiteten sie einen moralischen Anspruch ab, der ihnen Verhandlungsmacht gegenüber den Supermächten verleihen sollte.<sup>6</sup> Ihre Position als „Dritte“ im Ost-West-Konflikt nutzten sie, um zwischen Ost und West zu vermitteln, aber auch um sich vor Interventionen der Supermächte zu schützen und um zusätzliche finanzielle Entwicklungshilfe für ihre einzelnen Staaten auszuhandeln.

Weltweit avancierten das Treffen in Belgrad und die später institutionalisierte Bewegung Bündnisfreier Staaten damit zu Projektionsflächen für Neutralisten, Friedensaktivisten und anderen politischen Akteuren, die nach Auswegen aus dem Ost-West-Konflikt jenseits der direkten Konfrontation suchten. Insofern unterminierte die Bündnisfreien die bipolare Logik des Kalten Krieges. In ihrer Bewegung manifestierte sich eine politische Alternative zur Blockzugehörigkeit bzw. zur spezifischen Weltdeutung der Kalten Krieger, was ihnen immer wieder größeres politisches Gewicht verlieh, das sie für ihre eigenen Interessen und Ziele nutzten.

---

<sup>6</sup> Siehe Vujović (Hg.): *The Conference of Heads of State or Government of Non-Aligned Countries.*



## Der Nord-Süd-Konflikt: Ideen, Forderungen, Chancen jenseits der Ost-West-Konfrontation

Was in der Forschung bislang allerdings häufig übersehen wurde, ist die Tatsache, dass die bündnisfreien Regierungen ihren politischen Handlungsspielraum und ihr diplomatisches Gewicht zwischen den Blöcken hauptsächlich nutzten, um eine Weltdeutung zu popularisieren, für die das strukturierende Merkmal der internationalen Politik nicht in einem Ost-West-, sondern in einem Nord-Süd-Konflikt lag, das heißt im Gegensatz zwischen den industrialisierten Ländern der nördlichen Hemisphäre und den südlichen Entwicklungsländern. In Belgrad betonten vor allem die Delegierten der erst seit wenigen Jahren oder gar Monaten unabhängigen afrikanischen Staaten gegenüber Diplomaten und Journalisten aus Ost und West immer wieder, dass ihnen der Kampf um Einflusssphären zwischen der Sowjetunion und den USA weniger wichtig sei als die vollständige Abschaffung und Beseitigung kolonialer Herrschaft, die noch in Teilen Afrikas existiere. Darüber hinaus forderten sie zusammen mit allen anderen Teilnehmern eine grundlegende Reform der internationalen Handels- und Wirtschaftsordnung.

Die postkolonialen Forderungen nach einer anderen Weltwirtschaftsordnung war Anfang der 1960er Jahre nicht neu. Schon in der Zwischenkriegszeit und verstärkt seit Ende der 1940er Jahre hatten lateinamerikanische, asiatische und arabische Regierungen auf eine Reform der internationalen Handelsregeln gedrängt. Denn die Kritik an der Wirtschaftspolitik der Kolonialmächte und das Versprechen, Wohlstand und Wachstum nach der Unabhängigkeit zu schaffen, waren für die antikolonialen Bewegungen wichtige Strategien gewesen, mit denen sie die Kolonialherrschaft delegitimiert und ihre Anhängerschaft mobilisiert hatten. Nach der politischen Unabhängigkeit galt es nun für die postkolonialen Regierungen, dieses Versprechen einzulösen. Zusätzliche innenpolitische Bedeutung erhielt die Wirtschaftspolitik für die meisten neuen Regierungen dadurch, dass sie nicht demokratisch legitimiert waren und in der Verbesserung der Lebensumstände ihrer Bevölkerung einen Weg sahen, ihre Herrschaft zu rechtfertigen. Außenpolitisch sollte eine starke Wirtschaft ihre staatliche Souveränität schützen und ihr unabhängiges Mitspracherecht in der internationalen Politik sichern.

Durch den Rückgriff auf Modernisierungstheorien östlicher oder westlicher Prägung, durch großflächige Landreformen und mit Hilfe der nördlichen Industrieländer sowie der Vereinten Nationen strebten postkoloniale Regierungen die Modernisierung ihrer Volkswirtschaften an. Relativ schnell nach der Unabhängigkeit stießen sie aber bei der Umsetzung ihrer ökonomischen Großprojekte auf Probleme und Hindernisse. Die Gründe hierfür waren vielfältig und von Land zu

Land unterschiedlich. Gleichwohl sahen die postkolonialen Regierungen die Ursachen für ihre wirtschaftlichen Probleme jenseits innenpolitischer Schwierigkeiten übereinstimmend in der internationalen Weltwirtschaftsordnung. Die Forderungen nach einer Reform des Weltwirtschaftssystems waren seit Ende der 1940er Jahre ein fester Bestandteil postkolonialer Treffen in und außerhalb der Vereinten Nationen sowie von Treffen zwischen postkolonialen Staaten und den nördlichen Industrieländern, ohne dass diese Gespräche in den 1940er und 1950er Jahren merkbare Folgen nach sich gezogen hätten.<sup>7</sup>

Mittelfristig gelang es den postkolonialen Regierungen jedoch, ihre wirtschaftspolitischen Forderungen auf die Agenda der internationalen Politik zu setzen und die damit verbundene Weltsicht weltweit zu verbreiten und zu verankern. Nach der Belgrader Konferenz 1961 trafen sich 31 überwiegend postkoloniale Staaten im Juli 1962 in Kairo, wo sie beschlossen, auf eine globale Wirtschaftskonferenz im Rahmen der Vereinten Nationen hinzuwirken. Unterstützt von den sozialistischen Ländern führte diese Initiative zur Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development, UNCTAD), die erstmals im Jahr 1964 unter dem Vorsitz von Raúl Prebisch in Genf stattfand und mit der eine gut 15-jährige internationale Debatte über Regeln und Steuerungsmechanismen der Weltwirtschaft begann, die bald von den Zeitgenossen – je nach Perspektive – als Nord-Süd-Konflikt oder Nord-Süd-Dialog bezeichnet wurde (→UNCTAD).

Ausschlaggebend für den Nord-Süd-Konflikt war die Synchronisation von vier Prozessen, die zunächst getrennt voneinander abliefen und sich in den 1960er und 1970er Jahren miteinander verschränkten. Erstens gewannen die wirtschaftspolitischen Forderungen der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten in der internationalen Politik schlicht dadurch an Gewicht, dass zwischen den 1950er und 1970er Jahren in Asien und Afrika weitere neue Staaten entstanden, die nach und nach auch in internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen aufgenommen wurden.

Zweitens nannten zunehmend mehr postkoloniale Regierungen ähnliche Faktoren als Hemmnisse für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes. Sie bemängelten insbesondere die politische Instrumentalisierung von Entwicklungshilfe durch die Industrieländer, die für sie als rohstoffexportierende Länder nachteiligen Handelsregeln und die noch aus der Kolonialzeit stammenden Rechte multinationaler Firmen zur Ausbeutung und Verarbeitung von Rohstoffen auf dem Territorium ihrer Staaten, die sich in der Praxis weiterhin ihrem politi-

---

<sup>7</sup> Siehe Brog: *Handel statt Hilfe*; Braveboy-Wagner: *Institutions of the Global South*; Toye/Toye: *The UN and Global Political Economy*.

schen Zugriff entzogen und die Souveränität ihrer Staaten einschränkten. Diese unter dem Schlagwort der Dependenz-Theorie (↗Interdependenz) von dem lateinamerikanischen Ökonomen Raúl Prebisch verbreitete Kritik an der Weltwirtschaftsordnung machten sich nach der politischen Unabhängigkeit immer mehr postkoloniale Regierungen zu eigen, die ihre wirtschaftspolitischen Forderungen nun auch wissenschaftlich bestätigt sahen.<sup>8</sup> Mit anderen Worten: In den 1960er Jahren verknüpften sich die wirtschaftspolitischen Forderungen postkolonialer Staaten mit den Theorien einer bestimmten wirtschaftswissenschaftlichen Schule, wodurch einerseits Politiker ihre Forderungen mit dem Verweis auf wissenschaftliche Ergebnisse untermauern konnten und andererseits Wissenschaftler in ihren Forschungen von Politikern unterstützt wurden. Zusätzliche Plausibilität gewann die Dependenz-Theorie dadurch, dass Anfang der 1970er Jahre die in Bretton Woods etablierte internationale Wirtschaftsordnung zusammenbrach und der Club of Rome seine Studie *Die Grenzen des Wachstums* veröffentlichte, in welcher ebenfalls die herrschende Wirtschaftsordnung kritisiert wurde (↗Die „Eine Welt“).<sup>9</sup> Beide Ereignisse stießen eine globale Debatte über Formen und Folgen wirtschaftlicher Ideologien und wirtschaftlicher Praxis an, die in westlichen Ländern sowohl von lokalen Initiativen (etwa der Fair-Trade-Bewegung) und politischen Kommissionen wie der Nord-Süd-Kommission, auch Brandt-Kommission genannt, aufgegriffen und fortgeführt wurden.

In diesem Kontext gelang es den bündnisfreien und postkolonialen Ländern nun drittens, durch eine engere Kooperation ihren Forderungen nach einer „Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung“ Gehör zu verschaffen (↗Interdependenz; ↗Trilateral Commission). Die bündnisfreien respektive postkolonialen Staaten intensivierten in den 1970er Jahren ihre Zusammenarbeit, die in ihren Anfängen bis in das erste Drittel des 20. Jahrhunderts zurückreichte (↗ASEAN). Produkt und Katalysator dieser Entwicklung war im Herbst 1973 die von der Organization of Arab Petrol Exporting Countries (OAPEC) koordinierte Ölliefer- und Ölpreispolitik gegenüber den Staaten, die Israel im Jom-Kippur-Krieg unterstützten. Auf eindruckliche Weise hatten die Regierungen von Saudi-Arabien, Kuwait, dem Irak, Libyen, Algerien, Ägypten, Syrien, Abu Dhabi und Bahrain demonstriert, dass zwischen ihnen – trotz aller bestehender Animositäten und Rivalitäten – eine Kooperation im internationalen Handeln durchaus möglich war und sie gemeinschaftlich Druck auf die westlichen Industrieländer ausüben konnten. In der gemeinsamen Politik der OAPEC-Länder realisierte sich damit global wahrnehmbar die zu dieser Zeit geforderte Zusammenarbeit postkolonialer

---

<sup>8</sup> Vgl. Toye/Toye: *The UN and Global Political Economy*, S. 126–128.

<sup>9</sup> Meadows et al (Hg.): *Die Grenzen des Wachstums*.

respektive bündnisfreier Staaten. Die OAEPC-Politik und ihre „Öl-Waffe“, das Ergebnis einer gemeinsamen koordinierten Rohstoffpolitik, avancierten zu einem Vorbild und zum Antrieb für weitere politische und wirtschaftliche Kooperationsbestrebungen in der postkolonialen Welt (→Islamismus).<sup>10</sup>

Im gleichen Zeitraum schlossen sich auch immer mehr Staaten der Bewegung Bündnisfreier Staaten an, die in den 1970er Jahren knapp 100 Mitgliedsstaaten zählte, ihre internationalen Aktivitäten intensiverte und feste Strukturen der Zusammenarbeit ausbildete. Zusätzlich arbeitete die Bewegung enger mit anderen internationalen Organisationen wie etwa UNCTAD (→UNCTAD) zusammen. Ihren wirkmächtigen Höhepunkt erreichte die Bewegung Bündnisfreier Staaten in enger Kooperation mit der Gruppe der 77 Mitte der 1970er Jahre. Im Mai 1974 verabschiedeten die Vereinten Nationen auf Initiative der Bewegung Bündnisfreier Staaten die Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung und im Dezember 1974 die Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, die zum Teil wortwörtlich und im Ganzen sinngemäß den früheren wirtschaftspolitischen Resolutionen der Bündnisfreien entsprachen. Diesen war es damit gelungen, ihre eigenen politischen Forderungen, insbesondere die nach einer „Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung“ auf die Agenda der internationalen Politik zu setzen, Resolutionen in den Vereinten Nationen zu verabschieden und sich im Rahmen der Süd-Süd-Beziehungen zu koordinieren, wodurch sie die Deutungsmacht der Industrieländer auf verschiedenen politischen Gebieten in Frage stellten. Die Auseinandersetzungen zwischen den asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten und den Industriestaaten der nördlichen Hemisphäre mündeten in den 1970er Jahren in den Nord-Süd-Konflikt, der die Weltordnungsentwürfe der Sowjetunion und der USA herausforderte und diesen ein wirkmächtiges und weltweit rezipiertes alternatives Ordnungsmuster der internationalen Ordnung entgegenstellte – zu einem Zeitpunkt als die Entspannungspolitik zwischen Ost und West ihren Höhepunkt erreichte.<sup>11</sup>

Diese Entwicklung war auch dadurch ermöglicht worden, dass sich – vier-  
tens – Anfang der 1970er Jahre die internationalen Beziehungen auch auf anderen Feldern veränderten. Ausschlaggebend für diese Wandlungen der internationalen Politik waren die Entspannungspolitik zwischen der Sowjetunion und den USA, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die Verträge zur nuklearen Rüstungsbegrenzung (Strategic Arms Limitation Talks, SALT), die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen sowie das be-

<sup>10</sup> Vgl. Graf: Öl und Souveränität; Garavini: Completing Decolonization.

<sup>11</sup> Vgl. Toward a History of the New International Economic Order.

reits erwähnte Ende des Bretton-Woods-Systems.<sup>12</sup> In den 1970er Jahren brach die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene Weltwirtschaftsordnung zusammen und der Glaube an Modernisierungstheorien wurde erschüttert. Der Ost-West-Konflikt trat in eine Phase der Entspannung ein, neue internationale Organisationen entstanden und die Bereitschaft zur multilateralen Kooperation nahm zu. In dieser Situation gelangten neue Themen – wie Menschenrechte oder Umweltschutz – dauerhaft auf die Agenden der internationalen Politik, wobei es zunächst vor allem die bereits erwähnten wirtschaftspolitischen Forderungen der bündnisfreien und postkolonialen Staaten waren, welche die internationalen Debatten bestimmten und die 1970er Jahre zum Jahrzehnt des Nord-Süd-Konfliktes machten (↗Die „Eine Welt“; ↗Ideologien, Ende der).

## Die Bündnisfreien und die Entwicklung einer neuen Bipolarität

Das außenpolitische Handeln der Regierungen bündnisfreier Staaten macht damit in zweierlei Hinsicht die Grenzen des Ordnungsmusters Kalter Krieg nach 1945 deutlich. Erstens widersetzten sie sich der bipolaren Logik des Ost-West-Konfliktes. Sie ließen sich keinem Lager eindeutig zuordnen und nahmen eine dritte Position im Ost-West-Konflikt ein. Zweitens, und das ist noch bedeutungsvoller, brachten die außenpolitischen Initiativen der Bewegung Bündnisfreier Staaten in den 1970er Jahren eine alternative Ordnungslogik des internationalen Systems hervor. Für die internationale Politik war in dieser Logik der Ost-West-Konflikt weniger von Bedeutung als der Gegensatz zwischen den „unterentwickelten“ Ländern der südlichen Hemisphäre und den industrialisierten Ländern der Nordhalbkugel.

Gleichwohl blieben die Bündnisfreien mit dieser Weltdeutung in der bipolaren Ordnungslogik der Moderne verhaftet. Sie nutzten ihre „dritte“ Position im Ost-West-Konflikt und den damit verbundenen politischen Handlungsspielraum zwar geschickt, um die bipolare Logik des Kalten Krieges zu unterlaufen, zu hinterfragen und für ihre eigenen politischen Interessen auszunutzen. Allerdings basierte ihre als Alternative vorgetragene Deutung globaler Strukturen, der Konflikt zwischen den Entwicklungsländern der südlichen und den Industrieländern der nördlichen Halbkugel ebenfalls auf einer Zweiteilung der Welt, in der Staaten die maßgeblichen Akteure darstellten. Erst in den 1990er Jahren ließen die

---

<sup>12</sup> Für eine Betrachtung der 1970er Jahre aus globaler Perspektive vgl. Ferguson et al (Hg.): The Shock of the Global.

Bündnisfreien beispielsweise Nichtregierungsorganisationen (Non-governmental organizations, NGOs) als Teilnehmer an ihren Konferenzen zu und akzeptierten sie als Gesprächspartner (→Humanitäre NGOs).

Die Geschichte und die Politik der Bündnisfreien verweist damit auf die enge Verzahnung von Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt sowie auf die enorme Prägekraft modernen Ordnungsdenkens. Denn die Bündnisfreien stellten zwar einerseits eine Alternative im Kalten Krieg dar, welche dessen bipolare Logik unterlief. Andererseits waren ihre politischen Anstrengungen auf die Durchsetzung einer bipolaren Weltdeutung gerichtet, die sich von der des Kalten Krieges nur durch eine veränderte Lagerzuteilung unterschied. In ihrer politischen Blütezeit der 1970er Jahre war die Bewegung Bündnisfreier Staaten kein Akteur, der auf vielgestaltige und multipolare Weltordnungen hinarbeitete, sondern ein Akteur, der mit dem Nord-Süd-Gegensatz zwar eine vom Ost-West-Konflikt unterschiedliche, aber dennoch spezifisch bipolare Weltsicht durchsetzen wollte.

Die Beschäftigung mit der Bewegung Bündnisfreier Staaten und der Politik ihrer Mitglieder kann somit dazu beitragen, die Grenzen des Ost-West-Konfliktes präziser zu vermessen und Theorien zur kulturtheoretischen Figur des Dritten empirisch zu untermauern und zu verfeinern. Anhand von vier Punkten soll dies abschließend aufgezeigt werden: Erstens wird die gängige Semantik zur Beschreibung des Phänomens der Bündnisfreiheit hinterfragt und eine alternative Terminologie vorgeschlagen, durch welche die Grenzen des Ost-West-Konfliktes stärker in den Blick geraten. In der DDR etablierte sich in Anlehnung an die offizielle deutschsprachige Bezeichnung der Vereinten Nationen der Begriff der „Nichtpaktgebundenheit“ für das Phänomen der Bündnisfreiheit. In der Bundesrepublik nutzten Journalisten, Wissenschaftler und Politiker hingegen in der Regel den Begriff der „Blockfreiheit“. Beide Bezeichnungen reduzieren die bündnisfreie Politik allerdings auf ihre Distanz zu den Militärpakten des Kalten Krieges und tendieren zumindest dazu, die Bewegung in der Logik des Kalten Krieges als Figur des Dritten zu verorten, während sie andere Facetten der Bewegung außer Acht lassen. Sie legen damit eine Deutung der Bewegung als Produkt des Ost-West-Konfliktes nahe und bestätigen das Ordnungsmuster „Kalter Krieg“.

Demgegenüber ist der in diesem Essay verwendete Begriff der „Bündnisfreiheit“ offener. Dieser erscheint auch als eine angemessenere Übersetzung des von den Bündnisfreien im Englischen verwendeten Begriffs des „non-alignment“ zur Bezeichnung ihrer Politik. Unter einer non-aligned policy verstanden die Regierungen bündnisfreier Staaten eine Politik, die nicht nur die Überwindung der Militärpakte des Kalten Krieges, sondern grundsätzlich die vollständige, auch wirtschaftspolitische Unabhängigkeit ihrer Staaten zum Ziel hatte. Dieser Kern einer bündnisfreien Außenpolitik, der in den 1970er Jahren hauptsächlich auf

eine Reform der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und auf den Nord-Süd-Konflikt gerichtet war, gerät durch den Begriff der „Bündnisfreiheit“ eher als durch die geläufigere Begrifflichkeit der „Blockfreiheit“ in den Blick, und zugleich legt er weniger stark als die anderen deutschen Begriffe eine Verortung der Bewegung im Ost-West-Konflikt nahe. Um die Grenzen der bipolaren Logik des Ost-West-Konfliktes in der internationalen Geschichte nach 1945 vermessen und analysieren zu können, ist es daher in diesem Fall sinnvoll, neue Begrifflichkeiten für ein scheinbar bekanntes Phänomen zu prägen. Im Hinblick auf den konkreten Gegenstand des Essays wird daher vorgeschlagen, anstatt weiterhin von „Blockfreiheit“ und der „Bewegung Blockfreier Staaten“ zukünftig von „Bündnisfreiheit“ und der „Bewegung Bündnisfreier Staaten“ zu sprechen.<sup>13</sup>

Zweitens untermauert die Institutionalisierung der Bewegung Bündnisfreier Staaten die Annahme, dass die Akzeptanz eines Dritten auch vom „Aggressions- und Angstpegel“ innerhalb einer bestimmten Ordnung abhängt (↗Der Atom-bunker). Während die Sowjetunion und die USA auf dem Höhepunkt des Ost-West-Konfliktes mit allen Mitteln versuchten, die Entstehung bündnisfreier Staaten zu verhindern, nahmen sie in den 1970er Jahren auf dem Höhepunkt der internationalen Entspannungspolitik eine deutlich tolerantere Haltung gegenüber den Bündnisfreien ein, was deren dauerhaften Zusammenschluss in der Bewegung Bündnisfreier Staaten mit ermöglichte.

Drittens verweist die Geschichte der Bewegung Bündnisfreier Staaten auf ein weniger beachtetes Charakteristikum des „Dritten“.<sup>14</sup> Dieses besteht darin, dass der Dritte es sich nicht in seiner „dritten Position“ einrichtet, dass er Ambivalenzen und Vielfalt nicht positiv konnotiert, sondern seine „randständige“ Rolle zu überwinden sucht, auch durch Ausnutzung des Antagonismus zwischen dem „Ersten“ und dem „Zweiten“. Zumindest die Bündnisfreien nutzten ihre „dritte Position“ im Ost-West-Konflikt, um ihren außenpolitischen Handlungsspielraum zu vergrößern und um eine andere duale Weltdeutung, nämlich die des Nord-Süd-Konfliktes, durchzusetzen, in welcher sie die Position des Ersten oder des Zweiten beanspruchten. Dieses Beispiel erinnert somit daran, die zeitgenössische Wahrnehmung des Dritten und seiner „dritten“ Position ernst zu nehmen und in Betracht zu ziehen, dass Dritte ihre Position durchaus als defizitär interpretieren konnten und zu überwinden trachteten.

Schließlich bestätigt das seit einigen Jahren deutlich ansteigende Interesse von Historikerinnen und Historikern an der Bewegung Bündnisfreier Staaten den Trend, sich mit Figuren des Dritten auseinanderzusetzen. Zugleich erweitern diese

---

<sup>13</sup> Zur Begrifflichkeit vgl. Dinkel: Die Bewegung Bündnisfreier Staaten, S. 21 f.

<sup>14</sup> Siehe Koschorke: Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften.

Forschungen das Ensemble der bisher analysierten Figuren um eine internationale Organisation. Im Wechselspiel eröffnen sich dadurch neue Perspektiven auf den Untersuchungsgegenstand, und zugleich modifizieren die Ergebnisse dieser Forschungen Überlegungen zu anderen Figuren des Dritten.

## Literatur und publizierte Quellen:

- Braveboy-Wagner, Jacqueline Anne: *Institutions of the Global South*, New York 2009.
- Brog, Hildegard: *Handel statt Hilfe. Die entwicklungspolitischen Vorstellungen in der Havanna-Charta 1947/48*, Frankfurt a.M. 1990.
- Dinkel, Jürgen: *Die Bewegung Bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik 1927 – 1992*, Berlin 2015.
- Dinkel, Jürgen: „Dritte Welt“. *Geschichte und Semantiken*, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 6.10.2014, [http://docupedia.de/zg/Dritte\\_Welt](http://docupedia.de/zg/Dritte_Welt) (14.9.2016).
- Ferguson, Niall/Maier, Charles S./Manela, Erez/Sargent, Daniel J. (Hg.): *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge, MA 2010.
- Garavini, Giuliano: *Completing Decolonization. The 1973 ‚Oil Shock‘ and the Struggle for Economic Rights*, in: *The International History Review* 33 (2011), Heft 3, S. 473 – 487.
- Graf, Rüdiger: *Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren*, Berlin 2014.
- Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Walter, Dierk (Hg.): *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, Hamburg 2006.
- Koschorke, Albrecht: *Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften*, in: Eßlinger, Eva/Schlechtriemen, Tobias/Schweizer, Doris/Zons, Alexander (Hg.): *Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma*, Berlin 2010, S. 9 – 31.
- Meadows, Dennis/Meadows, Donella/Zahn, Erich/Milling, Peter/Heck, Hans-Dieter (Hg.): *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart 1972.
- Rostow, Walt W.: *The Stages of Economic Growth. A Non-Communist Manifesto*, Cambridge 1960.
- Toward a History of the New International Economic Order. Special Issue*, *Humanity* 6 (2015)1, <http://humanityjournal.org/issue-6-1/> (12.9.2016).
- Toye, John/Toye, Richard: *The UN and Global Political Economy. Trade, Finance, and Development*, Bloomington, IN 2004.
- Vujović, Slobodan (Hg.): *The Conference of Heads of State or Government of Non-Aligned Countries*. Belgrade, September 1 – 6 1961, Belgrade 1961.
- Westad, Odd Arne: *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*, Cambridge 2008.



Peter Schuld

## Deutschland, beide

Der Kalte Krieg wird in der Geschichtsschreibung häufig als zeitlich klare Abfolge von Phasen der Konfrontation und der Entspannung dargestellt.<sup>1</sup> Bei näherer Betrachtung wird allerdings schnell deutlich, dass sich die beiden Elemente keineswegs gegenseitig ausschließen, sondern auch zeitgleich auftreten können. Das wechselvolle Jahr 1983 liefert hierfür ein eindrückliches Beispiel.<sup>2</sup>

Ende 1983 waren die Beziehungen der Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt auf einem neuen Tiefpunkt angekommen: Die bilateralen INF-Verhandlungen<sup>3</sup> zur Rüstungskontrolle zwischen den USA und der Sowjetunion in Genf wurden am 23. November von sowjetischer Seite ergebnislos abgebrochen. Nur Tage später trafen die ersten Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper der NATO in Westeuropa ein. Zu deren Stationierung hatte sich das nordatlantische Bündnis im Zuge des Doppelbeschlusses 1979 verpflichtet, falls eine Verhandlungslösung mit Moskau hinsichtlich der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa scheitern sollte. Das Verhältnis zwischen Ost und West wurde damals, so das gängige Bild, durch eine konfrontative Abschottung der beiden Machtblöcke bestimmt. In der historischen Betrachtung wird der Zeitraum zwischen 1979 und 1985 daher oft als „Zweiter Kalter Krieg“<sup>4</sup> bezeichnet (*↗ Ideologien, das Ende der*).

Verschiebt man den Blick von den Supermächten auf das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten zeigt sich ein gänzlich anderes Bild: Im Sommer 1983 übernahm die Bundesrepublik Deutschland die Bürgschaft für einen Kredit eines westdeutschen Bankenkonsortiums unter Führung der Bayerischen Landesbank an die DDR in Milliardenhöhe. In der Folge entwickelte sich eine neue Dynamik in den innerdeutschen Beziehungen<sup>5</sup> auf verschiedenen Gebieten; die bereits vorhandene Annäherung zwischen Bonn und Ost-Berlin seit den Ver-

---

1 Für eine Problematisierung verschiedener Periodisierungen des Kalten Krieges siehe Bange/Villaume (Hg.): *The Long Détente*, hierin insb. Niedhardt: *East-West Conflict*.

2 Für eine Gesamtdarstellung der Ereignisse im möglicherweise „gefährlichsten Jahr des Kalten Krieges“ siehe Schild: 1983.

3 *Intermediate Range Nuclear Forces (INF)*.

4 Vgl. Halliday: *The Making of the Second Cold War*.

5 Nach Auffassung der DDR handelte es sich um „deutsch-deutsche“ Beziehungen, womit der Anspruch auf Gleichwertigkeit betont werden sollte. In der Bundesrepublik hingegen war zumeist von „innerdeutschen“ Beziehungen die Rede, wie auch die Namensgebung ab 1969 für das zuständige Ministerium, Bundesministerium für innerdeutsche Fragen (zuvor Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen), verdeutlicht.

tragswerken der 1970er Jahre intensiviert sich spürbar.<sup>6</sup> Selbst nach Beginn der „Nachrüstung“ durch die NATO betonten Bundeskanzler Helmut Kohl sowie SED-Generalsekretär Erich Honecker im Dezember 1983 einmütig die „Verantwortungsgemeinschaft“<sup>7</sup> der beiden deutschen Staaten, welche sie zur Fortsetzung des innerdeutschen Dialogs verpflichtete.

Wie lässt sich diese Gleichzeitigkeit von Kooperation und Konfrontation erklären, die hier im Jahr 1983 exemplarisch deutlich wird? Und welche Schlussfolgerungen können daraus in Bezug auf die Reichweite der binären Ordnungsvorstellung Kalter Krieg gezogen werden? Die Betrachtung der innerdeutschen Beziehungen im Kontext des NATO-Doppelbeschlusses erscheint besonders lohnenswert, weil sich die Bundesrepublik und die DDR in einer zwiespältigen Lage befanden. Einerseits sahen sie sich gezwungen, auf den grundsätzlichen Konfrontationskurs ihrer jeweiligen Schutzmacht einzuschwenken. Bündnistreue gehörte für Bonn und Ost-Berlin gleichermaßen zur Staatsräson. Andererseits konnten die beiden deutschen Staaten als potentielle Schlachtfelder eines zukünftigen Krieges kein Interesse an einer Eskalation haben. Hinzu kamen wirtschaftliche Zwänge der DDR sowie deutschlandpolitische Erwägungen der Bundesrepublik, welche die beiden deutschen Staaten dazu veranlasste, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen.

Ausgehend von der Figur des Dritten<sup>8</sup> möchte ich in diesem Essay die innerdeutschen Beziehungen mit Schwerpunkt auf dem Schlüsseljahr 1983 im internationalen Kontext verorten. Der Kooperation zwischen Bonn und Ost-Berlin kommt dabei die Rolle des Dritten zu, der die bipolare Ordnung zwischen Ost und West zumindest vereinzelt durchbrochen hat. Durch eine auf langfristige Zuverlässigkeit ausgerichtete Bündnispolitik gelang es den deutschen Akteuren auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs, Spielräume und Lücken im binären Ordnungssystem zu nutzen, ohne das Ordnungssystem an sich infrage zu stellen. Die zentrale These hierbei ist, dass die Bundesrepublik und die DDR ihren Annäherungskurs trotz einer spürbaren Eintrübung der politischen Großwetterlage intensivieren konnten, nicht obwohl, sondern gerade weil sie in ihren jeweiligen Bündnissen fest verzahnt waren und das Ordnungssystem Kalter Krieg nicht angezweifelt haben.

---

6 Vgl. Korte: Deutschlandpolitik, S. 483.

7 Nakath/Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn, S. 155–170.

8 Vgl. Koschorke: Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften.

## Der Weg zum NATO-Doppelbeschluss

Bevor die innerdeutschen Beziehungen näher beleuchtet werden können, gilt es die weltpolitischen Rahmenbedingungen in Erinnerung zu rufen. Dem NATO-Doppelbeschluss kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu, weshalb dessen Hintergründe nachgezeichnet werden müssen. Wie die Forschung wiederholt herausgestellt hat, gab es im Wesentlichen zwei Themenkomplexe, aus denen der Doppelbeschluss hervorgegangen ist.<sup>9</sup>

Erstens kursierten innerhalb der NATO seit Anfang der 1970er Jahre Überlegungen<sup>10</sup> zur Modernisierung ihrer Streitkräfte und Strategie.<sup>11</sup> Insbesondere im Bereich der taktischen Nuklearwaffen (TNF)<sup>12</sup> glaubte man Handlungsbedarf erkannt zu haben, nicht zuletzt aufgrund des technologischen Fortschritts, der eine regelrechte „Revolution in Military Affairs“ bewirkt hatte.<sup>13</sup> Beispielsweise war der Entwicklungsstand von Marschflugkörpern (*cruise missiles*) 1975 so weit vorangeschritten, dass diese die Aufmerksamkeit der militärischen Planer auf sich zogen. Der waffentechnische Fortschritt ermöglichte neue Arten der Kriegführung, woraus wiederum die Notwendigkeit erwuchs, die Umsetzung der seit 1967 gültigen NATO-Doktrin „Flexible Response“ anzupassen, welche eine klar abgestufte militärische Reaktion in Abhängigkeit von der Art der feindlichen Aggression vorsah.

Zweitens begann der Warschauer Pakt 1976 damit, seine nuklearen Mittelstreckenraketen<sup>14</sup> SS-4 „Sandal“ (R-12)<sup>15</sup> und SS-5 „Skean“ (R-14) eins zu eins durch neue SS-20 „Saber“ (RSD-10 „Pionier“) zu ersetzen. Die SS-20 konnte, im Gegensatz zu ihren Vorgängermodellen, mit einer auf 5000 Kilometer gestiegenen Reichweite Ziele in ganz Westeuropa treffen. Zusätzlich verfügte die Rakete über drei separat steuerbare Nuklearsprengköpfe (anstatt nur einen Sprengkopf). Da die

---

**9** Vgl. u. a. Becker-Schaum et al. (Hg.): *Entrüstet Euch*; Gassert et al. (Hg.): *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung*; Haftendorn: *Das doppelte Missverständnis*; Layritz: *NATO-Doppelbeschluss*; Nuti: *Origins of the 1979 dual track decision*; Risse-Kappen: *Null-Lösung*.

**10** Als Resultat dieser Überlegungen wurde 1977 die (selten erreichte) Zielvorgabe beschlossen, dass die Mitgliedsstaaten ihre nationalen Verteidigungsausgaben jährlich um drei Prozent erhöhen sollten. Außerdem wurde 1978 ein „Long-Term Defence Program“ verabschiedet.

**11** Ausführlich hierzu Nuti: *Origins of the 1979 dual track decision*.

**12** Theater Nuclear Forces (TNF).

**13** Ausführlich hierzu Bange: *SS-20 und Pershing II*; Geiger: *NATO-Doppelbeschluss*.

**14** Long Range Theater Nuclear Forces (LRTNF). Später wurde diese Bezeichnung durch INF ersetzt.

**15** Für alle sowjetischen Waffensysteme werden im Text die NATO-Bezeichnungen verwendet. Die sowjetischen Bezeichnungen werden bei der Erstnennung in Klammern angeführt.

SS-20 von mobilen Trägerfahrzeugen aus gestartet wurde, war sie außerdem nur schwer zu orten und erschien somit nahezu unverwundbar. Damit wirkten die neuen Raketen als *Gamechanger* in dem auf Balance ausgerichteten Denken militärpolitischer Planer. In Verbindung mit der Indienstellung weiterer Waffensysteme wie der Tu-22M „Backfire“, einem nuklearwaffenfähigen Überschallbomber, stellte die Modernisierung des sowjetischen Waffenarsenals zweifelsohne einen qualitativen sowie quantitativen Sprung dar.<sup>16</sup>

Besorgniserregend war die SS-20 aus westeuropäischer Sicht nicht aus militärischen Gründen; ein „Enthauptungsschlag“ des Warschauer Paktes war nach wie vor nicht möglich. Insbesondere die strategischen Atomwaffen der USA – Interkontinentalraketen, U-Boot-gestützte Raketen und Langstreckenbomber – garantierten die Zweitschlagfähigkeit der NATO entsprechend des Prinzips der Abschreckung durch wechselseitig zugesicherte Zerstörung.<sup>17</sup> Allerdings zielte die SS-20 auf *die* politische Achillesferse des Bündnisses, nämlich die Glaubwürdigkeit der Nukleargarantie der Vereinigten Staaten: Die sowjetischen Mittelstreckenwaffen bedrohten ausschließlich Europa, die USA lagen jenseits des Atlantiks außerhalb ihrer Reichweite. Im Falle eines auf Europa begrenzten Angriffs hätte sich Washington entscheiden müssen, ob es seine strategischen Nuklearwaffen tatsächlich einsetzt und damit das eigene Kernland der Zerstörung durch den zu erwartenden sowjetischen Gegenschlag preisgibt. Wenngleich ein solches Szenario unwahrscheinlich war, liefen die europäischen NATO-Mitglieder allein durch die Möglichkeit einer „Abkopplung“ ihrer Sicherheit von jener der USA ernsthaft Gefahr, sich gegenüber der Sowjetunion politisch erpressbar zu machen.<sup>18</sup>

Diese Zusammenhänge beschäftigten auch Bundeskanzler Helmut Schmidt. Um eine glaubhafte Abschreckung aufrechtzuerhalten, forderte er eine angemessene Verteidigungsfähigkeit auf allen Ebenen des militärischen Eskalationskontinuums (konventionell, nuklear-taktisch bzw. sub-strategisch, nuklear-strategisch). Schmidt schlussfolgerte daraus jedoch keineswegs, dass die NATO zwangsläufig „nachrüsten“ müsse. Vielmehr wollte er – so auch bei seinem Vortrag am 28. Oktober 1977 am International Institute for Strategic Studies in London<sup>19</sup> – auf die bis dato von der Carter-Administration in Washington vernach-

---

**16** Gerhard Wettig kommt zu dem Schluss, dass in der Auseinandersetzung um den Doppelbeschluss die Sowjetunion aufgrund ihres offensiven, nicht auf ein Gleichgewicht ausgerichteten Vorgehens der Aggressor war, siehe Wettig: Die Sowjetunion.

**17** Mutually Assured Destruction (MAD).

**18** Helmut Schmidt bewertete diesen Umstand ebenfalls als Gefahr für Westeuropa und die Bundesrepublik, siehe Rupps: Helmut Schmidt, S. 317 f.

**19** Vgl. Schmidt: The 1977 Alastair Buchan Memorial Lecture.

lässigte „Grauzonenproblematik“ aufmerksam machen, um eine Berücksichtigung der Mittelstreckenwaffen bei den bilateralen Rüstungskontrollgesprächen zwischen den USA und der UdSSR zu erreichen.<sup>20</sup> Während nämlich SALT<sup>21</sup> auf ein Gleichgewicht bei den strategischen Nuklearwaffen hinauslief, hatte MBFR<sup>22</sup> eine Reduktion der konventionellen Streitkräfte zum Gegenstand. Die Mittelstreckenwaffen hingegen verblieben in einer nicht regulierten „Grauzone“.<sup>23</sup>

Ende der 1970er Jahre verbanden sich die zwei dargelegten Themenkomplexe zu einer Grundsatzfrage: Wie soll das friedenssichernde Gleichgewicht in Europa erhalten werden? Bei der Abwägung zwischen den beiden Optionen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im sub-strategischen Bereich – „Nachrüstung“ der NATO oder beiderseitige Abrüstung – favorisierte Schmidt eindeutig letztere.<sup>24</sup> Im einstimmig gefassten Doppelbeschluss der Allianz vom 12. Dezember 1979 wurden beide Ansätze offiziell „parallel und komplementär“<sup>25</sup> berücksichtigt: Einerseits wurde die Sowjetunion zur Aufnahme von Verhandlungen zur Rüstungsbegrenzung bei den INF-Waffensystemen aufgefordert. Sofern dabei aber keine Vereinbarung erzielt werden sollte, kündigte die NATO andererseits an, 108 Mittelstreckenraketen des Typs MGM-31B Pershing II sowie 464 bodengestützte Marschflugkörper des Typs BGM-109G Gryphon in Westeuropa zu stationieren. Obwohl damit einhergehend vorgesehen war, die Anzahl der Nuklearsprengköpfe um 1000 zu reduzieren, bedeuteten diese Pläne eine erhebliche Steigerung der Schlagkraft des Bündnisses im sub-strategischen Bereich.

Wie die Politikwissenschaftlerin Helga Haftendorn schon 1985 festgestellt hat, kam es beim NATO-Doppelbeschluss im Grunde zu einem großen transatlantischen Missverständnis: „Den politisch begründeten Besorgnissen der Europäer, die sich primär gegen die amerikanische Verhandlungsstrategie bei SALT richteten, glaubten die USA vor allem militärisch, mit der Einführung neuer Waffensysteme, begegnen zu sollen. Nach dem Fiasko in der Frage der Neutronenwaffen [...] schien eine Demonstration der Entschlossenheit und der Stärke von seiten Washingtons erforderlich.“<sup>26</sup> Vertreter der beiden Supermächte trafen

---

20 Vgl. Geiger: Die Regierung Schmidt–Genscher, S. 97 f.

21 Strategic Arms Limitation Talks (SALT).

22 Mutual and Balanced Force Reductions (MBFR).

23 Für eine Gesamtdarstellung der Gipfeldiplomatie der Jahre 1970–1990 siehe Spohr/Reynolds (Hg.): *Transcending the Cold War*, hierin insb. dies.: Bonn, Guadeloupe, and Vienna, S. 122–147.

24 Siehe Geiger: NATO-Doppelbeschluss, S. 58.

25 NATO: Special Meeting of Foreign and Defence Ministers, Abs. 6.

26 Haftendorn: Das doppelte Missverständnis, S. 261; vgl. auch Nuti: Origins of the 1979 dual track decision, S. 66–68.

sich zwar – auch dank der Vermittlung durch die Bundesregierung – zu sechs Gesprächsrunden in Genf, doch konnten sie sich bis zum Abbruch der Verhandlungen im November 1983 auf keinen INF-Vertrag verständigen, geschweige denn auf die von Bonn erhoffte Null-Lösung.

Rückblickend betrachtet war das Kalkül, Abrüstung durch die Androhung von Aufrüstung zu erreichen, bereits 13 Tage nachdem die NATO ihren Doppelbeschluss in Brüssel verkündet hatte gescheitert. Am 25. Dezember 1979 begann die Sowjetunion ihren Einmarsch in Afghanistan, wodurch das Verhältnis zwischen Ost und West stark belastet wurde (↗Islamismus).<sup>27</sup> Die repressive Reaktion des sozialistischen Regimes in Polen auf die von der Gewerkschaft *Solidarność* angeführten Streiks ab dem Sommer 1980 verhärtete die Fronten zusätzlich. Ohnehin setzte Ronald Reagan, seit Januar 1981 amtierender US-Präsident, in seiner ersten Amtszeit auf eine harte antisowjetische Linie. Sowohl die sozialliberale Koalition als auch die ab 1982 regierende christlich-liberale Koalition folgten dem schon von Präsident Jimmy Carter eingeleiteten Kurswechsel der USA weitgehend, der eine spürbare Abkehr von der Entspannungspolitik vorsah. Forderungen nach einer Äquidistanz zu den USA und zur UdSSR kamen für Bonn nicht infrage. Die Bundesregierungen rückten dabei – ungeachtet aller Differenzen mit Washington<sup>28</sup> – trotz innerer und äußerer Widerstände zu keinem Zeitpunkt von der Substanz des Doppelbeschlusses ab.<sup>29</sup> Schmidt hielt sogar noch an dem Beschluss fest, als er bereits den Rückhalt in seiner Partei und sogar seine Kanzlerschaft verloren hatte.<sup>30</sup>

## Plan B zur Verhinderung der „Nachrüstung“

Die Sowjetunion war bereits vor dem NATO-Doppelbeschluss bemüht, eine antizipierte TNF-Modernisierung der nordatlantischen Allianz in Europa zu verhindern. Während zwischen 1977 und 1979 durchaus die Möglichkeit einer bilateralen Verständigung von Moskau und Washington über die Köpfe der Europäer und

**27** Als unmittelbare Reaktion boykottierten zahlreiche Länder die Olympischen Sommerspiele in Moskau 1980, darunter auch die USA und die Bundesrepublik Deutschland. Des Weiteren verhängte Washington ein (nur lückenhaft umgesetztes) Getreideembargo gegen die Sowjetunion.

**28** Die Bundesrepublik und die USA verdächtigten sich beispielsweise gegenseitig, jeweils einen Teil des Doppelbeschlusses zu Lasten des anderen überzubewerten. Außerdem herrschte eine starke persönliche Antipathie zwischen Schmidt und Carter.

**29** Vgl. Geiger: Die Regierung Schmidt–Genscher; Rödder: Bündnissolidarität und Rüstungskontrolle; Wittmann: Genscher und der NATO-Doppelbeschluss.

**30** Ausführlich zum politischen Richtungswechsel der SPD Hansen: Abschied vom Kalten Krieg?

ihrer Sicherheitsinteressen („Abkopplung“) hinweg bestanden hatte, war eine solche Option angesichts der weltpolitischen Entwicklungen nach 1979 praktisch hinfällig. Die sowjetische Regierung verfolgte bei den INF-Gesprächen ebenso wie die US-amerikanische eine harte Verhandlungslinie; beide waren unter den gegebenen Bedingungen kaum zu substanziellen Zugeständnissen bereit.<sup>31</sup> In dieser Situation und mit dem Bild der Anti-Vietnamkriegs-Protteste in den USA vor Augen setzte Moskau seine größte Hoffnung darauf, die „Nachrüstung“ über einen Umweg zu verhindern: Die Friedensbewegung im Westen, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, sollte hierfür instrumentalisiert werden – so jedenfalls der vermeintlich elegante Plan B.

Der NATO-Doppelbeschluss spaltete und polarisierte die westdeutsche Öffentlichkeit in bislang nicht gekannter Weise, vor allem als die tatsächliche Stationierung der Raketen und Marschflugkörper näher rückte. Es bildeten sich zahlreiche Gruppen, die öffentlich gegen die „Nachrüstung“ demonstrierten. Die Friedensbewegung<sup>32</sup> umfasste Mitglieder aus dem gesamten politischen Spektrum mit gänzlich verschiedenen Grundüberzeugungen. In ihrer Sorge, die „Nachrüstung“ verschärfe die Gefahr eines apokalyptischen Atomkrieges, fanden die Gruppen jedoch zeitweise einen gemeinsamen Nenner. Höhepunkt der Proteste war eine Massenkundgebung im Bonner Hofgarten am 22. Oktober 1983; insgesamt gingen an diesem Tag rund eine halbe Million Menschen in der bundesdeutschen Hauptstadt auf die Straße. Obgleich sich Helmut Kohl von der Friedensbewegung durchaus beeindruckt zeigte, blieb er von der Notwendigkeit, die angekündigte „Nachrüstung“ angesichts der ergebnislos verlaufenden INF-Verhandlungen durchzuführen, fest überzeugt.<sup>33</sup> Der Bundestag bestätigte diese Entscheidung nach 27-stündiger Debatte am 22. November 1983 nochmals – die Friedensbewegung hatte ihr letztes Gefecht verloren und büßte rasch an unmittelbarer Bedeutung ein.<sup>34</sup>

Vier Jahre zuvor hatte der Warschauer Pakt die Situation noch gänzlich anders eingeschätzt. Moskau verfolgte ab Ende 1979 einen Kurs der scharfen Ab-

---

**31** Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die von den beiden Unterhändlern der USA und der UdSSR eigenständig ausgehandelte „Waldspaziergang-Formel“, die ein Gleichgewicht im Mittelstreckenbereich auf niedrigem Niveau vorsah. Washington und Moskau lehnten den Kompromiss jedoch unabhängig voneinander ab, siehe Tuschhoff: Der Genfer Waldspaziergang 1982.

**32** Vgl. Schregel: Atomkrieg vor der Wohnungstür.

**33** Siehe Köhler: Helmut Kohl, S. 395–410.

**34** Obwohl die Friedensbewegung ihr unmittelbares Ziel verfehlte, bewirkte sie trotzdem eine beispielelose Politisierung der westdeutschen Öffentlichkeit. Damit einher ging auch eine Transformation der gesellschaftlich akzeptierten Normen, auf deren Basis die Regierung Politik machen konnte, vgl. Nehring: The Last Battle.

lehnung des Doppelbeschlusses sowie der strikten Abgrenzung vom „imperialistischen Westen“. Auf seine Verbündeten im östlichen Bündnis übte die Sowjetunion Druck aus, sich dieser Linie anzuschließen und eine einheitliche Front zu bilden, wodurch weitgehend eine politische Eiszeit eingeleitet wurde.<sup>35</sup> Zusätzlich sollte durch die Unterstützung – idealerweise sogar Steuerung – der Friedensbewegung von innen Druck auf die westlichen Regierungen ausgeübt werden. Aus naheliegenden Gründen war die DDR dafür prädestiniert, sich der bundesdeutschen Friedensbewegung anzunehmen. In „einer Art umgekehrten Domino-Theorie“<sup>36</sup> hoffte Ost-Berlin, erst die SPD-Basis ins Wanken zu bringen, dadurch den Entschluss der Bundesregierung zu revidieren und so schließlich den wackeligen Konsens in ganz Westeuropa zu kippen.<sup>37</sup>

Als ein Beispiel für die verdeckte Beeinflussung der Friedensbewegung kann der „Krefelder Appell“ von 1980 angeführt werden, der von rund vier Millionen Bundesbürgern unterzeichnet wurde. Initiiert und vorbereitet wurde der Appell maßgeblich von der *Deutschen Friedensunion*, die wiederum der *Deutschen Kommunistischen Partei* nahestand und jährlich eine finanzielle Unterstützung in Höhe von ca. fünf Millionen D-Mark von verschiedenen Stellen des DDR-Staatsapparates erhielt. Ein anderes Beispiel ist die Gruppe *Generale für den Frieden*<sup>38</sup>, der mehrere pensionierte Generale aus verschiedenen NATO-Staaten angehörten. Gerhard Kade, der zu einer Art „Geschäftsführer“ der Gruppe wurde, war zugleich inoffizieller Mitarbeiter der *Hauptverwaltung Aufklärung* (HVA, Auslandsnachrichtendienst der DDR) (→ *Geheimdienste*). Über Umwege ließ die HVA Kade

---

**35** Trotz der unbestrittenen Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen hat die jüngere Forschung Zweifel an der gängigen Charakterisierung der Zeitspanne 1979–1985 als „Zweiter Kalter Krieg“ angemeldet, denn die Gesprächskanäle und inoffiziellen Kontakte zwischen den Blöcken sind nach 1979 keineswegs in Gänze abgebrochen, es erfolgte kein Rückfall in die politische, wirtschaftliche und kommunikative Sprachlosigkeit der 1950er Jahre, siehe Bange/Villaume (Hg.): *The Long Détente*.

**36** Bange 2012: SS-20 und Pershing II, S. 82.

**37** Ob dieses Kalkül bei einem Fortbestehen der sozialliberalen Koalition aufgegangen wäre, bleibt ungewiss: Schmidt verfügte über beachtlichen Rückhalt in der SPD bis zum Regierungswechsel im September 1982, ausgelöst durch den Austritt der FDP aus der Koalition. Obwohl sich die Basis zunehmend kritisch äußerte, folgten die meisten Funktionäre sowie die Parteispitze dem Kurs des Kanzlers. Der innerparteiliche Konflikt kippte erst nach dem Wechsel in die Opposition. Wäre die SPD hingegen an der Macht geblieben, hätte dies womöglich viele Kritiker diszipliniert – aber das ist Spekulation, vgl. Hansen: *Abschied vom Kalten Krieg?* S. 240.

**38** 1981 veröffentlichte Kade ein Buch mit ebendiesem Titel. Das Buch enthält, neben einigen pseudowissenschaftlich-propagandistischen Ausführungen von Kade selbst, acht umfangreiche Interviews mit pensionierten NATO-Generalen und -Admiralen. Die Interviewpartner sowie die Mitglieder der Gruppe *Generale für den Frieden* sind zwar großteils, aber nicht gänzlich identisch, vgl. Kade: *Generale für den Frieden*.



jährlich 100 000 D-Mark zukommen, mit denen er die Reisen und Vorträge der Generale finanzieren konnte.

Die breite Masse der Friedensbewegung besaß seinerzeit keine Kenntnis von den verdeckten Versuchen der Beeinflussung durch Ost-Berlin, dessen Vorgehen auf höchster Ebene mit Moskau abgestimmt war bzw. von Moskau dirigiert wurde. Ungeachtet spektakulärer Propagandaerfolge kann die Friedensbewegung jedoch nicht als bloße Marionette des Warschauer Paktes betrachtet werden. Viele Aktivist\*innen handelten aus ehrlicher Überzeugung und ließen sich nicht einfach fernsteuern. Die finanziellen Zuwendungen ermöglichten es der DDR längst nicht, Inhalte beliebig zu setzen.<sup>39</sup> Allen voran die sowjetische Führung überschätzte massiv sowohl ihren Einfluss auf die Friedensbewegung als auch den Einfluss der Bewegung auf die westeuropäischen Regierungen. Das Ziel, die Allianz mittels einer Propagandakampagne zu spalten und die Umsetzung des Doppelbeschlusses ohne eigene außenpolitische Zugeständnisse zu verhindern, war schlicht unrealistisch. Besonders folgenschwer wurde diese Fehleinschätzung aber erst aufgrund der Tatsache, dass es keinen Ausweichplan gab, falls die INF-Verhandlung und die Instrumentalisierung der Friedensbewegung beide scheitern sollten. Als die NATO an ihrer „Nachrüstung“ festhielt, befand sich Moskau in einer politischen Sackgasse – ohne die leiseste Idee, wie man aus dieser wieder herauskommen sollte.<sup>40</sup> Die eilends im Mai 1983 angedrohte „Nach-Nachrüstung“<sup>41</sup> war jedenfalls nicht geeignet, die Beunruhigung der Warschauer Paktstaaten durch die neuen Mittelstreckenwaffen der NATO aufzufangen.<sup>42</sup>

---

**39** Ausführlich hierzu Nehring/Ziemann: Führen alle Wege nach Moskau?; Ploetz/Müller: Ferngelenkte Friedensbewegung?

**40** Vgl. u. a. Nitz: Unterhändler, S. 67 f.; Ploetz/Müller: Ferngelenkte Friedensbewegung?; Strauß: Erinnerungen, S. 478 f.; Wentker: NATO-Doppelbeschluss, S. 95 f.; Wettig: Die Sowjetunion.

**41** Anfang 1984 wurde diese Drohung in die Tat umgesetzt, als der Warschauer Pakt Kurzstreckenraketen des Typs SS-20 „Scaleboard“ (OTR-22) in die DDR und die Tschechoslowakei verlegte.

**42** Der Umstand, dass jetzt bereits ein Krieg unterhalb der strategischen Schwelle nicht mehr nur Zentraleuropa, sondern auch sowjetisches Kernland einschließlich Moskau verwüsten würde, beunruhigte die sowjetische Führung nachhaltig. Dies gilt als ein entscheidendes Motiv für Michail Gorbatschows Initiative, die INF-Gespräche 1985 neu zu beleben, welche 1987 schlussendlich zur Vereinbarung der doppelten Null-Lösung (Produktionsverbot und beiderseitige Verschrottung aller nuklearen Kurz- und Mittelstreckenwaffen mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 Kilometern) führten.

## Kooperation trotz Konfrontation

1983 herrschte auf der Ebene der Bündnisse somit politischer Stillstand und Konfrontation – eine Situation, die Bonn und Ost-Berlin aus diversen Gründen eigentlich hatten vermeiden wollen. Trotzdem waren beide dem Kurs ihrer jeweiligen Schutzmacht gefolgt, wenngleich sie von diesem nicht immer vollständig überzeugt waren. Die Bundesrepublik besaß dabei sicherlich wesentlich mehr Möglichkeiten, auf Washington einzuwirken, als die DDR auf Moskau. Dennoch war es in beiden Fällen eine auf Zuverlässigkeit und langfristige Bündnistreue ausgelegte Politik, die nun auf innerdeutscher Ebene begrenzte Spielräume für eine neue Qualität blockübergreifender Zusammenarbeit eröffnete. Wie so oft gab es verschiedene Faktoren, die erst im Zusammenspiel ein Gelegenheitsfenster für Gespräche in der Mauer zwischen Ost und West, ein Fenster für die Gleichzeitigkeit von Konfrontation und Kooperation eröffneten.<sup>43</sup>

Erstens verfügten die Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin<sup>44</sup> über ein hinreichend solides Fundament. Die von Bundeskanzler Willy Brandt 1969 initiierte Ostpolitik hatte eine Verständigung und Annäherung mit der Sowjetunion sowie dessen osteuropäischen Satellitenstaaten, allen voran der DDR, zum Ziel. Die Unterzeichnung der Ostverträge führte zu einer gewissen Normalisierung der bundesdeutschen Außenbeziehungen zum Ostblock. Einige Aspekte im Verhältnis zwischen Bonn und Ost-Berlin blieben zwar schwierig, insbesondere die Frage nach dem völkerrechtlichen Status der DDR, doch eröffneten sich dank der Ostpolitik neue Gesprächskanäle (*↗Das Rote Telefon*) und Möglichkeiten zur pragmatischen Zusammenarbeit. Bis 1981 verständigten sich die beiden deutschen Regierungen auf rund 20 Abkommen und Protokolle, unter anderem in den Bereichen Transit- und Reiseverkehr, Post- und Fernmeldewesen, Zahlungsverkehr, Gesundheitswesen, Umweltschutz sowie beim Grenzregime.<sup>45</sup>

---

**43** Auch zwischen der west- und der ostdeutschen Friedensbewegung gab es eine blockübergreifende Zusammenarbeit, auf die hier aber nicht weiter eingegangen werden kann, siehe dazu ausführlich Nehring: *The Last Battle*; Becker-Schaum et al. (Hg.): *Entrüstet Euch*.

**44** Vgl. u. a. Bange: *Keeping détente alive*; Garton Ash: *In Europe's Name*; Haftendorn: *Sicherheit und Stabilität*; Korte: *Deutschlandpolitik*; Müller: *Innerdeutsche Beziehungen*; Nakath/Stephan: *Von Hubertusstock nach Bonn*; Potthoff: *Im Schatten der Mauer*; ders.: *Bonn und Ost-Berlin*. – Für eine Darstellung der innerdeutschen Handelsbeziehungen sowie deren Auswirkungen siehe Krewer: *Geschäfte mit dem Klassenfeind*.

**45** Als prominente Beispiele sind hierbei die Vereinbarung von 1978 zum Bau einer neuen Transit-Autobahn von West-Berlin in Richtung Hamburg (A24), die Aushandlung einer von Bonn zu zahlenden Transitpauschale für die Nutzung der Zufahrtswege nach West-Berlin (Abkommen

Entscheidend ist an dieser Stelle zu betonen, dass die Bundesrepublik und die DDR bei alldem keinen deutsch-deutschen Sonderweg beschritten. Zwar stellte der Annäherungskurs für beide Regierungen eine Gratwanderung dar – wobei Moskau der DDR auch einige Vereinbarungen oder Treffen mit westdeutschen Politikern untersagte –, doch waren Bonn und Ost-Berlin stets darauf bedacht, den Verdacht eines Ausscherens aus dem Bündnis auf Kosten ihrer Verbündeten zu vermeiden. Letzteres wurde teilweise durch eine klare ideologische Abgrenzung und durch rhetorische Angriffe erreicht, die sich infolge des NATO-Doppelbeschlusses sogar noch verschärften. Von Seiten der DDR lässt sich dies ab 1980<sup>46</sup> – Einschnwenken auf die Linie Moskaus und Polen-Krise – beobachten bzw. von Seiten der Bundesrepublik ab 1982 mit dem Amtsantritt der Regierung Kohl.

Zweitens führte die politische Entwicklung Anfang der 1980er Jahre zu einer Aufwertung der Stellung der beiden deutschen Staaten innerhalb ihrer Bündnisse. Auf der einen Seite hielt Bonn regierungsübergreifend, ungeachtet einer schwierigen innenpolitischen Lage sowie des ernüchternden Verlaufs der INF-Gespräche, an der „Nachrüstung“ fest. Auf der anderen Seite stieg die DDR durch die Polen-Krise zum wichtigsten Verbündeten der Sowjetunion auf; daran änderte auch das Fortbestehen eines latenten Misstrauens Moskaus gegenüber Ost-Berlin nichts. Warschau war jedenfalls aufgrund der inneren Unruhen auf absehbare Zeit gelähmt.

Drittens wurde spätestens Mitte 1983 die außenpolitische Konzeptlosigkeit der Sowjetunion offensichtlich. Just in dieser kritischen Situation waren die Entscheidungsgremien in Moskau aber blockiert: Staatschef und KPdSU-Generalsekretär Leonid Brežnev war im November 1982 im Alter von 75 Jahren verstorben. Sein Nachfolger Jurij Andropov war bereits zum Zeitpunkt seines Amtsantritts schwer krank und vermochte es nicht, neue Impulse zu setzen. Ab Ende 1983 bis zu seinem Tod im Februar 1984 war er faktisch nicht regierungsfähig. Auf Andropov wiederum folgte der 72-jährige Konstantin Černenko, der nach 13 Monaten im Amt ebenfalls verstarb. Angesichts der daraus resultierenden Führungsschwäche konnten die Staaten des Warschauer Paktes kaum politische Orientierungshilfe aus Moskau erwarten.

Viertens lassen sich bereits in den 1970er Jahren vielfältige weltwirtschaftliche Verflechtungen diagnostizieren, die wechselseitige Abhängigkeiten schufen

---

1971 geschlossen, Höhe der Pauschale wiederholt angepasst) sowie 1974 die Absenkung der Zwangsumtauschsätze bei einer Einreise in die DDR zu nennen.

**46** Als Beispiel können die von Honecker in einer Rede am 18.10.1980 formulierten „Geraer Forderungen“ dienen. Sie spiegeln Maximalforderungen der DDR wieder, die für die Bundesrepublik unmöglich hinnehmbar waren, wie die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft oder die Umwandlung der beiderseitigen Ständigen Vertretungen in reguläre Botschaften.

( $\neg$ Interdependenz;  $\neg$ Trilateral Commission): Für die pro-israelisch eingestellte westliche Staatengemeinschaft stellte beispielsweise die erste Ölkrise 1973 – ausgelöst durch den Jom-Kippur-Krieg – einen wirtschaftlichen Schock dar, der sie außenpolitisch unter Druck setzte ( $\neg$ Islamismus). Der Ostblock wiederum war darauf angewiesen, trotz aller rhetorischen Abgrenzungen bestimmte (Industrie-) Güter aus westlichen Staaten zu importieren, die von der eigenen Wirtschaft nicht oder nicht im erforderlichen Umfang bereitgestellt werden konnten.<sup>47</sup>

Vor diesem Hintergrund wurde ein Faktor zum Katalysator der innerdeutschen Beziehungen: die kritische Finanzlage der DDR.<sup>48</sup> Die SED hatte unter Honecker seit geraumer Zeit die Strategie verfolgt, mittels sozialpolitischer Geschenke und einer Anhebung des materiellen Lebensstandards – auch durch Importe – die Zufriedenheit der Bevölkerung zu verbessern. Infolgedessen sollte sich, so die Erwartung, das „sozialistische Bewusstsein“ festigen und in einer Produktivitätssteigerung der einzelnen Bürger niederschlagen. Eine solche Entwicklung trat allerdings nicht ein. Stattdessen brachten die Subventionen den Staatshaushalt in ernsthafte Schieflage und die Außenhandelsbilanz verzeichnete tiefrote Zahlen. Eine Kürzung der Ausgaben stand für Honecker aber nicht zur Debatte, weil er andernfalls um die innere Stabilität der DDR fürchten musste. Entgegen jeder wirtschaftlichen Vernunft hielt er an seinem Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ fest, welches zu einer Explosion der Auslandsschulden führte. Verschärft wurde die Situation durch den Preisanstieg bei Rohstoffen, vor allem beim Rohöl. Zugleich kürzte die Sowjetunion 1982 die jährlichen Rohöllieferungen an die DDR von 19 auf 17 Millionen Tonnen. Als außerdem Polen Anfang 1982 seine Zahlungsunfähigkeit nicht mehr leugnen konnte, war das Vertrauen der westlichen Kreditgeber in den gesamten Ostblock erschüttert, weshalb sie keinem der Staaten mehr neue Kredite gewährten. Insgesamt befand sich die DDR 1982/83 somit in einer finanziell verzweifelten Lage.

Die Bundesrepublik hatte bereits in den 1970er Jahren im Austausch für kleinere Finanzspritzen an die DDR sogenannte menschliche Erleichterungen erkaufte.<sup>49</sup> Wenngleich die einst von Egon Bahr ausgegebene Formel „Wandel durch Annäherung“ (eine Annäherung an den Westen sollte zu einer Transformation der sozialistischen Gesellschaften führen) nunmehr bestenfalls ein ungewisses Fernziel darstellte, so war Bonn unverändert daran interessiert, die ge-

---

<sup>47</sup> Ein Beispiel hierfür ist das Erdgas-Röhren-Geschäft zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion in den 1970er Jahren: Um seine neu entdeckten Erdgasvorkommen in Sibirien ausbeuten zu können, war die Sowjetunion darauf angewiesen, große Erdgas-Röhren zu importieren, da sie über keine eigene Industrie zur Herstellung solcher Röhren verfügte.

<sup>48</sup> Ausführlich zum wirtschaftlichen Zerfall der DDR Jarusch (Hg.): Weg in den Untergang.

<sup>49</sup> Vgl. Potthoff: Bonn und Ost-Berlin, S. 38–51.

sellschaftlichen Kontakte zwischen West- und Ost-Deutschland zu intensivieren. Nur wenn die Verbindung zu den „Brüdern und Schwestern im Osten“ aufrechterhalten werden konnte, bestand Hoffnung darauf, eines Tages das Land tatsächlich wiedervereinen zu können. Deshalb spielten menschliche Erleichterungen – zum Beispiel die Verbesserung der Reisemöglichkeiten in beide Richtungen, die Erleichterung von Familienzusammenführungen oder der Ausbau von Telefonverbindungen – eine zentrale Rolle. Beim Übergang von der Regierung Schmidt zur Regierung Kohl erfolgte 1982 ebenfalls kein deutschlandpolitischer Paradigmenwechsel.

Schmidt hatte sich während seiner Amtszeit noch erfolglos darum bemüht, einen größeren Kredit an die DDR zu vermitteln, weil Ost-Berlin zu keinen substantziellen Zugeständnissen bei den menschlichen Erleichterungen bereit war bzw. Moskau seinerzeit auch niemals einer Vereinbarung zugestimmt hätte, welche an die Substanz des sozialistischen Systems zu gehen drohte. 1983 blieb der DDR jedoch kaum eine andere Wahl, als bei der Bundesrepublik nach finanzieller Hilfe zu suchen. Die Sowjetunion war hierzu wirtschaftlich nicht mehr in der Lage und der Kreditstopp gegenüber dem Ostblock blockierte Kreditverlängerungen oder den Zugang zu neuen Krediten. Außerdem waren die Machthaber im Kreml mit ihrer Außenpolitik gescheitert und wussten keine Alternative anzubieten. Um den Fortbestand des SED-Regimes zu sichern, konnten, ja mussten sich die „Genossen“ in Ost-Berlin ein Stück weit vom führungsschwachen „großen Bruder“ in Moskau emanzipieren.

In Anbetracht dieser Umstände hielt die christlich-liberale Bundesregierung nun das Druckmittel schlechthin in der Hand, um menschliche Erleichterungen einzufordern, ohne selbst Grundsatzpositionen aufgeben zu müssen. Es war dann bemerkenswerterweise der als „unversöhnlicher Gegner des Ostens“<sup>50</sup> geltende bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, der im Sommer 1983 einen Kredit in Höhe von einer Milliarde D-Mark an die DDR vermittelte. Das Geld wurde von privaten Banken bereitgestellt, die Bundesrepublik übernahm lediglich die Bürgschaft. Die DDR verpfändete indes seine Ansprüche aus der Transitpauschale nach West-Berlin für die kommenden fünf Jahre – in Summe rund drei Milliarden D-Mark – an die Bundesrepublik als Sicherheit.<sup>51</sup>

Die Gegenleistungen der DDR wurden nur mündlich vereinbart. Das SED-Regime baute ab Herbst 1983 aber tatsächlich die SM-70-Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze ab, die Art und Weise der Grenzabfertigung von

---

<sup>50</sup> Von Strauß wiedergegebene Beschreibung seiner Person durch Kritiker in Strauß: Erinnerungen, S. 476.

<sup>51</sup> Ausführlich zum Kredit und seinen Auswirkungen Korte: Deutschlandpolitik, S. 161–184; Nitz: Unterhändler, S. 69–102; Potthoff: Im Schatten der Mauer, S. 216–223.

Bundesbürgern wurde deutlich entspannter, die Zwangsumtauschsätze nach einer zwischenzeitlichen Erhöhung 1980 wieder abgesenkt und Familienzusammenführungen weiter erleichtert. Zusätzlich stieg die Anzahl der genehmigten Ausreisen aus der DDR sprunghaft an und die Anzahl der Besuchsreisen in den Westen immerhin geringfügig. Darüber hinaus erfuhren die Gespräche bezüglich verschiedener Themenfelder eine neue Dynamik, speziell die noch von der Regierung Schmidt initiierten Verhandlungen über ein Kulturabkommen beschleunigten sich deutlich und führten 1986 zum Vertragsabschluss. Es ist durchaus umstritten, welcher Anteil dem Milliardenkredit bei den aufgezählten Entwicklungen im Einzelnen gebührt. Kritiker bemängelten, dass Bonn mit einer anderen Art der Kreditvermittlung und über andere Kanäle, als den teils eigenmächtig handelnden Strauß, noch wesentlich mehr Gegenleistungen hätte einfordern können, beispielsweise bei der Freizügigkeit für DDR-Bürger. Wie dem auch sei: Das Regime in Ost-Berlin begab sich mit dem Strauß-Kredit jedenfalls in eine Abhängigkeit von Bonn, die langfristig zu seiner Überwindung beitrug.

## Das Spiel mit dem Dritten

Unbestritten bei alledem ist die Gleichzeitigkeit von Konfrontation und Kooperation im Jahr 1983, einem Schlüsseljahr des Kalten Krieges und der innerdeutschen Beziehungen. Die Bundesrepublik und die DDR haben bei ihrem Handeln die bipolare Ordnung, das Ordnungssystem Kalter Krieg nicht infrage gestellt. Gerade der NATO-Doppelbeschluss verdeutlicht, dass NATO und Warschauer Pakt keineswegs ausschließlich den Interessen der USA bzw. der UdSSR dienlich waren. Die Bundesrepublik war angesichts der SS-20 um ihre äußere Sicherheit unmittelbar besorgt, welche nur die NATO zu gewährleisten vermochte. Für Ost-Berlin war ein Festhalten am Bündnis sogar noch wichtiger, garantierte doch die militärische Macht des Warschauer Paktes den Bestand der DDR, nach außen ebenso wie nach innen. Diese Rahmenbedingungen zu verlassen, hätte die Existenz der beiden deutschen Staaten in ihrer damaligen Form gefährdet, weshalb die Regierungen kein Interesse hieran hatten. Eine grundlegende Änderung der bipolaren Ordnung konnte nur aus den Machtzentren Washington und Moskau angestoßen werden. Innerhalb der bipolaren Ordnung suchten Bonn und Ost-Berlin allerdings nach Möglichkeiten, ihre spezifischen Interessen im innerdeutschen Verhältnis zu verfolgen. 1983 eröffnete sich dann ein Gelegenheitsfenster, welches nicht allein von der festen Verzahnung im Bündnis herbeigeführt, aber von dieser doch ermöglicht wurde.

Die hier verfolgte These, dass Konfrontation der Kooperation den Weg ebnet hat, erscheint höchstens auf den ersten Blick paradox. Gerade ein Durch-

brechen von Strukturen – sei es auch nur punktuell – kann generell einfacher von Akteuren durchgesetzt werden, die eigentlich für die gegenteilige Position einstehen oder wenigstens mit der gegenteiligen Position in Verbindung gebracht werden: Strauß konnte als scharfer Kritiker der sozialistischen Regime im Ostblock der DDR einen Kredit vermitteln, ohne dass man ihn glaubhaft hätte beschuldigen können, aus Sympathie gehandelt zu haben – anders als die Sozialliberalen, die „für eine solche Aktion in der Luft zerrissen worden“ wären.<sup>52</sup> Ronald Reagan wiederum konnte als eingefleischter „Kalter Krieger“ in seiner zweiten Amtszeit die Annäherung zur Sowjetunion unter Michail Gorbatschow wagen, ohne ernsthaft in den Verdacht zu geraten, einen Ausverkauf US-amerikanischer und westeuropäischer Sicherheitsinteressen zu betreiben. Die Bundesrepublik und die DDR konnten dementsprechend ihrem innerdeutschen Annäherungskurs folgen, weil sie sich als zuverlässige Bündnispartner erwiesen hatten und keine Anzeichen erkennen ließen, aus den Bündnissen ausscheren und einen Sonderweg beschreiten zu wollen.

Die nüchterne Anerkennung von Realitäten, vorgegeben durch die bipolare Ordnung, wurde im innerdeutschen Verhältnis zur Grundlage von Dialog, Verhandlungen, Kooperation und letztendlich Wandel. Ideologischer Dogmatismus trat zunehmend in den Hintergrund. Diese Erkenntnis passt zu Jan Hansens Beitrag, in welchem er feststellt, dass sehr wohl auch zeitgenössisch „Kritik an den Ideologien des Ost-West-Konflikts und ihrem universalistischen Geltungsanspruch“ geübt wurde (*↗ Ideologien, Ende der*). Die „idealtypische“ Konfrontation des Kalten Krieges wurde durch die Deutschlandpolitik insgesamt durchbrochen, der Eisernen Vorhang wurde zumindest in kleinem Maßstab durchlöchert. So betrachtet kommt den bundesdeutschen Außenbeziehungen zum Warschauer Pakt und insbesondere der Kooperation zwischen den beiden deutschen Staaten die Rolle eines Störfaktors, einem „Element der Unruhe“<sup>53</sup> zu (teilweise wurde das von Washington und Moskau auch genauso empfunden), der die Abgrenzung zwischen den beiden Blöcken etwas weniger trennscharf gestaltet hat.

## Literatur und publizierte Quellen:

Bange, Oliver/Villaume, Poul (Hg.): *The Long Détente. Changing concepts of security and cooperation in Europe 1950s–1980s*, Budapest, New York 2017.

Bange, Oliver: *SS-20 und Pershing II. Waffensysteme und die Dynamisierung der Ost-West-Beziehungen*, in:

---

<sup>52</sup> So Fritz Ullrich Fack, zitiert nach Köhler: Helmut Kohl, S. 415.

<sup>53</sup> Hanrieder: *Deutschland, Europa, Amerika*, S. IX.

- Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp/Klimke, Martin/Mausbach, Winfried/Zepp, Marianne (Hg.): „Enträstet Euch!“. Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u. a. 2012, S. 71–87.
- Bange, Oliver: ‚Keeping détente alive‘. Inner-German relations under Helmut Schmidt and Erich Honecker 1974–1982, in: Nuti, Leopoldo (Hg.): The crisis of détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev 1975–1985, London, New York 2009, S. 230–243.
- Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp/Klimke, Martin/Mausbach, Winfried/Zepp, Marianne (Hg.): „Enträstet Euch!“. Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u. a. 2012.
- Garton Ash, Timothy: In Europe’s Name. Germany and the Divided Continent, New York 1994.
- Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011.
- Geiger, Tim: Der NATO-Doppelbeschluss. Vorgeschichte und Implementierung, in: Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp/Klimke, Martin/Mausbach, Winfried/Zepp, Marianne (Hg.): „Enträstet Euch!“. Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u. a. 2012, S. 54–70.
- Geiger, Tim: Die Regierung Schmidt–Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, in: Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 95–122.
- Kade, Gerhard: Generale für den Frieden. Interviews, Köln 1981.
- Haftendorn, Helga: Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluss, München 1986.
- Haftendorn, Helga: Das doppelte Missverständnis. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), Heft 2, S. 244–287.
- Halliday, Fred: The Making of the Second Cold War, London 1987.
- Hanrieder, Wolfram F.: Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989, Paderborn u. a. 1991.
- Hansen, Jan: Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit 1977–1987, Berlin 2016.
- Jarausch, Konrad H. (Hg.): Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999.
- Köhler, Henning: Helmut Kohl. Ein Leben für die Politik. Die Biografie, Köln 2014.
- Korte, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989. Geschichte der Deutschen Einheit, Band 1, Stuttgart 1988.
- Koschorke, Albrecht: Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften, in: Eßlinger, Eva/Schlechtriemen, Tobias/Schweitzer, Doris/Zons, Alexander (Hg.): Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma, Berlin 2010, S. 9–31.
- Krewer, Peter: Geschäfte mit dem Klassenfeind. Die DDR im innerdeutschen Handel 1949–1989, Trier 2008.
- Layritz, Stephan: Der NATO-Doppelbeschluss. Westliche Sicherheitspolitik im Spannungsfeld von Innen-, Bündnis- und Außenpolitik, Frankfurt a.M. 1992.
- Müller, Frank: Innerdeutsche Beziehungen im Vorfeld der Wende. Die Kontakte zwischen SPD und SED 1982–1989, in: Historisch-Politische Mitteilungen 2 (1995), Heft 2, S. 189–222.



- Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger: Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, Berlin 1995.
- Nehring, Holger: The Last Battle of the Cold War. Peace Movements and German Politics in the 1980s, in: Nuti, Leopoldo/Bozo, Frédéric/Rey, Marie-Pierre/Rother, Bernd (Hg.): The Euromissile Crisis and the End of the Cold War, Stanford 2015, S. 309–330.
- Nehring, Holger/Ziemann, Benjamin: Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung – eine Kritik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59 (2011), Heft 1, S. 81–100.
- Niedhardt, Gottfried: East-West Conflict. Short Cold War and Long Détente, in: Bange, Oliver/Villaume, Poul (Hg.): The Long Détente. Changing concepts of security and cooperation in Europe 1950s–1980s, Budapest, New York 2017, S. 19–30.
- Nitz, Jürgen: Unterhändler zwischen Berlin und Bonn. Nach dem Häber-Prozeß. Zur Geschichte der deutsch-deutschen Geheimdiplomatie in den 80er Jahren, Berlin 2001.
- North Atlantic Treaty Organization: Special Meeting of Foreign and Defence Ministers, Brüssel 1979, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c791212a.htm> (14. 9. 2017).
- Nuti, Leopoldo: The origins of the 1979 dual track decision – a survey, in: ders. (Hg.): The crisis of détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev 1975–1985, London, New York 2009, S. 57–71.
- Ploetz, Michael/Müller, Hans-Peter: Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss, Münster 2004.
- Potthoff, Heinrich: Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999.
- Potthoff, Heinrich: Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997.
- Risse-Kappen, Thomas: Null-Lösung. Entscheidungsprozesse zu den Mittelstreckenwaffen 1970–1987, Frankfurt a.M. 1988.
- Rödter, Andreas: Bündnissolidarität und Rüstungskontrolle. Die Regierung Kohl–Genscher, der NATO-Doppelbeschluss und die Innenseite der Außenpolitik, in: Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 123–136.
- Rupps, Martin: Helmut Schmidt. Eine politische Biographie, Stuttgart 2008.
- Schild, Georg: 1983. Das gefährlichste Jahr des Kalten Krieges. Paderborn u. a. 2013.
- Schmidt, Helmut: The 1977 Alastair Buchan Memorial Lecture, in: Survival 20 (1978), Heft 1, S. 2–10.
- Schregel, Susanne: Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985, Frankfurt a.M. 2011.
- Spohr, Kristina/Reynolds, David (Hg.): Transcending the Cold War. Summits, Statecraft, and the Dissolution of Bipolarity in Europe 1970–1990, Oxford 2016.
- Spohr, Kristina/Reynolds, David: Bonn, Guadeloupe, and Vienna 1978–9, in: dies. (Hg.): Transcending the Cold War. Summits, Statecraft, and the Dissolution of Bipolarity in Europe 1970–1990, Oxford 2016, S. 122–147.
- Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, Berlin 1989.
- Tuschhoff, Christian: Der Genfer Waldspaziergang 1982, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 38 (1990), Heft 2, S. 289–328.

- Wentker, Hermann: Der NATO-Doppelbeschluss und die deutsch-deutschen Beziehungen, in: Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp/Klimke, Martin/Mausbach, Winfried/Zepp, Marianne (Hg.): „Entrüstet Euch!“. Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u. a. 2012, S. 88 – 102.
- Wettig, Gerhard: Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979 – 1983, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 57 (2009), Heft 2, S. 217 – 259.
- Wittmann, Klaus: Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, in: Brauckhoff, Kerstin/Adam-Schwaetzer, Irmgard (Hg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik, Wiesbaden 2015, S. 141 – 163.

## David Kuchenbuch

# Die „Eine Welt“

Eine der bemerkenswertesten Spuren des Kalten Kriegs in unserem Wortgebrauch ist die „Dritte Welt“. Obwohl der Sinn dieser Kategorie spätestens seit den 1980er Jahren in Zweifel gezogen wird<sup>1</sup>, ist der *Begriff* nie aus dem Alltagsvokabular verschwunden. Das liegt sicher daran, dass sein Bedeutungshof sich verschoben hat. Anfangs sollte die Dritte Welt eine jener Leerstellen im Ordnungssystem des Kalten Krieges füllen, um die es in diesem Band geht: Neben den kapitalistischen und den kommunistischen Machtbereich war aus Sicht französischer Linker, die den Begriff in den späten 1950er Jahren prägten<sup>2</sup>, eine weitere Größe getreten, die sich als *Bewegung Blockfreier Staaten* ( $\nearrow$  *Die Blockfreien/Bündnisfreien*) zumindest zeitweilig auch institutionalisierte. Heute steht allerdings weniger diese politische Geografie im Zentrum des Begriffs als die wirtschaftliche Schwäche und/oder Benachteiligung des durch ihn bezeichneten Staatenbündels, was auch erklärt, warum er die Formulierung „Zweite Welt“ überlebt hat. Das Gefälle gegenüber der Ersten Welt erscheint nur noch größer, wenn die Zwischenstufe fehlt. Die Beharrungskraft der Dritten Welt hat aber wohl auch etwas damit zu tun, dass dieses Gefälle etwas neutraler daherkommt, als es der Prozesscharakter ihres Begriffspendants impliziert: Wer heutzutage von „Entwicklungsländern“ spricht, sieht sich nicht selten dem Vorwurf des Eurozentrismus ausgesetzt – aus Gründen, die in diesem Beitrag thematisiert werden.

Dabei wird es im Folgenden gar nicht um die *Dritte Welt* gehen, sondern um das Sinnfeld eines Begriffs, den man als ihren normativen Container betrachten kann: die „Eine Welt“. Dieser Begriff ist allein deswegen wert, untersucht zu werden, weil er – anders als die kritische Dritte Welt – als klassischer Verheißungsbegriff Wirklichkeit und Zielvorstellung zugleich bezeichnete. Seit Ende der 1960er Jahre galt: Die moralisch verwerfliche (aber oft eben auch ökologisch oder ökonomisch unsinnige) Unterteilung der Welt musste überwunden werden. Die dergestalt zu schaffende *Eine Welt* wurde aber eigentlich schon vorausgesetzt. Wer im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts von der Einen Welt sprach, der wollte darauf aufmerksam machen, dass Menschen überall auf dem Planeten, also auch über den Eisernen Vorhang hinweg, in komplizierten *wechselseitigen* Abhängigkeitsverhältnissen zueinander standen. Und wer vor 1989 die Eine Welt beschwor, der schuf also nicht einfach nur ein „Drittes“ im binären Code des Kalten Kriegs,

---

1 Dazu Dinkel: Dritte Welt.

2 Vgl. Kalter: Die Entdeckung der Dritten Welt.

sondern forderte, ideologische WahrnehmungsfILTER ganz auszuschalten, um die Welt als das zu sehen, was sie war: ein Netz an Beziehungen. Nicht ohne Grund ist es weniger der Begriff „Dependenz“, der so stark an die Dritte Welt gekoppelt ist, als die „Interdependenz“ ( $\nearrow$  *Interdependenz*), die häufig zusammen mit der *Einen Welt* auftritt: Wenn die Menschheit nur einsähe, wie viel sie über künstliche politische Grenzen hinweg faktisch *verband*, dann wäre der erste Schritt zur ihrer kulturellen *Vereinigung* schon gemacht.

Die Herausgeber dieses Bands haben uns Autoren zu unkonventionellen Herangehensweisen ermutigt. Und so mag ausnahmsweise einmal ein Selbstzitat erlaubt sein, und zwar aus einem Artikel, der sich konkreter als der vorliegende Text mit der *Begriffsgeschichte* der *Einen Welt* befasst: Der Ausdruck, schreibe ich darin, „bezeichnete die kulturelle, die historische, die soziale und ökonomische Interdependenz der Bewohner des Planeten Erde und damit verbunden ihre wechselseitige moralische Verantwortung füreinander – das Schlagwort war ‚One world to share‘. Andererseits verwies er aber auch auf die Tatsache, dass die Erde eine begrenzte Entität ist, die als finites, gerecht zu verteilendes Gut aufgefasst werden musste, wenn nicht sogar als Ressource – hier lautete die Formel eher ‚One world only‘.“<sup>3</sup> Dieser „doppelte Sinngehalt“ des Ausdrucks, wie ich das genannt habe, hat eine Geschichte. Er entsprang einerseits „Strategien des ‚Planet Management‘ durch Politiker und Experten“, die ab Mitte der 1960er Jahre in steigendem Maße propagiert wurden. Er prägte etwas später aber auch „Beobachtungen globaler Prozesse und Abhängigkeiten“, die gerade eine „fundamentale Kritik am entfesselten Fortschritts-, Planungs- und Entwicklungsdenken“ entzündeten, das dem Management der Erde zugrunde zu liegen schien. Diese Kritik befeuerte um 1970 eine „glokalistische“ Politik der ersten Person, die vor allem darin bestand, die geografisch weitreichenden Konsequenzen eigener Alltagsroutinen zu problematisieren – eine räumliche Reorientierung, die zugleich eine moralische war. Umgekehrt wurden individuellen Praktiken, zu denen in erster Linie Konsumverzicht und gewissenhafter Konsum zählten, grenzüberschreitende positive Effekte unterstellt. Der daraus resultierende moralische Imperativ lautete und lautet: global denken, lokal handeln.

Die Geschichte dieser beiden Globalismen will ich im Folgenden thesenhaft rekonstruieren und in Ansätzen auch zu erklären versuchen. Dabei interessiert mich hier besonders der *Übergang* zwischen ihnen. Denn die Rekonstruktion der allmählichen Emergenz neuer Selbst/Welt-Verhältnisse lässt sich, wie ich am Schluss zu zeigen versuche, produktiv auf die Überlegungen der Herausgeber zu den Evidenzdefiziten der binären Logik des Kalten Krieg beziehen. Zwei Fest-

---

3 Dieses und die folgenden Zitate aus Kuchenbuch: *Eine Welt*, S. 161.

stellungen scheinen mir dabei besonders wichtig: *Erstens* ist mir seit Veröffentlichung des Artikels, aus dem ich zitiert habe, klargeworden, dass der epistemische Hintergrund gerade auch des moralischen Globalismus des 20. Jahrhunderts in der *datenförmigen Repräsentation* der Welt bestand<sup>4</sup> – bei sich stark wandelnden Interpretationen, Adressaten und Medialisierungen dieser Daten. Damit verbunden ist *zweitens* die Beobachtung, dass man es beim „Denken in globalen Bezügen“<sup>5</sup> eigentlich immer mit lokalen Orientierungsmustern zu tun hat, die spezifischen gesellschaftlichen Umständen entspringen. Insofern handelt es sich bei der folgenden „Kulturgeschichte der Globalität“<sup>6</sup> auch um eine kleine Sozialgeschichte von Globalisten.

## Supranationaler Globalismus ca. 1943 – 1972

Es ist müßig, nach dem Ursprung des Gedankens einer vernetzten, interdependenten Welt zu suchen. Er lässt sich spätestens zur Zeit der ersten Globalisierung um 1900 identifizieren. Weniger trivial ist es, nach der Konzeption der Welt als Datenraum zu fragen, oder konkret: der Geschichte einer Vorstellung von „Welt“ nachzugehen, die Ergebnis der länderübergreifenden statistischen Erfassung von Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklungen war, die weniger imperialen Konkurrenzen diente als der Bemessung von Fortschritten auf einem universalistisch gedachten Entwicklungsweg. Auch wenn schon der Völkerbund mit großem Aufwand solche Zahlen erhoben und über die Standardisierung und Formalisierung der Erhebungsmethoden diskutiert hatte, kann erst mit der Expansion der UN-Statistik nach dem Zweiten Weltkrieg von einer „Welterzeugung durch Zahlen“<sup>7</sup> die Rede sein, die gerade wegen ihres methodischen Nationalismus Möglichkeiten zu einer globalen „Vergleichskommunikation“<sup>8</sup> darüber schuf, wer im Entwicklungswettbewerb der Staaten welche Position innehielt, wer die Aufholer waren, und wem Starthilfe gegeben werden musste. Es war nicht zuletzt diese modernisierungstheoretisch unterfütterte, universalistische Komparatistik, für die der US-Präsidentschaftskandidat Wendell Willkie noch während des Krieges den Ausdruck „One World“ populärisiert hatte.<sup>9</sup> Er brachte damit den entste-

---

4 Erhellend zur Geschichte des Verhältnisses von Daten und Fakten sind die Beiträge in Orland et al (Hg.): Daten. Zu „globalen Zahlen“ nun auch Speich Chassé: Tagungsbericht.

5 Schröder/Höhler: Welt-Räume, S. 12.

6 Ebd.

7 Heintz: Welterzeugung durch Zahlen.

8 Siehe hierzu Epple/Erhart (Hg.): Die Welt beobachten.

9 Willkie: One World.

henden neuen Denkraum für Unterscheidungen auf einen Begriff, die, wie Daniel Speich Chassé gezeigt hat, geradezu Theorieeffekt wissenschaftlicher Verdaunungsprozeduren war, insbesondere der globalen Applikation der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.<sup>10</sup> Obschon bereits zeitgenössisch als unterkomplex kritisiert, gewannen Indikatoren wie das Bruttosozialprodukt mit der Dekolonisierung und dem Auftauchen einer großen Zahl neuer Nationen auf dem internationalen Parkett als Fortschrittsanzeichen sogar noch an Evidenz. Denn im Zuge der Expansion von UN-Institutionen wie UNCTAD ( $\nearrow$ UNCTAD) ließen sich auf Basis solcher wissenschaftsgestützten Klassifikationen auch öffentlichkeitswirksam Umverteilungsforderungen oder zumindest solche nach Kredithilfe und technischem *know how* stellen,<sup>11</sup> die freilich umso größere Resonanz unter den politischen Eliten der „entwickelten“ Staaten erreichte, je mehr sie Maßnahmen nahelegten, mit denen man zugleich auch Landgewinnen des Systemgegners vorbeugen konnte.<sup>12</sup>

Mit dem globalen Datenraum war aber auch der Resonanzboden für eine Konzeptionalisierung der ganzen Welt als Objekt supranationaler politischer Interventionen gelegt. Sie richteten sich in den ersten Nachkriegsjahrzehnten zunächst auf die Welternährungssituation, etwas später dann auf die Überbevölkerungsproblematik. Bevölkerungswissenschaftler koppelten diese in den 1950er Jahren an Inventarisierungen der Weltressourcen, wodurch das planetare Fassungsvermögen mathematische Konturen bekam. Die dergestalt emergierende Welt geriet dann gewissermaßen in Bewegung, als Mitte des darauffolgenden Jahrzehnts erste *world modellings* entstanden, also globale Entwicklungsszenarios, die auf Basis rechnergestützter Extrapolationen von Daten aus aller Welt beruhten. Diese Weltmodelle, das hat Heinrich Hartmann gezeigt, reproduzierten das von Spieltheorie und *rational-choice*-Ansätzen geprägte Menschenbild vieler Kalter Krieger. Individuen erschienen als Nutzenmaximierer, deren reproduktiver Egoismus in der Summe die planetare Allmende bedrohe.<sup>13</sup> Das wiederum begründete einen Sachzwang zur bevölkerungspolitischen Intervention, der viele *top-down*-Programme zur Geburtenkontrolle in den ärmsten Regionen der Welt motivierte, wie sie beispielsweise die Rockefeller-Stiftung förderte – Programme,

---

**10** Hierzu Speich Chassé: Die Dritte Welt als Theorieeffekt.

**11** Siehe dazu Kunkel: Zwischen Globalisierung, Internationalen Organisationen und global governance.

**12** Exemplarisch zur Heterogenität der Motivationen von Entwicklungspolitik in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz van Laak: Entwicklungspolitik, Entwicklungshilfe und Entwicklungskooperation.

**13** Siehe Hartmann: No Technical Solution.

die nie allein der Hilfe vor Ort dienten, sondern immer auch als Maßnahmen einer globalen Biopolitik zu sehen sind.

Der kurze „Malthusian Moment“, der Ende der 1960er Jahre gekommen war,<sup>14</sup> resultierte aber auch aus der Kombination von demografischen Modellen mit den jüngst wiederentdeckten Theorien zur „Biosphäre“ des Erde. Nicht ohne Grund waren unter den Neomalthusianern Biologen wie Paul Ehrlich, der die Wechselwirkungen zwischen Populationen und ihrem Habitat aus seiner Arbeit im Feld kannte und nun auf soziale Verhältnisse in den „Entwicklungsländern“ übertrug. Anfang der 1970er Jahre verbreitete sich in wissenschaftlichen und politischen Kreisen (und natürlich auch in der breiteren Öffentlichkeit, davon zeugt der *Earth Day* 1970) die Auffassung, die Erde sei ein komplexes, aber grundsätzlich selbsterhaltendes, dabei hochfragiles Ökosystem. Das gab den Tragfähigkeitsdiskursen des vorangegangenen Jahrzehnts einen noch alarmistischeren Klang. Es bildete sich ein Umweltverständnis heraus, das sich von einem älteren Verständnis der Natur als dem schutzbedürftigen Anderen unterschied. Um 1970, das hat Sabine Höhler dargestellt, entstand ein neuer „Mythos des Umweltzeitalters“: das „Raumschiff Erde“, das nicht nur einen begrenzten Bordproviand mitführte, sondern als *life-support-system* der Menschheit nur unter bestimmten Bedingungen regenerationsfähig war und umso umsichtiger gehandhabt werden musste.<sup>15</sup> Es entbrannten Diskussionen um die *moral economy* an Bord, wobei die Raumschiffmetapher sich auch deshalb aufdrängte, weil sie sich gleichermaßen für Argumente für globale Suffizienz wie für Effizienz anbot: einerseits also beispielsweise für Geburtenkontrolle, regulative Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung, wenn nicht größere materielle Selbstgenügsamkeit; andererseits für vermehrte Anstrengungen im Sinne der *green revolution* und der alternativen Energiegewinnung, die Eine *Erde* auf technischem Wege zu vervielfachen.

Beide Argumentationsgänge bekamen auf der Weltumweltkonferenz der Vereinten Nationen 1972 in Stockholm selbst wiederum einen globalen Resonanzraum. Sie wurden hier überformt durch den sich seit den 1960er Jahren immer stärker artikulierenden Nord-Süd-Konflikt (↗*Die Blockfreien/Bündnisfreien*; ↗*UNCTAD*) über ungerechte Marktzugänge und Rohstoffpreise. Dieser Konflikt, der sich zwei Jahre später in Forderungen nach einer völlig „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ (NIEO) niederschlagen sollte, trat in Stockholm eher als Auseinandersetzung über das Recht auf die industrielle Ausbeutung planetarischer Ressourcen in Erscheinung. Während sich die Industrienationen den Luxus eines gewissen ökologischen Frugalismus leisten konnten, so der Tenor vieler

---

14 Robertson: The Malthusian Moment.

15 Siehe Höhler: Spaceship Earth.

Redebeiträge, drohte vielen armen Ländern der Weg zum materiellen Wohlstand verwehrt zu werden. Der datengestützte Globalismus bekam eine historische Dimension und wurde deutlich moralisierungsanfälliger. Das vergangene Wachstum *einer* Weltregion verhinderte in der Einen Welt begrenzter Ressourcen die Aufholmöglichkeiten der anderen.<sup>16</sup>

Die hier anklingende Kritik an den Entwicklungsexzessen der Industriegesellschaften verschärfte sich dann massiv mit dem im selben Jahr erschienen, millionenfach verkauften *Club of Rome*-Bericht zu den globalen „Grenzen des Wachstums“.<sup>17</sup> Dieser machte eine breite Öffentlichkeit erstmals mit großangelegten, futurologischen Simulationen von Wechselwirkungen zwischen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum, Umweltverschmutzung und Welternährungslage vertraut. Dutzende Tabellen und Kurvendiagramme präsentierten die düsteren Ergebnisse eines *scenario spinning*, wie man es bis dato eher in den *war rooms* der Kalten Krieger vermutet hatte ( $\nearrow$  *Experten des Luftkriegs*). Der Bericht stand aber auch dahingehend an einer Schwelle, dass er zwar einerseits auf die Evidenz des Computers gründete, auf dessen Einsatz als objektives Werkzeug für die Antizipation gesellschaftlicher Zukünfte sich größte Hoffnungen gerichtet hatten ( $\nearrow$  *IIASA*) – ob in der US-Stadtplanung der *Great-Society*-Ära oder in der Globalsteuerung der sozialliberalen Bundesregierung. Andererseits stellte der Bericht just die fortschrittsoptimistische Haltung der Industriegesellschaften in Frage, deren Expansionismus angesichts der begrenzten globalen Ressourcen ins soziale Chaos zu steuern schien. Ironischerweise schien also gerade der Gipfel der technischen Entwicklung, der Computer, den Menschen die Aporien ihrer Machbarkeitsgewissheit vor Augen geführt zu haben.

Der Kulturpessimismus, der aus dieser Interpretation spricht, ist umso bedeutsamer, als die Diagnostiker globaler Grenzen und Interdependenzen kaum Zweifel daran an den Tag legten, wer die Kommandobrücke des Raumschiffs Erde beziehen musste. Das zeigt sich beispielsweise am Szientismus und an der Managementrhetorik des inoffiziellen Begleitbuchs zur Stockholm-Konferenz: *Only One Earth. The Care and Maintenance of a Small Planet*. Das Buch aus der Feder der Entwicklungsökonomin Barbara Ward und des Bakteriologen René Dubos ist – bei aller moralischen Kritik am Egoismus und Materialismus der Bürger des globalen Nordens – vom Erwartungshorizont einer supranationalen Planung bestimmt, in der Wissenschaftler und Politiker den Planeten – motiviert von ihrer *rational loyalty* zu Erde und Menschheit – wie einen Patienten von außen be-

---

16 Allgemein zum Einfluss der „Dritten Welt“ auf die europäische politische Geschichte Garavini: *The Colonies Strike Back*.

17 Zur Rezeptiongeschichte Seefried: *Towards The Limits to Growth*.



trachten und aus der Krise steuern würden. Das zeigt sich auch formal daran, dass ins Manuskript die Kommentare von mehreren Dutzend Experten (aus Ost und West) eingeflossen waren.<sup>18</sup>

Halten wir fest, dass sich im Jahr 1972 Globalismen auf mehreren, teils verschränkten Ebenen beobachten lassen. Mit Blick auf die Deutungsebene ist *erstens* zu konstatieren, dass die Eine Welt zu diesem Zeitpunkt als System ökonomischer Interdependenzen wahrgenommen wurde, deren soziale Konsequenzen stark von den physischen Grenzen des Planeten geprägt schienen. Weil jeder Versuch, solche Missstände auf nationaler Ebene zu bewältigen, unintendierte Folgen anderswo haben konnte, mussten solche Probleme für viele Akteure *zweitens* selbst wiederum von einer supranationalen, von einer globalen Warte aus angegangen werden. Mit Blick auf die Ebene der sozialen Praxis ist *drittens* festzustellen, dass diese Diagnose von Akteuren vorgenommen wurde, für die sie besondere Evidenz entwickeln musste, weil sie selbst transnationale Leben führten. Das gilt für die gut vernetzten Bevölkerungswissenschaftler der US-Westküste genauso wie für Politiker, die sich im Vorfeld internationaler Konferenzen am Flughafen (*↗Der Flughafen*) trafen. Gegen Ende der 1960er Jahre trat vermehrt ein Habitus auf, den man Kongress-Kosmopolitismus nennen könnte<sup>19</sup> – ein Phänomen, das auch die Selbstsicht des Jet-Sets prägte, der sich im *Club of Rome* oder in der *Trilateralen Kommission* (*↗Trilateral Commission*) versammelte.

Es sollte vor diesem Hintergrund nicht überraschen, dass *public intellectuals* wie die erwähnte Barbara Ward es sich angelegen machten, den eigenen Kosmopolitismus zu verbreiten. Dabei durchzieht Wards Schriften zwar ein gewisser Kulturrelativismus, wenn sie die westliche Zivilisation mit ihrer Wachstumsorientierung und ihrem wissenschaftlich-technischen Tunnelblick kritisierte – ebenfalls ohne einen Unterschied zwischen UdSSR und USA, zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu machen. Auch zielten ihre Interventionen als Autorin populärer Sachbücher darauf ab, das Problembewusstsein der Bevölkerung hinsichtlich von Entwicklungs- und Umweltthemen zu steigern, und dies nicht zuletzt – und das könnte man als eine *vierte* Facette des Globalismus dieser Zeit begreifen – indem sie versuchte, die globale Krise auf *weltweit verständliche* Weise zu vermitteln. Und doch erschöpfte sich die Absicht, auf diesem Weg ganz normale Leute zu erreichen, darin, die Bürger zu mobilisieren, politischen Druck auf ihre nationalen Regierungen auszuüben, um so Mandate für eine gewissermaßen ökotechnokratische Verwaltung des Planeten, etwa der Weltmeere, bereitzustellen.

---

18 Siehe Ward/Dubos: Only One Earth.

19 Exemplarisch ist die Biografie Petra Kellys, vgl. Milder: Thinking Globally.

## Globalismus zweiter Ordnung oder Glokalismus ab 1972

Hier kommt nun der *zweite*, der reflexive Globalismus oder vielleicht besser Glokalismus in Spiel. Er muss vor dem Hintergrund von Legitimitätseinbußen des Machbarkeitsdenkens in den 1970er Jahren gesehen werden, deren Gründe hier nicht erschöpfend geklärt werden können. Zwar ist mittlerweile bewiesen, dass der vielzitierte nationale Souveränitätsverlust, für den insbesondere die erste Ölpreiskrise 1973/74 stand, zumindest für eingeweihte Politiker nicht wirklich als „shock of the global“ daherkam.<sup>20</sup> Das heißt aber nicht, dass die – angesichts von Fahrverboten und langen Schlangen an Tankstellen – deutlich spürbarere wirtschaftliche Abhängigkeit des Westens von anderen Weltregionen nicht doch manche planungs-, wenn nicht allgemein modernitätsskeptische Position an Plausibilität gewinnen ließ, was eng mit Debatten über die ethischen *und* ökologischen Aporien des universalistischen Fortschrittsdenkens verknüpft war. Die Geschichte dieser Skepsis, die sich in den 1970er und 1980er Jahren gerade unter linken Intellektuellen breitmachte, kann hier ebenfalls kaum abschließend erörtert werden. Vom Bedeutungsverlust neomarxistischer Weltdeutungen infolge von Enthüllungen über den Gulag über die Wahrnehmung des Vietnamkriegs als Ende der US-amerikanischen technischen wie moralischen Hegemonie bis hin zu Binnendynamiken der gesellschaftswissenschaftlichen Theoriebildung<sup>21</sup>, könnte man viele Faktoren anführen, die sich, wie eigentlich immer bei graduellen Veränderungen in der Geisteshaltung sozialer Gruppen, kaum hierarchisieren lassen. In jedem Fall förderte das kritische Klima der Zeit einen Revisionismus, der bis zur grundsätzlichen Zurückweisung der westlichen Rationalität reichen konnte, die mal eher esoterische, mal pragmatische Züge hatte – letzteres etwa, wenn auf die ökologischen Vorzüge indigenen Wissens hingewiesen wurde.

Ein gut beobachtbares Indiz dieses Revisionismus – und seines globalen Bezugsrahmens – ist allerdings die Konjunktur des Motivs des geläuterten Rückkehrers. Das bekannteste Beispiel ist der sogenannte *overview effect*, also die Behauptung, die Astronauten der Apollo-Mondmissionen hätten beim Blick zurück auf den Planeten schlagartig erkannt, dass es sich bei der Erde um eine belebte, zugleich

---

**20** Siehe hierzu Graf: Öl und Souveränität.

**21** Ariane Leendertz zeigt anhand der Karriere der Komplexitätsforschung in Politik- und Sozialwissenschaften, wie fruchtbar es sein kann, die Rolle der Gesellschaftstheorie bei der Aushöhung jenes *progressivism* genauer zu untersuchen, der ihrer für seine Planungen ja gerade bedurfte. Sie weist in diesem Zusammenhang auch auf die Bedeutung von Interdependenzdiagnosen hin, vgl. Leendertz: Das Komplexitätssyndrom.

empfindliche Gesamtheit handle, auf der beispielsweise keine von Menschen gemachten Grenzen erkennbar waren. Der *space race* verwandelte sich in dieser Sichtweise geradezu eigenlogisch zur Menschheitsmission, deren Haupterkenntnis die der gemeinsamen Verantwortung der Erdbewohner für ihren Heimatplaneten war.<sup>22</sup> Dieses Narrativ gewann an zusätzlicher Plausibilität durch die Verbreitung einer enigmatischen, visuellen Repräsentation der Einen Welt. Versehen mit alarmistischen Slogans verlieh die tausendfach auf T-Shirts, Buttons und Postern reproduzierte Fotografie *Blue Marble* dem Diskurs um die Grenzen des Globus noch die Objektivitätsaura der Fotografie.<sup>23</sup> Es kam überhaupt zu intermedialen Resonanzen zwischen den Rückkehrernarrativen. Zu den diesbezüglich lesenswertesten Dokumenten gehören die biografischen Rückblicke des just als Bundesministers für Wirtschaftliche Zusammenarbeit zurückgetretenen Erhard Eppler: Bei der Darstellung seines eigenen glocalistischen Aha-Moments springt er oft binnen weniger Absätze von der Außensicht auf den Planeten zu seinen persönlichen Erfahrungen mit der Dürreproblematik in Nordafrika, die durch ungeeignete Entwicklungsprogramme noch verstärkt worden war, und dann zum Helikopterflug über die durch Infrastrukturprojekte zerstörte dörfliche Idylle Baden-Württembergs. Auch hier beglaubigte der Außenblick eine Diagnose globaler Schäden, die das blinde westliche Fortschrittsstreben verursacht hatte.<sup>24</sup> Es lassen sich aber auch Zeugnisse dieses Revisionismus aus geringerer Flughöhe finden. Wenn desillusionierte Rückkehrer aus der Entwicklungszusammenarbeit, aus dem Helfermilieu von NGOs oder des *Peace Corps* von ihren frustrierenden Versuchen berichteten, ihr vermeintlich so universell gültiges Wissen vor Ort anzuwenden, dann korrespondierte das mit dem auch auf supranationaler Ebene (etwa im Pearson-Report 1969) befürchteten Scheitern der ersten UN-Entwicklungsdekade (↗*Humanitäre NGOs*).<sup>25</sup> Regelrecht in institutionelle Form gegossen wurde die Selbsthinterfragung am *Centro Intercultural de Documentación* (CIDOC) im mexikanischen Cuernavaca. Gegründet als Schulungszentrum von Ivan Illich, bekannt für seine Kritik am entmündigenden Charakter von Verschulung und Medikalisierung, trieb das CIDOC hilfswilligen europäischen und US-amerikanischen jungen Menschen beim Spanischkurs ihren Modernisierungschauvinismus aus.<sup>26</sup>

Sicherlich war auch die neokoloniale Ausbeutung ein zentrales Thema globalistischer Diskurse dieser Zeit<sup>27</sup> – wobei wichtig ist, dass man diese Ausbeutung

---

22 Siehe Poole: *Earthrise*.

23 Immer noch die beste Analyse dieses Bilds ist Cosgrove: *Contested Global Visions*.

24 Vgl. Eppler: *Ende oder Wende*, S. 9.

25 Siehe nur Dünki: *Ins Feld, in die Freiheit gezogen*.

26 Leider deskriptiv: Kaller-Dietrich: *Ivan Illich*.

27 Siehe Kuhn: *Liberation Struggle and Humanitarian Aid*.

gerade an *technischen* Großprojekten wie der Cahora-Bassa-Talsperre festmachte, die unter Beteiligung deutscher Firmen in Mosambik errichtet wurde. Zur Gründung der anfangs stark dependenztheoretisch geprägten Dritte-Welt-Gruppen, die nun überall in Nordwesteuropa entstanden, trugen natürlich auch die symbolische Bedeutung und der tatsächliche Einfluss von Aktivisten aus den sogenannten Entwicklungsländern auf die europäische Studentenbewegung bei.<sup>28</sup> Und doch scheint mir die Identifikation des revolutionären Kollektivsubjekts in den Befreiungsbewegungen Lateinamerikas und Südostasiens ( $\nearrow$ ASEAN) nur ein Aspekt des sich in den 1970er Jahre herausbildenden weltbezogenen politischen Aktivismus. *Erstens* waren unter den Menschen, für die die Eine Welt zur ethischen Referenz wurde, viele deutlich gemäßigttere Akteure, insbesondere aus kirchennahen Kreisen. Auf der Versammlung des *Ökumenischen Rats der Kirchen* in Uppsala 1968 war kritisch über den Eurozentrismus des Missionswesens und die passive Rolle der Amtskirchen in Entwicklungsfragen diskutiert worden, auch infolge der Globalisierung des Rats selbst.<sup>29</sup> Entsprechende Forderungen nach einem selbstkritischen, humanitären Engagement für die „fernsten Nächsten“ ( $\nearrow$ Humanitäre NGOs) fanden nun in Europa gerade bei Menschen Widerhall, die einen aktiveren, authentischeren Glauben anstrebten. Dass dem Engagement für andere auch ein reales *empowerment* (und ein deutlicher Linksruck) gerade weiblicher Aktivistinnen aus dem Bürgertum folgen konnten, hat Sebastian Tripp anhand der Anti-Apartheid-Boykotte rekonstruiert.<sup>30</sup>

Das Beispiel dieser Boykotte zeigt, und das ist der *zweite* Punkt, dass das bevorzugte Aktionsfeld des Globalismus zweiter Ordnung, wie man ihn nennen könnte, anders als bei den antikapitalistischen Protesten um „68“ die Konsumgesellschaft war. Gerade für christliche Aktivisten verbanden sich Askese und Selbstbeziehung mit ihrer Identität als *citizen consumers*.<sup>31</sup> In einem Moment, in dem die klassischen Mechanismen der politischen Willensbildung ebenso wie die traditionellen, für viele Kritiker technokratischen, Wege zur Bewältigung drängender Probleme nicht mehr zu verfangen schienen, ja diese sogar noch verschlimmerten, rückte die Handlungsmacht des Einzelnen ins Zentrum. Die Behauptung, es sei Anfang der 1970er Jahre zu einer gesellschaftlich breit verankerten postmaterialistischen Rückbesinnung auf das Wesentliche gekommen, mag eine demoskopische Chimäre sein. Dennoch lässt sich zu dieser Zeit die Entstehung eines *bottom-up*-Globalismus beobachten, der um Formen der informierten persönlichen Selbstbegrenzung kreiste. Und seinen individuellen, be-

---

<sup>28</sup> Vgl. Slobodian: *Foreign Front*; Weitbrecht: *Aufbruch in die Dritte Welt*.

<sup>29</sup> Siehe Schilling: 1968 und die Ökumene.

<sup>30</sup> Vgl. Tripp: *Fromm und politisch*, S. 163.

<sup>31</sup> Siehe Trentmann: *Citizenship and Consumption*.

scheidenen, aber systemisch relevanten Beitrag zur Verringerung der komplexen Übel in der Welt schien man eher im Weltladen als im politischen Kampf leisten zu können. Es ist dieser Fokus auf die Politiken der ersten Person und des Alltags, die meiner Meinung nach eine Schnittmenge vieler sozialer Bewegungen des letzten Drittels des vergangenen Jahrhunderts darstellt. Wir finden ihn im alternativen Milieu mit seiner Emphase der kleinen Gemeinschaften genauso wie in der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung, deren Aktivismus, wie Susanne Schregel gezeigt hat, stark auf die „Reskalisierung“ des Politischen abzielte, also Bedrohungen wirklich globalen Charakters wie den nuklearen Winter bewusst anhand seiner Konsequenzen im „Nahraum“ thematisierte (↗*Der Atombunker*).<sup>32</sup>

Nun waren die konkreten Ziele dieser Gruppierungen ziemlich heterogen. Einem überwölbenden Glokalisierung kommt man dennoch auf die Spur, wenn man darauf achtet, wer wie daran arbeitete, *anderen* klarzumachen, in welchem starkem Maße deren Alltagshandeln in ein globales Netz von Beziehungen eingebunden war – und dass daraus eine moralische Verantwortung erwuchs. Der Blick fällt dann auf die Praxis der Bewusstseinsbildung, wie dies in den genannten Milieus in Anlehnung an den brasilianischen Befreiungstheologen und Bildungsreformer Paolo Freire genannt wurde, und das bedeutet konkret: auf didaktische Anstrengungen.<sup>33</sup> Nicht nur wurden seit Mitte der 1970er Jahre Lernmaterialien verstärkt auf kolonialistische, eurozentristische und rassistische Residuen hin durchforstet, beispielsweise in einer Vielzahl von Schulbuchuntersuchungen. Die *global education*, wie sie in den USA hieß, zielte auch konkret auf die Sensibilisierung Heranwachsender für die lokalen Möglichkeiten zur Vergrößerung der globalen Verteilungsgerechtigkeit. So galt es, mittels Plan- und Rollenspielen, in denen man die verschiedenen Interessen und Handlungsspielräume der Beteiligten eines Entwicklungshilfeprojekts kennenlernte, die eigene privilegierte Position zu begreifen. Vor allem visuelle Medien dienten als Responsibilisierungshilfen – und hier schließt sich ein Kreis: Wenn Schüler mithilfe von Weltkarten, Tabellen, Diagrammen und ähnlichen synoptischen Medien Zahlen zum Automobilbesitz und zum Bruttosozialprodukt verschiedener Weltgegenden vor Augen geführt bekamen, oder wenn sie den eigenen täglichen Energie- und Proteinverbrauch mit dem ihrer Altersgenossen in Afrika abglich, dann wanderte letztlich die Vergleichskommunikation der Weltmodelle der späten 1960er Jahre in die

---

**32** Siehe Schregel: *Der Atomkrieg vor der Wohnungstür*. – Hier besteht im Übrigen eine Parallele zu einer weiteren Facette des Eine-Welt-Sinnfelds, die ich hier platzbedingt ausgeblendet habe, nämlich zur Apokalyptik der älteren Anti-Atombewegung der 1950er Jahre.

**33** Es lohnte sich, genauer dem Hinweis Ulrich Raulffs nachzugehen, die Didaktik habe in den 1970er Jahren die Funktion übernommen, die noch in den späten 1960er Jahre die Politik gespielt hatte, vgl. Raulff: *Wiedersehen mit den Siebzigern*, insb. S. 101.

Gewissen junger Menschen ein. Denn solche Medien illustrierten in diesem Zusammenhang nicht etwa den Nachholbedarf eines rückständigen Teils der Welt, sondern Asymmetrien, für die sich ihre Nutzer selbst verantwortlich fühlen sollten. Der Dateneinsatz war nicht ohne Widersprüche, denn die Vergleiche, die insbesondere zur Konsumzurückhaltung bewegen sollten, wurden nicht selten zugleich als geistiger Ausdruck just des Materialismus kritisiert, der in die globale Misere geführt zu haben schien. Insofern spiegelt die Eine-Welt-Didaktik die in den 1970er und 1980er Jahren vieldiskutierte Suche nach alternativen Standards zur Bemessung von Lebensqualität wider. Das bedeutet aber nicht, dass derlei „Entwicklungshilfe in eigener Sache“<sup>34</sup> auf eine alternativkulturelle Nischenpädagogik beschränkt geblieben sei. Beispielsweise förderte in der Bundesrepublik das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit auch hochgradig fortschrittskritische pädagogische Projekte. Selbst der *Club of Rome* befasste sich in den späten 1970er Jahren mit didaktischen Fragen; er fördert bis heute sogenannte *Club of Rome*-Schulen.

Hier ist nicht der Raum, die Darstellung an die Gegenwart heranzuführen, in der – das kann jeder selbst durch eine *Google*-Suche nach dem Begriff „Eine Welt“ überprüfen – die Erziehung ganz ins semantische Zentrum gerückt ist. Ich will aber doch vier Gesichtspunkte herausgreifen, die verdeutlichen, warum dem Globalismus in den 1990er Jahren sein kritisches Potential abhandengekommen ist.

*Erstens* verlor er infolge des Aufstiegs von affirmativen Globalisierungstheorien nach 1989 an Sinnstiftungskraft; in normativer Hinsicht unterschied er sich einfach zu wenig von der quasi-postnationalistischen Vernetzungs- und Partizipationsrhetorik der Globalisierungsbefürworter.<sup>35</sup> Dass der Globalisierungsbegriff viele Funktionen der abgelehnten Modernisierungstheorie übernahm, fiel dabei kaum ins Gewicht.

*Zweitens* und damit verbunden wurde der selbstkritische Impuls des Globalismus in dem Maße abgeschwächt, in dem transnationale Unternehmen sich die interkulturelle Kompetenz auf die Fahnen schrieben. Bei aller Vorsicht vor einer *guilt by association* war die Grenze zu einem Denken, das alles andere als altruistisch motiviert war, sondern auf Wettbewerbsfähigkeit auf globalen Märkten abhob, eher unbefestigt.

*Drittens* trug gerade der Erfolg des konsumethischen Globalismus zu seiner Entradikalisierung bei. Hatten die ersten Aktivisten des fairen Handels Produkte vor allem zur Aufklärung über Asymmetrien im Welthandel eingesetzt, so wurde

---

<sup>34</sup> Heller: Medienarbeit Dritte Welt, S. 12.

<sup>35</sup> Gut nachvollziehen kann man das auch an den Schwierigkeiten des klassischen Internationalismus, sich der geopolitischen Realität nach dem Mauerfall anzupassen, bevor er im Gewand der Globalisierungskritik zurückkehrte, vgl. Hierlmeier: Internationalismus.

bald klar, dass man die globalen Wertschöpfungsketten kaum mitgestalten konnte, indem man eine verschwindend kleine Zahl gewissenhafter KäuferInnen belehrte. Dafür musste man ganze Käufermassen gewinnen, was in den späten 1980er und 1990er Jahren zur Annäherung an die Mainstream-Konsumgesellschaft und auch zur Herausbildung konventioneller unternehmerischer Strukturen führte.<sup>36</sup>

Der wachstumskritische Impetus schliff sich schließlich *viertens* durch den Aufstieg der Nachhaltigkeits- oder Brundtland-Ideologie ab, die für mich geradezu die Kulmination des Eine-Welt-Moralismus darstellt, aber auch schon dessen Ende in sich trug. Der 1987 veröffentlichte Bericht der von der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland geleiteten *Commission on Environment and Development* war durchzogen von der versöhnlichen These, gerade die kulturelle Vielfalt der Welt sei als Wissensressource dahingehend aufzufassen, wie sich ökonomisches Wachstum ökologisch auf Dauer stellen lasse. In einem mit *One World* überschriebenen Abschnitt heißt es: „[O]ur cultural and spiritual heritages can reinforce our economic interests and survival imperatives.“<sup>37</sup> Profitorientierung, Pluralismus und globale Gerechtigkeit widersprachen einander vor dem Hintergrund einer solchen *kulturellen* Multiplizierbarkeit der Erde nicht mehr.

## Die Eine Welt im Kalten Krieg. Theoretische und geografische Verortung

Das organisierende Prinzip des hier umrissenen Globalismus besteht letztlich darin, dass er einzelne privilegierte Individuen zum Welt-Ganzen in ein ethisches Verhältnis setzt, das vor allem durch Zahlen vermittelt wird. Es sollte deutlich geworden sein, dass der Kalte Krieg für die Freunde der Einen Welt kaum eine Rolle spielte, auch wenn der Datenraum, der ihren moralischen Holismus erst ermöglichte, ohne die komparatistische Logik der Blockkonfrontation nie zustande gekommen wäre. Insofern waren Globalisten durchaus „Figuren des Dritten“, die die Grenzziehungen des Kalten Kriegs zwar kaum wirklich herauszufordern, aber immerhin in überraschendem Maße zu ignorieren in der Lage waren. Die Eine Welt gehört der Klassifikation der Herausgeber entsprechend zu jenen Ordnungsvorstellungen, die sich vom Kalten Krieg und seiner Bipolarität ganz gelöst hatten. Die Weltwahrnehmung der Globalisten gründet letztlich auf

---

<sup>36</sup> Siehe van Dam: The limits of a success story.

<sup>37</sup> World Commission on Environment and Development: Our Common Future, S. 18; siehe dazu auch Rehling: Kulturen unter Artenschutz.

dem Denkmodell des „Systems“, oder, verkürzt gesagt, auf dem Gemeinplatz, dass von Menschen gemachte Probleme nicht zwangsläufig an von Menschen gemachten Grenzen haltmachen.

Diese Feststellung ist weniger trivial, als sie scheint. Denn mit dieser Welt-sicht verband sich eine Kritik an der Moderne, die mittelfristig auch postkolo-nialen Hybriditätstheoremen den Weg bahnte. Insofern gehört sie auch zur Vor-geschichte des Theorienangebots der Figur des Dritten, von dem sich die Herausgeber dieses Bandes haben inspirieren lassen – etwa wenn es bei Albrecht Koschorke heißt, dieses „neue Paradigma der Kulturwissenschaften“ verstehe sich als Herausforderung der „klassische[n] abendländische[n] Episteme“ und ihrer binären „Metaphysik“<sup>38</sup>. Damit soll jedoch nicht behauptet werden, der Globalismus selbst sei nicht binär organisiert gewesen. Die geografische Unter-teilung in Nord und Süd übersetzte sich eigentlich immer in ein „Wir“ (oder besser ein „Ich“) und ein „Sie“. Nur war diese Binarität von einer anderen Qualität, wo es eben nicht um einen existenziellen politischen Entscheidungskampf ging, son-derum um eine (nicht minder existenzielle) Schuld, Verpflichtung oder zumindest Verantwortung der gesamten Welt gegenüber. Dass diese Differenzierung nicht ohne Exotisierung des „Rests“ der Welt erfolgte, dürfte deutlich geworden sein, auch wenn das historisch Neuartige an dieser Exotisierung war, dass die „An-deren“ nicht selten als selbstgenügsamer, weiser oder nachhaltiger erschienen.<sup>39</sup>

Wie angedeutet, kann man gerade die Geschichte des Globalismus zweiter Ordnung, wie ich das hier genannt habe, in temporaler Hinsicht zu den unab-geschlossenen historischen (Deutungs-)Prozessen zählen. Meine These vom *take off* des ethischen Globalismus um 1970 deckt sich also mit zuletzt von Zeithisto-rikern diskutierten Periodisierungsvorschlägen, die übrigens oft quer zum Kalten Krieg liegen. Das gilt freilich nur – und insofern ist dieser Beitrag alles andere als ein globalgeschichtlicher –, wenn man bei der Zäsurbildung lediglich den glo-balen Norden, ja sogar nur einzelne Regionen desselben in den Blick nimmt. Meine Ausführungen sind in geografischer Hinsicht recht abstrakt geblieben. Tatsächlich mögen die Protagonisten des Planungsglobalismus tatsächlich als geradezu heimatlos erscheinen; dies gilt jedoch keineswegs für die ihre gloka-listischen Kritiker, die klar in den Städten der Beneluxstaaten, der Schweiz, Skandinaviens, der Bundesrepublik, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten lokalisierbar sind – ein Faktum, das noch erklärt werden müsste, etwa hinsicht-lich der Frage, welche Rolle der Protestantismus, aber auch die jeweilige Präsenz der kolonialen Vergangenheit an diesen Orten spielte. Jedenfalls war und ist das

---

38 Koschorke: Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften, S. 9.

39 Zu diesem Exotismus Schüring: Zwischen Ökobilizismus und Neo-Animismus.



Welt-Ganze, um das es hier ging, ein lokales Orientierungsmuster: „Although the image [of the Earth] may have attained universal currency, the means of producing and reproducing it, as well as the ability to translate the mandate to ‚think globally‘ into science and action, are unequally distributed around the world. [...] When people from other countries and cultures look at the earth, unsurprisingly, they do not perceive it in the same way.“<sup>40</sup>

Das Zitat stammt aus einem Aufsatz, der sich Visualisierungen des Planeten in Umweltschutzzusammenhängen widmet, was Ausgangspunkt einer letzten Bemerkung sein soll. Ich hoffe, es ist deutlich geworden, dass, wer die ganze Welt zur Messlatte des guten Lebens machen wollte, an neuen didaktischen Medien nicht vorbeikam, was die Flut an Infografiken, Kartogrammen und Flow-Diagrammen erklärt, die in den 1970er Jahre bei der „Subjektivierung“ mithilfe globaler Daten helfen sollten. Heute sind Medien, die Selbst und Welt in ein zahlenmäßiges Verhältnis setzen, sogar noch stärker verbreitet. Ständig sind wir angehalten, unseren persönlichen ökologischen Fußabdruck zu bemessen oder uns zu fragen: „Wie viele Sklaven halten Sie?“<sup>41</sup> Es ist an der Zeit, darüber nachzudenken, ob diese Kommensurabilitätsfiktionen (Bruno Latour) nicht insofern ideologisch sind, als sie suggerieren, die Missstände der Welt ließen sich *in erster Linie* durch Veränderungen des persönlichen Lebenswandels beseitigen, nicht durch Politik im Sinne kollektiver Mobilisierung.<sup>42</sup> Ich fände es aber auch aus historiografischer Perspektive wichtig – und dies regen ja auch die Herausgeber dieses Bandes an –, sich im konkreten Wortsinn die Medien und Kanäle (*↗Das Rote Telefon*) anzusehen, die den Blick durch den Eisernen Vorhang möglich machten. Denn das hieße zu fragen, wie es zu einem „Verschwinden des Außen“<sup>43</sup> gekommen ist, das so vollständig ist, dass wir uns den Antagonismus des Kalten Kriegs heute überhaupt als kulturelle Konstruktion vorstellen können.

## Literatur und publizierte Quellen:

Beck, Valentin: Eine Theorie der globalen Verantwortung. Was wir Menschen in extremer Armut schulden, Frankfurt a.M. 2016.

---

<sup>40</sup> Jasanoff: Heaven and Earth, S. 49.

<sup>41</sup> Hartmann: Wie viele Sklaven halten Sie.

<sup>42</sup> Vgl. nun als luzide handlungsethische Position zur globalen Armut, die gerade kollektives Handeln einbezieht Beck: Theorie der globalen Verantwortung.

<sup>43</sup> Ich borge den Ausdruck bei Diederichsen/Franke (Hg.): The Whole Earth.

- Cosgrove, Denis: Contested Global Visions. One-World, Whole-Earth, and the Apollo Space Photographs, in: *Annals of the Association of American Geographers* 84 (1994), S. 270–294.
- Diederichsen, Diederich/Franke, Anselm (Hg.): *The Whole Earth. Kalifornien und das Verschwinden des Außen*, Berlin 2013.
- Dinkel, Jürgen: „Dritte Welt“. Geschichte und Semantiken, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 6.10.2014, [http://docupedia.de/zg/Dritte\\_Welt](http://docupedia.de/zg/Dritte_Welt) (6.10.2017).
- Dünki, Marianne: *Ins Feld, in die Freiheit gezogen? Gespräche mit Entwicklungshelfern*, Zürich 1987.
- Eppe, Angelika/Erhart, Walter (Hg.): *Die Welt beobachten. Praktiken des Vergleichens*, Frankfurt a.M. 2016.
- Eppler, Erhard: *Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen*, Stuttgart u. a. 1975.
- Garavini, Giuliano: *The Colonies Strike Back. The Impact of the Third World on Western Europe 1968–1975*, in: *Contemporary European History* 16 (2007), Heft 3, S. 299–319.
- Graf, Rüdiger: *Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren*, Berlin 2014.
- Hartmann, Evi: *Wie viele Sklaven halten Sie? Über Globalisierung und Moral*, Frankfurt a.M. 2016.
- Hartmann, Heinrich: „No Technical Solution“. Historische Kontexte einer Moralökonomie der Weltbevölkerung seit den 1950er Jahren, in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 15 (2014), S. 33–51.
- Heintz, Bettina: *Welterzeugung durch Zahlen. Modelle politischer Differenzierung in internationalen Statistiken 1948–2010*, in: *Soziale Systeme* 18 (2012), Heft 1, S. 7–39.
- Heller, Peter: *Medienarbeit Dritte Welt. Entwicklungshilfe in eigener Sache*, in: *medium* 8 (1978), Heft 6, S. 10–13.
- Hiermeier, Josef (Moe): *Internationalismus. Eine Einführung in seine Ideengeschichte – von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006.
- Höhler, Sabine: *Spaceship Earth in the Environmental Age 1960–1990*, London 2015.
- Jasanoff, Sheila: *Heaven and Earth. The Politics of Environmental Images*, in: dies./Martello, Marybeth Long (Hg.): *Earthly Politics. Local and Global in Environmental Governance*, Cambridge, MA, London 2004, S. 31–53.
- Kaller-Dietrich, Martina: *Ivan Illich (1926–2002). Sein Leben, sein Denken*, Wien 2007.
- Kalter, Christoph: *Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich*, Frankfurt a.M. 2011.
- Koschorke, Albrecht: *Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften*, in: Eßlinger, Eva/Schlechtriemen, Tobias/Schweizer, Doris/Zons, Alexander (Hg.): *Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma*, Berlin 2010, S. 9–31.
- Kuchenbuch, David: „Eine Welt“. Globales Interdependenzbewusstsein und die Moralisierung des Alltags in den 1970er und 1980er Jahren, in: *Geschichte und Gesellschaft* 38 (2012), Heft 1, S. 158–184.
- Kuhn, Konrad J.: *Liberation Struggle and Humanitarian Aid. International Solidarity Movements and the „Third World“ in the 1960s*, in: Christiansen, Samantha/Scarlett, Zachary A. (Hg.): *The Third World in the Global 1960s*, New York, Oxford 2013, S. 69–81.
- Kunkel, Sönke: *Zwischen Globalisierung, Internationalen Organisationen und „global governance“. Eine kurze Geschichte des Nord-Süd-Konflikts in den 1960er und 1970er Jahren*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 60 (2012), Heft 3, S. 555–578.

- Leendertz, Ariane: Das Komplexitätssyndrom. Gesellschaftliche „Komplexität“ als intellektuelle und politische Herausforderung in den 1970er Jahren, in: dies./Meteling, Wencke (Hg.): Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren, Frankfurt a.M., New York 2016, S. 93–131.
- Milder, Stephen: Thinking Globally, Acting (Trans-)Locally. Petra Kelly and the Transnational Roots of West German Green Politics, in: *Central European History* 43 (2010), Heft 2, S. 301–326.
- Orland, Barbara/Gugerli, David/Tanner, Jakob/Hagner, Michael/Hampe, Michael/Sarasin, Philipp (Hg.): Daten (Nach Feierabend. Zürcher Jahrbuch für Geschichte 13), Zürich 2007.
- Poole, Robert: *Earthrise. How Man First Saw the Earth*, New Haven, CT, London 2008.
- Raulff, Ulrich: Wiedersehen mit den Siebzigern. Die wilden Jahre des Lesens, Stuttgart 2014.
- Rehling, Andrea: „Kulturen unter Artenschutz“? Vom Schutz der Kulturschätze als Gemeinsames Erbe der Menschheit zur Erhaltung kultureller Vielfalt, in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 15 (2014), S. 110–137.
- Robertson, Thomas: *The Malthusian Moment. Global Population Growth and the Birth of American Environmentalism*, New Brunswick, NJ 2012.
- Schilling, Annegreth: 1968 und die Ökumene. Die Vollversammlung des ÖRK in Uppsala als Beginn einer neuen Ära?, in: Kunter, Katharina/Schilling, Annegreth (Hg.): *Globalisierung der Kirchen. Der Ökumenische Rat der Kirchen und die Entdeckung der Dritten Welt in den 1960er und 1970er Jahren*, Göttingen 2014, S. 89–119.
- Schregel, Susanne: *Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985*, Frankfurt a.M. 2011.
- Schröder Iris/Höhler Sabine: Welt-Räume. Annäherungen an eine Geschichte der Globalität im 20. Jahrhundert, in: dies. (Hg.): *Welt-Räume. Geschichte, Geographie und Globalisierung*, Frankfurt a.M. 2005, S. 9–47.
- Schüring, Michael: Zwischen Ökobilizismus und Neo-Animismus. Aspekte alternativer Gegenwelten in den Evangelischen Kirchen der Bundesrepublik um 1980, in: *Geschichte und Gesellschaft* 41 (2015), Heft 1, S. 107–139.
- Seefried, Elke: Towards The Limits to Growth? The Book and its Reception in West Germany and Britain 1972/73, in: *German Historical Institute London Bulletin* 33 (2011), Heft 1, S. 3–37.
- Slobodian, Quinn: *Foreign Front. Third World Politics in Sixties West Germany*, Durham, NC 2012.
- Speich Chassé, Daniel: Die „Dritte Welt“ als Theorieeffekt. Ökonomisches Wissen und globale Differenz, in: *Geschichte und Gesellschaft* 41 (2015), Heft 4, S. 580–612.
- Speich Chassé, Daniel: Tagungsbericht: Geschichte und Soziologie globaler Zahlen, 26.05.2016–28.05.2016 Luzern, in: *H-Soz-Kult*, 27.09.2016 [www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6716](http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6716) (27.09.2016).
- Trentmann, Frank: *Citizenship and Consumption*, in: *Journal of Consumer Culture* 7 (2007), Heft 2, S. 147–158.
- Tripp, Sebastian: *Fromm und politisch. Christliche Anti-Apartheid-Gruppen und die Transformation des westdeutschen Protestantismus 1970–1990*, Göttingen 2015.
- van Dam, Peter: The limits of a success story. Fair trade and the history of postcolonial globalization, in: *Comparativ* 25 (2015), Heft 1, S. 62–77.

van Laak, Dirk: Entwicklungspolitik, Entwicklungshilfe und Entwicklungskooperation in der Ära Adenauer. Traditionen und Neuansätze, in: Conze, Eckart (Hg.): Die Herausforderung des Globalen in der Ära Adenauer, Bonn 2010, S. 156–178.

Ward, Barbara/Dubos, René: Only One Earth. The Care and Maintenance of a Small Planet, London 1972.

Weitbrecht, Dorothee: Aufbruch in die Dritte Welt. Der Internationalismus der Studentenbewegung von 1968 in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2012.

Willkie, Wendell: One World, London 1943.

World Commission on Environment and Development: Our Common Future, o.O., o.D. [1987].

Sophia Dafinger

## Experten für den Luftkrieg

Mit dem Anspruch, eine „neue“ Geschichte des „Kalten Krieges“ zu schreiben, geht oft der Versuch einher, die „alte“, vornehmlich aus Militär- und Politikgeschichte bestehende Geschichte nun demonstrativ auszuklammern – oder zumindest als bekannt vorauszusetzen und ihre Gegenstände hinter sich zu lassen. Von Generälen und ihren Kriegen, so scheint es, ist zu Zeiten kultur- und sozialgeschichtlicher Paradigma nicht mehr viel zu lernen. Die Aufmerksamkeit gilt daher nun den sogenannten kleinen Leuten, ihrem Alltag und dessen Symbolen, und zwar nicht nur im „Westen“ und im „Osten“, sondern auch überall dazwischen. Das „Dazwischen“ befindet sich dabei geographisch auch an altbekannten Orten, in Washington und Moskau, in Wladiwostok und Detroit. Diese Verschiebung der Aufmerksamkeit ist längst überfällig gewesen und bringt wichtige und spannende Einsichten mit sich. Ebenso wie in scheinbar kohärenten Blöcken Brüche und Widersprüche gefunden werden können, birgt aber auch die Geschichte der „heißen Kriege“ im „Kalten Krieg“ weiterhin Bedenkenswertes, insbesondere, wenn man sie unter neuen Blickwinkeln betrachtet.

Eine Möglichkeit ist, auch einmal in die Hinterzimmer des Weißen Hauses und des Pentagons zu schauen, wo hinter meist verschlossenen Türen die Berater und Experten ihrer Arbeit nachgingen. Auch sie waren „Krieger“, die militärische Konflikte beeinflusst und so den „Kalten Krieg“ geformt haben. Dennoch sind tausende Mitarbeiter der Verwaltung, von externen Denkfabriken und militärischen Forschungsinstituten so gut wie vergessen. Sie trugen zwar keine Uniform, waren als hauptberufliche Experten der Gewalt aber dennoch Teil der Geschichte des Krieges in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wer zu ihnen gehörte, ist weniger über ihre Herkunft und (Aus-)Bildung als vielmehr über ihre Tätigkeit zu bestimmen, deren Ziel die rationale, zuweilen wissenschaftliche Evaluierung und Planung militärischer Gewalt war.

Am Beispiel der Arbeit von Sozialwissenschaftlern, die der US-amerikanischen Luftwaffe ihre Expertise zur Verfügung stellten, will dieser Beitrag deutlich machen, welche Bedeutung wissenschaftliche Expertise im „Kalten Krieg“ besaß und inwiefern sie die binäre Logik der Konfrontation zum Teil stützte, zum Teil infrage stellte. Sich mit den „Experten des Luftkriegs“ zu beschäftigen, besitzt einen besonderen Reiz, da sich in ihrer Arbeit mehrere Charakteristika der Allianz zwischen Wissenschaft und Politik spiegeln: Erstens ist ihre Tätigkeit Folge von Technisierungstendenzen, die zur Totalisierung des Krieges entscheidend beigetragen hatten. Zweitens generierten sie als „objektiv“ und „rational“ gekennzeichnetes Wissen über soziale Gruppen und legitimierten ihre Tätigkeit mit dem

für die 1950er und 1960er Jahre prägend werdenden Glauben an Optimierung und Planung.

Hinter dem Schlagwort der „Luftkriegsexperten“ verbirgt sich also nicht das Phantasma unmenschlicher Kriegstreiber, sondern eine diverse Gruppe von Experten. Unter ihnen waren Praktiker, deren häufig in beruflichen Zusammenhängen erworbene Kenntnisse einen rationalen Entscheidungsprozess zu gewährleisten schienen, wie beispielsweise der Leiter des im Jahr 1944 in Washington ins Leben gerufenen *United States Strategic Bombing Survey* (USSBS). Franklin D'Olier war erfolgreicher Präsident einer Versicherungsgesellschaft und erster Vorsitzender der Veteranenorganisation *American Legion*. Ebenso finden sich, vor allem in den 1950er und 1960er Jahren, junge Absolventen vornehmlich der angesehenen Universitäten der US-Ostküste unter den Experten, die sich mithilfe wissenschaftlicher Exzellenz für die Tätigkeit als Berater empfahlen. Die Grenzen der Expertengruppe zu Politik und Militär waren durchlässig: Einige von ihnen stiegen im Laufe ihres Lebens auf eine politische Karriere um, wie beispielsweise Paul H. Nitze. Zahlreiche Mitarbeiter von militärischen Forschungsprojekten oder -instituten waren zugleich kurzzeitig für den Militärdienst verpflichtet oder gar Berufssoldaten. Frauen und Afroamerikaner sind dagegen an einer Hand abzuzählen – eine Tatsache, die sich vom Beginn bis zum Ende des „Kalten Krieges“ nicht nennenswert änderte.

Wie verhielten sich diese Luftkriegsexperten als „Kalte Krieger“ zum „Kalten Krieg“ als binärer Ordnungsvorstellung? Dieser Beitrag vertritt die These, dass sie sich an binären Denkmustern beständig abarbeiteten, ohne jedoch ernsthafte Alternativen zu etablieren. Einerseits funktionierte ihr Gegenstand, der Krieg, seit jeher nach dem binären Schema von Freund und Feind. Zudem bleibt in ihren Texten das Konzept des „Kommunismus“ im Schatten der Totalitarismustheorie häufig undifferenziert und zeugt von einer verfestigten binären Vorstellung des Eigenen gegenüber einem „Fremden“, gegen das es an verschiedenen Orten zu unterschiedlichen Zeiten Krieg zu führen galt. Andererseits ist ein Grundpfeiler wissenschaftlicher Redlichkeit, der sich ein Großteil der Experten grundsätzlich verpflichtet fühlte, gedankliche Offenheit und Differenzierung, und so klingen in manchen Memoranda auch Warnungen vor Vereinfachung an. Zwar wurde von der etablierten Ordnungsvorstellung abweichendes Wissen nicht im gleichen Maße wahrgenommen wie die Ordnungsvorstellung stützendes Wissen; einzelne Querdenker lassen sich in den Reihen der Luftkriegsexperten aber genauso wie in anderen gesellschaftlichen Gruppen finden.

## Binäre Ordnungsvorstellungen in einer unübersichtlichen Welt, Teil 1: Der Zweite Weltkrieg als Erfahrungsraum

Das Berufsbild der „Experten des Krieges“ stammt aus dem Zweiten Weltkrieg. Dessen Bedeutung ist für ihre Tätigkeit insgesamt nicht zu überschätzen. Sie relativiert insofern eine gängige Annahme, nach welcher der „Kalte Krieg“ moderne Formen von Expertise und davon abgeleitete technokratische Herrschaftsmodelle wenn nicht erfunden, so doch ermöglicht habe (↗*Der Atombunker*). „The good war“ wirkte als Erfahrungsraum nicht zuletzt mittels der Biographien einzelner Personen und während des Krieges etablierter Netzwerke sehr viel weiter in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein, als das der als Epochenbezeichnung gedachte Begriff des „Kalten Krieges“ deutlich machen kann. Dies gilt auch für die Allianz zwischen Experten und Politik in den USA. Die Mobilisierung der US-Bevölkerung für den Krieg erfasste die Natur- ebenso wie die Geistes- und Sozialwissenschaften. Auch viele europäische Emigranten nahmen am *war effort* teil. Für den Fortgang der Kooperation zwischen Kriegsexperten und Staat richtungsweisend war, dass mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs empirische Forschung im vollständig besetzten Feindesland möglich wurde – eine Konstellation, die sich so in keinem der folgenden Luftkriege wiederholen sollte. Der Zweite Weltkrieg blieb somit bis zum Ende des „Kalten Krieges“ der einzige Krieg, dessen Verlauf und Auswirkungen, gerade auch auf die zivile Gesellschaft, empirisch evaluiert werden konnten. Unmengen an sozialwissenschaftlichen Daten wurden in Europa und Japan erhoben, die in den folgenden Jahrzehnten immer wieder als Quellen herangezogen werden sollten, um die Auseinandersetzungen des „Kalten Krieges“ zu planen.

Der Zweite Weltkrieg führte außerdem zur kaum mehr bestreitbaren Dominanz der Luftwaffe im modernen Krieg. Dass die erste Nuklearwaffe als Bombe entwickelt worden war und als apokalyptische Vision das Bild des Krieges nach 1945 bestimmte, bedeutete für die Luftwaffe noch einmal einen enormen Machtgewinn gegenüber Land- und Seestreitkräften. Dies war jedoch kein zwingender Prozess, sondern das Ergebnis aktiver Interessenvertretung, ja anhaltender Machtpolitik, die in den USA bereits seit der Zwischenkriegszeit auf die organisatorische Eigenständigkeit der Luftwaffe als eigener Teilstreitkraft hinarbeitete. Auf die neue „Wunderwaffe“, die Frontlinien überwinden würde, hatten sich zu Beginn des Krieges kühne Erwartungen aller Beteiligten gerichtet. Von der Luftwaffe erhofften Theoretiker und Strategen in allen kriegführenden Staaten schnelle, womöglich kriegsentscheidende Ergebnisse. Nicht zufällig begann der

Zweite Weltkrieg mit heftigen Bombardierungen Warschaus. Nicht zuletzt die starke Zerstörung der Stadt führte zu einer schnellen Kapitulation Polens, die wiederum die These von der Überlegenheit starker Luftstreitkräfte zu bestätigen schien. Dass der Krieg nun nicht mehr nur zu Land und zu Wasser geführt wurde, sondern die sogenannte Heimatfront nun tatsächlich selbst angreifbar war, veränderte militärische Abläufe grundlegend. Hatte die Luftwaffe einmal die Lufthoheit über ein Gebiet errungen, mussten erfolversprechende Ziele für strategische Bombardierungen identifiziert werden. Zugleich musste man wissen, welche Art des Angriffs zu deren Schwächung oder Zerstörung beitragen würde. Doch die Generäle kannten sich mit Rüstungsproduktionsziffern und Infrastrukturen nicht aus, ebenso wenig wie mit der sogenannten Kriegsmoral, die im strategischen Luftkrieg zu einem äußerst wichtigen, aber eben immateriellen und daher uneindeutigen Angriffsziel wurde. Was genau unter diesem Konzept zu verstehen war, war heftig umstritten.<sup>1</sup> Die unterschiedlichen Deutungen spiegelten nicht zuletzt Vorannahmen über die eigene Bevölkerung wider und waren eng verknüpft mit ideologisch geprägten Vorstellungen von „gutem“ und „schlechtem“ Verhalten. Insofern schien ganz grundsätzlich schwer zu bestimmen zu sein, wann und warum die „Kriegsmoral“ von Menschen zu erodieren begann und wie man sie effektiv angreifen könne. Es gab jedoch Experten, die sich mit all den Fragen beschäftigten, die den Luftkrieg für die Generäle so unwägbar machten: die noch junge Gruppe der Sozialwissenschaftler. Disziplinen wie die Psychologie, die Soziologie, die Politikwissenschaften, die Anthropologie und nicht zuletzt auch die Ökonomie boten sich geradezu dafür an, die unlösbaren Fragen, vor denen Politik und Militär standen, operationalisierbar zu machen und womöglich sogar planbare Lösungen anzubieten. Die Wissenschaftler wiederum suchten in den 1940er Jahren nach Geldquellen für ihre noch nicht fest etablierte Forschung und empfanden es darüber hinaus häufig als angemessen, ihre Fähigkeiten für den bereits erwähnten, tausendfach beschworenen gemeinsamen *war effort* anzubieten. Der Krieg führte so zu einer disziplinären Stärkung empirischer, anwendungsorientierter, häufig quantitativer Sozialwissenschaft, die sich als ebenso rational und nachprüfbar wie die ungleich stärker geförderten Naturwissenschaften beschrieb (→IIASA).

Wenn sich also während des Zweiten Weltkrieges die Figur des Kriegsexperten auch insofern etablierte, als enge personelle Netzwerke zwischen akademischer Welt und Staat geknüpft wurden, so kann der „Kalte Krieg“ nicht als bestimmende politische Konstellation betrachtet werden, die technokratische Herrschaftsmodelle hervorgebracht hätte. Sicherlich begünstigte die Tatsache,

---

1 Für NS-Deutschland und Großbritannien siehe Stüß: Tod aus der Luft.



dass die Verteidigungsausgaben in „Friedenszeiten“ außergewöhnlich hoch blieben, das Weiterbestehen entsprechender Strukturen. Als Modell war die Zusammenarbeit zwischen Staat und Experten aber im Zweiten Weltkrieg etabliert und erprobt worden, und sie funktionierte nach 1945 vor allem deshalb weiter, weil ehrgeizige Generäle, die das Gebot der Stunde zu erkennen glaubten, und anwendungsorientiert arbeitende Wissenschaftler diese Kooperation aktiv bewarben und am Leben erhielten. Die Vertreter der US-Luftwaffe hofften, ihre Stellung in der Armee nicht nur festigen, sondern sich vielmehr als eigene Streitkraft etablieren und auch in Friedenszeiten ein stabiles Budget sichern zu können. Die entsprechenden Experten sahen wiederum den Moment gekommen, in dem ihr Wissen und ihre Fähigkeiten etwas galten. Sie knüpften dabei erstens an die Angst vor einem möglichen kommenden Krieg an und versprachen, mithilfe tragender Voraussagen ein neues „Pearl Harbor“ zu verhindern; zweitens warben sie dafür, die Rationalisierung von Politik, die während des Krieges sichtlich gut funktioniert hatte, in Friedenszeiten beizubehalten. Das hieß in den USA insbesondere, die extrem gewachsene ministerielle Verwaltung nicht wieder substanziell zu verkleinern und Forschungsförderung aus dem Bundeshaushalt weiterhin möglich zu machen.

## **Binäre Ordnungsvorstellungen in einer unübersichtlichen Welt, Teil 2: Expertise für den Krieg**

Über Experten, Expertise und Expertenkulturen ist in den vergangenen Jahrzehnten ausführlich geforscht und nachgedacht worden; und die gewonnenen Einsichten treffen auch auf die „Experten des Krieges“ grundsätzlich zu.<sup>2</sup> Ihre Geschichte kennt jedoch eine Besonderheit, die die besonders stabilen Bündnisse zwischen Experten und Militär erklärt: Binäres Denken und ausgeprägte Hierarchien kennzeichnen das Militär ebenso wie seine Profession, den Krieg. Beides begünstigte bestimmte Formen von Wissen, prägte die Wahrnehmung der internationalen Politik und spiegelte sich in Denkstilen wider, die weit über organisatorische Zusammenhänge hinausreichten.

Anwendungsorientierte empirische Forschung versteht sich ohnehin als lösungsorientiert und erarbeitet somit Erkenntnisse nach dem Schema von „richtig“

---

<sup>2</sup> Siehe etwa Fisch/Rudloff (Hg.): Experten und Politik; Bogner/Torgersen (Hg.): Wozu Experten; Stehr: Expertenwissen.

und „falsch“; sie wurde aber von den Experten zusätzlich auf die spezifischen Bedürfnisse der (militärischen) Geldgeber zugeschnitten. So erforderte die Tatsache, die jeweiligen Projektergebnisse in sogenannten Briefings präsentieren zu müssen, dass Wissen in verknappter und vereinfachter, vor allem aber eindeutiger Form zu vermitteln war. Nach dem Krieg gegründete Denkfabriken, wie die eng mit der Luftwaffe zusammenarbeitende *Rand Corporation*, orientierten ihre Arbeit an diesen für die universitäre Forschung nicht relevanten Erfordernissen. Im Rahmen des beständigen Austauschs mit den Geldgebern etablierte sich eine schnörkellose und plakative Sprache, die auf möglichst eindeutige Art und Weise Antworten auf konkrete Fragen gab. Gewissermaßen als Vorläufer späterer elektronischer Präsentationen wurden außerdem häufig Statistiken und zentrale Schlussfolgerungen visualisiert – somit also der einordnenden Sprache gänzlich entzogen – und für die Zuhörer in Papierform zusammengestellt. Zwar stellten die Experten ihre Arbeit in internen *review*-Prozessen infrage, aber es setzte sich an deren Ende nicht unbedingt die schlüssigste Interpretation durch, sondern schlicht diejenige, die mit den vermuteten Interessen des jeweiligen Auftraggebers kompatibel zu sein schien. Unklarheiten und Unwissen sollte auf keinen Fall kommuniziert werden, um die eigene Legitimierung nicht zu untergraben. Die Experten fungierten in dieser Hinsicht als Übersetzer zwischen der Wissenschaft, die größtmögliche Offenheit des Erkenntnisprozesses postulierte, und dem Militär, das praktisches Regulierungswissen erwartete. Wohlgemerkt traten die Luftkriegsexperten nicht nur als Sprachrohr der Wissenschaft auf und vermittelten an den Universitäten gewonnene Ergebnisse. Sie produzierten vielmehr selbst Wissen und orientierten sich in diesem Prozess an den Erfordernissen und Spielregeln der Abnehmer des Wissens. Anders als in der Politikberatung waren die präsentierten Daten im Anschluss nur einem kleinen Kreis an Entscheidungsträgern zugänglich, deren Entscheidungen nicht nach demokratischen Prinzipien der Aushandlung und des Interessenausgleichs getroffen wurden.<sup>3</sup>

Die in den USA immer wieder scharf debattierte Frage, ob das Prinzip der Politikberatung durch eine Elite, deren Tätigkeit für den/die einzelne/n Staatsbürger/in nicht nachprüfbar war, im Einklang mit demokratischen Prinzipien stehe, stellte sich somit im militärischen Kontext weniger nachdrücklich. Zudem bewegten sich die Experten hier in einem Bereich, der sich an klaren binären Strukturen orientierte. Das Schema von Freund und Feind ist eine der eindeutigsten binären Ordnungsvorstellungen; die institutionelle Logik der Arbeit der Luftkriegsexperten beruhte zudem auf dem Denkmuster eines direkten Kräftemessens von einheitlichen binären Blöcken. Solche Muster offenbarten sich

---

3 Siehe Howard: *Civil-Military Relations*, S. 37.

beispielsweise, wenn einem Kenner der Sowjetunion die Leitung einer Arbeitsgruppe zum Vietnamkrieg übertragen wurde, als sei der vietnamesische Kommunismus lediglich eine Spielart des Sowjetkommunismus und als sei ein kommunistisches Land ökonomisch und kulturell gesehen mit einem anderen vergleichbar.<sup>4</sup> Selbst später als Kritiker des Vietnamkrieges bekannt gewordene Experten präsentierten in ihren Berichten die Arbeit in Vietnam als eine abstrakte Versuchsanordnung, die allgemeingültige Schlüsse über „den“ kommunistischen Soldaten im Krieg ermögliche: „This Memorandum addresses itself to [...] students of communism and Southeast Asia in general interested in learning something about Communist soldiers under the actual stress of a long war.“<sup>5</sup>

Dabei muss freilich in Rechnung gestellt werden, dass es in den USA der 1960er Jahre keine genuinen Experten für Vietnam gab, während im Falle der sogenannten Sowjetologie eine ganze Reihe gebürtiger Russen, die vor der Oktoberrevolution oder dem stalinistischen Regime geflohen waren, ihr Erfahrungswissen sowie ihre Sprachkenntnisse dazu verwendeten, zu Zeiten des *red scare* Wissen über „den Kommunismus“ zu generieren und bereitzustellen. Projekte und anschließend auch ganze Forschungszentren wie das *Russian Research Institute* an der Harvard University wurden im Kontext des „Kalten Krieges“ großzügig finanziert und somit zu Magneten für den wissenschaftlichen Nachwuchs. In diesem Sinne bewegte sich die Forschung in einem klaren Denkraum. Dennoch enthielten einzelne Studien deutlich vielschichtiger Argumente, die etwa am Beispiel des Vietnamkrieges offenlegten, wie fragil Loyalitäten im „kommunistischen Lager“ waren. Und auch die eigenen Verbündeten wurden von den Experten immer wieder als „fremd“ und unverständlich beschrieben: Es gelte, so gibt ein Bericht über die Vereinigung von Nord- und Südvietnam 1976 zu bedenken, eine Reihe von Hindernissen zu überwinden „in the way of effective communication between allies of vastly different cultures and strengths“<sup>6</sup>.

Über andere Vorannahmen kamen die „Experten des Luftkriegs“ nicht hinaus, konnten sie nicht hinauskommen, weil sie zur Logik ihrer Arbeit gehörten. Deren wichtigste: Der Luftkrieg an sich wurde durchweg als Möglichkeit wahrgenommen, Kriege zu verkürzen. Uneins war man sich lediglich über die erfolgversprechendsten Strategien. Und dies, obwohl bereits Teile des USSBS von 1945 eine kriegsentscheidende Wirkung des strategischen Bombenkriegs angezweifelt und betont hatten, wie wirkungsvoll die Gegenmaßnahmen der Regime in NS-Deutschland wie auch in Japan gewesen waren. Weder hier noch dort hatten es die

---

4 Der 1922 in Moskau geborene „Sowjetologe“ Leon Gouré übernahm 1964 die Leitung des „Vietcong Motivation and Morale Project“ der *Rand Corporation*.

5 Kellen: *Conversations with Enemy Soldiers*, S. VII.

6 Hosmer et al: *The Fall of South Vietnam*, S. III.

Alliierten ohne eine Bodenoffensive geschafft, Industrien lahmzulegen, Versorgungswege abzuschneiden oder eine Revolution von innen herbeizuführen. Dennoch folgten die wechselnden Befehlshaber in Vietnam viele Jahre lang einer ähnlichen Strategie, obwohl deren „Erfolgsaussichten“ in einer deutlich weniger industrialisierten, dezentralen Struktur noch geringer waren.

Wie ist das zu erklären? Der Schlüssel liegt in der festen Annahme sowohl der Experten als auch der politisch und militärisch Verantwortlichen, Lehren aus dem Krieg ziehen zu können. Hinter ihr verbirgt sich interessanterweise neben einem schematischen Verständnis von Geschichte zugleich auch ein radikal verstandenen binären Denkmustern gegenläufiger Ansatz, denn er beschreibt eine Reihe von menschlichen Affekten als übertragbar und universell gültig.<sup>7</sup> Die Luftkriegsstrategie für Japan wurde aufbauend auf die im besetzten Deutschland gewonnenen Erkenntnisse modifiziert, obwohl NS-Deutschland und das kaiserliche Japan in kaum einer Hinsicht vergleichbar waren. Im Gewand des Behaviorismus etablierte sich in den Sozialwissenschaften in den 1950er Jahren das methodische Gegenstück zur populären Rede von den *lessons learned*. Menschen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs, so legten psychologische und soziologische Konzepte nahe, reagierten nach universellen Mustern auf Angst, Schmerz, Bedrohung und Manipulation. In diesem Sinne unterliefen die Luftkriegsexperten die binäre Struktur des Eigenen und des Fremden. Denn die interdisziplinär angelegte Verhaltensforschung fragte nach menschlichen Reaktionen in existenziellen Situationen, ohne dabei zwischen Außen und Innen zu unterscheiden. Selbst die sogenannte Feindesforschung und der inländische Zivil- oder Katastrophenschutz wurden über Jahrzehnte hinweg als zwei Seiten derselben Medaille angesehen.<sup>8</sup>

## Binäre Ordnungsvorstellungen in einer unübersichtlichen Welt, Teil 3: Die Abwesenheit der Atombombe

Die Drohung gegenseitiger atomarer Vernichtung schuf in gewisser Hinsicht die Voraussetzungen dafür, dass die Konkurrenz zwischen verschiedenen Denk- und Herrschaftssystemen zuweilen als Phase eines „langen Friedens“<sup>9</sup> erinnert wird.

---

<sup>7</sup> Vgl. Robin: *The Making of the Cold War Enemy*.

<sup>8</sup> Siehe Stehrenberger: *Systeme und Organisationen unter Stress*, S. 411–414.

<sup>9</sup> Gaddis: *Der Kalte Krieg*.

Zwar zeugt diese Formulierung von einer ausgeprägten Fixierung auf den nordatlantischen Raum, doch lässt sie uns erkennen, in welchem Paradoxon sich die internationale Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bewegte. Die Fähigkeit, in kürzester Zeit den Großteil eines Landes zerstören zu können, fungierte im Rahmen der gegenseitigen Abschreckungsstrategie als Garant einer relativen Stabilität. Die ungeheure Zerstörungskraft von Nuklearwaffen zu betonen, war im Sinne dieser Abschreckungspolitik ein Muss. Je mehr auch über die Folgeschäden radioaktiver Strahlung bekannt wurde, desto apokalyptischer klang das Szenario eines Atomkriegs. Vor allem der Atompilz wurde so zum kulturellen Symbol einer Epoche, die weit über den militärischen Zusammenhang hinaus Eingang in das Leben Hunderttausender Menschen fand.

Es mag daher erstaunen, dass bei Weitem nicht alle Luftkriegsexperten die Existenz von Nuklearwaffen als militärstrategischen Wendepunkt auffassten. Auch war nur ein kleiner Teil von ihnen dauerhaft mit dem Nachdenken über die Welt unter Nuklearwaffen beschäftigt. Zwar erlangten gerade sie – unter anderen Herman Kahn, Bernard Brodie, Albert Wohlstetter – die größte Bekanntheit, doch blieb der sogenannte konventionelle Krieg, der auf Waffen geringerer Zerstörungskraft (und dafür größerer Zahl) setzte, die Hauptaufgabe der Experten für den Krieg aus der Luft. Dies lag nicht nur daran, dass empirische Sozialwissenschaftler kein Erfahrungswissen über Atomkriege abfragen konnten und somit auf die Simulation des „Udenkbaren“ (Herman Kahn) zurückgeworfen waren, das wiederum vor allem von Logikern, Mathematikern und philosophisch orientierten Politikwissenschaftlern besorgt wurde. Es lag auch an ebenjenem Sicherheitskonzept, das Atomkriege durch Abschreckung vermeiden wollte und das zugleich konventionelle Kriege als geeignetes Mittel der Außenpolitik ansah.

Nicht zuletzt deshalb waren die Akteure kolonialer und regionaler Konflikte überhaupt in der Lage, ihre Anliegen argumentativ in den Ost-West-Konflikt einzuschreiben und so Unterstützung der beiden Supermächte einzufordern.<sup>10</sup> Diese fanden sich in Indochina schließlich – mit unterschiedlich weit reichendem Engagement – in einem Krieg wieder, der ursprünglich nichts mit ihren Sicherheitsinteressen zu tun gehabt hatte. Hier überlagerten sich, aus der Rückschau deutlich sichtbar, verschiedene, ja sich widersprechende Ordnungen. Umso wichtiger war die Arbeit der Luftkriegsexperten für die USA: Anfang der 1960er Jahre brauchten die Vereinigten Staaten dringend Informationen über eine Region, ihre Menschen und ihre Politik, die ihr bis dato weitgehend unbekannt gewesen waren. Die *Rand Corporation* als mit der Air Force eng verbundener Think Tank wurde daher über Jahre hinweg großzügig für ihre empirische Forschung in

---

10 Siehe zu dieser Frage u. a. Logevall: *The Indochina Wars and the Cold War*.

Südostasien finanziert, um schließlich Weisheiten wie die folgende zu formulieren „[H]e [der Soldat der *People's Army of Vietnam*] is not ordinarily a doctrinaire Communist; he tends to accept some but not all of the Communist gospel.“<sup>11</sup> Auch die Streitkräfte selbst werteten unentwegt Informationen über das Kriegsgeschehen aus, ohne allerdings die ständige Eskalation frühzeitig zu stoppen. Dies lässt sich letztlich nur damit erklären, dass der Krieg zu einem grundsätzlichen Kampf um Macht und Glaubwürdigkeit zwischen der Sowjetunion und den USA geworden war.

Die Arbeit der Luftkriegsexperten berührte andererseits nur einen sehr kleinen Teil der Kriege, die im Namen der binären Auseinandersetzung geführt wurden. Strategische Luftangriffe wurden während des Korea- und des Vietnamkriegs geflogen, nicht aber in „kleinen“ Konflikten und verdeckten Operationen im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und Südamerika.

## **Binäre Ordnungsvorstellungen in einer unübersichtlichen Welt, Teil 4: Vergessene Lehren, Kritik und Widerspruch**

An die Tradition der Schlachtenplanung konnte das Versprechen der Luftkriegsexperten, aus vergangenen Kriegen methodisch abgesicherte allgemeingültige Lehren für kommende Kriege generieren zu können, vortrefflich anknüpfen. Stets war es der Militärstrategie darum zu tun gewesen, mithilfe eines wachsenden Erfahrungswissens auf scheinbar wiederkehrende Situationen vorbereitet zu sein und kommende Gegner überlegen besiegen zu können. Die Chance, diese Überlegenheit in modernen, hoch technisierten Kriegen mithilfe wissenschaftlicher Forschung erlangen zu können, ließen sich die Streitkräfte daher nicht nehmen, selbst wenn sie somit stillschweigend einräumten, nicht mehr die alleinige Kompetenz für Fragen von Krieg und Frieden in der Hand zu halten. Gerade deshalb aber hatte jene Form von Beratung die besten Chancen, die sich in traditionelle Formen der Kriegsplanung einbinden ließ und Macht und Einfluss der jeweiligen Teilstreitkraft zu erhöhen half.

Zur Kooperation gehörte deshalb von Beginn an auch, unbequeme Befunde oder abweichende Interpretationen zu glätten oder gar umzudeuten. John Kenneth Galbraith stilisierte seinen Dissens mit den Autoren des USSBS-Ab-

---

11 Kellen: A Profile of the PAVN Soldier in South Vietnam, S. X.

schlussberichts in seiner Autobiografie als Kampf um die Wahrheit.<sup>12</sup> De facto musste ihm aber von Beginn des Projekts an klar gewesen sein, dass er bei aller wissenschaftlichen Redlichkeit in der Durchführung der Studie zugleich Teil der Interessenspolitik der United States Air Force war. Inwiefern Galbraiths Kritik inhaltlich zutraf, ist in diesem Zusammenhang letztlich nicht von Belang, ging es in der Arbeit der Experten doch um eine Form der Wissensproduktion, die eben nicht die akademische war, sondern die Vermittlung von Ergebnissen und den Zweck der Erkenntnis ins Zentrum stellte. Diesem Dissens vergleichbar mag auch ein Streit innerhalb der *Rand Corporation* um die methodische Tragfähigkeit ihres Vietnam-Projekts sein. Wissenschaftliche Redlichkeit prallte auch hier auf einen „unternehmerischen“ Umgang mit Daten und Erkenntnissen, der einen Vertreter des US-amerikanischen Militärs zu der – von einem kriegskritischen Magazin kolportierten – Aussage verleitete: „Gut, wenn ihr Hippies sein wollt, wenn ihr philosophische Fragen stellen wollt, macht weiter. Wir aber sind hier, um den Krieg zu gewinnen.“<sup>13</sup> Diese Unterscheidung zwischen unnützem Wissen ohne Anwendungsmöglichkeit und nützlichem Wissen mit direkten Folgen für den Krieg führte letztlich dazu, dass die Luftkriegsexperten die von den Generälen formulierte Luftkriegsstrategie lediglich zu optimieren versuchten. Wer militärischen Nutzen oder gar moralische Rechtfertigung der Bombardements selbst infrage stellte, fand sich bald von den entsprechenden Projekten abgezogen oder in Fundamentalopposition zum System selbst. Daniel Ellsberg, der in das Vietnam-Projekt involviert gewesen war, entschied sich schließlich dafür, die als *Pentagon Papers* bekannt gewordenen, internen Unterlagen öffentlich zu machen. Diese Entscheidung trug dazu bei, die Brüche und Risse im vermeintlich einheitlichen „Block“ der freiheitlichen Welt zu vertiefen, denn Protest- und Friedensbewegungen sahen sich durch solche und ähnliche Enthüllungen in ihrem Engagement gegen die eigene Regierung bestätigt und neu belebt (*↗ Ideologien, Ende der*). Für die Luftkriegsexperten als Individuen standen, das zeigte Ellsberg nachdrücklich, ebenso wie für den Rest der Gesellschaft eine ganze Palette von Handlungsweisen zur Verfügung, die die vereinfachende Ordnung des „Kalten Krieges“ erodieren lassen konnten.

---

<sup>12</sup> Galbraith: *Leben in entscheidender Zeit*, S. 226–228.

<sup>13</sup> Landau, David: *Behind the Policy Makers. RAND and the Vietnam War*, in: *Ramparts Magazine* Nr. 11 von November 1972, S. 26–39, hier S. 36. – Das *Ramparts Magazine*, 1962 gegründet, kritisierte den Vietnamkrieg scharf.

## Fazit

In den Ordnungsvorstellungen der Luftkriegsexperten ein „Drittes“ zu finden, ist leicht, drehte sich der Konflikt zwischen den beiden Großmächten doch von Beginn an um eben jene „dritten“ Staaten. Der Kampf um Einflussphären, um Unterstützer für die eigene Weltordnung war das *Movens* der internationalen Politik. Diese Länder für das eigene Lager zu gewinnen, trieb die Auseinandersetzung an und legitimierte sie zugleich.

Analog haben wir uns daran gewöhnt, auch die sogenannten Blockfreien als „Drittes“ zu verstehen. Gleichzeitig blieben sie auf den „Kalten Krieg“ bezogen, auch wenn sie sich dem Werben und Drohen langfristig entzogen (↗ *Die Blockfreien/Bündnisfreien*). Auf diese Weise konnten die Blockfreien als organisiertes Staatenbündnis in der internationalen Politik als Korrektiv wirken. Damit durchbrachen sie aber gerade nicht die Zweierkonstellation, denn auch sie bezogen ihre Handlungsmacht durch den Verweis auf den binären Konflikt, dem sie demonstrativ fernbleiben wollten.

Auch die Entspannungspolitikern nahmen ihre Welt binär wahr, sie plädierten lediglich für einen alternativen Umgang der beiden Blöcke miteinander. Ebenso wie die Luftkriegsexperten suchten sie nach effektiveren Wegen, in einer nach binären Prinzipien geordneten Welt eigene Interessen durchzusetzen. Eine echte Infragestellung der letztlich unterkomplexen Vorstellung eines „Kalten Krieges“ zwischen zwei einheitlichen Akteuren hätte für die Experten den Verlust ihrer Arbeitsgrundlage bedeutet – hätte sie es doch auch mit sich gebracht, die Komplexität menschlichen Verhaltens und die Spezifik historischer Situationen anzuerkennen und Voraussagen über das Verhalten von Individuen und Gesellschaften somit unglaublich werden lassen. Indem die Kriegsexpertise ihre Legitimation aus dem Versprechen von Vorhersagbarkeit und damit Planbarkeit bezog, trug sie jedoch zu einer Operationalisierung des Menschen bei. Moralische Fragen wurden mit dem Verweis auf die eigene Objektivität und Rationalität ausgelagert, Kontingenz negiert.

Die jahrzehntelang eingeübten binären Ordnungsvorstellungen des „Kalten Krieges“ blieben auch nach 1990 überall dort dominant, wo es um Gegnerschaft und Feindschaft ging. Der nationale Sicherheitsstaat der USA funktionierte von seinem Prinzip her stets nach einem binären Schema, das auf der einen Seite die freiheitsliebende Demokratie und auf der anderen Seite deren Gegner wahrnimmt. Sicherlich formte sich diese Annahme je nach politischem Personal unterschiedlich aus, doch der „war against terrorism“, von dem Ronald Reagan nach den Anschlägen von Beirut im Jahr 1983 sprach, schloss an den „war on communism“ nahtlos an und wurde von George W. Bush im Jahr 2001 aktualisiert.



Inzwischen werden die Auseinandersetzungen auf geräuschlosere Art und Weise in Rechenzentren oder von den Zentralen des Drohnenkrieges aus geführt. Sie erregen nur selten Aufmerksamkeit, als sei ihre Legitimität grundsätzlich fraglos. Tatsächlich basieren sie auf einem Denkstil, der seit den 1940er Jahren nur modifiziert, nicht grundsätzlich geprüft wurde. Seit neuestem sind auch laute Drohgebärden wieder im politischen Repertoire der USA enthalten. Eine schlichte Gleichsetzung verbietet der intellektuelle Anstand, dennoch: Die holzschnittartige Wahrnehmung von Gegnern prägt nach wie vor die Außen- und Sicherheitspolitik des mächtigsten Landes der Welt. Und die Luftkriegsexperten haben nach wie vor viel zu tun.

## Literatur und publizierte Quellen:

- Bogner, Alexander/Helge Torgersen (Hg.): Wozu Experten? Ambivalenzen der Beziehung von Wissenschaft und Politik, Wiesbaden 2005.
- Fisch, Stefan/Rudloff, Wilfried (Hg.): Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004.
- Gaddis, John Lewis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2008.
- Galbraith, John Kenneth: Leben in entscheidender Zeit. Memoiren, München 1981.
- Hosmer, Stephen M./Kellen, Konrad/Jenkins, Brian M.: The Fall of South Vietnam. Statements by Vietnamese Military and Civilian Leaders (R-2208-OSD (HIST)), Santa Monica 1978.
- Howard, Michael: Civil-Military Relations in Great Britain and the United States 1945–1958, in: Political Science Quarterly 75 (1960), Heft 1, S. 35–46.
- Kellen, Konrad: A Profile of the PAVN Soldier in South Vietnam (RM-5013–1-ISA/ARPA), Santa Monica 1966.
- Kellen, Konrad: Conversations with Enemy Soldiers in late 1968/early 1969. A Study of Motivation and Morale (RM-6131–1-ISA/ARPA), Santa Monica 1970.
- Logevall, Fredrik: The Indochina Wars and the Cold War 1945–1975, in: Leffler, Melvyn P./Westad, Odd Arne (Hg.): The Cambridge History of the Cold War. Band 2, Cambridge 2010, S. 281–304.
- Nitze, Paul H.: From Hiroshima to Glasnost. At the Center of Decision. A Memoir, New York 1989.
- Robin, Ron: The Making of the Cold War Enemy. Culture and Politics in the Military-Intellectual Complex, Princeton 2003.
- Stehr, Nico: Expertenwissen. Die Kultur und die Macht von Experten, Beratern und Ratgebern, Weilerswist 2010.
- Stehrenberger, Cécile Stephanie: Systeme und Organisationen unter Stress. Zur Geschichte der sozialwissenschaftlichen Katastrophenforschung (1949–1979), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 11 (2014), Heft 3, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/3-2014/id=5140> (15. 09. 2016).
- Süß, Dietmar: Tod aus der Luft. Luftkrieg und Kriegsgesellschaft in Deutschland und England, München 2011.



## Astrid Bötticher

# Extremismus

Der Extremismusbegriff gehört bereits seit Jahrzehnten auf die Hitliste der umstrittensten Wörter Deutschlands. Nicht nur über den Inhalt des Begriffes wird gestritten, sondern gerade auch seine Auswirkungen –etwa gesellschaftlicher Ausschluss –machen den Begriff brisant und zu einem Dauerthema der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Der Begriff des Extremismus markiert die Schwelle von Innen und Außen und definiert, was dazugehört und was nicht mehr dazugehört. Der Extremismusbegriff hat keinen eigenen Wesenskern und lebt einzig und allein von der in ihm enthaltenen Binarität. Das unausgesprochene Dritte – das Dritte des Vergleiches – gibt Hinweise, um die Qualität des Extremismusbegriffes zu verstehen. Seine zeithistorische Bedeutung lässt wichtige Rückschlüsse auf gesellschaftliche Entwicklungen zu. Im Kalten Krieg entwickelte sich ein Höhepunkt der Auseinandersetzung um den Extremismusbegriff, dem im Laufe der Jahrzehnte noch weitere folgen sollten. Er diente in der Bundesrepublik Deutschland demnach der Etikettierung demokratiefeindlicher Bestrebungen, die im Verdacht standen, verfassungsfeindlich zu sein. Wie wurde der Verwaltungsbegriff „Extremismus“ in der Bundesrepublik eingeführt? Wie wurde er benutzt? Welche juristischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wurden um den Begriff geführt? Diese Fragen geben den Rahmen, um sich auf Suche nach eindeutigen Grenzziehungen, deren Markierungen und schließlich auch nach illegalen Grenzgängern zu machen.

## Methodische Annäherungen: Politolinguistik und die Macht der Begriffe

Um sich mit dem Extremismusbegriff und die mit ihm verquickten gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Verwerfungen auseinanderzusetzen, lohnt sich ein Blick auf den Begriff mit der „politolinguistischen Brille“. Die Politolinguistik bildete sich als Forschungsfeld heraus, um die „Sprache Hitlers“ und des „Dritten Reiches“ mit ihren spezifische Eigenschaften analysieren zu können. Begriffe sind mentale Konzepte, sie bestimmen unsere Wahrnehmung von der Wirklichkeit.<sup>1</sup> Unsere Realität wird durch Begriffe geformt, über die wir

---

1 Lakoff/Wehling: Auf leisen Sohlen ins Gehirn, S. 115.

Zugang zu derselben erhalten. Deshalb ist die Struktur eines Begriffes nicht einfach simples Beiwerk, sondern zentral dafür, ein umfassendes Verständnis von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu erlangen. Begriffe formen eine Art „Raum der Gedanken“, das heißt der Hörer eines Wortes wird bereits durch die Nutzung eben jenes Wortes beeinflusst, denkt bereits in eine bestimmte Richtung.<sup>2</sup> Thomas Niehr benennt die in diesem Zusammenhang so wichtige Entscheidung über die Wahl unserer Worte: Weil es keine „eindeutige Zuordnung von Dingen und Ausdrücken“ gibt, sondern sich unsere sprachliche Welt durch „Bezeichnungsalternativen“ auszeichnet, lassen sich Begriffe nach ihrer „inhärente[n] Wertungskomponente“ unterscheiden.<sup>3</sup>

Unsere sprachliche Welt wurde durch den „Kalten Krieg“ über Jahrzehnte geformt, doch wie sich dies im Nutzen und Wandel von Begriffen niederschlug, ist kaum erforscht.<sup>4</sup> Das Forschungsfeld der Sprache dient hier der Analyse von Zeitgeschichte, von Aufstieg und Fall politischer Bewegungen, Imperien und auch dem Nachforschen einzelner Biographien. Dies geschieht vor dem Hintergrund eines ideologischen und realpolitischen Konfliktgeschehens, dass wir mit „Kalter Krieg“ benennen. Die Politolinguistik zeichnet die zeithistorische Qualität von politischen Wörtern nach, arbeitet kurzum ihre „Begrifflichkeit“ heraus. Wie hat sich der „Kalte Krieg“ tatsächlich auf politische Begriffe wie Extremismus ausgewirkt? Welche Wandlungen lassen sich auf den „Kalten Krieg“ beziehen? Ist das konfliktive Geschehen des „Kalten Krieges“ mitverantwortlich für unsere Vorstellung dessen, was „Extremismus“ beinhaltet und unsere Übereinkunft darüber, was gegen Extremisten zu unternehmen ist?

Wichtige Beiträge zur Methodik lieferte Reinhart Koselleck, insbesondere die Begriffsanalyse. Koselleck untersuchte mittels kontextualistischem Hintergrund Sprachproduktion, -reproduktion und -rezeption. Die Begriffsanalyse Kosellecks ist die Analyse des „Sprachwandelphänomens“. Dieser theoriegeleiteten Methodik zufolge haben Begriffe einen sozialen Kontext, sie besitzen einen überindividuellen Charakter und weisen eine temporale Struktur auf. Der „Kalte Krieg“ ist hier also der soziale und politische Kontext, in dem der Wortwandel geschieht. Für Historiker und Politologen gleichermaßen wichtig ist jedoch die Verbindung von Sprache und Geschehen: Sprachwandel und Ereigniswandel sind Koselleck

---

<sup>2</sup> Thibodeau/Boroditsky: *Metaphors We Think With*.

<sup>3</sup> Niehr: *Einführung in die Politolinguistik*, S.14. –Beispiele für die Politolinguistik sind Klemperer: *Lingua Tertii Imperii*; Sternberger et al: *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen*.

<sup>4</sup> Für ein sich öffnendes Forschungsfeld siehe als anregenden Überblick Kollmeier Kathrin: *Begriffsgeschichte und Historische Semantik*, Version: 2.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 29.10.2012, [http://docupedia.de/zg/Begriffsgeschichte\\_und\\_Historische\\_Semantik\\_Version\\_2.0\\_Kathrin\\_Kollmeier?oldid=125783](http://docupedia.de/zg/Begriffsgeschichte_und_Historische_Semantik_Version_2.0_Kathrin_Kollmeier?oldid=125783) (04.10.2017)

zufolge aufs engste miteinander verknüpft. Pierre Bourdieu schreibt hieran anknüpfend: „Die Sozialwissenschaft hat es mit Realitäten zu tun, die bereits benannt und klassifiziert sind. Eigen- und Gattungsnamen, Titel, Zeichen, Siegel tragen. Will sie nicht unbewusst die Verantwortung für Konstituierungsakte auf sich laden, deren Logik und Notwendigkeit sie nicht kennt, muss sie die sozialen Vorgänge des Benennens und die Riten der Einsetzung, über die sie sich vollziehen, zu ihren Objekten machen.“<sup>5</sup> Deshalb lässt sich der „Kalte Krieg“ als historisches Ereignis auch durch die Analyse von Begriffen nachvollziehen. Deutlich wird dies schon, wenn wir an zentrale Schlagworte der Auseinandersetzung denken, etwa die substantivierte Form von „international“, die für den „Kalten Krieg“ ein weiteres zentrales sprachliches Konfliktschema darstellt. Doch auch der Extremismus selbst – und insbesondere sein juristisches Komplementär, die „Verfassungsfeindlichkeit“ – hat einen Status in der Auseinandersetzung um die „richtige Ordnungsvorstellung“ und deren Durchsetzung. Deutlich wird dies etwa am Parteienverbot der KPD und deren richterlicher Begründung; gehen die Richter doch in ihrem Verbotsurteil auf die Rolle der KPD und Geschehnisse um den Zusammenschluss der drei Besatzungszonen, den Parlamentarischen Rat und die Entwicklung des Grundgesetzes ein. Aber auch die Verfolgung des „Verfassungsfeindes“ Max Reimann und dessen Flucht in die DDR lassen vermuten, dass sich die juristische und politische Auseinandersetzung um Extremisten vor dem Hintergrund des „Kalten Krieges“ abspielt. Der „Gegner“ im „Kalten Krieg“, der Andere, das Zweite ist eine wichtige Figur, um die Auseinandersetzung um linke, „verfassungsfeindliche“ Parteien zu verstehen und die politisch-justizielle Verfolgung ihrer Mitglieder.

## Extremismus – ein Anti-Miranda

Der Wirkung nach ähnelt der Extremismusbegriff sehr stark dem verwandten Begriff „Terrorismus“ ( $\nearrow$ Islamismus;  $\nearrow$ Geheimdienste;  $\nearrow$ Deutschland, beide).<sup>6</sup> Fahnenwörter wie „Gerechtigkeit“, „Freiheit“ oder „Solidarität“ sind solche

---

<sup>5</sup> Bourdieu: Was heißt Sprechen, S. 99.

<sup>6</sup> Josef Klein bemerkt über die sozialpsychologischen Qualitäten des Terrorismusbegriffs: „So charakterisiert man beispielsweise mit der Bezeichnung ‚Terroristen‘ Kämpfer gegen eine vom Sprecher akzeptierte herrschende Ordnung, deren Gewaltaktionen auf die Erzeugung von Furcht und Schrecken zielen, bringt damit zugleich Ablehnung, Ängste, Wut o.Ä. gegen diese Personen zum Ausdruck und richtet einen normativen (sog. deontischen) Appell an die Hörer/Leser, diese Ablehnung zu teilen und den Kampf gegen die so Bezeichneten zu unterstützen.“ Klein: Demokratischer Wortschatz, S. 129.

Wörter, die es dem Sprecher ermöglichen eine Schar an Anhängern zu mobilisieren, um sich *für* die mit dem Fahnenwort konnotierten Werte einzusetzen. Fahnenwörter (Mirandas) sind positiv aufgeladene, meist ethische Begriffe, die zur Herstellung von Gruppenkohärenz genutzt werden, ihr Gegenteil sind die Anti-Miranden, die negative Assoziationen hervorrufen. Die Gegner dieser Werte sollen bekämpft werden, weil die mit dem Wort in Verbindung gebrachten Werte geschützt werden sollen. Bei Fahnenwörtern handelt es sich um Wörter, die einen hohen ethischen Wert besitzen – dies kann bei der Einschätzung der Hörschaft eines Fahnenwortes so weit gehen, dass der ethische Wert höher eingeschätzt wird als das eigene Leben. Stigmawörter hingegen mobilisieren, um sich *gegen* die mit dem Wort konnotierten Werte und deren Anhänger einzusetzen. Die Verbindung eines Stigmawortes in Verbindung mit einem Fahnenwort kann so hohes politisches Potenzial und eine immense Mobilisierungswirkung besitzen. Bekannte Verbindungen sind etwa solche Sätze wie „Der Terrorismus greift unsere Art zu leben an“ oder „Der Extremismus bekämpft die zentralen Werte unserer Gemeinschaft“ und so weiter. Sie dienen einerseits dazu, den Zusammenhalt einer Gruppe (in diesen Fällen der „Bevölkerung“) zu fördern und andererseits dazu, Widerstand gegen terroristische und/oder extremistische Gruppierungen zu erwirken. Die durch Anti-Miranda-Fahnenwort-Kombinationen erwirkte Widerständigkeit wird als wichtig angesehen, um etwa dem „radikalen Milieu“<sup>7</sup> die Unterstützung und Anerkennung durch die Gesellschaft zu versagen. Welche Werte Fahnenwörter vertreten, lässt sich gut durch ihren Gebrauch analysieren.

---

7 Peter Waldmanns radikales Milieu ist dem Terrorismus klar vorgelagert. Das zentrale Kriterium zur Differenzierung von radikalem Milieu und terroristischer Gruppe ist diesem Konzept zu Folge die Gewalt. Das radikale Milieu kann Gewalt fördern oder unterbinden, indem Unterstützung geboten oder unterbunden wird. Die Definition des Radikalen ist Waldmann zufolge: „Radikal bezeichnet hier Einstellungs-, Orientierungs-, und Handlungsmuster, die einen Konflikt gewissermaßen verabsolutieren und zum einen ein hohes Maß an Aufopferungs- und Kampfbereitschaft für die verfochtene Sache implizieren, zum anderen mit der Bereitschaft und unterstellten Notwendigkeit verbunden sind, für das angestrebte Ziel Gewalt anzuwenden.“ Malthaner/Waldmann: Einleitung, S. 20.

## Extremismus – ein kurzer Ausflug in die Begriffsgeschichte

Der deutsche Duden führt den Begriff „Extremist“ seit 1941.<sup>8</sup> Reiner Fenske betont, der Begriff „Extremismus“ sei anhand seiner Spezialisierung, dem „Links-extremismus“ konkretisiert worden.<sup>9</sup> In der anglophonen Sprachwelt findet sich bereits um den Ersten Weltkrieg herum eine rege Diskussion um die Frage nach der richtigen Konzeption des Extremismus.<sup>10</sup> Doch bereits Jahrhunderte früher, im Jahr 1546, wurde der Vorläuferbegriff „extremite“, von Bischof Stephen Gardiner genutzt und auf einen Gegner gemünzt.<sup>11</sup> William Safire erwähnt *Joseph Worcester's Wörterbuch* aus dem Jahre 1846, und stellt fest: Hier taucht der Begriff zum ersten Male auf. Popularisiert worden sei er jedoch durch den US-amerikanischen Senator Daniel Webster, der den Begriff auf die Befürworter und Gegner der Sklaverei anwendete und insbesondere die Gewalttätigkeit als Merkmal des Extremismus hervorhob.<sup>12</sup> Frederick Law Olmsted stellte 1856 ebenfalls auf die pejorative Nutzung des Extremismus innerhalb der politischen Arena ab.<sup>13</sup> Im Jahr 1865 spricht der London *Daily Telegraph* von den Tagen der Extravaganz und des Extremismus.<sup>14</sup> Das *Oxford English Dictionary* verbindet mit dem Begriff Torheit, kritische Position, Kontrolle, Gewalt, Bezeichnung, Führung, Doktrin, Verbrecherbande und Agitation.<sup>15</sup> Kurt Möller erwähnt das Jahr 1850; in diesem sei in den USA die Bezeichnung „Extremisten“ für die „kompromisslosesten Vertreter der beiden Bürgerkriegsparteien“ aufgekommen.<sup>16</sup> In der englischen Presse sei von „Extremisten“ in Zusammenhang mit den englischen Kolonien die Rede (1846 „extremists“; 1865 „extremism“). In Frankreich „finden sich die Substantivierungen ‚extrémiste‘ (1915) bzw. ‚extrémisme‘ (1921) erst ab der zweiten Dekade des

---

**8** So in der Onlineversion des Duden nachzulesen: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Extremist> (11.7.2013).

**9** Fenske: Vom Randphänomen zum Verdichtungsraum, S.26.

**10** R.G. Pradhan: Extremism in India, in: *The New Statesman* vom 21.2.1914.

**11** „An earlier term, extremite, did not catch on: in 1546, Bishop Stephen Gardiner, criticizing a Protestant leader, noted, ‚Folowynge the newescole of extremites, he denied all degrees of grace.‘“ William Safire: On Language. What's an Extremist?, in: *The New York Times* vom 14.1.1996.

**12** Ebd.

**13** „The extremists of the South esteem their opponents as madmen, or robbers.“ Olmsted: A Journey in the Seaboard Slave States, S. 177.

**14** Vgl. Simpson, John A., Edmund S. C. Weimer (Hrsg.): *The Oxford English Dictionary*. Bd. 5, Oxford: Oxford UP, 1989, S. 619.

**15** Ebd.

**16** Möller: Extremismus, S. 195.

zwanzigsten Jahrhunderts, anscheinend ventiliert durch die sowjetische Revolution und ihre Auswirkungen auf das innenpolitische Klima in Frankreich“.<sup>17</sup>

Ein weiteres Beispiel: Die Weimarer Republik gilt als die „Republik der Extreme“<sup>18</sup>. Man versteht sie als das Opfer einer Reibung zwischen Linksextremisten, Rechtsextremisten und zutiefst reaktionären Monarchisten. Ihr fehlten gemeinhin „die Demokraten“, die den „Reaktionären und Revolutionären“ die Stirn hätten bieten können. Man verstand den demokratischen Prozess, das konstitutionelle Entscheidungsverfahren als Ausdruck der „Unfähigkeit sich zu entscheiden“ und stellte ihm den „Kampf der Entscheidung“ als „genuin demokratisches Verfahren“ entgegen; statt auf Vermittlung setzte man auf die Gegenüberstellung der Extreme und verachtete die Mitte als Mittelmaß, weder Fleisch noch Fisch sei sie.<sup>19</sup> Möller sieht die allmähliche Einführung und dessen Verlauf durch die Entwicklung des demokratischen Verfassungsstaates beeinflusst: Erst „wo gewaltfreie Verfahren der Kompromißbildung zwischen unterschiedlichen Auffassungen“ bekannt seien, werde die Substantivierung „Extremismus“ zu einer breiter antizipierten Vokabel.<sup>20</sup> Demnach sei es kein Wunder „dass der Terminus in Deutschland bis auf vereinzelte Nachweise im 19. Jahrhundert und in der Zeit der Weimarer Republik erst nach dem Zweiten Weltkrieg systematischere Verwendung fand“<sup>21</sup>. Möller führt an, der Begriff habe nach dem Zweiten Weltkrieg frühe Anwendungen gefunden, weil er –anders als der Radikalismusbegriff – nicht das „obrigkeitsstaatliche Denkmuster als begriffsgeschichtlichen Ballast“ mit sich getragen habe.<sup>22</sup>

---

17 Ebd.

18 Münkler: *Mitte und Maß*, S.209.

19 Ebd., S. 210 f.

20 „Der Extremismus-Begriff lässt sich also in solchen Ländern am frühesten nachweisen, die in ihrer Entwicklung in Richtung auf den demokratischen Verfassungsstaat am weitesten fortgeschritten waren und damit besonderes Augenmerk auf gewaltfreie Verfahren der Kompromissbildung zwischen unterschiedlichen Auffassungen legten.“ Ebd., S. 195.

21 Ebd.

22 Ebd., S. 200.



## Der Staat und seine Extreme 1: der „Adenauer-Erlass“

Der sogenannte Adenauer-Erlass<sup>23</sup> vom 19. September 1950 beschrieb erstmals die Problematik der gegen die demokratische Grundordnung gerichteten politischen Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Damit wurde knapp einhalb Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik eine erste zentrale Maßnahme zur Bekämpfung von „inneren Feinden“ beschlossen. Bereits der erste Satz des Beschlusses – „Die Gegner der Bundesrepublik verstärken ihre Bemühungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu untergraben“ – macht deutlich, dass es sich dabei um eine reaktive Maßnahme gehandelt hat. Der Beschluss enthält eine klare Gegnerbestimmung und benennt auch den (angeblichen) Auslöser zu der Gegnerbestimmung: „[...] [W]er insbesondere im Auftrag oder im Sinne der auf Gewalthandlungen abzielenden Beschlüsse des 3. Parteitages der kommunistischen SED und des sogenannten ‚National Kongresses‘ wirkt, macht sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig.“ Hier hat sich zum ersten Mal ein für die Sicherheitsbehörden (und die Praxis staatlichen Handelns) wichtiges Ordnungsmuster des Kalten Krieges etabliert: Wer sich in die ideologische oder organisatorische Nähe der „Konkurrenzideologie“ begibt, ist der „Pflichtverletzung“ schuldig. Gleichwohl gibt man vor, diese innere gesellschaftliche Grenzziehung sei reaktiv.

Doch eine Reaktion worauf? Der 3. Parteitag der SED von Juli 1950 formte die DDR zu einem stalinistisch-leninistisch ausgerichteten Staat. Die Ära Walter Ulbrichts brach an. Auch in der DDR gab es das klare Feindbild „Westen“. Die Gegnerbestimmung auf beiden Seiten des noch nicht in gemauerter Form manifestierten „Eisernen Vorhangs“ funktionierte. Adolf Hitler war erst fünf Jahre tot, das nazistische Deutschland erst vor kurzem besiegt. Stalins Macht baute sich weiter aus. Die Sowjetunion und die westlichen Alliierten waren zutiefst zerstritten. Die politischen Köpfe der Bundesrepublik und der DDR waren Zeitzeugen dieser für das letzte Jahrhundert so zentralen Ereignisse (↗*Deutschland, beide*). Ein erster Höhepunkt des Kalten Krieges, die Berlin-Blockade, war erst am 12. Mai 1949 zu einem Ende gekommen. Der aktuelle historische Hintergrund des „Adenauer-Erlasses“ erklärt zu einem gewissen Grad dessen klare antikommunistische

---

<sup>23</sup> Beschluss der Bundesregierung vom 19. September 1950, in: *Gemeinsames Ministerialblatt*, Nr. 12 vom 20.9.1950, S. 93.

Ausrichtung – von 13 genannten Organisationen<sup>24</sup> sind lediglich drei dem Rechtsextremismus zugeordnet. Dennoch: Die in dem Erlass zum Ausdruck kommende, weitgehende Ignoranz gegenüber rechtsextremistischen Bestrebungen bzw. Organisationen bleibt wichtiges Augenmerk. Der Historiker Dominik Rigoll spricht davon, dass mit diesem Erlass das antifaschistische Narrativ von 1945 durch ein „antitotalitäres“ Narrativ ersetzt wurde, sodass die alten Funktionsebenen des Nationalsozialismus wieder in den Staatsdienst übernommen, die Entnazifizierung quasi wieder zurückgenommen wurde. Stattdessen widmete man sich einem „alten Feind“, der schon in der Weimarer Republik bis hin zum Deutschen Reich (unter dem Reichskanzler Bismarck) als solcher identifiziert war: der „roten“ Arbeiterbewegung, dem Sozialismus und dem (ungleich moderneren) Staatskommunismus.<sup>25</sup> Es ist klar erkennbar, dass es sich hierbei um eine alte staatliche Praxis des Ausschließens missliebiger ideologischer Anhänger handelt – ganz gleich, worauf diese Ideologie nun beruht.

Nichtsdestotrotz, in dem Dokument wird offenbar: Es soll allen „Feinden der freiheitlich demokratischen Grundordnung“ unmissverständlich der Kampf angesagt werden. Gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes, die Mitglieder „solcher Organisationen“ sind, sowie diejenigen, die ähnliche „Bestrebungen“ zeigen, soll „unnachsichtlich [sic]“ vorgegangen werden. Interessant daran ist auch, dass die Beschreibung „freiheitlich demokratische Grundordnung“ bereits in dem Erlass enthalten ist und sich diese Poldefinition in sämtlichen (!) verfassungspolitischen Definitionen des Extremismusbegriffes der nächsten Jahrzehnte (und bis heute) wiederfinden lässt. Dieses klare Muster – Extreme hier, demokratische Grundordnung dort – ist ein über den Kalten Krieg hinaus wirkendes Muster. Dennoch: Der „Adenauer-Erlass“ ist ein historisches Dokument, welches sich durch eine klare antikommunistische Ausrichtung auszeichnet. Das Wort „Extremismus“, wie auch das Wort „Radikalismus“ kommen hier nicht vor, auch die Verfassungsfeindschaft ist begrifflich noch nicht enthalten.

---

**24** Die Kommunistische Partei Deutschlands, die Sozialdemokratische Aktion, die Freie Deutsche Jugend, die Vereinigung der Sowjetfreunde, die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjet-Union, der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, der Gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft, das Komitee der Kämpfer für den Frieden, das Komitee der Jungen Friedenskämpfer, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, die Sozialistische Reichspartei, die Schwarze Front, die Nationale Front. – Die drei letztgenannten sind rechtsextremistisch.

**25** Rigoll: Staatsschutz in Westdeutschland.

## Der Staat und seine Extreme 2: Der „Radikalen-Erlass“

Ein weiteres wichtiges behördliches Weisungsdokument des Kalten Krieges, das ebenfalls zu dem Zwecke der Bekämpfung innerer Feinde erlassen wurde, ist der sogenannte Radikalen-Erlass, der Beschluss der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 8. Januar 1972.<sup>26</sup> In der Zeit von 1950 bis 1972 wandelte sich das Feindbild. Die Bürgerrechtsbewegungen erwachten, das vorhergegangene Jahrzehnt kannte zahllose Studentenproteste, Friedensmärsche der Kirchen, Aufstände der Kunst, wie sie etwa mit dem Namen Otto Mühl verbunden sind, und dem Versuch, neue Lebensformen zu etablieren, sich sexuell zu befreien und dem immer stärker aufkommenden „westlichen Konsumerismus“ mit eigenen Ideen, aber auch einer Hinwendung zu sowjet-marxistischen, maoistischen, sozialistischen, kommunitären und anderen linken „Ideologien“ zu begegnen (*↗Ideologien, Ende der*). Neben studentischen und liberal-demokratischen oder feministischen Gruppierungen entwickelten sich im Raum des radikalen Milieus auch terroristische Gruppierungen. Die bürgerliche Elite wurde durch diese Entwicklungen aufgeschreckt. Das Familienbild, wichtige Institution für den konservativen Staat und das kirchliche Establishment, änderte sich, das Verhältnis zum Körper lockerte sich durch die Nacktbewegung, jedoch wurden auch sämtliche Strukturen hinterfragt – von denen im persönlichen Nahbereich bis hin zu Staat, Gesellschaft und den internationalen Beziehungen. Der konservative Soziologe Helmut Schelsky entwickelte angesichts der Ereignisse der 1968er-Bewegung ein Szenario, in dem die Linken Schlüsselpositionen am Rande des Staatsapparates besetzen würden, um die Institutionen „von innen heraus“ zu „zersetzen“ und in ihrem Sinne umzufunktionieren. Schelskys Wort vom „Marsch durch die Institutionen“ wurde geradezu sprichwörtlich.<sup>27</sup>

Die Möglichkeit, die *Deutsche Kommunistische Partei*(DKP) als Nachfolgeorganisation der KPD, der viele Bewerber für den öffentlichen Dienst angehörten, zu verbieten, wurden seitens der Regierung Brandt verworfen, um die Ostpolitik nicht zu gefährden.<sup>28</sup> Doch die konservativen Kräfte innerhalb der Regierungspartei SPD waren der Ansicht, dass linke Radikale eine Bedrohung darstellten und initiierten zuerst in Hamburg eine unnachgiebige Politik gegenüber einer mögli-

<sup>26</sup> Beschluss der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 28. Januar 1972, in: Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, 1972, S. 342.

<sup>27</sup> Schelsky: Strategie der Systemüberwindung; ebenso Lübke: Der lange Marsch durch die Bildungsinstitutionen.

<sup>28</sup> Koch/Oltmanns: SOS, S. 166 f.

chen Infiltrierung von Linksradikalen in den öffentlichen Dienst. Ergebnis dieser Politik war ein entsprechender Erlass der Hansestadt vom 23. November 1971, der „Modell für den Radikalenerlaß von 1972“ wurde.<sup>29</sup> Neben Hamburg setzte sich auch Nordrhein-Westfalen dafür ein, in dieser Frage aktiv zu werden. Eine Kommission der Landesinnenminister legte daraufhin einen Expertenbericht vor. Die Ministerpräsidentenkonferenz verständigte sich Ende Januar 1972 auf einen Text, der den Titel *Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst* trug. Bundeskanzler Brandt unterzeichnete diesen sowie eine Zusatzklärung, wonach nur derjenige Bewerber in das Beamtenverhältnis übernommen werden würde, der voll auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehe. Kein Beamter dürfe Mitglied einer verfassungsfeindlichen Organisation sein.<sup>30</sup>

Die Verwaltungsvereinbarung über die Verfassungstreue von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die am 28. Januar 1972 durch die Regierungschefs der Länder und Bundeskanzler Willy Brandt beschlossen wurde, wird auch „Radikalenerlass“, „Extremistenbeschluss“ oder „Berufsverbot“<sup>31</sup> genannt. Am 22. Mai 1975 bestätigte der Bundesgerichtshof (BGH) diese Direktive. Die besondere politische Treuepflicht der Beamtenschaft und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wurde im Urteil betont: „Der Radikalenerlaß regelt politisch-rechtliche Voraussetzungen für die Einstellung in den öffentlichen Dienst sowie die Aufrechterhaltung eines Beschäftigungsverhältnisses im öffentlichen Dienst[...].“<sup>32</sup>

Während der „Adenauer-Erlass“ sich insbesondere als Bekämpfungsinstrument gegen sowjetische Infiltrationsbemühungen lesen lässt, lässt sich der „Radikalen-Erlass“ darüber hinaus als Instrument der politischen Moderation des sozialen Wandels verstehen; er ist niedrigschwelliger als der „Adenauer-Erlass“: Während in dieser noch von Mitgliedschaft in einer die demokratische Grundordnung untergrabenden Organisation oder einer Bestrebung die Rede ist, so heißt es im „Radikalen-Erlass“, dass Anwärter und Mitglieder des öffentlichen Dienstes Gewähr dafür bieten müssten, „jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung“ einzutreten und zwar „aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes“. Diese Vorschrift sei „zwingend“ und umfasst das „gesamte Verhalten“ von Bewerbern und Beamten. Gleichzeitig ist aber die einfache Mitgliedschaft für die Entfernung aus dem öffentlichen Dienst nicht mehr ausreichend, sodass der

<sup>29</sup> Braunthal: Politische Loyalität und Öffentlicher Dienst, S. 45.

<sup>30</sup> Ebd., S. 46.

<sup>31</sup> Edmund Brandt (Hg.): Die politische Treuepflicht. Rechtsquellen zur Geschichte des deutschen Berufsbeamtentums. 2 Bde. Heidelberg, Karlsruhe: Müller 1976.

<sup>32</sup> Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik. Stuttgart: Kröner, 1995.S. 788.

„Radikalen-Erlass“ hier von den Pauschalisierungen des „Adenauer-Erlasses“ Abstand nimmt; eine Einzelfallprüfung wird von nun an die Regel.

Was genau unter dem Passus „sich jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzusetzen“ zu verstehen ist, führte das Bundesverfassungsgericht dann 1975 aus: „Die politische Treuepflicht fordert mehr als nur eine korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber dem Staat und Verfassung: sie fordert vom Beamten insbesondere, dass er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren.“<sup>33</sup>

## Extremismus und die Ordnung des Kalten Krieges: Das Bundesverfassungsgericht

Neben den behördlichen Weisungen existieren auch wichtige Grundsatzurteile des Bundesverfassungsgerichts, die das Ordnungsmuster des Kalten Krieges weiterhin etablierten. Das Bundesverfassungsgericht bestimmte im Jahre 1952 den „Kern“ der demokratischen Grundordnung und damit jene Werte, die durch den Staat und alle seine Glieder *unbedingt* zu schützen seien.<sup>34</sup> Die Gegnerschaft zu diesen Werten ist demnach extremistisch, *wenn* extremistisch als verfassungsfeindlich verstanden wird. Dies ist für die behördliche Praxis der Fall, doch das Gesetz kennt den Extremismusbegriff im Übrigen nicht. Hier wird anstelle von „Extremismus“ von „Verfassungsfeindlichkeit“ oder „Verfassungswidrigkeit“ gesprochen. Im Jahre 1956 entschied das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur KPD, dass die Gegnerschaft zu den Werten (und den Strukturen) der freiheitlich-demokratischen Grundordnung allein kein ausreichendes Kriterium

---

<sup>33</sup> Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 39 Bd. J.C.B. Mohr: Tübingen 1975. S. 334.

<sup>34</sup> „Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“ BVerfG, 23.10.1952 – 1 BvB 1/51.

sei, sondern die „planvolle Beseitigung“ der Grundrechte und eine „aktiv kämpferische Haltung“ hinzukommen müsse, um von Verfassungswidrigkeit zu sprechen.<sup>35</sup> Martin Kutscha hat am Rande seiner Auseinandersetzung mit den „Berufsverboten“ auch die starke Verquickung politischer Interesselage des Kalten Krieges mit diesem Urteil herausgearbeitet.<sup>36</sup> Jedenfalls führte das Verbot der KPD und die damit verbundene Kriminalisierungsstrategie der Bundesrepublik zunächst zu starken gesellschaftlichen Verwerfungen: Entlassungen und Berufs(ungs)verbote standen neben Protesten und Demonstrationen auf der tagespolitischen Agenda von Bund und Ländern.

Aus „Deutschland- und außenpolitischen Gründen“ wurde die DKP „mit ihren zahlreichen Vorfeld- und Infrastrukturinstitutionen“ von der Bundesregierung später im Übrigen trotz KPD-Verbot zugelassen. Die DKP orientierte sich an der Sowjetunion und insbesondere der DDR.<sup>37</sup> Das Urteil gegen die KPD ist für die Entwicklung staatlicher Präventions- und Repressionsmaßnahmen jedoch insofern wichtig, als dass deutlich gemacht wurde, dass eine einfache feindliche Einstellung gegenüber den Grundwerten allein nicht ausreichend sei. Damit wurde die Verfassungsfeindlichkeit noch einmal präzisiert. Diese Präzisierung spielte zunächst weder für die Beobachtung durch den Verfassungsschutz eine Rolle noch für die in den darauffolgenden Jahrzehnten erfolgten Verbotsverfahren. Für den Raum des sozialen Wandels und dessen Kontext ist dies aber gemeinhin eine Wegmarke der politischen Moderation.

## Extremismus vs. Radikalismus: Der Verfassungsschutz

Unter Bundesinnenminister Werner Maihofer (FDP) wird 1974 vom *Verfassungsschutz des Bundes* der Extremismusbegriff als Amtsbegriff eingeführt. Damit wurde der Extremismusbegriff erst relativ spät offizieller Teil des behördlichen Sprachgebrauchs.<sup>38</sup> Dieses Datum gilt im übrigen nicht für die Landesverfassungsschutzämter.<sup>39</sup> Diese führten die Verfassungsschutzberichte allerdings auch

---

35 BVerfG, 17. 8. 1956 – 1 BvB 2/51.

36 Kutscha: Verfassung und streitbare Demokratie.

37 Greven: Systemopposition, S. 33.

38 Bundesminister des Innern: Verfassungsschutzbericht 1974.

39 Niedersachsen, Berichtsjahr: 1975; Bayern, Berichtsjahr: 1976; Rheinland-Pfalz, Berichtsjahr: 1976; Schleswig-Holstein, Berichtsjahr: 1977; Hessen, Berichtsjahr 1977; Nordrhein-Westfalen, Berichtsjahr: 1978; Baden-Württemberg, Berichtsjahr: 1978; Berlin, Berichtsjahr: 1990; Freie und

weit nach dem getroffenen Beschluss *Verfassungsschutz durch Aufklärung*<sup>40</sup> ein. Die dem Extremismus entgegengestellten Fahnenwörter sind in der ersten regierungsinstitutionellen Veröffentlichung von 1974 „Mehrheitswille“, „Freiheit“ und „Gleichheit“. Diese Begriffstrias wird im Weiteren dazu genutzt, um gegen extremistische Bestrebungen zu mobilisieren, wie der Verfassungsschutzbericht deutlich macht:

„Freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist damit das Gegenteil des unfreiheitlich totalitären Staates, der eine verfassungsmäßige Beschränkung der staatlichen Macht durch Grundrechtsverbürgungen, Minderheitenschutz, Gewaltenteilung und Rechtsbindung aller Gewalt nicht kennt.“<sup>41</sup>

Indem der Verfassungsschutz den Extremismusbegriff nutzte, popularisierte er diesen bis dahin eher unüblichen Begriff und rückte ihn in das Zentrum des sicherheitspolitischen Sprachgebrauchs. Damit entwickelte der Verfassungsschutz den (damals) wichtigsten Konkurrenzbezug zur Radikalismuskategorie.

Die Einführung des Extremismusbegriffs hatte nicht zuletzt auch damit zu tun, dass die Studentenbewegung den Radikalismusbegriff zu einem Bewegungsbezug stilisierte: Den revoltierenden Studenten gegen den „Muff der Tausend Jahre“ wurde der Radikalismus zum Fahnenwort – man wollte „radikal“ sein. Die studentische Besetzung des Wortes „Radikalismus“ ist nicht von ungefähr: Er impliziert den Aufstand gegen verkrustete Strukturen. Vor einigen Jahrzehnten war im Übrigen auch der Extremismusbegriff eng an „Protest“ geknüpft<sup>42</sup>, wobei sogar schon die Teilnahme an Unterschriftensammlungen als „tendenziell extremistisch“ betrachtet wurde<sup>43</sup> und sich einige kuriose Typen finden lassen, wie die „extrem radikalen Therapierevolutionäre“<sup>44</sup>.

---

Hansestadt Hamburg, Berichtsjahr: 1993; Stadtstaat Bremen, Berichtsjahr 2003, vgl. Jesse: Die Verfassungsschutzberichte der Bundesländer.

**40** Ständige Konferenz der Innenminister der Länder, 09.09.1974: „Verfassungsschutz durch Aufklärung“; vgl. Jesse: Die Verfassungsschutzberichte der Bundesländer, S. 18.

**41** Maihofer: Zum Verfassungsschutzbericht 1974, S.3.

**42** Infratest Wirtschaftsforschung (Hg.): Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland.

**43** Extremismus. Maihofers Herzblut, in: *Der Spiegel* Nr. 4 vom 22.1.1979.

**44** „Die Therapierevolutionäre (meinen): Nur ein revolutioniertes, gesundes (gleich: therapiertes) Subjekt ist in der Lage, auch gesellschaftlich revolutionäre Verhältnisse zu erkämpfen – die Therapie aller Individuen wäre die Revolution. [...] Die Therapieanhänger demonstrieren extreme Radikalität. Wer reinen Tisch machen will und nicht mehr daran glaubt, auf der Basis des Be-

## Extremisten, Radikale und die Figur des Dritten

Es ist möglich, dass die Selbstbezeichnung der sich in Revolte befindlichen Jugend der 1950er und 1960er Jahre als „Radikale“ und die Abgrenzung zum Extremismus durchaus an die Figur des Dritten angelehnt werden kann. Die radikalen haben keine eigene eindeutige Position inne, oszillieren dazwischen ( $\nearrow$ Humanitär NGOs) und lassen sich weder für die eine noch die andere Seite vereinnahmen. Man könnte sagen, dass sie eine eigenständige Figur darstellen, die sich in „Suche nach sich selbst“ befindet. Die Analyse radikaler Gruppen in dieser Phase des „Kalten Kriegs“ kommt daher nicht ohne das Stichwort „Emergenz“ aus. Während beide Regimeformen um sie buhlen, sie aber auch bei Missfallen kriminalisieren, sucht die studentische Linke eine Antwort auf die Frage nach neueren, freien Lebensformen. Größer als der Widerstreit, bildet sich die studentische Linke als ein Drittes heraus, das sich dem Druck sich „entscheiden zu müssen“ gegenüber steht. Größer als der Widerstreit, bildet sich die studentische Linke als ein Drittes heraus, das sich dem Druck sich „entscheiden zu müssen“ gegenüber steht. Ein augenfälliger Aspekt dieser Figur des Dritten ist, dass sie das einläutet, was Michael Th. Greven einmal mit dem von ihm neu gedeuteten Begriff der „politischen Gesellschaft“ benennt: Die permanente Dezision und die damit verbundene Fundamentalpolitisierung, die sich durch die „Blockpolitik“ bedingt, bildeten sich heraus und machen die Probleme der Grenzziehung deutlich.<sup>45</sup> Die 1968er-Generation hat dabei die staatliche Grenzziehung, den auch sprachlich geführten Kampf zweier Ideologien vor Augen geführt – indem man sich weder hier noch dort, weder von diesen noch von jenen explizit vereinnahmen lassen wollte. Man lehnte sich auf gegen „verspießerte Proleten“ und experimentierte mit Ideologien linker Provenienz – freilich ohne deren Zwänge erlebt zu haben. So schreibt der *Spiegel*: „Östliche Parteibürokratie und westliches Establishment fühlen sich von der weltweiten studentischen Rebellion gleichermaßen herausgefordert. Beispielhaft für die außergewöhnliche Sinnverwandtschaft in beiden Welten sind Veröffentlichungen aus Moskau und München: Die *Information* des westdeutschen Bundesnachrichtendienstes (Daniel Cohn-Bendit – Anarchist und Phantast<sup>4</sup>) und das sowjetische Parteiorgan

---

stehenden nach und nach bessere Zustände zu erreichen, wer einer Umwertung aller Werte das Wort redet, demonstriert damit sein Leiden an und in der bestehenden Ordnung.“ Infratest Wirtschaftsforschung (Hg.): Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland, S. XXX; vgl. auch Zur Psychologie des Linksextremismus. Eine Studie im Auftrag des Innenministeriums, in: *Die ZEIT* Nr. 22 vom 23.5.1980.

<sup>45</sup> Greven: Die politische Gesellschaft.



*Prawda* (‚Werwölfe – Der falsche Prophet Marcuse und seine lärmenden Schüler‘) gelangen bei einer Analyse der jüngsten revolutionären Unruhen in Frankreich zu gleichklingenden Schlüssen.“<sup>46</sup>

Die studentische Ikone Jean-Paul Sartre beschuldigt zum Beispiel die sozialistischen Regime, „Angst“ vor der „Revolution“ zu haben. Emmanuel Lévinas grundsätzliche Überlegung zur Sprache sieht in dem Fakt des Sprechens die Anerkennung des Anderen.<sup>47</sup> Er versteht in dem Akt des Miteinandersprechens eine Form der Konstitution eines Bündnisses: „Ich denke nicht bloß, daß sie da ist, ich spreche zu ihr. Sie ist mein Verbündeter [sic!] geworden, in der Beziehung, die sie mir nur gegenwärtig machen sollte. Ich habe zu ihr gesprochen, d. h. ich habe das universale Sein, das sie verkörpert, vernachlässigt, um mich an das besondere Seiende zu halten, das sie ist.“<sup>48</sup> Ähnlich ist die Auffassung Martin Bubers, der die lebendige Sprache als Ausdruck von Beziehung wertet.<sup>49</sup> Die Sprachspiele der ideologischen Gegner des „Kalten Krieges“ können diesen „Dritten“, der zwischen Ost und West oszilliert weder überdecken, noch zum Schweigen bringen. Der eigenständige Dritte, die linke Bewegung der 1950er und 1960er Jahre – die in sich selbst so heterogen ist, dass der Begriff „Bewegung“ dem Phänomen kaum gerecht wird – und ihre Sprecher stoßen auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ an den Säulen der Sagbarkeitsregime.

Die 1950er und 1960er Jahre sind wahrscheinlich dieser Moment, in dem wir von einer zweiten Ordnung heraus die Bipolarität des Kalten Krieges in den seinerzeitigen Verwaltungsanordnungen und Gerichtsurteilen beziehungsweise dem Unterlassen von Verbotverfahren aus politischen Überlegungen heraus erfahren können. Erst in dieser „bipolaren Welt“ bildet sich die Figur des Dritten, die hier in der äußerst heterogenen studentischen Linken erscheint und zwischen den beiden Polen oszilliert und zu *gobetweens* ( $\nearrow$  *Humanitäre NGOs*) werden. Sie sind Objekte von Sagbarkeitsregimen auf beiden Seiten der „Blöcke“. Sie markieren die Grenze von drinnen und draußen – machen diese sichtbar. Doch diese emergente Figur des Dritten ist in sich so heterogen, dass man nicht von einem einzigen Sprachspiel sprechen kann, sondern von verschiedenen Bewusstsein und Vielgestaltigkeit. Die Dritten bei genauem Blick sind auch die Vierten,

---

<sup>46</sup> Werwölfe, die Karl Marx schmähen, in: *Der Spiegel* Nr. 29 vom 15.7.1968.

<sup>47</sup> „Eine Person verstehen heißt schon mit ihr sprechen. Das Dasein eines Nächsten setzen, indem man es ‚sein lässt‘, heißt schon dieses Dasein akzeptiert, seiner Rechnung getragen haben. [...] Das Sprechen gründet eine eigene Beziehung.“ Lévinas: *Zwischen uns*, S.17.

<sup>48</sup> Ebd., S.18.

<sup>49</sup> So schreibt Martin Buber über die Verschiedenart der Sprache und ihre Verwendungsweisen in ‚primitiven Völkern‘: „Es kommt nicht auf diese Produkte der Zerlegung und Überlegung, es kommt auf die wahre ursprüngliche Einheit, die gelebte Beziehung an.“ Buber: *Ich und Du*, S.26.

Fünften Sechsten... Hier ist also nicht einfach ein neues Sprachspiel hinzugetreten, das einen Störfaktor für die „Blöcke“ (und ihre Konfrontation) darstellt, sondern eine neue Form des politischen Denkens entsteht, in der alles politisiert werden kann. Dieses Dritte verlangt im „Kalten Krieg“ nicht weniger als die „Öffnung und Neuverhandlung geltender logischer Ordnungen im Zeichen der Dreizahl“ auf beiden Seiten.<sup>50</sup>

## Literatur und publizierte Quellen:

- Bourdieu, Pierre: Was heißt Sprechen? Zur Ökonomie des sprachlichen Tausches, Wien 2005.
- Brandt, Edmund (Hg.): Die politische Treuepflicht. Rechtsquellen zur Geschichte des deutschen Berufsbeamtentums, 2 Bände, Heidelberg, Karlsruhe 1976.
- Braunthal, Gerard: Politische Loyalität und Öffentlicher Dienst. Der „Radikalenerlaß“ von 1972 und die Folgen, Marburg 1992.
- Buber, Martin: Ich und Du, Köln 1962.
- Bundesminister des Innern: Verfassungsschutzbericht 1974, Bonn 1975.
- Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 39 Bd. J.C.B. Mohr: Tübingen 1975. S. 334.
- Fenske, Reiner: Vom Randphänomen zum Verdichtungsraum. Geschichte der Rechtsextremismusforschungen seit 1945, Münster 2013.
- Greven, Michael Th.: Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Deziision als Probleme des Regierens und der Demokratie, Opladen u. a. 1999.
- Greven, Michael Th.: Systemopposition. Kontingenz, Ideologie und Utopie im politischen Denken der 1960er Jahre, Opladen u. a. 2011.
- Huizinga, Johan: Homo Ludens. Vom Ursprung der Kultur im Spiel, Hamburg 1956.
- Infratest Wirtschaftsforschung (Hg.): Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur sozialempririschen Untersuchung des Extremismus, Stuttgart u. a. 1980.
- Jesse, Eckhard: Die Verfassungsschutzberichte der Bundesländer. Deskription, Analyse, Vergleich, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie 19 (2007), S. 13–34.
- Klein, Josef: Demokratischer Wortschatz und Wortgebrauch, in: Jörg Kilian (Hg.): Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat, Mannheim u. a. 2005.
- Klemperer, Viktor: LinguaTertiilmperii. Notizbuch eines Philologen, Stuttgart 2007 [1947].
- Koch, Peter/Oltmanns, Reimar: SOS. Freiheit in Deutschland, Hamburg 1979.
- Kollmeier Kathrin: Begriffsgeschichte und Historische Semantik, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 29. 10. 2012, [http://docupedia.de/zg/Begriffsgeschichte\\_und\\_Historische\\_Semantik\\_Version\\_2.0\\_Kathrin\\_Kollmeier?oldid=125783](http://docupedia.de/zg/Begriffsgeschichte_und_Historische_Semantik_Version_2.0_Kathrin_Kollmeier?oldid=125783) (04. 10. 2017)
- Koschorke, Albrecht: Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften, in: Eßlinger, Eva/Schlechtriemen, Tobias/Schweizer, Doris/Zons Alexander (Hg.): Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma, Berlin 2010, S. 9–31.
- Kukathas, Chandran: The liberal Archipelago. A theory of diversity and freedom, Oxford 2003.

---

<sup>50</sup> Koschorke: Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften, S. 15.

- Kutscha, Martin: Verfassung und streitbare Demokratie. Historische und rechtliche Aspekte der Berufsverbote im öffentlichen Dienst, Köln 1979.
- Lakoff, George/Wehling, Elisabeth: Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht, Heidelberg 2014.
- Lévinas, Emmanuel: Zwischen uns. Versuche über das Denken an den Anderen, München 1995.
- Lübbe, Hermann: Der lange Marsch durch die Bildungsinstitutionen, in: ders.: Endstation Terror. Rückblick auf lange Märsche, Stuttgart 1978, S. 47–57.
- Lyotard, Jean-François: Das postmoderne Wissen. Ein Bericht, Wien <sup>3</sup>1994.
- Lyotard, Jean-François: Der Widerstreit, München <sup>2</sup>1989.
- Maihofer, Werner: Zum Verfassungsschutzbericht 1974, in: Bundesminister des Innern (Hg.): Betrifft: Verfassungsschutz '74, Bonn 1975, S. 3–8.
- Malthaner, Stefan/Waldmann, Peter: Einleitung, in: dies. (Hg.): Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen. Frankfurt, New York 2012.
- Möller, Kurt: Extremismus, in: Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen <sup>2</sup>2001.
- Münkler, Herfried: Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung, Hamburg 2012.
- Niehr, Thomas: Einführung in die Politolinguistik, Göttingen 2014.
- Olmsted, Frederick Law: A Journey in the Seaboard Slave States. With Remarks on Their Economy, New York, London 1856.
- Rigoll, Dominik: Staatsschutz in Westdeutschland, Göttingen 2013.
- Schelsky, Helmut: Die Strategie der Systemüberwindung. Der lange Marsch durch die Institutionen, in: ders.: Systemüberwindung, Demokratisierung, Gewaltenteilung. Grundsatzkonflikte der Bundesrepublik, München 1973, S. 19–37.
- Schmidt, Manfred G: Wörterbuch zur Politik. Stuttgart: Kröner, (1995).
- Simpson, John A./Weiner, Edmund S. C.: The Oxford English Dictionary. Band 5, Oxford <sup>2</sup>1989.
- Ständige Konferenz der Innenminister der Länder, 09.09.1974: „Verfassungsschutz durch Aufklärung“.
- Sternberger, Dolf/Storz, Gerhard/Süskind, Wilhelm: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, Berlin <sup>3</sup>1986.
- Thibodeau, Paul/Boroditsky, Lera: Metaphors We Think With. The Role of Metaphor in Reasoning, in: PLoS ONE 6 (2011) Heft 2, <https://doi.org/10.1371/journal.pone.00167820016782> (1.11.2017).



## Annette Vowinckel

# Der Flughafen

Das Ende des Zweiten Weltkriegs brachte Deutschland vorübergehend auch ein Ende der Luftfahrt. Alle Unternehmen, die sich auf diesem Gebiet betätigt hatten, wurden geschlossen. In der sowjetischen Besatzungszone wurden Betriebe wie die Henschel-Flugzeugwerke demontiert und in die Sowjetunion gebracht. Da das Potsdamer Abkommen den Betrieb deutscher Fluggesellschaften in der ehemaligen Hauptstadt untersagte, wurden die Berliner Flughäfen ab Sommer 1945 nur noch von den Alliierten angefliegen: In Tempelhof landete die *American Overseas Airlines*, in Gatow die *British European Airways*, in Schönefeld die staatliche sowjetische *Aeroflot*. Für die folgenden Jahrzehnte entstand nun eine unübersichtliche Gemengelage. So wurden für den Flugverkehr zwischen Westdeutschland und West-Berlin im Lauf des Jahres 1945 drei Luftkorridore eingerichtet, die nur von britischen, französischen und US-amerikanischen Gesellschaften genutzt werden durften. Den Flughafen Schönefeld dagegen konnten ab 1947 alle internationalen Fluggesellschaften direkt anfliegen, da er außerhalb des Berliner Stadtgebiets lag und deshalb nicht den Beschränkungen durch das Potsdamer Abkommen unterlag.

Sowohl im Osten als auch im Westen Deutschlands setzte eine deutliche Aufwärtsentwicklung der Passagierzahlen ein, die durch die Zunahme des Tourismus, die wirtschaftliche Globalisierung und die Normalisierung der internationalen Beziehungen bedingt war. In Westdeutschland wurde 1953 die Fluggesellschaft LUFTAG gegründet, die aus der Konkursmasse der *Deutschen Luft Hansa* den Namen sowie das Firmenlogo erworben hatte und die 1954 in *Deutsche Lufthansa* umbenannt wurde. 1955 wurde die *Deutsche Lufthansa der DDR* gegründet, die 1963 nicht zuletzt wegen Rechtsstreitigkeiten um den Markennamen in der *Interflug* aufging. Man sollte meinen, dass die Konkurrenz zwischen den Fluggesellschaften und Standorten das bestimmende Element in der Luftfahrtgeschichte der geteilten Stadt war. Ein Blick in die Quellen zeigt indes, dass die alltäglichen Probleme und die jeweiligen Entwicklungsziele nur bedingt dem Metakonflikt der Systemkonkurrenz folgten. Dabei ging es zunächst darum, wer überhaupt welchen Flughafen betreiben durfte.

## Schönefeld – Ein Flughafen für die Hauptstadt der DDR

Als sich ostdeutsche Funktionäre am 15. März 1955 mit „sowjetischen Genossen“ treffen, um die Zukunft des zivilen Luftverkehrs und besonders des Schönefelder Flughafens zu besprechen, stellen sie fest, dass diese den Standort eigentlich ganz gern los sein oder doch wenigstens mit den Deutschen teilen wollen – diese Maßnahme ist Teil des nach dem 17. Juni 1953 eingeläuteten Rückzugs der sowjetischen Streitkräfte und der Entwicklungen, die zur Entlassung der DDR in die Souveränität mit dem Staatsvertrag vom 20. September des gleichen Jahres führen. Generalleutnant Vasilij W. Gudkov, der Stabschef der sowjetischen Luftstreitkräfte in Deutschland, bittet die deutschen Unterhändler, „zu berichten, ob wir das richtig verstanden haben, daß Sie wünschen und bereit sind, selbständig die Bedienung und Sicherstellung der Flüge der volksdemokratischen Länder zur DDR und umgekehrt vorzunehmen.“<sup>1</sup> Generalmajor Heinz Keßler, Chef der VP-Luft, Vorgängerorganisation der NVA-Luftstreitkräfte, möchte nichts falsch machen und antwortet bescheiden, man wolle keinesfalls vor 1956 den Betrieb übernehmen, erst müssten schließlich „die technischen Voraussetzungen gegeben“ sein. Gudkov erklärt jedoch, die sowjetischen Streitkräfte hätten bereits Weisung erteilt, „die notwendige Fläche für die Zwecke der Organisation eines Flugbetriebes der DDR auf dem Flugplatz Schönefeld zur Verfügung zu stellen.“ Keßler gibt zu bedenken, dass man noch klären müsse, wo man die Kader finden werde, „die eine solche Aufgabe bewältigen können. Nur auf eigenen Kräfte gestellt, werden wir das nicht schaffen.“ Er bittet den sowjetischen Genossen um Unterstützung bei der Schulung und der technischen Ausstattung; der aber meint, dass der Flugbetrieb in Leipzig bereits gut funktioniere, „und dabei vollkommen selbständig“. Genosse Taranov, stellvertretender Hauptabteilungsleiter der zivilen Luftfahrt in der UdSSR, setzt noch eins drauf: Es gehöre sich nicht, dass „auf einem souveränen Territorium die Flugzeuge von uns“ – also den Sowjets – „bedient werden“, und auch der kaufmännische Dienst müsse „von den deutschen Instanzen in die Hand genommen werden“. Generalmajor Rudolf Menzel ist überrascht, „daß unsere sowjetischen Freunde gleich so viel Vertrauen uns [...] entgegenbringen, wo wir doch in diesen Dingen mit keinerlei Erfahrungen ausgerüstet sind.“ Doch es hilft nichts, Gudkov gibt den Schönefeldern drei, maximal

---

<sup>1</sup> Niederschrift über die 1. Beratung mit den sowjetischen Freunden über die Organisation der gemeinsamen Benutzung des Flugplatzes in Schönefeld am 15. 3. 1955, 15.00 Uhr, Schönefeld, S. 2, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch), DM 104/21. – Dieses und die folgenden Zitate stammen aus dem siebenseitigen Protokoll.

sechs Monate, um selbstständig zu werden: „Das ist alles, was ich noch sagen wollte.“ Moskau an Berlin: Werdet erwachsen!

Zunächst ohne große Begeisterung übernehmen die Ostdeutschen ihren Zentralflughafen, doch die Euphorie stellt sich bald ein. 1956 schon fangen sie an, über einen umfassenden Ausbau nachzudenken, da die „großen Perspektiven des 2. Fünfjahrplanes“ auch eine Steigerung im Bereich der zivilen Luftfahrt erfordern.<sup>2</sup> Der 1956 ermittelte Verkehrsbedarfswert liegt bei etwa 920 000 Personen sowie 18 500 Tonnen Fracht und Post pro Jahr; dafür sollten, so das Gutachten, zwei Parallelpisten reichen. Man müsse aber auch überlegen, ob man „den Nahverkehr (Landesverkehr) nach der Einheit Berlins“ nicht nach Tempelhof verlegen und zwischen den beiden Flughäfen eine Hubschrauberverbindung (!) einrichten sollte, denn sonst müsse man in Schönefeld bald eine dritte Piste bauen.<sup>3</sup> Der neue Fernsehturm jedenfalls könne keinesfalls, wie geplant, auf den Müggelbergen errichtet werden, denn dort liege er in der Einflugschneise des Flughafens und störe im Übrigen auch den Funkverkehr. Besonderer Optimismus herrscht nun bezüglich des touristischen Mehrwerts eines neu gebauten Flughafens: „Dem Hauptgebäude wird ein Gaststätten-Flügel mit breiten, vorgelagerten Terrassen angegliedert, der für die Berliner ein beliebtes Ausflugsziel werden wird und bei Flugtagen für die Zuschauer entsprechenden Raum bietet.“<sup>4</sup> Bis 1960 sollen die VEB Bau Berlin und die VEB Spezialbau Brandenburg den Ausbau vollendet haben – es herrscht Aufbruchsstimmung in Schönefeld!

1957 schickt das Forschungszentrum der Verwaltung der Luftfahrtindustrie der DDR eine Delegation zum 22. Internationalen Luftfahrt-Salon nach Paris und lässt über die dort präsentierten Requisiten ausführlich Bericht erstatten. Die Delegation bewundert vor allem die Ausstellungsstände der Firmen Boeing, Douglas und Caravelle, die sie auch fotografisch festhält (→ *Stadtplanung*). Beim Vergleich mit den eigenen Entwicklungen (gemeint ist wohl das Flugzeugmodell 152, das nach einem Absturz bei einem Testflug im März 1959 nie in Serie ging) stellen sich erste leise Zweifel an der eigenen Konkurrenzfähigkeit ein: Zwar befinde sich die Luftfahrtindustrie der DDR „durchaus im Bereiche der in der Weltluftfahrt spürbaren Tendenzen“, doch habe man bisher noch keine „Spitzenleistungen erreicht“. Dennoch waren die entsandten Funktionäre überzeugt, dass die „Höchstleistungen der westlichen Welt erreicht und übertroffen werden“

---

<sup>2</sup> Vorschlag für den Ausbau des Groß-Flughafens Berlin-Schönefeld [undatiert, 1956], S. 2, BArch DM 104/878.

<sup>3</sup> Ebd., S. 8.

<sup>4</sup> Ebd., S. 6.

könnten.<sup>5</sup> Der Vorsprung des Westens sei nämlich vor allem der militärischen Flugzeugentwicklung, dem Einsatz von Titan als Baustoff und den Erfahrungen aus dem Flugverkehr über den Atlantik zu verdanken als einer wirklichen Überlegenheit in der Ingenieurskunst. Den Rückstand könne man aufholen, wenn man sich mit den Luftfahrtindustrien der anderen volksdemokratischen Länder zusammmentue. Ziel sei es, DDR-Modelle auch für den Westen attraktiv zu machen, zum Beispiel durch eine Umstellung vom sowjetischen Blindlandesystem auf das westliche Instrumentenlandesystem (ILS).

## Luftverkehr und Flugreisen jenseits bipolarer Handlungsräume

1958 räumen die Sowjets, für einige DDR-Funktionäre eher unverhofft, den deutschen Freunden quasi über Nacht das Recht ein, den Betrieb des Zentralflughafens ganz in Eigenregie zu übernehmen – während Tempelhof bis zum Ende des Kalten Kriegs von den Westmächten kontrolliert wird. Für Schönefeld bricht damit das Zeitalter des Optimismus an, denn der Flughafen wird nun schnell zur Drehscheibe zwischen Ost und West: Wer von Westberlin in ein sozialistisches Land reisen will, ist oft besser beraten, einen Flug von Ostberlin aus zu buchen als über den Luftkorridor erst nach Westen und dann wieder zurück zu fliegen. Auch ein *Interflug*-Flug nach Westeuropa ist oft günstiger als einer von der westlichen Konkurrenz.

Im März 1959 wird dem Politbüro erneut ein Bericht über die Entwicklung des Luftfahrtwesens und zum Stand der Dinge in Schönefeld vorgelegt. Die Verkehrsleistung, so der Text, habe sich von 100 000 Kilometern im Jahr 1956 auf 594 000 Kilometer im Jahr 1958 versechsfacht; der Plan für 1959 sieht eine weitere Steigerung auf 678 000 Kilometer vor. Um ein solches Entwicklungstempo einhalten zu können, seien der „Ausbau des Flughafens Schönefeld zu einem modernen Großflughafen der höchsten internationalen Klassifizierung, der Einsatz moderner Turbinenstrahlverkehrsflugzeuge und der Ausbau eines dem höchsten Stand der Technik entsprechenden Flugsicherungs- und Nachrichtenwesens“ vonnöten. Und die Sowjets, die dem bereits zugestimmt hätten, müssten auch den Nordteil des Flughafens bis Oktober 1959 räumen, um Platz für den neuen

---

<sup>5</sup> Forschungszentrum der Verwaltung der Luftfahrtindustrie: Tagungs- und Ausstellungsberichte, Bericht Nr. 4, 22. Internationaler Luftfahrt-Salon in Paris vom 24. Mai bis 2. Juni 1957, hg. von der Zentralstelle für Literatur und Lehrmittel im Forschungszentrum der Luftfahrtindustrie Dresden, Dresden 1957, S. 178, BArch DM 104/141.



Hausherrn zu machen. Bis 1961 soll der Flughafen fertig ausgebaut sein. Damit das klappt – vor allem im Bereich der Flugsicherung, deren Entwicklung etwas hinterherhinkt – wird das „Investvorhaben Schönefeld zum Staatsplanvorhaben“ erklärt und der Import fehlender Geräte aus dem Ausland in Erwägung gezogen, sofern der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats, Genosse Willi Stoph, mitspielt. Offen bleibt allerdings, ob Ausland-West oder Ausland-Ost gemeint ist.<sup>6</sup>

Der Mauerbau im August 1961 scheint auf den Flughafen *als Flughafen* nur geringe Auswirkungen zu haben, jedenfalls spielen Passkontrolleinrichtungen in den Unterlagen kaum eine Rolle ( $\nearrow$  *Deutschland, beide*). Die Flugverbindungen in den Westen werden mitnichten eingestellt. Im Gegenteil: Die Westberliner bleiben eine wichtige Kundengruppe, denn wegen der niedrigeren Kerosinpreise und Betriebskosten kann *Interflug* die Preise der kapitalistischen Konkurrenz mühelos unterbieten. 1963 richten die *Ostberliner Verkehrsbetriebe* eine Buslinie ein, die das Westberliner Zentrum im halbstündlichen Takt mit dem in der Peripherie gelegenen Zentralflughafen verbindet.<sup>7</sup> Zudem baut *Interflug* vertraglich geregelte Kooperationen mit Reisebüros in Westberlin auf, die den Touristenfluss durch die DDR kanalisieren, zum Beispiel mit der in der Lietzenburger Straße 56 in Wilmersdorf ansässigen *Nahas Travel and Tourism GmbH*. Das Reisebüro erklärt sich bereit, als Verkaufsassistent der *Interflug* in Westberlin aufzutreten und erwirbt im Gegenzug das Recht, deren „geschützte[s] Warenzeichen als Bestandteil seines Firmennamens zu führen“, zum Beispiel auf Briefbogen und in Werbeschriften.<sup>8</sup> Vorausgesetzt, man akzeptiert „den Westen“ als Hinterland und stillen Partner, kann man also das eine tun (Mauer bauen), ohne das andere zu lassen (Handel mit dem Feind).

Die Durchführung des Flugverkehrs in einer geteilten Welt muss den neuen Bedingungen indes gut angepasst werden, womit aber weniger die Grenzkontrollen gemeint sind als die Abstimmung der Flugpläne. Während einer im Dezember 1963 abgehaltenen Konferenz der Vertreter der Luftverkehrsunternehmen der sozialistischen Bruderländer kommt der Vorschlag auf, man solle die Flugverbindungen in den kapitalistischen Westen besser untereinander abstimmen und dann den internationalen Luftfahrtverband IATA auffordern, Vertreter der sozialistischen Länder wenigstens als Beobachter zu ihren Konferenzen einzuladen. Die tschechische Fluglinie CSA habe damit bereits gute Erfahrungen ge-

---

<sup>6</sup> Vorlage für das Politbüro des ZK zur Entwicklung des Luftverkehrs der Deutschen Lufthansa, 26. 3. 1959, BArch DM 104/141.

<sup>7</sup> Vgl. <http://www.berliner-verkehrsseiten.de/bus/Linien/E-Grenz/e-grenz.html> (16. 9. 2016).

<sup>8</sup> Verkaufsassistentenvertrag zwischen *Interflug* und *Nahas Travel and Tourism GmbH*, 31. 8. 1983 mit Wirkung zum 1. 9. 1983, BArch, DM 104/2466.

macht.<sup>9</sup> Mitunter scheitern die Bemühungen um West-Kooperation im Flugverkehr dann aber an den politischen Bedingungen. Britische Geschäftsreisende sowie zwei Abgeordnete des Unterhauses (ein Tory, ein Whig) beschwerten sich während der Leipziger Messe im März 1964 darüber, dass die britischen Behörden keine Direktverbindung von London nach Leipzig genehmigen – weder *Interflug* noch irgendeine britische Gesellschaft kann die Messestadt direkt anfliegen. Die Organisatoren der Messe nehmen zu Protokoll, der konservative Unterhaus-Abgeordnete habe betont, dass er „ein unbedingter Anhänger des absolut freien Reiseverkehrs zwischen West und Ost“ sei; der britische Geschäftsmann Mikardo wolle gar eine Unterschriftenaktion für den freien Flugverkehr starten.<sup>10</sup> Berührungängste oder politische Vorbehalte gegen Handel mit kommunistischen Geschäftspartnern gibt es offenbar nicht.

Tatsächlich wäre die Einrichtung einer direkten Verbindung insofern kein Problem gewesen, als die *Interflug* in Großbritannien bereits 1960 die Gesellschaft *Intertravel* gegründet hatte, die den Vertrieb von *Interflug*-Tickets übernahm.<sup>11</sup> Von einer generellen Isolierung des ostdeutschen Zentralflughafens kann also kaum die Rede sein. Vielmehr scheitert die Direktverbindung am Widerstand der britischen Regierung, nicht an dem der DDR-Behörden. All diesen Einschränkungen zum Trotz hat sich die DDR ihren Platz im Streckennetz des internationalen Flugverkehrs längst gesichert – nicht zuletzt durch die Einrichtung täglicher Verbindungen nach Warschau, Prag, Budapest, Bukarest, Sofia und natürlich Moskau.

## Entwicklung zum modernen Flughafen: Schönefeld im internationalen Vergleich

In den 1960er Jahren stößt der Zentralflughafen Schönefeld an seine Kapazitätsgrenzen, und darin unterscheidet er sich kaum von anderen internationalen Standorten in Ost und West. In New York Idlewild (ab 1963 John F. Kennedy Airport) muss das von Stararchitekt Eero Saarinen 1962 gebaute TWA-Terminal 1969 durch einen *Flight Wing Two* erweitert werden, denn die Passagierzahlen

<sup>9</sup> Protokoll der Konferenz der Vertreter der Luftverkehrsunternehmen der Länder des RGW, 3.–6.12.1963, BArch, DM 104/661–1.

<sup>10</sup> Vermerk über Gespräche, die während des Empfanges der englischen Aussteller zur Leipziger Frühjahrsmesse am 6. März 1964 mit Abgeordneten des Unterhauses und Geschäftsleuten geführt wurden, S. 3, BArch, DM 104/637.

<sup>11</sup> Vereinbarung zwischen Interflug und Intertravel, 23.6.1969, BArch, DM 104/637.

sind von 222 000 im Jahr 1949 auf 8,8 Millionen im Jahr 1960 gestiegen (1970 sollten es 19 Millionen sein). In Westberlin ziehen 1968 alle großen Fluggesellschaften von Tempelhof nach Tegel um, wo 1974 der sechseckige Neubau der Firma *Gerkan, Marg und Partner* eröffnet wird (↗*Stadtplanung*).

Erste Planungen für die Erstellung eines neuen Flughafengebäudes in Schönefeld reichen ebenfalls bis in das Jahr 1960 zurück.<sup>12</sup> Die Umsetzung zieht sich zwar bis 1976 hin – das Jahr, in dem die heute noch genutzte NPA (Neue Passagier-Abfertigung) in Betrieb genommen wird; die Planungen lassen jedoch einmal mehr einen ungebrochenen Enthusiasmus für die Luftfahrt spüren, auch wenn sich die DDR, die längst die volle Souveränität über den Hauptstadtflughafen hatte, in Sachen Flughafenbau einmal mehr Rat beim sowjetischen Großen Bruder holt. Planungsgrundlage eines von den Sowjets 1971 erstellten Gutachtens ist eine angenommene Passagierzahl von 2000 Passagieren pro Stunde oder 4 Millionen Passagieren im Jahr 1980, die Masse des neu zu errichtenden Gebäudes wird mit 170 000 bis 190 000 Kubikmetern beziffert. Das entspricht einer Kennzahl von etwa 95 Kubikmetern pro Passagier pro Jahr, die nach internationalen Standards (120–150 m<sup>3</sup>/Passagier/Jahr) zu niedrig ist. Es wird deshalb empfohlen, eine andere Bauvariante in Erwägung zu ziehen, die die Auslagerung einzelner Funktionsbereiche (Verwaltung, Meteorologie, Abfertigung der Besatzungen) ermöglicht.<sup>13</sup> Bei einem Aufkommen von mehr als 1500 Passagieren pro Stunde müsse man die Bereiche für ankommende und abfliegende Personen trennen; ferner bedürfe es dringend einer besseren Anbindung an das Schienennetz der *Deutschen Reichsbahn* (konkret: eines Bahnhofsneubaus) und an das Straßennetz der DDR und Westberlins, zum Beispiel durch den „Anschluß des Vorplatzes an die frühere F 179 in Richtung Westberlin, de[r]en Ausbau in der Endlösung [sic] zügig und leistungsfähig zu gestalten sein muß.“<sup>14</sup> Auch solle man sich auf die Ankunft von Großraumflugzeugen einstellen, die zu einer deutlichen Erhöhung der Passagierzahlen führen und technische Neuerungen erforderlich machen werde. Die „Kurve der Entwicklung des Verkehrsaufkommens“ in Schönefeld werde sich jedenfalls „in ihrem Verlauf denen großer europäischer Flughäfen“ angleichen, wobei „lediglich eine Verschiebung um 10–15 Jahre zu erkennen“ sei. Durch weitere Ausbaumaßnahmen könne man bis zu 10 Millionen Passagiere abfertigen, dann aber seien die Ausbaumöglichkeiten

---

<sup>12</sup> Siehe Haas: *Moderne Flughäfen*.

<sup>13</sup> Vgl. Gutachterstelle für Investitionen des Verkehrswesens, Betr.: Expertise der sowjetischen Experten zu den Projektunterlagen für den Neubau „Zentralflughafen Berlin-Schönefeld“, 22.3.1971 (Treffen der Experten 10.–19.3.1971), S. 2, BArch, DM 104/779–1.

<sup>14</sup> Ebd., S. 14.

„nach dem derzeitigem Erkenntnisstand erschöpft“<sup>15</sup> – danach müsse man die „Anlage eines Flughafens II nördlich der Eisenbahn“ (Schönefeld 2.0?) in Angriff nehmen, um weitere fünf bis sechs Millionen Reisende abfertigen zu können. Man mag das belächeln; allerdings entspricht die angenommene Steigerungsrate in etwa der des Flughafens Frankfurt am Main, und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass sich die Fluggastzahlen in der DDR langfristig nicht ähnlich entwickelt hätten.<sup>16</sup>

Eine Trennung von Inlands- und Auslandsabfertigung wird in dem Gutachten von 1971 vehement abgelehnt, da der Anteil von Inlandsflügen nur bei 12,5 Prozent liegt. Interessanterweise spielen auch hier die Existenz der Mauer und die Einschränkung der Reisefreiheit für DDR-Bürger keine Rolle – es wäre ja auch denkbar gewesen, statt zwischen In- und Ausland zwischen West und Ost als Flugziel zu unterscheiden, was der Logik einer geteilten Welt im Kalten Krieg entsprochen oder doch wenigstens die Passkontrollen erleichtert hätte. Dies widersprach offenbar dem Selbstverständnis des Flughafens als Tor zur Welt.

1976 geht der Flughafen Schönefeld in eine zweite Ausbauphase, wobei sich die Einhaltung des Fünfjahrplans als besondere Hürde abzeichnet. Das staatliche Büro für die Begutachtung von Investitionen erklärt, problematisch sei „die Überschreitung der Planungsgrößen für den Fünfjahrplan 1976–1980 um 15,9 Mio M[ark] gesamt und 8,4 Mio M[ark] Bauanteil“ und empfiehlt, einen Teil der Investitionen in das Jahr 1981 und damit in die Zeit des nächsten Fünfjahrplans zu schieben.<sup>17</sup> Mit der steigenden Zahl der westlichen Passagiere würden schließlich auch die Valutaeinnahmen steigen, nämlich von drei Millionen auf 6,1 Millionen pro Jahr – welcher Währung bleibt das Geheimnis der Gutachter.<sup>18</sup>

Alle Zeichen stehen jedenfalls auf Ausbau und Modernisierung, was sich auch daran zeigt, dass Ende der 1960er Jahre das Umsatteln auf elektronische Datenverarbeitung in allen Bereichen auf die Agenda gesetzt wird. EDV wird zur „strukturbestimmende[n] Aufgabe“ der Volkswirtschaft erklärt, da „nur mit ihrer Hilfe die Zielstellungen des Prognosezeitraumes 1970–1980 erfüllt werden“ könnten.<sup>19</sup> Angesichts der hohen zu erwartenden Wachstumsraten sei die Um-

---

15 Ebd., S. 5.

16 Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Flughafen\\_Frankfurt\\_am\\_Main#Entwicklung\\_der\\_Verkehrszahlen](https://de.wikipedia.org/wiki/Flughafen_Frankfurt_am_Main#Entwicklung_der_Verkehrszahlen) (16.9.2016). – Der Frankfurter Flughafen hatte 1970 zehn Millionen, Ende der 1990er Jahre 40 Millionen und 2015 61 Millionen Fluggäste.

17 Staatliches Büro für die Begutachtung von Investitionen Berlin, Gutachten zu den Unterlagen zur Investitionsvorentcheidung für das Investitionsvorhaben ‚Flughafen Berlin-Schönefeld‘, 26.3.1976, S. 5, BArch DM 104/779–2.

18 Ebd., S. 17.

19 Interflug, Konzeption zur Einführung der EDV (1969), S. 3, BArch DM 104/863.

stellung auf EDV für *Interflug* besonders wichtig und erfordere eine „weitgehende Automatisierung der komplexen Organisation (d.h. Einbeziehung der Gebiete Planung, Vorbereitung, Lenkung, Kontrolle, Abrechnung und Analyse des Transportprozesses unter dem Gesichtspunkt einer einmaligen Erfassung der Primärdaten)“ sowie die „Einbeziehung von Methoden der Operationsforschung, der Netzplantechnik usw. in die Entscheidungsvorbereitung über den Datenverarbeitungsprozeß“.<sup>20</sup> In einem zweiten Schritt soll die EDV die Automatisierung der Flugleitung, die Frachtbuchung, technische Wartung und Dokumentation erfassen.

Viele Dinge werden allerdings weiter in direkter Kommunikation und mit konventionellen Maßnahmen geregelt. So reist im Februar 1976 ein Vertreter der US-amerikanischen *PanAm* nach Ostberlin, um den Kollegen von der *Interflug* einen Besuch abzustatten. Konkret geht es um die auf dem Weg nach Havanna erforderlichen Zwischenlandungen der *Interflug*, deren Flugplan für Nordamerika vertragsgemäß von der *PanAm* verwaltet wird. Durch deren Verlegung von Gander auf Neufundland in das 200 Kilometer vor Montreal gelegene Shannon könnte *Interflug*, so die ostdeutsche Position, die Menge des in Kanada zu beziehenden Kraftstoffs deutlich reduzieren und dadurch Devisen einsparen. Das Gespräch verläuft „in einer sachlichen Atmosphäre“. Mr. Conner, der Vertreter der *PanAm*, verhält sich auch „hinsichtlich des Sprachgebrauches (DDR usw) äußerst korrekt und war sehr entgegenkommend und aufgeschlossen“. Man lädt ihn noch zum Mittagessen ein, bevor er einen für einen Flugfunktionär eher ungewöhnlichen Rückweg antritt: „Er verließ Berlin – Hauptstadt der DDR – so, wie er eingereist war: mit der U-Bahn ab Bahnhof Friedrichstraße.“<sup>21</sup>

Die Zahlen, die *Interflug* für die Jahre 1979 und 1980 vorlegt, können sich tatsächlich sehen lassen. Das Streckennetz und auch das äußere Erscheinungsbild des Personals unterscheiden sich nicht wesentlich von dem anderer europäischer bzw. westlicher Airlines. Die Strecke Schönefeld–Mailand ist so gut ausgelastet, dass die Aufnahme eines dritten Linienflugs wöchentlich dringend empfohlen wird – genutzt wird die Verbindung zwar kaum von Reisegruppen, dafür aber von Einzelpassagieren und Sportgruppen.<sup>22</sup> Mit der KLM soll ein „Wochenendprogramm für die DDR“ aufgelegt und die Zusammenarbeit so verstetigt werden, dass die niederländische Fluggesellschaft „zu einem beständigen und lukrativen Partner“ wird, denn: „Holländische Kaufleute reisen in der ganzen Welt herum und suchen selbstverständlich, sonst wären es keine Kaufleute,

---

<sup>20</sup> Ebd., S. 5.

<sup>21</sup> Interflug, Abt. Intern. Arbeit, Berlin, 14.12.1976: Aktenvermerk über ein Gespräch mit einem Vertreter der PanAm am 13.12.1976 in Berlin, BArch, DM 140/419.

<sup>22</sup> IF-Vertretung Mailand, Analyse II. Quartal 1979, 5.7.1979, BArch DM 104/35.

günstige Bedingungen für ihre Reisen.“ Mit der KLM kooperiert *Interflug* auch auf der Strecke Berlin–Havanna, zum Beispiel indem sie einen Flug von Amsterdam nach Ostberlin mit dortiger Übernachtung und anschließendem Weiterflug in die Karibik anbietet.<sup>23</sup>

## Fazit: In- und Ausland statt Ost und West

Der Begriff des Kalten Kriegs taucht in den Akten aus den Beständen des Flughafens Schönefeld und der Fluggesellschaft *Interflug* nicht auf, was insofern wenig erstaunlich ist, als es sich zunächst um einen westlichen Quellenbegriff, inzwischen um ein Konzept aus dem Vokabular von Historikerinnen und Historikern handelt. Gegenübergestellt werden vielmehr NSW und RGW, also das *Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet* (West) und der *Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe* (Ost) – zum Beispiel dann, wenn zu klären ist, wo Baustoffe und Werkmaterialien eingekauft werden. Berichte über Fluggastzahlen werden nicht nach Ost und West aufgeteilt: In einer Akte finden sich neben den Zahlen für Amsterdam und Mailand die für Moskau, Havanna und Hanoi.

Dennoch gab es im Reisebetrieb natürlich eine Zweiklassengesellschaft, in der eine kleine Elite Freiheiten genoss, die dem Fußvolk verwehrt wurden. Für ostdeutsche Funktionäre, Spitzensportler und sonstige Reisekader war Schönefeld ein Fenster, das den Blick auf den Rest der Welt freigab. Für westliche Geschäftsleute, Diplomaten und Touristen war der Zentralflughafen ein Drehkreuz nach Osteuropa und ein Fenster, durch das sie in den sozialistischen Teil der Welt blicken konnten. Für ostdeutsche Rentner war Schönefeld eher eine Dachluke: Durch sie verließ man das Haus nicht, solange in der Friedrichstraße die Haustür offenstand. Für Westberliner (und Linksterroristen) ( $\nearrow$ *Extremismus*) war der Flughafen die Hintertür, durch die sie das Land verließen, um nach Osteuropa, Nordvietnam oder Kuba zu reisen – oder auch mit *Interflug* als Billigflieger *avant la lettre* nach Paris, Mailand oder Amsterdam. Allein das gemeine Volk konnte nach dem Mauerbau nur noch wenige Länder von Schönefeld aus bereisen, sofern nicht in eher seltenen Fällen eine Reise zu Verwandten in der Bundesrepublik genehmigt wurde – und dann wiederum war der Weg über einen der Grenzübergänge zwischen Bundesrepublik und DDR oder zwischen Ost- und Westberlin die erste Wahl.

---

<sup>23</sup> IF-Betriebsvertretung Amsterdam, Analyse III/Quartal 1979, 10.10.1979, nicht paginiert [S. 4], BArch DM 104/35; Erwähnung der Strecke AMS–SXF–HAV auf S. 3.

Nach dem Mauerfall gingen die Fluggastzahlen in Schönefeld zunächst deutlich zurück, da die *Interflug* 1991 abgewickelt wurde und internationale Fluggesellschaften bevorzugt in Tegel landeten. Seit 2004 nutzt jedoch der britische Billigflieger *Easyjet* den Flughafen, an dem er sich ein eigenes Terminal eingerichtet hat; weitere Billigfluglinien wie *SunExpress* und *Norwegian Air* folgten. Dass der Flughafen heute ein Passagieraufkommen von über 8 Millionen pro Jahr zu bewältigen hat, dass er nun den echten Billigfliegern eine Heimat bietet und dadurch den längst an seine Grenzen gestoßenen Westflughafen Tegel massiv entlastet, gehört wohl zu den Treppenwitzen des Kalten Krieges.

## Literatur und publizierte Quellen:

- Bähre, Heike: *Tourismuspolitik in der Systemtransformation. Eine Untersuchung zum Reisen in der DDR und zum ostdeutschen Tourismus im Zeitraum 1980 bis 2000*, Berlin 2003.
- Gordon, Alastair: *Naked Airport. A Cultural History of the World's Most Revolutionary Structure*, New York 2004.
- Haas, Ernst: *Moderne Flughäfen für den zivilen Luftverkehr*, Berlin 1962.
- Treibel, Werner: *Geschichte der deutschen Verkehrsflughäfen. Eine Dokumentation von 1909 bis 1989*, hg. von Theodor Benecke, Bonn 1992.





## **Zur verflochtenen Parallelgeschichte von Terrorismus**

Auf den ersten Blick lässt sich die Herausforderung des Terrorismus für Staaten und ihre Sicherheitsorgane<sup>1</sup> in den 1970er und 1980er Jahren vor allem als eine westeuropäische bzw. auf den liberalen Westen der Zeit des Kalten Krieges beschränkte Angelegenheit sehen, mit mehreren links- und rechtsextremistischen Terroranschlägen, unter anderem in Italien, der Bundesrepublik, den USA, in Spanien, Frankreich oder in Japan. Oft wird diese „bleierne Zeit“ im jeweiligen nationalen Kontext mit einer Fokussierung auf die staatlichen Reaktionen der „wehrhaften Demokratien“ ( $\nearrow$ Extremismus) untersucht. Die Frage nach der Kooperation auf bilateraler, europäischer oder internationaler Ebene der Sicherheitsbehörden und insbesondere der Geheimdienste ( $\nearrow$ Islamismus) wird indessen noch heute eher vernachlässigt.<sup>2</sup>

Seit dem Anschlag der Gruppe *Schwarzer September* auf israelische Athleten während der Olympischen Spiele 1972 in München wurde die Herausforderung des Terrorismus nicht nur im Westen als ernsthaftes Problem wahrgenommen, sondern auch im Ostblock. Die Anfänge einer „systematischen“, länderübergreifenden Zusammenarbeit (im Sinne unter anderem von Arbeitstreffen, Erfahrungsaustausch und gemeinsamen Initiativen) verliefen in West- und Osteuropa fast synchron. Die *Europäische Gemeinschaft* (EG) berief 1975 in Rom eine europäische Konferenz für innere Sicherheit ein. Die sogenannte TREVI-Konferenz – wobei die Buchstaben für *Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme, Violence Internationale* standen – fand erstmals 1976 statt.<sup>3</sup> Ziel war es, die Kooperation zwischen den Sicherheitsbehörden der neun EG-Mitglieder zu verstärken. Zehn Jahre später gründete die NATO eine internationale Koordinationsgruppe zum Kampf

---

1 Als Quellenbegriff muss „Terrorismus“ selbstverständlich problematisiert werden, denn die Definitionen fallen je nach Akteuren sehr unterschiedlich aus. Für eine bessere Lesbarkeit verzichte ich in diesem Text jedoch auf die Anführungszeichen.

2 Christopher Nehring hat jüngst in einem Aufsatz den einmaligen Fall einer Kooperation zwischen Bulgarien und der Bundesrepublik anlässlich der Verhaftung von Till Meyer (Mitglied der Bewegung 2. Juni) im Juni 1978 untersucht, siehe Nehring: Die Verhaftung Till Meyers.

3 Vgl. Bericht Nr. 2123 der französischen Assemblée nationale über die EU und den Kampf gegen den Terrorismus, 2.3.2005, S. 11; Oberloskamp: Codename TREVI.

gegen den Terrorismus.<sup>4</sup> Diese hatte den Auftrag, einen ständigen engen Kontakt mit nationalen Geheimdiensten der NATO-Mitgliedsstaaten sowie den Austausch von Aufklärungsergebnissen zu Fragen des antiterroristischen Kampfs zu gewährleisten. Informationen sollten über Grenzen hinweg fließen können.

Auf der anderen Seite, im Ostblock, ließen sich zwei Prozesse beobachten: Zum einen wurden zwischen 1975 und 1984 in allen kommunistischen Sicherheitsorganen neue Strukturen zur Bekämpfung des Terrorismus geschaffen, die im Falle der Stasi „die Einheitlichkeit aller operativen Kräfte bei der Aufklärung und Bekämpfung des Terrorismus“<sup>5</sup> gewährleisten sollten. Die 1975 gegründete Abteilung XXII des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR spielte hierbei eine Vorreiterrolle, und ihr organisatorisches Modell diente als Maßstab für die anderen „Bruderorgane“.

Zum anderen wurde 1979, drei Jahre nach der ersten westeuropäischen TREVI-Konferenz, das erste osteuropäische multilaterale Treffen zur „Bekämpfung des Terrorismus“ in Prag organisiert. Die Initiative war ein Jahr zuvor, im Mai 1978, aus einem Vorschlag des stellvertretenden Chefs des KGB, Viktor Čebrikov, bei einem bilateralen Gespräch mit dem stellvertretenden Minister für Staatssicherheit der DDR, Bruno Beater, entstanden. Aufgrund der frühen Einführung eines Kompetenzbereichs zum Thema Terrorismus innerhalb des MfS hätte Ost-Berlin als Ort für einen multilateralen Erfahrungsaustausch bestens geeignet sein können. Jedoch beauftragte Čebrikov schließlich das Innenministerium der Tschechoslowakei mit der Ausrichtung multilateraler Beratungen. Es war das erste Mal seit seiner in der Folge des Prager Frühlings erfolgten Neustrukturierung, dass das tschechoslowakische „Bruderorgan“ eine multilaterale Veranstaltung dieses Ausmaßes organisierte.

Der Impuls für einen multilateralen Austausch der Geheimdienste des Ostblocks kam eigentlich aus dem Westen. Das westdeutsche Bundeskriminalamt (BKA) hatte über das polnische Außenministerium der Hauptkommandantur der polnischen Bürgermiliz ein Kooperationsangebot unterbreitet. Im April 1978 bat das BKA um Unterstützung bei der Festnahme westdeutscher RAF-Terroristen, die sich angeblich auf dem Gebiet der Volksrepublik Polen aufhielten und unter anderem unter dem Verdacht einer Beteiligung an der Ermordung Hanns Martin Schleyers standen. Eine der gesuchten Personen hatte sich im Januar 1978 tatsächlich in Polen aufgehalten, jedoch nur für einige Stunden, weil ihr das Ein-

---

<sup>4</sup> Das Projekt wurde ursprünglich im Dezember 1983 als Reaktion auf ein im Oktober 1983 stattgefundenes Treffen von verschiedenen westeuropäischen, terroristischen Organisationen in England (ETA, Rote Brigaden, IRA, FLNC) in der NATO diskutiert.

<sup>5</sup> Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, 1980er Jahre, S. 31, Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU), MfS, HA XXII 31.

reisevisum verweigert worden war: Sie hatte einen gefälschten Pass benutzt. Auf der Grundlage von diesem Informationsaustausch bot das BKA an, eine gemeinsame regelmäßige Beobachtung der Passagiere des *Flughafens Warschau-Okecie* (↗*Der Flughafen*) zu organisieren. Der Vorschlag wurde von der Volksrepublik Polens auf Druck der Sowjetunion aber abgelehnt.

Die osteuropäischen Geheimdienste waren an zwei Fronten gefordert: Einerseits betrachteten die kommunistischen Sicherheitsorgane – obwohl der Eiserner Vorhang weitgehend als „Schutzwall“ fungierte – den Terrorismus als reale Bedrohung für die Sicherheit der sozialistischen Gesellschaften. Noch 1987 klang dieses Angstgefühl in den Worten des Stasi-Chefs Erich Mielke an den Generalleutnant Abramow, Leiter der V. Verwaltung des KGB (zuständig für die Kontrolle der nichtrussischen Minderheiten und die Bekämpfung der Dissidenten), an: „Sie [die Araber] können den Terrorismus auf unsere Länder ausdehnen.“<sup>6</sup> Hier meinte Mielke nicht die palästinensischen Gruppen, sondern die potentielle Bedrohung durch islamistische Gruppen wie Hisbollah im Zusammenhang mit dem Iran-Irak-Konflikt (↗*Islamismus*).<sup>7</sup> Zudem wurden sich die kommunistischen Geheimdienstler immer mehr der globalen Dimension des Terrorismus bewusst, die über die Logik der bipolaren Ordnung hinausging.

Andererseits sollten die Ostblockländer gegen die sogenannte Verleumdungspolitik des Westens ankämpfen, die den Ostblock nicht umsonst als Zuflucht- und Unterstützungsort von terroristischen Organisationen kritisierte – man denke neben der RAF etwa an die Terrorgruppen *Abu Nidal* oder an Ilich Ramírez Sánchez, besser bekannt unter dem Namen „Carlos“. Die stillschweigende Duldung von terroristischen Gruppen im Ostblock war den westeuropäischen Sicherheitsbehörden bekannt, ließ sich aber nicht nur mit „ideologischen Wahlverwandtschaften“ zwischen den kommunistischen Ostblockstaaten und bestimmten „revolutionären“ Organisationen erklären. Im Fall des Umgangs mit der Gruppe *Separat* um Carlos wollten die kommunistischen Geheimdienstler etwa „Schwierigkeiten mit den hinter der Gruppe stehenden Staaten wie Libyen, Syrien, VRDJ [Volksdemokratische Republik Jemen]“<sup>8</sup> ausschließen.

---

6 Notiz über eine Besprechung des Genossen Minister mit dem Leiter der V. Verwaltung des KFS der UdSSR, Genossen Generalleutnant Abramow am 26.9.1987 im MfS, S. 1–22, hier S. 18, BStU, MfS, ZAIG 5387.

7 Zusammenarbeit der Hauptabteilung XXII mit den Sicherheitsdiensten Polens, der Sowjetunion und Ungarns bei der Terrorabwehr, 1985–1988, S. 21, BStU, MfS, Abt. X 378.

8 Zusammenarbeit mit den Sicherheitsdiensten sozialistischer Staaten bei der Bekämpfung von Spionage und Terrorismus 1971–1985, S. 43, BStU, MfS, Abt. X 266.

## Der Ostblock und die Definition des Terrorismus

Das multilaterale Treffen in Prag 1979 bot den kommunistischen Geheimdienstlern die Gelegenheit, sich erstmals auf eine gemeinsame Definition von Terrorismus zu verständigen. Erwartungsgemäß ließen sich auf den ersten Blick keine schwerwiegenden Divergenzen unter den kommunistischen Sicherheitsorganen beobachten. Als Phänomen wurde der Terrorismus in das bipolare Ordnungsmuster der tschekistischen politischen Kultur eingepasst. Im Zusammenhang mit der leninistischen Tradition wurde Terrorismus „als Instrument und Mittel des Kampfes der herrschenden Bourgeoisie und der Ausbeuterklassen sowie der reaktionärsten Kräfte der imperialistischen Bourgeoisie [...] gegen die demokratischen progressiven und revolutionären Kräfte“<sup>9</sup> präsentiert. In der paranoiden Wahrnehmung des KGB versuchten die westlichen Geheimdienste, in die wichtigsten Terrororganisationen einzudringen: „Besonders gefährlich sind die Bestrebungen der imperialistischen Geheimdienste, die von ihnen angeleiteten oder inspirierten Terroristengruppen zur Diskreditierung der internationalen kommunistischen und Arbeitsbewegung und der sozialistischen Staaten heranzuziehen und die Durchführung von Terrorakten in den sozialistischen Staaten zu initiieren.“<sup>10</sup>

Ungarn aber vertrat bereits zu diesem Zeitpunkt eine „besondere“ Position, die sich von der der anderen „Bruderorgane“ klar unterschied. Schon vor dem Wiedereintritt des Landes in Interpol 1981 wollten die ungarischen Sicherheitsorgane die Möglichkeit nutzen, ihre Verbindungen nach Österreich „zur Erlangung von Erkenntnissen von Interpol zum internationalen Terrorismus“ zu aktivieren.<sup>11</sup>

Für die ungarischen Geheimdienstler konnte prinzipiell „der Terrorismus kein Mittel des Kampfes für sozialen und politischen Fortschritt sein, und die terroristische Tätigkeit ultralinker Gruppen ist ebenso verurteilenswert wie derartige Handlungen nationalistischer faschistoider Kräfte, da sie objektiv ebenfalls den Interessen des Imperialismus dienen“<sup>12</sup>. Außerdem plädierte das ungarische Sicherheitsorgan für eine engere Zusammenarbeit im Sinne der Gründung eines

<sup>9</sup> Internationale Beratung der Bruderorgane in Prag 3.–5.4.1979, S. 32, BStU, MfS, HA XXII, 11/2.

<sup>10</sup> Beratung zum internationalen Terrorismus, Prag, Reden der Delegationsleiter, 1979, S. 95, BStU, MfS, HA XXII 11/1.

<sup>11</sup> Material für die Beratung zu Problemen der Bekämpfung des Terrorismus, Prag, April 1979, S. 70, BStU, MfS, ZAIG 8692.

<sup>12</sup> Beratung zum internationalen Terrorismus, Prag, Reden der Delegationsleiter, 1979, S. 96, BStU, MfS, HA XXII 11/1.

einheitlichen Koordinationszentrums innerhalb des Ostblocks für den Kampf gegen den Terrorismus. Ein ambitioniertes EDV-Projekt einer gemeinsamen Datenbank kam schon Ende der 1970er Jahre zustande und erfasste zu diesem Zeitpunkt insgesamt mehr als 13 000 Mitglieder von Terrororganisationen (sogenannte Kat. 1) und Personen, die in Verbindung mit Terroristen standen (sogenannte Kat. 2).<sup>13</sup> Diese umfangreiche Liste war nicht nur nach innen gerichtet, um alle Formen der Opposition zu stigmatisieren, sondern beinhaltete auch eine globale Perspektive mit verschiedenen ausländischen Terrororganisationen.

Die DDR, Polen, die UdSSR, Bulgarien und die ČSSR pochten hingegen auf die Differenzierung zwischen Terrorismus und „revolutionärer Gewalt“: „Terrorakte des nationalen Befreiungskampfs der kolonial unterdrückten Länder und Völker, des Kampfs gegen einen Aggressor auf einem besetzten Gebiet sowie des Kampfs der werktätigen Massen zur Verteidigung ihrer Rechte und persönlichen Freiheiten“ wären akzeptabel und vom internationalen Terrorismus zu unterscheiden.<sup>14</sup>

## Auf dem Weg zu einer blockübergreifenden Zusammenarbeit?

In den 1980er Jahren wurde die Bekämpfung des Terrorismus nicht nur als gemeinsame Herausforderung betrachtet, sondern auch immer mehr als ein globales Problem gesehen. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen (UN) und Interpol versuchten, über die Ost-West-Konfrontation in diesem Feld zu überbrücken, wenn nicht gar hinter sich zu lassen und sich auf eine gemeinsame Definition des Terrorismus zu verständigen – und dies zu einem Zeitpunkt, wo allenthalben von einem „zweiten Kalten Krieg“ die Rede war (↗*Interdependenz*).

Das Problem einer internationalen Definition mit juristischer Gültigkeit zieht sich durch das gesamte 20. Jahrhundert. Eine frühe Definition von terroristischen Taten erschien 1937 in der *Genfer Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Terrorismus* des Völkerbundes. Terroristische Taten waren demnach kriminelle Handlungen, die „gegen einen Staat gerichtet sind und das Ziel verfolgen, bestimmte Personen, eine Gruppe von Menschen oder die Allgemeinheit in einen

---

<sup>13</sup> Siehe Wegmann/Tantzsch: SOUD.

<sup>14</sup> Beratung zum internationalen Terrorismus, Prag, Reden der Delegationsleiter, 1979, S. 86, BStU, MfS, HA XXII 11/1.

Zustand von Angst zu versetzen“<sup>15</sup>. Eine Unterscheidung zwischen nationalem und internationalem Terrorismus wurde damals nicht vorgenommen.

Die Bekämpfung des Terrorismus von Seiten der UN und ihrer Agenturen wie der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) nahm erst in den 1960er Jahren mit dem Abkommen über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen von 1963 einen neuen Anlauf. Terroristische Entwicklungen im Nahen Osten waren Anlass für neue internationale Übereinkommen und Protokolle. Terrorismus wurde immer stärker als virulentes globales Phänomen wahrgenommen. Seit den terroristischen Anschlägen palästinensischer Gruppen in den 1970er Jahren beschäftigte sich die UN mit Strategien und sektoralen Konventionen gegen den Terrorismus. Alle völkerrechtlichen Regelungen hatten sich bislang auf genau umrissene terroristische Aktionsformen wie Flugzeugentführungen, Geiselnahmen oder terroristische Bombenanschläge konzentriert. Hier war trotz der bipolaren Weltordnung ein internationaler Konsens zu erreichen, denn die „Terrorakte“ waren einen Angriff gegen die Modernität und die zunehmende Interdependenz (↗Interdependenz) zwischen dem Westen und dem Osten.

1985 verurteilte die UN-Vollversammlung nach einem zehnjährigen Streit zwischen den beiden Blöcken um die genauere Bestimmung des Begriffs Terrorismus einmütig jede Form von „Handlungen des internationalen Terrorismus in allen seinen Formen, die unschuldige Leben gefährden oder fordern, grundlegende Rechte gefährden und die Würde von Menschen ernsthaft beeinträchtigen“<sup>16</sup>. Alle Staaten wurden aufgerufen, Terrorismus weder auszuüben noch zu unterstützen oder zu dulden. Die Regierungen wurden aufgefordert, Informationen über Terrorismus auszutauschen, Terroristen zu bestrafen oder an andere Staaten zur Bestrafung auszuliefern. In einer Präambel erkannte die Vollversammlung die Legitimität des Kampfes der nationalen Befreiungsbewegungen mit einer Einschränkung an: Der Befreiungskampf müsse im Einklang mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen erfolgen.

Die USA würdigten diesen Beschluss als Symbol einer neuen Zeit und die Sowjetunion erklärte, sie unterstütze die Resolution uneingeschränkt, vermisse jedoch einen Verweis auf den Staatsterrorismus. Diesen definierte der UN-Botschafter der DDR, Hampe, wie folgt: „These are acts such as the use of armed force, overt or covert, and political and economical pressure in an attempt to

---

<sup>15</sup> Konvention zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus vom November 1937, Art 1, II (November 1937).

<sup>16</sup> BStU, MfS, Sekr. Neiber 959, S. 1.

destabilize or undermine the socio-political order of any other State or to overthrow its lawful Government.“<sup>17</sup>

In den 1980er Jahren versuchten die sozialistischen Länder noch offensiver, sich in dieser Frage zu profilieren. Am 23. Juli 1987 wurde ein gemeinsamer Brief der sozialistischen Länder Europas (inklusive Rumänien) an den UN-Generalsekretär veröffentlicht. Es war ein Plädoyer für das Entwickeln einer internationalen Zusammenarbeit mit dem konkreten, aber letztendlich gescheiterten Vorschlag, ein internationales Tribunal für die Rechtsprechung im Feld des internationalen Terrorismus zu errichten.

Auf der Ebene der Geheimdienste wurde die Möglichkeit einer internationalen, blockübergreifenden Kooperation schon in den späten 1970er Jahren erörtert. Mitte der 1980er Jahre wollte der KGB dann die Weichen für eine solche Wende stellen: „Insgesamt zeichnet sich ab, dass die sozialistische Staatengemeinschaft internationalen Regelungen bzw. Konventionen über den Terrorismus nicht ausweichen kann.“<sup>18</sup> Eine solche mögliche Zusammenarbeit warf aber eine ganze Reihe konkreter Fragen auf: Wie ließe sich mit den „imperialistischen Staaten“ zusammenarbeiten, ohne „klassenspezifische Grundpositionen“ zu gefährden oder aufzugeben? Wie müsste die Zusammenarbeit gestaltet werden? Wie könnte man die „imperialistischen Staaten“ zur Gegenseitigkeit (etwa bei Auslieferungen) zwingen?

Bis 1986 war Ungarn das einzige Land, das für diese Zusammenarbeit offen war. Die Ungarn brachen die Isolation im Kontext der neuen internationalen Politik von Michail Gorbatschow und der (seit Mai 1986) zunehmenden US-amerikanischen Bestrebungen zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung auf: Für die US-Amerikaner war der internationale, global agierende Terrorismus (ohne ihn präzise zu definieren) der neue Hauptfeind. Bei den im Außenministerium der Ungarischen Volkrepublik geführten Gesprächen – an einigen von ihnen nahm Alvin P. Adams, Sonderbeauftragter des US-Außenministers für Terrorismusfragen, teil – legten die USA einerseits ihren Standpunkt zum Terrorismus dar und versuchten andererseits, die Absichten der Ungarn hinsichtlich einer möglichen Zusammenarbeit zu sondieren. Die US-Amerikaner vertraten eine pragmatische Position: Man müsse die Terroristen als gewöhnliche Kriminelle behandeln und die politische Seite außer Acht lassen. Ab 1985 nahmen auch Japan und Spanien Kontakte zu sozialistischen Ländern auf und plädierten für eine Zusammenarbeit zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (ETA, Japanische Rote Armee).

---

17 BStU, MfS, Sekr. Neiber 959, S. 9.

18 Zusammenarbeit mit dem KfS, 1985 – 1989, S. 39, BStU, MfS, HA XXII 77/3.

1987, acht Jahre nach dem ersten multilateralen Treffen der Sicherheitsorgane des Ostblocks, fand eine zweite Beratungsrunde dieser Art in Varna statt. Zum ersten Mal erwogen die KGB-Vertreter vorsichtig eine mögliche Zusammenarbeit mit dem Westen. Dieser Paradigmenwechsel gab nun aber den Ungarn die Möglichkeit, ein Plädoyer für ihre Position zu halten: „Damit die führenden kapitalistischen Länder den Kampf gegen den Terrorismus nicht monopolisieren können, indem sie ihn als ihren Erfolg hinstellen, und damit sie nicht die sozialistischen Länder der Unterstützung terroristischer Organisationen bezichtigen und die nationalen Befreiungsbewegungen und die progressiven Bewegungen verleumden können, wäre es zweckmäßig, einen politischen Beschluss für die Prüfung der auf diesem Gebiet bisher unternommenen Schritte zu fassen und mittels Einbeziehung der Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten der soz. Länder eine Art von Zusammenarbeit zwischen unseren Staatssicherheitsorganen und den Sicherheitsorganen der führenden kapitalistischen Länder herzustellen.“<sup>19</sup> Auch die bulgarischen „Genossen“ wollten diese Richtung einschlagen: „Unserer Meinung zufolge könnten wir mit dem benachbarten Griechenland, mit den entsprechenden Organen der SFRJ [Jugoslawien], Österreichs, Zyperns u. a. Kontakte zu Fragen der Terrorbekämpfung realisieren.“<sup>20</sup> Hier überwindet im Grunde genommen die Logik des Kalten Kriegs sich selbst und aus dem Gegensatz und in seinem Namen wird die Kooperation seitens der ungarischen Sicherheitsorgane ausgerufen.

Diese Öffnung zum Westen lehnten die Vertreter der DDR und der ČSSR strikt ab, wie aus einem Telegramm der tschechoslowakischen Tschekisten an ihre Stasi-Kollegen hervorgeht: „Hinter den aufgeführten diplomatischen Aktivitäten der USA verbirgt sich unserer Ansicht nach das Bestreben, die sozialistischen Länder zu einer offiziellen Verurteilung von Handlungen konkreter terroristischer Organisationen zu zwingen und diese Organisationen damit gegen die sozialistischen Länder auszurichten. Unseren Einschätzungen zufolge ist es das Ziel, terroristische Aktivitäten auf das Gebiet sozialistischer Staaten zu verlagern und damit die sozialistischen Länder zu zwingen, radikale Maßnahmen gegen Mitglieder bekannter terroristischer Gruppen und Organisationen einzuleiten.“<sup>21</sup>

Angesichts der Tatsache, dass die US-amerikanische Seite sich so stark um eine Kontaktaufnahme bemühte, sowie unter Berücksichtigung ihres diesbezüg-

---

**19** Referate der Delegation der Geheimdienste sozialistischer Länder auf der multilateralen Tagung zu Problemen des internationalen Terrorismus in Varna, 1987/88, S. 139, BStU, MfS, Abt. XXII, 5616.

**20** Ebd., S. 170.

**21** Zusammenarbeit mit den Sicherheitsdiensten sozialistischer Staaten bei der Überprüfung und Aufklärung von Terrorakten und mutmaßlichen Terroristen, 1973–1989, S. 68, BStU, MfS, Abt. X 484.



lich in Varna dargelegten Standpunktes beschloss das ungarische Sicherheitsorgan einseitig, wie folgt zu handeln: „Es ist nicht möglich, solche Kontakte in Zukunft abzulehnen. Die Unterhaltung der Verbindung und die Führung der Gespräche wird durch das Außenministerium der UVR [Ungarischen Volksrepublik] erfolgen. Damit können die ungarischen Sicherheitsorgane direkte Beziehungen mit Sicherheitsorganen imperialistischer Länder vermeiden.“<sup>22</sup> 1988 vertraten die KGB-Vertreter im Zusammenhang mit dem sowjetischen Paradigmenwechsel in den internationalen Beziehungen nun offener die Position, in Terrorismusfragen mit den westlichen Staaten zusammenzuarbeiten: „Wir sitzen alle im gleichen Boot, terroristischen Aktivitäten können auch unsere Bürger zum Opfer fallen.“<sup>23</sup> Gegenüber Stasi-Offizieren betonten sie nun, dass gemeinsame Positionen notwendig seien. Dieser sowjetische Paradigmenwechsel beruhte unter anderem auf der Entwicklung des Krieges in Afghanistan und auf der aus Sicht des KGB gefährlichen Verbindung zwischen „afghanischen Konterrevolutionären und islamischen extremistischen Organisationen“<sup>24</sup> (→ *Islamismus*).

Die Stasi steckte in einer Zwickmühle. Einerseits brächte die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich eine stärkere internationale Anerkennung der DDR mit sich. Andererseits wollte das MfS im Namen der Sicherheit seine eigenen Interessen verteidigen: Viele Stasi-Offiziere nahmen die Welt noch aus der Perspektive der bipolaren Ordnung wahr. Sie betrachteten den Terrorismus immer noch als „das subversive Vorgehen des Imperialismus“ gegen die „Friedenspolitik der sozialistischen Bruderstaaten“<sup>25</sup>.

1988 schrieb ein Mitarbeiter der Abteilung XXII des MfS an den stellvertretenden Minister Gerhard Neiber: „Nach meiner Auffassung sollte das Problem weiter verfolgt werden. Die Suche nach konkreten Möglichkeiten, gegenüber den USA Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu unterstreichen, *ohne dabei Grundpositionen aufzugeben* oder die bilaterale Ebene zu verlassen, sollte ständiges Anliegen der zuständigen Dienstseinheiten des MfS sein. Eine mögliche Einladung von Experten in die USA sollte möglichst abgelehnt werden, um nicht in den Zwang zu

---

22 Ebd., S.71.

23 Zusammenarbeit DDR-USA auf dem Gebiet der Bekämpfung des Terrorismus, S. 3, BStU, MfS, Sekr. Neiber 1053.

24 Zusammenarbeit der Geheimdienste soz. Staaten bezüglich Informationsgewinnung zum internationalen Terrorismus, 1979–1986, S. 161 f., BStU, MfS, Abt. XXII 24.

25 Multilaterale Beratung der Bruderorgane zu Problemen der Bekämpfung des Terrorismus, 24.–27.11.1987, S. 9, BStU, MfS, HA XXII, 865/2.

geraten, methodische bzw. strukturelle Gegebenheiten des MfS offenbaren zu müssen, wenn solche durch die USA-Seite vorgeführt werden.“<sup>26</sup>

## Schlussbemerkungen

Im Bereich der Terrorismusbekämpfung lässt sich schon in den 1980er Jahren eine gewisse Transzendierung des Kalten Kriegs nachweisen. Innerhalb des Ostblocks nahm Ungarn eine Art Vorreiterrolle ein, aber ohne die Unterstützung der UdSSR war die ungarische Position nicht in die Praxis umzusetzen. Im Ostblock war die Sowjetunion die klare führende Macht und von Anfang an in der Lage, Aufgaben und Rollen unter den Geheimdiensten zu verteilen. Es ist denkbar (aber hier noch nicht beweisbar), dass Ungarn wie ein „Fühler“ in den Westen fungiert hat.

Die Möglichkeit einer Zusammenarbeit entstand u. a. aus dem Aufkommen einer neuen Bedrohung, nämlich der Gefahr durch vermeintlichen islamistischen Terror als Figur des Dritten (*Islamismus*). Das Jahr 1979, Jahr der iranischen Revolution, kann als wichtiger Wendepunkt betrachtet werden.<sup>27</sup> Die Bilder von der iranischen Revolution etablierten im Westen die Vorstellung eines bedrohlichen Aufstiegs des Islamismus. Die schwarzgekleidete, verschleierte Frau und die Gewalt auf den Straßen wurden dabei zu Leitmotiven der Bedrohungswahrnehmung. Dieser fundamentalistische Umbruch bildete eine Antwort auf die Legitimationskrise des autoritären Schah-Regimes, das zwar westliche Lebensstile auf den Iran übertragen hatte, die wirtschaftlichen Erfolge jedoch einer kleinen, städtischen Elite vorbehielt.

Die Proteste gegen den Schah speisten sich deshalb aus allen Teilen der Gesellschaft, bis hin zu den Kommunisten, wo die terroristischen Akteure aus dem Nahen Osten vorher nie als Islamisten wahrgenommen worden waren. Diese Angst vor einem Erstarren des Islamismus begannen auch in der Sowjetunion im Kontext des Kriegs in Afghanistan Fuß zu fassen, wo rund 50 Millionen Moslems lebten. Nachdem eine sowjetische Volkszählung 1979 einen großen Zuwachs der überwiegend muslimischen Bevölkerung in Zentralasien ausgemacht hatte, steigerte der Umbruch im Iran das Bedrohungsgefühl der Sowjetführung und die Sorge vor einem Aufbrechen der Nationalitätenfrage. Diese Angst vor einem religiösen Unterlaufen des sowjetischen Imperiums im Zentralasien und damit eine Destabilisierung der zentralen Herrschaft in der Peripherie ist eng mit dieser af-

<sup>26</sup> Zusammenarbeit DDR-USA auf dem Gebiet der Bekämpfung des Terrorismus, S. 12, BStU, MfS, Sekr. Neiber 1053 [Hervorhebung ED].

<sup>27</sup> Siehe Bösch: Umbrüche in die Gegenwart.

ghanischen Erfahrung verbunden. Von daher bemühte sich, die Sowjetunion einen Wechsel im Gebiet der Terrorismusbekämpfung zu veranlassen. In enger Kooperation mit den Ungarn versuchten die sowjetischen Geheimdienstler diese Strategie durchzusetzen, was zu einem Widerstand der ostdeutschen und tschechoslowakischen „Tschekisten“ führte. Diese waren in ihrem Mindset noch von der bipolaren Ordnungsvorstellung geprägt und mental außerstande, mit dem Westen in so systemrelevanten Fragen der (inneren) Sicherheit zusammenzuarbeiten.

## Literatur und publizierte Quellen:

- Bösch, Frank: Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 9 (2012), Heft 1, S. 8–32.
- Nehring, Christopher: Die Verhaftung Till Meyers in Bulgarien. Eine Randnotiz aus dem Archiv der bulgarischen Staatssicherheit, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 63 (2015), Heft 3, S. 411–426.
- Oberloskamp, Eva: Codename TREVI. Terrorismusbekämpfung und die Anfänge einer europäischen Innenpolitik in den 1970er Jahren, München 2017.
- Wegmann, Bodo/Tantzsch, Monika: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems, Berlin 1996.



# Heike Wieters

## Humanitäre NGOs

„The past is a foreign country.  
They do things differently there.“  
Leslie Hartley (1953)

Dieser Essay<sup>1</sup> widmet sich der Rolle US-amerikanischer humanitärer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als *go-betweens* oder Wandler zwischen den von der Realität des Kalten Krieges geprägten Welten. Insbesondere werden Rolle und Funktion der humanitären NGO *Cooperative for American Relief Everywhere* (CARE) in Ägypten im Kontext der Suezkrise (ca. 1954–1958) untersucht. Die Leitthese dieses Textes lautet, dass US-amerikanische, international operierende humanitäre NGOs während des Kalten Krieges eine spannungsreiche Doppelrolle innehatten. Während sie einerseits auf Grundlage des Humanitätskonzeptes allzu einfache binäre Fronten untergruben, indem sie den hilfsbedürftigen Menschen jenseits seines politischen oder nationalen Kontextes in den Mittelpunkt stellten, trugen sie andererseits sowohl passiv als auch aktiv dazu bei, binäre Deutungsmuster des Kalten Krieges in den Alltag der Menschen auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ hineinzutragen und teilweise sogar zu verstärken.<sup>2</sup> Tatsächlich gelang es CARE ebenso wie vielen anderen US-amerikanischen NGOs fast ohne Reibungsverluste, den scheinbaren Widerspruch zwischen der vorbehaltlosen Vergabe humanitärer Hilfe an Bedürftige weltweit mit einer klaren Positionierung im Systemkonflikt zusammenzubringen. In der alltäglichen Praxis der privaten Hilfsorganisationen spielte der Kalte Krieg sowohl als implizites Deutungsmuster als auch als ganz praktisches Argument für die Spenden- und Mittelakquise eine tragende Rolle. Alle US-amerikanischen NGOs bekannten sich als private Akteure zum dezidiert unpolitischen Charakter ihrer Tätigkeit, nutzten diesen öffentlichen Status jedoch im Kontakt mit privaten Spendern und der US-Regierung auch als strategisches Argument, um ihre Daseinsberechtigung zu unterstreichen und Regierungstöpfe anzuzapfen. Sie waren sich vollkommen bewusst, dass private Hilfe im Kontext internationaler Beziehungen niemals gänzlich unpolitisch war. Timothy Mitchells Befund, dass sowohl Entwicklungs- als auch humanitäre Notfallhilfe auf einem asymmetrischen Arrangement zwischen Geber und Empfänger beruhen und daher notwendig politisiert sind, wurde

---

1 Dieser Essay basiert in Teilen auf Wieters: Krisen, Kompromisse, Kalter Krieg.

2 Vgl. Paulmann: *Conjunctures*, S. 215.

entsprechend bereits von den Zeitgenossen reflektiert.<sup>3</sup> Darüber hinaus ließen sich auch die Hilfsempfänger vor Ort in Ägypten nicht täuschen. Wie die im folgenden Text analysierte Episode zeigt, wurde selbst private humanitäre Hungerhilfe als vermeintlich unpolitische Gabe *par excellence* im Kontext des Systemkonfliktes zu einer Kampfzone.

## „You cannot feed empty stomachs on ideals“ – Hilfsprogramme und US-Außenpolitik Hand in Hand

Als die US-amerikanische Hilfsorganisation CARE im Jahr 1954 ihr erstes Auslandsbüro in Ägypten eröffnete, befand sich das Land noch im postrevolutionären Ausnahmezustand.<sup>4</sup> Knapp zwei Jahre zuvor hatte eine Gruppe ägyptischer Militärs den Monarchen gestürzt und das Land zur Republik erklärt. Der junge Nationalstaat stand als ehemalige de-facto-Kolonie Frankreichs und Großbritanniens vor großen Herausforderungen, denn Armut, Misswirtschaft und Mangel betrafen weite Teile der ägyptischen Bevölkerung. Die sogenannten Freien Offiziere banden ihre Zukunft entsprechend an einen sichtbaren und zeitnahen Modernisierungserfolg des Landes.<sup>5</sup> In Einklang mit der sich Mitte der 1950er Jahre herauskristallisierenden Stoßrichtung der US-Außenpolitik, die nationale Unabhängigkeitsbestrebungen ehemaliger Kolonien (zumindest teilweise) mit Wohlwollen bedachte, bot die US-Regierung den neuen Herrschern am Nil bereits wenige Wochen nach dem Umsturz unbürokratische Hilfe an.<sup>6</sup> Ägypten galt als potenzieller Alliiertes im Nahen Osten und avancierte schnell zum strategischen Partner. Die genauen Vorstellungen der nach Ägypten zu liefernden Hilfe lagen allerdings in Washington und Kairo weit auseinander. Während die ägyptischen Offiziere vor allem um Militärhilfe ersuchten<sup>7</sup>, waren weder im US-Kongress noch unter den US-Verbündeten Großbritannien und Frankreich Mehrheiten für derartige Lieferungen zu organisieren.<sup>8</sup> Um die gerade erst geknüpften Kontakte im Nahen Osten nicht durch andauernde interne und externe Querelen zu belasten, entwickelten US-Regierungsberater schließlich die Idee, übergangsweise private

---

<sup>3</sup> Siehe Mitchell: *Rule of Experts*, S. 240 – 243.

<sup>4</sup> Vgl. Beattie: *Egypt during the Nasser Years*, S. 66 – 110.

<sup>5</sup> Vgl. Burns: *Economic Aid*, S. 11.

<sup>6</sup> Siehe Alterman: *American Aid*, S. 52.

<sup>7</sup> Vgl. Burns: *Economic Aid*, S. 13; Haykal: *The Cairo Documents*, S. 36.

<sup>8</sup> Siehe Walker: *Lyndon B. Johnson's Senate Foreign Policy Activism*, S. 17 f.

Hilfsprogramme in Ägypten zu etablieren. Private NGOs wie CARE, *Catholic Relief Services* (CRS) oder das *American Friends Service Committee* (AFSC) hatten sich aus Sicht der US-Regierung bereits im Kontext des europäischen Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg bewährt.<sup>9</sup> Entsprechend forderte US-Außenminister John Foster Dulles persönlich im Frühsommer 1953 ausgesuchte private NGOs dazu auf, Konzepte für ein Nahrungsmittelhilfeprogramm aus US-amerikanischen Überschussbeständen vorzulegen.<sup>10</sup>

CARE, bekannt vor allem durch die mehr als 10 Millionen CARE-Pakete, die seit 1946 durch die Organisation in Europa verteilt worden waren, zeigte sich an dieser vom State Department gebotenen Chance sehr interessiert. Die staatlicherseits offerierten Nahrungsmittel aus unverkäuflichen landwirtschaftlichen Überschüssen waren ebenso attraktiv wie die zusätzlich versprochenen Frachtkostenzuschüsse für den Transport. Dies auch deshalb, weil CAREs bisheriges Finanzierungsmodell, das fast ausschließlich auf Privatspenden basierte, im Begriff war zu scheitern. Europa benötigte keine Notfallhilfe mehr und die US-Bürger konzentrierten sich zunehmend wieder auf den eigenen Konsum, was sich unmittelbar auf das Spendeneinkommen privater NGOs auszuwirken begann. Ein staatlich gefördertes Hilfsprogramm in Ägypten versprach sowohl eine neue langfristige Aufgabe für CARE als auch die Chance auf zusätzliche Einnahmequellen.

Entsprechend begann das CARE-Management im Frühsommer 1954 damit, ein Hilfsprogramm für Ägypten zu konzipieren.<sup>11</sup> In den folgenden Verhandlungen mit dem State Department und der US-Botschaft in Kairo spielte nicht zuletzt CAREs bereits vorhandene Erfahrung mit einem ähnlichen Hilfsprogramm in Jugoslawien eine Rolle. Die NGO hatte im Winter 1950/51 Nahrungsmittel im Wert von fast 35 Millionen US-Dollar (was einem Wert von umgerechnet 319 Millionen Dollar im Jahr 2014 entspräche) in den „Ostblock“ geliefert.<sup>12</sup> Das durchaus von internen Kontroversen begleitete Programm<sup>13</sup>, war bereits damals unter der Prämisse durchgeführt worden, dass CARE gerade aufgrund seiner Rolle als private

---

<sup>9</sup> Vgl. Baur: *From Victim to Partner*, S. 117.

<sup>10</sup> Vgl. Gemeinsame State FOA Nachricht (Dulles) an US-Botschaft in Kairo, 18. 5. 1954 und Brief John Foster Dulles (Department of State) an US-Botschaft in Kairo, 29. 6. 1953, National American Records Administration, National Archives II in Maryland (NARA), RG 59, Central Decimal Files 1950 – 1954, Box 5384.

<sup>11</sup> Siehe Protokoll der CARE-Vorstandsitzung, 2.6.1954 und Protokoll der CARE-Vorstandsitzung, 7.7.1954, CARE records. Manuscripts and Archives Division. The New York Public Library. Astor, Lenox, and Tilden Foundations (NYPL, CARE (MssColl 470)), Box 1170.

<sup>12</sup> Vgl. Bloomstein, *History of CARE*, S. 373–76, NYPL, CARE (MssColl 470), Box 1.

<sup>13</sup> Siehe Protokoll des Treffens des Exekutiv-Komitees, 3.1.1951, NYPL, CARE (MssColl 470), Box 1170.

und unpolitische Hilfsorganisation in der Lage sei, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Die NGO sollte eine potenzielle Hungersnot verhindern helfen und gleichzeitig sogenannte freiheitliche Kräfte in der Region unterstützen.<sup>14</sup>

CAREs Expertise überzeugte die US-Regierungsvertreter in Kairo sofort. Die NGO erhielt den Auftrag, unverzüglich Gespräche mit der ägyptischen Regierung zu beginnen.<sup>15</sup> Nach knapp dreimonatigen Verhandlungen konnte im Herbst 1954 ein offizielles Übereinkommen unterzeichnet werden. Es verpflichtete CARE zur Vermittlung von US-amerikanischen Privatspenden an Individuen und Gruppen in Ägypten sowie zur Akquise staatlich gestifteter US-Hilfsgüter für soziale Projekte.<sup>16</sup> Im Gegenzug versprach die ägyptische Regierung steuer- und zollfreie Einfuhr für alle von CARE gelieferten Güter und logistische Unterstützung bei der Verteilung der US-Hilfsgüter im Land. Obwohl der Vertrag prinzipiell eine direkte Vereinbarung zwischen den zwei unterzeichnenden Parteien war, blieb die US-Regierung demonstrativ mit im Boot. So informierte US-Botschafter Jefferson Caffery den ägyptischen Außenminister Mahmud Fawsi in einem Gespräch explizit, dass sich Washington in strittigen Fragen stets das letzte Wort vorbehalte.<sup>17</sup>

Die Tatsache, dass CARE und andere US-NGOs einer direkten Einladung ihrer Regierung folgten und sich schließlich auf einen Deal einließen, der die Organisationen strukturell und finanziell eng an die US-Regierung band, ist in der Vergangenheit wiederholt als Beleg dafür gedeutet worden, dass private NGOs sich *nolens volens* zu einem verlängerten Arm oder „Werkzeug“ der US-Außenpolitik machen ließen.<sup>18</sup> Betrachtete man das Szenario aus einer klassischen (neo-)realistischen Perspektive, in der vor allem Staaten als Akteure vorkommen, lässt sich eine solche Interpretation sicherlich nicht von der Hand weisen.<sup>19</sup> Allerdings ist die (historiographische) Überbewertung der Rolle nationalstaatlicher Akteure in internationalen Beziehungen in den letzten Jahren zu Recht in die Kritik geraten.<sup>20</sup> Nicht nur führt der einseitige Fokus auf „den Staat“ schnell zu

---

**14** Vgl. Wallerstein: *Food for War*, S. 33. – Polen und Jugoslawien waren genau genommen nicht kommunistisch, aber von sozialistischen Regierungen unter sowjetischem Einfluss geführt.

**15** Vgl. Foreign Service Dispatch American Embassy in Cairo to Department of State, 25.8.1954, NARA, RG 59, Central Decimal Files 1950–1954, Box 5384.

**16** Siehe Agreement between the Government of the Republic of Egypt and Cooperative for American Remittances to Everywhere, Inc., 1.10.1954, NYPL, CARE (MssColl 470), Box 23.

**17** Vgl. Note of Understanding, Jefferson Caffery an Mahmud Fawsi, 30.10.1954, NARA, RG 59, Central Decimal Files 1950–1954, Box 5384.

**18** Lykins: *From Total War to Total Diplomacy*, S. 65.

**19** Vgl. Mearsheimer: *The Tragedy of Great Power Politics*, S. 29–54.

**20** Siehe etwa Conrad et al (Hg.): *Globalgeschichte*; zu IOs spezieller Kott: *International Organizations*; Barnett/Finnemore: *Rules for the World*.



einem gewissen „methodologischen Nationalismus“<sup>21</sup>, er vernachlässigt vor allem die aktive, gestaltende Rolle privater Organisationen in internationalen Beziehungen. Im konkreten Fall hatte CARE ein überaus großes Interesse am Zustandekommen eines Hilfsprogramms in Ägypten und steckte viel Zeit, Energie und Ressourcen in die neue Partnerschaft am Nil. Das neue Programm bot die Chance, mit wenig finanziellem Eigenaufwand eine maximale Anzahl von Hilfsbedürftigen zu erreichen. Diese zumindest teilweise utilitaristische Perspektive auf Auslandshilfe wurde durch eigene politische Argumente verstärkt. Hunger, so argumentierte CAREs leitender Direktor Paul C. French bereits 1950 in einem Artikel in der *New York Times*, sei nicht nur für das Individuum ein grausamer Zustand, auch weltpolitisch sei mit hungrigen Menschen unter dem Strich wenig anzufangen: „You cannot feed empty stomachs on ideals. [...] I am convinced that the world cannot have peace and security while people are hungry.“<sup>22</sup> In einer Anfang 1954 massenhaft verteilten CARE-Broschüre argumentierte French gar, dass US-Hilfslieferungen über die Kanäle privater Organisationen im Ausland viel bereitwilliger akzeptiert würden, da die Empfänger oft „instinktiv misstrauisch gegenüber Geschenken fremder Regierungen“ seien. CARE unterstrich daher, dass die großzügige Vergabe von US-Nahrungsüberschüssen durch private Hilfsorganisationen *goodwill* für die Vereinigten Staaten schaffe und letztlich gleichzeitig nationale (außenpolitische) Ziele und „Frieden und Verständigung auf internationaler Ebene“ fördere.<sup>23</sup> Ins gleiche Horn stieß im Übrigen der US-amerikanische NGO-Dachverband *American Council of Voluntary Agencies*, der in einem öffentlichen Statement betonte, dass Nahrungsmittelhilfe in den Händen privater NGOs nicht nur „das freie Individuum, frei von jeder Tyrannei – inklusive der Tyrannei des Hungers“ fördere, sondern auch eine „freie Gesellschaft“ weltweit.<sup>24</sup>

Während derartige Argumente vor allem dazu dienten, der US-Bevölkerung deutlich zu machen, warum ein fortgesetztes US-amerikanisches Engagement im Bereich globaler Hungerhilfe nicht nur aus ethisch-religiösen Gründen, sondern auch aus allgemeinen sicherheitspolitischen Erwägungen die richtige Wahl sei,

---

21 Der Begriff geht zurück auf Beck: *The Terrorist Threat*, hier vor allem S. 53 f. – Zur Debatte in den Sozialwissenschaften siehe auch Chernilo: *A Social Theory of the Nation-State*, insb. Kapitel 1.

22 French, Paul C.: *Hunger as Democracy's Foe*, in: *The New York Times* vom 18. 8. 1950.

23 Paul C. French, *The Farm surplus and Hungry people. A proposal by CARE, a non-sectarian, non-profit relief organization, covering the possible use of farm surplus around the world as the basis of a national policy*, Februar 1954, S. 2, NYPL, CARE (MssColl 470), Box 26.

24 ACVAFS statement (draft), *The continuing challenge of American abundance*, 13.11.1956, Rutgers University Archive (RUA), Records of the American Council of Voluntary Agencies for Foreign Service (ACVAFS), Box 8; siehe auch ACVAFS statement before the Agricultural House Appropriation Committee, 30.4.1954, RUA, ACVAFS, Box 8.

wurden CARE-Mitarbeiter in ihrer internen Kommunikation deutlich prononcierter, was die Verbindung zwischen Hunger, „Entwicklung“ und Systemkonflikt anging. Eine Mehrzahl der CARE-Mitarbeiter war bereits Ende der 1940er Jahre davon überzeugt, dass private US-Hungerhilfe das Potenzial habe, die wachsenden „antiwestlichen“ Ressentiments im „Orient“ und in den „Entwicklungsländern“ auszugleichen.<sup>25</sup> Es ging ihnen durchaus direkt darum, mittels der Nahrungsmittel eine positive Grundstimmung in der Bevölkerung des Empfängerlandes und *ergo* Freunde für die Vereinigten Staaten zu generieren. Ein voller Magen, so schrieb ein Mitarbeiter des *Advertising Council*, das seit 1947 alle CARE-Werbekampagnen kostenlos lancierte, sei immer noch „die beste Verteidigung gegen den Kommunismus“.<sup>26</sup> Selbst direkte geostrategische Argumente gehörten ins Repertoire der CARE-Führungsriege. So unterstrich Direktor Paul C. French im November 1954 in einem Brief an den Leiter der *US Foreign Operations Administration* (FOA), dass das avisierte CARE-Hilfsprogramm für Ägypten auch deshalb wichtig sei, da der Rückzug der Briten aus der Suez-Zone eine deutliche Machtverschiebung in den Region mit sich bringe und die US-Regierung diese Lücke schließen müsse, bevor es jemand anders täte.<sup>27</sup> CAREs Management ließ entsprechend keinerlei Zweifel daran aufkommen, dass CARE sich zwar als eigenständigen Akteur verstand, sich die Interessen der NGO jedoch durchaus mit nationalen Sicherheitserwägungen und machtstrategischen Interessen der US-Regierung überschneiden.

Die Etablierung stabiler Programmrouninen in Ägypten entwickelte sich vergleichsweise positiv im Verlauf des Jahres 1954/55. Die ägyptische Regierung hatte gleich zu Beginn ein eigenes *Inter-Ministerial-Committee* (IMC) etabliert, das mit hohen Militärangehörigen vergleichsweise prominent besetzt war. Die Mitarbeiter des Komitees halfen nicht nur in logistischer Hinsicht, sondern übernahmen im Prinzip die gesamte Verteilung der CARE-Nahrungsmittel vor Ort, vor allem Weizen, Butterreinfett und Milchpulver, die vorwiegend in Schulspeisungen zum Einsatz kamen. Der Anteil lokaler Mitarbeiter war so hoch, dass CARE das ägyptische Hilfsprogramm des Jahres 1955 mit einem Umsatz von mehr als 40 Millionen US-Dollar – zu diesem Zeitpunkt das größte private Hilfsprogramm der Welt – mit nur sechs US-amerikanischen Angestellten betrieb.<sup>28</sup> Abgesehen von kleineren Schwierigkeiten – so hatte das ägyptische Militär zu Beginn den US-amerikanischen Her-

---

25 Minutes of committee on Future of CARE, 10.5.1949, NYPL, CARE (MssColl 470), Box 1170.

26 Lykins: *From Total War to Total Diplomacy*, S. 84.

27 Vgl. Paul C. French (CARE) an Harold Stassen (FOA), 8.11.1954, NARA, RG 469, UD544, Box 3.

28 Siehe Memorandum Howell Williams (Social Welfare Advisor, USOM/E), *Current Programs of Food Distribution in Egypt Under provisions if Title III, Public Law 480*, 30.11.1955, NARA, RG 469, UD 1169, Box 1.

kunftsnachweis auf den Nahrungsmitteln überklebt und versucht, sie als Geschenke des Militärs auszugeben<sup>29</sup> – verlief die direkte Zusammenarbeit zwischen CARE und den Ägyptern zufriedenstellend. Das Programm in Ägypten schien eine *win-win*-Situation zu sein, von der sowohl die NGOs als auch beide Regierungen öffentlich profitierten. Entsprechend motiviert reichte CARE für das Haushaltsjahr 1956 einen mit den Ägyptern abgesprochenen Programmantrag ein, der die 1955 gelieferten Volumina mehr als verzehnfacht hätte.<sup>30</sup>

## Unabhängige humanitäre Arbeit in Gefahr: CARE und die Suezkrise

Allerdings trübte sich die Lage zum neuen Jahr deutlich ein. Dies hatte vor allem politische Gründe. Eine zentrale Rolle dabei spielte ein von Präsident Gamal Abdel Nasser im Spätsommer 1955 abgeschlossener Waffendeal mit der tschechischen Regierung. Über Jahre hinweg hatte Nasser vergeblich versucht, von US-Seite Waffentechnik zu erhalten. Im Sommer 1955 hatte er sich schließlich auf einen Deal eingelassen, bei dem er über den Umweg über Tschechien sowjetische Waffen erhielt.<sup>31</sup> Nasser hatte zu diesem Zeitpunkt bereits recht gut verstanden, dass die Position als umworbene Buhle beider Supermächte auch Vorteile mit sich brachte. Sein fortgesetztes taktisches Liebäugeln mit sowjetischen Hilfsangeboten war daher aus Sicht der Strategen im State Department ein wachsendes Problem.<sup>32</sup> Darüber hinaus waren die US-Diplomaten zunehmend irritiert über die Rolle Nassers im arabisch-israelischen Konflikt. Die ägyptische Regierung hatte sich nicht in die erhoffte Vermittlerposition drängen lassen und die schwelenden Probleme aus Sicht der US-Regierung seit einiger Zeit sogar eher geschürt.<sup>33</sup> Nach anhaltenden Diskussionen entschied das State Department daher, dass ein privates CARE-Hilfsprogramm der Intention zuwiderlaufen würde, „der ägyptischen Regierung unsere Verärgerung über die aktuelle politische Haltung im Nahen

<sup>29</sup> Vgl. Copy of chronological record of CARE Christmas food parcel program, undatiert [Januar 1955], NARA, RG 469, Entry 1186, Box 1.

<sup>30</sup> Vgl. Airgram FOA/Egypt to ICA/Washington, Report on food distribution by Voluntary Agencies, Juni 1956, 18.8.1956, NARA, RG 469, UD 1171, Box 47.

<sup>31</sup> Davon zumindest war die US-Regierung überzeugt, vgl. Barrett: *The Greater Middle East*, S. 33 f.

<sup>32</sup> Siehe Burns: *Economic Aid*, S. 52–56 und 72–75; Kingseed: *Eisenhower and the Suez Crisis*, S. 32 f.

<sup>33</sup> Vgl. Hahn: *The United States, Great Britain, and Egypt*, S. 194 f.

Osten zu zeigen<sup>34</sup>. Das beantragte CARE-Hilfsprogramm wurde daher nicht bewilligt und die beantragten Nahrungsmittel aus Überschussbeständen vorübergehend auf Eis gelegt. Als Nasser Anfang 1956 nicht nur die Volksrepublik China offiziell anerkannte, sondern im Sommer schließlich auch den Suezkanal nationalisierte, war an die bis dato immerhin mögliche Verlängerung der Hilfsprogramme nicht mehr zu denken.<sup>35</sup> Der Kriegsausbruch auf der Sinai-Halbinsel, eine Reaktion der ehemaligen Kolonialmächte und Israels auf die Nationalisierung des Suezkanals, verschärfte die Sicherheitslage schließlich derart, dass CARE sich entschied alle US-amerikanischen Mitarbeiter zu evakuieren.<sup>36</sup>

Auch wenn der Krieg CARE einen offiziellen Anlass für einen temporären Rückzug aus Ägypten bot, stellte die Suspendierung des Hilfsprogramms durch die US-Regierung die NGO vor enorme Probleme. Dass ein privates, dezidiert humanitäres Hilfsprogramm aus politischen Gründen nicht weitergeführt werden konnte, war ein grundsätzliches humanitäres Dilemma. CARE verstand sich (oder kommunizierte dies zumindest öffentlich) als private, unpolitische und vor allem als unabhängige NGO. Entsprechend war es nicht nur der US-amerikanischen Öffentlichkeit, sondern auch etwaigen ausländischen NGOs nur schwer zu vermitteln, warum das CARE-Programm quasi durch einen Handstreich des State Departments beendet werden konnte. Die Bedürftigkeit der ägyptischen Empfänger war ja durch den Krieg und die anschließenden Fluchtbewegungen nicht obsolet geworden, sondern im Gegenteil gewachsen. CAREs Abwesenheit in Ägypten drohte entsprechend zum PR-Desaster zu werden und hatte das Potential, CAREs Reputation als unabhängige humanitäre Organisation irreparabel zu schädigen.<sup>37</sup> Auch gegenüber der ägyptischen Regierung geriet CARE nach einigen Monaten der Abwesenheit in eine Rechtfertigungsposition. Die Militärs im IMC beriefen sich wiederholt auf existierende Verträge und begannen schließlich, CAREs Hilfsversprechen anzuzweifeln.<sup>38</sup>

Derart in die Ecke gedrängt, tat die NGO zunächst das, was in der Vergangenheit meist gut funktioniert hatte: Sie schickte hochrangige Vertreter direkt

---

**34** William McCahoon (ACVFA (ICA)/Washington) an John F. Shaw (Deputy Officer in Charge of Economic Affairs, Near East, Department of State), 9.3.1956, NARA, RG59, C0027, Reel 13, Sign. 874.49; Geheimes Büromemorandum, Department of State, NEA, Fraser Wilkins an William S. Roundtree, 15.3.1956, NARA, RG 59, Central Decimal Files 1955–1959, Box 4878.

**35** Vgl. Beal: John Foster Dulles, S. 257; Burns: Economic Aid, S. 80–83.

**36** Siehe Minutes of executive committee meeting, 28.11.1956, NYPL, CARE (MssColl 470), Box 1171.

**37** Vgl. Protokoll des CARE-Exekutivkomitees, 26.9.1956, NYPL, CARE (MssColl 470), Box 1171.

**38** Siehe Alexander Sakalis (CARE Ägypten) an Francis X. Mayers, 15.1.1957, NYPL, CARE (MssColl 470), Box 130.

nach Washington, um die Lage im persönlichen Gespräch zu klären. Es gelang der NGO das Thema Ägypten zunächst weitgehend aus den Medien herauszuhalten und vor allem direkte Kanäle der Einflussnahme zu testen. Allerdings blieben diese Versuche der Hinterzimmerdiplomatie in diesem Fall erfolglos. Das State Department war – wie interne Akten zeigen – zu jener Zeit vollkommen gespalten in der Frage der humanitären Hilfe. Die offiziellen bürokratischen Verfahren für eine Genehmigung oder Ablehnung eines solchen Programmes waren daher außer Kraft gesetzt. Während einige Hardliner darauf beharrten, dass man Ägypten nur mit politischer Härte und einem ausnahmelosen Wirtschaftsembargo (unter das auch die NGO-Nahrungsmittelhilfen fielen) in die Knie zwingen könne<sup>39</sup>, befürchteten andere ein PR-Desaster und eine nachhaltige Schädigung des guten Rufes US-amerikanischer Hilfsorganisationen im Ausland. So hielt ein Mitarbeiter in einem Memorandum fest, dass „jede Handlung, die geeignet sei zu implizieren, dass private Hilfsprogramme als Waffe benutzt würden, den langfristigen Zielen des unpolitischen Nahrungsmittelhilfsprogramms zuwiderlaufen.“<sup>40</sup> Derart entgegengesetzte Positionen ließen sich im Laufe des Jahres 1957 jedoch nicht versöhnen. Gegen Ende des letzten Quartals gelang es den CARE-Mitarbeitern daher nicht einmal mehr, kleine Notfallprogramme, die CARE zumindest in den Augen der Öffentlichkeit als privaten und unabhängigen humanitären Akteur im Nahen Osten reetabliert hätten, genehmigt zu bekommen.

Vor diesem Hintergrund entschied sich CARE um die Jahreswende 1957/58 zu einem Strategiewechsel. Bereits in anderen Fällen hatte die NGO sehr eng mit Senator Hubert Humphrey, einem der prominentesten Verfechter der Verwendung von US-Nahrungsmittelüberschüssen für humanitäre Zwecke, zusammengearbeitet. Der Demokrat aus Minnesota hatte in seiner Funktion als Vorsitzender des *Senate Subcommittee on Foreign Relations* Ende 1957 Ägypten besucht. Vor Ort hatte er nicht nur ägyptische und US-amerikanische Regierungsvertreter getroffen, sondern sich auch umfassend über die humanitäre Situation und die Arbeit der NGOs informiert. Nach Gesprächen mit CARE-Vertretern erbot sich Humphrey zu helfen. In der *New York Times* gab er öffentlich seinem Ärger Ausdruck, dass die US-Regierung „den Hungrigen in Ägypten Nahrung verweigere“ und das CARE-Programm blockiere.<sup>41</sup> Zurück in den USA bemühte er sich zudem um Aufklärung und lud einen Vertreter des State Department vor das *Senate Sub-*

<sup>39</sup> Vgl. Geheimer Entwurf eines Positionspapiers zu CARE und den anderen privaten Hilfsprogrammen in Ägypten, William S. Roundtree (DOS/NEA) an Secretary of State Dulles, 3.8.1957, NARA, RG 59, Central Decimal Files 1955–1959, Box 4878.

<sup>40</sup> Interoffice Memorandum, Department of State, Willis C. Armstrong (DOS/Bureau of Economics) an Berry (DOS/Near Eastern Affairs), 22.7.1957, NARA, RG 59, C0027, Reel 13, Sign 874.49.

<sup>41</sup> U.S. Slight to Egypt ‚shocks‘ Humphrey, in: The New York Times vom 2.5.1957.

*committee*.<sup>42</sup> In einem vorbereitenden Schreiben erklärten Mitarbeiter des Ministeriums Humphrey erneut, dass die von CARE gelieferte Nahrung aus Sicht der Regierung als „wichtige finanzielle Ressource für das Budget der ägyptischen Regierung zu werten seien“. Sie unterstrichen zudem, dass die Blockade des NGO-Programms eindeutig als disziplinarische Maßnahme zur Ordnung der bilateralen Beziehungen betrachtet werde.<sup>43</sup> Diese vergleichsweise offenen Worte trugen jedoch nicht dazu bei, Humphrey zu besänftigen – im Gegenteil. In einem weiteren Artikel in der *New York Times* kritisierte er die Haltung der Administration gegenüber dem Mittleren Osten als „too much concerned with kings and oil – too little with people and water“<sup>44</sup>. Zudem betonte er, welch immensen Schaden das US-amerikanische Prestige durch die Blockade der CARE-Hilfen für die Hungrigen in Ägypten genommen habe. Zu Beginn des Jahres 1958 kontaktierte Hubert Humphrey schließlich persönlich Außenminister John Foster Dulles und bat auf höchster Ebene um eine offizielle Begründung der Suspendierung des CARE-Programms in Ägypten.<sup>45</sup> Nur wenig später, im Februar desselben Jahres, griff eine Reihe von Zeitungsartikeln die Blockade des Hilfsunternehmens auf und kritisierte die Einstellung der Eisenhower-Administration auf das Deutlichste.<sup>46</sup> Aus den Formulierungen sowie der dort präsentierten Faktenlage ließ sich klar die Handschrift CAREs herauslesen, das gemeinsam mit Humphreys Büro diese Medienkampagne lanciert hatte. Es folgten nicht nur weitere Artikel, sondern eine ganze Welle von Briefen besorgter Bürger, Senatoren und Kongressabgeordneter. Nicht nur ein Zweizeiler von John F. Kennedy, sondern vor allem viele der Briefe von Privatpersonen zeugten von der tiefen Sorge um den Schaden, den das Ansehen der Vereinigten Staaten durch die Blockade humanitärer NGOs nehmen könne.<sup>47</sup> So schrieb Peter Hill an Außenminister Dulles, dass er eine ganze Reihe an Leuten zur CARE-Problematik befragt habe und er zu der Erkenntnis gelangt sei: „[T]he CARE program [...] was wonderful. [...] Each jeep in which the Americans traveled carried the American flag. The Americans were the only ones that

---

**42** Vgl. Aktenkopie (Autor unbekannt), die das Hearing ankündigt und den Wunsch nach weiteren Informationen in Hinblick auf die Politik des Department of State in Hinblick auf das CARE-Programm in Ägypten, 26.6.1957, NARA, RG 59, C0027, Reel 13, Sign 874.49.

**43** Aktenkopie eines vertraulichen Schreibens (Entwurf) an Senator Humphrey, William Roundtree (NEA) an Thorsten Kallijarvi, 27.6.1957, NARA, RG 59, C0027, Reel 13, Sign 874.49.

**44** Humphrey asks more Middle East Aid, in: *The Washington Post* vom 5.7.1957.

**45** Vgl. Hubert Humphrey an John Foster Dulles, 3.1.1958, NARA, RG 59, A1–1321, Box 11; Antwort Assistant Secretary of State William B. Macomber an Senator Hubert Humphrey, 16.1.1958, NARA, RG 59, Central Decimal Files 1955–1959, Box 4878.

**46** Siehe Humphrey scores US Middle East Role, in: *The New York Times* vom 2.2.1958.

**47** Vgl. Senator John F. Kennedy an Liaison Officer/Department of State, 15.2.1958, NARA, RG 59, A1–1321, Box 11.

many of the Egyptians had ever seen, and I am told they made a very good impression.“<sup>48</sup> Der Brief stilisierte die CARE-Mitarbeiter nicht nur zu humanitären Helden, sondern auch zu US-Kulturbotschaftern, die die Regierung in solch angespannten Zeiten dringend nötig habe. Ein sich im Ruhestand befindlicher General der United States Air Force wandte sich gar an das State Department und fragte in Hinblick auf die Suspendierung CAREs, seit wann Dulles zum „world dictator over our charity“ geworden sei. Offensichtlich in Unkenntnis über die fast hundertprozentige Herkunft der CARE-Nahrungsmittel aus Regierungsbeständen, forderte er eine Begrenzung staatlicher Einflussnahme auf private freiwillige Organisationen und ein sofortiges Ende „unamerikanischer“ Umtriebe in Ägypten.<sup>49</sup>

Die öffentliche Kampagne, der politische Druck und nicht zuletzt auch die Einsicht der Beamten im State Department, dass Nasser sich trotz des Embargos nicht würde weichklopfen lassen, führten schließlich dazu, dass das US-Außenministerium im März 1958 damit begann, die vorangegangene Blockadepolitik zu überdenken. Da man „auf Basis der Erfahrungen in den letzten 12 Monaten zugeben [müsse], dass die Sanktionen zwar psychologischen Druck, jedoch keine nennenswerten politischen oder ökonomischen Resultate gezeitigt [hätten]“<sup>50</sup>, entschieden sich die politischen Strategen im Ministerium schließlich für einen Kurswechsel. Neben einer schrittweisen Lockerung der Wirtschaftssanktionen, stellten die Beamten in Aussicht, auch das CARE-Programm wieder zuzulassen – jedenfalls für den Fall, dass sich die Ägypter bereiterklären würden eine „neutralere Position zwischen Ost und West einzunehmen“.<sup>51</sup>

Tatsächlich erwies sich diese Entscheidung rückblickend als Trendwende. CARE-Offizielle reisten umgehend nach Kairo und begannen mit den Vorbereitungen für ein neues humanitäres Nahrungsmittelhilfeprogramm in Kooperation mit der ägyptischen Regierung.<sup>52</sup> Auch wenn es bis zum November 1958 dauerte, bis die ersten CARE-Hilfsgüter im Hafen von Alexandria ankamen, so wurde das Ende der politischen Eiszeit doch sowohl in den USA als auch in Ägypten selbst sehr positiv in der Öffentlichkeit diskutiert. Allerdings wurde die Affäre retro-

---

**48** Peter Hill an John Foster Dulles, 11. 2. 1958, NARA, RG 59, Central Decimal Files 1955 – 1959, Box 4878.

**49** Copy of letter Lt. Gen. Stratemeyer to Senator Holland, 8. 4. 1957, NARA, RG 59, C0027, Reel 13, Sign 874.49.

**50** Kopie eines Inter-Office-Memorandums von Stuart Rockwell und William S. Roundtree, Betreff: Proposed Relaxation on our Restrictions on the Cultural and Economic Relations with the United Arab Republic, 17. 3. 1958, NARA, RG 59, A1– 1321, Box 11.

**51** Ebd., S. 3.

**52** Vgl. Brief und Anlage von Fred Devine (CARE) an William H. Stubbs (Controller USOM/ Ägypten), Annual program plan for CARE program in Egypt (26. 6. 1958), 28. 6. 1958, NARA, RG 268, UD499, Box 144.

spektiv doch auf recht offensive Art und Weise zu den Akten gelegt. So berichtete ein *New York Times*-Artikel im September 1958, dass das CARE-Programm in Ägypten nun nach einer längeren Pause erfreulicherweise wieder aufgenommen worden sei. Zwar sei diese Pause mit etwas angespannten bilateralen Beziehungen einhergegangen, dies stünde jedoch in keinem Zusammenhang. Ganz im Gegenteil ließen sich US-Regierungsangestellte explizit mit der Aussage zitieren, die US-Regierung habe zu keiner Zeit eine CARE-Anfrage für ein Nahrungshilfeprogramm in Ägypten abgelehnt.<sup>53</sup> Trotz derart frappierender Unwahrheiten entschied sich CARE dazu stillzuhalten und verlegte sich ohne Protest auf die Betonung der erfolgreichen Zusammenarbeit mit allen Beteiligten. Und auch die *Egyptian Mail* spielte mit: Bereits im September zitierte sie wortreich US-Botschafter Raymond Hares Entzücken darüber, die Vereinigten Staaten an einem Hilfsprogramm beteiligt zu wissen, welches auf lange Sicht dazu beitrage, „jungen Leuten in den Schulen nicht nur intellektuelle, sondern auch physische Nahrung“ zu gewähren. Und auch die kolportierte Antwort des ägyptischen Offiziellen Mohamed Sayed Rouha, der sich für die „bedingungslose Hilfe“ bedankte, passte perfekt ins bilateral harmonisierte Bild.<sup>54</sup> Alle drei Parteien hatten sich aus pragmatischen Gründen auf eine Sprachregel geeinigt, die es allen Beteiligten erlaubte, das Gesicht zu wahren und das Unternehmen fortzuführen. Das CARE-Nahrungsmittelhilfeprogramm war damit von einer öffentlichen Bühne, auf der sowohl Diplomatie im Kontext des Systemkonfliktes als auch Rolle und Freiraum privater humanitärer NGOs in internationalen Beziehungen verhandelt wurde, wieder zu einem Ort demonstrativer, öffentlich zelebrierter Einheit geworden.

## NGOs: Störende „Dritte“ oder Stabilisatoren der binären Ordnungslogik?

Im Kontext dieses Essaybandes ist nun natürlich nach der Moral der Geschichte in Hinblick auf die Rolle humanitärer NGOs bzw. humanitärer Hilfe als (De)Konstrukteure binärer Deutungsmuster des Systemkonfliktes zu fragen. Produzierten NGOs wie CARE unter dem Strich eher Störgeräusche in der binären Matrix oder halfen sie umgekehrt dabei sie erst zu stabilisieren? In Anbetracht der eben geschilderten Episode lässt sich die humanitäre NGO CARE wohl am ehesten als hochgradig ambivalenten Akteur betrachten, der je nach Kontext als störender

---

<sup>53</sup> Vgl. Shipments of US Surplus Food Will Again Go to Egypt, in: Special to the New York Times vom 5.9.1958.

<sup>54</sup> CARE will send Egypt \$8 M. worth of goods, in: Egyptian Mail vom 6.9.1958.



„Dritter“ oder aber als Addendum und Stabilisator einer binären Ordnungslogik fungieren konnte. Während CAREs Beharren auf Unabhängigkeit und den Stellenwert der offiziell apolitischen Hungerhilfe durchaus zu offenen Konflikten mit US-Außenpolitikern führen konnte, wie die Suezkrise zeigt, ließen sich die NGO-Mitarbeiter immer wieder bereitwillig selbst auf den vom Kalten Krieg geprägten Deutungshorizont ihrer Ansprechpartner im State Department ein und teilten diesen Denkstil sogar. Diese Ambivalenz lässt sich sehr deutlich anhand einer Rede zusammenfassen, die CARE Deputy Executive Director Fred Devine knapp zwei Jahre nach Ende der CARE-Suezkrise im Weißen Haus hielt. Vor zahlreichen geladenen Ehrengästen einer Feierstunde anlässlich der Eröffnung des „Food for Peace“-Programms, in dessen Rahmen Millionen Tonnen an Nahrungsmittelüberschüssen für humanitäre Programme vergeben werden würden, unterstrich Devine:

„There is no need to stress the importance of CARE and other voluntary agencies in this connection [eradicating hunger], except perhaps to point out to our joint experience as a factor that [helps] bearing and maintaining the voluntary and non-political character of U.S. aid. Such added stress must appear of particular importance at a time when Soviet Russia is rising as a competitor to the United States in the field of foreign aid. In a rather critical vein, Senator Humphrey inquired some time ago ‚What would Russia do, if it had the United States surplus?‘ And at least part of the answer was supplied when Russia supplemented its expressions of lasting friendship for President Nasser with a large gift of milk powder and pharmaceuticals to the victims of Port Said immediately after the Suez war.“

Die Hilfsaktion Russlands während der Suezkrise, so Devine weiter, stehe natürlich gerade bei der Zivilgesellschaft in Ägypten unmittelbar im Verdacht, vor allem politische Motive zu haben. Vor diesem Hintergrund sei es umso wichtiger, dass sich die US-Regierung auf den stetigen Einsatz und das ungebrochene Engagement unabhängiger humanitärer NGOs verlassen könne. Denn nur durch die NGOs könne sowohl der freiwillige und unpolitische Charakter humanitärer Hilfe aufrechterhalten werden, als auch die US-amerikanische Bevölkerung für weltpolitische Herausforderungen sensibilisiert werden.<sup>55</sup> Devine argumentierte entsprechend ganz offen, dass der Kalte Krieg nur dann gewonnen werden könne, wenn die Regierung den im Kontext des Kalten Krieges längst begonnenen „aid rush“<sup>56</sup> so weit wie möglich über NGOs als Proxys abwickle. Indem CARE dafür warb, offizielle US-Hilfe durch private Kanäle zu schleusen, versuchte die NGO nicht nur zu verhindern, dass der Systemkonflikt auf dem Rücken der Bedürftigen

---

55 Rede von Fred Devine, deputy executive Director of CARE at the White House Conference on Food for Peace, 1.9.1960, NYPL, CARE (MssColl 470), Box 50.

56 Pharo/Fraser (Hg.): The Aid Rush.

der Welt ausgetragen wurde, sondern stilisierte gleichzeitig humanitäre NGOs zur demokratischen Wunderwaffe in eben diesem Konflikt.

## Literatur und publizierte Quellen:

- Alterman, Jon B.: American Aid to Egypt in the 1950s. From Hope to Hostility, in: *Middle East Journal* 52 (1998), Heft 1, S. 51–69.
- Barnett, Michael/Finnemore, Martha: *Rules for the World. International Organizations in Global Politics*, Ithaca, NY 2004.
- Barrett, Roby Carol: *The Greater Middle East and the Cold War. US Foreign Policy under Eisenhower and Kennedy*, London 2007.
- Baur, Paul: From Victim to Partner. CARE and the Portrayal of Postwar Germany, in: Gerund, Katharina/Paul, Heike (Hg.): *Die amerikanische Reeducation-Politik nach 1945. Interdisziplinäre Perspektiven auf „America’s Germany“*, Bielefeld 2014, S. 115–140.
- Beal, John Robinson: *John Foster Dulles. A biography*, New York 1957.
- Beattie, Kirk J.: *Egypt during the Nasser Years. Ideology, Politics, and Civil Society*, San Francisco, Oxford 1994.
- Beck, Ulrich: The Terrorist Threat. World Risk Society Revisited, in: *Theory, Culture & Society* 19 (2002), Heft 4, S. 39–54.
- Burns, William J.: *Economic Aid and American Policy toward Egypt 1955–1981*, Albany, NY 1985.
- Chernilo, Daniel: *A Social Theory of the Nation-State. The Political Forms of Modernity Beyond Methodological Nationalism*, London 2007.
- Conrad, Sebastian/Eckert, Andreas/Freitag, Ulrike (Hg.): *Globalgeschichte. Theorien, Ansätze, Themen*, Frankfurt a.M. 2007.
- Hahn, Peter L.: *The United States, Great Britain, and Egypt 1945–1956. Strategy and Diplomacy in the Early Cold War*, Chapel Hill, NC 1991.
- Hartley, Leslie P.: *The Go-Between*, London 2000 [1953].
- Haykal, Muhammad Hasanayn: *The Cairo Documents. The Inside Story of Nasser and his Relationship with World Leaders, Rebels, and Statesmen*, Garden City, NY 1973.
- Kingseed, Cole C.: *Eisenhower and the Suez Crisis of 1956*, Baton Rouge, LA, London 1995.
- Kott, Sandrine: *International Organizations – A Field of Research for a Global History*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 8 (2011), Heft 3, S. 446–450.
- Lykins, Daniel: *From Total War to Total Diplomacy. The Advertising Council and the Construction of the Cold War Consensus*, Westport, CT 2003.
- Mearsheimer, John J.: *The Tragedy of Great Power Politics*, New York 2001.
- Mitchell, Timothy: *Rule of Experts. Egypt, Techno-Politics, Modernity*, Berkeley 2002.
- Paulmann, Johannes: *Conjunctures in the History of International Humanitarian Aid during the Twentieth Century*, in: *Humanity. An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development* (2013), S. 215–238.
- Pharo, Helge Ø./Fraser, Monika Pohle (Hg.): *The Aid Rush. Aid Regimes in Northern Europe during the Cold War*, Oslo 2008.
- Walker, Philipp A., Jr.: Lyndon B. Johnson’s Senate Foreign Policy Activism. The Suez Canal Crisis. A Reappraisal, in: *Presidential Studies Quarterly* 26 (1996), Heft 4, S. 996–1008.

- Wallerstein, Mitchel B.: *Food for War – Food for Peace. United States Food Aid in a Global Context*, Cambridge, MA 1980.
- Westad, Odd Arne: *The Global Cold War. Third World interventions and the making of our times*, Cambridge 2008
- Wieters, Heike: *Krisen, Kompromisse, Kalter Krieg. Die amerikanische NGO CARE und die Anfänge humanitärer Nahrungsmittelhilfe in Ägypten 1954–1958*, in: *Werkstatt Geschichte* (2015), S. 45–63.



Jan Hansen

## Ideologien, Ende der

Der Journalist Peter Bender veröffentlichte 1981 ein Buch, in dem er behauptete, dass das „ideologische Zeitalter“ an sein Ende gekommen sei. Die weltanschaulichen Ideologien des Kalten Krieges hätten sich erschöpft. Aus feindlichen Glaubensbekenntnissen sei Pragmatismus geworden. Nicht einmal in Moskau oder in Washington strukturiere die Aussicht auf eine kommunistische Weltrevolution oder auf den globalen Siegeszug der liberalen Demokratie noch das Denken und Handeln der Verantwortlichen. Der Ost-West-Gegensatz sei ein ganz gewöhnlicher Machtkonflikt zwischen konkurrierenden Staaten geworden – nicht mehr, aber auch nicht weniger.<sup>1</sup>

In der historischen Rückschau mutet Benders These seltsam an. Deuten wir die späten 1970er und frühen 1980er Jahre nicht einhellig als Phase der wiederkehrenden ideologischen Konfrontation zwischen den Supermächten? Und war die Zuspitzung des Konflikts insbesondere auf US-amerikanischer Seite nicht von einer neuevangelikalen Verteufelungsrhetorik getragen, die in ihrer Absolutheit semantisch an die Kommunistenjagd unter Senator Joseph McCarthy in den 1950er Jahren erinnerte? Ist Bender also ein unzeitgemäßer Prophet? Dass die 1960er und 1970er Jahre das Verhältnis zwischen Ost und West entspannt hatten und gegenseitige Feindbilder verblassen ließen, ist geschichtswissenschaftliches Lehrbuchwissen – aber waren die 1980er Jahre nicht die Jahre des „Zweiten Kalten Krieges“<sup>2</sup>?

Benders These stellt etablierte Periodisierungen infrage. Sie fordert uns heraus, zu überdenken, was wir für gesichert halten. Vor allem zwingt sie uns, eine zu Wissen geronnene Deutung des Ost-West-Konflikts damit abzugleichen, wie die Zeitgenossen ihrer Realität Sinn und Bedeutung zumaßen. Sie bringt uns dazu, den „Kalten Krieg“ – verstanden nicht als Analyse-, sondern als Quellenbegriff – in seiner historischen Wandelbarkeit zu sehen. Für Bender und seine Zeitgenossen war der Kalte Krieg ein Ordnungs- und Denksystem, das auf einer binären Logik – wir und die Anderen – beruhte. Dieses Ordnungssystem war laut Bender unübersehbar in die Krise geraten. Seine These offenbart aber auch, wie attraktiv geschichtsphilosophische Narrative in der politischen und gesellschaftlichen Debatte der 1980er Jahre immer noch waren. Von ihnen ging eine Anziehungskraft aus, die sich in einer seltsamen Spannung zum Ende der großen Erzählungen

---

1 Bender: Das Ende des ideologischen Zeitalters.

2 Halliday: The Making of the Second Cold War.

befindet, das postmoderne Theoretiker in jenen Jahren verkündeten. Eine Neulektüre der knapp 300 Seiten von Benders Text kann helfen, die zeitgenössische Kritik an der Groß Erzählung des Kalten Krieges zu verstehen, die selber nichts anderes als eine neue Erzählung war.

## Interessensgemeinschaften statt Glaubensgemeinschaften – Benders Thesen und Begriffe

Der Klappentext des Buches enthält keine biografischen Angaben zu Peter Bender. Das war auch gar nicht notwendig, denn der Autor war dem interessierten Publikum als meinungsstarker Kommentator des Zeitgeschehens bekannt. Zum Veröffentlichungszeitpunkt arbeitete Bender bereits elf Jahre als Korrespondent des *Westdeutschen Rundfunks* (WDR) in Berlin. Von dort berichtete er in *Tageschau*, *Tagesthemen* oder in politischen Fernsehmagazinen direkt von der deutsch-deutschen Nahtstelle des Kalten Krieges. Gleichzeitig trat er als Publizist und Autor hervor, der sich in der Wochenzeitung *Die Zeit* sowie in den Magazinen *Der Spiegel* und *Merkur* vor allem zu deutschlandpolitischen Themen äußerte. Geboren 1923 in Berlin, erhielt Bender seine akademische Ausbildung an der Universität Hamburg, wo er Geschichte und Altertumswissenschaften studierte und promoviert wurde. Er begann seine journalistische Laufbahn beim *Sender Freies Berlin* und wechselte bald zum WDR nach Köln. Bevor er 1970 erneut nach Berlin aufbrach, legte er 1964 mit der Schrift *Offensive Entspannung* einen Gegenentwurf zur Politik der damaligen CDU-geführten Bundesregierung vor.<sup>3</sup> Nicht nur machte diese Veröffentlichung Bender schlagartig bekannt im politischen Bonn, sie begründete auch seinen Ruf als umstrittener Vordenker der sozialliberalen Ostpolitik. Bender argumentierte darin, dass eine Wiedervereinigung nicht länger realistisch sei und dass es vielmehr darauf ankomme, die DDR zu liberalisieren. Er teilte sich damit eine Position mit dem SPD-Politiker Egon Bahr, der in seiner Tutzinger Rede mit dem programmatischen Titel *Wandel durch Annäherung* den Grundstein für die Ostpolitik gelegt hatte.<sup>4</sup> Es überrascht nicht, dass sich Bender und Bahr bis in die 1970er Jahre hinein heftigen Anfeindungen ausgesetzt sahen. Einer der Vorwürfe lautete, Bender beschönige das Leben in der DDR; er übersehe, dass die DDR ein Unrechtsstaat sei. Trotz aller Kritik – die

---

<sup>3</sup> Bender: *Offensive Entspannung*, S. 124–126.

<sup>4</sup> Bahr: *Wandel durch Annäherung*.

deutsche Teilung war das Lebensthema Benders ( $\nearrow$  *Deutschland, beide*). Ihr widmete er bis kurz vor seinem Tod im Jahre 2008 zahllose Artikel und eine Reihe von Büchern. *Das Ende des ideologischen Zeitalters* ist dabei eine Ausnahme, weil es von Deutschland abstrahiert und über den Ost-West-Konflikt als Gesamtes nachdenkt.

Um was ging es Bender? Die These steht im Titel: Das ideologische Zeitalter sei vorüber. Bender formuliert seine Hauptkenntnis in der Mitte des Buches: „Das Ost-West-Zeitalter ist zu Ende; die Staaten und Allianzen werden ihre Interessen und ihre Beziehungen zueinander neu bestimmen und begründen müssen.“<sup>5</sup> Denkt man über diese These nach, drängen sich drei Fragen auf: Warum soll das ideologische Zeitalter zu Ende sein? Warum diagnostiziert Bender dieses Ende gerade 1981 und nicht früher oder später? Und schließlich: Was folgt auf das ideologische Zeitalter?

Die Rede vom „ideologischen Zeitalter“ hat eine lange Vorgeschichte und ist begleitet von vielen Voraussetzungen. Doch dieser Traditionsraum spielt hier keine zentrale Rolle.<sup>6</sup> Bender meint, wenn er vom ideologischen Zeitalter spricht, die Ära jenes weltpolitischen Konflikts, der mit der Oktoberrevolution 1917 in Russland begann und sich mit dem Zerschlagen der Anti-Hitler-Koalition nach dem Zweiten Weltkrieg zuspitzte. Vor 1917 habe es kein ideologisches Zeitalter gegeben, sagt Bender, obwohl, das wird man einwenden müssen, der Kommunismus und der Liberalismus ihre Wurzeln doch mindestens im 18. und 19. Jahrhundert hatten. Eine klare Bestimmung des Begriffs „ideologisches Zeitalter“ sucht man in dem Buch so auch vergebens, und immer wieder geraten Begriffe wie „Ost-West-Konflikt“, „Kalter Krieg“ und „ideologisches Zeitalter“ durcheinander. Ist dieser synonyme Gebrauch der in der historischen Fachsprache eigentlich säuberlich getrennten Termini dem nichtwissenschaftlichen Charakter des Textes geschuldet, bezeichnet „Ideologie“ für Bender eine Ideenlehre, die denk- und handlungsanleitend war. Das Phänomen „Ideologie“ selbst kennzeichnet Bender durch den Anspruch auf Allgemeingültigkeit, auf Universalität ( $\nearrow$  *Die „Eine Welt“*). Mit Bender kann man Ideologie als permanente Anstrengung zur Selbstüberhöhung verstehen. Der Politikwissenschaftler und Zeithistoriker Karl Dietrich Bracher hat dies zeitgenössisch ganz ähnlich formuliert: Der Ideologie wohne die „Tendenz zu einer extremen Vereinfachung komplexer Realitäten“ inne, „der Anspruch, sie auf eine Wahrheit zu reduzieren und zugleich (dichotomisch) aufzuspalten in Gut und Böse, richtig oder falsch, Freund und Feind,

---

5 Bender: *Das Ende des ideologischen Zeitalters*, S. 117.

6 Brick: *The End of Ideology Thesis*.

also mit einem einzigen Erklärungsmuster die Welt bipolar zu erfassen“.<sup>7</sup> In einem Satz: Die Ideologie duldet keine andere Ideologie neben sich. Benders Gedankengang ist bewusst religiös konnotiert: „Ideologie“ ist bei ihm ein Synonym zu „Glauben“, und Säkularisierung ist der historische Prozess, der den Bedeutungsverlust und die Legitimationskrise der Ideologie beschreibt – welche man in den Worten des Philosophen Jürgen Habermas auch „Erschöpfung utopischer Energien“ nennen könnte.<sup>8</sup> Die Sowjetunion habe sich, so schreibt Bender, „von einem Hort der Welterlösung oder Weltbedrohung zu einer ganz gewöhnlichen Großmacht“ gewandelt.<sup>9</sup> Dieser „Verzicht auf den Absolutheitsanspruch“ sei ein „Schritt vom Glauben zur Meinung“.<sup>10</sup> Über den Westen sagt Bender an dieser Stelle nichts. Wenn das ideologische Zeitalter vorüber sei, dann bedeutet das also, dass sich Ideologie und Absolutheitsanspruch voneinander lösen – qua definitionem ist die Ideologie keine Ideologie mehr. Die militärischen Bündnisse – und insbesondere der Warschauer Pakt – sollten nicht länger als „Glaubensgemeinschaften“ verstanden werden, folgert Bender, sondern als bloße „Interessengemeinschaften“.<sup>11</sup> Seine Argumentation wird durch die semantischen Gegensatzpaare Wahrheit und Meinung sowie Universalität und Relativität geleitet.

Bender vertritt die Auffassung, dem Kommunismus sei seine motivierende Kraft abhandengekommen. Er schreibt: „Der politische Osten hat verloren, was ihn einst von der übrigen Welt unterschied, seine Ideologie: sie motiviert nicht mehr, sondern legitimiert nur noch“<sup>12</sup>. Die kommunistische Lehre sei nur noch ein Mittel des Machterhalts der Partei und der Sicherung der Vormachtstellung der Sowjetunion innerhalb des Warschauer Paktes. Bender erzählt eine – positiv gemeinte – Verfallsgeschichte, in welcher „der Glauben der Revolutionäre [...] zum Dogma der Funktionäre“ erstarrt sei.<sup>13</sup> Man könne die Geschichte des Kommunismus seit 1960 als Rückzugsgeschichte schreiben, meint er, als eine Geschichte „der Rückzüge vom Anspruch der Partei auf Omnipotenz und Omnipräsenz“<sup>14</sup>. Einen Beleg für diese Behauptung findet Bender darin, dass seit Lenin und Stalin die sowjetischen Spitzenpolitiker immer weniger die Notwendigkeit gesehen hätten, ihren Führungsanspruch theoretisch zu untermauern. Chruščëv habe in

---

7 Bracher: *Demokratie und Ideologie*, S. 5.

8 Habermas: *Die Neue Unübersichtlichkeit*; dazu historisierend Arendes: *Auf der Suche nach dem roten Faden*.

9 Bender: *Das Ende des ideologischen Zeitalters*, S. 73.

10 Ebd., S. 60 f.

11 Ebd., S. 18.

12 Ebd., S. 16 f.

13 Ebd.

14 Ebd., S. 39.



seinen späten Jahren kaum noch ideologische Schriften verfasst. Von Brežnev seien bislang ausschließlich Reden veröffentlicht worden. Ähnliches ließe sich über die Parteiführer in anderen osteuropäischen Staaten sagen. Kurz: Die Ideologie sei entbehrlich geworden. Als Konsequenz habe sich der Ost-West-Konflikt qualitativ gewandelt; er sei nicht mehr vorrangig gekennzeichnet durch das unversöhnliche Gegeneinander sich ausschließender Denksysteme. Vielmehr er scheine er als bloßer Macht- und Interessenkonflikt. Ost und West teilten mittlerweile mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Bender beobachtet also im Osten eine fundamentale Transformation: Wenngleich der Kommunismus in den Ritualen der Parteipropaganda fortlebe, seien die Staaten östlich der Elbe „normale“ Staaten geworden. Bender geht sogar noch einen Schritt weiter und stellt fest, dass der Osten seine welthistorische Besonderheit verloren habe, denn die Ideologie sei es gewesen, die ihn von der übrigen Welt unterschieden habe. An anderer Stelle fasst Bender sein Argument auch historisch: Der Kommunismus erleide „das Schicksal jeder geschichtlichen Erscheinung: er blüht auf, lebt eine Weile und vergeht“<sup>15</sup>.

Entscheidend scheint mir aber zu sein, dass Bender die Ideologie als etwas begreift, was nur den Osten betrifft. Wenn er von der Ideologie spricht, meint er den Kommunismus in der Sowjetunion. Nun könnte man einwenden, dass eine solche Gewichtung zumindest einseitig ist. Und in der Tat ist die Volksrepublik China eine große Leerstelle im Buch. Auch über den Westen und dessen ideologische Prämissen teilt Bender nicht viel mit. Spätestens im 21. Jahrhundert hätte Bender sicherlich auch über den Islamismus sprechen müssen (↗*Islamismus*; ↗*Geheimdienste*). Ganz Kind des Westens, folgt Bender einer pejorativ negativen Konnotation des Begriffs „Ideologie“. Sie ist das, was den Gegner antreibt. Sie ist ein semantischer Modus der Verunglimpfung, erinnert sie doch unweigerlich an faschistische und speziell das nationalsozialistische Regime, die sich über ihre Ideologie oder „Weltanschauung“ definierten. So zeigt dieser Begriffsgebrauch die Standortgebundenheit Benders. Aber immerhin konstatiert der Autor, dass nicht nur der Osten sich entideologisiert habe, sondern dass auch der westliche Blick nach Osten, also die Einstellung zu den Staaten des Warschauer Paktes, weniger von Vorurteilen geprägt sei. Die Europäer würden dem Osten heute gelassener begegnen als noch vor wenigen Jahren. Ähnliches gelte für die Supermächte, die von der Angst vor der Macht des Gegners angetrieben würden – und eben nicht von abstrakten Ideen wie der klassenlosen Gesellschaft oder dem Freiheitsgedanken. In einem Satz: Der Kalte Krieg erschien Bender 1981 als ein

---

15 Ebd., S. 61.

Konflikt, wie es in der Geschichte schon viele gegeben hatte. Ihm war jede Besonderheit abhandengekommen.

## Neue Herausforderungen: Die „Europäisierung Europas“ jenseits der Blockgrenzen

Doch warum formuliert Bender seine These 1981? Wie ist es um ihre historische Bedingtheit bestellt und wie um ihr Verhältnis zur Zeit? Für die Argumentation des Buches sind zwei Zäsuren wichtig: Von Benders Gegenwart, also den frühen 1980er Jahren, kehrt der Gedankengang immer wieder in die frühen 1960er Jahre zurück, als die Grundlagen für jene Entwicklung gelegt worden waren, die im Ende des ideologischen Zeitalters mündete. 20 Jahre liegen dazwischen – 20 Jahre, in denen sich Veränderungen angebahnt, verdichtet und im Denken materialisiert hatten. Wenn Bender über die frühen 1960er Jahre spricht, meint er natürlich die Entspannungspolitik, die nach der Kuba-Krise 1962 ansetzte. Die Entspannungspolitik ist hier von Bedeutung, weil sie dem Konflikt zwischen den Supermächten die ideologische Nährlösung entzog. Bender beschreibt die 1960er Jahre als eine „Zeit, als die ideologische Einteilung der Welt ihre Überzeugungskraft allmählich einbüßte“<sup>16</sup>. Aber diese Entwicklung brauchte Zeit, und erst 1980 war das „Jahr der Wahrheit“<sup>17</sup> erreicht, in dem sich unmissverständlich zeigte, dass immer weniger Menschen die ideologische Konfrontation für plausibel und legitim hielten. Die frühen 1980er Jahre brachten nach Bender also zutage, was sich unter der Oberfläche oder in den Köpfen der Menschen über zwanzig Jahre angebahnt hatte.

Dieses Argument wird besser verständlich, wenn man es mit der Ereignisgeschichte zusammenbringt (↗*Deutschland, beide*). Abgesehen von Afrika, Lateinamerika und Südostasien waren die internationalen Beziehungen ab etwa 1963 von einer bemerkenswerten Phase der Stabilität gekennzeichnet. Im August 1963 wurde mit dem „roten Telefon“ zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml eine Infrastruktur eingerichtet, die den Dialog erleichtern und forcieren sollte (↗*Das Rote Telefon*), 1968 folgte der Atomwaffensperrvertrag und 1972 das Abkommen über die Begrenzung der nuklearen Langstreckenwaffen. Die Entspannungspolitik erreichte ihren Höhepunkt mit der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975. Danach kam es aber wieder zu Problemen: US-Präsident Jimmy Carter setzte mit seiner Menschenrechtspolitik verstärkt auf Abgrenzung; die Sowjetunion rüstete

---

<sup>16</sup> Ebd., S. 18.

<sup>17</sup> Ebd., S. 19.

im Mittelstreckenbereich auf; die NATO drohte im Dezember 1979 mit der Stationierung neuer Raketen, wenn die Sowjetunion nicht abrüstete; wenige Tage später besetzte die Rote Armee Afghanistan. Kurz gesagt: Die Weltlage stellte sich nicht nur Bender als bedrohlich und krisenhaft dar. Insbesondere die Niederschlagung der Demokratiebewegung um die Gewerkschaft *Solidarność* 1980/81 machte Bender sehr zu schaffen – was sich daran zeigt, dass er sein Buch mit den Ereignissen in Polen beginnt und immer wieder zu ihnen zurückkehrt. So kann man die These vom Ende des ideologischen Zeitalters als Warnung vor neuen Verhärtungen in den internationalen Beziehungen verstehen. Bender war es darum zu tun, die Errungenschaften der Entspannungspolitik zu retten. 1980 war für Bender insofern ein „Jahr der Wahrheit“. Ihm wurde angesichts der vielfältigen Spannungen klar, dass der Kalte Krieg nicht mehr zeitgemäß war. Er war sich nun auch sicher, dass Bestrebungen, das in die Jahre gekommene Gedankengebäude des Kalten Krieges und seine vermeintlich einfache Ordnung zu restaurieren, erhebliche Gefahren mit sich brächten.

Wenn aber das ideologische Zeitalter vorüber war, was folgte danach? Dass die machtpolitische Rivalität bis auf Weiteres andauern würde, gilt Bender als gesichert. Doch der Ost-West-Gegensatz würde immer mehr hinter anderen, drängenderen Problemen verblassen. Es ist der Nord-Süd-Konflikt, den Bender als „Konflikt von morgen“ und als die größte Bedrohung für den Frieden beschreibt (↗*Die Blockfreien/Bündnisfreien*; ↗*UNCTAD*).<sup>18</sup> Die weltweiten sozialen Ungerechtigkeiten zu bekämpfen und dem globalen Süden wirtschaftlich auf die Beine zu helfen, sei die eigentliche Herausforderung der Zeit, schreibt er. Daneben richtet er seine ganze Hoffnung aber auf Europa. Europa ist geradezu der Fluchtpunkt seiner Analyse. Der Untertitel des Buches kündigt an, dass das „Ende des ideologischen Zeitalters“ den Weg frei für die „Europäisierung Europas“ mache. Europa, das bei Bender als „Alte Welt“ firmiert, müsse sich auf sich selbst besinnen und zu innerer Geschlossenheit gegenüber den Supermächten finden. Dass die europäischen Staaten sich bereits jetzt weitgehend aus der Ost-West-Rivalität heraushielten, vermerkt Bender befriedigt. Seine Forderung nach einer „Europäisierung Europas“ geht aber weiter als das. Im Kern ist es Bender um eine europäische Eigenständigkeit zu tun und um die Emanzipation des Kontinents aus den Glaubensgemeinschaften der Supermächte (↗*Trilateral Commission*).

Am Ende des Buches skizziert Bender, was er konkret meint. Er schlägt „vier Stufen der Europäisierung“ vor, die dazu führen sollten, dass Europa die Ost-West-Konfrontation überwinden kann. Er will diese vier Stufen ausdrücklich als „Ge-

---

<sup>18</sup> Ebd., S. 12.

dankenkonstruktion und nicht [als] eine Prognose“ verstanden wissen.<sup>19</sup> Die Europäisierung Europas könne damit beginnen, schreibt er, dass die paktgebundenen Staaten sich verstärkt der Konfrontation entzögen und schrittweise untereinander die Zusammenarbeit über den Eisernen Vorhang hinweg intensivierten. Diese Kooperation müsse vor allem wirtschaftlicher Natur sein, meint Bender. Das wiederum solle es den Osteuropäern perspektivisch ermöglichen, sich vom sowjetischen Gesellschaftssystem zu lösen, gleichzeitig Moskau aber außen- und verteidigungspolitisch loyal zu bleiben. Die Europäisierung wäre jedenfalls erst vollendet, hält er fest, wenn alle fremden Truppen in die USA oder die Sowjetunion zurückgekehrt seien. Ob die Europäer schließlich eher dem westlichen oder dem östlichen Modell zuneigen sollten, lässt Bender offen, und auch über die Erfolgsaussichten seiner Idee äußert er sich nur verklausuliert. Eine klare Antwort gibt er allerdings in Bezug auf die deutsche Frage, die sich beinahe zwangsläufig in den Vordergrund drängt, wenn es um die Neuordnung des Kontinents geht (↗*Deutschland, beide*). Nun zeigt sich, dass Bender der Vertreter eines postnationalen Denkens ist, der die Teilung Deutschlands für ein Faktum und für die Voraussetzung für die europäische Integration hält. Gegen Ende des Buches sagt er, dass die „Unnormalität [sic] der deutschen Spaltung [...] die Bedingung für die Normalisierung im gespaltenen Europa“ bilde.<sup>20</sup> Eine Wiedervereinigung sei nicht nur unrealistisch, sie stehe auch dem Zusammenwachsen Europas im Wege. Damit war klar, dass die Teilung „der Preis für die Einheit Europas“ sei.<sup>21</sup>

Bender war nicht der erste, der so dachte. Seine Vorschläge hatten historische Vorläufer, an die sie anknüpfen konnten. Ziel und Maßstab der Vision war das „europäische Europa“, wie es Charles de Gaulle in den 1960er Jahren vorgeschlagen hatte.<sup>22</sup> De Gaulle schwebte ein intergouvernemental organisiertes Europa vor, in dem die Mitgliedstaaten in Abgrenzung von den USA gemeinsam Politik machten (↗*Trilateral Commission*). Vor de Gaulle hatte der britische Premierminister Winston Churchill 1946 während einer Rede in Zürich der Idee Ausdruck verliehen, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland der erste Schritt sein könne, um die europäische Familie neu zu bilden.<sup>23</sup> Diese Vorstellung war auch de Gaulle nicht fremd. In gewisser Weise und stärker noch als de Gaulle und Churchill denkt Bender Europa aber als „Figur des Dritten“. Genauer: Europa könne, wenn es den Mut aufbringen würde, zu einer

---

<sup>19</sup> Ebd., S. 268.

<sup>20</sup> Ebd., S. 229.

<sup>21</sup> Ebd., S. 264.

<sup>22</sup> de Gaulle: *Discours et Messages*, S. 228.

<sup>23</sup> Siehe Churchill: Rede in Zürich 1946.

solchen Figur werden, die sich erst verselbständigt, um dann die Bündnisse zu zersetzen ( $\nearrow$ ASEAN). Der Gedankengang funktioniert nur, weil Bender einen diskursiven Gegensatz zwischen Europa und den Supermächten konstruiert, der auf eine in Protestgruppen verbreitete, geschlechterhistorisch aufgeladene Dichotomie zurückgeht: Europa verkörpert bei ihm weiblich konnotierte Friedfertigkeit und Sorge um ärmere Weltregionen, während die Supermächte und insbesondere die USA mit männlich-kriegerischen Eigenschaften und dem egoistischen Streben nach Macht versehen sind. Belinda Davis hat diesen diskursiven Gegensatz und seine realitätskonstituierende Funktion in einem lesenswerten Aufsatz analysiert.<sup>24</sup> Wichtig ist also, dass Europa in Benders Analyse etwas mögliches Drittes darstellt, dass das Potential besitzt, sich zu emanzipieren. Freilich ist dieser Deutungsfigur selbst eine binäre Denkweise eingeschrieben, braucht „Europa“ doch das Andere, um sich davon abhebend zu definieren ( $\nearrow$ Die Blockfreien/ Bündnisfreien;  $\nearrow$ Geheimdienste;  $\nearrow$ Trilaterale Commission;  $\nearrow$ Islamismus). Die Supermächte sind nicht das Erste oder Zweite, sondern schlicht das Andere, und an zahlreichen Stellen im Buch treten sie als Kollektivsingular auf, ohne dass Bender noch klar zwischen Washington und Moskau unterscheiden würde. Die Figur des Dritten funktioniert bei Bender also eher als Abgrenzungssignifikante.

## „Ein ungewöhnlich gedankenreiches und anregendes Buch“ – Reaktionen auf Benders Thesen

Benders Buch verfehlte seine Wirkung nicht. Die meisten wichtigen Zeitungen und Zeitschriften im deutschsprachigen Raum besprachen das Buch, und dieses Echo deutet darauf hin, dass es breit wahrgenommen wurde. Offensichtlich bediente es in der politischen Debatte der frühen 1980er Jahre eine Nachfrage, da viele Zeitgenossen über die sich zuspitzende Ost-West-Konfrontation besorgt waren. Der Berliner Politikprofessor Richard Löwenthal schrieb in der *Zeit* eine Rezension, in der er Benders Analyse des Zerfalls der Ideologie zwar als „scharfsinnig und überzeugend“ lobte, seine vier Stufen der Europäisierung aber als „illusionär“ und als Tagträumerei abtat.<sup>25</sup> Immerhin registrierte Löwenthal erleichtert, dass Bender nicht den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO empfahl. Solche Forderungen waren am linken Rand des politischen Spektrums

<sup>24</sup> Siehe Davis: Europe Is a Peaceful Woman.

<sup>25</sup> Richard Löwenthal: Der Traum von der Dritten Kraft, in: Die Zeit vom 10.4.1981.

damals sehr populär. Auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, dessen Partei wenig später von solchen Ideen heimgesucht wurde, unterstützte in seiner Besprechung im *Spiegel* Benders Zurückhaltung gegenüber neutralistischen Ideen. Eine Abkopplung von den USA sei der falsche Weg, schrieb Brandt, und unterstrich, dass er einen militärischen Rückzug der NATO aus Mitteleuropa für fatal halte. Benders Buch hielt Willy Brandt grundsätzlich für „ein ungewöhnlich gedankenreiches und anregendes Buch“<sup>26</sup>. Wie Löwenthal wollte er aber nicht jede Volte Benders nachvollziehen und warnte vielmehr vor „überoptimistischen Vermutungen“ und „fraglos gewollte[n] [...] Überzeichnungen“. Im Gegensatz zu Löwenthal bezog Brandt seine Kritik nicht auf die „Europäisierung Europas“ – aus Gründen, die gleich noch zu erläutern sein werden –, sondern eher auf das ausgerufene Ende der Ideologien. Man müsse gar nicht erst in den Osten gehen, bemerkte Brandt, um zu sehen, „wie zählebig Ideologen sind. Es lässt sich auch in Amerika oder bei der CDU/CSU feststellen.“

Die Thesen, die Bender in seinem Buch formulierte, resonierten insbesondere im sozialdemokratischen Milieu der alten Bundesrepublik. Das lässt sich einerseits an den erschienenen Rezensionen ablesen, die häufig von bekennenden SPD-Mitgliedern oder von Sympathisanten verfasst waren (auch Löwenthal war Mitglied).<sup>27</sup> Es lässt sich andererseits aber auch daran sehen, wie Benders Überlegungen in den Ideenhaushalt der Sozialdemokraten einsickerten. Zu erinnern wäre an die umfangreiche Debatte über die „Europäisierung Europas“, die in der SPD und ihrer Bundestagsfraktion ab 1983 geführt wurde.<sup>28</sup> Zu denken wäre auch an Erhard Eppler, einen der prominentesten Vertreter der „Neuen Friedensbewegung“, der Benders Begriffssprache aufgriff und sie in sozialdemokratischen wie in breiten gesellschaftlichen Kreisen popularisierte (↗*Die „Eine Welt“*). In seinem 1983 erschienenen Buch *Die tödliche Utopie der Sicherheit* wandelte er Benders These von einer Diagnose zu einer Forderung um. Das Zeitalter der Ideologien dauerte nach Eppler noch an, aber es musste nun seinem Ende zugeführt werden. Eppler begründete seine Forderung, indem er auf die Gefahr hinwies, die von Ideologien und ihrem universalistischen Sendungsbewusstsein ausging. Die eschatologische Entscheidungsschlacht als „Kampf zwischen Gut und Böse“ sei keine Option im fortgeschrittenen Atomzeitalter, hielt Eppler fest (↗*Der Atombunker*).<sup>29</sup>

---

26 Willy Brandt: Vier Stufen der Vision, in: *Der Spiegel* 23/1981 vom 1.6.1981.

27 Siehe beispielsweise Egon Bahr: Sind die Großen auch so weit? Peter Benders Buch zur ‚Europäisierung Europas‘, in: *Vorwärts* vom 30.4.1981.

28 Siehe Hansen: Abschied vom Kalten Krieg, S. 70 – 78.

29 Eppler: *Die tödliche Utopie der Sicherheit*, S. 118.

Die Resonanzfähigkeit von Benders Gedanken reichte über das sozialdemokratische Milieu hinaus. Auch die Grünen diskutierten damals intensiv über das Ende des ideologischen Zeitalters und über die Europäisierung Europas. Teilweise erfuhren Benders Vorschläge hier noch eine Radikalisierung, wenn etwa mit Rudolf Bahro ein prominenter Grünen-Politiker die Blocklogik als „Wahnsinn mit Methode“ geißelte und ihre sofortige und grundsätzliche Überwindung forderte.<sup>30</sup> Das 1982 verabschiedete *Friedensmanifest* der Partei formulierte das für das grüne Spektrum wichtige Äquidistanz-Gebot: „Nicht dem Osten, nicht dem Westen, sondern untereinander loyal“.<sup>31</sup> Doch gab es bei den Grünen – wie in der SPD – auch andere Meinungen, die das Hauptproblem in der US-amerikanischen Politik und weniger in der sowjetischen Rüstung sahen.<sup>32</sup> Überhaupt dachten in jenen Jahren viele Aktivistinnen und Aktivisten der Friedensbewegung über die Legitimität des Kalten Krieges und über mögliche Wege aus der Blockkonfrontation nach. Sie diskutierten über Konzepte wie Neutralismus und Disengagement und forderten, Deutschland möge sich einseitig aus der Blockkonfrontation zurückziehen.<sup>33</sup> Das ging weit über das hinaus, was Bender im Sinn hatte (→ *Die Blockfreien/Bündnisfreien*).

## Das lang prognostizierte Ende der Ideologie – Die Vorläufer Benders

Um Benders Buch weiter zu kontextualisieren, muss man es mit anderen geschichtstheoretischen Entwürfen in Austausch bringen. Denn das Nachdenken über Alternativen zum Ordnungssystem Kalter Krieg war so alt wie der Konflikt selber. Der wahrscheinlich prominenteste Vorläufer Benders war der US-amerikanische Soziologe Daniel Bell, der schon 1960 das Ende der Ideologien vorausgesagt hatte. Die großen politischen Systeme hätten sich nach dem Zweiten Weltkrieg erschöpft, hieß es in seinem Buch. Die Zukunft werde von ideologischen Angeboten mit geringerer Reichweite geprägt.<sup>34</sup> Da Bell das Denken des Kalten Krieges mit seiner gesellschaftsdurchdringenden Wirkung offensichtlich unterschätzt hatte, erwies sich seine Prognose bei aller analytischen Brillanz als verfehlt. Bells *End of Ideology* – 1960 erstmals erschienen – darf jedenfalls als Vor-

---

**30** Bahro: Wahnsinn mit Methode.

**31** Bundesvorstand Die Grünen (Hg.), *Friedensmanifest*, S. 8.

**32** Vgl. Mende: Nicht rechts, nicht links, sondern vorn, S. 343–345.

**33** Siehe beispielsweise Albrecht: Neutralismus und Disengagement.

**34** Siehe Bell: *The End of Ideology*; zur Kontextualisierung Brick: Daniel Bell.

bild für Benders Gedankengang gelten, auch wenn das Buch keine expliziten Bezüge enthält.

Bell war nicht der einzige, der vor Bender über das Ende der Ideologien nachdachte.<sup>35</sup> Die Linie reicht viel weiter zurück. Niemand anderes als Friedrich Engels, der Philosoph und Reformers, sprach in der Mitte des 19. Jahrhunderts davon, dass die großen Denksysteme ihre Relevanz einbüßen könnten. Er bezog sich dabei auf die Vision einer klassenlosen Gesellschaft, die nicht nur die Entfremdung des Arbeiters von seiner Arbeit aufheben, sondern selbst intellektuelle Gegensätze synthetisieren würde. Auch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts trugen so unterschiedliche Theoretiker wie Max Weber, Karl Mannheim, Max Horkheimer und Theodor Adorno zu dieser Debatte bei. Seit den frühen 1950er Jahren formte sich aus diesen vereinzelt Äußerungen dann ein wahrnehmbarer Diskursstrang. Arthur Koestler, ungarisch-britischer Schriftsteller und ehemaliger Kommunist, konstatierte in seinem Essay *The Outgrown Dilemma* (1955), dass Begriffe wie „Sozialismus“ und „Kapitalismus“, „Rechts“ und „Links“ ihre Bedeutung verloren hätten.<sup>36</sup> Explizit ausformuliert wurde die These von einem Ende der Ideologien aber während einer Zusammenkunft des *Kongresses für kulturelle Freiheit* 1955 in Mailand. Neben Daniel Bell war auch der US-amerikanische Soziologe Seymour Martin Lipset zugegen, der im gleichen Jahr wie Bell begründete, warum die Ideologien an ihr Ende gekommen seien. Der Kernsatz seines einflussreichen Aufsatzes *Political Man* lautete: „The ideological issues dividing left and right had been reduced to a little more or a little less government ownership and economic planning.“<sup>37</sup> Lipset konstatiert also, dass die großen weltanschaulichen Antagonismen ihren Ausschließungscharakter verloren hätten. Es sei nur noch die Frage strittig, wie stark die Regierung in Wirtschaftsabläufe eingreifen dürfe. Dass Lipset den universalistischen Anspruch der Ideologien auf ökonomische Fragen reduziert, ist bemerkenswert. Deutet sich hier der Neoliberalismus an?

Doch auch in den 1980er Jahren war Bender mit seinen Thesen nicht alleine. Der Politikwissenschaftler Iring Fetscher sprach ein Jahr vor Bender vom Ermatten der Ideologien und vom Ende des neuzeitlichen Fortschrittsbegriffs.<sup>38</sup> Jürgen Habermas konstatierte 1985 unter anderen Vorzeichen einen Verlust an utopischem Potential („Erschöpfung utopischer Energien“).<sup>39</sup> Solche Denkfiguren diffundierten bis in gesellschaftliche Kreise, und auch in außerparlamentarischen

---

35 Dazu und zum Folgenden Brick: *The End of Ideology Thesis*, insb. S. 92–94.

36 Koestler: *The Outgrown Dilemma*, S. 186–195; Bricks: *The End of Ideology Thesis*, S. 92 und 95.

37 Lipset: *The End of Ideology*, S. 170 f.

38 Vgl. Fetscher: *Überlebensbedingungen der Menschheit*, S. 23.

39 Habermas: *Die neue Unübersichtlichkeit*.



Protestgruppen griff, das hat die Forschung hinlänglich deutlich gemacht, in den 1970er und 1980er Jahren Fortschrittsangst und Zukunftsskepsis um sich ( $\nearrow$ Die „Eine Welt“).<sup>40</sup> Bender war also eher spät dran mit seiner Deutung, und er war selbst um 1980 nicht der einzige, der so dachte. Was macht sein Buch also besonders?

Während Benders These vom Ende des ideologischen Zeitalters weder neu noch besonders innovativ war, ist doch überraschend, wie sie in den frühen 1980er Jahren in die breite gesellschaftliche Debatte einsickerte. Die Rezeption der populärwissenschaftlichen Schrift ist ein Beweis, dass ihr Autor den gesellschaftlichen Nerv jener Jahre getroffen hatte. Bender brachte etwas auf den Punkt, was viele Menschen dachten; er fand Worte für eine Entwicklung, die für seine Zeitgenossen offensichtlich war, und er bot den zahlreichen Sympathisanten und Sympathisantinnen der Friedensbewegung – und nicht nur ihnen – ein Deutungsangebot, mit dem sie sich die Welt erklären konnten. Was ist damit gemeint? An anderer Stelle habe ich jene Jahre als eine Phase beschrieben, in der der Kalte Krieg als binäres Ordnungssystem gesamtgesellschaftlich an Kohäsion verlor.<sup>41</sup> Dieses Modell sagte immer weniger Menschen etwas, und das zu einer Zeit, als er für die Akteure auf der internationalen Ebene noch einmal handlungsleitend wurde ( $\nearrow$ *Interdependenz*). Die Friedensbewegung ist ein beredtes Zeugnis dieser Abwendung von den Grundsätzen des Kalten Krieges. Die Wurzeln der Erosion sind älter und reichen bis in die 1960er Jahre zurück. Aber um 1980 war der Punkt erreicht, an dem – bildlich gesprochen – aus dem unkoordinierten Summen eine vernehmbare Melodie geworden war. Benders Buch war nicht der Auslöser eines gesellschaftlichen Umdenkens, sondern der Indikator, dass vielen Menschen der Kalte Krieg als binäres Ordnungssystem anachronistisch vorkam.

Doch nicht nur die politische Linke sah eine Verknüpfung zwischen dem Kalten Krieg und der Fortdauer ideologischer Energien. Das wird deutlich, wenn man mit dem US-Politologen Francis Fukuyama auf einen erklärten Konservativen blickt, der etwa 40 Jahre nach Daniel Bell und zehn Jahre nach Bender einen letzten wichtigen Beitrag zur Debatte um ein Ende der Ideologien vorlegte. Fukuyamas Artikel *The End of History* weist in seinem intellektuellen Koordinatensystem diametrale Unterschiede zu Benders Schrift auf, kommt aber zu einem ähnlichen Ergebnis. Anders als Bell oder Bender hatte Fukuyama 1989 einen realpolitischen Anlass, um seine These von dem Ende der Ideologien aufzustellen. Aber er sprach in diesem Zusammenhang gleich überhaupt vom Ende der Geschichte. Er argumentierte, dass mit dem Zusammenbruch des Kommunismus die

---

<sup>40</sup> Siehe hierzu Conze: Modernitätsskepsis.

<sup>41</sup> Dazu ausführlich Hansen: Abschied vom Kalten Krieg, Einleitung und Kap. 2.

liberale Idee als Ordnungsmodell alternativlos geworden sei. Es bleibe eine Frage der Zeit, bis sie sich in Form von Marktwirtschaft und Demokratie global durchgesetzt habe. Mit dem Gegeneinander der Ideologien entfalle das wichtigste Antriebsmoment der Geschichte.<sup>42</sup> Fukuyamas These knüpfte bei Hegel an, der ein Ende der Geschichte voraussagt hatte als einer Synthese, die alle Widersprüche aufhebt. 150 Jahre nach Hegel verhießen dieses Ende wiederum nicht nur die Apologeten des westlichen Liberalismus. Auch aus postmoderner Warte ließ sich in den 1990er Jahre vortrefflich von einem Ende der Geschichte sprechen. Der Medientheoretiker Vilém Flusser befasste sich mit der *Posthistoire* und dem Verschwinden der großen Erzählungen, während der französische Philosoph Jean Baudrillard darüber sinnierte, dass die Geschichte, verstanden als Ereignisfolge, hinter Simulationen unsichtbar werde.<sup>43</sup>

Nun kann man die Frage, ob auch Bender mit seinem Buch einen eminent geschichtsphilosophischen Entwurf vorgelegt hat, nicht ohne Einschränkungen bejahen. Sicherlich ist seine Argumentation zu sehr auf einen umgrenzten historischen Umbruch fokussiert und an realpolitischen Gegebenheiten orientiert, ist sie zu vorsichtig gegenüber der Feststellung von allgemeinen historischen Gesetzmäßigkeiten, um als Geschichtsphilosophie in einem engeren Verständnis firmieren zu können. Das Buch offenbart aber dennoch einen Hang zur geschichtsphilosophischen Aussage, wenn es mit Großtheoremen wie dem ideologischen Zeitalter operiert und ein klar wahrnehmbares und bestimmbares Ende verkündet. Grundsätzliche Skepsis gegenüber solchen Interpretationen ist angebracht. Benders Analyse hat aber einen eminenten Wert als zeithistorische Quelle, weil sie freilegt, wie Publizisten und Politiker, Philosophen und Literaten in den 1980er Jahren über den Kalten Krieg verhandelten. Dieses Unbehagen am Kalten Krieg äußerte sich zuvorderst – das zeigt eine Neulektüre von Benders Buch – in der Kritik an den Ideologien des Ost-West-Konflikts und ihrem universalistischen Geltungsanspruch. Handfester noch tritt es hervor, wenn kritische Stimmen in der Gesellschaft über sicherheitspolitische Alternativkonzepte nachdachten. Neben der „Europäisierung Europas“ ist vor allem die von der internationalen *Palme-Kommission* vorgeschlagene „Common Security“, die in sozialdemokratischen Kreisen populäre Umrüstung der Bundeswehr zu einer „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ oder die bei den Grünen diskutierte Idee der „sozialen Verteidi-

---

<sup>42</sup> Siehe Fukuyama: *The End of History*; siehe auch das zwei Jahre später erschienene Buch Fukuyama: *The End of History and the Last Man*.

<sup>43</sup> Siehe Flusser: *Vom Ende der Geschichte*; Baudrillard: *Das Jahr 2000 findet nicht statt*. – Die Wurzeln dieses Diskurses reichen freilich weiter zurück, siehe Esposito: *Posthistoire*.

gung“ zu nennen.<sup>44</sup> Entscheidend ist, dass diese Alternativvorschläge beanspruchten, die binären Muster des Kalten Krieges zu transzendieren.<sup>45</sup>

Wenn der Historiker Daniel Rodgers in seiner 2011 erschienenen Geschichte der USA argumentiert, dass sich der ideelle Haushalt der US-Amerikaner im letzten Viertel des 20. Jahrhundert fragmentiert habe und von einer bis dahin nicht gekannten Pluralität und Fluidität der Meistererzählungen geprägt worden sei, liest sich das wie eine kluge geschichtswissenschaftliche Fortschreibung von Benders These.<sup>46</sup> Rodgers macht deutlich, dass nach 1960 die großen Sinnstiftungsangebote nicht etwa verschwanden, aber in eine Legitimationskrise gerieten, weil eine wachsende Anzahl von Menschen sie nicht mehr als plausibles Modell für die Erklärung der Welt akzeptierten. Auch der Kalte Krieg als Ordnungssystem war ein solches Sinnstiftungsangebot. Parallel zur Pluralisierung der strukturierenden Erzählungen, wie sie das späte 20. Jahrhundert prägte, verlor der Kalte Krieg an Relevanz. Die historischen Wurzeln dieses Umdenkens liegen in den beiden Jahrzehnten davor, als sich ideengeschichtliche Transformationen verdichteten, die noch die Abfassungszeit von Benders Buch prägten: das Krisenbewusstsein der 1970er Jahre mit seinen ökologischen Weckrufen, das verstärkte Interesse für den globalen Süden sowie überhaupt der stärker werdende Globalisierungsdiskurs (↗*Die „Eine Welt“*; ↗*Interdependenz*; ↗*Die Blockfreien/Bündnisfreien*).<sup>47</sup> Im Kern war es dieses globale Bewusstsein mit seiner Vorliebe für Netzwerkstrukturen und Interdependenz, welches die binäre Logik des Kalten Krieges alt aussehen ließ. Und natürlich trat dieses globale Bewusstsein in bestimmten gesellschaftlichen Milieus als neue, hegemoniale Meistererzählung auf. Jedenfalls gehorchte auch sie dem Gebot der narrativen Modellierung und funktionierte also, wie man mit Hayden White sagen könnte, nach den gleichen diskursiven Regeln und literarischen Gestaltungsprinzipien wie frühere Meistererzählungen.<sup>48</sup> Zusammengefasst: In den frühen 1980er Jahren, als sich international die Lage verschlechterte und das Verhältnis der Supermächte zu eskalieren drohte, wurde nicht wenigen zeitgenössischen Beobachtern bewusst, wie anachronistisch ihnen das Denken des Kalten Krieges in den vergangenen Jahren geworden war. Benders Erzählung vom „Ende des ideologischen Zeitalters“ ist ein paradigmatisches Zeugnis dieser mentalen Neukonfigurationen.

---

<sup>44</sup> Common Security: A Blueprint for Survival; Bülow: Das Bülow-Papier; Trautmann: Soziale Verteidigung.

<sup>45</sup> Es fehlt hier der Platz für eine ausführliche Diskussion dieser Ansätze, siehe Hansen: Abschied vom Kalten Krieg, Kap. 2.

<sup>46</sup> Siehe Rodgers: Age of Fracture.

<sup>47</sup> Paradigmatisch Schell: The Fate of the Earth.

<sup>48</sup> Vgl. White: Metahistory, S. 1–42.

## Literatur und publizierte Quellen:

- Albrecht, Ulrich: Neutralismus und Disengagement. Ist Blockfreiheit eine Alternative für die Bundesrepublik?, in: ders. (Hg.): Deutsche Fragen – Europäische Antworten, Berlin 1983, S. 97–120.
- Arendes, Cord: Auf der Suche nach dem roten Faden. Jürgen Habermas' Lesarten der europäischen Moderne in unübersichtlichen Zeiten, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 7 (2010), S. 152–157.
- Bahr, Egon: ‚Wandel durch Annäherung‘. Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing [Tutzingener Rede], 15. 7. 1963, in: Deutschlandarchiv 8 (1973), S. 862 f.
- Bahro, Rudolf: Wahnsinn mit Methode. Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sowjetunion und die DKP, Berlin 1982.
- Baudrillard, Jean: Das Jahr 2000 findet nicht statt, in: ders. (Hg.): Das Jahr 2000 findet nicht statt, Berlin 1990, S. 7–27.
- Bell, Daniel: The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties, New York 1960.
- Bender, Peter: Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas, Berlin 1981.
- Bender, Peter: Offensive Entspannung. Möglichkeit für Deutschland, Köln 1964.
- Bracher, Karl Dietrich: Demokratie und Ideologie im Zeitalter der Machtergreifungen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31 (1983), Heft 1, S. 1–24.
- Brick, Howard: Daniel Bell and the Decline of Intellectual Radicalism. Social Theory and Political Reconciliation in the 1940s, Madison, WI 1986.
- Brick, Howard: The End of Ideology Thesis, in: Freedon, Michael/Steers, Marc (Hg.): The Oxford Handbook of Political Ideologies, New York, Oxford 2013, S. 90–112.
- Bülöw, Andreas von: Das Bülöw-Papier. Strategie vertrauensschaffender Sicherheits-Strukturen in Europa – Wege zur Sicherheitspartnerschaft, Frankfurt a.M. 1985.
- Bundesvorstand Die Grünen (Hg.): Friedensmanifest, verabschiedet von der 4. Ordentlichen Bundesversammlung der Grünen vom 2. bis 4. Oktober 1981 in Offenbach [In: Archiv Grünes Gedächtnis, Berlin, Signatur: SBe 258–1(3)], Bonn o.D. [1981].
- Churchill, Winston: Rede in Zürich vom 19. 9. 1946, <http://www.churchill-society-london.org.uk/astonish.html> (24. 10. 2017).
- Common Security. A Blueprint for Survival. Report of the Independent Commission on Disarmament and Security Issues under the Chairmanship of Olof Palme, Ann Arbor, MI 1982.
- Conze, Eckart: Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 7 (2010), S. 220–239.
- Davis, Belinda: Europe Is a Peaceful Woman, America Is a War-Mongering Man? The 1980s Peace Movement in Nato-Allied Europe, in: Themenportal Europäische Geschichte (2009), <http://www.europa.clio-online.de/2009/Article=409> (24. 10. 2017).
- de Gaulle, Charles: Discours et Messages. Pour l'effort. Août 1962–Décembre 1965, o.O. [Paris] 1970.
- Eppler, Erhard: Die tödliche Utopie der Sicherheit, Reinbek bei Hamburg 1983.
- Esposito, Fernando: ‚Posthistoire‘ oder: Die Schließung der Zukunft und die Öffnung der Zeit, in: Hölscher, Lucian (Hg.): Die Zukunft des 20. Jahrhunderts. Dimensionen einer historischen Zukunftsforschung, Frankfurt a.M. 2017, S. 279–301.

- Flusser, Vilém: Vom Ende der Geschichte [1991], in: ders.: Nachgeschichte. Eine korrigierte Geschichtsschreibung, Frankfurt a.M. 1997, S. 282–290.
- Fetscher, Iring: Überlebensbedingungen der Menschheit. Zur Dialektik des Fortschritts, München 1980.
- Fukuyama, Francis: The End of History, in: National Interest 16 (1989), S. 3–18.
- Fukuyama, Francis: The End of History and the Last Man, New York 1992.
- Habermas, Jürgen: Die Neue Unübersichtlichkeit. Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 29 (1985), S. 1–14.
- Halliday, Fred: The Making of the Second Cold War, London 1983.
- Hansen, Jan: Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987), Berlin, Boston 2016.
- Koestler, Arthur: The Outgrown Dilemma, in: ders.: The Trail of the Dinosaur and Other Essays, New York 1955, S. 186–195.
- Lipset, Seymour Martin: The End of Ideology?, in: ders.: Political Man. The Social Bases of Politics, New York 1960, S. 403–417.
- Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn.“ Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.
- Rodgers, Daniel T.: Age of Fracture, Cambridge, MA 2011.
- Schell, Jonathan: The Fate of the Earth, New York 1982.
- Trautmann, Dieter: Soziale Verteidigung als Alternative zur militärischen Verteidigung, in: Bundesvorstand Die Grünen (Hg.): Entrüstet Euch. Analysen zur atomaren Bedrohung, Bonn o.D. [1983], S. 128–137.
- White, Hayden: Metahistory. The Historical Imagination in Nineteenth-Century Europe, Baltimore 1973.



## Martin Deuerlein

# Interdependenz

Im Mai 1977 schien der Kalte Krieg ein Phänomen der Vergangenheit zu sein. Die Feststellung, dass binäre Deutungsmuster die Welt der Gegenwart nicht mehr ausreichend erklären könnten, war dabei kein Wunschtraum friedensbewegter Aktivisten, sondern wurde auch von US-Präsident Jimmy Carter in einer seiner ersten programmatischen Reden zur internationalen Politik geäußert: Die Vereinigten Staaten hätten sich mittlerweile von jener „übermäßigen Furcht vor dem Kommunismus“ befreit, die sie in der Vergangenheit dazu gebracht habe, jeden Diktator zu unterstützen, der sich auf den Antikommunismus berufen habe. Die Logiken der Systemkonfrontation seien mittlerweile überholt, mit ihrem neuen Ansatz wolle die Regierung dagegen für Menschenrechte und Meinungsfreiheit eintreten, die Initiative in der Rüstungskontrolle und der Entspannungspolitik ergreifen und die Kooperation mit den europäischen Verbündeten und den Staaten Lateinamerikas, Afrikas und Asiens verbessern. Grundlage dieser außenpolitischen Strategie war die Diagnose, die Welt habe sich in weniger als einer Generation dramatisch verändert: „Unsere Politik ist aus einem erweiterten Blick auf globalen Wandel abgeleitet. [...] Das Leben und das Streben der meisten Menschen hat sich verändert. Der Kolonialismus ist fast verschwunden.“ Die Vereinigten Staaten seien deshalb mit einer „neuen Welt“ konfrontiert, zu deren Gestaltung sie mit einer neuen Politik, „angepasst an die neuen und sich schnell verändernden historischen Umstände“ aktiv beitragen müssten.<sup>1</sup>

Die Weltsicht des neuen US-Präsidenten war entscheidend von seiner Mitgliedschaft in der Trilateralen Kommission geprägt worden, der neben Carter noch 16 weitere Mitglieder seiner Regierung angehörten. Diese Organisation war 1973 auf Initiative des Bankiers David Rockefeller und des Politikwissenschaftlers Zbigniew Brzezinski als ein Netzwerk von nordamerikanischen, westeuropäischen und japanischen Eliten gegründet worden, um die Kooperation zwischen ihren Ländern zu vertiefen (↗ *Trilateral Commission*). Die Kommission diagnostizierte eine Reihe dramatischer Veränderungen in Weltpolitik und Weltwirtschaft; das zentrale Schlagwort ihrer Gegenwartsdiagnose war dabei die „Interdependenz“. Das stete Anwachsen von Verflechtungen und wechselseitigen Abhängigkeiten war laut ihrem Gründungsmanifest eine „Tatsache der gegenwärtigen Welt“, die nationale Systeme transzendiere und die Politik vor neuartige

---

1 Carter: University of Notre Dame [Übersetzung MD].

Herausforderungen stelle.<sup>2</sup> Es sei sinnlos, diesen Entwicklungen etwa durch Isolationismus entgegensteuern zu wollen, vielmehr müsse dieser Wandel in enger Kooperation mit den Verbündeten aktiv gestaltet werden.

## Das „Zeitalter der Interdependenz“

Der Begriff der „Interdependenz“ war dabei keine Neuprägung der Trilateralen Kommission, sondern seit Beginn der 1970er Jahre zu *dem* Begriff zur Beschreibung der Transformation von Weltwirtschaft und Weltpolitik geworden (↗IIASA; ↗Die „Eine Welt“). Er diene als „Metabegriff“, um eine ganze Reihe von beobachteten Neuerungen sprachlich zu fassen, die heute meist unter dem Schlagwort der „Globalisierung“ verhandelt werden. Manche Zeitgenossen erklärten in den 1970er Jahren ihre Gegenwart bereits zum „Zeitalter der Interdependenz“.<sup>3</sup>

Der folgende Beitrag wird deshalb einen kurzen Überblick über die Geschichte des Begriffes und der Theorie der „Interdependenz“ in ihrer Verwendung zur Beschreibung grenzübergreifender Verflechtungen geben. Anschließend werden Bemühungen in den USA und der Sowjetunion analysiert, aus diesen Diagnosen politische Schlussfolgerungen zu ziehen. In diesen beiden Ländern wurde angesichts ihrer globalen Rolle am intensivsten über solche Zusammenhänge nachgedacht. Dadurch wird es möglich, nach der Interaktion der Interdependenz-Diagnose mit der Deutung der Welt in binären Kategorien des „Kalten Krieges“ zu fragen.

Gegenwartsdiagnosen unter Begriffen wie „Kalter Krieg“, „Interdependenz“ oder auch „Globalisierung“ wurden dabei von Beobachtungen „struktureller“ Transformationsprozesse, von soziopolitischen Zeitumständen und innerwissenschaftlichen Entwicklungen beeinflusst. Gleichzeitig prägten sie als Deutungsmuster die sinnhafte Aneignung der Welt und bildeten damit den Rahmen für das Denken und Handeln der Zeitgenossen.<sup>4</sup> Gerade deshalb dürfen solche Begriffe von der historischen Forschung nicht unhinterfragt für die Analyse übernommen werden. Sie müssen vielmehr als Quellenbegriffe historisiert und ihre Verwendung in die oben erwähnten Kontexte eingeordnet werden.

---

<sup>2</sup> Trilateral Commission: Statement of Purposes, S. 1.

<sup>3</sup> Am prominentesten wohl Kissinger: An Age of Interdependence.

<sup>4</sup> Zur sozialen Konstruktion von „Globalität“ siehe Steger: The Rise of the Global Imaginary; Bartelson: The Social Construction of Globality.



## Der Interdependenz-Begriff vom 19. Jahrhundert bis in die 1960er Jahre

Diagnosen einer immer stärker verflochtenen Welt lassen sich schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts unter dem Schlagwort der Interdependenz beobachten. Sie standen in einem engen Wechselverhältnis mit jenen Veränderungen im Bereich des Welthandels, der internationalen Politik und der Kommunikations- und Transporttechnologie, die heute als die erste Hochphase der „Globalisierung“ gelten.<sup>5</sup> Hier werden häufig Karl Marx und Friedrich Engels zitiert, die in ihrem *Kommunistischen Manifest* von 1848 feststellten: „Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. [...] An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine *allseitige Abhängigkeit* der Nationen voneinander.“<sup>6</sup>

Nicht nur in der marxistischen Tradition, sondern noch stärker in den bürgerlich-liberalen Wissenschaften wurde der Begriff der Interdependenz in den folgenden Jahrzehnten viel verwendet. Seine inhaltliche Füllung war ab den 1870er Jahren eng mit einem evolutionären Verständnis sozialer Entwicklung und dem Glauben an den steten Fortschritt von Wissenschaft und Technik verbunden. Die aus der immer ausdifferenzierteren „internationalen Arbeitsteilung“ erwachsende Interdependenz wurde primär als Verflechtung nationalstaatlich abgegrenzter Einheiten gedacht. Für die Zukunft schien die Herausbildung einer „Weltgesellschaft“ jedoch gleichzeitig die nahezu zwangsläufige Fortentwicklung der angenommenen bisherigen „sozialen Evolution“ von der Familie über den Stamm zur Nation zu sein.<sup>7</sup> Der Erste Weltkrieg war für diese optimistische Perspektive ein schwerer Rückschlag, führte jedoch keineswegs zum Abbrechen entsprechender Interdependenz-Verhältnisse und -Diagnosen, sondern verstärkte sie teilweise noch. Ihre Vertreter in der Disziplin der Internationalen Beziehungen wurden jedoch ab Mitte der 1940er Jahre von den Anhängern des „Realismus“ als utopische „Idealisten“ verunglimpft, die wirklichkeitsfremden Utopien anhängen anstatt die tatsächliche Weltpolitik zu analysieren.<sup>8</sup> Zusammen mit der Etablierung binärer Deutungen der Welt des „Kalten Krieges“ als Konflikt zweier Supermächte erschienen besonders die 1950er Jahre damit als eine von Nationalstaaten dominierte Zeit.

---

5 Dazu Torp: Weltwirtschaft vor dem Weltkrieg.

6 Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, S. 463 und 466 [Hervorhebung MD].

7 Etwa bei Spencer: Die Prinzipien der Soziologie.

8 Zentral war hier Carr: The Twenty Years' Crisis.

Bereits gegen Ende der 1950er Jahre kamen Interdependenz-Diagnosen jedoch wieder verstärkt auf. Die Erholung des internationalen Handels zwischen den kapitalistischen Staaten und technologische Entwicklungen im Bereich des Transports und der Kommunikation erschienen den meisten Beobachtern in den Sozialwissenschaften dabei als neuartige und revolutionäre Entwicklungen, die der „Realismus“ gleichzeitig nicht mehr zu erklären schien. Die Interdependenz-Debatten der 1840er bis 1930er Jahre waren einerseits fast völlig in Vergessenheit geraten, blieben andererseits mit ihrer optimistischen und evolutionären Deutung wachsender Interdependenz weiterhin diskursprägend – jetzt unter dem Paradigma der „Modernisierung“.<sup>9</sup>

Gegen Ende der 1960er Jahre entwickelte sich die Interdependenz von einem Begriff, den bis dahin vor allem Spezialisten diskutiert hatten, immer mehr zu einer auch in Politik und Medien verwendeten Beschreibung der Veränderungen der Gegenwart.<sup>10</sup> Damit ging auch eine Ausweitung der Reichweite des Begriffes einher: War er bis dahin vor allem für die Beziehungen zwischen kapitalistischen Ländern verwendet worden, wurde er nun zunehmend auch auf blockübergreifende Aspekte übertragen.<sup>11</sup> Zentrale Voraussetzung für diese Entwicklung war die Vertiefung der Entspannungspolitik zwischen Ost und West. In dem Maße, in dem die Spannungen zwischen den beiden Systemen eingehengt und verhärtete ideologische Deutungen der jeweils anderen Seite abgebaut wurden, konnte auch die binäre Deutung der Weltpolitik selbst thematisiert und angezweifelt werden.<sup>12</sup>

Die Sowjetunion wurde in der US-amerikanischen „Sowjetologie“ zunehmend „normalisiert“, erschien nun nicht mehr als völlig fremdartiges, „totalitäres“ System und wurde damit mit den für westliche Gesellschaften entworfenen Methoden und Begriffen der Sozialwissenschaften erforschbar.<sup>13</sup> Aus dieser Perspektive schien jetzt nicht nur die Entwicklung der „Dritten Welt“ (↗*Die Blockfreien/Bündnisfreien*; ↗ASEAN), sondern auch die der sozialistischen Staaten in die gleiche Richtung zu streben wie die des Westens, wenn auch mit verschiedenen Geschwindigkeiten. Nach der „Konvergenztheorie“ werde die Entwicklung aller drei „Welten“ schließlich in einer „Moderne“ nach US-Vorbild zusammenlaufen. Vor diesem Hintergrund schien es ab den späten 1960er Jahren für viele

---

<sup>9</sup> Vgl. Gilman: *Mandarins of the Future*.

<sup>10</sup> Eindrücklich ist hier der starke Anstieg der Begriffsverwendung im englischsprachigen Korpus von *google books* von 1960 bis 1977, vgl. <https://books.google.com/ngrams/> (28.11.2016).

<sup>11</sup> Eine wichtige Rolle spielte hier die wechselseitige Verwundbarkeit durch Nuklearwaffen, vgl. etwa Herz: *International Politics in the Atomic Age*.

<sup>12</sup> Vgl. Gleason: *Totalitarianism*.

<sup>13</sup> Damit gerieten besonders „Pluralismus“ und „Interessengruppen“ in der Sowjetunion in den Blick, vgl. u. a. Skilling/Griffiths: *Interest Groups in Soviet Politics*.

Zeitgenossen plausibel, den „Kalten Krieg“ bereits als ein Phänomen der Vergangenheit zu betrachten: George F. Kennan dachte 1972 über US-Außenpolitik „nach dem Kalten Krieg“ nach, Zbigniew Brzezinski reflektierte darüber, wie der Kalte Krieg „gespielt“ worden war, *Der Spiegel* erklärte ihn 1975 mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki für tot. Diese Sicht wurde über Blockgrenzen hinweg geteilt, die *Große Sowjetische Enzyklopädie* sprach 1978 vom „Zusammenbruch des ‚Kalten Krieges‘“.<sup>14</sup>

## „Komplexe Interdependenz“ und das Ende der Zuversicht

Die Schwächung etablierter Feindbilder und die schwindende Überzeugungskraft binärer Weltdeutungen hatten aber auch noch weitere, für viele Zeitgenossen verstörende Konsequenzen. Ein Blick auf die Realitäten der Weltpolitik und Weltwirtschaft offenbarte ganz andere Entwicklungen als Modernisierungstheorie und das etablierte Verständnis von Interdependenz erwarten ließen. Statt „Konvergenz“ schienen zunehmende „Multipolarisierung“ und damit wachsende Unübersichtlichkeit und Komplexität die zentralen Entwicklungen zu sein. Dependenztheoretiker wie André Gunder Frank kritisierten die Interdependenztheoretiker dafür, globale Ungleichheit und Ausbeutungsverhältnisse zu verschleiern.<sup>15</sup> Die „jungen Staaten“ der „Dritten Welt“ meldeten nun erstmals selbstbewusst Ansprüche auf Mitsprache an und forderten eine „neue Weltwirtschafts- und Weltinformationsordnung“ (↗*Die Blockfreien/Bündnisfreien*; ↗*UNCTAD*). Selbst der „Ostblock“ schien wegen des sowjetisch-chinesischen Zerwürfnisses immer mehr in verschiedene Lager zu zerfallen.<sup>16</sup> Doch betrafen diese Entwicklungen in beunruhigendem Maße auch das transatlantische Bündnis selbst: Als die einigende Klammer der Furcht vor der kommunistischen Bedrohung schwächer wurde, traten unterschiedliche Auffassungen und Interessen zwischen den USA und mehreren westeuropäischen Staaten stärker hervor.<sup>17</sup> Gleichzeitig hatte der Krieg in Vietnam die Unterstützung für die US-Außenpolitik in Europa wie im eigenen Land geschwächt. Mit dem Erstarken der Proteste gegen den Vietnamkrieg schien in den Vereinigten Staaten jener „Cold

<sup>14</sup> Kennan: *After the Cold War*; Brzezinski: *How the Cold War was Played*; *Der Kalte Krieg ist tot*, in: *Der Spiegel* Nr. 31 vom 28.7.1975, S. 17–20; Asanov: *Cholodnaja Vojna*.

<sup>15</sup> Dazu Packenham: *The Dependency Movement*.

<sup>16</sup> Vgl. Brzezinski: *The Soviet Bloc*.

<sup>17</sup> Siehe Leendertz: *Interdependenz, Krisenbewusstsein und der Beginn eines neuen Zeitalters*.

War Consensus“ zerfallen zu sein, der auf einem positiven Selbstbild und anti-kommunistischer Eindämmungspolitik basiert hatte.<sup>18</sup> Die Rolle des Landes in der Welt schien damit neu bestimmt werden zu müssen. Eine Reihe von alternativen Konzepten konnten jetzt Gehör finden, die von neo-isolationistischen und protektionistischen Tendenzen bis zu Forderungen nach einer offensiven „Außenpolitik der Stärke“ reichten.<sup>19</sup>

Auch für die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit der wachsenden Interdependenz hatten diese Entwicklungen gravierende Auswirkungen. Die evolutionäre und staatenbasierte Sicht des 19. Jahrhunderts wich nach und nach einer differenzierteren Interpretation, die jedoch wesentlich skeptischer auf die Konsequenzen dieser Veränderungen blickte. Den Anfang machte 1968 der Ökonom Richard N. Cooper, der in seinem Buch *The Economics of Interdependence* mit der bisherigen Beschreibung und Analyse der Weltwirtschaft als Austausch von Gütern und Geld zwischen national abgegrenzten Volkswirtschaften gebrochen und argumentiert hatte, solche Verbindungen müssten besser als grenzüberschreitend zirkulierende „Ströme“, als „flows“ beschrieben werden. Internationale Verflechtung basiere nicht nur auf dem Austausch von Rohstoffen und Produkten zwischen national organisierten Industrien, vielmehr sei der Produktionsprozess selbst mittlerweile grenzüberschreitend organisiert.<sup>20</sup>

Als zentrale Akteure galten in diesem Zusammenhang „multinationale Unternehmen“, deren Bedeutung in den 1960er und 1970er Jahren intensiv diskutiert wurde. Wie ließen sie sich angesichts ihrer grenzüberschreitenden Aktivitäten überhaupt noch staatlich regulieren und besteuern? Wie groß waren ihre Auswirkungen auf staatliche Macht und Souveränität?<sup>21</sup> Multinationale Unternehmen waren jedoch nur eine Art jener „transnationalen Akteure“, die Karl Kaiser 1969 prominent beschrieben hatte.<sup>22</sup> Solchen grenzüberschreitend tätigen Organisationen wurde ein steigender Einfluss auf die Weltpolitik zugesprochen. Damit stellte sich immer mehr die Frage, ob die Einteilung der Welt in nationalstaatlich abgegrenzte „Gesellschaften“ überhaupt noch sinnvoll sei. Manche Politikwissenschaftler stellten darauf aufbauend die analytische Unterscheidung von Innen- und Außenpolitik entlang des Konzeptes der „nationalen Souveränität“ grundlegend in Frage und begannen, die Weltpolitik als ein Geflecht verschiedener Ebenen von Netzwerken zu beschreiben.<sup>23</sup>

---

18 Vgl. Zaretsky: No Direction Home.

19 Siehe u. a. Kaplan: Isolation or Interdependence.

20 Vgl. Cooper: The Economics of Interdependence.

21 Stellvertretend für diese Debatte Vernon: Sovereignty at Bay.

22 Vgl. Kaiser: Transnationale Politik.

23 Vgl. Rosenau: Linkage Politics. – Die Welt als Netzwerk bei Burton: World Society.

Die beiden US-amerikanischen Politikwissenschaftler Robert Keohane und Joseph Nye griffen viele dieser theoretischen Vorarbeiten auf und entwarfen in einer Art Synthese ihr Konzept der „komplexen Interdependenz“. In ihrem 1977 publizierten Buch *Power and Interdependence – World Politics in Transition* argumentierten Keohane und Nye, in der gegenwärtigen „Ära der Interdependenz“ habe sich die Weltpolitik grundlegend verändert; es fehle jedoch ein theoretischer Rahmen, um diese Veränderungen methodisch präzise und reflektiert zu untersuchen. Diesen sollte das Konzept der „komplexen Interdependenz“ bereitstellen, das nicht nur Verflechtungen als solche, sondern auch die damit verbundenen Kosten, Verwundbarkeiten und Asymmetrien ökonomischer oder machtpolitischer Natur berücksichtigen und damit die Analyse der tatsächlichen *politischen* Folgen dieser Entwicklungen ermöglichen sollte.<sup>24</sup>

## Die „Geburtswehen der Interdependenz“ – Verflechtung als Problem politischer Steuerung

Akute politische Relevanz hatte dieses Thema besonders durch die erste „Ölkrise“ ab Oktober 1973 erhalten, in deren Umfeld eine Reihe der zuvor diagnostizierten Veränderungen zu kulminieren schienen. Die tatsächliche ökonomische Bedeutung dieser Ereignisse kann aus heutiger Sicht durchaus angezweifelt werden, ihre politische und symbolische Bedeutung für die Zeitgenossen in Nordamerika und Westeuropa war jedoch enorm: Sie machten zunächst deutlich, dass es sich bei den viel beschriebenen globalen Verflechtungen tatsächlich um *Interdependenz*, also *wechselseitige* Abhängigkeiten handelte. Denn den westlichen Industriestaaten war nun erstmals deutlich vor Augen geführt worden, dass sie von Staaten der „Dritten Welt“ durch Preiserhöhungen und Rohstoffembargos ökonomisch empfindlich getroffen werden konnten (→ *Islamismus*). Gleichzeitig schienen die Alleingänge mehrerer europäischer Staaten bei den Verhandlungen mit den Erdölproduzenten gezeigt zu haben, dass die Vereinigten Staaten sich im Konfliktfall nicht auf diese Verbündeten verlassen konnten. Drittens war Interdependenz damit von einem eher in akademischen Debatten verwendeten Begriff zu einem akuten politischen Problem geworden, schienen wachsende Verflechtung und damit einhergehende Komplexität doch die Steuerungsmöglichkeiten staatlicher Regierungen einzuschränken. Viertens waren die Schlangen vor US-amerikanischen Tankstellen schließlich ein deutliches Symbol dafür, wie globale Zusammenhänge, die zuvor eher als abstrakter Gegenstand von Zeitungsmel-

---

<sup>24</sup> Keohane/Nye: *Power and Interdependence*, S. 4, 9 und 12.

dungen oder wissenschaftlichen Diskussionen erschienen waren, das alltägliche Leben jedes Bürgers beeinflussen konnten.

Dementsprechend erzeugte die Ölkrise akuten politischen Handlungsdruck: Die Regierung Nixon legte ein „Project Independence“ auf, um durch Einsparungen und Entwicklung neuer Technologien bis zum Jahr 1980 energiewirtschaftlich autark zu werden.<sup>25</sup> Gleichzeitig ließ die krisenhafte Verdichtung der Ereignisse längerfristige Entwicklungen nun scheinbar plötzlich ins Bewusstsein von Politik und Öffentlichkeit treten: Für Außenminister Henry Kissinger waren die politischen Konsequenzen der Ölkrise ein Ausdruck der „Geburtswehen der Interdependenz“.<sup>26</sup> Das State Department beauftragte deshalb das *Center for International Studies* des *Massachusetts Institute of Technology*, die Entwicklung der „patterns of interdependence“ in einer multipolaren Welt zu analysieren, neue Methoden zu ihrer Bewertung zu entwickeln und damit auch Optionen aufzuzeigen, wie die US-amerikanische Politik reagieren könne.<sup>27</sup> Kissinger wollte allerdings die Multipolarisierung und Transnationalisierung der Welt nicht „managen“, wie es die Trilaterale Kommission (*Trilateral Commission*) gefordert hatte, sondern sie eher „eindämmen“. Initiativen wie die Weltwirtschaftsgipfel, aber auch die Entspannungspolitik mit der Sowjetunion dienten der engeren Kooperation und Koordination zwischen staatlichen Regierungen. Dadurch sollten gemeinsame Antworten auf diese neuen Herausforderungen gefunden, in erster Linie aber der Einfluss der „Dritten Welt“ und transnationaler Akteure so weit als möglich aus der Weltpolitik ferngehalten werden (*Die Blockfreien/Bündnisfreien*; *Trilateral Commission*; *UNCTAD*).<sup>28</sup>

Die Außenpolitik der Regierung Carter sollte sich dagegen explizit von der ihrer Vorgänger unterscheiden. Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski hatte sich bereits seit mehreren Jahren mit Fragen einer neuen internationalen Politik im „technotronischen Zeitalter“ auseinandergesetzt<sup>29</sup> und distanzierte sich nun von Kissingers „grundsätzlich pessimistischer Sicht“, „dass der Westen im Abstieg begriffen“ und dass „das Beste was wir tun könnten, die Verhinderung von Wandel in zentralen Bereichen“ sei.<sup>30</sup> Die neue Regierung habe dagegen „die

25 Vgl. Graf: *Claiming Sovereignty in the Oil Crisis*.

26 Kissinger: *Opening Remarks*, S. 206 [Übersetzung MD].

27 Eine Zusammenfassung ihrer in vier Bänden publizierten Ergebnisse in *The Department of State: Toward a Strategy of Interdependence*.

28 Zur US-Politik aus dieser Perspektive Sargent: *A Superpower Transformed*.

29 So im Untertitel von Brzezinski: *Between Two Ages*.

30 Zbigniew Brzezinski, *NSC Weekly Report No. 83*, 28.12.1978, Jimmy Carter Presidential Library, Atlanta.

Realität der Komplexität und des Wandels“ akzeptiert und einen besonderen Schwerpunkt auf den Aufbau neuer Beziehungen „mit Freunden, mit Gegnern, mit den Entwicklungsländern, sogar mit der gesamten Welt“ gelegt – „in der Hoffnung, dadurch das internationale System zu erneuern“.<sup>31</sup>

## Beharrung und Grenzen

Der Ansatz der Regierung Carter ist dementsprechend als „post-Cold War foreign policy“ beschrieben worden.<sup>32</sup> Die Deutung der Weltpolitik in den Kategorien des „Kalten Krieges“ war jedoch auch hier nie völlig verschwunden. In dem Maße, in dem sich Ende der 1970er Jahre die internationalen Krisen häuften, konnte diese Denkweise wieder an Einfluss gewinnen. Besonders Sicherheitsberater Brzezinski wandte sich zunehmend von seinem selbst entworfenen Neuansatz ab und begann, die Sowjetunion wieder für den Großteil der internationalen Spannungen verantwortlich zu machen.<sup>33</sup> Entscheidender Bestandteil ihrer Attraktivität war die Tatsache, dass binäre Deutungen – ähnlich wie die zeitgleich an Einfluss gewinnenden „markoliberalen“ Theorien – im Gegensatz zum Interdependenz-Paradigma die Komplexität der Welt auf ein politisch zu bewältigendes Maß zu reduzieren schienen: Denn der Präsident könne ja kaum eine Rede halten, klagte Paul Kreisberg, stellvertretender Leiter des Planungsstabes des State Department, in der er die 14 dringendsten Probleme der Welt aufzähle und dann für alle eine Lösung im Angebot habe.<sup>34</sup>

Auch hier bedingten sich Weltpolitik und Weltdeutung gegenseitig: Die Glaubwürdigkeit der Interdependenz-Diagnose war stark von den politischen Rahmenbedingungen der Entspannungspolitik abhängig. Als diese ab Mitte der 1970er Jahre in die Krise geriet, erschien die auch blockübergreifende Verflechtung der Welt immer mehr als Wunschdenken, dichotomische Deutungsmuster wurden wieder einflussreicher. Die aus der Interdependenz-Diagnose abgeleitete Annahme, es gebe in der Weltpolitik wesentlich wichtigere Themen als den Kalten Krieg, schien nun nicht mehr so überzeugend wie noch wenige Jahre zuvor.

Die erneute Verschärfung der Spannungen zwischen Ost und West in den 1980er Jahren wurde von vielen Zeitgenossen als eine Rückkehr überwunden geglaubter Verhaltens- und Deutungsmuster, mithin als „zweiter Kalter Krieg“

---

**31** Zbigniew Brzezinski, NSC Report for 1977. A Critical Self-Appraisal, 12.1.1978, Jimmy Carter Presidential Library, Atlanta.

**32** Schmitz/Walker: Jimmy Carter and the Foreign Policy of Human Rights.

**33** Vgl. Auten: Carter's Conversion.

**34** Vgl. Interview mit Paul Kreisberg in Melanson: American Foreign Policy, S. 107.

interpretiert.<sup>35</sup> Sie war jedoch nicht alleine die Folge unkontrollierbarer Eigendynamiken der internationalen Politik und ideologischer Beharrungskräfte, sondern ein aktiv betriebenes politisches Projekt: In den Vereinigten Staaten hatte sich seit Ende der 1960er Jahre eine als „neokonservativ“ bezeichnete politische Strömung herausgebildet, die die im Rahmen der Entspannungspolitik gemachten Zugeständnisse an die Sowjetunion heftig kritisierte.<sup>36</sup> Auf einer grundlegenden Ebene handelte es sich dabei um eine Auseinandersetzung um die „richtige“ Deutung der Gegenwart: „Neokonservative“ Kommentatoren lehnten die Rede vom „Ende des Kalten Krieges“ ab. Die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion habe nur die Form gewechselt. Interdependenz-Diagnosen wurden von ihnen durchaus geteilt. Es sei jedoch naiv anzunehmen, dass wachsende Verflechtung zu einer friedlicheren Welt führen werde. Das Gegenteil sei der Fall, Chaos und Konflikt die wahrscheinlicheren Folgen.<sup>37</sup> Die Rede von der Interdependenz und dem Ende des Kalten Krieges sei gefährlich, denn sie schwäche den Zusammenhalt und den Verteidigungswillen der westlichen Allianz.<sup>38</sup> Die US-amerikanische Stärke lasse sich im Gegenteil am besten bündeln, wenn die gesamte Aufmerksamkeit wieder auf die zentrale Herausforderung gerichtet werde: den Konflikt mit der Sowjetunion.<sup>39</sup> Nach Ronald Reagans Wahlsieg im Jahr 1980 erlebte die binäre Deutung der Welt eine neue Blüte; verschiedenste Entwicklungen und Probleme wie der globale Terrorismus wurden auf den schädlichen Einfluss des „Evil Empire“ zurückgeführt (↗*Geheimdienste*; ↗*Islamismus*).<sup>40</sup>

## Wissenschaftlich-technische Revolution und „globale Probleme“ in der Sowjetunion

Während der Interdependenz-Begriff von der Regierung Reagan kaum noch verwendet wurde, erlebte er in der Sowjetunion unter Generalsekretär Michail Gorbachev eine zweite Blüte. Er diente hier als Schlagwort für die Vision einer Politik,

---

**35** Howard: Return to the Cold War. – Auf den Konstruktionscharakter des „zweiten Kalten Krieges“ hat bereits Halliday: The Making of the Second Cold War hingewiesen.

**36** Zu den „Neokonservativen“ vgl. etwa Väisse: Neoconservatism.

**37** Vgl. Eugene Rostow: The Agenda for Atlantic Action. Address before the Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, 5.11.1974, Eugene Victor Rostow Papers, Manuscripts and Archives, Sterling Memorial Library, Yale University, New Haven, CT.

**38** Vgl. Rostow, Eugene: Implications of October.

**39** Siehe Podhoretz: Making the World Safe for Communism.

**40** Reagan: Remarks at the Annual Convention; ders.: The New Network of Terrorist States.



die die Sowjetunion als ein „normales“ Mitglied in die „globale Gemeinschaft“ wiedereingliedern wollte.<sup>41</sup>

Obwohl Interdependenz-Deutungen in der Sowjetunion erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre politikleitend wurden, hatten sowjetischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich bereits seit eineinhalb Jahrzehnten mit dem Begriff und damit verbundenen Phänomenen auseinandergesetzt. Die Theorie der Interdependenz war jedoch in den 1970er Jahren noch verworfen worden, weil sie antagonistische und ausbeuterische Aspekte der internationalen Beziehungen vernachlässige und den hegemonialen Ambitionen der US-Regierung diene.<sup>42</sup> Auch die Annahme, dass transnationale Akteure und multinationale Unternehmen eine immer größere Rolle in der internationalen Politik spielten, sei nichts weiter als der Versuch, „staatliche Souveränität“ zugunsten weiterer kapitalistischer Expansion zu unterminieren.<sup>43</sup>

Die Inhalte der Interdependenz-Debatte wurden in der Sowjetunion dagegen durchaus aufgegriffen. Verschiedene Autorinnen und Autoren passten sie zusammen mit ihren eigenen Beobachtungen in eine spezifisch marxistisch-leninistische Theorie der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ ein: Ihre grundlegende Annahme war es, dass von wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen verursachte Veränderungen in der materiellen „Basis“ der „Produktionsbedingungen“ auch erhebliche Auswirkungen auf den politischen, ökonomischen und sozialen „Überbau“ hätten. Es handele sich dabei um ein globales Phänomen, das beispiellosen Wandel in den internationalen Beziehungen mit sich bringe.<sup>44</sup> Während sich daraus verschiedenste Schlussfolgerungen ziehen und unterschiedliche politische Handlungsempfehlungen ableiten ließen, war eine Mehrheit der sowjetischen Autorinnen und Autoren dieser Zeit überzeugt, die sich aus dieser „Revolution“ ergebenden „Probleme von wahrlich globalem Maßstab“ könnten nur durch verstärkte internationale Kooperation über Blockgrenzen hinweg gelöst werden.<sup>45</sup> Ironischerweise sollte damit gerade jenes Konzept der „Interdependenz“, das von „Neokonservativen“ für die Schwächung des US-amerikanischen Verteidigungswillens verantwortlich gemacht worden war, in

---

41 Vgl. Clemens: Can Russia Change.

42 Siehe Petrovskij: Buržuaznye vnešnepolitičeskie koncepcii; Nikoforov: Vzaimozavisimost'.

43 Vgl. Gantman (Hg.): Sovremennye buržuaznye teorii; Petrowski: Die neue Weltstruktur.

44 Vgl. etwa Pozdnjakov: Sistemnyj podchod. – Für eine „konservative“ Interpretation der wissenschaftlich-technischen Revolution siehe dagegen Mikulskii: Lenin's Teaching of the World Economy.

45 Siehe etwa Arbatov: Stroitel'stvo kommunizma; Faminskij: Vlijanie naučno-techničeskoj revoljucii. – Zur Erforschung „globaler Probleme“ in der Sowjetunion vgl. Berger: Global'nye problemy.

der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zum Ende der weltpolitischen Ordnungskonkurrenz und zur Destabilisierung binärer Weltdeutungen beitragen.

## Das Ende des „Kalten Krieges und der Aufstieg der „Globalisierung“

In den USA hatte der Interdependenz-Begriff mittlerweile Konkurrenz bekommen: Im Sommer 1983 hatte Theodore Levitt, Ökonom an der Harvard Business School, mit seinem Artikel *The Globalization of Markets* einen fortan überaus einflussreichen Begriff der Gegenwartsdiagnose geprägt. Der Begriff der „Globalisierung“ war dabei keineswegs neu; Levitt nutzte ihn aber jetzt, um einen technologisch-ökonomischen Prozess mit Akteursqualität zu postulieren, der einen „globalen Markt“ für Konsumgüter geschaffen habe und Unternehmen zwingt, zu „global corporations“ zu werden, die denken und handeln müssten „as if the world were one large market – ignoring superficial regional and national differences“.<sup>46</sup>

Gegenüber der Interdependenz hatte die Globalisierung als gerichteter Prozessbegriff den entscheidenden Vorteil, dass er den Entwicklungsaspekt der diagnostizierten Transformation bereits in sich trug und deshalb nicht mit Adjektiven wie „wachsend“ kombiniert werden musste. Zu ihrer heutigen Prominenz verhalf der „Globalisierung“ jedoch erst das endgültige Ende der Deutung der Welt in Kategorien des „Kalten Krieges“. Mit dem vermeintlichen „Sieg“ der Demokratie und des freien Marktes erlebten optimistische Zukunftserwartungen eine neue Blüte.<sup>47</sup> In einem Verständnis von Globalisierung als „Amerikanisierung“ der Welt konnten Modernisierungs- und Konvergenzthese in den 1990er Jahren ein Comeback feiern.<sup>48</sup> Zudem stellte sich für viele Zeitgenossen die Frage, wie nach dem Ende der welthistorischen „Epoche des Kalten Krieges“ die Gegenwart auf einen Begriff gebracht werden könnte. Die anfängliche Ratlosigkeit, die die Bezeichnung „post-Cold War Era“ ausdrückte, wurde bald vom „Zeitalter der Globalisierung“ abgelöst, dessen Beginn mit dem Ende des Kalten Krieges angesetzt wurde. Eine Werbung der Investmentbank *Merrill Lynch* behauptete 1998: „The World is 10 Years Old. It was born when the Wall fell in 1989.“<sup>49</sup>

---

46 Levitt: *The Globalization of Markets*, S. 92. – Zur Begriffsgeschichte siehe Bach: *Die Erfindung der Globalisierung*.

47 Am bekanntesten Fukuyama: *The End of History*.

48 Dazu kritisch Cooper: *Was nützt der Begriff der Globalisierung*.

49 Zitiert in Friedman: *The Lexus and the Olive Tree*, S. XVI.

## Fazit

Doch das Verhältnis von Deutungen der Welt in binären Kategorien des „Kalten Krieges“ und in Kategorien der Verflechtung im Zeichen von „Interdependenz“ und „Globalisierung“ ist wesentlich komplexer als es von diesem Werbespruch suggeriert wird. Die Ordnungskonkurrenz zwischen Ost und West hatte in vielfacher Hinsicht globalisierende Konsequenzen<sup>50</sup>, deren Deutung ihrerseits nicht nur von „strukturellen“ Veränderungen und innerfachlichen Entwicklungen geprägt wurde, sondern auch in enger Wechselwirkung mit den sozio-politischen Zeitumständen stand: In Phasen relativer Entspannung verloren binäre Deutungen der Welt an Überzeugungskraft und wurden von Interdependenz-Diagnosen zunehmend überlagert. Diese bildeten wiederum den Rahmen für Versuche, Außenpolitik neu zu denken, deren praktische Umsetzung ihrerseits in die Dynamiken der internationalen Politik eingebunden war. Diese ambitionierten Neuansätze scheiterten nicht selten an ihrem eigenen Bemühen, die Komplexität der Weltpolitik angemessen zu berücksichtigen; binäre Deutungen schienen eine sinnhafte Einordnung oft widersprüchlicher Beobachtungen wesentlich einfacher zu ermöglichen. Als diese ab Ende der 1980er Jahre endgültig nicht mehr auf die veränderten Zeitumstände zu passen schienen, beklagten viele Zeitgenossen die neue Unübersichtlichkeit der Weltpolitik, manche sehnten sich nach der vermeintlichen Stabilität des „Kalten Krieges“ zurück.<sup>51</sup> Neue Sinnstiftung ermöglichte dagegen die „Globalisierung“, die bald zum zentralen Epochensignum eines neuen „Zeitalter“ aufsteigen sollte.

Anders als zeitgenössische und auch spätere historiographische Deutungen nahelegen, sollten „Kalter Krieg“ und „Globalisierung“ damit nicht als aufeinanderfolgende Epochen oder sich gegenseitig ausschließende Phänomene betrachtet werden.<sup>52</sup> Denn diese Begriffe und die sich dahinter verbergenden Annahmen über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind jeweils Manifestationen eines Denkstils, „der Welt in bestimmten Kategorien versucht(e) zu begreifen und zu ordnen“, wie es die Herausgeber des Bandes in Anlehnung an Ludwik Fleck in ihrem Konzept thematisieren. Sie stehen als Chiffren für bestimmte Ordnungsvorstellungen, wurden in engem Bezug aufeinander verwendet und werden deshalb nur in ihrer wechselseitigen Interaktion verständlich. Damit stellt sich letztlich auch die Frage, ob wir seit 1989 wirklich in einer fundamental

---

<sup>50</sup> Vgl. Lynn: Globalization and the Cold War.

<sup>51</sup> Siehe etwa Mearsheimer: Why We Will Soon Miss The Cold War.

<sup>52</sup> Diese Sicht etwa bei Iriye: Historicizing the Cold War.

neuartigen Welt leben, oder ob sich nicht vielmehr unser Blick für zuvor vernachlässigte Phänomene geschärft und unsere Perspektive verschoben hat.

## Literatur und publizierte Quellen:

- Arbatov, Georgij A.: Stroitel'stvo kommunizma i mirovoi revoljucionnyj process, Moskau 1966.
- Asanov, D.: „Cholodnaja Vojna“, in: Bol'shaja Sovetskaja Enciklopedija, Band 28, Moskau 1978, S. 346–347.
- Auten, Brian J.: Carter's Conversion. The Hardening of American Defense Policy, Columbia, MO 2008.
- Bartelson, Jens: The Social Construction of Globality, in: International Political Sociology 4 (2010), Heft 3, S. 219–235.
- Bach, Olaf: Die Erfindung der Globalisierung. Entstehung und Wandel eines zeitgeschichtlichen Grundbegriffs, Frankfurt a.M. 2013.
- Berger, Ja. M. (Hg.): Global'nye problemy sovremennosti v sovetskoj naučnoj literature. Sbornik obzorov, Moskau 1982.
- Brzezinski, Zbigniew: How the Cold War was Played, in: Foreign Affairs 51 (1972), Heft 1, S. 181–209.
- Brzezinski, Zbigniew: Between Two Ages. America's Role in the Technotronic Era, New York 1970.
- Brzezinski, Zbigniew: The Soviet Bloc. Unity and Conflict, Cambridge, MA 1960.
- Burton, John W.: World Society, Cambridge 1972.
- Carr, Edward H.: The Twenty Years' Crisis 1919–1939. An Introduction to the Study of International Relations, London 1946 [1939].
- Carter, Jimmy: University of Notre Dame. Address at Commencement Exercises, 22.5.1977, in: The American Presidency Project, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=7552> (30.9.2016).
- Clemens, Walter C.: Can Russia Change? The USSR Confronts Global Interdependence, London 1990.
- Cooper, Frederick: Was nützt der Begriff der Globalisierung? Aus der Perspektive eines Afrika-Historikers, in: Conrad, Sebastian/Eckert, Andreas/Freitag, Ulrike (Hg.): Globalgeschichte. Theorien, Ansätze, Themen, Frankfurt a.M. 2007, S. 131–161.
- Cooper, Richard N.: The Economics of Interdependence. Economic Policy in the Atlantic Community, New York 1968.
- The Department of State: Toward a Strategy of Interdependence. The Department of State Special Report No. 17, Washington D.C. 1975.
- Faminskij, Igor' P.: Vlijanie naučno-techničeskoj revoljucii na mirovoe kapitalističeskoe chozjajstvo, Moskau 1976.
- Friedman, Thomas L.: The Lexus and the Olive Tree. Understanding Globalization, New York 1999.
- Fukuyama, Francis: The End of History and the Last Man, New York 1992.
- Gantman, Vladimir (Hg.): Sovremennye buržuaznye teorii međunarodnych otnošenij. Kritičeskij analiz, Moskau 1976.
- Gilman, Nils: Mandarins of the Future. Modernization Theory in Cold War America, Baltimore 2003.

- Gleason, Abbott: *Totalitarianism. The Inner History of the Cold War*, New York 1995.
- Graf, Rüdiger: *Claiming Sovereignty in the Oil Crisis. „Project Independence“ and Global Interdependence in the United States, 1973/74*, in: Bösch, Frank/Graf, Rüdiger (Hg.): *The Energy Crisis of the 1970s. Anticipations and Reactions in the Industrialized World*, Mannheim 2014, S. 43–69.
- Halliday, Fred: *The Making of the Second Cold War*, London 1983.
- Herz, John H.: *International Politics in the Atomic Age*, New York 1960.
- Howard, Michael: *Return to the Cold War?*, in: *Foreign Affairs* 59 (1980), Heft 3, S. 459–473.
- Iriye, Akira: *Historicizing the Cold War*, in: Immerman, Richard H./Goedde, Petra (Hg.): *The Oxford Handbook of the Cold War*, Oxford 2013, S. 15–31.
- Kaiser, Karl: *Transnationale Politik*, in: Czempel, Ernst-Otto (Hg.): *Die anachronistische Souveränität. Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik*, Köln 1969, S. 82–119.
- Kaplan, Morton A. (Hg.): *Isolation or Interdependence? Today's Choices for Tomorrow's World*, New York 1975.
- Kennan, George F.: *After the Cold War*, in: *Foreign Affairs* 51 (1972), Heft 1, S. 210–227.
- Keohane, Robert O./Nye, Joseph S.: *Power and Interdependence. World Politics in Transition*, Boston 1977.
- Kissinger, Henry A.: *An Age of Interdependence. Common Disaster or Community*, in: *The Department of State Bulletin* 71 (1974), Nr. 1842, S. 498–504.
- Kissinger, Henry A.: *Opening Remarks of the Honourable Henry A. Kissinger, Secretary of State, February 11, 1974, International Energy Conference, Washington D.C.*, in: *The Department of State Bulletin* 70 (1974), Nr. 1810, S. 201–206.
- Leendertz, Ariane: *Interdependenz, Krisenbewusstsein und der Beginn eines neuen Zeitalters. Die USA und die Neuverortung der transatlantischen Beziehungen in den 1970er Jahren*, in: Bösch, Frank/Hoeres, Peter (Hg.): *Außenpolitik im Medienzeitalter*, Göttingen 2013, S. 232–250.
- Levitt, Theodore: *The Globalization of Markets*, in: *Harvard Business Review* 61 (1983), Heft 3, S. 92–102.
- Lynn, Hyung-Gu: *Globalization and the Cold War*, in: Immerman, Richard H./Goedde, Petra (Hg.): *The Oxford Handbook of the Cold War*, Oxford 2013, S. 584–601.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Manifest der Kommunistischen Partei [1848]*, in: dies.: *Werke*, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Band 4, Berlin (Ost) 1977, S. 459–493.
- Mearsheimer, John J.: *Why We Will Soon Miss The Cold War*, in: *The Atlantic Monthly* 266 (1990), Heft 2, S. 35–50.
- Melanson, Richard A.: *American Foreign Policy since the Vietnam War. The Search for Consensus from Richard Nixon to George W. Bush*, Armonk, NY 2005.
- Mikulskii, K.: *Lenin's Teaching of the World Economy and its Relevance to Our Times*, Moskau 1975.
- Nikoforov, Andrej V.: *„Vzaimozavisimost“ i global'nye problemy*, in: *SŠA. Ekonomika, Politika, Ideologija* 10 (1979), Heft 7, S. 8–19.
- Packenham, Robert A.: *The Dependency Movement. Scholarship and Politics in Development Studies*, Cambridge, MA 1992.
- Petrowski, Wladimir F.: *Die „neue Weltstruktur“. Formeln und Realität*, in: *Gesellschaftswissenschaften* 15 (1978), Heft 3, S. 227–240.

- Petrovskij, Vladimir F.: Buržuaznye vnešnepoličeskie koncepcii i ideologičeskaja bor'ba na meždunarodnoj arene, Moskau 1977.
- Podhoretz, Norman: Making the World Safe for Communism, in: *Commentary* 61 (1976), Heft 4, S. 31–41.
- Pozdnjakov, El'giz A.: Sistemnyj podchod i meždunarodnye otnošenija, Moskau 1976.
- Reagan, Ronald: The New Network of Terrorist States, in: *Terrorism. An International Journal* 9 (1987), Heft 2, S. 101–112.
- Reagan, Ronald: Remarks at the Annual Convention of the National Association of Evangelicals in Orlando, Florida, 8. 3. 1983, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=41023> (22. 8. 2016).
- Rosenau, James N. (Hg.): *Linkage Politics. Essays on the Convergence of National and International Systems*, London 1969.
- Rostow, Eugene: Implications of October War and Echoes of the Rhineland, in: *International Herald Tribune*, 22. 4. 1974.
- Sargent, Daniel J.: *A Superpower Transformed. The Remaking of American Foreign Relations in the 1970s*, Oxford 2015.
- Schmitz, David F./Walker, Vanessa: Jimmy Carter and the Foreign Policy of Human Rights. The Development of a Post-Cold War Foreign Policy, in: *Diplomatic History* 28 (2004), Heft 1, S. 113–143.
- Skilling, Harold Gordon/Griffiths, Franklyn (Hg.): *Interest Groups in Soviet Politics*, Princeton 1971.
- Spencer, Herbert: *Die Prinzipien der Soziologie. Band 2*, Stuttgart 1887.
- Steger, Manfred: *The Rise of the Global Imaginary. Political Ideologies from the French Revolution to the Global War on Terror*, Oxford 2008.
- Torp, Cornelius: Weltwirtschaft vor dem Weltkrieg? Die erste Welle ökonomischer Globalisierung vor 1914, in: *Historische Zeitschrift* 279 (2004), S. 561–610.
- Trilateral Commission: Statement of Purposes, in: *Dialogue. A Bulletin of North American-European-Japanese Affairs* 2 (1973), S. 1–3.
- Väisse, Justin: *Neoconservatism. The Biography of a Movement*, Cambridge, MA 2010.
- Vernon, Raymond: *Sovereignty at Bay. The Multinational Spread of U.S. Enterprises*, New York 1971.
- Zaretsky, Natasha: *No Direction Home. The American Family and the Fear of National Decline 1968–1980*, Chapel Hill 2007.

Isabell Schrickel

## International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA)

Auch in der Geschichte der Wissenschaften hat die binäre Ordnungsvorstellung des Kalten Krieges einige Spuren hinterlassen. Dies gilt einerseits bereits für zeitgenössische Konzeptionen der Rolle der Wissenschaften für die Entwicklung der jeweiligen Gesellschaft, die sich an der Existenz einer ideologischen Alternative ausgerichtet und programmatisch legitimiert hat. So lassen sich die damals intensiv geführten und polarisierenden wissenschaftspolitischen Debatten um die organisatorischen Prinzipien von Forschung und Wissenschaften – zwischen politischer Steuerung und autonomer Selbstorganisation, zwischen zentralisierter *Big Science* und dezentraler *Little Science* – kaum ohne den politischen und kulturellen Kontext des Kalten Krieges nachvollziehen.<sup>1</sup> Selbst Thomas Kuhns einflussreiche Studie zur *Struktur wissenschaftlicher Revolutionen* (1962), in der mit dem Begriff des „Paradigmas“ sowohl die Historizität als auch der inkommensurable Charakter wissenschaftlicher Weltbilder denkbar wurde, wird heute im Kontext einer alles durchdringenden Kultur zweier inkompatibler politischer Systeme gelesen.<sup>2</sup> Andererseits scheint sich diese implizite Orientierung an binären und antithetischen Deutungsmustern auch in den Wissenschaftsgeschichten des Kalten Krieges zu erhalten, die sich bei der Konstruktion historischer Narrative häufig dichotomischer Modelle bedient: „distorted/enhanced, good/bad, civil/military, open/closed, unclassified/classified, opportunist/handmaiden, exploiter/exploited, innovative/conservative, coevolutionary/co-dependent, symmetric/asymmetric, non-ideological/ideological, noble/immoral“<sup>3</sup> – der Wissenschaftshistoriker David Hounshell hat diese dichotomischen Erzählmuster zusammengetragen, und in seiner Auflistung wird erkennbar, auf welcher unterschiedlichen Untersuchungsebenen ein binärer Denkstil in der Historiographie des Kalten Krieges anzutreffen ist. In einigen jüngeren Darstellungen beginnt sich die Aufmerksamkeit jedoch zu verlagern und die Reichweite und Produktivität binärer Deutungsmuster steht zunehmend infrage. Der historiographische Fokus beginnt sich auf die Entstehung interdisziplinärer und problemorientierter Hybridobjekte, auf Wissenschaft in einer vermittelnden oder

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu die Debatte, die zwischen 1962 und 1967 in der Zeitschrift *Minerva* von Autoren wie Edward Shils, Michael Polanyi, Alvin Weinberg, Stephen Toulmin u. a. geführt wurde.

<sup>2</sup> Reisch: *Telegrams and Paradigms*; Aronova: *Studies of Science before Science Studies*.

<sup>3</sup> Hounshell: *Epilogue*, S. 292.

diplomatischen Funktion im Kontext außen-, umwelt- und entwicklungspolitischer Herausforderungen, auf die Rolle neuer Auftraggeber, neuer ökonomischer und gesellschaftlicher Begründungszusammenhänge oder auch auf transversale Fragen wie den Aufbau grenzüberschreitender und globaler Forschungsinfrastrukturen oder die Entstehung spezifischer Rationalitätsformen und ihrer paradoxen Effekte zu richten.<sup>4</sup> Damit rücken jenseits der bekannten Felder der bipolaren wissenschaftlich-technologischen Konkurrenz zunehmend Phasen, Institutionen, Interdisziplinen, Wissensobjekte und Epistemologien ins Zentrum wissenschaftsgeschichtlicher Forschung, die sich nicht mehr aus dichotomischen Verhältnissen erklären lassen. Im Folgenden wird es um die Geschichte einer Institution gehen, die trotz dieser Neujustierung historiographischer Aufmerksamkeit bisher noch relativ wenig Beachtung gefunden hat.

Im Oktober 1972 haben sich in London die Vertreter von zwölf nationalen Mitgliedsorganisationen – meist die nationalen Wissenschaftsakademien – zusammengefunden, um die Gründungscharta des *International Institute for Applied Systems Analysis* (IIASA) zu unterzeichnen, das im darauffolgenden Jahr im Schloss Laxenburg bei Wien eingerichtet werden sollte.<sup>5</sup> In den großzügigen Räumlichkeiten der Schlossanlage, deren Architektur aus verschiedenen historischen Epochen stammt und die an einen weitläufigen Park grenzt, residiert das Institut auch heute noch. Mitten im Kalten Krieg ist das IIASA gegründet worden als ein *internationaler* Think Tank, in dem neue Formen der Kollaboration kultiviert werden sollten.<sup>6</sup> Forscher und Planungsexperten von beiden Seiten des Eisernen Vorhangs – aus den USA, der Sowjetunion, aus Großbritannien, Frankreich, Italien, Polen, Bulgarien, der DDR und der BRD, der Tschechoslowakei, Kanada und aus Japan<sup>7</sup> – sollten gemeinsam an Lösungen für die komplexen Probleme moderner Gesellschaften arbeiten, etwa an Fragen der Umwelt-, Energie-, Stadt-, Verkehrs- und Gesundheitsplanung (*↗Stadtplanung*). Trotz der akademisch und geografisch zunächst durchaus randständigen Lage des Instituts sollte eine ganze Reihe schon damals namhafter Wissenschaftler Station am IIASA machen, beispielsweise die Ökonomie-Nobelpreisträger Tjalling Koopmans, Leonid Kantorovich, George Dantzig und Thomas Schelling. Andere haben entscheidende Jahre ihrer noch jungen Karrieren in Laxenburg verbracht, wie

---

4 Siehe Edwards: *Meteorology as Infrastructural Globalism*; Erickson et al: *How Reason Almost Lost Its Mind*; Jasanoff: *States of Knowledge*; Krige: *Science and Technology and Diplomacy*; Krige/Barth: *Introduction*; Roelcke: *Auf der Suche nach der Politik in der Wissensproduktion*.  
5 Zum IIASA sind bisher zwei Monographien erschienen: Riska-Campbell: *Bridging East and West*; Rindzeviciute: *The Power of Systems*.

6 Zu Think Tanks siehe Smith: *Idea Brokers*; Brandstetter et al: *Think Tanks*.

7 Bis 1979 kamen noch Finnland, die Niederlande, Österreich, Schweden und Ungarn hinzu.



etwa der Klimaökonom William Nordhaus oder der Nachhaltigkeitsforscher William Clark. Unter den IIASA-Alumni befinden sich außerdem der mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Atmosphärenchemiker Paul Crutzen, der Ökologe und Resilienztheoretiker Crawford Holling, der Demograf Nathan Keyfitz, der Energieexperte Wolf Häfele oder Computerwissenschaftler wie Viktor Glushkov und Louis Pouzin. Wie kam es zu dieser außergewöhnlichen Institution im Kalten Krieg und was waren die Hintergründe und Motive dieser blockübergreifenden Kooperation? An welchen Problemen und Wissensobjekten hat sich die gemeinsame Forschung ausgerichtet und welche Praktiken und Infrastrukturen haben sie stabilisiert?

## Zwischen Bridge Building und Einflussnahme – Die Gründungsidee des IIASA

Die Einrichtung des IIASA ist auf eine ursprünglich US-amerikanische Initiative zurückzuführen, die im *National Security Action Memorandum 352* vom 8. Juli 1966 ihren Anfang nahm. *Subject: Bridge Building*, entworfen von außenpolitischen Experten wie Dean Acheson, Francis Bator oder Zbigniew Brzezinski (→ *Trilateral Commission*), adressiert an Ministerien und Regierungsberater, unterzeichnet vom damaligen Nationalen Sicherheitsberater Walt Whitman Rostow, im Auftrag des US-amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson. Hinter *Bridge Building* verbarg sich eine Reihe politischer Maßnahmen zur „aktiven Entwicklung von Bereichen einer friedvollen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Staaten Osteuropas“<sup>8</sup>, die durchaus als Reaktion auf die Misserfolge des bipolaren Ansatzes zu verstehen sind, der etwa gerade wieder aufs Grausamste in Vietnam seinen Lauf zu nehmen begann. Neben Reiseerleichterungen für Osteuropäer, dem Abbau von Handelsschranken aber etwa auch dem Austausch von Wolkenfotos lagen schon früh Pläne für ein Institut auf dem Tisch, in dem Wissenschaftler und Experten aus der Sowjetunion, den USA und den ost- und westeuropäischen Staaten sich gemeinsam über die Probleme moderner Gesellschaften, Planungsinstrumente und Lösungsansätze austauschen sollten.<sup>9</sup> Die ursprüngliche Intention hinter dieser Initiative zielte darauf ab, neue kommuni-

---

<sup>8</sup> Walt Whitman Rostow: NSAM 352: Bridge Building, July 8, 1966. Lyndon B. Johnson Presidential Library, Austin, Texas.

<sup>9</sup> Walt Whitman Rostow: State Department Memorandum. East-West Initiatives Taken by the United States, December 8, 1966.: East-West Institute. Lyndon B. Johnson Presidential Library, Austin, Texas, NSF Subject File.

kative Zugänge zu schaffen ( $\nearrow$ *Das Rote Telefon*), gemeinsame Diskurse zu stiften und durch verstärkte politische, ökonomische und kulturelle Kontakte mehr Einfluss auf die aufsteigende Klasse junger Planungsexperten und Technokraten in Osteuropa und der Sowjetunion zu gewinnen. Da der direkte Einfluss auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der östlichen Hemisphäre sehr begrenzt und die bisherige kosten- und ressourcenintensive Rivalität zunehmend schwieriger zu legitimieren war, sollten neue Arenen der Zusammenarbeit, der Thematisierung und möglicherweise Neutralisierung ideologischer Konflikte eröffnet werden.<sup>10</sup> Insofern bedeutete die Initiative zunächst eine taktische Anpassung – das politische Ziel jedoch, die kommunistische Ideologie zu schwächen, blieb bestehen. Die Krisen in Kuba und in Vietnam hatten die politisch Verantwortlichen oft an den Rand der Entscheidbarkeit geführt und offenbart, dass US-Amerikaner und Sowjets Probleme und Krisen sehr unterschiedlich wahrgenommen haben. Was in Moskau als rationales Verhalten verstanden wurde, konnte in Washington als gefährlich irrational aufgenommen werden – und umgekehrt.<sup>11</sup> Insofern schien ein verstärkter Austausch darüber, was der anderen Seite als Problem galt oder wie kritische Situationen rational betrachtet würden, hilfreich für die wechselseitige Vorhersagbarkeit – auch wenn das IIASA keine im engeren Sinne militärischen oder sicherheitspolitischen Themen bearbeiten sollte. Angesichts des hochgradig politischen Kontexts, in dem die Idee für ein solches Institut entwickelt wurde, wird auch eine personelle Kontinuität verständlich: Präsident Johnson vertraute die delikate Mission, die institutionelle Ausgestaltung eines „international center for studies of the common problems of advanced societies“ auszuloten, im Herbst 1966 seinem ehemaligen Sicherheitsberater McGeorge Bundy an. Bundy hatte in seiner vorherigen Position zusammen mit Robert McNamara und anderen die USA äußerst unrühmlich in das Desaster von Vietnam geführt, in eine Eskalation, die die Kennedy- und Johnson-Administrationen ebenfalls glaubten, mit den modernen Planungsinstrumenten von *systems analysis* „lösen“ zu können. Bundy empfahl sich für die Aufgabe in seiner neuen Rolle als Präsident der *Ford Foundation*, der er Anfang 1966 geworden war und in der er vom *Life Magazine* bald als „Action Intellectual“<sup>12</sup> porträtiert werden sollte. Im Dezember 1966 wurde das Projekt in einer Pressekonferenz im Weißen

---

**10** Siehe hierzu Wreatham E. Gathright, *Science and Technology. A New Arena for International Cooperation*. Department of State, Policy Planning Council, Dezember 1968 sowie Joseph W. Neubert, *The US Relationship with the Soviet Union*. Department of State, Policy Planning Council, Dezember 1968, Lyndon B. Johnson Presidential Library, Austin, Texas, NSF Subject File: Transition: Policy Planning Council Papers; siehe auch Greiner: *Macht und Geist im Kalten Krieg*.

**11** Gaddis: *The Cold War*, S. 80.

**12** H. Theodore White: *Intellectuals*.

Haus publik gemacht. Bundy verkündete: „[The President] asked me to act as his personal representative in the coming months in exploring the possibility of establishing an international center for studies of the common problems of advanced societies. [...] The kind of problem we are dealing with here is that all advanced economies share the problems of efficiently managing large and complicated enterprises, factories, cities, subway systems and airports, hospitals and multi-product farms. There is a great demand in both East and West for the new techniques of management that can cope with these problems. No one country has a monopoly on these techniques. Each has much to contribute and much to learn. A center that would bring together engineers, economists, managers, production experts, and the like, both practitioners and academics, could grow into a center of learning – at least this is the hope of the President – that could help us all.“<sup>13</sup>

Johnson nutzte die Konferenz von Glassboro im Juni 1967, um den sowjetischen Premierminister Alexej Kosygin von der Einrichtung eines gemeinsamen Instituts zu überzeugen. Kosygin setzte seinen Schwiegersohn Džermen Gvišiani auf das Projekt an, der als Vizepräsident des *Komitees für Wissenschaft und Technologie* ein Vertreter der wissenschaftlich-technologischen Revolution in der Sowjetunion war und dem IIASA später lange eng verbunden bleiben sollte. Neben diesem über viele Jahre hinweg stabilen Kontakt gelang es Bundy ein illustres Netzwerk internationaler Planungsexperten, Industrieller und Wissenschaftsmanager zu engagieren, zu dem Persönlichkeiten wie Aurelio Peccei (Präsident von *Olivetti*, Gründer des *Club of Rome*), Alexander King (Generaldirektor für Bildung und Wissenschaft bei der OECD), der Zukunftsforscher Bertrand de Jouvenel (*Futuribles Internationales*), der Ingenieur Pierre Massé (Präsident von *Electricité de France*) oder der Organisationssoziologe Michel Crozier gehörten. In Großbritannien liefen die Gespräche über den nationalen Wissenschaftsberater Solly Zuckerman, in den USA gehörten Carl Kaysen (der genau wie Bundy von der nationalen Sicherheitspolitik in die akademische Welt zurück gewechselt und Direktor des *Institute for Advanced Study* in Princeton war), Joseph Bower (Harvard Business School), sowie der Spiel- und Entscheidungstheoretiker Howard Raiffa (damals Harvard, später erster Direktor des IIASA) in den engen Kreis derer, die regelmäßig in die Konsultationen einbezogen worden sind. Bundy holte auch bereits vor der Konferenz von Glassboro Einschätzungen von *RAND*-Mitarbeitern

---

<sup>13</sup> McGeorge Bundy, George Christian, and Francis M. Bator, News Conference at the White House 673-A, 15.12.1966, Lyndon B. Johnson Presidential Library, Austin, Texas, NSF Subject File: East-West Institute.

ein, etwa bei Roger Levien, Olaf Helmer, Sid Winter, Abraham Becker oder Herbert Goldhamer.<sup>14</sup>

Es sollte fast sechs Jahre bis zur Unterzeichnung der Charta zur Gründung des IIASA dauern. Ein komplizierter Prozess, in dem neben so praktischen Fragen nach der rechtlichen Organisationsform, der Finanzierung, dem Ort oder der technischen Ausstattung vor allem die Erwartungen, Ziele, Themen und Methoden eines solchen Instituts eine eigene Dynamik angenommen haben. Während die politischen Kalküle und die Regierungen wechselten, tauchten in den politisch und gesellschaftlich turbulenten Jahren um 1970 Themen und Herausforderungen auf, die dem Projekt zusätzliche Plausibilität und Dringlichkeit verliehen und dabei auch die ursprüngliche Intention überformten. Es sind die zeitgenössischen Debatten um die Neubewertung des Kalten Krieges, die Beschreibung neuer Qualitäten in den internationalen Beziehungen und das Auftauchen transnationaler Herausforderungen, die das IIASA als innovativen Ort wissenschaftlicher Zusammenarbeit aus der Taufe gehoben haben. Einige dieser Debatten werden im Folgenden skizziert.

## Die Auflösung der bipolaren Perzeption der Gegenwart

Um 1970 herum erschien den Zeitgenossen die Bipolarität des Kalten Krieges der 1950er und 1960er Jahre rückblickend als Quelle der strategischen Stabilität, als „era of certainty“<sup>15</sup>, als eine durch eine Reihe strategischer Kalküle kontrollierbare reziproke Situation. Doch allmählich sah es so aus, als ob die Spielregeln des Kalten Krieges einer Revision unterzogen werden müssten. Für die allgemeine Beobachtung Albrecht Koschorkes, dass „[w]enn in der Begegnung zweier Parteien keine von beiden Seiten einen hegemonialen Anspruch mehr geltend machen kann [...] eine neue Grammatik kultureller und epistemologischer *Verhandlungen* notwendig [werde], die mit herkömmlichen Mitteln nicht zu erzielen ist“<sup>16</sup>, liefern viele der damaligen politik- und sozialwissenschaftlichen Zeitdia-

---

**14** Roger E. Levien, International Center for the Study of Common Problems of the Industrialized Nations, 15.3.1967; Olaf Helmer, The Ford Foundation Plan for an International Center for the Study of Common Problems, 13.3.1967; Sid Winter, Advantages of an International Conference Center, 16.3.1967; Herbert Goldhamer, Center for Study of Common Problems, 15.3.1967; Abraham S. Becker, Center for Study of Common Problems, 14.3.1967, alle Rockefeller Archive Center, Ford Foundation, Grant File PA 73–564.

**15** Brzezinski: *Between Two Ages*, S. 274.

**16** Koschorke: *Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften*, S. 13.

gnosen anschauliche Beispiele. So erschien etwa in der ersten Oktoberwoche des Jahres 1972, in der auch die Gründung des IIASA in einem Festakt in London besiegelt wurde, im Magazin *Foreign Affairs* ein Artikel des einflussreichen Politikberaters Zbigniew Brzezinski mit dem Titel *How the Cold War Was Played*. Er beschreibt den Konflikt darin als unvermeidliches historisches Beziehungsmuster, mit abwechselnden Phasen der Dominanz der Supermächte. Dieses Verhältnis werde nun jedoch herausgefordert vom Auftauchen polyzentrischer Politiken, der überwältigenden Komplexität des gesellschaftlichen Wandels und von einem entstehenden planetarischen Bewusstsein, das die gemeinsamen Interessen der ganzen Menschheit in den Mittelpunkt rücken würde und die bipolare Konstellation entscheidend zu überlagern beginne (↗Die „Eine Welt“). Diese Entwicklungen würden, so der Autor, ein stärker kooperativ ausgerichtetes US-amerikanisch-sowjetisches Verhältnis befördern und gleichzeitig eine weniger intensive, aber weitaus umfassendere Rivalität erzeugen. Brzezinski schloss seinen Beitrag mit dem Ausblick, dass „the cold war is gradually being transformed from an implicitly apocalyptic conflict to an explicitly relativistic competition“<sup>17</sup>. Andere Autoren trugen zu dieser veränderten Wahrnehmungsweise weitere Analysen und Begrifflichkeiten bei, so etwa die Politikwissenschaftler Robert Keohane und Joseph Nye, die einen Paradigmenwechsel in der Konzeption internationaler Beziehungen forderten und diesen im einflussreichen Begriff der „Interdependenz“ fassten, der im Laufe der 1980er Jahre durch den politisch wirksameren Begriff der „Globalisierung“ abgelöst werden sollte (↗*Interdependenz*). Sie beschrieben damit das zunehmend spürbare Phänomen komplexer gegenseitiger Abhängigkeiten vielfältiger internationaler Akteure voneinander sowie den „control gap“, der sich bei der neuerdings erforderlichen politischen Ausgestaltung externer, inter- oder transnationaler Umwelten („external environments“) auftue.<sup>18</sup> Bereits seit Mitte der 1960er Jahre wurden unter anderem bei Zusammenkünften der NATO und der OECD strukturell ähnliche Debatten zu Fragen von Hegemonie, Abhängigkeiten und den Chancen von Kooperationen geführt. Unter dem Schlagwort „technological gap“ wurde ein den kulturellen Zusammenhalt bedrohendes Auseinanderdriften von US-amerikanischer und europäischer Wettbewerbsfähigkeit und Technologieentwicklung diskutiert. Im Kern ging es um die unterschiedlichen ökonomischen Dynamiken dies- und jenseits des Atlantiks, die sich in der unterschiedlichen Entwicklung einzelner Sektoren zeigte. Im großen, integrierten US-Markt ließen sich positive ökonomische Skaleneffekte erzeugen, was den Europäern die Nachteile des politisch und kulturell desintegrierten

---

17 Brzezinski: *How the Cold War Was Played*.

18 Nye/Keohane: *Transnational Relations*; siehe auch Leendertz: *Interdependenz*.

Kontinents offenbarte. Außerdem leisteten sich die US-Amerikaner – angetrieben vom Kalten Krieg – hohe Investitionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung. Diese und andere Faktoren resultierten in einem so empfundenen techno-wissenschaftlichen Vorsprung der Vereinigten Staaten.<sup>19</sup> Für viele Beobachter war der *gap* nicht allein technologischer Natur. Die psychologischen, politischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen, die der Übergang vom *GM age* zum *IBM age*, also die zunehmende Bedeutung moderner Computer- und Kommunikationstechnologien stellten, wurden als mindestens ebenso einschneidend angesehen. Pierre Massé sprach deshalb auch etwa eher vom *attitude gap*, Aurelio Peccei vom *managerial, education* und *innovation gap*. Er beschrieb die Situation 1969 in seinem Buch *The Chasm Ahead*: „Computers are not simple gadgetry [...]. They alter man’s mental environment. They enhance and multiply his thinking capacity and open up new vistas and heretofore undreamed-of opportunities for the solution of the increasingly complex problems of an industrial society. The computer revolution is altering the fabric of society in the United States to an extent unparalleled in Europe.“<sup>20</sup>

Brzezinski schlug ähnliche Töne an. Er sah vor allem in den unterschiedlichen Aneignungsgeschwindigkeiten neuen Wissens die „Gefahr einer intellektuellen Fragmentierung der Menschheit“ und es sei nicht ausgemacht, dass die moderne Welt „will become more homogeneous in its outlook. This may be so, but it could be the homogeneity of insecurity, of uncertainty, and of intellectual anarchy. The result, therefore, would not necessarily be a more stable environment.“<sup>21</sup> Obwohl der *technological gap* vielleicht eher als ein europäisches Problem erscheint – auch in den USA hat die konstatierte Ungleichzeitigkeit technologischer und ökonomischer Entwicklung Unsicherheiten erzeugt. Überzeugt davon, „that our future prosperity is mutually interdependent“, empfahlen sich Politiken der Zusammenarbeit mit den europäischen Regierungen „in applying science and technology to the common problems of highly industrialized countries.“<sup>22</sup> Deshalb befürworteten *Gap*-Theoretiker (neben konventionelleren ökonomischen Maßnahmen) eine intensivierte Kooperation zwischen den USA und Europa, den Transfer von Wissen und Technologien und die Schaffung neuer Kooperationsformate und Institutionen zur gemeinsamen Erforschung von übergreifenden Problemen industrialisierter Gesellschaften.

---

**19** Siehe hierzu Aurelio Peccei: *Challenge of 1970s; Europe and the Technological Gap*, CIA, 3. 2. 1967, Lyndon B. Johnson Presidential Library, Austin, Texas, NSF Country File: Europe, Vol. 3, 8/66 – 8/67; OECD: *Gaps in Technology*; Godin: *Technological Gaps*.

**20** Peccei: *Chasm Ahead*, S. 17.

**21** Brzezinski: *Between Two Ages*, S. 23.

**22** Hornig: *Report of the Interdepartmental Committee on the Technological Gap*.

Der Kontext dieser Debatten verlieh nicht nur der Einrichtung des IIASA ein zusätzliches Momentum, auch andere Institutionen entstanden, wie die von Brzezinski zusammen mit David Rockefeller gegründete *Trilaterale Kommission* ( $\nearrow$  *Trilateral Commission*) oder der *Club of Rome*, in dem unter anderem Peccei und King eine Gruppe einflussreicher Bürokraten und kritischer Wissenschaftler versammelten. Die Systemdenker im *Club of Rome* lieferten mit dem Begriff der „Problématique“ zudem so etwas wie ein epistemisches Design, um komplizierte Zusammenhänge und kritische Wechselbeziehungen systematisch darstellen zu können und die Notwendigkeit systemischer Transformationen zu thematisieren.<sup>23</sup> Computersimulationen und mathematische Modellierungen sollten später folgen ( $\nearrow$  *Die „Eine Welt“*). Vieles spricht dafür, diese Lagebeschreibungen auch als Symptome eines epistemischen Bruchs zu lesen, als intellektuelle Krisen des Wissens, Verstehens und Begreifens<sup>24</sup>, angesichts zunehmend komplexer erscheinender Beziehungen zwischen Ökonomien, Gesellschaften und Staaten untereinander, zwischen Systemen und ihren Umwelten. Interessanterweise tauchte zur gleichen Zeit auch in den Wissenschaften mit der Konjunktur komplexitätstheoretischer oder „neo-katastrophischer“ Ansätze ebenfalls ein breites Interesse für die Eigenschaften und nichtlinearen Dynamiken von Systemen mit sensitiven Abhängigkeiten auf; Theorien also, die epistemisch im Kern als Derivate einer „Figur des Dritten“ gelten können. Zu nennen wären hier etwa die mathematische Katastrophentheorie oder die Chaos-Forschung, die früh in der Ökologie und der Meteorologie Anwendung gefunden haben.<sup>25</sup> Ähnlich wie viele gesellschaftspolitische Zeitdiagnosen etwa mit den vielfältigen Rückkopplungseffekten im Zusammenhang mit der rasanten Entwicklung von Computern, Massenmedien und Technologien befassten und soziale „contagion effects“<sup>26</sup> thematisierten, die den Eindruck zunehmend unkontrollierter, sprunghafter, unvorhergesehener und transversaler Entwicklungen verstärkten<sup>27</sup> – sowohl innerhalb von Gesellschaften als auch in Bezug auf transnationale Bewegungen<sup>28</sup>, so befassten sich die wissenschaftlichen Theorien mit strukturähnlichen Phäno-

---

**23** Ozbekhan: *The Predicament of Mankind*.

**24** Leendertz: *Das Komplexitätssyndrom*.

**25** Agar: *Science in the 20th Century*, S. 429 – 432; zur Katastrophentheorie siehe Aubin: *Forms of Explanations*; zur Chaostheorie Gleick: *Chaos*; vgl. auch Koschorke: *Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften*, S. 15.

**26** Keohane/Nye: *Power and Interdependence*, S 12.

**27** Siehe u. a. McLuhan: *Understanding Media*; Brzezinski: *Between Two Ages*; Peccei: *Chasm Ahead*; Toffler: *Future Shock*; Taylor: *The Moment of Complexity*.

**28** Suri: *Power and Protest*.

menen, mit komplexen Systemen, multiplen Agenten, *tipping points*, kritischen Schwellen und Emergenz.

Unter diesen Voraussetzungen verloren Handlungsprogramme, deren Rationalität am Antagonismus einer bipolaren politischen Situation entwickelt wurde, oder die von einfach herzustellender Gewissheit, Kontrolle und Entscheidbarkeit ausgingen, an Überzeugungskraft. Als Reaktion auf dieses neue multipolare und polyzentrische Bewusstsein erschlossen sich politische Akteure alternative Aktionsfelder und Arenen (ASEAN), für deren Exploration und Gestaltung neue Epistemologien, neue Formen der Produktion von Wissen und neue Strategien zur Herstellung von Evidenz entworfen werden mussten. Die Einrichtung des IIASA ist als ein solches Projekt zu verstehen, in dem ein spezifischer Denkstil entwickelt werden sollte: eine ko-produktive Institution des internationalen und interdisziplinären Austauschs und Lernens mit einem besonderen Fokus auf problemorientierten Methoden, auf der Performativität des Wissens und einem postpositivistischen und postmodernen Ansatz.<sup>29</sup> Das mitgebrachte Arsenal von Methoden aus den Bereichen Kybernetik, *Operations Research*, Systemanalyse und Szenariotechniken, deren Ursprünge in den Ingenieurs- und Wirtschaftswissenschaften, später aber vor allem im militärischen Bereich lagen, war bereits in den 1960er Jahren zur Verwissenschaftlichung und Steuerung ziviler und ökonomischer Planungsprobleme zum Einsatz gekommen. Der mit diesem Vokabular verbundene Denkstil sollte durch interdisziplinäre Kooperationen wie am IIASA zunehmend auch in wissenschaftliche Projektkulturen diffundieren. Neue Methoden kamen hinzu, etwa *Decision Analysis*, *Integrated Assessment*, *Global Modeling* oder auch Komplexitätstheoretische Rahmungen.

## Wissenschaftlich-diplomatische Kooperation

Während internationale wissenschaftliche Kooperationen zumindest unter den Bedingungen des frühen Kalten Krieges offiziell häufig durch ein gemeinsames Interesse an naturwissenschaftlicher Grundlagenforschung legitimiert werden konnten (etwa das *Internationale Geophysikalische Jahr* 1957/58), so markieren die Initiativen einer von der Wahrnehmung komplexer Probleme motivierten Zusammenarbeit seit den späten 1960er Jahren einen neuen Modus wissenschaftlicher Kollaboration, den man als diplomatischen Modus bezeichnen kann. Dieser konstituiert sich durch das Ausloten gemeinsamer Interessen und die Erarbeitung international kompatibler Expertisen, um die behaupteten universellen und glo-

---

<sup>29</sup> Rindzeviciute: *The Power of Systems*, Kap 3; Graf: *Détente Science*.



balen Probleme moderner Gesellschaften sowohl jene im Verhältnis der Staaten untereinander, zunehmend auch im Verhältnis zur globalen Umwelt verstehbar, verhandelbar und regierbar zu machen. Der Begriff des „Problems“ und die Wendung „common problems of advanced societies“ hatte sich ja bereits über den Gründungsprozess hinweg als nachhaltiger Begründungszusammenhang für die Verhandlungspartner in Ost und West erwiesen und die Problemorientierung sollte auch als spätere *Raison d’Être* des IIASA fungieren. Der zweite IIASA-Direktor und frühere RAND-Mitarbeiter Roger Levien unterschied etwa *universelle* und *globale* Probleme. *Universelle* Probleme existieren innerhalb nationaler Grenzen, sind auch weitgehend national lösbar, werden aber von allen Nationen geteilt: „Hence the purpose of studies of these problems was to identify approaches that could be applied in many, if not always all, nations“. Dazu zählten zum Beispiel Stadtplanung, Regionalentwicklung oder Gesundheitssysteme (→*Stadtplanung*). *Globale* Probleme sind hingegen solche, die nationale Grenzen überschreiten und nur in gemeinsamer Anstrengung gelöst werden können: „The purpose of these studies was to establish a common basis of understanding of the nature of the problem and of approaches to its resolution that could be used in international negotiations and by international bodies.“<sup>30</sup> Was an diesen Differenzierungen erkennbar wird, ist ein wissenschaftspolitisches Engagement für eine neue Klasse von Problemen, deren Ursachen und Wirkungen jenseits nationaler Grenzen oder politischer Blöcke lagen und deshalb schwierig zu kontrollieren waren.

Bei der Einrichtung des Instituts wurde auf eine gewisse Flexibilität der weiterführenden Agenda geachtet. Die Themen und Forschungsschwerpunkte, über die sich das IIASA in den 1970er und 1980er Jahren profiliert hat, erscheinen schließlich zu einem gewissen Grad kontingent. Sie sind einerseits eng mit den jeweiligen Interessen der leitenden und zumeist hochkarätigen Wissenschaftler verknüpft. Andererseits richteten sie sich vor allem an den zahlreichen kontrovers diskutierten aufkommenden Themen der Zeit aus. Ob Energiekrise, Klimawandel oder Nachhaltigkeit: Die bis dahin im Kalten Krieg eingeübten Handlungsmuster schienen durch Debatten um Bevölkerungsexplosionen, die mögliche Endlichkeit natürlicher Ressourcen, grenzüberschreitende Umweltverschmutzung und das Szenario eines globalen Klimawandels überholt. Um diese Fragen sollte sich am IIASA eine international vernetzte und einflussreiche Expertengemeinschaft herausbilden, deren Protagonisten auch heute noch wichtige Akteure in diesen Diskursen darstellen. In den Projekten sind Modellierungen und Lösungsansätze zum Umgang mit später in der Wissenschaftsforschung sogenannten post-nor-

---

30 Levien: RAND, IIASA, and the Conduct of Systems Analysis, S. 454.

malen Problemen („where facts are uncertain, values in dispute, stakes high and decisions urgent“<sup>31</sup>) entwickelt worden, die nachhaltig wirksam geworden sind. Als Beispiele wäre hier etwa die Eindämmung grenzüberschreitender Umweltverschmutzung zu nennen, wie zum Beispiel der „saure Regen“, ein Problem das dadurch entsteht, dass Industrieemissionen durch das Wetter in benachbarte Regionen transportiert werden, wo sie Schäden an Wäldern, Gewässern und Gebäuden anrichten können. Durch den Austausch und die Zusammenführung von Emissionsdaten und den Abgleich mit aktuellen Wetterlagen ließen sich diese grenzüberschreitenden Zusammenhänge darstellen und verschiedene Lösungsszenarien abschätzen.<sup>32</sup> Daneben sind am IIASA schon früh gekoppelte Klima-Ökonomie-Szenarien entwickelt worden, in denen verschiedene Technologie- und Emissionspfade durch sogenannte Integrated Assessment-Modelle<sup>33</sup> bewertet und regulative Ansätze plausibilisiert werden konnten. Auch die ökologische Resilienz-Forschung und die Anwendung und Übertragung ökologischer Systemdynamiken auf technologie- und gesellschaftspolitische Planungen hatte am IIASA in den 1970er und 1980er Jahren Konjunktur.<sup>34</sup> Weiterhin weisen ambitionierte Forschungsinfrastrukturprojekte darauf hin, dass durch wissenschaftliche Kooperationen neue technische Ebenen transnationaler Zusammenarbeit gestiftet werden sollten. Ein Indiz dafür ist die Ansiedlung von Agenturen wie der *International Federation of Automatic Control* (IFAC) oder der *International Federation for Information Processing* (IFIP) in Laxenburg – beides Verbände zur Entwicklung internationaler Standards in der Computer- und Automatisierungstechnik. Schon seit Mitte der 1970er Jahre arbeiteten Informatiker am Institut in diesem Kontext auch am Aufbau eines Computernetzwerks, in dem Rechenkapazitäten geteilt und verschiedene Rechenzentren und wissenschaftliche Institutionen in den IIASA-Mitgliedsstaaten miteinander verbunden werden sollten.<sup>35</sup> Dabei ging es auch um die Entwicklung von Standards für den Austausch von Daten im Kontext spezifischer Projekte und um Telekonferenzsysteme – also um technische Austauschformate und Forschungsinfrastrukturen, die eine grenzüberschreitende Zirkulation von Daten und Wissen ermöglichen sollten.<sup>36</sup>

Die Geschichte des IIASA liefert aufschlussreiche aber auch ambivalente Aspekte für die Transformation binärer Ordnungsvorstellungen im Kalten Krieg.

---

31 Funtowicz/Ravetz: *Science for the Post-Normal Age*, S. 744.

32 Alcamo et al: *Acid Rain in Europe*; Rindzeviciute: *The Power of Systems*, Kap. 7.

33 Nordhaus: *Can We Control Carbon Dioxide*; Williams: *Carbon Dioxide*; Mauelshagen: *Das Zeitalter der Ungewissheit*.

34 Schrickel: *Von Schmetterlingen und Atomreaktoren*.

35 Dittmann: *Technik versus Konflikt*.

36 Sebestyén: *Experimental and Operational East-West Computer Connections*.

Einerseits zeigt sie, dass sich der Ost-West-Konflikt angesichts neu auftauchender globaler Phänomene und durch intellektuelle und epistemische Krisen zu transformieren begann und binäre Muster ein Stück weit zu suspendieren vermochten.<sup>37</sup> So wird in der Gründungsgeschichte des IIASA beispielsweise der Einfluss von Gap- und Interdependenztheorien auf die Gestaltung internationaler Beziehungen und die Erwartungen an internationale Kooperationen in Wissenschaft und Technik in dieser Zeit deutlich, die über die bis dahin übliche Zusammenarbeit in der Grundlagenforschung hinausging. Organisationen wie das IIASA sollten kommunikative Brücken bauen und Methoden der Zusammenarbeit und der Bewertung komplexer Probleme entwickeln. Das Institut wurde mit dem Mandat ausgestattet, auf hochrangiger Ebene Probleme der Moderne und der Industrialisierung überhaupt zu thematisieren und Expertisen auszuarbeiten, die zur Bewältigung komplizierter, auch transnationaler Planungsprobleme herangezogen werden konnten. Vorangetriebene Kooperation muss aber andererseits durchaus auch als politisches Kalkül gelesen werden, das der Absicherung von Deutungshoheiten, Bewertungsspielräumen und Einflussmöglichkeiten dient, vor allem in Problemkonstellationen, die epistemisch nicht mehr eindeutig entscheidbar sind und in einer Welt, die als polyzentrisch, multipolar und interdependent gedeutet wurde.

## Literatur und publizierte Quellen:

- Agar, Jon: *Science in the 20th Century and Beyond*, Cambridge 2012.
- Alcamo, Joseph/Kauppi, Pekka/Posch, Maximilian/Runca, Eliodoro: *Acid Rain in Europe. A Framework to Assist Decision Making*, IIASA Working Paper, WP-84-032, o.O. April 1984.
- Aronova, Elena: *Studies of Science before ‚Science Studies‘. Cold War and the Politics of Science in the U.S., U.K., and U.S.S.R. 1950s–1970s*, Dissertation, San Diego 2012, <http://escholarship.org/uc/item/0xs6x1rw> (1.11.2017).
- Aubin, David: *Forms of Explanations in the Catastrophe Theory of René Thom. Topology, Morphogenesis, and Structuralism*, in: Wise, M. Norton (Hg.): *Growing Explanations. Historical Perspectives on Recent Science*, Durham u. a. 2004, S. 95–132.
- Brandstetter, Thomas/Pias, Claus/Vehlken, Sebastian (Hg.): *Think Tanks. Die Beratung der Gesellschaft*, Zürich 2010.
- Brzezinski, Zbigniew: *How the Cold War was Played*, in: *Foreign Affairs* 51 (1972), Heft 1, S. 181–209.
- Brzezinski, Zbigniew: *Between Two Ages. America’s Role in the Technotronic Era*, New York 1970.
- Dittmann, Frank: *Technik versus Konflikt. Wie Datennetze den Eisernen Vorhang durchdrangen*, in: *Osteuropa* 59 (2009), Heft 10, S. 101–119.

---

<sup>37</sup> Iriye: *Historicizing the Cold War*.

- Edwards, Paul N.: *Meteorology as Infrastructural Globalism*, in: *Osiris* 21 (2006), Heft 1, S. 229–250.
- Erickson, Paul/Klein, Judy L./Daston, Lorraine/Lemov, Rebecca/Sturm, Thomas/Gordin, Michael D.: *How Reason Almost Lost Its Mind. The Strange Career of Cold War Rationality*, Chicago 2013.
- Funtowicz, Silvio O./Ravetz, Jerome R.: *Science for the Post-Normal Age*, in: *Futures* 25 (1993), Heft 7, S. 739–755.
- Gaddis, John Lewis: *The Cold War. A New History*, New York 2005.
- Gleick, James: *Chaos. Die Ordnung des Universums. Vorstoß in Grenzbereiche der modernen Physik*, München 1988.
- Godin, Benoit: *Technological Gaps. Quantitative Evidence and Qualitative Arguments*, Working Paper CSIIIC, Montreal 2003.
- Graf, Rüdiger: *Détente Science? Transformations of Knowledge and Expertise in the 1970s*, in: *Centaurus* 59 (2017), Heft 1–2, S. 10–25.
- Greiner, Bernd: *Macht und Geist im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick*, in: ders./Müller, Tim B./Weber, Claudia (Hg.): *Macht und Geist im Kalten Krieg*, Hamburg 2011, S. 7–27.
- Hornig, Donald: *Report of the Interdepartmental Committee on the Technological Gap*, Washington, D.C. 1967.
- Hounshell, David A.: *Epilogue. Rethinking the Cold War, Rethinking Science and Technology in the Cold War, Rethinking the Social Study of Science and Technology*, in: *Social Studies of Science* 31 (2001), Heft 2, S. 289–297.
- Iriye, Akira: *Historicizing the Cold War*, in: Immerman, Richard/Goedde, Petra: *The Oxford Handbook of the Cold War*, Oxford 2013, S. 15–31.
- Jasanoff, Sheila: *States of Knowledge. The Co-Production of Science and the Social Order*, London 2004.
- Keohane, Robert O./Nye, Joseph S.: *Power and Interdependence. World Politics in Transition*, Boston 1977.
- Koschorke, Albrecht: *Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften*, in: Eßlinger, Eva/Schlechtriemen, Tobias/Schweitzer, Doris/Zons, Alexander (Hg.): *Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma*, Berlin 2010, S. 9–31.
- Krige, John: *Science and Technology and Diplomacy (Post-1945)*, in: Sloten, Hugh Richard (Hg.): *The Oxford Encyclopedia of the History of American Science, Medicine, and Technology*, Oxford 2014, S. 252–267.
- Krige, John/Barth, Kai-Henrik: *Introduction. Science, Technology, and International Affairs*, in: *Osiris* 21 (2006), Heft 1, S. 1–21.
- Leendertz, Ariane: *Das Komplexitätssyndrom. Gesellschaftliche „Komplexität“ als intellektuelle und politische Herausforderung in den 1970er Jahren*, MPIfG Discussion Paper, Köln 2015.
- Leendertz, Ariane: *Interdependenz, Krisenbewusstsein und der Beginn eines Neuen Zeitalters. Die USA und die Neuverortung der transatlantischen Beziehungen in den 1970er Jahren*, in: Bösch, Frank/Hoeres Peter (Hg.): *Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Göttingen 2013, S. 232–250.
- Levien, Roger E.: *RAND, IIASA, and the Conduct of Systems Analysis*, in: Hughes, Agatha C./Hughes, Thomas P. (Hg.): *Systems, Experts, and Computers*, Cambridge, MA 2000, S. 433–461.
- Nye, Joseph S./Keohane, Robert O.: *Transnational Relations and World Politics. A Conclusion*, in: *International Organization* 25 (1971), Heft 3, S. 721–48.

- Mauelshagen, Franz: Das Zeitalter der Ungewissheit. Zukunftsszenarien und globale Bedrohung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Nicolai Hannig (Hg.): Vorsorgen in der Moderne, München 2017, S. 79–104.
- McLuhan, Marshall: Understanding Media. The Extensions of Man, New York 1964.
- Nordhaus, William D.: Can We Control Carbon Dioxide? IIASA Working Paper. WP-75–063, Laxenburg 1975.
- OECD: Gaps in Technology between Member Countries. General Report, Paris 1968.
- Ozbekhan, Hasan: The Predicament of Mankind. A Quest for Structured Responses to Growing World-Wide Complexities and Uncertainties. Proposal to the Club of Rome, o.O. 1970.
- Peccei, Aurelio: The Chasm Ahead, London 1969.
- Peccei, Aurelio: The Challenge of 1970s for the World of Today. From a Lecture given at the National Military College, Buenos Aires, 27.9.1965, in: Malaska, Pentti/Vapaavuori, Matti (Hg.): The Club of Rome. The Dossiers 1965–1984, Helsinki 2005, S. 5–16.
- Reisch, George A.: Telegrams and Paradigms. On Cold War Geopolitics and the Structure of Scientific Revolutions, in: Aronova, Elena/Turchetti, Simone (Hg.): Paradigms Defected. Science Studies during the Cold War and Beyond, London 2016, S. 23–53.
- Rindzeviciute, Egle: The Power of Systems. How Policy Sciences Opened Up the Cold War World, Ithaca, NY 2016.
- Riska-Campbell, Leena: Bridging East and West. The Establishment of the International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA) in the United States Foreign Policy of Bridge Building 1964–1972, Helsinki 2011.
- Roelcke, Volker: Auf der Suche nach der Politik in der Wissensproduktion. Plädoyer für eine historisch-politische Epistemologie, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 32 (2010), Heft 2, S. 176–92.
- Schröckel, Isabell: Von Schmetterlingen und Atomreaktoren. Medien und Politiken der Resilienz am IIASA, in: Behemoth. A Journal on Civilization 7 (2014), Heft 2, S. 5–25.
- Sebestyén, Istvan: Experimental and Operational East-West Computer Connections. The Telecommunication Hardware and Software, Datacommunication Services and Relevant Administrative Procedure, Laxenburg 1983.
- Smith, James A.: Idea Brokers. Think Tanks and the Rise of the New Policy Elite, New York 1993.
- Suri, Jeremi: Power and Protest. Global Revolution and the Rise of détente, Cambridge, MA 2009.
- Taylor, Mark C.: The Moment of Complexity. Emerging Network Culture, Chicago 2001.
- White, H. Theodore: The Action Intellectuals, in: Life Magazine vom 9.6.1967.
- Toffler, Alvin: Future Shock, New York 1970.
- Williams, J.: Carbon Dioxide, Climate and Society, in: Proceedings of an IIASA Workshop, 21.–24.2.1978, Oxford 1978.



## Grischa Sutterer

# Islamismus

Im Kalten Krieg standen sich auf den Ebenen der Ideen und politischen Formationen zwei konträre Ordnungsvorstellungen gegenüber, die jeweils einen universellen Anspruch geltend machten. Gleichzeitig hatten diese eine ordnende Funktion für den Ablauf der Geschichte, da sowohl die Vergangenheit als auch die Zukunft jeweils in den Rahmen eines teleologischen Fortschrittsnarratives eingepasst wurden. In der politischen, ökonomischen und nicht zuletzt kulturellen Praxis bedeutete dies die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie und der Marktwirtschaft in den Staaten des „Westens“. Im „Osten“ bildeten die Einparteien-Diktatur und die planwirtschaftliche Ökonomie die strukturellen Rahmenbedingungen für die Gesellschaftsentwicklung. Blickt man auf die Dichotomie zwischen Ost und West lässt sich trotz aller Unterschiede, Rivalitäten, großen und kleinen Konflikten auch eine *gemeinsame ideelle Achse* ausmachen. Die politischen Ordnungsvorstellungen des Westens sowie des Ostens formierten sich nicht nur um eine zwar antagonistische, aber gemeinsame geteilte binäre Logik. Darüber hinaus traten beide Systeme mit dem Anspruch an, eine entsprechende Alternative zu ebenso traditionellen wie partikularen nationalen oder religiösen Gesellschaftsordnungen zu schaffen. Die Ideologeme, Ziele und Mittel hierzu waren zwar unterschiedlich und konnten als Antagonismen gegeneinander in Stellung gebracht werden. Der gemeinsame Kern von Modell West und Modell Ost gründete jedoch darauf, die Herausforderungen der Industriegesellschaften zu bewältigen und diese sinnvoll organisieren zu können. In Bezug auf die im Prozess der Dekolonisierung entstandenen Staaten der „Dritten Welt“ bedeutete dies das Angebot zweier alternativer Wege für die Transformierungen ihrer Gesellschaften in Richtung der industriellen Moderne: einmal in Form der Modernisierungstheorie und einmal in Rahmen der marxistisch-leninistischen Geschichtsteologie.<sup>1</sup>

Alternativen zur bipolaren Ordnung der Welt gab es seit Beginn des Kalten Krieges sowohl auf epistemologischer als auch polit-organisatorischer Ebene viele ( $\nearrow$ Die Blockfreien/Bündnisfreien;  $\nearrow$ ASEAN;  $\nearrow$ Die „Eine Welt“). Als epistemologischen Zugang zur heuristischen Einordnung dieser außerhalb und gleichzeitig in Bezug zum Kalten Krieg stehenden Phänomene schlagen die Herausgeber dieses Sammelbandes die Figur des „Dritten“ vor.<sup>2</sup> Das Dritte trat ins-

---

1 Vgl. Westad: The Cold War and the International History, S. 13–15.

2 Siehe Koschorke: Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften, S. 9.

besondere im „epistemologischen Ausnahmezustand“<sup>3</sup> des späten 20. Jahrhunderts in der Form verschiedener Phänomene auf, welche die bipolare Ordnung des Kalten Krieges in Frage stellten. Dabei entwickelten manche dieser neuartigen Erscheinungen die Tendenz, in den Prozessen der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Konflikte die binäre Logik durch eine Neukonfiguration der beiden Pole umzucodieren. Aus der Sicht eines vermeintlichen Dritten konnten so das westliche und östliche Ordnungssystem des Kalten Krieges zu einem einzigen Gegner verschmelzen, der im Rahmen einer universellen wiederum binär codierten Freund-/Feindunterscheidung bekämpft werden musste. Der ehemalige Dritte bildete nun als Zweites einen Pol in einer globalen Auseinandersetzung. Der Referenzrahmen des Kalten Krieges wurde so einerseits durch ein Zusammenfassen der ursprünglichen Antagonisten in den Containerbegriff einer säkularen Industriemoderne zu einem neuen systematisch integrierten Feindbild transzendiert. Andererseits wurden aber gleichzeitig die Elemente seiner ideellen Achse, die für die Moderne und den Kalten Krieg typische Binarität, beibehalten und in überzeitlichen Kontexten verortet.

## Der politische Islam im Kontext des Kalten Krieges

Eine solche Figur des Dritten, die sich aufmacht zum Zweiten zu werden, ist der Islamismus. Die Analysebegriffe „Islamismus“, „radikaler politischer Islam“ und „islamischer Fundamentalismus“ können für die Fragen dieses Essays als Synonyme verwendet werden.<sup>4</sup> Mithilfe einer idealtypischen Abstraktion sollen zu-

---

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Um die Verwendung, Definition und Stichhaltigkeit dieser drei Begriffe gab und gibt es mannigfaltige Forschungsdiskussionen. Islamischer Fundamentalismus und Islamismus sind Analysebegriffe, welche beide in den 1980er Jahren aufkamen. In der Forschungsdiskussion setzte ab Mitte der 1980er Jahre eine Kritik des Begriffes Islamischer Fundamentalismus ein. Insbesondere wurde thematisiert, dass sich die beschriebene politische Ordnungsvorstellung gerade nicht durch eine buchstabengetreue Auslegung des Korans legitimiere, sondern deren Vertreter erkennbar selektiv mit der religiösen Überlieferung umgingen. Trotzdem trug insbesondere die vergleichende Fundamentalismusforschung zum Erkenntnisgewinn bei, da sie ähnliche Strukturmerkmale wie beispielsweise eine binäre Gut-Böse Logik und totalitäre Visionen in Bezug auf eine konstruierte Urgesellschaft in verschiedenen Fundamentalismen nachweisen konnte. So verweist der Vergleich der christlichen, islamischen und hinduistischen Fundamentalismen seit den 1970ern auf die zeitgenössischen Entstehungskontexte der beschriebenen Phänomene. Da dieser Aufsatz den Zusammenhang zwischen der sowohl mit dem Begriff Islamismus als auch islamischer Fundamentalismus beschriebenen politischen Ordnungsvorstellung und der ideellen



nächst diejenigen wesentlichen Charakteristiken dieses Phänomens herausgearbeitet werden, welche in Verbindung zur ideellen Achse des Kalten Krieges stehen. Im zweiten Schritt werden die zeitgenössischen Deutungen und Einschätzungen des Islamismus im Westen und Osten analysiert und verortet (*↗Geheimdienste*). Die Entwicklungen und Ausdifferenzierungen des politischen Islams aus ideengeschichtlicher Perspektive sowie der politischen Organisation werden nicht näher betrachtet.<sup>5</sup> So wird auf die Spaltung in sunnitischen und schiitischen Islamismus sowie auf die Entwicklungsphasen einzelner islamistischer Organisationen wie der Muslimbruderschaft, Hamas oder Hisbollah nicht näher eingegangen.<sup>6</sup>

Der politische Islam als ideologische Herausforderung der universellen Ansprüche der beiden Parteien des Kalten Krieges tritt in das Bewusstsein sowohl der westlichen als auch östlichen Sicherheitsorgane, wissenschaftlicher Institutionen und Öffentlichkeiten durch zwei Schlüsselereignisse im Jahr 1979: die Iranische Revolution und der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan.<sup>7</sup> Im Iran kam es im Jahr 1979 zur Machtübernahme Ruhollah Musawi Khomeinis, nachdem Schah Mohammad Reza Pahlavi zur Abdankung gezwungen worden war. Durch fortgesetzten Terror und die Überlegenheit in den Kämpfen auf den Straßen Teherans gelang es den Anhängern Khomeinis, den Weg zur Installierung der Islamischen Republik zu ebnen. Die Islamische Revolution im Iran wurde schon bald zu einem Ereignis von internationaler Tragweite. Mit der Geiselnahme in der US-amerikanischen Botschaft in Teheran im November des Jahres 1979 sowie der Bildung schiitischer Paramilitärs in mehreren Staaten – die bekannteste

---

Achse des Kalten Krieges thematisiert, ist es dennoch möglich, diese Begriffe in diesem Kontext als Synonyme zu verwenden. „Radikaler“ politischer Islam verweist wiederum in diesem Text auf die zentrale Bedeutung des Faktors Gewalt, welcher das Unterscheidungsmerkmal zu „moderaten“ Varianten des Islamismus darstellt. So finden sich innerhalb der Organisation der Muslimbrüder sowohl Vertreter eines radikalen als auch moderaten politischen Islams. Siehe dazu Seidensticker: Islamismus, S. 10–12 und 75 f.

<sup>5</sup> Die Forschungsliteratur bezüglich der Analyse des Islamismus ist dabei nicht mehr zu überschauen. Exemplarisch dazu Moser: Politik auf dem Pfad Gottes; Steinberg: Der nahe und der ferne Feind.

<sup>6</sup> Vgl. Seidensticker: Islamismus; Gerges: The Islamist Moment; Kepel: Schwarzbuch des Dschihad.

<sup>7</sup> Vgl. zur Wirkung der islamischen Revolution im Iran und des Afghanistankrieges im westdeutschen Kontext Bösch: Zwischen Schah und Khomeini, S. 319–321; Bresselau von Bressendorf: Die unterschätzte Herausforderung, S. 665–669; im internationalen Kontext Westad: The Global Cold War, S. 288 f.

Organisation unter ihnen war und ist die libanesische Hisbollah – zeigte sich schnell die internationale Dimension der Islamischen Revolution.<sup>8</sup>

Ähnlich entwickelte sich die Situation in Afghanistan. Nach einem von der Sowjetunion unterstützten Staatsstreich der *Demokratischen Volkspartei Afghanistans* (DVPA) gegen Präsident Mohammed Daoud Khan im April des Jahres 1978 zeigte sich die Instabilität des Regimes in Kabul. Im März 1979 kam es in der westafghanischen Stadt Herat durch Einwohner der Stadt, islamistische Verbände und Überläufer aus der lokalen Garnison der 17. Division der afghanischen Armee zu einem massiven Aufstand gegen das Regime. Der Widerstand verstärkte sich noch durch die sowjetische Invasion Afghanistans. Durch den Einmarsch bekam der regionale islamische Fundamentalismus starken Auftrieb, da sich nun die lokalen Stämme unter dem Banner der Islamisten im Kampf gegen die fremden Invasoren vereinten. Sie taten dies auch aus praktischen Erwägungen, da die islamistischen Gruppen als Schnittstelle für die pakistanische und später US-amerikanische Waffenversorgung fungierten. Des Weiteren wurde in den Augen weiter Teile der afghanischen Bevölkerung durch die sowjetischen Versuche, das kommunistische Regime zu stabilisieren, die Idee des säkularen Staates grundsätzlich diskreditiert.

Im Laufe des Afghanistankrieges entwickelte sich ein System, welches finanzielle Ströme und die Rekrutierung von Kämpfern aus dem arabischen Raum für den Krieg in Afghanistan koordinierte.<sup>9</sup> Eine wichtige Rolle spielte dabei Abdullah Azzam. Azzam, ursprünglich aus dem Westjordanland stammend, studierte von 1963 bis 1966 an der Universität Damaskus islamisches Recht und wurde im Jahr 1973 an der Al-Azhar-Universität in Kairo promoviert. Er befand sich damit zur richtigen Zeit am richtigen Ort, um Kontakte zur islamistischen Bewegung Ägyptens zu etablieren. Nach weiteren Umzügen nach Jordanien und Saudi-Arabien war Azzam zu einem der am besten vernetzten Akteure innerhalb der in nahezu allen arabischen Staaten etablierten Muslimbruderschaft geworden. Diese Verbindungen nutzte er schließlich, um Anfang der 1980er Jahre im pakistanischen Peschawar unweit der afghanischen Grenze das *Dienstleistungsbüro* (Maktab al-Chidamât) zu gründen. Das Ziel dieser Organisation war die Koordination der arabischen Freiwilligen für einen Guerillakrieg gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan. Von Peschawar aus wurden die Kämpfer auf die Schlachtfelder und Ausbildungslager in Afghanistan verteilt. Dabei entwickelte sich ab 1984 eine autonome Militärstruktur der arabischen Kämpfer im afghanischen Grenzgebiet. Peschawar war zu einem ideologischen Schmelztiegel und zur

---

<sup>8</sup> Siehe ebd., S. 292–299.

<sup>9</sup> Vgl. ebd., S. 299–301 und 326–328.

Kontaktzone islamistischer Freiwilliger und Kriegsabenteurer aus dem arabischen Raum geworden, aus dem die seit Anfang der 1990er als Al-Qaida bekannte Terrororganisation hervorging.<sup>10</sup>

Khomeini und Azzam wurden durch ihre Aktivitäten zu zwei der wichtigsten Ideengeber innerhalb des islamistischen Milieus. Ihre ideologische Reichweite erstreckte sich dabei weit über ihren politischen Wirkungskreis hinaus. So wendete sich Khomeini in seiner Rede zum iranischen Neujahr am 21. März 1980 sowohl gegen den Westen als auch gegen den Osten: „It is our duty to stand up to the superpowers and we have the ability to stand up against them, provided that our intellectuals give up their fascination with Westernization or Easternization [...]. We are fighting against international communism to the same degree that we are fighting against the Western world – devourers led by America, Israel and Zion. [...] We should try hard to export our revolution to the world, and should set aside the thought that we do not export our revolution, because Islam does not regard various Islamic countries differently and is the supporter of all the oppressed people of the world.“<sup>11</sup> Azzam verfasste 1984 eine Fatwa mit dem Titel *Die Verteidigung der muslimischen Gebiete ist die oberste Pflicht des Einzelnen*. In jenem Dokument begründete er den „Dschihad“ als Gebot, welches bei einer Bedrohung der „muslimischen Gemeinschaft“ (Umma) zu einer persönlichen Pflicht des einzelnen Muslims wird: „Das heißt, dass Gott dem Menschen dieses Gesetz [Das Gesetz der Verteidigung] auferlegt hat, [...], anders gesagt, den Kampf zwischen Wahrem und Falschen, im Interesse der Menschheit, auf dass die Wahrheit herrsche und Gutes sich entfalte, und auch damit die anderen Religionen und die Kultstätten durch dieses Gesetz ausgelöscht werden [...]“<sup>12</sup>

Azzam schrieb diese Zeilen während des Afghanistankrieges mit dem Ziel, Muslime zum Kampf gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Für ihn war die Umma in zwei Territorien mit auswärtigen Invasoren konfrontiert: in Afghanistan mit sowjetischen Invasoren und im Nahen Osten mit der vermeintlichen „Weltverschwörung“ der US-Amerikaner und Juden im Rahmen des arabisch-israelischen Konfliktes.<sup>13</sup> Beide Schauplätze erforderten sowohl für Azzam als auch Khomeini

---

**10** Azzams bevorzugte Kampfform für den Dschihad war bis zu seinem Tod im November 1989 der Guerillakrieg. Die Transformierung des von ihm begründeten paramilitärischen Netzwerkes zur global agierenden Terrorgruppe Al-Qaida erfolgte unter der Führung Osama bin Ladens, siehe Hegghammer: Abdullah Azzam.

**11** Khomeini: We shall confront the world, S. 22.

**12** Azzam: Die Verteidigung der muslimischen Gebiete ist die oberste Pflicht des Einzelnen, zitiert nach Kepel/Milelli (Hg.): Al-Qaida, S. 176 [Einfügung GS].

**13** Ebd., S. 182.

die Mobilisierung der gesamten muslimischen Welt zur Führung von Kriegen gegen den Westen und den Osten.

Diese beiden Zitate von Khomeini und Azzam stehen stellvertretend für viele weitere ideologische Traktate des radikalen politischen Islams, die in den 1980er Jahren verfasst wurden und sich allmählich in den Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung und darüber hinaus ausbreiteten. In der aktuellen Forschungslage ist es Konsens, dass sowohl Khomeinis als auch Azzams Schriften in einer ideellen Kontinuität islamistischer politischer Ordnungsvorstellungen standen. Diese zeichneten sich durch die Legitimation einer politischen Ordnung durch den Rückgriff auf die postulierte „Souveränität Gottes“ in Abgrenzung zum Konzept der Volkssouveränität aus, welches sowohl im Westen als auch im Osten als ideeller Bestandteil der geteilten Moderne eine Rolle spielte – wenn auch in den autoritären Regimen des Warschauer Paktes nur eine propagandistische. Damit einher ging der Anspruch, dass islamische Normen einen totalen Ordnungsanspruch sowohl für das Privatleben als auch die ökonomische und politische Struktur eines Staates haben sollten. Die Kontinuität dieser Ordnungsvorstellungen reichten mindestens bis zu Hasan al-Bannâ, dem Gründer der Muslimbruderschaft in Ägypten in den 1920er Jahren zurück, wenn nicht bis zu den Aktivitäten des panislamischen Denkers Jamâl ad-Din al-Afghânî Mitte des 19. Jahrhunderts, der den Islam als antikoloniale Ideologie in Stellung brachte, oder sogar bis zu den Wahhabiten und anderen vormodernen radikalen islamischen Reformbewegungen.<sup>14</sup>

Eine wesentliche Veränderung in der ideellen Konfiguration des radikalen politischen Islams, welche sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts anbahnte, war jedoch die explizite Wendung islamistischer Konzepte gegen den gleichsam universalistischen ideologischen Anspruch des Westens und Ostens. Dabei amalgamierten sich mit der Binarität und mit dem Universalismus Elemente der ideellen Achse des Kalten Krieges mit der religiösen Legitimation islamistischer Ordnungsvorstellungen, welcher aufgrund spezifischer Charakteristika des Islams bereits eine Tendenz zur Universalisierung inne wohnte.<sup>15</sup> Die USA und die Sowjetunion waren beide „satanische Mächte“<sup>16</sup>. Sie verkörperten das Doppelgesicht einer säkularen Weltordnung, die sich vermeintlich gegen die Muslime richtete. In die Beschreibung dieser Gegner flossen dabei oft Ideologeme aus europäisch-amerikanischen ideellen Formationen der politischen Ränder ein, so die antisemitisch grundierte „Weltverschwörung“, die beispielsweise in den

<sup>14</sup> Vgl. Seidensticker: *Islamismus*; Esposito: *Islam and Politics*.

<sup>15</sup> Siehe hierzu Kepel: *Schwarzbuch des Dschihad*, S. 40–43.

<sup>16</sup> Khomeini: *We shall confront the world*, S. 23.

Schriften Azzams als weltumspannendes politisches Netzwerk der Juden und US-Amerikaner zur Unterjochung der Muslime gedacht wurde.<sup>17</sup> Darüber hinaus bot der Antisemitismus auch eine Möglichkeit, den Westen und den Osten auf systematische Weise in eine Gegnerperzeption zu integrieren. So postulierte und postuliert die Charta der Hamas, dass die „Juden“ die treibende Kraft hinter der bolschewistischen Revolution in Russland gewesen wären und durch ihren weltweiten Einfluss die Kontrolle über die „imperialistischen Völker gewonnen hätten“. Der israelische Staat wird in diesem Narrativ als Sprungbrett für die vermeintliche „zionistische“ Eroberung des arabischen Raums im Auftrag des „Weltzionismus“ gedeutet<sup>18</sup> und dabei angeblich sowohl aus dem Westen als auch dem Osten gestützt: „So unterstützen die kolonialistischen Kräfte im kapitalistischen Westen und im kommunistischen Osten den Feind mit aller verfügbaren Kraft, materiell und menschlich, wobei sie sich in den Rollen untereinander abwechseln.“<sup>19</sup>

Neben der Umdeutung der bipolaren Ordnung verweist auch der Modernisierungsanspruch des politischen Islams auf die ideelle Achse des Kalten Krieges. Die islamistischen Vordenker versprachen im paradoxen Einklang mit dem übergeordneten Maßstab der Modernisierungslogik des Kalten Krieges eine Lösung der aktuellen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Problemlagen in der muslimischen Welt. Der kontradiktorische Charakter der islamistischen Modernisierungsversprechung ergab sich aus ihrer religiösen Legitimation. Eine andersartige islamistische Moderne, in der religiöse Prämissen und die Etablierung einer leistungsfähigen Industriegesellschaft sich gegeneinander bedingten war im Modell der westöstlichen Moderne nicht vorgesehen, da sich beide Systeme gerade gegen religiös fundierte Ordnungsvorstellungen richteten. So wurden aus islamistischer Perspektive die fortgesetzten Niederlagen der arabischen Staaten gegen Israel nicht mehr länger – wie noch zu Zeiten des Sechstageskrieges – als ein Problem der Organisation und Kampfkraft der arabischen Armeen beurteilt, sondern als Folge der fehlenden ideellen islamischen Ausrichtung der arabisch-nationalistischen Regime gedeutet.<sup>20</sup> Ganz ähnlich wurde

---

**17** Azzam: Die Verteidigung der muslimischen Gebiete ist die oberste Pflicht des Einzelnen, zitiert nach Kepel/Milelli (Hg.): *Al-Qaida*, S. 182.

**18** Antisemitische Stereotype finden sich auch in den Texten Sayyid Qutbs, Azzams und vielen weiteren islamistischen Vordenkern. Meistens sind die antisemitischen Denkfiguren ein Bestandteil in der Gegnerperzeption des Westens. Die Charta der Hamas geht noch darüber hinaus, da sie über den Antisemitismus sowohl den Westen als auch den Osten in ein Feindbild integriert, vgl. Holz: *Die Gegenwart des Antisemitismus*, S. 22 und 34 f.

**19** Artikel 22 der Charta der Hamas, zitiert nach Baumgarten: *Hamas*, S. 219.

**20** Vgl. Moser: *Politik auf dem Pfad Gottes*, S. 101–105.

die „soziale Frage“ thematisiert: In den Reden Khomeinis wurde die „Rückständigkeit“ des Irans auf das fehlende Verständnis der islamischen Gesellschaftsprinzipien durch westlich-kapitalistisch und östlich-sozialistisch geprägte Intellektuelle zurückgeführt. Der radikale politische Islam erhob somit auch den Anspruch, die aus einer Transformation zu modernen Industriegesellschaften entstehenden sozialen Problemlagen und Konflikte besser zu bewältigen als die aus dem Westen und dem Osten offerierten Entwicklungsmodelle.<sup>21</sup> Die universelle Ausrichtung der radikalsten Varianten des politischen Islams wurde zeitgenössisch ebenfalls thematisiert, wie sich am obengenannten Zitat Azzams belegen lässt, doch wurde der Kampf gegen die beiden Supermächte erst im zweiten Schritt als globaler Konflikt gedacht. Vorerst war der Dschihad an der Peripherie der Umma in der Levante und in Afghanistan zu führen. Gleichzeitig erforderten diese Auseinandersetzungen eine komplexe transnationale Koordinierung von Kämpfern, Logistik und monetären Strömen. Dies waren Vorgänge, die später die strukturelle Grundlage für die über die muslimisch geprägten Staaten ausgreifende islamistische Terrorbewegung Al-Qaida bildeten.<sup>22</sup>

## Einordnung durch die Wissenschaften

In der Wahrnehmung der westlichen Öffentlichkeit und vor allem innerhalb der wissenschaftlichen Fachkreise auf beiden Seiten des Eisernen Vorgangs wurden diese Vorgänge zeitgenössisch durchaus registriert, da sie eingebettet waren in ein übergreifendes Erstarken moderater und radikaler islamistischer Bewegungen und Parteien in der muslimischen Welt. Diese Entwicklung geschah unabhängig davon, ob die betreffenden Staaten geopolitisch eher dem westlichen oder kommunistischen Lager zugeordnet waren.<sup>23</sup> So begann ab Anfang der 1980er Jahre eine Diskussion über die „Reislamisierung“ unter westlichen Islamexperten. Die zentrale Frage war das Verhältnis zwischen historischen Entwicklungen innerhalb eines postulierten islamischen Kulturraumes und der „Moderne“. Moderne

---

21 „All of our backwardness is due to the lack of proper understanding by most of the university intellectuals of the Islamic society of Iran.“ Khomeini: *We shall confront the world*, S. 24.

22 Vgl. Steinberg: *Der nahe und der ferne Feind*, S. 25 f., 34–36 und 38.

23 Die These der Ausbreitung einer religiösen Legitimation politischer Ordnungsvorstellungen und sozialer Praktiken in den 1970er Jahren ist bis heute ein gängiges und bewährtes Interpretationsmuster in der Forschung in Bezug auf die politischen Entwicklungen in den Staaten mit muslimischer Bevölkerung. Als Beispiel für eine Studie jüngerer Datums siehe für Syrien Line: *Islamic Revivalism in Syria*. – Für die Reaktionen der Autokratien des Nahen Ostens auf die islamistische Opposition siehe Brumberg: *The Trap of Liberalized Autocracy*.

beschrieb in diesem Kontext die Übernahme europäischer Konzepte zur Organisation von Staat, Gesellschaft und Ökonomie durch die Eliten in der muslimischen Welt sowie globale Entwicklungen, wie beispielsweise Urbanisierung und Säkularisierung, welche sich auf die Bevölkerung der muslimischen Territorien auswirkten. Anerkannte Experten für den Nahen und Mittleren Osten wie beispielsweise John L. Esposito, Ali E. Hillal Dessouki, Daniel Pipes, Gilles Kepel, Olivier Roy und im westdeutschen Kontext Bassam Tibi reflektierten in diesem Zusammenhang über die Tragfähigkeit des Begriffes Reislamisierung.<sup>24</sup>

Die Diskussion über die Einordnung des politischen Islams machte dabei nicht am Eisernen Vorhang halt. Anschluss für Wissenschaftler und Autoren in den Staaten des Warschauer Paktes bot dabei die ebenfalls den Referenzrahmen des Kalten Krieges transzendierende Interdependenztheorie ( $\nearrow$ Interdependenz). Die Interdependenztheorie fußte auf der Annahme, dass die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den Staaten sowie das zunehmende Gewicht transnationaler nichtstaatlicher Akteure neue globale Problemfelder konstituierten, die unter anderem die Zunahme zwischenstaatlicher Abhängigkeiten nach sich zogen ( $\nearrow$ IIASA;  $\nearrow$ Interdependenz;  $\nearrow$ Trilateral Commission). In der wissenschaftlichen Einordnung und auch der öffentlichen Wahrnehmung des politischen Islams zeigten sich häufig Bezüge zum Interdependenzkonzept der 1970er und 1980er Jahre.

So war die akademische Beschäftigung mit dem Phänomen der Interdependenz in den Fokus der Öffentlichkeiten der westlichen Nationen durch den Öl-Boycott der OPEC-Staaten während des Yom-Kippur-Krieges 1973 getreten. Der Einsatz der „Öl-Waffe“ durch die OPEC-Staaten machte die Achillesferse der hochgradig differenzierten Industriegesellschaften sichtbar: Es war ihr zunehmender Bedarf an Öl. Gleichzeitig stand der Yom-Kippur-Krieg in einem Bezug zur Ausbreitung religiöser Legitimationsmuster in der arabischen Welt. Der in den arabischen Staaten „Oktober-Krieg“ genannte Konflikt fand während des religiös bedeutenden Monats Ramadan statt. Im Sechstagekrieg 1967 war der Schlachtruf der arabischen Soldaten noch „Land, Meer, Himmel“ gewesen, welcher Vertrauen in das operative Denken und die Ausrüstung der arabischen Armeen ausdrückte. Im Jahr 1973 hieß die Losung dann „Gott ist groß“ (Allahu akbar).<sup>25</sup> Und auch die Namensgebung „Badr“ für den ägyptisch-syrischen Operationsplan verwies auf die religiöse Dimension des Krieges, da sie auf den ersten Sieg Mohammeds gegen den Stamm der Quraisch im Jahr 632 anspielte.

---

<sup>24</sup> Vgl. Cudsi/Dessouki (Hg.): Islam and Power; Esposito: Islam and Politics; Pipes: In the Path of God; Kepel: Le Prophète et Pharaon; Roy: Afghanistan; Tibi: Krise des modernen Islam.

<sup>25</sup> Siehe dazu Haddad: The Arab-Israeli Wars, S. 120.

Aus dem Topoi der „Öl-Waffe“ entwickelte sich gegen Ende der 1970er Jahre die „Geld-Waffe“ als Sorge vor der Förderung islamistischer Gruppierungen in den westlichen Gesellschaften mithilfe von internationalen Geldströmen, insbesondere aus dem vermögenden Saudi-Arabien im Rahmen des zunehmenden Abbaus von Hindernissen für den globalen Transfer von Kapital und des Stroms sogenannter Petro-Dollar an den Persischen Golf. So wurde bereits 1979 die Verbindung zwischen dem Einfluss islamistischer Gestaltungsvorstellungen über den arabischen und iranischen Raum hinaus entlang der internationalen Finanzströme sowohl in Zeitungsartikeln als auch wissenschaftlichen Publikationen als Gefahr für die innere Stabilität der westlichen Staaten thematisiert.<sup>26</sup> Der Aufstieg Saudi-Arabiens von einer abgelegenen Region auf der arabischen Halbinsel zum finanzstarken, internationalen Akteur und Investor war ebenfalls eine Folge des zunehmenden Bedarfs an Öl für die Funktionsfähigkeit der internationalisierten Wirtschaftsstrukturen. Diese Vorgänge trugen erheblich dazu bei, dass durch den Ölreichtum die Urbanisierung im saudischen Königsreich forciert wurde, westliche Konsumgüter verfügbar wurden, Reisen ins Ausland für die Jugend der Oberschicht möglich waren und Kontakte zwischen der saudischen Bevölkerung und westlichen Arbeitskräften in der Ölindustrie entstanden.<sup>27</sup> Diese Prozesse trugen nicht nur zu einem Klima der Zusammenarbeit, sondern auch zur Ausprägung der anti-westlichen Stoßrichtung des politischen Islams bei, wie sich am Beispiel Osama Bin Ladens belegen lässt. Entwicklungen des soziokulturellen Kontaktes und die Formierung islamistischer Ordnungsvorstellungen gingen damit mindestens in Saudi-Arabien Hand in Hand.<sup>28</sup>

Die Analyse und Einordnung dieser Entwicklung wurde in den Staaten des Warschauer Paktes zwar im Rahmen marxistisch-leninistischer Kategorien vorgenommen, doch unterschied sich das dabei entstandene Narrativ in seiner Struktur nur unwesentlich von den Deutungen im Westen. So thematisiert exemplarisch der auf den Nahen Osten sowie die Geschichte der Entwicklungsländer spezialisierte DDR-Historiker Martin Robbe in einer Veröffentlichung des Militärverlages der DDR den Begriff der Reislamisierung und interpretiert diesen als Produkt einer „revolutionären Situation“, die sich im Zuge der Durchsetzung „kapitalistischer“ Staats- und Wirtschaftsstrukturen erstmals im Iran im Jahr 1979 konstituiert hätte. Für Robbe war der Islam ein Faktor in der Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens, der seine Bedeutung im Kontext jeder postulierten Gesellschaftsstufe der marxistisch-leninistischen Geschichtsteleologie bewahrte.

---

<sup>26</sup> Wenn der Teufel geht, kommt der Engel, in: Der Spiegel Nr. 7 vom 12.2.1979, S. 103; Pipes: In the Path of God, S. 290.

<sup>27</sup> Vgl. ebd., S. 297.

<sup>28</sup> Siehe Saghi: Einführung, S. 29.



Dieser Deutung lag die Annahme zugrunde, dass sich der Islam im Übergang von „Urgesellschaft“ zu „Feudalgesellschaft“ auf der arabischen Halbinsel in einem „revolutionären Prozess“ entwickelt hatte und seitdem ein Faktor mit enormer Gestaltungskraft war. Robbe sah die politischen Umbrüche in der muslimischen Welt gegen Ende der 1970er und in den 1980er Jahren damit ebenfalls als ein spezifisches Zusammenwirken kultureller Prägungen und aktueller Veränderungen in der Struktur der betreffenden Staaten und Regionen. Diese hatten das Potenzial „als Alternative zum Kapitalismus und Sozialismus Eigenständiges hervorzubringen“: das Ordnungsmodell des politischen Islams. In Folge könnte es zu internationalen Schwierigkeiten kommen, da „muslimische Extremisten“ dazu neigen würden, „abenteuerliche Situationen“ heraufzubeschwören. Ein Vorgang, der sich im Rahmen der zunehmenden Interdependenz als kontraproduktiv für die Lösung der neuen globalen Probleme, wie beispielsweise die „Sicherung des Weltfriedens“ oder die „Überwindung der Unterentwicklung und Beseitigung der absoluten Armut“, herausstellen konnte.<sup>29</sup>

## Sicherheitspolitische Bedrohungsperzeptionen

Auf der Ebene sicherheitspolitischer Institutionen erfolgte die Einordnung des politischen Islams in Bedrohungsperzeptionen zeitverzögert. Die Logik des Kalten Krieges in Verbindung mit institutionellen Beharrungskräften mögen dabei eine Rolle gespielt haben. Der „Islam“ war zwar in der Diskussion zwischen den Außenministern Westeuropas und der USA sowie in NATO-Gremien in Bezug auf die Beurteilung der Islamischen Revolution im Iran und den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan durchaus ein Faktor, doch wurde dieser in die bipolare Logik des Kalten Krieges integriert. Als problematisch wurde der mit der Destabilisierung des Mittleren Osten einhergehende wachsende sowjetische Einfluss in der Golfregion angesehen, die für die Ölversorgung der westlichen Staaten entscheidend war. Dabei wurde in diesem Kontext die Verbindung und Wirkmächtigkeit der Entwicklungen im Iran und in Afghanistan analysiert. So thematisierte beispielsweise Rupert Dirnecker, der für auswärtige Angelegenheiten zuständige Mitarbeiter der CDU/CSU-Fraktion, das Problem, ob es sich bei einem wichtigen afghanischen Anführer der Mudschaheddin, Gulbuddin Hekmatyār, um eine Führungsfigur handeln würde, welche „dem von Khomeini geprägten Bild des radikalen Moslemführers“<sup>30</sup> entsprach. Als Konsens zwischen den sicherheits-

<sup>29</sup> Vgl. Robbe: Dschihad, S. 8 f. und 186.

<sup>30</sup> Zitiert nach Bresselau von Bressendorf: Die unterschätzte Herausforderung, S. 695.

politischen Akteuren der westlichen Staaten kristallisierte sich in der internationalen Diskussion die Interpretation heraus, dass der Islam zwar das einigende Band zwischen den gegen die Sowjetunion kämpfenden Gruppen in Afghanistan war, diesem aber keine langfristige politische Gestaltungskraft zugesprochen wurde. Ähnlich sei die Situation im Iran zu bewerten; auch hier wurde dem Regime Khomeinis keine lange Herrschaft vorausgesagt. Dementsprechend war es verlockend, den geostrategischen Vorteil der Sowjetunion durch die Nutzbarmachung des Faktors Islam in einen Nachteil zu verwandeln.

Dies waren die Gedankengänge, die hinter der waffentechnischen Ausrüstung der Mudschaheddin in Afghanistan standen. Unterstützt wurden diese Bestrebungen durch die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland. So wurden die Mudschaheddin in westlichen Lageeinschätzungen und politischen Texten häufig mit dem Begriff „Freiheitskämpfer“ beschrieben.<sup>31</sup> In direkter Spiegelung dieser Einschätzung wurden die afghanischen Widerstandskämpfer in sowjetischen Lagebeurteilungen als von „imperialistischen“ auswärtigen Mächten geförderte „konterrevolutionäre Elemente und Banden“ beurteilt.<sup>32</sup>

Von einem abhängigen Faktor in der Logikstruktur des Kalten Krieges zu einer eigenständigen Bedrohung entwickelte sich der politische Islam allmählich in den 1980er Jahren in den Beratungen der Geheimdienste des Warschauer Paktes durch ein Zusammendenken des politischen Islams mit dem Phänomen des internationalen Terrorismus. In Folge des Terroranschlages auf israelische Sportler während der Olympiade 1972 bildeten sich in den Sicherheitsorganen im Westen und Osten spezifische Strukturen zum Umgang mit terroristischen Gefahren heraus (→ *Extremismus*). Die Beobachtung, dass es sich beim Phänomen des Terrorismus um eine globale Problemlage handelte, für die Grenzen eine untergeordnete Rolle spielten und die damit sowohl die westlichen als auch die kommunistischen Staaten betraf, führte im Warschauer Pakt zu zwei multilateralen Konferenzen, 1979 in Prag und 1987 in Varna (→ *Geheimdienste*).

Während dieser Beratungen standen Erörterungen über eine Definition terroristischer Gewalt und die Beurteilung der betreffenden Gruppen im Vordergrund. Die mit dem „wissenschaftlich-technischen Fortschritt“ steigende Gefahr

---

31 Ebd., S. 687–689 und 695. – Diese Einschätzung spiegelte sich auch in der Populärkultur wider. Das Bild der Mudschaheddin als westlich orientierte nationale Widerstandskämpfer gegen die sowjetische Besatzung findet sich so beispielsweise auch in Filmen wie *James Bond 007 – Der Hauch des Todes* (GB, 1987) und *Rambo III* (USA, 1988).

32 Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Politbüros des ZK der KPdSU (177/151): „Unsere Schritte in Zusammenhang mit der Lageentwicklung rund um Afghanistan“ mit Beilagen, in: Allan et al (Hg.): Sowjetische Geheimdokumente zum Afghanistankrieg, S. 133.

eines möglichen Terroranschlages mithilfe von „nuklearen Sprengvorrichtungen“ zur „Massenvernichtung von Menschen“ führte unter anderem dazu, dass sich die durch das Wahrnehmungsmuster des Kalten Krieges geprägten Geheimdienste des Ostblocks bereits Ende der 1980er Jahre mit Bedrohungskonstellationen beschäftigen mussten, die sich nicht mehr vollständig in den Referenzrahmen des Kalten Krieges fügten.<sup>33</sup>

In der Einordnung möglicher terroristischer Gruppen standen in den Beiträgen der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und der Ungarischen Volksrepublik in Varna auch muslimische Gruppierungen im Fokus, höchstwahrscheinlich in Reaktion auf die sowjetischen Erfahrungen im Afghanistankrieg.<sup>34</sup> General Bobkov, der Leiter der sowjetischen Delegation, billigte „moslemischen Terrorgruppen“ zwar eigene politische Zielvorstellungen zu, doch würden diese Organisationen von westlichen Geheimdiensten zur Führung des verdeckten, permanenten Krieges in ein „weit verzweigtes Netz ausländischer antisowjetischer Organisationen“ eingebunden, um „terroristische Methoden des Kampfes unmittelbar auf das Territorium der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten zu verlagern“. Dabei hätten die Muslimbrüder, die in ihrer Gesamtheit als „antisowjetische Extremisten“ beurteilt wurden, „besonderes Interesse [...] an der Zusammenarbeit mit der afghanischen Konterrevolution“ bekundet. Eine „gewisse Gefahr“ für die Stabilität der Sowjetunion war damit die „Propagierung“ der Ideen „der islamischen Revolution“ und des „heiligen Krieges“ durch religiöse Fanatiker, die Anhänger des sogenannten reinen Islams des „Waqabismus [sic].“ Die westlichen Geheimdienste hätten Interesse daran, „Ideen und Praktiken des muslimischen Extremismus einzuschleusen“ und „religiös-terroristische Zellen“ der Muslimbrüder, aber auch der Hisbollah, zu schaffen.<sup>35</sup> Für den sowjetischen Vertreter waren die islamistischen Organisationen damit zwar weiterhin ein untergeordneter und in die Bipolarität des Kalten Krieges eingeordneter Faktor – ein Faktor allerdings, der nun in Zusammenhang mit der Wahrnehmung einer globalen terroristischen Bedrohung stand, welche wiederum den Referenzrahmen des Kalten Krieges transzendierte. Noch deutlicher wurde dies durch das Referat der ungarischen Delegation. General Harangozo ging davon aus, dass die „Interessen der UVR“ (Ungarische Volksrepublik) insbesondere „von den im Nahen und Mittleren Osten tätigen extremistischen Organisationen“, unter anderem der

---

**33** Referat der sowjetischen Delegation in Varna, BStU, MfS, Sekr. Neiber Nr. 1, S. 000213–000214.

**34** Vgl. BStU, MfS, Sekr. Neiber Nr. 1, S. 000187, 000217–000218 und 000238.

**35** Referat der sowjetischen Delegation in Varna, BStU, MfS, Sekr. Neiber Nr. 1, S. 000212 und 000215–000218.

Hisbollah und den Muslimbrüdern, bedroht würden.<sup>36</sup> Hier überlagerten sich Deutungen, die den Islamismus zwischen dem Zweiten (Handlanger der USA) und dem Dritten (Akteur mit ganz eigenen Vorstellungen) ansiedelten.

Im Westen bildete sich dagegen Anfang der 1990er Jahre durch das Verblasen der bipolaren Struktur des Kalten Krieges im Bereich der internationalen Ordnung sowie der Entwicklung des Islamismus zu einem dauerhaften Phänomen mit wachsendem Einfluss die eigenständige Bedrohungskonstellation „Islam“ heraus, der eine Kombination aus wissenschaftlicher Einordnung des politischen Islams und der Interdependenztheorie zugrunde lag ( $\nearrow$  *Interdependenz*). Dabei wurden nun die bereits Anfang der 1980er Jahre konstituierten Deutungen über den Zusammenhang zwischen dem islamischen Fundamentalismus und den neuartigen Bedrohungen durch die zunehmende globale Interdependenz aufgegriffen und Bestandteil von politischen Konzepten zur Bewältigung der globalen Problemstellungen nach dem Ende des Kalten Krieges im Übergang von den 1980er zu den 1990er Jahren ( $\nearrow$  *Trilateral Commission*). In Zusammenhang mit zunehmender Migration aus islamisch geprägten Regionen und der möglichen Koordinierung der Staaten innerhalb des mediterranen „Krisenbogens“<sup>37</sup> im Rahmen der gemeinsamen islamisch geprägten Kultur wurde die Frage thematisiert, ob sich aus diesen Entwicklungen eine Bedrohung für die OECD-Welt ergeben könne. Bei dieser Beurteilung der „Gefahr aus dem Süden“<sup>38</sup> in diversen Institutionen an der Schnittstelle zwischen dem militärischen und zivilen Bereich wurden die wissenschaftlichen Interpretationen und Einschätzungen zur Ausgangsbasis von differenzierten Analysen über die Entwicklung in den betreffenden Regionen.<sup>39</sup>

Auf nationalstaatlicher Ebene veranstaltete beispielsweise die *Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation* (AIK) im Juni 1992 ein Symposium, welches eine mögliche Bedrohung durch wachsenden islamischen Fundamentalismus, regionale Instabilität und damit zusammenhängend durch Migrationsbewegungen aus den islamisch geprägten Regionen an der Südflanke Europas diskutieren sollte. Zur Einschätzung von „Bedingungsfaktoren für die

---

<sup>36</sup> Ebd. S. 000238.

<sup>37</sup> AIK/Schirmeister (Hg.): Verwerfungszone internationaler Politik. – Die AIK war eine Institution, die aus der *Akademie für Psychologische Verteidigung* hervorging und durch wissenschaftliche Grundlagenarbeit Beiträge für die Inhalte von Ausbildung und Lehre zur Verfügung stellte. Für Fragen der Sicherheitspolitik wurden so inhaltliche und konzeptionelle Grundlagen ausgewertet und aufbereitet.

<sup>38</sup> Debré, Michel: The Threat is from the South, in: *Le Quotidien de Paris* vom 26.6.1990.

<sup>39</sup> Siehe hierzu AIK/Schirmeister (Hg.): *Verwerfungszone internationaler Politik*; Aliboni: *European Security*.

Konflikte in der Region“ wurde dabei Bassam Tibi als Referent geladen. An diesem Vorgang wird der Übergang der Deutungsmuster des Islamismus aus dem akademischen Bereich in sicherheitspolitische Modelle zur Antizipation von möglichen neuen Bedrohungslagen nach dem Kalten Krieg deutlich.<sup>40</sup> Auf europäischer Ebene wurde im März 1991 am *Institut für Sicherheitsstudien der Westeuropäischen Union* (ISS) thematisiert, dass mögliche Bedrohungsszenarien im Mittleren und Nahen Osten nicht mehr im Zusammenhang mit einer möglichen sowjetischen Einflussnahme in diesen Regionen betrachtet werden sollten. Es handle sich stattdessen um eigenständige Phänomene in einer Grenz- und Kontaktzone zwischen der „jüdisch-christlichen“ und „islamischen“ Welt, in der unter bestimmten Bedingungen eine Kooperation zwischen den Staaten der EU und staatlichen oder transnationalen Akteuren jenseits des Mittelmeeres möglich sei. Gleichzeitig wurden aber Gefahren thematisiert, die aus der zunehmenden Interdependenz zwischen Europa und den angrenzenden Regionen an der Südflanke resultierten.<sup>41</sup> So war eines der Szenarien, welches sowohl in der AIK als auch am ISS diskutiert wurde, eine Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus auch in den europäischen Staaten im Rahmen der zunehmenden Süd-Nord-Migrationsströme und die Gefahr möglicher Terroranschläge in den europäischen Staaten durch radikale Gruppierungen. Dies waren Einschätzungen, die in den 1990ern – nach dem mit dem Mauerfall ( $\nearrow$  *Deutschland, beide*) nun auch offensichtlichen Ende des Kalten Krieges – immer öfter vorgenommen wurden und ein breites Echo in der Öffentlichkeit erzeugten. Dementsprechend lässt sich die Konstituierung der Bedrohung Islam als Containerbegriff für eine systematische Integration von Topoi aus den wissenschaftlichen Beurteilungen der Entwicklung des politischen Islams und dem Narrativ einer globalen Vernetzung auf politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Ebene bereits auf den Anfang der 1990er Jahre datieren.<sup>42</sup> Dabei wurden die seit den späten 1970er Jahren etablierten, oft quer zum Kalten Krieg liegenden, einzelnen Elemente einer islamistischen Bedrohung nach der Implosion jener Binarität zu einer neuen Konfiguration der Weltbeschreibung zusammengesetzt.

---

40 AIK/Schirmeister (Hg.): Verwerfungszone internationaler Politik, S. 7–21.

41 Aliboni: *European Security*, S. 4 und 15–18.

42 Vgl. Dean: *Ending Europe's Wars*, S. 189–191.

## Islamismus zwischen dem Zweitem und dem Dritten – Ein Fazit

Aus der Sicht der Kontrahenten des Kalten Krieges war der radikale politische Islam der schwer zu fassende Dritte, da der Zusammenhang zwischen religiös legitimierten Ordnungsprinzipien und der Schaffung einer *anderen* modernen Gesellschaft im Bezugssystem des Kalten Krieges keinen Platz hatte. Der islamische Revolutionsführer Khomeini und die Mudschaheddin in Afghanistan, die in einen „heiligen Krieg“ gegen die Supermächte zogen, erschienen wie die Wiederkehr mittelalterlicher religiöser Eiferer. Der radikale politische Islam wirkte wie ein atavistisches Element in einer modernen Welt. So konnten beide Seiten des Kalten Krieges ihn nicht als eine neuartige universelle Gefahr wahrnehmen. Gleichzeitig drängte der Islamismus mit Macht auf eine Neuverhandlung der Fronten. Er strebte danach, sich vom Dritten zum Zweitem zu entwickeln. In den ideologischen Traktaten der radikalen Verfechter des politischen Islams war die Welt bis zum Ende des Kalten Krieges und auch darüber hinaus weiterhin zweigeteilt: in die Welt des Islams und die Welt der gottlosen Supermächte und ihrer Vasallen, die sich in einem globalen Konflikt gegenüberstanden.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem neuartigen Phänomen sowohl im Westen als auch im Osten begann allmählich den Referenzrahmen des Kalten Krieges durch die Fokussierung auf den Entstehungskontext des Islamismus zu transzendieren. Da sich der radikale politische Islam den Wahrnehmungsmustern des Kalten Kriegs entzog und gleichzeitig oft als ein Produkt der zunehmenden Verflechtung der unterschiedlichen Weltregionen interpretiert wurde, erscheint es schlüssig, dass sich Zusammenhänge zwischen den Deutungen des Islamischen Fundamentalismus in West und Ost und der zunehmenden Interdependenz ergaben. Die Interdependenztheorie transzendierte durch ihre Annahme wechselseitiger globaler Abhängigkeiten ebenfalls die ideale Ordnung des Kalten Krieges.

Im stark vom Wahrnehmungsmuster des Kalten Krieges geprägten sicherheitspolitischen Umfeld zeigten sich erste Risse im Referenzrahmen in der Reaktion der Geheimdienste des Warschauer Paktes auf die Konfrontation zwischen der Sowjetunion und islamistischen Gruppen in Afghanistan. Hier zeigte sich erstmals die Kombination zwischen der Beurteilung des Islamismus und der Einordnung des internationalen Terrorismus, welche insbesondere durch ihren argumentativen Bezug auf den möglichen Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch terroristische Gruppen das Bedrohungsszenario nach dem 11. September 2001 vorwegnahm.

Nachdem sich der Referenzrahmen des Kalten Krieges durch die demokratische Revolution in Mittel- und Osteuropa 1989/90 als internationales System überholt hatte, dekonfigurierten sich mit dem Zusammenbruch der autoritären Regime des Warschauer Paktes auch die sicherheitspolitischen Wahrnehmungsmuster und mit ihnen die bereits vorhandene Begrifflichkeit des islamistischen Terrorismus. In dem sich nun abzeichnenden Möglichkeitsraum begann erneut die Suche nach Orientierung, um sowohl die mannigfaltigen Chancen als auch die lauernden Gefahren der kontingenten Situation zu antizipieren. Im Westen fand nun die wissenschaftliche Beurteilung des radikalen politischen Islams in die sicherheitspolitische Diskussion Eingang. Der Islamismus wurde so zu einem Phänomen eigener Art und Bestandteil sicherheitspolitischer Modelle. Ihr Zweck war die Handhabung sowie Antizipation neuartig wahrgenommener Bedrohungsszenarien in einer unsicheren, offenen Zukunft zu ermöglichen.

## Literatur und publizierte Quellen:

- Cudsi, Alexander S./Dessouki, Ali E. (Hg.): *Islam and Power*, London 1981.
- Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation/Schirmeister, Karl Günter (Hg.): Die „Verwerfungszone“ internationaler Politik zwischen Maghreb und Golf. Der Krisengürtel südlich Europas, Symposium 3. und 4. Juni 1992 in Köln, Dokumentation, Waldbröl 1993.
- Aliboni, Roberto: *European Security across the Mediterranean*, Institute for Security Studies, WEU, Chaillot Paper, Nr. 2, März 1991.
- Allan, Pierre/Bucherer, Paul/ Kläy, Dieter/Stahel, Albert A./Stüssi-Lauterburg, Jürg (Hg.): *Sowjetische Geheimdokumente zum Afghanistankrieg (1978 – 1991)* (Strategische Studien 8), Zürich 1995.
- Baumgarten, Helga: *Hamas. Der politische Islam in Palästina*, München 2006.
- Bösch, Frank: Zwischen Schah und Khomeini, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 63 (2015), Heft 3, S. 319 – 349.
- Bresselau von Bressendorf, Agnes: Die unterschätzte Herausforderung. Afghanistan 1979, das Krisenmanagement der NATO-Staaten und der Islam als Faktor der internationalen Beziehungen, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 64 (2016), Heft 4, S. 665 – 700.
- Brumberg, Daniel: The Trap of Liberalized Autocracy, in: *Journal of Democracy* 13 (2002), Heft 4, S. 56 – 68.
- Dean, Jonathan: *Ending Europe's Wars. The Continuing Search for Peace and Security*, New York 1994.
- Esposito, John: *Islam and Politics*, New York 1984.
- Gerges, Fawaz A.: The Islamist Moment. From Islamic State to Civil Islam, in: *Political Science Quarterly* 128 (2013), Heft 3, S. 389 – 426.
- Haddad, Yvonne: The Arab-Israeli Wars, Nasserism, and the Affirmation of Islamic Identity, in: John L. Esposito (Hg.): *Islam and Development. Religion and Sociopolitical Change*, Syracuse, NY 1980, S. 107 – 121.

- Hegghammer, Thomas: Abdullah Azzam, der Imam des Dschihad, in: Kepel, Gilles/Milelli, Jean-Pierre (Hg.): Al-Qaida. Texte des Terrors, München 2006, S. 145–173.
- Holz, Klaus: Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft, Hamburg 2005.
- Kepel, Gilles/Milelli, Jean-Pierre (Hg.): Al-Qaida. Texte des Terrors, München 2006.
- Kepel, Gilles: Das Schwarzbuch des Dschihad, München 2002.
- Kepel, Gilles: Le Prophète et Pharaon. Les mouvements islamistes dans l'Égypte contemporaine, Paris 1984.
- Khomeini, Ruhollah Musawi: „We shall confront the world with our ideology“, in: MERIP Reports 10 (1980), S. 22–25.
- Koschorke, Albrecht: Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften, in: Eßlinger, Eva/Schlechtriemen, Tobias/Schweitzer, Doris/Zons, Alexander (Hg.): Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma, Berlin 2010, S. 9–31.
- Line, Khatib: Islamic Revivalism in Syria. The Rise and Fall of Ba'athist Secularism, London 2011.
- Moser, Thomas J.: Politik auf dem Pfad Gottes. Zur Genese und Transformation des militanten sunnitischen Islamismus, Innsbruck 2012.
- Pipes, Daniel: In the Path of God. Islam and Political Power, New York 1983.
- Robbe, Martin: Dschihad – Heiliger Krieg. Der Islam in Konfliktsituationen der Gegenwart, Berlin 1989.
- Roy, Olivier: Afghanistan, Islam et modernité politique, Paris 1985.
- Saghi, Omar: Einführung. Osama bin Laden, Volkstribun im Medienzeitalter, in: Kepel, Gilles/Milelli, Jean-Pierre (Hg.): Al-Qaida. Texte des Terrors, München 2006, S. 25–54.
- Seidensticker, Tillman: Islamismus. Geschichte, Vordenker, Institutionen, München 2014.
- Steinberg, Guido: Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus, München 2005.
- Tibi, Bassam: Die Krise des modernen Islam. Eine vorindustrielle Kultur im wissenschaftlich technischen Zeitalter, Frankfurt 1981.
- Westad, Odd Arne: The Cold War and the International History of the Twentieth Century, in: Leffler, Melvyn P./Westad, Odd Arne (Hg.): The Cambridge History of the Cold War, Band 1, Cambridge 2010, S. 1–19.
- Westad, Odd Arne: The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times, Cambridge 2005.



Tobias Nanz

## Das Rote Telefon

Die Bipolarität des Kalten Krieges ist eine Weltordnung, die die Vorstellung von dieser Zeit bis heute vorrangig zu prägen scheint.<sup>1</sup> Die Gegenüberstellung von West- und Ostblock, von NATO und Warschauer Pakt oder von USA und UdSSR hat dieses Bild gleichermaßen erzeugt wie die atomare Bewaffnung der beiden ‚Supermächte‘, mit deren Stärke sich keine der anderen Atomkräfte messen konnte. Trotzdem wurde bereits während des Kalten Krieges, bei dem es sich ohnehin um keinen homogenen Zeitraum handelt<sup>2</sup>, die binäre Ordnung in Frage gestellt. So bezweifelte Richard Nixon im Jahr 1972 diese Bipolarität und nahm Westeuropa, China sowie Japan in den Reigen der ‚Ordnungsmächte‘ auf. Andere sahen die weltpolitische Macht auf die drei Zentren USA, UdSSR und China verteilt, obgleich der Status der Volksrepublik gelegentlich umstritten war.<sup>3</sup>

Zur Manifestation des binären Codes des Kalten Krieges mussten weitere Faktoren beitragen. Aufbauend auf empirisch nachvollziehbaren Kräfteverhältnissen kamen Fiktionen hinzu, die die Schrecken eines möglichen Krieges und der nuklearen Apokalypse benannten und die Vorstellungswelten der Bevölkerungen anregten. Das Rote Telefon zählt zu diesen Fiktionen. Es wurde von Literatur und Film, aber auch von journalistischen und politischen Debatten in einen Diskurs eingeführt, der die gegenseitige Adressierung der beiden zentralen Mächte des Kalten Krieges betont, um die Welt vor einem Atomkrieg zu schützen. Eine Karikatur von Paul Conrad, die das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* Ende 1962 von der Tageszeitung *New York Herald Tribune* übernahm, verwies nur kurze Zeit nach der Kubakrise auf die zeitgenössische Bedeutung des Roten Telefons und auf seine Verbindung zur Politik: Ministerpräsident Nikita Chruschtschow sitzt verzweifelt an seinem Arbeitstisch und hält den Hörer des Roten Telefons an sein Ohr, das in der untersten Schublade des Möbels aufbewahrt ist. „Caroline? Was für eine Caroline ...?“, spricht Chruschtschow irritiert in den Hörer, hatte er sich doch Präsident

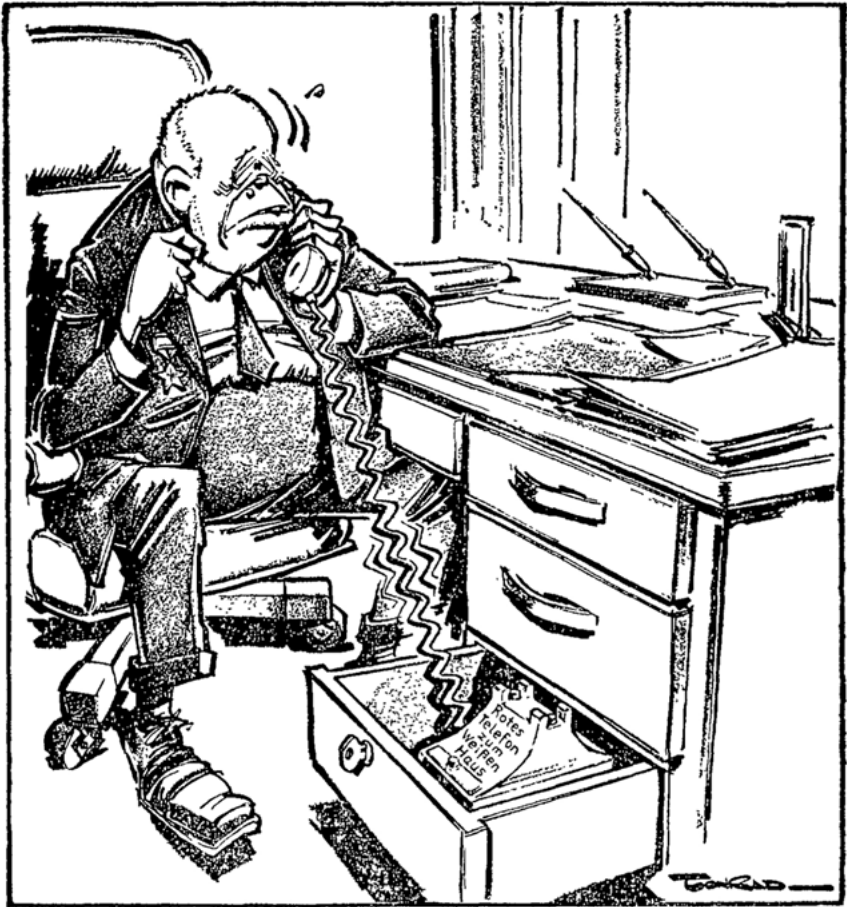
---

1 Die Forschung, die zu dieser Veröffentlichung geführt hat, wurde vom Europäischen Forschungsrat (*European Research Council*, ERC) durch das siebte EU-Forschungsrahmenprogramm (FP7/2007–2013) finanziert (ERC Grant Agreement N°312454). Die Recherchen in der Lyndon B. Johnson Presidential Library, in den National Archives (London) und in den Archives Diplomatiques (Paris/La Courneuve) wurden von einer Reisebeihilfe der Fritz-Thyssen-Stiftung, der Max-Weber-Stiftung (Gerald D. Feldman-Reisebeihilfe) und vom DFG-Graduiertenkolleg *Transnationale Medienereignisse von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart* (Gießen) kofinanziert.

2 Vgl. etwa Schild: 1983, S. 9–17.

3 Vgl. Joffe: Macht und Mächte, S. 13.

John F. Kennedy am anderen Ende der Leitung erhofft – und nicht die vielleicht eher unbekümmerte fünfjährige Tochter seines US-amerikanischen Kollegen. Die Karikatur gebraucht eine Fiktion, die auf die Notwendigkeit einer Direktverbindung der beiden Atommächte hinweist und zugleich die Störung ins Zentrum rückt: Offensichtlich wird das Rote Telefon im Weißen Haus eher nachlässig behandelt, sodass auch Caroline als Dritte auf das Krisenkommunikationsmedium zugreifen kann und die sowjetischen Deeskalationsbemühungen behindert.



New York Herald Tribune

Direkte Leitung zum Weißen Haus: „Caroline? Was für eine Caroline ...?“

Abb. 1 Karikatur von Paul Conrad aus *Der Spiegel* 52/1962, S. 39.

Das Rote Telefon ist vielleicht *das* bipolare Medium schlechthin: Es besitzt genau einen Kanal, an dessen Enden je ein Telefon angeschlossen ist, sodass zur Kontaktaufnahme nicht einmal eine klassische Wählscheibe oder ein Ziffernblock notwendig sind. Und es ist gleichzeitig selbst in der Position des Dritten, da es mit ihm möglich ist, in Situationen, in denen die Fronten verhärtet sind, die gezogenen Grenzen zu unterlaufen.

In diesem Essay sollen am Beispiel des Roten Telefons und tatsächlich eingerichteter Hotlines die Funktion von störenden, parasitären Dritten in der Krisenkommunikation behandelt werden. Es soll gezeigt werden, wie Krisenkommunikationsmedien des Kalten Krieges einerseits an der Formation eines bipolaren Weltbildes beteiligt waren, andererseits dieses auch gleichzeitig unterliefen. Die Position des Dritten markiert dabei stets eine Position des Störers: Er ist immer schon da, wenn zwei eine binäre Ordnung entfalten wollen, und ist zugleich eine der Konstitutionsbedingungen des Zusammenschlusses der beiden anderen, die ihn nunmehr auszuschließen suchen.<sup>4</sup> Keine Kommunikation ohne Rauschen.

Nach einer kurzen Sichtung der Geschichte der ersten transatlantischen Funktelefonverbindung zur politischen Krisenkommunikation im Zweiten Weltkrieg und eines zeitgenössischen, bis heute klassischen Kommunikationsmodells, werden im zweiten Abschnitt das Rote Telefon und die Hotline zwischen den USA und der UdSSR behandelt. Der dritte Teil befasst sich mit den Plänen der britischen Regierung, als eine dritte Partei an der Krisenkommunikationsleitung teilzuhaben und sich auf den Kanal aufzupropfen. Im vierten Abschnitt wird eine semantische Störung der Hotline behandelt, die auf die „Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation“<sup>5</sup> verweist. Abschließend folgen zusammenfassende Überlegungen zur Funktion des Dritten in den Kommunikationsdispositiven des Kalten Krieges.

## Rauschen im Zweiten Weltkrieg

Das Rauschen des Atlantiks mochte der englische Mathematiker Alan Turing während seiner Überfahrt nach New York im November 1942 nicht ungestört genossen haben. Die Sorge vor einem Torpedoangriff der deutschen U-Bootflotte bedrohte die Schiffsverbindung zwischen England und den USA. Turing trat seine Reise im Auftrag der britischen Regierung an, um in den Vereinigten Staaten unter

---

<sup>4</sup> Siehe Serres: *Der Parasit*, S. 97.

<sup>5</sup> Vgl. Luhmann: *Die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation*, S. 25–34.

anderem an Verschlüsselungsprojekten mitzuarbeiten und die Technik der Funktelefonverbindung zwischen Washington und London vor ihrer Fertigstellung und Installation zu begutachten. Diese Anlage ermöglichte einen abhörsicheren Kanal zwischen Präsident Theodore Roosevelt und Premierminister Winston Churchill, um Kriegstaktiken ohne größere Verzögerungen und ohne Sorge vor Abhörtechniken des Feindes besprechen zu können. Dafür wurden die Sprachsignale von ihrer Redundanz befreit und in diskrete Impulse umgewandelt, um mit einer Einmalverschlüsselung über den Atlantik gefunkt werden zu können. Im US-amerikanischen Hauptquartier in London wurden die Signale wieder dekodiert und in den als Toilette getarnten Telefonraum der *Cabinet War Rooms* weitergeleitet.<sup>6</sup> In semantischer Hinsicht war deshalb das Rauschen der verschlüsselten Funkverbindung für das Personal der deutschen Abhörstationen gleichsam unverständlich wie das Rauschen des Meeres.

In der Cafeteria der *Bell Laboratories*, jener berühmten Forschungs- und Rüstungsstätte der Vereinigten Staaten während des Zweiten Weltkrieges (*↗Rüstung(-sgüterbeschaffung)*), traf Turing gelegentlich Claude Shannon, der am transatlantischen Telefonsystem beratend mitwirkte und an der Ausarbeitung der mathematischen Informationstheorie saß.<sup>7</sup> Shannon befasste sich mit der Frage, wie man Daten mithilfe elektronischer Kanäle (etwa Telegrafie oder Telefonie) weiterleiten könne, und arbeitete an den mathematischen wie auch technischen Möglichkeitsbedingungen der Signalübertragung. Seine Theorie folgte der Überlegung, Kommunikation zwischen einem Sender und einem Empfänger stets als gestört zu betrachten, weshalb er in seinem Kommunikationsmodell eine Stör- und Rauschquelle aufnahm. Denn Störungen wie das Rauschen verschiedener technischer Komponenten oder der Atmosphäre wirken gleichermaßen auf den Kanal ein wie etwa ein menschlicher Sender, der einem Empfänger Bedeutung übermitteln möchte.<sup>8</sup> Deshalb ist geglückte Kommunikation stets abhängig von Störungen: Je größer der Signal-Rausch-Abstand ist, je stärker sich also ein Signal vom Rauschen absetzen kann und deutlicher hervortritt, desto wahrscheinlicher ist es, dass ein Nutzsignal seinen Empfänger erreicht und nicht im Rauschen untergeht.<sup>9</sup> Das Rauschen und die Störung wurden in Shannons Theorie so zu einer Größe, die der gewünschten Kommunikation vorgängig ist und diese konstituiert: Denn es gab atmosphärischen Entladungen schon vor Funkverbindungen, auf die jene störend einwirken – und die deutschen Abhörstationen horchten

---

<sup>6</sup> Vgl. Hodges: Alan Turing, S. 309–312; Holmes: Churchill's Bunker, S. 128; Mills: Medien und Prothesen, S. 148 f.

<sup>7</sup> Siehe Hodges: Alan Turing, S. 314 f.

<sup>8</sup> Vgl. Shannon: Communication in the Presence of Noise, S. 10–21.

<sup>9</sup> Vgl. aus medienwissenschaftlicher Perspektive Kittler: Signal-Rausch-Abstand.

den Atlantik schon vor der transatlantischen Funkverbindung zwischen Roosevelt und Churchill ab, sodass die Signale zusätzlich mit einem Schlüssel verrauscht werden mussten. Aus der Vervielfältigung der Sender folgen unterschiedliche und wechselnde Annahmen über die Störposition: Während für zwei Parteien die Verschlüsselung der Nachrichten die Voraussetzung der Kommunikation ist, kann eine dritte Partei das Rauschen der Codes nur als eine ärgerliche Störung deuten.

Die Bedeutung dieses Modells, das jeden Kommunikationsvorgang beschreiben und erfassen kann, geht dabei weit über die Informationstheorie hinaus und reicht in die Philosophie, in die Kybernetik und in die Medientheorie hinein: Aus einem zweiwertigen Schema wie Subjekt-Objekt oder Sender-Empfänger wird ein dreiwertiges gebildet, das eine dritte Partei integriert, die man als Störer oder Parasiten klassifizieren mag.<sup>10</sup> Gelungene Kommunikation bedeutet seitdem nichts anderes als den „erfolgreiche[n] Ausschluß dieses Dritten“.<sup>11</sup>

## Das Rote Telefon

Die Leitung zwischen den Regierungschefs von Großbritannien und den USA wurde rege genutzt und blieb auch nach dem Krieg in Betrieb. In der Geschichte der internationalen Beziehungen ist die Telefondiplomatie dennoch ein ambivalentes Instrument. Vorteilhaft ist, dass man unmittelbar von seinem\*r Gesprächspartner\*in eine Antwort erhält und diese vielleicht auch mit einer emotionalen Reaktion der Stimme verknüpfen kann. Diese unmittelbare Reaktion mag sich aber auch nachteilig auswirken, wenn affektive Verhaltensweisen provoziert werden oder wenn in einer Fremdsprache verhandelt wird, die eine Person nicht ausreichend beherrscht. Deshalb ist die Telefondiplomatie auch eher ein Medium für Politiker\*innen befreundeter Staaten, da Affekte und Missverständnisse bei der Wahl der Wörter nicht unbedingt ins Gewicht fallen.<sup>12</sup>

Nachdem die Sowjetunion den Vorsprung der Vereinigten Staaten in der nuklearen Bewaffnung aufgeholt hatte und beide Mächte an Interkontinentalraketen arbeiteten, wurde das Problem der Krisenkommunikation zwischen Washington und Moskau virulent. Der US-amerikanische Spieltheoretiker Thomas Schelling hob in einem Aufsatz zur begrenzten Kriegsführung hervor, dass jederzeit Kommunikationsleitungen für Verhandlungen zur Verfügung stehen müssten, die von autorisierten Personen benutzt werden könnten.<sup>13</sup> Der US-

---

<sup>10</sup> Vgl. Schüttpelz: Ikonographie der Störung; Siegert: Geburt der Literatur, S. 7.

<sup>11</sup> Serres: Hermes I, S. 50.

<sup>12</sup> Vgl. Berridge: Diplomacy, S. 93; Baumgarten: Psychologie des Telephonierens.

<sup>13</sup> Vgl. Schelling: Bargaining, S. 34.

amerikanische Außenminister Christian Herter schlug 1960 eine Standleitung zwischen beiden Ländern vor, um einen Atomkrieg, der auf einem Missverständnis beruhe, zu verhindern. Und schließlich lancierte der Journalist Jess Gorkin eine Artikelserie in dem Magazin *Parade*, die sich für eine Hotline einsetzte und in einem offenen Brief an Ministerpräsident Nikita Chruščëv und Präsident Dwight D. Eisenhower die Frage stellte: „Must a world be lost for want of a telephone call?“<sup>14</sup>

Die Telefongespräche, die Gorkin aufrief, wurden bis zur Kubakrise 1962 allein von fiktionalen Regierungschefs geführt. So gibt es eine transatlantische Telefonverbindung in Peter Georges Roman *Red Alert* (1958) sowie in Peter Burdicks und Harvey Wheelers Buch *Fail-Safe* (1962), mittels welcher der US-Präsident und der sowjetische Ministerpräsident einen umfassenden Atomkrieg abwenden können. Die Verfilmungen der genannten Romane, *Fail-Safe* und *Dr. Strangelove or: How I Learned to Stop Worrying and Love the Bomb* (beide USA, 1964), erhöhten die Bekanntheit eines solchen Telefons, das während des Kalten Krieges unter den Namen Rotes Telefon berühmt wurde.

Dieses ist ein hybrides Objekt, das aus einer Gemengelage von Gründen entstanden ist, zu der die technische Möglichkeit, die politische und militärische Notwendigkeit sowie eine Popularisierung durch die Massenmedien zählen. Technisch möglich war es, da man auf bestehende Leitungen sowie Geräte zugreifen konnte und die Verschlüsselungstechnik vorhanden war. Politisch und militärisch notwendig wurde es aufgrund der Strategien der Atomkriegsführung, die eine sichere Verhandlungsoption zur Klärung von Missverständnissen oder zur Begrenzung eines möglichen Krieges bieten mussten. Die literarischen und filmischen Fiktionen, aber auch Karikaturen und andere künstlerische Produkte, machten auf die Gefahren eines Atomkriegs aufmerksam und sahen oft aus narrativen Gründen Telefonate in Krisensituationen vor, um die jeweiligen Regierungschefs beim Verhandeln beobachten zu können. Denn ein Präsident am Fernschreiber – Stanley Kubrick beschrieb in einem Vorläuferdrehbuch zu *Dr. Strangelove* einen telegrafierenden Präsidenten<sup>15</sup> – scheint in dramaturgischer Hinsicht schwieriger zu inszenieren zu sein als ein Regierungschef, dessen Verzweiflung und überschlagende Stimme am Telefon zu hören ist. An solche Szenarien knüpften in der Lebenswirklichkeit Lyndon B. Johnson 1964 und Walter Mondale 1984 in ihren Präsidentschaftskampagnen an, wenn sie Wahlkampf Filme produzieren ließen, die Rote Telefone zeigten (bei Johnsons Schwarz-Weiß-Film ist die Farbe nicht zu erkennen) und so ihre Verhandlungssicherheit als (mögli-

<sup>14</sup> Zitiert nach Stone: *The Hot Line*, S. 848.

<sup>15</sup> Vgl. Nanz: *Vor dem Atomkrieg*, S. 202.

che) Regierungschefs hervorhoben.<sup>16</sup> Die Farbe Rot verweist auf Macht und Herrschaft<sup>17</sup> – Attribute, die Präsident\*innen zugeschrieben werden und insbesondere vor dem Hintergrund eines möglichen Atomkrieges sicher zutreffend sind. Die Fiktion der Wahlkampf Filme floss durch Massenmedien in die Lebenswirklichkeit ein.

Denn, wie eingangs bereits erwähnt, hat es das Rote Telefon nie gegeben. Die Fiktion offenbart sich als Parasit, der sich auf den Kommunikationskanal zwischen Politik und Bevölkerung pflanzte. Dieser Parasit ist bei beiden allerdings höchst willkommen. Wahlkampfleiter instrumentalisierten den neuen Mythos, um die Handlungsfähigkeit der Präsidentschaftskandidaten hervorzuheben, die durch einen spontanen, selbstsicheren und argumentativ überzeugenden Gesprächsstil bestechen mögen. Die Bevölkerung konnte sich ihrerseits damit beruhigen, dass überhaupt eine schnelle Kommunikationsmöglichkeit zwischen den beiden Hauptstädten eingerichtet wurde und in Krisensituationen nahezu direkt miteinander verhandelt werden könne. Die Fiktion des Roten Telefons hatte Bestand aufgrund der stets präsenten Furcht vor einem Atomkrieg.<sup>18</sup>

Kurz vor einem Atomkrieg stand die Welt während der Kubakrise im Jahr 1962. Dieser Konflikt führte nicht nur John F. Kennedy und Nikita Chruščëv, sondern auch der Weltöffentlichkeit vor, dass eine direkte Verdrahtung zwischen Washington und Moskau notwendig sei. Der Streit um die Stationierung von Atomraketen auf der karibischen Insel hätte auch in einem Atomkrieg münden können, da die Kommunikationsmöglichkeiten in jeder Hinsicht mangelhaft waren. Denn es war Kennedy und Chruščëv nicht möglich, auf schnellem Weg miteinander zu kommunizieren. So musste der sowjetische Ministerpräsident den Sender *Radio Moskau* bemühen, um eine Stellungnahme zu senden, die dem Präsidenten den Abzug der sowjetischen Raketen signalisierte und die Lage deeskalierte.<sup>19</sup> Dieser durchaus kreative Mediengebrauch hätte aber auch seinen Adressaten verfehlen und so die Lage bis hin zum Krieg verschärfen können. Denn Waffensystemen, die einen Nuklearangriff innerhalb kurzer Zeit ermöglichen, muss ein Kommunikationssystem gegenübergestellt werden, welches im Krisenfall die Regierungen schnellstmöglich miteinander verbinden kann.

Deshalb beschlossen beide Parteien, eine telegrafische Fernschreiberverbindung zwischen den beiden Hauptstädten einzurichten. Die Kabelverbindung verlief vom Pentagon durch den Atlantik über London, Kopenhagen, Stockholm und Helsinki zum Kreml und wäre im Störfall durch eine Funkverbindung über

<sup>16</sup> Zu Mondales Selbstpräsentation siehe Nanz: *Communication in Crisis*, S. 71–75.

<sup>17</sup> Vgl. Wanzeck: *Etymologie lexikalischer Farbwortverbindungen*, S. 69.

<sup>18</sup> Vgl. zur Angst im Kalten Krieg Greiner et al (Hg.): *Angst im Kalten Krieg*; Payk: *Kalter Krieg*.

<sup>19</sup> Siehe Dobbs: *One Minute to Midnight*, S. 324 und 336.

Tanger ersetzt worden. Die USA und die UdSSR belieferten sich gegenseitig mit den Fernschreiberausrüstungen, um sowohl das kyrillische wie auch das lateinische Alphabet darstellen zu können. Jede Partei konnte so in ihrer Sprache schreiben, um die eigene Souveränität zu wahren und in den eigenen Telegrammen Übersetzungsfehler zu vermeiden. Im Pentagon waren mehrere Teams aus Techniker\*innen und Übersetzer\*innen eingesetzt, die die Maschinen rund um die Uhr beaufsichtigten und mit stündlichen Testtelegrammen überprüften, um für Krisensituationen gewappnet zu sein.<sup>20</sup> Im September 1963 ging die Anlage schließlich mit Testnachrichten in Betrieb und bestand ihre erste Bewährungsprobe im Verlauf des Sechstagekrieges im Juni 1967. Der sowjetische Ministerpräsident Alexej Kosygin und US-Präsident Lyndon B. Johnson sendeten sich zum Teil mehrmals täglich Telegramme zu, um mögliche Schritte zur Beendigung des Krieges zu diskutieren. Johnson informierte Kosygin auch über den israelischen Angriff auf die *USS Liberty*, damit die sowjetische Seite die US-amerikanische Rettungsmission nicht als Einmischung in den Krieg interpretieren würde. Besonders starken Eindruck hinterließ schließlich Kosygins Drohung am letzten Kriegstag, die eine Beteiligung an den Kämpfen ankündigte und einen Krieg mit den US-Amerikanern riskierte, sofern die israelischen Truppen auf Damaskus vorrücken würden.<sup>21</sup>

## Britische Störung

Der britische Premierminister Harold Macmillan muss um die weltpolitische Bedeutung des britischen Empires besorgt gewesen sein, als er von den Hotline-Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR informiert wurde. Für den privilegierten Krisenkanal, der durch London führen sollte, war keine Schnittstelle im Regierungsviertel Westminster vorgesehen. In der Frühphase der US-amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen versuchte seine Regierung diesen Missstand zu beheben, sich in die Gespräche einzuschalten und ebenso eine Telegrafenerbindung nach Moskau zu errichten. Die Verbündeten in Washington baten Macmillan allerdings, diese Angelegenheit zunächst nicht voranzutreiben, um die eigenen Verhandlungen mit der sowjetischen Seite nicht zu stören.<sup>22</sup>

---

**20** Vgl. Information Related to the Washington–Moscow Hot Line (Draft), S. 1–6, Lyndon Baines Johnson Presidential Library, Austin, Texas, Reference File, Folder: Hot Line.

**21** Vgl. Nanz: Medien als Akteure der Außenbeziehungen, S. 100 f.; Simon/Simon: Soviet use of the Moscow–Washington Hotline.

**22** Vgl. Egilsson: The Origins, Use and Development of Hot Line Diplomacy, S. 12. – Dieser Aufsatz war sehr hilfreich für die Recherchen, die in diesem Abschnitt vorgestellt werden.



Bei einem Abendessen im Februar 1966 sprach Premierminister Harold Wilson das Thema gegenüber Ministerpräsident Alexej Kosygin an und bewarb die Vorzüge Großbritanniens in der Position des Dritten: „There might be occasions when the Americans might find it preferable to make urgent points to the Russians through a third party rather than directly, and vice versa.“<sup>23</sup> Seine Absicht war sicher ehrenhaft, zeigt aber, dass er die Idee der Hotline nicht verinnerlicht hatte. Ihr Ziel bestand nicht in der Aufnahme indirekter diplomatischer Verhandlungen, sondern im Gegenteil in der direkten Adressierung gegnerischer Parteien, die schlimmstenfalls kurz vor einem Nuklearkrieg standen.

Kosygin nahm die Idee nur zögerlich auf<sup>24</sup>, während sich die Entschlossenheit der Briten bereits wenige Wochen nach der Unterzeichnung des *Hotline-Agreements* zwischen der USA und der UdSSR vom Juni 1963 in konkrete Planungen manifestierte. Sir Bernard Burrows, der Chairman des *Joint Intelligence Committees*, ließ dafür drei Varianten ausarbeiten. Die erste genoss in den Verhandlungen Priorität: Dort war vorgesehen, dass sich die britische Regierung auf den US-amerikanisch-sowjetischen Kanal aufpropft, was nicht nur Kosten gespart, sondern sie zudem in eine machtvolle Position versetzt hätte. „By this method“, so kann man in dem Entwurf lesen, „we would receive all messages passing on the link, and it would not be open to the Russians and the Americans to communicate privately by this, unless they employed a cypher setting which was withheld from us.“<sup>25</sup> Zudem, so die weitergehende Überlegung, ließe sich zum einen für Nachrichten nach Washington und Moskau je eine separate Leitung einrichten. Bei Verwirklichung dieser Variante hätte die britische Regierung als dritte parasitäre Partei eine machtvolle Position erlangt. Ihr wäre es möglich gewesen, die gesamte Kommunikation zwischen Washington und Moskau abzu hören, sofern sie nicht durch eine ihr unbekannte Verschlüsselung ausgegrenzt worden wäre. Zugleich hätten die Briten die Möglichkeit gehabt, der einen Partei ohne das Wissen der anderen ein Telegramm zuzusenden. Die US-amerikanischen Verbündeten verwarfen diesen Vorschlag sofort.<sup>26</sup>

Die zweite Variante schlug ein Modell vor, das die britische Regierung in doppelter Hinsicht in die Position eines informationspolitischen Vasallen versetzt hätte. Denn entlang dieser Pläne wäre London kein direkter Zugriff auf die Hotline gewährt, sondern allein bei Bedarf von den beiden Hauptstädten zugeschaltet

---

**23** Conversation between the Prime Minister and Mr. Kosygin [...], 23.2.1966, The National Archives, Kew/London, CAB 192/1.

**24** Vgl. Hot Line to Moscow, S. 3, The National Archives, Kew/London, CAB 192/1.

**25** Document 24 („Hot Line“), S. 1, The National Archives, Kew/London, FO 371/171142.

**26** Vgl. Document „Confidential“ (Burrows), 16.7.1963, The National Archives, Kew/London, FO 371/171142.

worden. Der Kanal Washington–Moskau wäre also ungestört geblieben und London hätte je eine separate Leitung nach Washington und Moskau einrichten müssen. Die britische Regierung hätte zwar so die Hauptstädte kontaktieren können, wäre allerdings nicht in der Position gewesen, lückenlos den gesamten Telegrammverkehr zu sichten. In dem Konzeptpapier heißt es dementsprechend: „The disadvantage of this system from the U.K. point of view would be that it would still be open to Washington and Moscow to be selective about the messages which they passed to London.“<sup>27</sup> Diese Variante hätte Misstrauen geschürt. Wenn etwa die US-amerikanische Regierung ein Telegramm nach Moskau hätte senden wollen, wäre es ihre Entscheidung gewesen, ob in der Hotline-Zentrale im Pentagon gleichzeitig eine Kopie nach London abgeschickt worden wäre. Aus der Sicht Londons, eigentlich als Dritter in der Position des Störers und Parasiten, wäre der Sender Washington oder Moskau ein permanenter Störer geworden, da beide die Weiterleitung der Nachrichten nicht garantiert hätten. Auch auf Vorschlag der US-Amerikaner wurde schließlich die dritte Variante im Jahr 1967 umgesetzt, der eine separate Hotline zwischen London und Moskau vorsah.

Ein anderer Dritter war allerdings schneller. Seinen Erfolg vermeldeten Ende Juni 1966 die britischen Tageszeitungen: „White‘ phone from France to Soviet Union.“<sup>28</sup> Charles de Gaulle kam im Rahmen seiner osteuropäischen Entspannungspolitik den Plänen der britischen Regierung zuvor und plante eine Fernschreiberverbindung von Paris nach Moskau, die offiziell den Zweck der europäischen Einigung dienen sollte und vor dem britischen heißen Draht aktiviert wurde. Diese wurde in der vorangegangenen Staatsreise des Generals durch die Sowjetunion neben wirtschaftlichen Vereinbarungen verabredet. Er markierte damit Frankreich vor Großbritannien als eine politische Macht, die den Status erlangte, mit der Sowjetunion über einen direkten Kanal verbunden zu sein. Rote, Weiße und Grüne Telefone – in Frankreich wurde die „ligne de communication directe“<sup>29</sup> auch „Telephone Vert“<sup>30</sup> genannt – sowie Hotlines sind stets auch Prestigeprojekte.

---

27 Document 24 („Hot Line“), S. 1, The National Archives, Kew/London, FO 371/171142.

28 Document 9 („Hot Lines“), The National Archives, Kew/London, CAB 192/1; siehe auch Egilsson: *The Origins, Use and Development of Hot Line Diplomacy*, S. 20 f.

29 *Voyage en U.R.S.S. du Général de Gaulle* [...], 26.7.1966, S. 23, Archives Diplomatiques, Paris/La Courneuve, Série Europe, 1966/1970, URSS, Carton 2672.

30 *Telephone Vert*, 24.11.1966, Archives Diplomatiques, Paris/La Courneuve, Série Europe, 1966/1970, URSS, Carton 2665.

## Semantische Störung

Die Überprüfungsprotokolle der Hotline Washington–Moskau wurden durch die regelmäßigen Übermittlungen sinnfreier Nachrichten vorgenommen. Eine Standardbotschaft war „The quick brown fox jumped over the lazy dog’s back 1234567890“ – ihr Vorteil bestand gerade darin, keine relevante Botschaft zu sein, also keine neue Information oder Bedeutung zu übermitteln, die gegebenenfalls eine Partei hätte beleidigen oder verwirren können. Erlaubt waren auch Lexikoneinträge oder Zitate aus unverfänglichen Literaturklassikern, gelegentlich sollen auch Beschreibungen des Sonnenuntergangs bei Moskau übermittelt worden sein. Es ging allein um die Überprüfung aller Typenhebel des Fernschreibers, die inhaltlich klar unterscheidbar sein musste von tatsächlichen Krisentelegrammen.

Am 27. Dezember 1968 wurde Präsident Lyndon B. Johnson schriftlich über einen Vorfall informiert, der sich zwei Tage vorher zugetragen hatte: Im Rahmen einer Testroutine empfing das US-amerikanische Hotline-Terminal zunächst eine normale sowjetische Testnachricht, die in ihrem weiteren Verlauf allerdings von den Standards abwich. Colonel Vandebogard hielt in seinem Bericht fest:

„The Soviet translator-communications personnel started their customary circuit test with the standard test material [...]. Immediately following this test material, the printer skipped several lines and began printing: HAPPY, MERRY, CHRISTMAS. This part of the message [...] was especially prepared to spell out these three words with an artistic effect. In the judgment of experienced MOLINK officers, the Christmas greeting received was from the translator-communications personnel who regularly work at the Moscow end of the [...] circuit. It was also deduced that no official Soviet position on the religious implication of the Christmas season was involved.“<sup>31</sup>

Der künstlerische Effekt bestand darin, die Konturen der einzelnen Buchstaben von „HAPPY, MERRY, CHRISTMAS“ mit einzelnen Typen nachzuzeichnen, sodass der Weihnachtswunsch großflächig auf das Papier gedruckt wurde. Das US-amerikanische Molink-Team<sup>32</sup> antwortete unter anderem mit dem Lob: „We are impressed with your technique.“<sup>33</sup>

Dieser Vorfall hätte eigentlich keine besondere Erwähnung verdient, wenn er nicht einen Offizier zu einem Bericht bewogen hätte, der sogar dem Präsidenten

---

**31** Document 28a, S. 1, Lyndon Baines Johnson Presidential Library, Austin, Texas, Reference File, folder: Hot Line.

**32** Molink steht für Moscow Link.

**33** Document 28b, Lyndon Baines Johnson Presidential Library, Austin, Texas, Reference File, folder: Hot Line.

vorgelegt wurde. Darin wurde betont, dass nur ein bestimmter „type of literature“<sup>34</sup> für Testnachrichten zulässig sei; andere Telegramme müssten erst freigegeben werden, was im vorliegenden Fall bei der sowjetischen Seite wohl nicht geschehen sei. Aus dem Vorfall lassen sich zwei Schlussfolgerungen ziehen. Erstens kann diese eher humoristische Nutzung der Hotline im Rahmen einer Routineprüfung zeigen, dass alles, was vom Standardprocedere abwich, einer gesonderten Untersuchung unterzogen wurde. Hier wurde etwa die Überlegung angestellt, ob man aus den Weihnachtswünschen irgendeine sowjetische Position zur Religion ableiten könne – was letztlich abschlägig beurteilt wurde. Hier zeigt sich ein neuer Störungstyp: Nachdem der Signal-Rausch-Abstand richtig justiert, also die Kommunikation durch die Ausblendung des Rauschens ermöglicht wurde, rückt eine semantische Frage und Störung in den Fokus. Wird die Nachricht, die ein Sender übermittelt hat, auch vom Empfänger verstanden? Ist die Nachricht eine einfache Weihnachtsbotschaft oder kann eine hermeneutische Lektüre noch andere Informationen hervortreten lassen?

Zweitens zeigt sich, dass die Hotline alles andere als eine Direktverbindung zwischen den beiden Regierungschefs ist, sondern dass Dritte, also Akteur\*innen wie Techniker\*innen und Übersetzer\*innen, dazwischengeschaltet sind. Diese entfalten eine eigene, eine kleine Politik, die sich weniger mit den ‚großen Linien‘ der Außenpolitik befasst, sondern Höflichkeitsformen, Witze oder alltägliche Rituale thematisiert. Die Praktiken der Außenbeziehungen benötigen neben menschlichen Akteur\*innen auch Techniken und Medien, die die Kommunikation formen und damit auf die Inhalte Einfluss nehmen.

## Medien als Dritte der Politik

Die Überlegungen, die in diesem Essay angestellt wurden, befassen sich mit der Position des Dritten, die Krisenkommunikationsmedien wie das Rote Telefon einnehmen, dann aber auch je nach Blickwinkel, Skalierung oder Abhängigkeit vom Rauschen wechseln kann.<sup>35</sup> Die Position des Dritten wurde hier auf vier Ebenen diskutiert, die allesamt ein dreiwertiges Kommunikationsschema entfalten, aber mit Blick auf unterschiedliche Störquellen den Dritten auf wechselnde Positionen platzieren.

---

<sup>34</sup> Document 28a, S. 2, Lyndon Baines Johnson Presidential Library, Austin, Texas, Reference File, folder: Hot Line.

<sup>35</sup> Vgl. Serres: *Der Parasit*, S. 85.

Erstens ist das fiktive Rote Telefon oder eine Hotline automatisch ein Dritter, der die Grenzziehung zwischen Ost und West, die in einem Krisenfall besonders verhärtet ist, überwinden kann. Die Fokussierung auf mögliche Krisen und das technische Dispositiv eines Kanals mit zwei Apparaten formieren ein bipolares Weltbild, an dem tatsächliche Ereignisse wie auch Fiktionen mitgewirkt haben. Die mögliche Störung, die in einem unbeabsichtigten Atomkrieg hätte münden können, etwa ein technischer Defekt, ein Computerfehler oder ein verwirrter leitender Offizier, ist die Voraussetzung des Roten Telefons. Allein ein Krisenkommunikationsmedium hätte bei zeitkritischen Ereignissen Verhandlungen auf höchster politischer und militärischer Ebene zur Bereinigung von Missverständnissen ermöglichen können. Zweitens ist der Kanal von einem stetigen Hintergrundrauschen umgeben. Ziel der mathematischen Informationstheorie war es, dieses Rauschen herauszurechnen, um die Signale für den Empfänger dekodierbar zu machen, zugleich aber eine Störgröße als Bestandteil einer jeden Kommunikation voraussetzen. Drittens lässt sich am Beispiel der Hotline Washington–Moskau zeigen, dass ein privilegierter Krisenkanal, sobald er einmal geplant und installiert ist, andere Interessenten wie die britische Regierung anzieht. Die Kommunikation zwischen den USA und der UdSSR war und ist von offiziellen (Großbritannien) wie auch inoffiziellen Störern (Spionage) bedroht, die durch Ausgrenzung oder Verschlüsselung (also Gegenstörungen) abgewehrt wurden und werden ( $\nearrow$  *Geheimdienste*). Schließlich können allerdings alle technischen Anstrengungen nicht garantieren, dass semantische Störungen auftreten. Gerade ein solch sensibles und sicherheitsrelevantes Medium wie die Hotline war darauf angewiesen, dass ihr Gebrauch strengen Protokollen folgte, um eingehende Telegrammen nicht falsch zu deuten. Auch bestand die Gefahr, dass in den Hochsicherheitsbereichen Dritte wie Techniker\*innen oder Übersetzer\*innen den Kanal auf eine alltägliche Art und Weise nutzten, für die dieser der Form nach nicht vorgesehen war. Politiken sind stets von Störungen bedroht, die Medien, verstanden als menschliche und nichtmenschliche Akteur\*innen, als Möglichkeitsbedingung von Politik und Kommunikation verursachen. Ein\*e Übersetzer\*in oder eine unklare Nachricht wäre eine solche Störfigur gleichermaßen wie ein Hotline-Fernschreiber, dessen Operationen und Techniken auf die Ausarbeitung und Übermittlung der Botschaften Einfluss nehmen. Medien sind Dritte der Politik und prozessieren die Inhalte nie neutral.

## Literatur und publizierte Quellen:

- Baumgarten, Franziska: Psychologie des Telephonierens (1931), in: Forschungsgruppe Telekommunikation (Hg.): *Telefon und Gesellschaft*, Bd. 1: Beiträge zu einer Soziologie der Telefonkommunikation, Berlin 1989, S. 187–196.
- Berridge, G. R.: *Diplomacy. Theory and Practice*, Basingstoke 2005.
- Dobbs, Michael: *One Minute to Midnight. Kennedy, Khrushchev, and Castro on the Brink of Nuclear War*, New York 2009.
- Egilsson, Haraldur Þór: *The Origins, Use and Development of Hot Line Diplomacy*, Den Haag 2003, [https://www.clingendael.org/sites/default/files/pdfs/20030500\\_cli\\_paper\\_dip\\_issue85.pdf](https://www.clingendael.org/sites/default/files/pdfs/20030500_cli_paper_dip_issue85.pdf) (4. 5. 2017).
- Greiner, Bernd/Müller, Christian Th./Walter, Dierk (Hg.): *Angst im Kalten Krieg*, Hamburg 2009.
- Hodges, Andrew: *Alan Turing. The Enigma*, London 2012.
- Holmes, Richard: *Churchill's Bunker. The Secret Headquarters at the Heart of Britian's Victory*, London 2011.
- Joffe, Josef: Macht und Mächte in der internationalen Politik. Zum Strukturwandel des internationalen Systems, in: Schwarz, Klaus-Dieter (Hg.): *Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit*, Bad Honnef-Erpel 1976, S. 13–38.
- Kittler, Friedrich: Signal-Rausch-Abstand, in: ders.: *Draculas Vermächtnis. Technische Schriften*, Leipzig 1993, S. 161–181.
- Luhmann, Niklas: Die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation, in: ders.: *Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation*, Opladen 1981, S. 25–34.
- Mills, Mara: Medien und Prothesen. Über den künstlichen Kehlkopf und den Vocoder, in: Gethmann, Daniel (Hg.): *Klangmaschinen zwischen Experiment und Medientechnik*, Bielefeld 2010, S. 127–152.
- Nanz, Tobias: Medien als Akteure der Außenbeziehungen. Überlegungen zur Krisenkommunikation im Kalten Krieg, in: Hoeres, Peter/Tischer, Anuschka (Hg.): *Medien der Außenbeziehungen von der Antike bis zur Gegenwart*, Köln u. a. 2017, S. 91–111.
- Nanz, Tobias: Vor dem Atomkrieg. Zum Ereignis in Stanley Kubricks „Dr. Strangelove“ und „The Delicate Power of Balance“, in: Häusler, Anna/Schneider, Martin (Hg.): *Ereignis erzählen (Sonderheft Zeitschrift für deutsche Philologie)*, Berlin 2016, S. 193–205.
- Nanz, Tobias: Communication in Crisis. The „Red Phone“ and the „Hotline“, in: Behemoth. A Journal on Civilisation 3 (2010), Heft 2, S. 71–83, <https://ojs.ub.uni-freiburg.de/behemoth/article/view/691> (4. 5. 2017).
- Payk, Marcus M.: *Kalter Krieg*, in: Koch, Lars (Hg.): *Angst. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart, Weimar 2013, S. 325–330.
- Schelling, Thomas C.: Bargaining, Communication, and Limited War, in: *Conflict Resolution 1* (1957), Heft 1, S. 19–36.
- Schild, Georg: 1983. Das gefährlichste Jahr des Kalten Krieges, Paderborn u. a. 2013.
- Schüttpelz, Erhard: Eine Ikonographie der Störung. Shannons Flußdiagramm der Kommunikation in ihrem kybernetischen Verlauf, in: Jäger, Ludwig/Stanitzek, Georg (Hg.): *Transkribieren. Medien/Lektüre*, München 2002, S. 233–280.
- Serres, Michel: *Hermes I. Kommunikation*, Berlin 1991.
- Serres, Michel: *Der Parasit*, Frankfurt a.M. 1987.
- Shannon, Claude E.: Communication in the Presence of Noise, in: *Proceedings of the IRE 37* (1949), Heft 2, S. 10–21.

- Siegert, Bernhard: Die Geburt der Literatur aus dem Rauschen der Kanäle. Zur Poetik der phatischen Funktion, in: Franz, Michael/Schäffner, Wolfgang/Siegert, Bernhard/Stockhammer, Robert (Hg.): *Electric Laokoon. Zeichen und Medien, von der Lochkarte zur Grammatologie*, Berlin 2007, S. 5–41.
- Simon, Eszter/Simon, Agnes: The Soviet use of the Moscow–Washington Hotline in the Six-Day War, in: *Journal of Transatlantic Studies* 15 (2017), Heft 3, S. 284–305.
- Stone, Webster A.: The Hot Line. Washington–Moscow Direct Communications Link 1963 to the Present, in: Burns, Richard Dean (Hg.): *Encyclopedia of Arms Control and Disarmament*, Band 2, New York 1993, S. 847–853.
- Wanzeck, Christiane: *Zur Etymologie lexikalisierter Farbwortverbindungen. Untersuchungen anhand der Farben Rot, Gelb, Grün und Blau*, Amsterdam, New York 2003.





Dieter H. Kollmer

## Rüstung(-sgüterbeschaffung)

Wenn ein Staat sich entschieden hat, Streitkräfte aufzustellen und/oder zu erhalten, muss er diese mit zweckorientiertem Material ausstatten bzw. das vorhandene Gerät regelmäßig auf den neuesten Stand der Militärtechnik bringen. Insbesondere Uniformen, Handfeuerwaffen, Munition und militärisches Großgerät, aber auch die intensive Aus- und Weiterbildung der Soldaten an der Ausrüstung sowie der Bau, die Renovierung und die Ausstattung militärischer Infrastruktur müssen finanziert und erhalten werden, wenn dieses außenpolitische Exekutivorgan seinen Aufgaben angemessen nachkommen können soll. Dies gilt verstärkt, wenn es eine konkrete militärische Bedrohung durch zum Beispiel sich antagonistisch gegenüberstehende Staaten und Staatenbündnisse gibt. Umso größer die Bedrohung für die staatliche Souveränität ist, desto eher wird eine Gesellschaft bereit sein, im Rahmen der eigenen Möglichkeiten und Rahmenbedingungen fiskalische Mittel für den Schutz der staatlichen Integrität einzusetzen.<sup>1</sup>

Während des Kalten Krieges befanden sich die beteiligten europäischen und nordamerikanischen Staaten in genau dieser Situation. Auf den ersten Blick scheint es naheliegend, dass Ost und West eine jeweils einheitlich konzise Rüstungspolitik und -produktion innerhalb des jeweiligen Blockes betrieben. Schließlich standen Fragen der Rüstung und damit der geplanten Kriegführung ganz weit oben auf der Agenda von Politikern und Militärs in diesen Jahren (*↗Experten für den Luftkrieg*). Zwei antagonistische Ideologien und Systeme, die sich über Jahrzehnte gegeneinander in Stellung brachten, lassen zudem die Vermutung zu, beide Blöcke verfolgten grundlegend unterschiedliche, eng aufeinander abgestimmte und systemimmanente Formen der Rüstungsgüterbeschaffung. Aber war dies wirklich so?

Vor dem Hintergrund neuester Forschungsergebnisse<sup>2</sup> kann die radikale binäre Logik des Kalten Krieges als leitendes Kriterium für die Ordnung der Welt, die in jenen Jahren vermeintlich immer wieder in einem „Entweder-Oder“ mündete,

---

1 Wenn diese Ausgaben und Reinvestitionen jedoch über einen längeren Zeitraum vernachlässigt werden, hat dies zumeist erst einige Jahre bzw. Legislaturperioden später negative Auswirkungen auf die Qualität und den Zustand der Ausrüstung der jeweiligen Streitkräfte. Dementsprechend war die neuerliche Feststellung aus dem Frühjahr 2018, dass die Bundeswehr mit ihrer derzeitigen Ausstattung „nur bedingt einsatzfähig“ ist, für Fachleute wenig überraschend. Siehe hierzu auch: Dieter D. Kollmer, „You get what you pay for!“

2 Siehe hierzu vor allem Kollmer (Hg.): Militärisch-Industrieller Komplex.

für den Bereich der Rüstungsgüterbeschaffung zunächst einmal nicht konstatiert werden. Auch wenn es überraschend klingen mag, dass dieses signifikante Charakteristikum des Kalten Krieges gerade in diesem sicherheitspolitisch und zugleich ideologisch so bedeutenden Bereich nicht als handlungsleitendes Paradigma gedient haben soll, so gibt es doch eine Vielzahl von Argumenten, die diese Vermutung stützen. Sie sind im Wesentlichen politischer, ökonomischer, struktureller aber nicht zuletzt ideologischer Natur. Um diese Gründe genauer erörtern zu können, muss zunächst die Frage geklärt werden, wozu die Beschaffung von militärischem Material während des Kalten Krieges grundsätzlich diente und welche nationalen Rahmenbedingungen es hierbei gab. Darauf aufbauend erscheint es sinnvoll, einen genaueren Blick auf das Konstrukt „Kalter Krieg“ und seine Besonderheiten zu werfen. Gleiches gilt für die Ordnungsmodelle der Rüstung, nationale Eigenheiten sowie mögliche Nischen und Lücken beim Erwerb von militärischen Gütern in der von der Literatur häufig unterstellten binären Ordnung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

## Wozu dient(e) die Rüstungsgüterbeschaffung den Staaten?

Ursächlich dient die Beschaffung von Rüstungsgütern jedem Staat als *conditio sine qua non* zur Selbstbehauptung gegen eine gewaltsame Einflussnahme von außen – sei es durch Kriegsverhütung mittels Abschreckung oder eigene Kriegführung. In der hier zu betrachtenden Periode in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kommen verschiedene Faktoren hinzu, die zwar schon seit Jahrhunderten eine Rolle in diesem Prozess gespielt haben<sup>3</sup>, sich aber in dieser speziellen historischen Konstellation auf besondere Art und Weise auswirkten.

Hauptsächlich zur Erfüllung ihrer Bündnisverpflichtungen – oder bei den neutralen Staaten zur Absicherung ihres Status – entwickelten die verschiedenen Staaten auf der Basis ihrer nationalen Rahmenbedingungen konkrete, zum Teil sehr unterschiedliche Methoden zur Beschaffung von militärischem Material und militärischen Dienstleistungen. Die diesem Prozess zugrunde liegenden nationalen Interessen sowie die rechtlichen, ökonomischen, strukturellen und fiskalischen Voraussetzungen der einzelnen Beteiligten in Ost wie West wurden bei seiner nachträglichen Beurteilung häufig unterschätzt oder gänzlich vernachlässigt.<sup>4</sup> In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Mehrzahl der

---

<sup>3</sup> Siehe hierzu u. a. Geyer: Deutsche Rüstungspolitik.

<sup>4</sup> Eine Ausnahme in der deutschsprachigen Fachliteratur bildet Köllner: Militär und Finanzen.

kleineren Bündnispartner häufig und gerne die materielle Unterstützung ihres jeweiligen großen „Beschützers“ in Anspruch. Dementsprechend war die Ausrüstung der verschiedenen Streitkräfte dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs bis in die 1960er Jahre hinein noch sehr US-amerikanisch bzw. sowjetisch geprägt. Einige neutrale Staaten wie Österreich und Finnland besaßen eine bunte Mischung von Fabrikaten aus beiden Lagern. Dabei ging es zumeist weniger darum, das beste und günstigste militärische Fabrikat für die Streitkräfte zu besitzen, als vielmehr darum, für einen außenhandelspolitischen Ausgleich zwischen den Blöcken zu sorgen sowie die eigene Neutralität und Souveränität zu erhalten (↗*Die Blockfreien/Bündnisfreien*).

Im westlichen Bündnis gab es zwei Staaten, die aufgrund ihres historischen Anspruchs, ihrer Kolonialbesitzungen, ihres Atomwaffenarsenals und eines ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat immer noch den Anspruch hegten, in der Weltpolitik eine mitbestimmende Größe zu sein. Auch wenn heutzutage nicht mehr alle genannten Gründe zutreffend sein mögen, stellen Frankreich und Großbritannien trotzdem traditionell einen Großteil ihrer Rüstungsgüter selbst oder in enger Kooperation mit sorgfältig ausgesuchten Partnern her.<sup>5</sup> Zudem haben es beide Länder seit jeher nur bedingt unterbunden, dass ihre nationalen Rüstungsunternehmen militärische Waren und Dienstleistungen weltweit – nicht nur in ihre (ehemaligen) Kolonien – exportieren.<sup>6</sup>

Einen weiteren bemerkenswerten Sonderfall in der Entwicklung der Rüstung (-sgüterbeschaffung) dieser Jahre stellte das Königreich Schweden dar. Das skandinavische Land war ein neutraler Staat, der während des Zweiten Weltkriegs und in den Jahren kurz danach erstaunliche Rüstungskapazitäten aufgebaut hatte.<sup>7</sup> Die vorhandenen Produktionsstätten und das umfangreiche technische Know-how nutzten die Schweden während des Kalten Krieges nicht nur dazu, die eigenen Streitkräfte mit hochwertigem Material auszustatten, sondern auch, um den Wohlstand des Landes durch einträgliche Rüstungsexporte in die ganze Welt zu mehren. Zusätzlich unterstützt wurde dies durch den Rohstoffreichtum des Landes, den Einfallsreichtum schwedischer Ingenieure, modernste Verarbeitungsmethoden („Schwedenstahl“) und der Fähigkeit einiger Politiker und

---

<sup>5</sup> Frankreich hat immer wieder gerne mit der Bundesrepublik kooperiert, siehe hierzu vor allem Seiller, Zusammenarbeit kann man das nicht nennen. – Großbritannien hat in den vergangenen 20 Jahren aufgrund des Niedergangs der heimischen Industrie immer weniger Rüstungsproduktionskapazitäten. Mittlerweile sind alle Tätigkeitsfelder im international agierenden Konzern *BEA-Systems* zusammengefasst, vgl. u. a. Louth: *British Defence Procurement*.

<sup>6</sup> Siehe hierzu die jährlichen Reporte des *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI), ab 1968 abrufbar unter <https://www.sipri.org/yearbook/archive> (1.10.2017).

<sup>7</sup> Hierzu und zum Folgenden siehe u. a. Stenlas: *Rise and Decline*.

schwerreicher Industrieller, die Logiken des Kalten Krieges geschickt zu nutzen. Einige der bekanntesten schwedischen Industrieunternehmen (Ericsson, Volvo, Saab, Bofors, Scania, Nobel, Electrolux u. a.) waren Rüstungsunternehmen mit mehr oder minder großen zivilen Sparten. Um die eigene Neutralität nicht nur zu wahren, sondern auch gegenüber den beiden Machtblöcken deutlich zu unterstreichen, wurde ein Großteil des Bedarfs der schwedischen Streitkräfte (Försvarsmakten) mit in Schweden produzierten Waffensystemen gedeckt. Importiert wurden lediglich Spezialwaffen aus den USA und Großbritannien. Um die Entwicklungskosten zu refinanzieren, wurde militärisches Großgerät zumeist in andere neutrale Staaten wie die Schweiz, Finnland und Österreich sowie in Einzelfällen auch in weitere skandinavische Nachbarstaaten und nach Südamerika exportiert. Aber auch elektronische Bauteile für Schiffe und Flugzeuge sowie Munition und Kleinwaffen wurden an eine Vielzahl von Staaten weltweit veräußert. Dabei spielte weniger die Blockzugehörigkeit als die Zahlungsfähigkeit der Regierungen eine Rolle. Der große Erfolg dieses Exportsektors führte zur Sicherung der Arbeitsplätze in diesen Schlüsselindustrien und zu umfangreichen Steuereinnahmen des schwedischen Staates. Überspitzt formuliert nutzte Schweden somit die Logiken des Kalten Krieges zur Stabilisierung und zum Ausbau der eigenen Volkswirtschaft sowie zur Subventionierung des großzügigen schwedischen Sozialstaates.

Ab Mitte der 1960er Jahre beschränkten nicht nur die drei letztgenannten Staaten eigene, von den Supermächten unabhängige Wege. Wie bereits erwähnt, waren viele blockfreie und neutrale Staaten schon sehr früh darum bemüht, bei der Beschaffung von Wehrmaterial möglichst geschickt und flexibel zwischen den Blöcken zu agieren, um einerseits ihre Streitkräfte möglichst effizient und kostengünstig auszurüsten und um andererseits keinen Zweifel an ihre Neutralität aufkommen zu lassen. Auch hier lässt sich eine Figur des Dritten erkennen. Die Anfertigung der persönlichen Ausrüstung der Soldaten, der Bau und die Instandhaltung der militärischen Infrastruktur sowie die Produktion militärischen Kleingeräts und Zubehörs erfolgten zumeist durch Unternehmen der jeweiligen Staaten. Darüber hinaus gingen einige Warschauer Pakt- und NATO-Staaten an, neben Lizenzproduktionen<sup>8</sup> – zunächst hauptsächlich in der Schiffs-, Panzer- und Handwaffen-, später auch in der Flugzeugfertigung –, entsprechend ihres Know-hows, ihrer Kapazitäten und der finanziellen Möglichkeiten, nationale Rüstungsproduktionsstätten aufzubauen, indem sie die heimische Entwicklung und

---

<sup>8</sup> Die Lizenzproduktion fand hauptsächlich in der Tschechoslowakei, in Polen, Italien, Belgien, den Niederlanden und den beiden deutschen Staaten statt; später kamen noch Großbritannien und Spanien hinzu.

Herstellung von militärischem Gerät gezielt förderten. In Westdeutschland entwickelten sich in diesen Jahren aufgrund der im Wirtschaftswunder wiedererstarkten Schwer- und Elektroindustrie einige der leistungsstärksten westeuropäischen Rüstungsgüter produzierende Unternehmen, die in den nachfolgenden Jahren insbesondere NATO-Partner mit modernster Waffentechnik *Made in Germany* belieferten.<sup>9</sup> Neben Italien und Polen nutzten auch kleinere Staaten wie die Niederlande, Belgien, die Tschechoslowakei, Österreich, Jugoslawien, Israel und die DDR Nischen in der Rüstungsproduktion, die sich in diesen Jahren ergaben. Dementsprechend passte sich auch die Rüstungsgüterbeschaffung der Staaten an das neue Marktumfeld und das deutlich diversifizierte Angebot des Rüstungsmarktes an.<sup>10</sup>

In einigen der führenden Industriestaaten, insbesondere in den USA, der Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien, war die Beschaffung von Wehrmaterial ein bedeutender Bestandteil der nationalen Identität. Nicht nur, dass mit diesem Material die eigenen, für die Außenpolitik dieser Länder zentralen Streitkräfte ausgestattet wurden: Rüstung war auch ein Teil der Selbstbestätigung der eigenen technischen Fähig- und Möglichkeiten, der politischen Unabhängigkeit und der militärischen Machtprojektion. Um dies zweifelsfrei sicherstellen zu können, kooperierten in diesen Staaten Politik, Wirtschaft und Militär bei der Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern für die nationalen Streitkräfte sehr eng miteinander. Unterstützt wurden sie dabei häufig von sogenannten Think Tanks und universitären Instituten, die in militärrelevanten Forschungsbereichen tätig waren. Diese Zusammenarbeit wird in der Literatur zumeist als Militärisch-Industrieller Komplex (MIK)<sup>11</sup> bezeichnet. Über den Außenhandel konnten diese Staaten Rüstungsgüter außerdem als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen. Staaten, die nicht den beiden Bündnissen angehörten, wurden somit über den Import von militärischem Gerät und/oder militärischen Dienstleistungen zumindest moralisch an das jeweilige liefernde Lager gebunden.

Eine häufig unterschätzte Rolle spielt bei der Rüstung(-sgüterbeschaffung) auch die zeitliche Dimension. In den verschiedenartigen, hochkomplexen und stark diversifizierten Prozessen dominieren zumeist langfristige Zeithorizonte, da

---

<sup>9</sup> Siehe hierzu u. a. Creswell/Kollmer: Power, Preferences or Ideas.

<sup>10</sup> Siehe hierzu u. a. Pöcher: Rüstung in Europa

<sup>11</sup> Über den MIK sind seit Ende des Zweiten Weltkriegs zahlreiche Studien publiziert worden. Im Laufe der Jahre haben sich weltweit verschiedene Theorien zu diesem Bereich der Staatsnachfrage entwickelt. Exemplarisch seien hier einige Veröffentlichungen genannt, die sich mit dem MIK in den USA auseinandergesetzt haben: Hartung: Prophets of War; Hennes: Der neue Militärisch-Industrielle Komplex; Koistinen: The Military-Industrial Complex; Mills: Power Elite; Pavelec: The Military-Industrial-Complex; Roland: The Military-Industrial-Complex.

Rüstungsprojekte von der Planung über die Entwicklung, Testreihen und Beschaffung bis hin zur Auslieferung nicht selten Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Dementsprechend mussten die Rüstungsplaner nicht nur den finanziellen Rahmen, die technischen Entwicklungen und mögliche militärstrategische Veränderungen im Blick haben, sondern auch die Entwicklung der nationalen Rüstungskapazitäten und die der möglichen ausländischen Exporteure. Die Aufrechterhaltung und die Weiterentwicklung eigener, unabhängiger, nur wenig integrierter Rüstungskapazitäten hatte neben der nationalstaatlichen Souveränitätssymbolik und der Industriepolitik vorzugsweise auch dann eine substantielle Bedeutung, wenn die Regierungen unabhängig von der Blockkonfrontation die Ausstattung ihrer Streitkräfte planten, um auch langfristig – im wörtlichen Sinn – gut gerüstet zu sein.

Bereits vor diesem Hintergrund lässt sich erkennen, dass die Entwicklung, Produktion und letztlich Beschaffung von Rüstungsgütern während des Kalten Krieges nicht den klaren Grenzziehungen des binären Ordnungssystems folgte. Vielmehr gab es multiple Gründe für die Vorgehensweise, wie ein Staat die Ausstattung und Einsatzfähigkeit seiner Streitkräfte sicherstellte. Dementsprechend spielte es bei der Disposition der Rüstungsgüterbeschaffung in diesen Jahren nur eine untergeordnete Rolle, welchem der Blöcke der einzelne Staat angehörte. Die einzige Konstante in diesem Zusammenhang war, dass die Staaten des Warschauer Paktes und der NATO kein militärisches Großgerät bei einem Anbieter des jeweils anderen Blocks erwarben.<sup>12</sup>

## Welche Faktoren haben den Prozess der Rüstungsgüterbeschaffung beeinflusst?

Im Gegensatz zu der eigentlichen Ratio, dass Rüstungsgüter primär unter sicherheitspolitischen und militärischen Gesichtspunkten beschafft werden, spielen häufig andere Faktoren eine größere Bedeutung in diesem komplexen Prozess. Dies liegt insbesondere daran, dass wirtschaftliche Prosperität und militärisches Potenzial Instrumente wie Ziele des modernen Industriestaates sind. Beide stehen aber in einem intensiven Spannungsverhältnis zueinander: Langfristig ist vor

---

<sup>12</sup> Erst mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Machtbereichs und der Übernahme der materiellen Restbestände der Nationalen Volksarmee durch die Bundeswehr wurde im Warschauer Pakt hergestelltes militärisches Material von einem NATO-Staat genutzt. Das bekannteste Beispiel waren die 24 MiG-29 „Fulcrum“, die 1990 von der Bundesluftwaffe in das Jagdgeschwader 73 „Steinhoff“ übernommen wurden.

allem wirtschaftliche Leistungsfähigkeit die Voraussetzung für militärische Stärke; Staatsnachfrage hingegen ist ein politisches Lenkungsinstrument. Die Ausgaben für Streitkräfte orientieren sich daher häufig nicht so sehr an einem „rüstungsspezifischen Optimierungsprozess“<sup>13</sup> als vielmehr an Fragen der Außen-, Sicherheits-, Finanz-, Wirtschafts- und Außenhandelspolitik. Gleichwohl sind die sekundären Funktionen der Rüstung legitime Staatszwecke, die aber in nachhaltiger Konkurrenz zu ihren eigentlichen Zielen stehen.<sup>14</sup>

Die Diversifikation der Beschaffung von militärischem Material für die jeweiligen Streitkräfte folgte demnach auch im Kalten Krieg grundsätzlich zunächst spezifisch nationalen politischen Vorgaben. Selbstverständlich unterschied sich die Rüstungsgüterbeschaffung in marktwirtschaftlich aufgestellten Staatswesen grundsätzlich von jener in planwirtschaftlich organisierten Ländern. Aber auch zwischen den Staaten innerhalb den verschiedenen Gruppierungen während des Kalten Krieges (NATO, Warschauer Pakt, blockfreie und neutrale Staaten) gab es zum Teil erhebliche Divergenzen zwischen den *ways and means*, die beschritten wurden, um die eigenen Streitkräfte entsprechend der Vorgaben der Bündnisse oder des eigenen Sicherheitsbedürfnisses auszustatten.

So waren beispielsweise in den USA, der Sowjetunion und Schweden die Rüstungsgüterproduktion in Form von MIKs während des Kalten Krieges von staatstragender Bedeutung.<sup>15</sup> Folglich beeinflussten in diesen Ländern die Entwicklung und Herstellung von militärischem Material in erheblichem Maß andere Politik- und Wirtschaftsfelder. Im Gegensatz dazu bemühten sich Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz darum, die Beschaffung von Rüstungsgütern ordnungspolitisch zu steuern. Kleinere Staaten, die entweder nur wenige oder gar keine Rüstungsgüter produzierten – wie Dänemark oder die DDR –, waren gezwungen, diese für eine angemessene Ausstattung ihrer Streitkräfte zu importieren. Hierfür benötigten sie politische Instrumente, um nicht von den Produzenten bzw. produzierenden Staaten übervorteilt zu werden. Dementsprechend argumentierten die Regierungen dieser Länder immer wieder entlang der Bündnisverpflichtungen, die sie nur dann erfüllen könnten, wenn ihnen das dazu notwendige Material zu Konditionen entsprechend ihrer volks-

---

**13** Hiermit sind der militärische Zweck, die technischen Realisierungsmöglichkeiten und die finanziellen Vorgaben gemeint, siehe Bode: Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

**14** Zur Problematik der Einflussfaktoren bei der Beschaffung von militärischem Material und Dienstleistungen siehe u. a. Kollmer: Militärisch-Industrielle Komplexe vs. Rüstungsinterventionismus.

**15** Siehe hierzu und im Folgenden die entsprechenden Länderkapitel in Kollmer (Hg.): Militärisch-Industrieller Komplex.

wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit geliefert werden würde.<sup>16</sup> Dies gelang nicht immer und führte in beiden Bündnissen regelmäßig zu erheblichen politischen Meinungsverschiedenheiten in der Frage des „burden sharing“.<sup>17</sup>

Mithin lässt sich feststellen, dass im Kalten Krieg der politische, ideologische und institutionelle Überbau für die Beschaffung von Rüstungsgütern durch die beiden großen Blöcke vorgegeben war. Die Rüstungsprozesse auf der Ebene darunter wurden hingegen von den unterschiedlichen nationalen, insbesondere politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, der jeweiligen ökonomischen Leistungsfähigkeit sowie den verschiedenen rüstungswirtschaftlichen Ordnungsmodellen geprägt, auf die der Überbau nur bedingt Einfluss hatte.

## Ideologischer Überbau, nationale Eigenheiten und rüstungswirtschaftliche Ordnungsmodelle

Die meisten Staaten der Weltgemeinschaft konnten während des Kalten Krieges vermeintlich einer der beiden gegensätzlichen volkswirtschaftlichen Kategorien „Planwirtschaft“ oder „Marktwirtschaft“ zugeordnet werden. Zumindest für die Mitglieder der beiden großen Bündnisse in der nördlichen Hemisphäre ist dies nach heutigem Kenntnisstand zutreffend nachvollziehbar. Die Staaten des Warschauer Paktes waren aber nicht nur planwirtschaftlich organisiert; sie mussten sich zusätzlich bei der Produktion, beim Export und beim Import sämtlicher Waren mit der Sowjetunion (und untereinander) abstimmen. Dies war grundsätzlich auch für die Produktion und den Export von Rüstungsgütern vorgesehen. In diesem besonderen Wirtschaftszweig kam hinzu, dass die Planung und Entwicklung derselben von den strategisch-operativen Planungen des Warschauer Paktes und der Aufgabe des jeweiligen Staates in diesem System abhängig waren. Letzteres galt im Übrigen auch für die NATO, nur dass in diesem Bündnis die Entwicklung und Produktion von militärischem Material lediglich im Einzelfall untereinander abgestimmt wurden, da die Staaten prinzipiell den Gesetzen der

---

**16** Auf die Spitze trieb diese Politik das Königreich Dänemark. In regelmäßigen Abständen wurde die Regierung in Kopenhagen bei größeren NATO-Verbündeten vorstellig, um militärisches Gerät zu günstigen Konditionen nachzufragen, vgl. u. a. Nörby: *With a little help from your friends*.

**17** Auch wenn dieser Terminus im Warschauer Pakt nicht verwendet wurde, so gab es doch immer wieder Unstimmigkeiten, etwa zwischen Moskau und Ost-Berlin, über den Anteil des Staatshaushaltes, den die DDR für militärische Zwecke aufbringen sollte. In der NATO war dieses Dilemma seit ihrer Gründung ein virulentes Thema, das wiederholt zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen (Festland-)Europäern und US-Amerikanern führte, vgl. u. a. Grams: *Transatlantische Rüstungskoooperation*.



Marktwirtschaft folgten. Die blockfreien und die neutralen Staaten wiederum entwickelten sehr unterschiedliche Logiken, die zumeist abhängig von ihren eigenen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und der politischen bzw. regionalen Verankerung des jeweiligen Landes – zum Beispiel der Schweiz und Syriens – abhängig waren.

Durchbrochen wurden diese binären Ansätze durch die nationalen Eigenheiten und Freiheiten, die diese Länder hatten oder im Laufe der Zeit entwickelten. Im Warschauer Pakt waren dies u. a. die Produktion von Rüstungsgütern in Lizenz – je nach Produktionskapazitäten – oder die eigenständige Entwicklung und Produktion von Waffensystemen, abgestimmt auf den Auftrag im Bündnis, wie zum Beispiel die von Schnell- und Spezialbooten für die Nationale Volksmarine.<sup>18</sup> Noch deutlicher ausgeprägt war dies in der NATO und bei den blockfreien sowie den neutralen Staaten. Im Rahmen der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten, der zur Verfügung stehenden Ressourcen und dem finanziellen Handlungsrahmen gestaltete jeder dieser Staaten vor dem Hintergrund seiner sicherheitspolitischen Bedürfnisse und Zwänge eine eigene Beschaffungspolitik. Dabei waren die Gestaltungsmöglichkeiten und Spielräume für Staaten mit eigener Rüstungsproduktion erheblich größer als für die Regierungen, die ihren Bedarf an militärischem Material und militärischen Dienstleistungen überwiegend durch Importe decken mussten. Aber auch diese entwickelten im Laufe der Zeit marktkonforme Methoden, um als Monopson<sup>19</sup> durch die marktbeherrschenden Anbieter vor allem aus den USA und der Sowjetunion nicht übervorteilt zu werden.

In der Zeit des Kalten Krieges entwickelten sich blockunabhängig grundsätzlich zwei rüstungswirtschaftliche Ordnungsmodelle. Dies war zunächst der vorwiegend während des Zweiten Weltkriegs entwickelte MIK und der in den Jahren des Kalten Krieges entstandene Rüstungsinterventionismus. Wie neueste Studien<sup>20</sup> nahelegen, gab es diese Organisationsformen in allen Blöcken des Kalten Krieges in sehr unterschiedlicher Ausprägung.<sup>21</sup> In den Ländern, in denen ein MIK die Rüstung(-sgüterbeschaffung) bestimmte, kooperierten Politik, Wirt-

---

**18** Zu dieser Problematik entsteht gerade am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam im Rahmen des Großprojektes „Deutsche Militärgeschichte 1970–1989“ eine integrierte, transnationale und strukturell vergleichende militär- und wirtschaftshistorische Studie.

**19** Ein Monopson beschreibt in der Wirtschaftswissenschaft eine Marktform, bei der nur ein Nachfrager vielen Anbietern gegenübersteht, wie z. B. im Rahmen der Rüstungsgüterbeschaffung die einzelnen Staaten den verschiedenen zum Teil weltweit agierenden Rüstungsunternehmen.

**20** Kollmer: Militärisch-Industrielle Komplexe.

**21** Ebd., S. 14–18.

schaft und Militär bei der Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern für die nationalen Streitkräfte sehr eng miteinander, um die quantitative wie qualitative Versorgung der eigenen Streitkräfte mit hochwertigen Waffensystemen und militärischen Dienstleistungen sicherzustellen. Zwischen den beteiligten Institutionen eines MIK existierte eine sehr hohe Durchlässigkeit von Personal, Informationen, Geldflüssen und Ressourcen. Ein MIK entstand grundsätzlich nur in Staaten, die eine eigene, bedeutende Rüstungsindustrie aufgebaut hatten, welche in der Lage war, selbstständig einen Großteil der für die nationalen Streitkräfte erforderlichen modernen Waffensysteme zu entwickeln und herzustellen. Hierzu gehörten unter anderem die USA, die Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und Schweden.

Die Länder, in denen es aufgrund völkerrechtlicher Verträge oder der fehlenden Tradition in der Waffenherstellung oder aber auch aufgrund der geringen Größe und Bedeutung der nationalen Streitkräfte bzw. der Größe und Struktur der eigenen Volkswirtschaft nur eine wenig ausgeprägte oder gar keine Rüstungsindustrie gab, waren zumeist von Rüstungsimporten abhängig. Um mit den seit den 1950er Jahren international agierenden Rüstungskonzernen, aber auch den nationalen Rüstungsunternehmen angemessen über den Erwerb von militärischen Waren und Dienstleistungen verhandeln zu können, haben eine Vielzahl dieser Staaten Beschaffungsstrukturen und -richtlinien geschaffen, welche die eigene Position stärken und eine Form von Wettbewerb zwischen den verschiedenen Anbietern bewirken sollten – immer auf der Basis der jeweiligen nationalen politischen und rechtlichen Besonderheiten. Während des Kalten Krieges galt dies für marktwirtschaftlich organisierte Staaten ebenso wie für Zentralverwaltungswirtschaften. Dieses Ordnungsmodell basiert auf der Lenkung und Beschränkung der Verteidigungsausgaben durch politisch-rechtliche Rahmenbedingungen sowie den fallweisen Eingriff des Staates in rüstungswirtschaftliche Prozesse, um wichtige volkswirtschaftliche Globalgrößen im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt und entlang der jeweiligen nationalen Rahmenbedingungen positiv zu beeinflussen. Dabei geht es auch um die immer wieder im politischen Raum geforderte „Einhegung profitgetriebener (Rüstungs-)Dynamiken“<sup>22</sup>. In Abgrenzung zu dem bekannten Begriff des MIK und in Anlehnung an den ordnungspolitischen Begriff des Staatsinterventionismus<sup>23</sup> wird diese Methode der Rüstungsgüterbeschaffung „Rüstungsinterventionismus“ genannt. Diese Form

---

**22** Siehe hierzu u. a. Ulrich Brand: Das bornierte Streben nach Profit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.07.2014.

**23** Neben verschiedenen ordnungspolitischen Publikationen zu diesem staatlichen Steuerungsmechanismus von den führenden deutschen Wirtschaftswissenschaftlern, wie z. B. Walter Eucken und Friedrich August von Hayek, siehe auch Luhmann: *Wirtschaft der Gesellschaft*.

der Steuerung des Rüstungsprozesses existiert u. a. in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich, der Schweiz und Dänemark. Die Regierungen der Tschechoslowakei, der Volksrepublik Polen und der DDR waren darum bemüht, im Rahmen der Zentralverwaltungswirtschaft und der Einbindung in den Warschauer Pakt vergleichbar zu agieren. Demzufolge wurde auch hier das vermeintliche binäre System des Kalten Krieges durchbrochen.

## Hinweise auf mögliche Löcher im Eisernen Vorhang

Auch wenn der Eisernen Vorhang zwischen Ost und West vorzugsweise in Bezug auf Rüstungsgüter besonders undurchlässig erschien, gab es doch konkrete Rüstungsgeschäfte zwischen dem Warschauer Pakt und blockfreien sowie neutralen Regierungen. Insbesondere die blockfreien Staaten mit sozialistischen Staatsformen (etwa Jugoslawien, Syrien und Äthiopien) erwarben einen Großteil ihres Militärgeräts zu sehr günstigen Konditionen bei Anbietern aus dem Warschauer Pakt.<sup>24</sup> Aber auch neutrale Staaten wie Finnland und Österreich beschafften einen Teil der Waffensysteme für ihre Streitkräfte in der Sowjetunion – auch um die eigene Neutralität zu unterstreichen. Besonders kurios erscheinen – bisher noch nicht nachhaltig nachgewiesene – Rüstungsgeschäfte des „Bereichs der Kommerziellen Koordinierung“ (KoKo). Diese Abteilung des Ministeriums für Außenhandel der DDR, die vor allem für die Beschaffung von Devisen durch einen geheim gehaltenen Außenhandel mit westlichen Industriestaaten zuständig war, hat vermutlich in einem vergleichsweise kleinen Rahmen in der DDR produzierte, militärische Mengenverbrauchsgüter wie Uniformen, optische Geräte und Büroeinrichtungen für Devisen in die Bundesrepublik Deutschland veräußert. Gleichzeitig soll sie dringend benötigte Militärtechnologie über Tarnfirmen für die DDR in Westeuropa erworben haben.<sup>25</sup> Die Aufarbeitung dieser Zusammenhänge ist trotz der umfangreichen Aktenbestände bei der *Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik* (BStU) bisher immer noch ein Desiderat (↗*Deutschland, beide*).

---

<sup>24</sup> Neben den günstigen Konditionen spielte auch die Ausbildung am Gerät durch die Verbündeten und die Kompatibilität der Waffensysteme mit denen der Verbündeten eine wichtige Rolle für diese Kaufentscheidungen.

<sup>25</sup> Siehe Krewer: Geschäfte mit dem Klassenfeind.

Rüstungsgeschäfte zwischen NATO-Staaten und blockfreien sowie neutralen Staaten waren im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung systemimmanente Prozesse. Dementsprechend erwarben die meisten blockunabhängigen Staaten – ihren rüstungswirtschaftlichen Ordnungsmodellen folgend – die militärischen Waren und Dienstleistungen zumeist bei den Anbietern, die den nationalen Eigenheiten und sicherheitspolitischen Anforderungen am besten entsprachen. Hierbei spielte neben der Qualität der Produkte und den ausgehandelten Stückpreisen nicht selten auch die koloniale Vergangenheit der nachfragenden Regierungen eine Rolle. Diese außergewöhnlichen Ausprägungen der Rüstungskooperation über die Blockgrenzen hinweg verdeutlichen noch einmal, dass es während des Kalten Krieges im Rahmen der Rüstung(-sgüterbeschaffung) keinen uneingeschränkten Determinismus des Handelns gab.

## **„Figur des Dritten“ in der Rüstung – Eine (Kurz-) Zusammenfassung**

Die radikale binäre Logik des Kalten Krieges als leitendes Kriterium für die Ordnung der Welt, die vermeintlich immer wieder in einem „Entweder-Oder“ mündete, kann für einen scheinbaren Kern der Blockkonfrontation, den Bereich der Rüstung und Rüstungsgüterbeschaffung, also nicht bestätigt werden. Auch wenn im Ordnungsrahmen des Kalten Krieges der grundsätzliche politische, ideologische und institutionelle Überbau für die Beschaffung von Rüstungsgütern durch die beiden großen Blöcke vorgegeben war, so folgten doch alle beteiligten Staaten einer eigenen, der Souveränität ihrer Staaten verpflichteten Agenda. Diese wurde hauptsächlich durch die Logiken divergierender nationaler Rahmenbedingungen, differierender ökonomischer Strukturen, Prozesse und Leistungsstärken sowie unterschiedlicher rüstungswirtschaftlicher Ordnungsmodelle und Traditionen bestimmt.

Sehr eng verwoben sind in den Beschaffungsabläufen für militärische Waren und Dienstleistungen die divergenten Prozesse zwischen Anbietern und Käuferinteressierten. Dies lag für den zu betrachtenden Zeitraum sicherlich auch an dem Handelsgegenstand, der für die meisten Staaten in der Zeit des Kalten Krieges von substanzieller, staaterhaltender Bedeutung war. Dementsprechend musste jede Regierung in der Korrelation zwischen dem eigenen Rechtssystem, den volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der öffentlichen Meinung im Land und den sicherheitspolitischen Herausforderungen eine angemessene Methode für die Rüstung(-sgüterbeschaffung) entwickeln. Dies führt letztlich dazu, dass das Dritte in diesem Untersuchungsfall – die Entwicklung und Produktion sowie der Erwerb

von militärischem Material und militärischen Dienstleistungen für die nationalen Streitkräfte – sich aufgrund der dargelegten vielschichtigen Mechanismen nicht in den engen Rahmen einer schlichten, deterministischen und binären Logik eines „Entweder-Oder“ pressen lässt.<sup>26</sup> Beliebigkeit lässt sich im Feld von Rüstung und Material daraus allerdings nicht ableiten. Vielmehr wird so der Imperativ zu einer differenzierten Betrachtung deutlich, die nicht vorschnell Kategorien übernimmt, sondern diese im Forschungsprozess hinterfragt und möglicherweise neue entwickelt.

## Literatur und publizierte Quellen:

- Bode, Hans-Günther: Politische, militärische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen und ihr Einfluss auf die Rüstung der Bundesrepublik Deutschland, in: Benecke, Theodor/Schöner, Günther (Hg.): Wehrtechnik für die Verteidigung. Bundeswehr und Industrie. 25 Jahre Partner für den Frieden, München 1980, S. 13–38.
- Creswell, Michael/Kollmer, Dieter H.: Power, Preferences or Ideas? Explaining Germany's Arms Strategy 1955–1972, in: *Journal for Cold War Studies* 15 (2013), Heft 4, S. 55–103
- Geyer, Michael: Deutsche Rüstungspolitik 1860–1980, Frankfurt a.M. 1984.
- Grams, Christoph: Transatlantische Rüstungskooperation. Bedingungsfaktoren und Strukturen im Wandel (1990–2005), Baden-Baden 2007.
- Hartung, William D.: Lockheed Martin and the Making of the Military-Industrial Complex. New York 2011.
- Hennes, Michael: Der neue Militärisch-Industrielle Komplex in den USA, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46 (2003), S. 41–46.
- Koistinen, Paul A.C.: *The Military-Industrial Complex. A Historical Perspective*, New York 1980.
- Köllner, Lutz: *Militär und Finanzen. Zur Finanzgeschichte und Finanzsoziologie von Militärausgaben in Deutschland*. München 1982.
- Kollmer, Dieter H. (Hg.): *Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg*, hg. für das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Freiburg 2015.
- Kollmer Dieter H.: *Militärisch-Industrielle Komplexe vs. Rüstungsinterventionismus. Rüstung in Europa und Nordamerika nach 1945 im Vergleich*, in: ders. (Hg.): *Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg*, hg. für das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Freiburg 2015, S. 6–28.
- Kollmer, Dieter: „You get what you pay for!“ Die Folgen haushaltsorientierter Streitkräfte-Finanzierung. Eine deutsche Retrospektive., in: Hartmann Uwe u. Rosen, Clas von (Hg.) *Jahrbuch Innere Führung* 2015, Berlin 2015, S. 203–221.
- Krewer, Peter: *Geschäfte mit dem Klassenfeind. Die DDR im innerdeutschen Handel 1949–1989*, Trier 2008.

---

<sup>26</sup> Siehe hierzu u. a. Priddat: Politikberatung.

- Louth, John: British Defence Procurement and Industry's Responses. The Journey to Today, in: Kollmer, Dieter H. (Hg.): Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg, hg. für das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Freiburg 2015, S. 77–92.
- Luhmann, Niklas: Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1994.
- Mills, C. Wright: Power Elite, New York 1956.
- Nörby, Sören: With a little help from your friends. Rebuilding the Danish Royal Navy 1945–1965, in: Kollmer, Dieter H. (Hg.): Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg, hg. für das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Freiburg 2015, S. 265–284.
- Pavelec, Sterling Michael (Hg.): The Military-Industrial-Complex and American Society, Santa Barbara 2010.
- Pöcher, Harald: Rüstung in Europa. Wien 2011.
- Priddat, Birger P.: Politikberatung. Prozesse, Logik und Ökonomie, Marburg 2009.
- Roland, Alex: The Military-Industrial-Complex, Washington D.C. 2002.
- Seiller, Florian: „Zusammenarbeit kann man das nicht nennen!“ Die Anfänge der deutsch-französischen Rüstungskoooperation im konventionellen Bereich 1955–1966, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 67 (2008), Heft 1, S. 53–104.
- Stenlas, Niklas: Rise and Decline of Sweden's Military-Industrial Complex, in: Kollmer, Dieter H. (Hg.): Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg, hg. für das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Freiburg 2015, S. 239–264.

## Phillip Wagner

# Stadtplanung

In der letzten Zeit hat eine Reihe von geschichtswissenschaftlichen Arbeiten verdeutlicht, dass Stadtplanung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur Medium der Blockkonfrontation war, sondern ebenfalls dazu beitragen konnte, die ideologischen Grenzen des Kalten Krieges zu transzendieren (*↗Ideologien, Ende der*). Inzwischen schaut die Forschung beispielsweise nicht mehr nur auf die stadtplanerische Konkurrenz von Ost- und Westberlin (*↗Flughafen*), wo in den 1950er Jahren die Stalinallee beziehungsweise das Hansaviertel gebaut wurden, um damit jeweils die Deutungshoheit auf den Gebieten von Wohnungs- und Städtebau zu demonstrieren.<sup>1</sup> So berücksichtigt die Geschichtswissenschaft jetzt auch, dass es in anderen Themengebieten der Stadt- und Regionalplanung, beispielsweise in den Debatten um den Bau von Planstädten, zu einem blockübergreifenden Austausch kommen konnte, da in Ost und West ähnliche technokratische und szientistische Machbarkeitsphantasien vorherrschten. Ebenfalls hat die Forschung gezeigt, dass die Entwicklung von Leitbildern im Denkmalschutz die starren Grenzen des Kalten Krieges überschritt, da sich etwa an der Charta von Venedig von 1964 Fachleute aus beiden Blöcken beteiligten.<sup>2</sup>

Obwohl die Geschichtswissenschaft bisher eine Reihe gemeinsamer Projekte und Austauschbeziehungen von Stadtplanern aus Ost und West nachgezeichnet hat, wissen wir bisher nur wenig darüber, wie die Experten ihre Planungsvorstellungen konzeptionierten, damit diese die politisch-ideologischen Grenzen des Kalten Krieges überschreiten konnten. Deswegen fragt dieses Essay nicht nur danach, ob und wie Stadtplaner während des Ost-West-Konflikts über die Systemgrenzen kooperierten, sondern fokussiert auf die Frage, wie diese Fachleute das Ordnungssystem des Kalten Krieges in ihren Stadtplanungsvorstellungen reflektierten. Welche planerischen Konzepte entwickelten sie vor dem Hintergrund der Konfrontation der Supermächte? Wie versuchten sie diese Vorstellungen blockübergreifend anschlussfähig zu machen? Inwieweit legitimierten sie durch bestimmte Annahmen über den Charakter der Stadtplanung ihre grenz- und eventuell auch blocküberschreitende Zusammenarbeit? In welcher Hinsicht prägten schließlich Erfahrungen der Zwischenkriegszeit sowie der verschiedenen

---

<sup>1</sup> Bodenschatz: Antworten West-Berlins auf die Stalinallee. Ein herzlicher Dank geht an die Herausgeber und Autoren dieses Bandes, insbesondere Frank Reichherzer, sowie an Monika Motylinska und Andreas Butter (beide IRS Erkner) für wichtige Hinweise und Kommentare.

<sup>2</sup> Zu den Planstädten Wakeman: *Practicing Utopia*; zum Denkmalschutz Gfeller: *Preserving Cultural Heritage*; anders dagegen argumentiert Provoost: *Exporting New Towns*.

Phasen im ideologischen Konflikt zwischen Ost und West das Denken und Handeln der Planer? Damit zielt das Essay zum einen darauf, konkrete Deutungs- und Argumentationsmuster zu identifizieren, die für die Zeitgenossen eine Legitimität jenseits des Lagerdenkens des Kalten Krieges beanspruchten. Zum anderen geht es darum, diese Vorstellungen in einen größeren zeitlichen Kontext einzubetten und insbesondere nach ihrer Vorgeschichte in der Zeit vor 1939 zu fragen.

Auf den folgenden Seiten werden die aufgeworfenen Fragen am Beispiel des polnischen Architekten, Stadtplaners und Hochschullehrers Waclaw Ostrowski (1907–1990) behandelt. Ostrowski war ein wichtiger Grenzgänger der polnischen Stadtplanung, der bisher jedoch kaum von der Forschung gewürdigt wurde.<sup>3</sup> Bereits in den 1930er Jahren besuchte er Stadtplanungskongresse in westeuropäischen Metropolen. Nach 1945 wurde Ostrowski ein Vertreter seines Landes auf internationalen Tagungen der Stadtplaner. Trotz der festen Integration seines Herkunftslandes in den Ostblock präsentierte er auf den Treffen der frühen 1950er Jahre Planungskonzepte, die seiner Meinung nach eine universelle Gültigkeit besaßen und damit die binäre Ordnung des Kalten Krieges unterliefen. Zwischen 1962 und 1974 leitete Ostrowski eine blockübergreifende Expertenkommission der *International Federation for Housing and Planning* (IFHP).<sup>4</sup> In dieser Position entwarf er zusammen mit seinen westlichen Kollegen ein Modell für eine Verbindung der Modernisierung der Stadt und des Schutzes von historischen Baudenkmalern, welches seiner Meinung nach in Ost und West unabhängig vom politischen System Anwendung finden könnte.

Anhand von diesem Beispiel möchte das folgende Essay in drei chronologisch aufeinander aufbauenden Abschnitten verdeutlichen, dass neben den westlichen Experten, denen zahlreiche Kapitel in diesem Sammelband gewidmet sind (*Die „Eine Welt“*, *Experten für den Luftkrieg*, *Humanitäre NGOs*, *Interdependenz*), auch Fachleute in Ostmitteleuropa Ordnungskonzepte entwarfen, welche die ideologischen Grenzen des Kalten Krieges überschritten, einen gesamteuropäischen Referenzrahmen steckten und somit eine Grundlage für eine blockübergreifende Kooperation legen sollten. Diese Studie unterstreicht, dass ostmitteleuropäische Fachleute dafür nicht nur intergouvernementale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die *United Nations Educational and Scientific Organization* (UNESCO), die *International Labour Organization* (ILO) oder ihre An-Organisa-

---

<sup>3</sup> Zum transnationalen Engagement von Ostrowski im Ostblock der 1950er Jahre siehe Brandt: *Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR*, S. 51 f. und 69–73; zu Ostrowski in der IFHP auch Wagner: *Piercing the Iron Curtain*, S. 198–201.

<sup>4</sup> Die IFHP wechselte mehrmals in ihrer Geschichte ihren dreisprachigen Namen. Aus Gründen der Lesbarkeit wird hier nur IFHP verwendet. Zur Geschichte dieses Verbandes vgl. Wagner, *Stadtplanung für die Welt*.



tionen nutzten, die bisher im Mittelpunkt der Forschung standen, sondern auch inoffizielle und nicht-staatliche Expertenzusammenschlüsse wie die IFHP<sup>5</sup> und verdeutlicht, inwieweit in verschiedenen internationalen Organisationen und Netzwerken Alternativen zum binären Deutungsmustern des Kalten Krieges entwickelt wurden (↗ASEAN; ↗Die Blockfreien/Bündnisfreien; ↗IIASA; ↗Trilateral Commission). Dabei wird gezeigt, dass die ostmitteleuropäischen Fachleute nach 1945 an Kontakte und Vorstellungen anknüpften, die sie bereits in der Zwischenkriegszeit entwickelt hatten. Deswegen setzt dieses Essay auch in den 1930er Jahren an, als Ostrowski zum ersten Mal den Kontakt mit der internationalen Stadtplanerszene suchte. Gleichwohl liegt der Schwerpunkt dieser Studie auf der Arbeit des polnischen Planers in einer IFHP-Kommission der 1960er und 1970er Jahre.<sup>6</sup>

## Vom Westen lernen

Ostrowskis erste Besuche internationaler Fachtagungen fallen in die Zeit seiner Tätigkeit für die Gemeinde Łódź. Nach seinem Architekturdiplom an der Technischen Hochschule Danzig (1929) begann Ostrowski unter seinem Geburtsnamen Leyberg für diese Kommunalverwaltung zu arbeiten. Dort befasste er sich mit der infrastrukturellen Modernisierung der Altstadt, der Trennung von Wohnvierteln, Industriegebieten und Grünflächen sowie der regionalplanerischen Verbindung von Stadt und Umland.<sup>7</sup>

In dieser Zeit richtete Ostrowski sein Augenmerk auf die IFHP, die in den 1930er Jahren auf ihren Tagungen Konzepte der Regionalplanung, der Dezentralisierung und der Innenstadtsanierung verhandelte. Protagonisten der englischen Sozialreformbewegung hatten bereits 1913 die IFHP als ein nicht-staatliches und inoffizielles Netzwerk zur Verbreitung des stadtplanerischen Konzepts der Gartenstadt in London gegründet. Nach dem Ersten Weltkrieg ging die Organisation dazu über, neben der Gartenstadt auch Wiederaufbaustrategien und Wohnungsbau zu behandeln und Repräsentanten unterschiedlicher europäischer und nordamerikanischer Berufs- und Lobbyorganisationen, Ministerien, Universitäten und Lokalverwaltungen als Mitglieder aufzunehmen. Ab den 1920er Jahren be-

---

5 Zur Ost-West-Kooperation in den genannten Netzwerken vgl. Iriye: *Global Community*; Kott: *Par-delà la guerre froide*; Gfeller: *Preserving Cultural Heritage*.

6 Dafür werden insbesondere die Quellen ausgewertet, die Ostrowski im Kontext seiner internationalen Tätigkeit produziert hat. Nur am Rande wird es in diesem Text um Ostrowskis Tätigkeiten in Polen gehen.

7 Olenderek: *Łódzki modernizm*, S. 9 f.

gann die Institution unter der Ägide von überwiegend westeuropäischen und US-amerikanischen Stadtplanern wie zum Beispiel des britischen Ministerialrats Raymond Unwin vor allem auf ihren regelmäßigen Konferenzen damit, eine vom Wohngebiet bis zum Stadtumland reichende Regionalplanungsagenda zu entwickeln, die auf die Dezentralisierung, Auflockerung und Sanierung der Metropolen zielte. Primär ging es den in der IFHP aktiven Planern darum, mit Hilfe des Verbandes Stadt- und Regionalplanung als ein eigenständiges Handlungsfeld zu konstituieren, das wissenschaftliche Rationalität und technische Effizienz versprach.<sup>8</sup>

Ostrowski wurde offenbar Mitglied der IFHP, weil er die Stadtplanung der nordwesteuropäischen sowie nordamerikanischen Industriegesellschaften als einen Maßstab für die eigene Praxis in Polen betrachtete.<sup>9</sup> Obwohl keine Aufzeichnungen von Ostrowski über den Grund für seinen Eintritt in den Stadtplanerverband ermittelt werden konnten, scheint es wahrscheinlich, dass er die durch die IFHP vertretenen Konzepte der Modernisierung der Innenstädte und der Dezentralisierung des Siedlungsgefüges nutzte, um seine eigenen Vorstellungen von Stadtplanung weiterzuentwickeln. Bereits im Juni 1935 hielt er in Warschau einen Vortrag, in welchem er mit Hilfe von englischen, deutschen und US-amerikanischen Beispielen, die er teilweise aus dem Bulletin der IFHP entnommen hatte, Leitsätze für die Verkehrsplanung formulierte.<sup>10</sup>

Ostrowskis Engagement ähnelte dem anderer polnischer Stadtplaner der gleichen Zeit, die ebenfalls Planungskonzepte aus den westeuropäischen und nordamerikanischen Industriegesellschaften als Maßstäbe für eigene Lösungsansätze ansahen und die IFHP nutzten, um diese Ideen kennenzulernen. Beispielsweise forderte der Delegierte des polnischen Gesundheitsministeriums Zygmunt Rudolf auf der Tagung der IFHP 1929 in Rom, dass sich die technischen Hochschulen in Polen stärker an US-amerikanischen Colleges orientieren sollten. Denn so könnten sie eigene Grundlagenforschungen durchführen und damit einen Beitrag zur Verwissenschaftlichung der Disziplin der Stadtplanung leisten.<sup>11</sup>

Das transnationale Engagement von Ostrowski und seinen polnischen Kollegen in der IFHP unterschied sich allerdings von dem anderer polnischer Planer. In den durch den schweizerischen Architekten Le Corbusier mitgegründeten

---

<sup>8</sup> Vgl. Wagner: *Stadtplanung für die Welt*, S. 39–237.

<sup>9</sup> Zum Eintritt von Ostrowski in die IFHP vgl. Meeting of the Executive Committee of the International Federation for Housing and Town Planning, London, 15.7.1935, International Federation for Housing and Planning, Archiv Den Haag, Letchworth (IFHPA), Box 7.

<sup>10</sup> Leyberg: *Poszerzenia i Przebicia Ulic*.

<sup>11</sup> International Federation for Housing and Town Planning (Hg.): *XII International Housing and Town Planning Congress*, Bd. 3, S. 129.

*Congrès Internationaux d'Architecture Moderne* (CIAM) begnügten sich beispielsweise Architekten wie der für die Warschauer Wohnungsbaugenossenschaft arbeitende Szymon Syrkus nicht damit, den stadtplanerischen Lösungen westeuropäischer Gesellschaften nachzueifern. Stattdessen entwickelten die Akteure um Syrkus im Kontext der CIAM eigenständig visionäre stadt- und regionalplanerische Konzepte für die polnische Hauptstadt.<sup>12</sup> Syrkus hatte mit Ostrowski und anderen polnischen Planern dennoch gemein, dass er in der Zwischenkriegszeit eine Präferenz für wissenschafts- und technikbasierte Planungskonzepte, die zuerst in nordwesteuropäischen und nordamerikanischen Industriegesellschaften ausgearbeitet wurden, entwickelte, und dass er diese Konzepte an polnische Bedingungen anpassen wollte. Für Ostrowski sollte diese Vorliebe dafür ausschlaggebend sein, dass er in den Jahren nach 1945 wieder den Kontakt mit seinen Kollegen in Westeuropa suchte.

## Den Kalten Krieg überwinden

Ostrowskis Beteiligung an der IFHP nach der deutschen Kapitulation glich zuerst strukturell seinem Vorkriegsengagement.<sup>13</sup> Das Jahr und die Chiffre 1945 markiert hier in der Rückschau – wie so oft – keinen kompletten Neuanfang. Als Ostrowski nach dem Ende der deutschen Besatzung und der großflächigen Zerstörung Warschaus in der Stadtplanungsabteilung des Büros für den Wiederaufbau der Hauptstadt (*Biuro Odbudowy Stolicy*, BOS) zu arbeiten begann, suchte er wieder den Kontakt mit der IFHP, die gerade ihr Sekretariat in London neu aufbaute. Dabei ging es ihm offenbar weiterhin darum, die in dem Stadtplanerverband prominent firmierenden angloamerikanischen Stadtplanungsvorstellungen als Kriterien für die Evaluation der Warschauer Aufbaukonzepte zu nutzen. So diskutierte er beispielsweise auf dem ersten Nachkriegskongress der IFHP in Hastings 1946, inwieweit die Planungsprogramme der polnischen Hauptstadt der Dezentralisierungsagenda der IFHP entsprächen. Damit komplettierte Ostrowski eine Rede seines Vorgesetzten Jan Chmielewski, der das Wiederaufbauprogramm Warschaus vorstellte. Für Ostrowski stellte es kein Problem dar, dass die Konzepte und Parameter des Stadtplanungsverbandes nach 1945 vor allem aus den englischen und US-amerikanischen Debatten kamen. Denn englische Stadtplaner um den Ministerialrat George L. Pepler hatten während des Zweiten Weltkriegs die

---

<sup>12</sup> Kohlrausch: Warszawa Funkcjonalja.

<sup>13</sup> Zu Ostrowski und dem Warschauer Wiederaufbau siehe Klain: City Planning in Warsaw; zu Ostrowskis Bezügen zur IFHP nach 1945 vgl. Tagebuch des IFHP-Sekretariats, Einträge 4.4.1946 und 23.4.1946, IFHPA, Box 8.

Formulierung eines Planungsgesetzes, das den Bau von Planstädten im Umkreis von London ermöglichen sollte, vorbereitet. Zugleich hatten sie zu dieser Zeit auch die Zusammenarbeit zwischen Stadtplanern aus den alliierten Nationen organisiert. 1946 setzten diese Fachleute vor allem zusammen mit US-amerikanischen Stadtplanern des Berufsverbandes *American Society for Planning Officials* ihre Vorstellungen von Dezentralisierung und Regionalplanung auch auf die Agenda der ersten Nachkriegstagung der IFHP.<sup>14</sup>

Als sich die Fronten des Kalten Krieges in den späten 1940er Jahren verhärteten, wandelte sich der Charakter von Ostrowskis Beiträgen in der IFHP. Insbesondere ging es ihm darum, sich von den westeuropäischen Funktionären des Verbandes und seinen polnischen Kollegen abzugrenzen, welche die Stadtplanungskongresse zu einer Bühne der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Kommunismus machen wollten. Vor dem Hintergrund der Etablierung stalinistischer Regimes in Ostmitteleuropa und des kriegerischen Konflikts in Korea zeigte die Führungsriege der IFHP um Pepler deutlicher als zuvor ihre Abneigung gegenüber dem Kommunismus. Auch bei der Organisation von Konferenzen setzte diese Gruppe von leitenden Funktionären implizit politische Akzente. Sie veranstaltete 1950 auf der Tagung in Amsterdam eine Sitzung über Wohnungsbaugesellschaften, in der diskutiert werden sollte, welche Rolle gemeinnützige Bauinstitutionen für die Wohnungsversorgung spielen könnten. Unausgesprochene Prämisse dieser Sitzung war, dass nicht-profitorientierter Wohnungsbau stets eine Ausnahme in einer ansonsten freien Marktordnung darstellte. Gegen diese Bevorzugung kapitalistischer (und wohlfahrtsstaatlicher) Methoden wandten sich polnische Wohnungsfunktionäre, die zur Tagung einen Bericht beisteuerten, in welchem sie darlegten, dass in ihrem Land der gemeinnützige Wohnungsbau, wie ihn die Funktionäre der IFHP bevorzugten, bereits ein Relikt der vergangenen Epoche des Kapitalismus darstellte.<sup>15</sup>

Im Gegensatz dazu akzentuierte Ostrowski, der in Amsterdam einen Bericht über Stadtplanung und Industriegebiete ablieferte, die gesamteuropäischen Ge-

---

**14** Zu Ostrowskis und Chmielewskis Beiträgen vgl. *International Federation for Housing and Town Planning: Final Report of the 18th Congress*, S. 61 f. und 184–186; zum Programm der IFHP nach 1945 die Broschüre *What is the International Federation?*, o.D. [1946], Strathclyde University Archives, Glasgow, Papers of Sir George Pepler (T-PEP), Abteilung: International Work, Ordner 1; zur Kampagne von Pepler siehe Hardy: *From Garden Cities to New Towns*, S. 240–284, insb. S. 278–284; zur IFHP zwischen 1940 und 1946 vgl. Wagner: *Stadtplanung für die Welt*, S. 255–264 und 270–285.

**15** Zum Antikommunismus von Pepler und der IFHP-Führungsriege Pepler an Osborn, 27.9.1950, Hertfordshire Archives and Local Studies, Hertford, Sir Frederic Osborn Archive, Ordner H7; zu den Ansichten der polnischen Funktionäre *International Federation for Housing and Town Planning: Final Report of the XXth Congress*, S. 11.

meinsamkeiten.<sup>16</sup> Er argumentierte in seinem Report, dass die ökonomischen und technischen Kriterien der Stadt- und Regionalplanung in Ost und West prinzipiell die Gleichen waren. Ostrowski ging zwar nicht *en détail* auf diese Kriterien ein, aber erwähnte in seinem Bericht zahlreiche Punkte, die in den westlichen und in den kommunistischen Gesellschaften gleich gehandhabt würden, so zum Beispiel die Gewährleistung der Freizügigkeit der Stadtbewohner und die Abstimmung von Industriegebieten und Wohnflächen in sogenannten Industrieinheiten. Mit diesen Äußerungen ähnelte Ostrowski seinem Kollegen Bolesław Malisz. Der Regionalplaner stellte in seinem Beitrag auf dem Amsterdamer Kongress sechs Regeln für die Planung von Industriegebieten auf, von denen er annahm, dass sie sowohl in kommunistischen als auch in kapitalistischen Ländern dieselbe Bedeutung besaßen.<sup>17</sup>

Ostrowski entwickelte diese Stadtplanungskonzepte, die das Ordnungssystem des Kalten Krieges transzendieren sollten, dezidiert vor dem Hintergrund von Erfahrungen mit den gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen in Polen.<sup>18</sup> Ab 1945 hatten die kommunistische *Polnische Arbeiterpartei* und die *Polnische Sozialistische Partei* mit der Hilfe Moskaus sukzessive ihre politischen Gegner marginalisiert. Nach Auseinandersetzungen über die Kollektivierung der Landwirtschaft schaltete die Arbeiterpartei die Sozialistische Partei aus und gründete im Dezember 1948 die stalinistische *Polnische Vereinigte Arbeiterpartei*. In der Folge begannen Konzepte aus der Sowjetunion Wissenschaft, Kunst und Kultur zu dominieren. So wurde beispielweise der Sozialistische Realismus zum Gestaltungskonzept der Stadtplanung erklärt und eine dezidiert „moderne“ Stadtplanung als bürgerlich verworfen. Außerdem wurde Stadtplanern ihre bisher routinemäßigen Reisen in das westliche Ausland erschwert. Im Zuge dieser Entwicklungen verlegten sich viele ehemaligen Wortführer einer wissenschafts- und technikbasierten Neustrukturierung von Warschau auf die Grundlagenforschung in der Stadt- und Regionalplanung. Auch Ostrowski wechselte 1949 vom BOS zum staatlichen Institut für Urbanistik und Architektur und wurde im glei-

---

**16** International Federation for Housing and Town Planning: Final Report of the XXth Congress, S. 11.

**17** Malisz argumentierte, Industriegebiete gleichmäßig zu verteilen, überflüssige Transportwege zu eliminieren, vermeintlich rückständige Gebiete durch die Ansiedlung von Industrie zu entwickeln, die oftmals chaotisch gewachsenen Industriegebiete zu entmischen, Industrien stattdessen planmäßig zu konzentrieren und Investitionen vollständig auszuschöpfen (International Federation for Housing and Town Planning: Final Report of the XXth Congress, S. 45).

**18** Zu den politischen Umwälzungen siehe Borodziej: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, S. 260–278; zum Lebenslauf Ostrowskis vgl. Ostrowski: Wprowadzenie do historii budowy miasta, S. 10; zu Malisz vgl. Gutschow/Klain: Vernichtung und Utopie, S. 153.

chen Jahr promoviert. Ab 1952 lehrte er auch an der Technischen Hochschule Warschau, wo er 1955 Professor für die Grundlagen der Stadtplanung wurde. Als Repräsentant einer szientistischen Stadtplanung glaubte Ostrowski auch an die vor ideologischen Barrieren nicht Halt machende Universalität von Wissenschaft und Technik. Deswegen entwickelte er Planungsmodelle, welche die ideologischen Grenzen des Kalten Krieges überwinden sollten. Damit glich Ostrowski anderen Sozialexperten aus dem Ostblock, die sich trotz der zunehmende Beschränkung der Reisefreiheit aufgrund ihrer universalistisch-szientistischen Haltung an ihre professionellen Kontakte der Zwischenkriegszeit anknüpfen wollten und sich beispielsweise in der ILO engagierten.<sup>19</sup>

## Jenseits einer bipolaren Ordnung

In den späten 1950er und frühen 1960er Jahren intensivierte Ostrowski sein transnationales Engagement. Zum einen tat er dies über die Polnische Akademie der Wissenschaften, in der er seit 1954 Mitglied war.<sup>20</sup> Ostrowski wurde Teil der Arbeitsgruppe Siedlungsgeschichte und Urbanistik, in welcher auch Abgesandte der Akademien der Tschechoslowakei, der Slowakei und der DDR saßen. Dort debattierte Ostrowski mit seinen ostmitteleuropäischen Kollegen, wie sich die Modernisierung der Stadt und der Schutz historischer Bauten miteinander verbinden ließen. Dies war in vielen Städten (nicht nur) Ostmitteleuropas seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein heiß diskutiertes Thema. Vielerorts standen sich – etwas vereinfacht – zwei Fraktionen gegenüber: auf der einen Seite Fachleute, welche einen Neuaufbau zerstörter Städte und einen weitgehenden Abriss der als nicht mehr als zeitgemäß wahrgenommenen historischen Architektur befürworteten; auf der anderen Seite Akteure, welche die historische Bausubstanz erhalten, wiederherstellen und teilweise auch „modern“ ergänzen wollten. Ostrowski war nun der Ansicht, dass die Debatte darüber, wie sich dieser Konflikt lösen ließe, nicht alleine im osteuropäischen Kontext entschieden werden könne und lud 1959 zu einem Treffen der Arbeitsgruppe Siedlungsgeschichte und Urbanistik in Warschau auch westeuropäische Kollegen ein, womit er insbesondere seine ostdeutschen Gäste brüskierte.

Parallel reiste Ostrowski ab Mitte der 1950er Jahre wieder verstärkt in das westliche Ausland, um persönlich an IFHP-Tagungen teilzunehmen. Nach dem Tod Stalins 1952 und dem Tod des Vorsitzenden der *Polnischen Vereinigten Ar-*

<sup>19</sup> Vgl. Kott: *Par-delà la guerre froide*; dies.: *Cold War Internationalisms*.

<sup>20</sup> Vgl. Brandt: *Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR*, S. 40–73.

*beiterpartei* Bolesław Bierut 1956 wurden die Reisebeschränkungen sukzessive zurückgenommen.<sup>21</sup> So konnten Ostrowski und andere polnische Planer beispielsweise auf die Tagungen des Verbandes 1954 in Edinburgh und 1956 in Wien fahren. Mitte der 1950er Jahre wurde Ostrowski auch in das Leitungsorgan der IFHP aufgenommen.

1962 wurde er schließlich Leiter der *IFHP-Kommission für historische Orte in der Stadt*. Diese Kommission war eine der Arbeitsgruppen, welche die IFHP seit den frühen 1950er Jahren einrichtete, um den informellen Austausch zwischen Experten langfristig zu institutionalisieren.<sup>22</sup> Ostrowski war der erste Planer aus dem Ostblock, der in der IFHP eine Kommission leitete. Dies tat er zusammen mit seinem Stellvertreter, dem italienischen Architekturprofessor Luigi Piccinato. Beide veranstalteten in den folgenden Jahren eine Reihe von internationalen Treffen, auf denen das in Ost und West seit den 1960er Jahre heiß diskutierte Thema aufgegriffen wurde, wie sich die Belange von Denkmalschutz und Stadtmodernisierung miteinander verbinden ließen.

In seiner neuen Position als Leiter der IFHP-Kommission kooperierte Ostrowski mit dem *Centre de Recherche d'Urbanisme* in Paris. Diese Institution wurde 1962 von den französischen Bau- und Bildungsministerien gegründet, um Stadt- und Regionalplanung auf ein kohärentes wissenschaftliches Fundament zu stellen und eine interdisziplinäre Stadtforschung anzustoßen.<sup>23</sup> Ihr erster Leiter war Jean Canaux, der ebenfalls einer der treibenden Funktionäre in der IFHP war. Der Centre publizierte Ostrowskis Abschlussbericht 1976 auf Französisch und zwei Jahre später auf Englisch.

Ostrowskis blockübergreifendes Engagement wurde durch die weltpolitischen Entwicklungen ab den frühen 1960er Jahren erleichtert.<sup>24</sup> In dieser Zeit entspannte sich zunehmend das Verhältnis zwischen den Supermächten, da beide Seiten in Reaktion auf eine Reihe von Krisen, in denen die Welt am Rande eines bewaffneten Konflikts stand, sukzessive von ihren expansionistischen außenpolitischen Zielvorstellungen abrückten. Die Erfahrung mit einer zunehmenden Entspannung und Konsolidierung beider Blöcke machte dann beispielsweise den Beginn der Ost-West-Kooperation auf der Konferenz für Sicherheit und Zu-

---

**21** Vgl. Borodziej: *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, S. 284 und 301 f.

**22** Vgl. *First Meeting of the Standing Committee of Professional Planners*, Bordeaux, 12.9.1955, T-PEP, Abteilung: *International Work*, Box 5, Ordner 12.

**23** Cupers: *The Social Project*, S. 201. – Außerdem nahm Ostrowski auch an den Tagungen der UNESCO teil und beteiligte sich an der Vorarbeit der Welterbekonvention, vgl. *Meeting of Experts to Establish an International System for the Protection of Monuments, Groups of Buildings and Sites of Universal Interest*, Paris, 21.–25.6.1968, UNESCO-Dokument SHC/MD/4.

**24** Siehe Pechatnov: *Soviet-American Relations Through the Cold War*, S. 109–114.

sammenarbeit (KSZE) in den 1970er Jahren möglich. In diesem Kontext öffnete sich auch Polen zunehmend dem Westen.<sup>25</sup> Der Sekretär der *Polnischen Arbeiterpartei*, Władysław Gomułka, und insbesondere sein Nachfolger Edward Gierek lockerten sukzessive die strikten Reisebestimmungen. Zwar wurden auch weiterhin Fahrten in den Westen streng reglementiert. Dennoch waren Polinnen und Polen im Vergleich zu den Bewohnern anderer Ostblockstaaten freier in der Wahl ihrer Reiseziele.

Diese Entwicklungen kamen auch dem internationalen Engagement von polnischen Stadtplanern, Architekten und Denkmalschützern zugute. Nicht nur Ostrowski, sondern auch andere Fachleute wie der Denkmalschützer Jan Zachwatowicz und der Museumsdirektor Stanisław Lorentz waren in den 1960er und 1970er Jahren in zahlreiche blockübergreifende Projekte involviert, die sie zum Teil mit westlichen Kollegen durchführten, die sie bereits aus der Zwischenkriegszeit kannten.<sup>26</sup> Die Reputation dieser polnischen Fachleute resultierte vor allem aus dem Wiederaufbau von Warschau. Ihre grenzübergreifenden Projekte nutzten Experten wie Zachwatowicz und Lorentz deswegen auch dazu, um polnische Innovationen, zum Beispiel ihre wissenschaftlichen Klassifikationssysteme in der Denkmalpflege, bekannt zu machen. Sie lieferten Impulse für die Charta von Venedig, der Grundsatzserklärung eines betont modernen und wissenschaftsbasierten Denkmalschutzes; sie bereiteten die Gründung des *International Council on Monuments and Sites* vor; sie beteiligten sich auch an der Ausarbeitung der UNESCO-Welterbekonvention; außerdem fungierten sie ebenso wie ihre westlichen Kollegen als Berater bei archäologischen Ausgrabungen in Nordafrika.

Ostrowskis Abschlussbericht der *IFHP-Kommission für historische Orte in der Stadt* von 1976 verdeutlicht, dass das blockübergreifende Engagement auch in neue Universalismuspostulate, die eine Gültigkeit jenseits der ideologischen Konfrontation beanspruchten, münden konnte. Ostrowski überschritt die Grenzen des Kalten Krieges, indem er ein Stadtplanungsprogramm ausarbeitete, in welchem die Referenzen der ideologischen Konfrontation keine herausgehobene Rolle spielten. So konzeptionierte er das Verhältnis von Denkmalpflege und Stadtplanung als ein Problem, das unabhängig von den Systemgrenzen des Kalten Krieges existierte, auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs dieselbe Relevanz

---

<sup>25</sup> Borodziej: *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, S. 346–349.

<sup>26</sup> Gfeller: *Preserving Cultural Heritage*; Gzowska 2014. – Neben diesen Denkmalschützern arbeiteten auch Regionalplaner wie zum Beispiel Malisz zur gleichen Zeit als Berater für die UN, vgl. Wakeman: *Practicing Utopia*, S. 187–189. – Ebenfalls waren Architekten wie Jacek Chyrosz zusammen mit anderen Fachleuten aus dem Ostblock während der 1960er Jahren in den Aufbau der dekolonisierten Staaten Afrikas involviert, vgl. Stanek: *Architects from Socialist Countries in Ghana*.



besaß, und sich auch in unterschiedlichen politischen Systemen mit denselben wissenschafts- und technikbasierten Mitteln lösen ließ. Indem Ostrowski Stadtplanung als ein Medium der Kooperation zwischen Ost und West imaginierte, reflektierte er auch die weltpolitischen Entwicklungen der 1960er und 1970er Jahre. Dafür wandte er mindestens vier rhetorische und visuelle Strategien an.

Erstens fungierten in Ostrowskis Abschlussbericht nicht mehr aktuelle politische Bezugspunkte, sondern allgemein anerkannte Bildungsgüter Europas als Referenzen, um die Relevanz des Programms der IFHP-Kommission zu legitimieren. Unter Rückgriff auf lateinische Autoren wie Tacitus und Sueton und dem aufklärerischen Literaten Sebastian Mercier stellte Ostrowski den Widerspruch zwischen der Notwendigkeit der Modernisierung der Stadt und dem vielfachen Wunsch nach dem Erhalt historischer Bauten als einen Grundkonflikt in der Stadtgeschichte Europas dar. So meinte er die Kontroverse zwischen Modernisieren und Bewahren der historischen Stadt bereits im Rom der Kaiserzeit und in Paris unter Ludwig XV. anzutreffen.<sup>27</sup>

Zweitens sah Ostrowski den Bericht der IFHP-Kommission als einen Beweis dafür, dass sich Fortschritt auf dem Gebiet der Stadtplanung und Denkmalpflege nur durch den transnationalen Austausch von Erfahrungen erzielen lasse.<sup>28</sup> So berichtete er über die grenz- und ideologieüberschreitenden Entscheidungsprozesse im Komitee, die schließlich zum vorliegenden Buch geführt hatten. Ebenfalls betonte er, dass der Bericht der IFHP einen Anstoß für weitere transnationale Diskussionen geben solle. Dass Ostrowski es als wünschenswert empfand, dass diese Debatten die Systemgrenzen des Kalten Krieges überwinden sollten, lässt sich daran erkennen, dass er mehrmals auf die Transnationalität des stadtplanerischen Expertendiskurses, aber kein einziges Mal auf die politische Blockkonfrontation zu sprechen kam.

Drittens entwickelte Ostrowski auf Grundlage der Verhandlungen der IFHP-Kommission ein blockübergreifendes Stadtplanungskonzept für die Verbindung von Denkmalschutz und Stadtplanung, das er „conservation intégrée“ taufte. Er suggerierte, dass die Zielrichtung dieses Ansatzes universell gültig wäre. So sollte es darum gehen, die Sanierung nicht mehr zeitgemäßer Viertel und den Schutz historisch wertvoller Bausubstanz miteinander zu verbinden. Ostrowski sprach sich dafür aus, bestimmte historische Bauten auch im Kontext einer umfassenden urbanistischen Modernisierungsstrategie zu schützen, zu überformen oder zu ergänzen.<sup>29</sup> Dabei ging der polnische Stadtplanungsprofessor davon aus, dass

---

<sup>27</sup> Ostrowski: *Les ensembles historiques et l'urbanisme*, S. 1–3.

<sup>28</sup> Ebd., S. 5.

<sup>29</sup> Ebd., S. 6 f. und 44.

Stadtplanung und Denkmalpflege eine Reihe von stets gleich bleibenden Aufgaben umfassten, zum Beispiel die Analyse, die Klassifikation und Evaluation von Denkmälern, die Anpassung historischer Gebäude an aktuelle Bedürfnisse sowie die städtebauliche Integration von alter und neuer Architektur. Obwohl Ostrowski nicht auf die unterschiedlichen politischen Kontexte einging, in denen Stadtplanung und Denkmalpflege funktionierten, schränkte er ein, dass die Probleme und Lösungskonzepte in den unterschiedlichen Ländern trotz ihrer strukturellen Gleichheit variieren würden. Deswegen sprach er sich dagegen aus, die „conservation intégrée“ zu einem starren Leitbild zu machen. Stattdessen wählte er zentrale Termini der Theorie wie „rénovation“ und „conservation“ so, dass sie einfach in andere nationale Fachsprachen zu übersetzen waren.<sup>30</sup>

Viertens ließ Ostrowski auch in seiner Bildstrategie die Dichotomie zwischen Ost und West hinter sich.<sup>31</sup> Zwar illustrierte er die Thesen des Abschlussberichts überwiegend mit westeuropäischen (und insbesondere französischen) Beispielen. Gleichwohl bemühte sich Ostrowski stets darum, neben den omnipräsenten westeuropäischen Referenzen ostmitteleuropäische Beispiele zu präsentieren, etwa die Integration moderner Architektur in Ensembles historischer Bauten in Budapest, Warschau und Danzig. Besonders deutlich tat er dies in dem Kapitel über die „Bedingungen des Erfolgs“ einer Verbindung von Modernisierung der Stadt und dem Schutz von Baudenkmalern, in welchem er Denkmalschutzzonen aus Frankreich und der Tschechoslowakei vorstellte.

Ostrowski spielte auch in den folgenden Jahren eine zentrale Rolle für die Verknüpfung polnischer und westeuropäischer Diskurse. Das zeigt sein 1980 in Polen publiziertes Lehrbuch über Stadtplanung und Denkmalschutz. In diesem Werk argumentierte er mit zahlreichen, ursprünglich für die IFHP gesammelten Beispielen für eine Rückkehr zur historischen Raumstruktur in den Innenstädten.<sup>32</sup> Obwohl Ostrowski weiterhin als ein Mittler zwischen Ost und West fungierte, verfolgte er mit seinem Engagement keine dezidiert politische Agenda in Polen. Es ist fraglich, ob man Ostrowskis Eintreten für eine stärkere Berücksichtigung historischer Bauten und seinen Rekurs auf westliche Modelle in Bezug zur *Solidarność*-Bewegung von 1980/81 setzen kann, wie es Agnieszka Zablocka-Kos getan hat.<sup>33</sup> Die Akteure der Gewerkschaft *Solidarność* begannen verstärkt die

---

<sup>30</sup> Ebd., S. 5 f.

<sup>31</sup> Die französischen Beispiele im Kapitel über die verschiedenen Haltungen gegenüber dem Kulturerbe vgl. ebd., S. 25–30, die osteuropäischen Beispiele für die Integration moderner Architektur in historische Ensembles S. 232–236 und die Beispiele im letzten Kapitel S. 322–369.

<sup>32</sup> Ostrowski: *Zespoły zabytkowe a urbanistyka*; vgl. dazu Zablocka-Kos: *Städte in Schlesien*, S. 171.

<sup>33</sup> Zablocka-Kos: *Städte in Schlesien*, S. 172.

polnische Geschichte jenseits der Dogmen der offiziellen marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung zu entdecken. Gleichzeitig forderten sie Bürgerrechte sowie Pressefreiheit und bezogen sich dabei sowohl auf westeuropäische Vorbilder als auch auf die Ergebnisse des KSZE-Prozesses. Obwohl sich auch Ostrowski mit der polnischen Geschichte und ihren Baudenkmalern auseinandersetzte, verband er dies im Unterschied zu *Solidarność* nicht mit der Forderung nach politischem Wandel in Polen. Stattdessen war sein Augenmerk in seiner Arbeit für die IFHP und in seiner Tätigkeit in Polen darauf gerichtet, einzelne Systeme – ungeachtet ihrer politischen Verfassung – durch wissenschaftlich fundierte Planungs- und Denkmalschutzkonzepte rational und effizient zu strukturieren. Das zeigt sich beispielsweise darin, dass er in seiner Arbeit für die IFHP-Kommission seine Begriffe so wählte, dass sie in unterschiedliche sprachliche und damit auch politische Zusammenhänge übersetzbar blieben.

## Fazit

Anhand des Beispiels von Ostrowski wollte dieses Essay skizzieren, dass auch in Ostmitteleuropa Sozialexperten mit Hilfe von Konzepten, welche die engen Grenzen des Kalten Krieges überschritten und einen gesamteuropäischen Referenzrahmen steckten, Probleme diagnostizierten, Lösungsvorschläge skizzierten und somit eine Grundlage für eine blockübergreifende Kooperation legten. Damit schließt dieses Essay insbesondere an Forschungen an, die verdeutlicht haben, dass Wissenschaftler und Experten in den ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten über einen gewissen Spielraum verfügten, eigenständige professionelle Beziehungen über die Blockgrenzen hinweg aufzubauen und gesellschaftliche Probleme in einem Referenzrahmen zu problematisieren, der das binäre Denken des Kalten Krieges zumindest teilweise hinter sich ließ.<sup>34</sup>

Ebenfalls sensibilisiert dieses Essay erneut für die langfristigeren Traditionen, in denen die wissenschaftsbasierten Ordnungsvorstellungen standen, welche die Blockkonfrontation des Kalten Krieges transzendierten sollten. Insbesondere das Interesse an vermeintlich universell gültigen scientistischen Planungskonzepten aus den westeuropäischen Industrienationen, das polnische Experten wie Ostrowski in der Zwischenkriegszeit ausgebildet hatten, war ausschlaggebend dafür, dass sie auch nach 1945 wieder an den überwiegend in westlichen Industrienationen lokalisieren Expertennetzwerken partizipieren wollten.

---

34 Autio-Saraso/Miklószy: Reassessing Cold War Europe.

Das unter der Federführung von Ostrowski ausgearbeitete Konzept einer „conservation intégrée“ verdeutlicht schließlich die Ambivalenz von einigen der von ostmitteleuropäischen Experten ausgearbeiteten universellen Ordnungsentwürfe, welche die Systemlogik zumindest teilweise transzendieren sollten. So behaupteten Akteure wie Ostrowski, dass ihre Ideen eine Gültigkeit jenseits der ideologischen Konfrontation besäßen. Jedoch entwickelten sie daraus keine dezidiert innenpolitischen Ansprüche. Die Transzendierung der Systemlogik des Kalten Krieges musste also nicht mit expliziten Forderungen nach grundlegenden Veränderungen des politischen Systems einhergehen. Das Ziel von Fachleuten wie Ostrowski bestand darin, die bestehenden Gesellschaften mit den Mitteln einer szientistischen Stadtplanung effizienter zu strukturieren, ohne die Grundpfeiler der jeweiligen politischen Ordnung grundsätzlich zu ändern. Zusammengefasst: Eine wissenschaftsbasierte Stadtplanung war in den 1970er Jahren für ostmitteleuropäische Experten gleichsam ein Mittel, um die Blockgrenzen zu überwinden, als auch um diese zu konsolidieren.

## Literatur und publizierte Quellen:

- Autio-Sarasma, Sari/Miklóssy, Katalin (Hg.): *Reassessing Cold War Europe*, London 2011.
- Bodenschatz, Harald: Antworten West-Berlins auf die Stalinallee, in: Engel, Harald/Ribbe, Wolfgang (Hg.): *Karl-Marx-Allee. Magistrale in Berlin. Die Wandlung der sozialistischen Prachtstraße zur Hauptstraße des Berliner Ostens*, Berlin 1996, S. 153–162.
- Borodziej, Włodzimierz: *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, München 2010.
- Brandt, Sigrid: *Geschichte der Denkmalpflege in der SBZ/DDR. Dargestellt an Beispielen aus dem sächsischen Raum*, Berlin 2003.
- Cupers, Kenny: *The Social Project. Housing Post-War France*, Minneapolis 2014.
- Gfeller, Aurelie E.: *Preserving Cultural Heritage across the Iron Curtain. The International Council on Monuments and Sites from Venice to Warsaw 1964–1978*, in: Schädler-Saub, Ursula/Weyer, Angela (Hg.): *Geteilt – Vereint! Denkmalpflege in Mitteleuropa zur Zeit des Eisernen Vorhangs und heute*, Petersberg 2015, S. 115–121.
- Gutschow, Niels/Klain, Barbara: *Vernichtung und Utopie. Stadtplanung Warschau 1939–1945*, Hamburg 1994.
- Gzowska, Alicija: *Exporting Working Patterns. Polish Conservation Workshops in the Global South during the Cold War*, in: *ABE Journal* 6 (2014), <http://abe.revues.org/1268> (27.04.2017).
- Hardy, Dennis: *From Garden Cities to New Towns. Campaigning for Town and Country Planning*, London 1991.
- International Federation for Housing and Town Planning (Hg.): *XII International Housing and Town Planning Congress. Rome 1929*. 3 Bde. Rom 1929.
- International Federation for Housing and Town Planning (Hg.): *Final Report of the 18th Congress of the International Federation for Housing and Town Planning Hastings 1946*. London 1946.

- International Federation for Housing and Town Planning (Hg.): Final Report of the XXth Congress of the International Federation for Housing and Town Planning Amsterdam 1950. Amsterdam 1950.
- Iriye, Akira: Global Community. The Role of International Organizations in the Making of the Contemporary World, Berkeley 2002.
- Kohlrausch, Martin: Warszawa Funkcjonalja. Radical Urbanism and the International Discourse on Planning in the Interwar Period, in: Behrends, Jan C./Kohlrausch, Martin (Hg.): Races to Modernity. Metropolitan Aspirations in Eastern Europe, Budapest 2014, S. 205–231.
- Klain, Barbara: City Planning in Warsaw, in: Bosma, Koos/Hellinga, Helma (Hg.): Mastering the City. North European City Planning 1900–2000, Band 2, Rotterdam 1997, S. 112–127.
- Kott, Sandrine: Par-delà la guerre froide. Les organisations internationales et les circulations Est-Ouest (1947–1973), in: Vingtième Siècle 109 (2011), S. 143–154.
- Kott, Sandrine: Cold War Internationalisms, in: Sluga, Glenda/Clavin, Patricia (Hg.): Internationalisms. A Twentieth-Century History, Cambridge 2017, S. 340–362.
- Leyberg, Waclaw: Poszerzenia i Przebicia Ulic (Teil I und II), in: Architektura i Budownictwo 11 (1935), S. 321–327 u. 12 (1935), S. 365–371.
- Olenderek, Joanna: Łódzki modernizm. I inne nurty przedwojennego budownictwa, Band 1, Łódź 2011.
- Ostrowski, Waclaw: Les ensembles historiques et l'urbanisme, Paris 1976.
- Ostrowski, Waclaw: Zespoły zabytkowe a urbanistyka, Warschau 1980.
- Ostrowski, Waclaw: Wprowadzenie do his historii budowy miast. Ludzie i środowisko, Warschau 1996.
- Pechatnov, Valdimir O.: Soviet-American Relations Through the Cold War, in: Immerman, Richard/Goedde, Petra (Hg.): The Oxford Handbook of the Cold War, Oxford 2013, S. 107–123.
- Provoost, Michelle: Exporting New Towns. The Welfare City in Africa, in: Swenarton, Mark/Avermaete, Tom/Van den Heuvel, Dirk (Hg.): Architecture and the Welfare State, Abingdon 2014, S. 277–297.
- Stanek, Łukasz: Architects from Socialist Countries in Ghana (1957–67). Modern Architecture and Mondialisation, in: Journal of the Society of Architectural Historians 74 (2015), S. 416–442.
- Wagner, Phillip: Stadtplanung für die Welt? Internationales Expertenwissen 1900–1960, Göttingen 2016.
- Wagner, Phillip: Piercing the Iron Curtain? Competing Visions of Transnational Expert Community and the Question of International Order after 1945, in: Kaal, Harm/Couperus, Stefan (Hg.): (Re)constructing communities in Europe 1918–1968. Senses of Belonging Beyond, Below and Within the Nation-State, London 2017, S. 196–214.
- Wakeman, Rosemary: Practicing Utopia. An Intellectual History of the New Town Movement, Chicago 2016.
- Zablocka-Kos, Agnieszka: Städte in Schlesien. Von der „sozialistischen Stadt“ der Arbeiterklasse zur bürgerlichen neuen „Altstadt“ – Legnica und Głogów nach 1945, in: Thomas M. Bohn (Hg.): Von der „europäischen Stadt“ zur „sozialistischen Stadt“ und zurück? Urbane Transformationen im östlichen Europa des 20. Jahrhunderts, München 2009, S. 155–174.



Frank Reichherzer

## Trilateral Commission

Den Anfang nehmen Geschichten wie diese oft in der leicht von teurem Alkohol geschwängerten Atmosphäre mondäner Hotelbars oder in exklusiven Flughafenlounges (↗*Der Flughafen*) oder wie im Fall der Trilateral Commission (TC) an Bord eines Jumbo-Jets irgendwo über dem Nordatlantik. Es ist das Jahr 1972. Zwei Männer sind auf dem Weg von den USA nach Europa. Die beiden Herren vertreiben sich die Flugzeit wahrscheinlich mit ausgezeichneten Cocktails, plauschen wohl über Politik, Wirtschaft, Sport und sicherlich auch über die Probleme der Welt im Ganzen. Das Ziel ihrer Reise ist das belgische Nordseebad Knooko, wo beide an der ‚Bilderberg-Konferenz‘ teilnehmen werden – eines jener geheimnisumwobenen Treffen transatlantischer Eliten.

Der eine der beiden Männer ist David Rockefeller – Milliardär, erfolgreicher Banker, Philanthrop, Mitglied in vielen der zahlreichen außenpolitisch orientierten Councils und Committees der USA und nicht zuletzt ausgezeichnete Organisator von Partys. Letzteres bezieht sich vor allem auf die Pflege und den Aufbau von Kontakten und Freundschaften oder mehr ins Analytische gerückt – von Netzwerken. Rockefeller ist das Fliegen gewöhnt. Gerade ist er durch die euroatlantische Welt gejettet, hat Vorträge gehalten und intensive Gespräche geführt. Seine Reisen waren getrieben von einem ernsten Anliegen: Für Rockefeller schien die nach 1945 von den USA etablierte und dominierte politische, ökonomische und kulturelle Ordnung – für die die Chiffre ‚Der Westen‘ stand – in einer tiefen Krise zu stecken (↗*Ideologien, Ende der*). Er konstatierte, dass das Projekt des Westens gefährliche Risse zeige und dass der Zusammenhalt der westlichen Industrienationen, unter die er die Staaten Westeuropas, Nordamerikas und ausdrücklich Japan zusammenfasste, stark im Schwinden sei. Rockefellers Therapie für die Heilung oder wohlmöglich Neu(er)findung des Westens war ein ebenso einfaches wie bewährtes Mittel: intensiver multilateraler Austausch zum Zweck der Koordination (↗*Die Blockfreien/Bündnisfreien*; ↗*Stadtplanung*; ↗*IIASA*; ↗*UNCTAD*). Seine Idee einer ‚International Commission for Peace and Prosperity‘, als Rahmen, um Austausch und Abstimmung zu organisieren, scheint zwar auf den ersten Blick sehr schwammig. Doch die Floskeln ‚Frieden‘ und ‚Wohlstand‘ drücken präzise Rockefellers Gedanken aus. Zum einen sind sie die zentralen Schlagworte einer liberal gedachten (Welt-)Ordnung. Zum anderen lässt die of-

fene Bezeichnung erkennen, dass Rockefellers Anliegen nicht auf einen bestimmten Bereich global orientierter Politik begrenzt war.<sup>1</sup>

Der zweite Fluggast, der uns auf die Spur der TC führt, ist Zbigniew Brzezinski. ‚Zbig‘, wie ihn ehrfürchtig seine Freunde und auch Gegner nennen, war eine der bekanntesten Analysten des Kalten Krieges, Osteuropaexperte (↗*Experten für den Luftkrieg*) sowie zentrale Figur und Ideengeber in der außen- und sicherheitspolitischen Community der USA. Brzezinski hatte in einem seiner Bücher auf eindrucksvolle Weise die Stimmung und den Zeitgeist im Umfeld global denkender Eliten im Übergang der 1960er zu den 1970er Jahren eingefangen und zum Ausdruck gebracht. Der Titel –*Between Two Ages*– bringt den Inhalt klar auf den Punkt. Das Buch ist Problem- und Gegenwartsdiagnose pur. Was sich unter dem Etikett von ‚68‘ als Revolte der Gegenkultur an vielen über die Welt verteilten Schauplätzen zeigt, findet bei Brzezinski eine im Establishment der westlichen Industrienationen entsprechende Manifestation. An vielen Stellen in Brzezinskis Text zeigt sich das diffuse Gefühl, in einer Zeit zu leben, in der Gewissheiten verloren gehen, in einer Zeit, die von Uneindeutigkeiten, Überlagerungen und Widersprüchen gekennzeichnet ist. Als Motor dieser Transformation planetarischen Ausmaßes identifiziert Brzezinski die neuen Technologien – und damit verknüpft eine neuen Welle globaler Vernetzung (↗Die „Eine Welt“). Dieser andauernde Prozess der Neukonfiguration des Gegenwärtigen stellt die etablierten Gewissheiten und Orientierungspunkte der Nachkriegsordnung in ihrem Kern in Frage. Aber nicht nur das: Brzezinski entwickelt auch Möglichkeiten, ‚Welt‘ neu zu verstehen und zu ordnen. So zeigt er sich in *Between Two Ages* wenig geschockt vom (noch) nicht begreifbaren Globalen.<sup>2</sup> Sein Buch ist kein Abgesang auf die ‚gute alte Zeit‘, im Stile der pessimistischen ‚Decline-Literatur‘ dieser Jahre, die sich nicht nur in den USA finden lässt. Das Buch strahlt durchaus Optimismus aus, indem es Ansätze zum vermeintlich richtigen ‚Management‘ von Globalisierung oder präziser in der Sprache der Zeit: von ‚Interdependenz‘ bietet (↗*Interdependenz*).

Ideen wie Brzezinski und Rockefeller sie vertraten, trafen am Anfang der 1970er Jahre den Nerv der Zeit. Versuche, ihre Konzepte in bereits existierende Elitezirkel und transatlantische Netzwerke der Kalten-Kriegs-Ära einzuspeisen, lösten allerdings gemischte Reaktionen aus. Folgt man dem Gründungsmythos der TC, dann wechselt nun die Szene von einem Flugzeug über dem Atlantik zu einem Landsitz in die Nähe von New York City. Rockefeller und Brzezinski be-

---

1 Vgl. Rockefeller: *Memoires*, S. 416; siehe auch Summary of the Proceedings, Meeting of the Trilateral Commission of North America, October 15, 1973, Rockefeller Archive Center (RAC), Trilateral Commission Files, Series 1/Box 3/Folder 29.

2 Als Stichwortgeber siehe den Band: Ferguson et al (Hg.): *The Shock of the Global*.



schlossen, Gleichgesinnte zu einem zwanglosen Treffen einzuladen, um für ihre Ideen und Ziele zu werben. Im Frühsommer 1972 trafen sich daher einflussreiche Persönlichkeiten aus den USA, Kanada, Japan und aus den EWG-Ländern (plus Norwegen)<sup>3</sup> zu Gesprächen und fassten den Beschluss, die TC zu gründen.<sup>4</sup>

Die wesentlichen Elemente, die für die Tätigkeit der TC wichtig wurden, lassen sich bereits in der Geschichte unsere beiden Protagonisten erkennen. Diese Fäden gilt es nun aufzugreifen, sie zu vertiefen und sie schließlich mit dem Kontext des Kalten Krieges zu verweben. Das heißt, die Konzeption und Arbeit der Commission während der 1970er und 1980er Jahre zu skizzieren, diese mit Blick auf ihr Verhältnis zum Ordnungssystem des Kalten Krieges zu befragen, nach ‚Figuren des Dritten‘<sup>5</sup> Ausschau zu halten und damit: den Kalten Krieg zu vermessen.

## Da ist was nicht in Ordnung – Unbehagen, Ambivalenzen und Neuformatierungen

Zeitdiagnosen und Therapievorschläge, ähnlich zu denen, wie sie sich bei Brzezinski und Rockefeller zeigen, waren seit der Mitte der 1960er Jahre weit verbreitet. Mit ihnen kommt ein Unbehagen zum Ausdruck, dass irgendetwas mit der nach 1945 etablierten Ordnung nicht (mehr) stimme. Auch wenn diese Ordnung eine Ordnung des Westens war, hatten sie und ihre Institutionen den Anspruch, die ganze Welt zu erfassen und zu strukturieren. Der ‚Kalte Krieg‘ war mit der ihm zu Grunde liegenden binären Codierung eine radikale Form dieser Moderne. In das klare Schema einer Trennung von ‚Entweder-Oder‘ ließ sich Welt begreifen und einordnen. Doch die Wahrnehmung von komplexen Wechselwirkungen und Spannungen innerhalb der doch nicht (mehr) so festen Blöcke – nicht zu vergessen der Prozess der Dekolonisation und weitere quer zum Ost-West-Paradigma liegende Konfliktlinien und Interessen sowie Konzepte alternativer Modernen (*↗Die Blockfreien/Bündnisfreien*) – sorgte auch hier für starke Irritationen.

---

<sup>3</sup> Norwegen war 1973 nach einer Volksentscheidung nicht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beigetreten. In den Vorbereitungen zur Konstitution der TC ging man wie in den Fällen des Vereinigten Königreichs, Irlands und Dänemarks noch von einem Beitritt Norwegens aus. Daher erfolgte die Einladung.

<sup>4</sup> Siehe für wissenschaftliche Literatur zur TC Beverungen: Elite Planning Organizations; Drago: Dealing with an Interdependent and Fragmented World; Gill: American Hegemony and the Trilateral Commission; Knudsen: The Trilateral Commission and Global Governance.

<sup>5</sup> Siehe Esslinger et al (Hg.): Die Figur des Dritten; hierin insbesondere die programmatische Einleitung Koschorke: Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften.

Diese damit verknüpften Denkfiguren des Dritten hatten das Potential, binär gedachte Gewissheiten heftig zu erschüttern.

Akademisch-intellektuelle Strukturanalysen vom Ende der Nachkriegsordnung koppelten jedoch erst zu Beginn der 1970er mit historischen Ereignissen und erreichten so eine kritische Masse. Die sogenannten ‚Nixon Shocks‘ und wenige Jahre später die erste Öl(preis)krise sind oft bemühte und zugegeben gute Indikatoren für einen Strukturbruch auf internationaler Ebene. Im August 1971 verkündete US-Präsident Richard Nixon das Ende des Bretton-Woods-Systems, der von den USA garantierten Konvertibilität von Dollar in Gold und damit das Ende fester Wechselkurse. Das Abkommen von Bretton Woods, 1944 noch während des Zweiten Weltkrieges verhandelt, war mehr als eine finanz- und handelstechnische Angelegenheit. Es war ein Versprechen auf Wohlstand und Konsum (für den Westen). Damit trug Bretton Woods maßgebliche zur Etablierung sowie Stabilisierung des Westens und der internationalen Ordnung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bei und untermauerte damit die ökonomische und politische Führungsrolle der USA. Im Laufe der Zeit ergaben sich jedoch Probleme im System. Nicht zuletzt war dafür die Diffusion ökonomischer Macht während des ‚Booms‘ nach Europa und Asien verantwortlich. Diese Krise veranlasste Nixon schließlich dazu, im Rahmen einer Fernsehansprache den mittlerweile hohl gewordenen Eckpfeiler der westlich-liberalen Nachkriegsordnung einzureißen. Ein weiteres, oft zu den ‚Nixon Shocks‘ gerechnetes Ereignis von großer Tragweite war die Annäherung der USA an die Volksrepublik China. Der Aufbau von Beziehungen zum kommunistischen Teil Chinas zeigte eine völlige Neuausrichtung der US-amerikanischen Außenpolitik – nicht nur in der pazifischen Welt. Die Zusammenarbeit mit der Regierung in Peking war nur schwer mit der reinen Lehre des ideologischen Systemantagonismus des Kalten Krieges zu fassen.

Die ‚Nixon Shocks‘ hatten vor allem starken symbolischen Charakter. Sie machten die Risse, Verwerfungen und Anpassungsdrücke in der Nachkriegsordnung offensichtlich. Doch die politischen Ereignisse des Jahres 1971 markierten lediglich die Entwicklungen, die sich mindestens mittelfristig angebahnt hatten. Das eigentlich schockierende an den Shocks war das unilaterale Vorgehen der Nixon-Administration: Nixon hatte diese Entscheidungen verkündet, ohne im Vorfeld seine Partner, den Westen, zu konsultieren oder zumindest zu informieren.

Im Rahmen der Ersten Ölpreiskrise im Herbst 1973 wurden mit der ‚Öl-Waffe‘ (↗*Islamismus*) nicht nur globale Machtverschiebungen sowie die Fragilität und nachlassende Integrationskraft der Nachkriegsordnung deutlich. Die Fragen nach der Energieversorgung des Westens koppelten mit Handels- und Finanzpolitik (Stichwort ‚Petro-Dollar-Recycling‘), mit Entwicklungspolitik und im Kontext der Atomkraft auch mit sicherheitspolitischen Angelegenheiten. Das Muster des

Kalten Krieges konnte in dieser Zeit verdichteter Krisen keine förderlichen Handlungsroutinen mehr bereitstellen. Abstrakte Gedankenspiele und wolkige Begrifflichkeiten bekamen nun eine lebensweltliche Realität – lieferten sie doch alternative Deutungsmöglichkeiten und versprachen adäquate Lösungsvorschläge.

In dieser weltpolitischen Lage entstand die TC als eine Organisation „formed by private citizens of Western Europe, Japan, and North America to foster closer cooperation among these three regions on common problems. It seeks to improve public understanding of such problems, to support proposals for handling them jointly, and to nurture habits and practices of working together among these three regions“, wie es bis heute in jedem ihrer Reports abgedruckt ist. Vor diesem Hintergrund sind die Suchbewegungen und Ansätze zu einem neuen Verständnis und auch der Gestaltung von Welt zu verstehen, wie sie sich in der TC zeigen.

## Trilaterales Denken = Interdependenz verstehen und organisieren

Um einen Zugang zu den Weltdeutungen der TC zu bekommen, ist ein Schlagwort bedeutend: ‚Interdependenz‘ (↗*Interdependenz*). Komplexe Interdependenz der Welt war für die Trilateralen das argumentative Dach und *der* Referenzpunkt zur Diagnose der Gegenwart. „Growing interdependence is a fact of life of the contemporary world. It transcends and influences national systems. It requires new and more intensive forms of international cooperation to realize its benefits and to counteract economic and political nationalism.“<sup>6</sup> Das sind die ersten Sätze des *Statement of Purposes* der TC. Hier wird der Einfluss einer neuen Phase der Globalisierung auf das Denken transatlantisch-außenpolitischer Eliten sichtbar. Im Zentrum steht die Erfahrung neuer und alter Formen von Interdependenz und Komplexität. Die binären, eindimensional-linearen Deutungsmuster – wie der Denkstil des Kalten Krieges sie bereitstellte – konnte komplex verschachtelte Netze unterschiedlicher Interdependenzphänomene nur selektiv, unscharf und damit auch nur unzureichend erfassen, geschweige denn adäquate Handlungsanleitungen liefern.

Max Kohnstamm, eine der zentralen Figuren im Hintergrund des europäischen Integrationsprozesses und wichtiges Mitglieder der TC, kann uns das Interdependenzverständnis der Commission näherbringen. Beispielhaft in seiner Deutlichkeit aber auch stellvertretend für die diskutierten Ansätze in der TC be-

---

<sup>6</sup> Trilateral Commission: *Statement of Purposes*, S. 1.

schreibt Kohnstamm die Verschiebung der Wahrnehmungshorizonte und Deutungskategorien von Welt. In einem von Interdependenzen geprägten Planeten sah er die „most striking characteristics of our time“. Diese ebenso zahlreichen wie komplexen wechselseitigen Verknüpfungen, so spezifiziert Kohnstamm weiter, zeigen sich überall: zwischen „foes and friends, developed and underdeveloped, ‚free‘ market and ‚planned‘ market countries.“<sup>7</sup> Die Vektoren, die Verbindungen und Bezugssysteme schaffen und auch intensivieren sind vielfältig. Kohnstamm nennt die Ströme von Handelsgütern und Kapital, Waffen, insbesondere mit atomaren Sprengköpfen, Interkontinentalraketen, Kommunikationssystemen und ganz allgemein vor Landesgrenzen nicht Halt machende „world wide problems of pollution“<sup>8</sup>.

Soweit Kohnstamms zugespitzte Zustandsbeschreibungen. Doch was folgt nun aus dem Wissen und dem Bewusstsein in einer Welt zu leben, in der etablierte Grenzziehungen und nationalstaatlich gerahmte Territorialisierungen verblassen, in einer Welt, in der nahezu alle Lebensbereiche über Länder, Regionen und Kontinente hinweg verflochten sind? Kohnstamm macht hier auf zwei Seiten der Interdependenz aufmerksam. Zunächst sind mit einer interdependenten Welt erhebliche Konflikte verbunden, die das Potential in sich tragen zum „worldwide nightmare“, zum „horror of civil war“<sup>9</sup> zu eskalieren. Die verheerenden Folgen ultranationalistischer Reaktionen auf Interdependenzerfahrungen hat die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts gezeigt und auch erheblich Kohnstamms frühes Leben geprägt. Interdependenzen mit einer nationalstaatlich-isolationistischen Politik zu begegnen oder sich gar den Realitäten einer interdependenten Welt einfach zu verweigern oder sie zu ignorieren sind für Kohnstamm und die Mitglieder der TC allerdings keine bedenkenwerten politischen Alternativen. Neben der dunklen, der zerstörerischen Seite sieht er aber in Interdependenz gleichzeitig auch eine der großen Chancen unserer Zeit – den Traum einer „world of ‚United Nations‘“.

An anderer Stelle eröffnet Kohnstamm zusammen mit François Duchêne, Direktor des *International Institut for Strategic Studies* (IISS), und dem Politikwissenschaftler Wolfgang Hager auch eine dezidiert europäische Perspektive auf Interdependenz und bringt diese in den Diskursraum der TC ein.<sup>10</sup> Das EG-Europa liefere mit seinen Verträgen, den Konsultationen und Absprachen sowie der Verregelung und Verrechtlichung der Beziehungen zwischen den westeuropäischen Staaten ein Muster von gelungener Steuerung von Interdependenzen in-

---

7 Paper Max Kohnstamm, *The Role of International Institutions and Political Consultation*, 05.07.1972, S. 1, RAC, Trilateral Commission Files, S1/B1/F1.

8 Ebd.

9 Ebd.

10 Explizit Duchêne: *Die Rolle Europas im Weltsystem*.

nerhalb eines eng verknüpften Raums. Nun galt es den Sprung von der regionalen auf die globale Ebene zu wagen ( $\nearrow$ ASEAN). Für Kohnstamm – und hier drückt er das Leitbild der TC aus – kommt es daher auf eines an: Interdependenz zu ‚managen‘. Interdependenz kann nicht sich selbst überlassen werden. In ‚richtiger‘, in ‚better organized‘<sup>11</sup> Interdependenz, liegt daher das Versprechen für nationalen und globalen Wohlstand – für ‚peace and prosperity‘.

So oder so ähnlich wie Kohnstamms Bemerkungen lesen sich nahezu alle Diskussionspapiere in den Akten zur Gründung der TC. In ihren Konsequenzen zielen sie darauf, Interdependenz(en) zu ergründen und ihre vagen und bisher noch unbekanntes Folgen zu betrachten, um dann Hinweise geben zu können, wie Politik steuernd und regelnd eingreifen könnte. In der Beschreibung des *Policy Program* der TC drückt Brzezinski diese Unschärfe treffend aus und markiert gleichzeitig eine neue Skalierung des Maßstabs, wenn er schreibt: „For the first time in the history of mankind, a global political process is surfacing, a process that is still quite shapeless.“<sup>12</sup> Die TC trat an, diesen neuen auftauchenden Prozessen Form zu geben.<sup>13</sup>

Doch Interdependenz ( $\nearrow$ Interdependenz) ist als Formel zur Ordnung und Erklärung von Welt ein prekärer Begriff. Er bietet wenig Konkretes und lässt vielfältige Ausformungen zu. Er ist ebenso diffus wie die Situationen und Probleme, die er versucht zu beschreiben. In ihm drückt sich der Verlust von Orientierung aus. Er macht darauf aufmerksam, dass lange als sicher geglaubte Ordnungssysteme im ‚Age of Fracture‘<sup>14</sup> durcheinandergeraten sind. Mit dem Verlust der alles ordnenden ‚Großen Erzählung‘ haftet dem Interdependenzdiskurs fast schon etwas Postmodernes an. Der Begriff markiert ein Verständnis von Welt, das – um eine Metapher und Analyse von Zygmund Baumann aufzugreifen – sich vom Festen ins Flüssige wandelt.<sup>15</sup> Und genau hierin – im Beschreiben von Strömen, von ‚flows‘ – liegt jedoch die Kraft und Attraktivität des Interdependenzbegriffs. Ein Verständnis von Welt als eng verwobenes Gefüge verschiebt die Perspektive. Zusammenhänge etwa von Räumen und vor allem die wechselseitigen Verbindungen zwischen Problemfeldern sind so zu erkennen. Diese Gefüge werden vom Blickwinkel der Interdependenz aus sichtbar. Sie zu beschreiben und zu analysieren ist der Ausgangspunkt, Welt zu verstehen und in ihr handeln

---

11 Paper Max Kohnstamm, *The Role of International Institutions and Political Consultation*, 05.07.1972, S. 1, RAC, Trilateral Commission Files, S1/B1/F1.

12 Memorandum, Zbigniew Brzezinski, *The Trilateral Policy Program*, 28.08.1973, S. 1, RAC, Trilateral Commission Files, S1/F28/B2.

13 So auch Sargent: *A Superpower Transformed*, S. 171.

14 Siehe Rodgers: *Age of Fracture*.

15 Siehe Bauman: *Liquid Modernity*.

zu können. Die Eindeutigkeiten des binären Logiken gehorchenden Kalten Krieges verlieren vor dem Hintergrund komplexer Interdependenzverhältnisse an Erklärungskraft. Das Dritte – und mit ihm das Vierte, das Fünfte, usw. – bekommt mehr Relevanz zugesprochen. Von der *French Theory* bis hin zu den Treffen unserer transatlantisch-transpazifischen Elitenzirkel prägte dieses Haltung den Zeitgeist und das Verständnis für die (Un-)Ordnung der Welt.

Das bisher Gesagte zeigt deutlich, dass die mit dem Wort ‚Interdependenz‘ markierten komplexen Zusammenhänge ein einfaches Problemverständnis von ‚challenge and response‘ nicht abbilden können. Das würde dem Ansatz der TC und auch seiner Analyse nicht gerecht. Zwischen den Zeilen der Konzeptpapiere und dann auch in der Arbeit der Commission finden sich Gedanken, die an einen Zugang einer anderen Ende der 1960er Jahre gegründeten Organisation erinnern. Mit dem Schlagwort ‚Problematique‘ rückte der *Club of Rome* ein vom kybernetischen Zeitgeist geprägtes Model der Weltwahrnehmung und Deutung ins Zentrum seiner Überlegungen.<sup>16</sup> Der Imperativ dieses Denkens gründet darin, Probleme nicht isoliert zu sehen, sondern in Bezugssystemen, Wechselwirkungen und Clustern zu betrachten. Aus dem Zusammenhang und der Überlagerung einzelner bis ins Kleinste weiter verzweigter Problemfelder ergibt sich dann die ‚Problematique‘ als ein „meta-system of problems“<sup>17</sup> (↗Die „Eine Welt“).

Diese Meta-Probleme benötigen Meta-Experten und Meta-Expertise. Nachdrücklich weist George S. Franklin, Koordinator der TC und ein weiterer Außenpolitikspezialist in ihren Reihen, darauf hin, wenn er die Aufgaben der Commission folgendermaßen charakterisiert: „1) Advance thinking in common approaches to major problems. 2) Deepen the understanding of the nature of problems [...]. 3) Sell these ideas developed to the publics and governments of the various nations.“<sup>18</sup> Darauf laufen die organisatorischen und personellen Struktur der TC und auch ihre Arbeitsweise hinaus. Als was kann man daher die TC fassen? Die Antwort auf diese Frage erschließt sich am besten dadurch, was die TC nicht ist: Die TC ist kein Think Tank. Sie ist weder eine Expertengruppe noch ein Forschungsinstitut. Sie ist auch kein Treffen wie etwa die G7-Gipfel. Sie ist keine jener öffentlichkeitsscheuen Veranstaltungen wie die Gespräche der ‚Bilderberger‘. Ein

---

**16** An dieser Stelle brachte David Kuchenbuch die Frage nach der „visuellen Kultur der Interdependenz“ auf. Diagramme, Schaubilder und Karten aber auch die Nähe in der Symbolsprache (wie sie sich etwa in der Ähnlichkeit der Logos von TC und dem *universal recycling symbol* zeigt) wären ein spannender und lohnender Forschungsgegenstand und verweisen auf die vielfältigen Zusammenhänge von Interdependenzdiskursen in der Zeit.

**17** Club of Rome (Hasan Özbekhan): *The Predicament of Mankind*, S. 10.

**18** George Franklin, Memorandum, Meeting of May 9, 1972, S. 1, RAC, Trilateral Commission Files, S1/B1/F1.

auf ein spezielles Politikfeld festgelegtes Format wie das *World Economic Forum* in Davos oder die heutige *Münchener Sicherheitskonferenz* – früher *Wehrkundetaugung* – genannte Veranstaltung ist sie auch nicht. Trotzdem wird man bei all diesen Gelegenheiten eine Reihe von Mitgliedern der TC treffen können. Und genau hierauf beruht ihr Konstruktionsprinzip: Sie operiert auf einem – wenn man so will – ‚meta level‘. Die Commission bringt Generalisten aus verschiedenen Sektoren der Gesellschaft zusammen. Es sind die Köpfe der Think Tanks und Forschungsinstitute, es sind wichtige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Industrie und Finanzwesen, aber auch aus den Universitäten und den Medien, die den Mitgliederkreis der TC ausmachen. Mit der TC entstand ein Forum, das an die traditionellen Muster privater Clubs, Gelehrtenengesellschaften und Gesprächskreise anknüpfte. Dieses Forum sollte in Zwischenräumen, der ‚in-between-world‘ (↗*Humanitäre NGOs*) von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien, angesiedelt sein. Durch eine wissenschaftliche Brille betrachtet konnte die TC so einen Diskursraum öffnen. Sie zielte darauf, den Fluss und Zirkulation von Wissen (↗*Das Rote Telefon*) zu ermöglichen und Ansätze wechselseitig füreinander fruchtbar zu machen und schließlich einzelne Felder auf einer höheren Ebene zu verknüpfen. Damit konnten komplexe Probleme beschrieben und vielleicht auch gelöst werden. Die Auswahl der ca. 180 Mitglieder der TC war daher an einer Mischung aus Breite und Tiefe orientiert und sollte das gemäßigte Meinungsspektrum der trilateralen Welt widerspiegeln. Diskussion ging vor Einstimmigkeit.

Die Arbeit auf der aggregierenden Zwischenebene an komplexen Problemen zeigte sich auch in der Organisation der TC. Besonders wichtig waren die *Plenary Meetings*, zu denen sich alle Mitglieder versammelten. Aber auch Treffen der regionalen und nationalen Ebenen fanden regelmäßig statt. Das Herz – oder besser: das Gehirn – der TC war das *Executive Committee* (ExCom), eine kleine Gruppe von etwa zehn Kommissionsmitgliedern, die sich aus Vertretern jeder Region zusammensetzte. Das ExCom wählte die Themen und Mitarbeiter der sogenannten *Task Forces* aus. Die *Task Forces* schrieben die *Reports*, die als Basis für die Vollversammlung dienten und das wichtigste Element der Arbeit der Commission bildeten. Immer drei *Rapporteurs*, je einer aus jeder Region, schrieben den Bericht in zahlreichen Rückkopplungsschleifen mit dem ExCom und themenspezifisch ausgewählten Experten (↗*Experten für den Luftkrieg*), den sogenannten *Consultants*. Am Ende eines aufwendigen Diskussionsprozesses wurde der Report auf der Vollversammlung vorgestellt, diskutiert und dann gedruckt. Allein der Blick auf die ersten Reports zeigt das weite Problemverständnis der TC und den Versuch, die Welt neu zu verstehen und in eine Ordnung zu bringen. Sie reichen von Fragen des Weltfinanzsystems und der Energieversorgung über – natürlich – die Ost-West- und Nord-Süd- Beziehungen (↗*Die Blockfreien/Bündnisfreien*; ↗*UNC-TAD*), Probleme der Welternährung und einem Regime für die Ozeane bis hin zu

innenpolitischen Themen (→Die „Eine Welt“) wie der bekannteste Report *Crisis on democracy*, der – selbst schon unter den Autoren und in der TC kontrovers diskutiert – dann die Debatte um die ‚Unregierbarkeit‘ westlicher Industriegesellschaften mit auslöste.

Die Gründer der TC erwogen zwar die Idee, Vertreter des ‚Ost-Blocks‘ und auch aus Ländern der sogenannten Dritten Welt in die TC aufzunehmen (→Die *Blockfreien/Bündnisfreien*). Dieser, möglicherweise global zu nennende, Ansatz wurde aber schnell verworfen. Die Transzendierungen des Kalten Krieges durch die TC fand daher nicht im Gespräch über den Eisernen Vorhang hinweg statt. Der ‚Westen‘ oder die ‚fortgeschrittenen Industrienation‘ sind der eindeutige Referenzpunkt der TC. Dieser ‚Westen‘ in seiner Form als Gemeinschaft der demokratisch, konsenskapitalistisch organisierten Industrienationen ist ein Produkt des Kalten Krieges. Man könnte sogar so weit gehen, den Kalten Krieg als konstitutives Element des Westens zu verstehen. Die Abgrenzung von einem vermeintlichen ‚Osten‘ war essentiell für die Herausbildung des Westens. Das gilt nicht nur für die Ebene der Weltordnung. Die klare Grenzziehung und die ‚kommunistische Bedrohung‘ wirkten als Kraft für die Integration und die Disziplinierung von Gesellschaft der westlichen Staaten nach innen. Mit dem Verblässen, dem langsamen Verschwinden, dem Abschmelzen des Kalten Krieges wurden auch die Kohäsionskräfte innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft geringer. Doch was ist der Westen ohne Osten? Es wäre nicht übertrieben, das trilaterale Projekt als Projekt zur Rettung und Erneuerung des Westens als Idee und Praxis zu verstehen. Denn der TC ging es vornehmlich um die Integration des ‚Westens‘ vor dem Hintergrund der Bewältigung von Interdependenz und damit nicht gegenüber einem ‚Osten‘, sondern gegenüber einer Vielfalt von ‚Anderen‘.

In den Gefahren der Interdependenz lag eine neue, diffuse Herausforderung. Durchstöbert man die Akten, die zahlreichen Reports der TC und die Ausgaben von *Trialogue*, einem ausführlichen Newsletter der Commission, lassen sich nahezu überall Suchbewegungen einmal zur Neuerfindung des Westens entlang der gemeinsamen Bewältigung von Interdependenz und einmal in Richtung auf ein gemeinsames geteiltes Verständnis konkreter Interdependenz als Handlungsgrundlage erkennen. In diesen Debatten der TC schneidet sich die ideelle mit der praxeologischen Dimension der Rekonfiguration des Westens. Auch durch Praxis muss(te) der Westen immer wieder hergestellt werden. Die Diskussionskultur, Absprachen, Koordination waren Wesensmerkmale der identitären Selbstverortung des Westens. Zudem war auch das ganze Unternehmen TC nicht nur ein Forum zur Debatte, sondern auch eine Bühne zur Inszenierung des Westens – natürlich eines Westens, wie ihn die TC imaginierte und propagierte.

Liest man die Reports der Task Forces und schaut man sich die Artikel in *Trialogue* genauer an, entdeckt man selten die innovativsten, außergewöhnlichen



Konzepte in den von ihnen verhandelten Bereichen. Die TC ist mehr Mainstream als intellektuelle Avantgarde. Aber genau das macht sie so wichtig. In eine ähnliche Richtung läuft auch die Antwort auf die Frage nach der Wirkmächtigkeit der TC. Auch wenn sich die TC selbst als ‚policy oriented‘ begreift und auch sehr von sich selbst und der Wirkung ihrer Arbeit überzeugt ist, lässt sich ihr Einfluss nur schwer nachweisen. Durchaus finden sich Ähnlichkeiten zwischen den Diskussionen im Rahmen der TC, gesellschaftlichen Debatten und politischen Entscheidungen. Auch die Zahl von 17 Mitglieder der TC, die wichtige Funktionen in der Carter-Administration übernahmen, taugt als Argument wenig. Ein direkter Einfluss der Diskussion und von der TC entwickelter Konzepte lässt sich so nicht nachweisen. Muss man auch nicht! ‚Ideas matter‘, so hat es Bernd Greiner in einer Diskussion über die TC einmal prägnant und treffend ausgedrückt.<sup>19</sup> Der zeitgenössische Wert der Tätigkeit der TC und der von ihr produzierten Studien sowie schließlich ihr Wert als Untersuchungsgegenstand für geschichtswissenschaftliche Fragestellungen liegt viel eher in der Funktion als Ideenfabrik und als Forum für den Austausch und in der Aggregation von Wissen unterschiedlichster Felder. Mit ihr werden die Zusammenschau, die Breite der Themen, die generalisierende Synthese sowie die große Perspektive und die Einordnung in weite räumliche, zeitliche und thematische Kontexte an einem Ort deutlich. Sie ist ein Fühler für die Entwicklungen der Zeit. Und dieser Fühler zeigt deutlich, dass die Hierarchien und die Bedingungsgeflechte zwischen den ‚Weltproblemen‘ sich verschoben haben. Bleibt jetzt die Frage: Welche Rolle kam dem Kalten Krieg als ordnende Kraft zu?

## Das Verblassen des ‚Kalten Krieges‘ – eine Spurensuche

‚The cold war was...‘. Es ist aus heutiger Sicht ein wenig irritierend, dass in den Publikationen der TC oft vom Kalten Krieg in der Vergangenheit gesprochen wird. Auch in dieser Haltung ist die TC keine Ausnahme, sondern ein Seismograph für breite, allgemeine Entwicklungen. Diese Aussage könnte man einfach in das Narrativ von Erstem Kalten Krieg, Entspannung, Zweiter Kalter Krieg, Ende einbauen. Doch Robert R. Bowie, Trilateralist, Diplomat und emeritierter Harvard-Professor, deutete eine andere, nicht ganz so plakative, aber dafür umso inter-

---

<sup>19</sup> So in der Vorlesungsreihe *Grenzen des Kalten Krieges* zu meinem Vortrag. Programm unter <https://www.geschichte.hu-berlin.de/de/ankuendigungen/ringvorlesung/ringvorlesung-grenzen-des-kalten-krieges-wise-2016-2017> (01.04.2017).

essantere und tiefgreifendere Form eines Bruches mit dem Denken des Kalten Krieges an. Bowie identifizierte zunächst explizit eine klar von klassischen machtpolitischen Interessen geleitete Politik der Sowjetunion (und implizit auch der USA und des Westens). Er sprach sich aber dafür aus, den Begriff ‚Kalter Krieg‘ und mit diesem auch gleich sein Komplementär ‚Détente‘ aus dem Sprachgebrauch zu verbannen.<sup>20</sup> Er hielt die Terminologie und die damit verbundene Sicht auf Welt nicht nur für überholt, sondern auch vor allem für unzureichend. Aber nicht nur das: Bowie sah regelrecht eine Gefahr darin, mit diesen Begriffen die Ost-West-Beziehungen zu beschreiben. In seinen Augen produzierten sowohl ‚Kalter Krieg‘ als auch ‚Détente‘ geradezu in die Irre führende Vorurteile. Stattdessen plädierte er dafür, den seit Ende des Zweiten Weltkrieges gültigen binären Referenzrahmen zu verlassen und im Verhältnis zur ‚kommunistischen Welt‘ allein entlang konkreter Sachfragen zu handeln. Dabei sollte eine kluge Politik sich nicht vom ideologischen Überbau in der Beurteilung weder in die eine noch in die andere Richtung blenden und fehlleiten lassen (↗*Ideologien, Ende der*; ↗*Geheimdienste*; ↗*Islamismus*).

Ein weiteres Beispiel für Kritik am Universalismus des Kalten-Krieg-Paradigmas und die Gefahr voreiliger Bewertungen lieferte ein gemäß den Veröffentlichungsregeln der TC nicht mit Namen genannter französischer Experte auf einem Plenary Meeting der TC. In den Debatten anlässlich des Einmarsches sowjetischer Truppen in Afghanistan von 1979 warnt er eindringlich davor, die falschen Schlüsse aus einem falschen Verständnis des Konfliktes zu ziehen. Nicht nur der Ost-West-, sondern vor allem der Nord-Süd-Dimension (↗*UNCTAD*; ↗*Die Blockfreien/Bündnisfreien*; ↗*ASEAN*) der Krise sei in der Bewertung eine entscheidende Rolle beizumessen.<sup>21</sup> In der Reaktion Europas, Nordamerikas und Japans ganz im Sinne des Interdependenzdiskurses müsse berücksichtigt werden, dass die afghanische Krise Teil eines engmaschigen „global conflict“ sei, der als Ganzes im Blick gehalten werden müsse. Hier zeigt sich auch das Bewusstsein, nicht alles und jeden der binären Sicht des Kalten Krieges unterzuordnen. Handlungsempfehlungen waren aus der binären Logik des Kalten Kriegs nicht mehr allein abzuleiten.

Sind Aussagen wie die des französischen Experten oder die von Bowie lediglich Détente-Rhetorik, wie sie in der Zeit so zahlreich, so oft und an vielen Stellen anzutreffen war? Ich denke nicht. Sicherlich, die ‚Entspannungszeit‘ der 1970er war notwendig, damit neue Probleme überhaupt erst Relevanz bekommen, weiter nach oben auf die Tagesordnung rutschen und die Wahrnehmungs-

---

<sup>20</sup> Trilateral Commission: *The Current State of Trilateral Relations*, S. 5.

<sup>21</sup> Ebd.

schwelle überschreiten konnten. Die neuen Probleme – und auch nicht zu vergessen: die mit ihnen verbundenen Chancen – verschwanden aber nicht mehr von der Agenda. Sie bestimmten sie: Umweltschutz, Ökologie oder später die Debatten um Klima sowie Rohstofffragen sind hier neben dem wachsenden Bewusstsein für die Nord-Süd-Problematik nur einige Felder (↗UNCTAD; ↗Die Blockfreien/Bündnisfreien; ↗ASEAN). Es wäre jedoch falsch, diesen Befund exklusiv für die Zeit ab den späten 1960er Jahren zu erheben. Sicher existierten auch vorher alternative Ordnungen zum Kalten Krieg. Sie bleiben aber zunächst peripher. Erst mit den 1970er Jahren und mit der sich im Interdependenzdiskurs manifestierenden Perspektiverweiterung wurde die uneingeschränkte Vorherrschaft des Kalten Krieges in Frage gestellt. Kalte-Kriegs-Narrative mit ihren binär-antagonistischen Logiken als Gravitationspunkte von Ordnung konnte auch die ‚Problematique‘ nicht auf einer Metaebene zusammenführen. Als die alles überwölbende Meistererzählung beerbte der Interdependenzdiskurs den Kalten Krieg jedoch nicht. Vielmehr lag die Kraft des Interdependenzdenkens darin, verschiedene und auch widersprüchliche Ordnungssysteme nebeneinander belassen oder integrieren zu können.

Diese Perspektivverschiebung zeigt sich auch in den Reports der TC zu den Ost-West-Beziehungen. In ihren Schlussfolgerungen sind sie von einer pragmatischen, multiperspektivischen Haltung geprägt. Der Ton, in dem die Beziehungen zwischen den Blöcken beschrieben werden, war zwar in den 1970er Jahren noch viel optimistischer gefärbt als es dann in den 1980er Jahren der Fall war (↗*Das rote Telefon*). Doch im Kern blieben die Determinanten der veränderten, neuen Weltwahrnehmung gleich. Der Systemantagonismus taucht zwar auf, wurde benannt, thematisiert und floss schließlich auch prominent in die Analysen und Überlegungen mit ein. Der Task Force-Report Nummer 13 – *Collaboration with Communist Countries in Managing Global Problems. An Examination of the Options* – von 1977 weist schon im Titel auf das Wesentliche hin. Zum einen bleibt die Trennung zwischen einer kapitalistisch und einer sozialistisch organisierten Welt klar bestehen. Zum anderen macht der Report aber auch deutlich, dass sowohl der Osten als auch der Westen mit den gleichen Problemen auf globaler Ebene konfrontiert sind und gemeinsame Lösungsansätze entwickeln könnten. Der Prozess der Triangulation wird hier deutlich: Zwischen, neben, über und unter dem Ersten und Zweiten konnte nun etwas Drittes existieren und dieses Dritte galt es in die Überlegungen und Problemdefinitionen sachbezogen einzubeziehen. Der Report operiert klar mit den Kategorien des Kalten Krieges (‚der Osten‘ und ‚der Westen‘). Gleichzeitig überschreitet er den binären Antagonismus (gemeinsame Probleme und Gefahren, die von Dritten ausgehen). Der Report lotet Gemeinsamkeiten und Unterschiede aus und katalogisiert Politikfelder nach den Möglichkeiten der Kooperationen mit der ‚kommunistischen Welt‘. Hier und in

den weiteren Reports zu dieser Thematik zeigt sich der Versuch, den Ost-West-Konflikt unter dem Paradigma der Interdependenz zu denken ( $\nearrow$ Interdependenz). Der Ost-West-Konflikt wurde von der Matrix des Kalten Krieges gelöst und in einen neuen, vom Interdependenzdenken bestimmten Interpretationsrahmen eingewebt. Die Entdeckung der Interdependenz führte dazu, dass ein auf fundamentalem Konflikt basiertes Bild der Ost-West-Beziehungen immer stärker verblasste und stattdessen Formen von wechselseitigen Abhängigkeiten dominierten, die es pragmatisch zu gestalten und durchaus machtpolitisch zu nutzen galt ( $\nearrow$ Ideologien, Ende der).

In der Betrachtung von Statements und Reports der TC deutet sich die Neuformatierung von und in Ordnungsvorstellungen an. Doch wie kann man versuchen, diese analytisch zu fassen? Der Begriff der ‚Assemblage‘ kann hier weiterhelfen. Assemblage, ein Begriff aus der Kunst, richtet in den Wissenschaften angewendet den Fokus auf einzelne Komponenten und ihre jeweilige Zusammensetzung. Diese heuristische Sehhilfe, die der Assemblage-Begriff liefert, kann viel Erklärungskraft im Zusammenhang mit der Frage nach Ordnung entfalten, verweist er doch auf die Vielfalt von Ordnungsmöglichkeiten und ihre jeweils kontextabhängigen und damit spezifischen Konstellationen und Relationen. Der Kalte Krieg ist selbst sowohl Teil von Assemblagen als auch die strukturierende Kraft einer bestimmten Assemblage, die für einige Zeit doch recht stabil und verlässlich Elemente zueinander in Bezug setzte, sie hierarchisieren konnte, aber dann selbst im Lauf der Zeit schrittweise weiter in andere neue Einzelteile zerlegt und wieder neu zusammengesetzt wurde. Die Transzendierung des binären Ordnungsmusters durch die TC liegt daher darin, dass der ‚Kalte Krieg‘ als bestimmendes Element internationaler Ordnung nicht mehr eine übergeordnete, sondern eine beigeordnete Rolle spielte. Mit dem Interdependenzdiskurs hatten sich sowohl Narrative und Hierarchisierungen als auch Bedingungen verschoben. Der Kalte Krieg war nur noch ein Teil eines Clusters einer globalen Gesamtproblematik, der ‚globalen Assemblage‘, das – je nach Perspektive – mal mehr, mal weniger in Zentrum stand. Die Zeit seit den 1970er Jahren ist daher von Überlagerungen, Pluralität und Koexistenz verschiedener, sich womöglich auch gegenseitig ausschließender Ordnungsvorstellungen gekennzeichnet. Allerdings werden diese neu ausgehandelt, neu gruppiert und formatiert und zueinander in Bezug gesetzt.

Gerard C. Smith, ehemaliger Chairman der nordamerikanischen TC-Gruppe und ehemaliger Chefunterhändler der USA bei den SALT-Verträgen, bringt in einem Kommentar zu einem Report der TC zur Energiekrise das Bedürfnis zum Ausdruck, Wandel zu gestalten und Macht neu zu denken: „The thing to do is to capitalize on this challenges [einer interdependenten Welt ohne klares Feindbild]

to reconstruct an international system“, um dann zu enden: „more to our liking.“<sup>22</sup> Die nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich von den USA konstruierte internationale Ordnung entsprach nicht mehr den Anforderungen der Zeit und begann sich sogar gegen den Westen zu wenden. Die ‚Öl-Waffe‘ (↗Islamismus), Folgen der Dekolonisation, die (aus Sicht des Westens) Blockade der Vereinten Nationen und in gewisser Hinsicht auch die Einordnung der sich abzeichnenden Niederlage der USA in Vietnam sind hier nur oberflächliche Anhaltspunkte. Macht und Interessen und immer stärker auch Normen spielten in der Politik auch vor dem Hintergrund des Interdependenzdenkens weiterhin eine große Rolle. Bei Smith und der Arbeit der TC deutet sich jedoch an, Macht, Einfluss und Hegemonie<sup>23</sup> anders und vielleicht neu zu denken. Interdependenz ist eng mit der Auflösung auf ein Zentrum hin orientierter Ordnungsstrukturen verknüpft. Macht ist nicht mehr die Kontrolle eines festen Blocks. Denkt man die Welt interdependent und in Folge dessen auch ‚flach‘, dann ist das Netz die Figur, mit der Welt sich beschreiben lässt. Hier richtet sich das Interesse auf die Diffusion und Kontrolle von Macht. Macht ausüben zu können bedeutet nun die Fähigkeit des ‚Regierens im Fluiden‘. Das heißt, es geht darum, Knoten in einem ständig sich in Reorganisation befindlichen Netz zu kontrollieren, sie aufzubauen und ihre Spielregeln zu bestimmen – kurz: Regime zu etablieren. Mit den Arbeiten der Politikwissenschaftler Joseph S. Nye, einst Chairman der Nordamerikagruppe der TC, und Robert O. Keohane fand die Regime- und Interdependenztheorie Eingang in den Kanon der Theorien der Internationale Beziehungen. In einer so begriffenen Welt verliert der Kalte Krieg und mit ihm das binäre Denken seine alles überstrahlende und auch alles absorbierende Kraft.

Mit einer Beobachtung des Medienwissenschaftler Kay Kirchmann kann man hieran anschließen. Kirchmann beendet seine *Kurze Geschichte des Netzes* mit den Worten: „Wo alle Erscheinungen nur noch über Interdependenzen sich konstruieren [...], da gehen vormalige Distinktionen ihrer differenzierenden und sinnproduzierenden Kraft verlustig und es etabliert sich eine Figuration des Vermischten und des miteinander vermengten: eine Hybridkultur.“<sup>24</sup> Anders ausgedrückt könnte man resümierend sagen, dass mit der Interdependenz das Dritte, das potentiell Unendliche sich zwischen die radikale Zweisamkeit eines

---

22 Gerad C. Smith an Zbigniew Brzezinski, 1.11.1974, in: RAC Trilateral Commission Files, S5/B308F/4033, S. 2.

23 Das wegweisende Buch *After Hegemony* von Robert O. Kohane würde ich daher mit einem klaren Fragezeichen versehen und mit der vielleicht in ihren Wertungen etwas zu ideologielastigen, aber inspirierenden Argumentation von Stephen Gill in seinem Buch *American Hegemony and the Trilateral Commission* kontrastieren.

24 Kirchmann: Eine kurze Geschichte des Netzes, S. 127.

Entweder-Oder schob. Welt allein in binären, linearen, festen Kategorien zu denken hat keine Relevanz mehr. Doch *die* Interdependenz trat nicht an die Stelle *des* ‚Kalten Krieges‘. Mit meinem Blick auf die TC wird etwas anderes deutlich: Der Kalte Krieg, mit ihm binäre Logiken und mit diesen die westliche Moderne, verliert seinen umfassenden, totalisierenden Charakter. Interdependenz als Perspektive bricht hier das Denken auf und erlaubt Co-Existenz verschiedener Ordnungen. Sowohl als Marker einer Ordnungsvorstellung als auch als Begriffshülse reiht sich ‚Kalter Krieg‘ in das Depot möglicher Weltdeutungen ein. Verstaubt ist er dort nicht. Je nach Situation kann ‚Kalter Krieg‘ und mit ihm verbunden ein binäres Freund-Feind-Denken sowie Komplexität reduzierende binärcodierte Ordnungsvorstellung als Deutungsmuster Relevanz bekommen. In Krisensituationen konnte und kann der Begriff durchaus noch attraktive Interpretationshilfen hervorbringen. Ein großer zeitlicher Sprung macht dies deutlich: Ein Report der TC aus dem Jahr 2014 trug den Titel *Engaging Russia – Return of Containment?*. Das Fragezeichen im Titel ist hier zwar von großer Bedeutung, denn der Report tritt ganz das geistige Erbe der Reports der 1970er und 1980er Jahre an, Abstufungen in der Politik der trilateralen Welt gegenüber der Sowjetunion zwischen ‚Containment‘ und ‚Engagement‘ zu untersuchen. Doch mit dem Report, der Krise in der Ukraine und einer eher zum Modus Konflikt wechselnden Verhältnis zwischen Europa, den USA und der Sowjetunion kehrte die Sprache und mit ihr auch Denkweisen aus der Frühphase des Kalten Krieges wieder an prominenter Stelle in das Arsenal politischer Weltdeutungen und Handlungsmöglichkeiten zurück. Als ein Ordnungssystem unter vielen sind binäre codierte Deutungsmuster jederzeit reaktivierbar. Für einen weite Teile der Gesellschaft erfassenden ‚Zweiten Kalten Krieg‘ oder eine zweite Ära der binären Logik in einem anderen Gewand hat es aber bei weitem nie gereicht.

Wer daher beim Blick auf die Geschichte unsere Gegenwart nach Eindeutigkeiten sucht, wird sie nicht finden. Gerade im Uneindeutigen, in den Widersprüchen, in deren Interpretation liegt der Erkenntnisgewinn für unsere Gegenwart. Die Zeit seit den 1970er Jahren ist hier eher von Überlagerungen, Pluralität und Koexistenz verschiedener, sich womöglich auch gegenseitig ausschließender Ordnungsvorstellungen gekennzeichnet. Ständig werden diese neu ausgehandelt, gemischt und zueinander in Bezug gesetzt. Ob dies ein Phänomen der Zeit ‚Between Two Ages‘ ist oder ob das Leben im ‚Sowohl-als-auch‘ und im ‚Nicht-mehr-aber-noch-nicht‘ zur Regel und eigentlichen Definition des Gegenwärtigen geworden ist, lässt sich nur vermuten. Ob das nun ‚gut‘ oder ‚schlecht‘ ist, ist die falsche Frage. Vielmehr gilt es für uns, das Beste daraus zu machen. Wie, das müssen wir stets neu herausfinden.

## Literatur und publizierte Quellen:

- Bauman, Zygmunt: *Liquid Modernity*, Cambridge 2000.
- Beverungen, Johannes: *Elite Planning Organizations. Tradition, Charakteristika, Implikationen der Trilateral Commission*, Baden-Baden 2005.
- Brzezinski, Zbigniew: *Between Two Ages. America's Role in the Technotronic Era*, New York 1970.
- Club of Rome (Hasan Özbekhan): *The Predicament of Mankind. Quest for Structured Responses to Growing World-wide Complexities and Uncertainties. A Proposal*, o.O. 1970.
- Drago, Fulvio: *Dealing with an Interdependent and Fragmented World. The Origins of the Trilateral Commission*, 2010, <http://rockarch.org/publications/resrep/drago.pdf> (21.09.2016).
- Duchêne, François: *Die Rolle Europas im Weltsystem. Von der regionalen zur planetarischen Interdependenz*, in: Kohnstamm, Max/Hager, Wolfgang (Hg.): *Zivilmacht Europa. Supermacht oder Partner?*, Frankfurt a.M. 1973, S. 11–35 (engl. Ausgabe unter dem Titel: *A Nation Writ Large? Foreign-Policy Problems before the European Community*, London 1973).
- Esslinger, Eva/Schlechtriemen, Tobias/Schweizer, Doris/Zons, Alexander (Hg.): *Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma*, Frankfurt a.M. 2010.
- Ferguson, Niall/Maier, Charles S./Manela, Erez/Sargent, Daniel J. (Hg.): *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge, MA, London 2010.
- Gill, Stephen: *American Hegemony and the Trilateral Commission*, Cambridge <sup>2</sup>1991.
- Kirchmann, Kay: *Eine kurze Geschichte des Netzes*, in: *Diagonal* 22 (2001), S.113–127.
- Kohane, Robert O.: *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton 1984.
- Koschorke, Albrecht: *Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften*, in: Esslinger, Eva/Schlechtriemen, Tobias/Schweizer, Doris/Zons, Alexander (Hg.): *Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma*, Berlin 2010, S. 9–31.
- Knudsen, Dino: *The Trilateral Commission and Global Governance. Informal elite diplomacy 1972–82*, Abingdon, Oxon, New York 2016.
- Rockefeller, David: *Memoires*, New York 2003.
- Rodgers, Daniel T.: *Age of Fracture*, Cambridge, MA 2012.
- Sargent, Daniel J.: *A Superpower Transformed. The Remaking of American Foreign Relations in the 1970s*, Oxford, New York 2015.
- Trilateral Commission: *Statement of Purposes*, in: *Dialogue* 1 (1973), Nr. 2, S. 1–2.
- Trilateral Commission: *The Current State of Trilateral Relations*, in: *Dialogue* 8 (1980), Nr. 23, S. 3–5.





## Michel Christian

# UNCTAD

Die *Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung* (United Nations Conference for Trade and Development, UNCTAD) fand zum ersten Mal im Frühling 1964 statt.<sup>1</sup> Sie wurde als ein Forum zur Neuausrichtung des Welthandels zum Nutzen der neu benannten „Entwicklungsländer“ gedacht und trug zu den Versuchen bei, eine „neue Weltwirtschaftsordnung“ ins Leben zu rufen.<sup>2</sup>

Sowohl in ihren Forderungen als auch in ihrer Funktionsweise stand bei der UNCTAD die Nord-Süd-Spaltung im Vordergrund.<sup>3</sup> Ebenfalls stand die Frage der Entwicklung eines Dritten, in der Mitte, zwischen dem „kapitalistischen“ oder dem „sozialistischen“ Gesellschaftsmodell, auf der Agenda. Die Ordnungsvorstellung des Kalten Krieges spielte somit zumindest in der Theorie keine entscheidende Rolle. Entwicklung und Entwicklungsländer können als „das Dritte“ gegenüber der binären Logik des Kalten Krieges betrachtet werden (→ *Die Blockfreien/Bündnisfreien*; → ASEAN). Hier zeigt sich jedoch noch die Besonderheit, dass im Rahmen der UNCTAD das Dritte nicht am Rand, sondern im Zentrum stand oder besser gesagt: ins Zentrum gerückt wurde.

Dieser Beitrag stellt die Frage, inwiefern die UNCTAD die Ordnungsvorstellung des Kalten Krieges in Frage stellte und wie ihre Entstehung sowie ihre Tätigkeit in unterschiedlichen Weisen davon beeinflusst wurden. Dafür dokumentiert er die Etablierung der UNCTAD als internationale Organisation, mit einem besonderen Blick auf die diplomatischen Prozesse, die unter den Ostblockstaaten parallel liefen. Darüber hinaus stützt er sich auf das Material der *Abteilung für Handel mit den sozialistischen Ländern*, die von 1968 bis 1990 beim Sekretariat der UNCTAD existierte, um zu zeigen, wie das Sekretariat mit den Versuchen der Ostblockstaaten umging, einen besonderen Platz in der UNCTAD einzunehmen.

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag ist Teil des SNF-Forschungsprojekts *Shared modernities or competing modernities? Europe between West and East (1920s–1970s)*.

<sup>2</sup> Vgl. Bockman: *Socialist Globalization against Capitalist Neocolonialism*.

<sup>3</sup> Siehe hierzu Merloz: CNUCED, S. 317–323.

## Der Einfluss der Ostblockländer in der Entstehung der UNCTAD

Als Forum für die Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Schaffung neuer, gerechterer Handelsbeziehungen kann die UNCTAD als ein Ergebnis der Mobilisierung jener Länder betrachtet werden, die sich ab 1964 als *Gruppe der 77* formierten.<sup>4</sup> Im Juli 1962 kamen 36 „Entwicklungsländer“ in Kairo zusammen und forderten eine „Konferenz über die Probleme der Entwicklungsländer“, was zu der im Dezember 1962 angenommenen UN-Resolution Nr. 1785 (XVII) führte. Immer mehr Entwicklungsländer schlossen sich dieser Gruppe an, sodass sie 1964 den Namen „Gruppe der 77“ erhielt. Aus der Sicht der Ostblockländer hatte hingegen die UNCTAD ihren Ursprung in erster Linie in einer Initiative der UdSSR, welche den Entwurf der Resolution der UN-Vollversammlung vorlegte.<sup>5</sup> Diese Resolution wurde dann von der Vollversammlung mit der massiven Unterstützung der Entwicklungsländer angenommen und führte zur Einberufung der UNCTAD. In ihrer Version also nehmen die UdSSR und die anderen Länder des Ostblocks die Rolle des ersten Vertreters der Interessen der Entwicklungsländer ein.

Jedoch wurden im Laufe der Institutionalisierung der UNCTAD die wirklichen Motive vergessen, die die Ostblockländer ursprünglich bewegt hatten. Diese Motive hatten nur teilweise mit dem Interesse der Entwicklungsländer zu tun. Bis 1963, als die Konferenz in voller Vorbereitung war, wurde zum Beispiel in den vom Ministerium für Außenwirtschaft (MAI) der DDR verfassten Berichten, Anleitungen usw. noch in keinem einzigen Fall der Begriff „Entwicklungsländer“ benutzt. Dieser tauchte erstmalig systematisch in der Vorbereitungsphase der Konferenz 1963 auf, welche immer als „Welthandelskonferenz“ anstatt als „Konferenz für Handel und Entwicklung“ bezeichnet wurde. Mehr als die Sorge für die Entwicklungsländer waren nämlich die „Diskriminierungen“ im Ost-West-Handel entscheidend bei der Initiative, eine Handelskonferenz einzuberufen. Ein Dokument des MAI der DDR in Vorbereitung zu der Konferenz weist zum Beispiel eine „Zusammenfassung der Diskriminierungen nach Problemen“ auf.<sup>6</sup> Im September 1963 traf sich eine spezielle „Arbeitsgruppe“ des MAI und sprach über die „Feinddispositionen“ gegen die DDR, um eine Erklärung während der zweiten

<sup>4</sup> Siehe Corea/UNCTAD: The History of UNCTAD.

<sup>5</sup> Vgl. Vorlage für das PB des ZK der SED zur „UN-Konferenz für Handel und Entwicklung“ (Welthandelskonferenz), Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch), DE1 49425.

<sup>6</sup> Vgl. Übersicht über die Zusammenfassung von Diskriminierungen nach Problemen, o.D. [Anfang der 1960er Jahre], SAPMO BArch, DE1 49425.

Sitzung des vorbereitenden Komitees der Konferenz abzugeben.<sup>7</sup> In einem Gespräch Ende Oktober 1963 zwischen Mitgliedern des MAI, des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) und des Zentralkomitees (ZK) der SED tauchten noch das Argument und die Hoffnung auf, „die Welthandelskonferenz [komme] nicht umhin, sich, wenn auch wahrscheinlich verschwommen, für die Erweiterung des Ost-West-Handels auszusprechen“<sup>8</sup>.

Der Schwerpunkt Ost-West-Handel ergab sich aus der neuen Gründung der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG) in Westeuropa. Die Schaffung einer Freihandelszone zwischen den westeuropäischen Ländern wurde von osteuropäischen Ländern nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich als Bedrohung empfunden. Laut einem MAI-Bericht vom 1962 „[wirke] sich die Integration imperialistischer Staaten hemmend auf den Ost-West-Handel aus und [sei], abgesehen von ihren politischen Wirkungen, mit ökonomischen Nachteilen für die sozialistischen Länder verbunden“, insbesondere „im Hinblick auf die Einfuhr moderner Maschinen und Ausrüstungen, bestimmter Halbwaren sowie Nahrungs- und Genußmittel“. „Die Abstimmung und Koordinierung der Handelspolitik aller EWG-Länder gegenüber den Ländern des sozialistischen Lagers“ wurde als eine „Diskriminierung“ analysiert und verurteilt.<sup>9</sup>

Angesichts dieser neuen Schwierigkeiten wurden die Forderungen der Länder der *Gruppe der 77* von den Ostblockländern zwar anerkannt, aber mit Vorbehalt aufgenommen. In einem Entwurf einer Stellungnahme zum Vorbereitungskomitee der Konferenz ist etwa die Beurteilung zu finden, dass „die Vorschläge der Entwicklungsländer im wesentlichen nur Teilmaßnahmen aus den verschiedensten Gebieten [seien], mit denen das Kernproblem nicht umfassend gelöst werden [könne]“. Nur „die rasche Entwicklung der nationalen Industrie“ sei dann eine „grundlegende Lösung“<sup>10</sup>. Innerhalb der Arbeitsgruppe des *Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe* (RGW), die eine koordinierte und einheitliche Haltung zwischen den Ostblockländern ermöglichen sollte, kam es zwar zu „Meinungsverschiedenheiten“ über die Frage, ob die entwickelten Länder den Entwick-

---

7 Vgl. Brief vom Bereich Handelspolitik MAI an Aßmann (Büro Leuschner), 16.9.1963, SAPMO BArch, DE1 49425.

8 Notizen über die Beratung der Vorlage Welthandelskonferenz, 26.10.1963, SAPMO BArch, DE1 49425.

9 Zu Problemen der Abstimmung einer gemeinsamen Haltung der sozialistischen Länder im RGW in Bezug auf die westeuropäische Integration, 22.5.1962, S.134–141, hier S. 138, SAPMO BArch, DY 30/IV 2/6.10/197.

10 Entwurf einer Stellungnahme der DDR zu Vorschlägen und Maßnahmen zur Entwicklung des Handels von dritten Ländern, die an der 2. Tagung der Vorbereitungskonferenz der UN zur Welthandelskonferenz in Genf vorgelegt wurden, 1.10.1963, S. 1 f., SAPMO BArch, DE1 49425.

lungsländern Zugeständnisse gewähren *können* oder *werden*.<sup>11</sup> In der Frage der internationalen Kompensationsfinanzierungen beschloss aber schließlich die Arbeitsgruppe des RGW, „keine große Aktivität zu entwickeln, jedoch trotzdem nicht offen abweisend aufzutreten“<sup>12</sup>.

Diese Zurückhaltung schloss aber nicht aus, dass die Ostblockländer das Vorhaben einer *Internationalen Handelsorganisation* (IHO) vorantrieben. Mit der zukünftigen UNCTAD hatte dieses Vorhaben jedoch nur teilweise zu tun. Als das Thema auf einer Sitzung der *Ständigen Kommission für Außenhandel* im RGW im Juni 1963 beraten wurde, bekam die IHO das prioritäre Ziel, den Handel „unabhängig von den unterschiedlichen sozial-ökonomischen Systemen“ zu fördern, insbesondere durch „die Schwächung der negativen Folgen der wirtschaftlichen Integrierung in hochentwickelten kapitalistischen Ländern“. Weitere Forderungen „der proportionalen Entwicklung der Weltwirtschaft“ kamen erst in zweiter Linie. Das Vorhaben der IHO wurde im September 1963 vom Exekutivkomitee des RGW als Memorandum angenommen<sup>13</sup> und seine Modalitäten, insbesondere in taktischer Hinsicht, bis Dezember 1963 noch weiterdiskutiert.<sup>14</sup> Auf der zweiten Sitzung des UN-Vorbereitungskomitees der Konferenz im Juni 1963 wurde das sowjetische IHO-Vorhaben nur von einer Minderheit der Entwicklungsländern unterstützt.<sup>15</sup> Erst bei der dritten und letzten Sitzung des UN-Vorbereitungskomitees erhielt die IHO eine massive Unterstützung von Seite der Entwicklungsländer: Ein von der Arbeitsgruppe des RGW verfasstes Memorandum wurde als „Konferenzdokument“ mit dem Titel *Grundprinzipien der internationalen Handelsbeziehungen*<sup>16</sup> abgegeben, und die Schaffung einer IHO wurde als Tagesordnungspunkt angenommen.

Dieser Erfolg erklärte sich daraus, dass die Ostblockländer unter Beibehaltung ihres IHO-Vorhabens ihre Position entscheidend verändert hatten, um Forderungen der Entwicklungsländer nachzukommen. Es handelte sich nicht darum,

---

11 Bericht über die Teilnahme der DDR-Delegation an der 3. Tagung der III. Tagung der zeitweiligen Arbeitsgruppe der RGW-Mitglieder zur Abstimmung der Positionen in Vorbereitung auf die WHK, S. 6, SAPMO BArch, DE1 49620.

12 Ebd., S. 15.

13 Memorandum Vorläufige Vorstellungen über die Grundprinzipien einer Internationale Handelsorganisation (IHO), 10.9.1963, SAPMO BArch, DE1 49425.

14 Vgl. Bericht über die Teilnahme der DDR-Delegation an der 3. Tagung der zeitweiligen Arbeitsgruppe der RGW-Mitglieder zur Abstimmung der Positionen in Vorbereitung auf die WHK, SAPMO-BArch, DE1 49620.

15 Vgl. Die Haltung der DDR zum Vorschlag der Sowjetunion über die Schaffung einer Internationalen Handelsorganisation, 21.2.1964, S. 1 f., SAPMO BArch, DE1 49425.

16 Information über die Ergebnisse der 3. Tagung des Vorbereitungskomitees der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), 26.2.1964, S. 1–4, SAPMO BArch, DE1 49620.

ihre eigenen Ziele in Frage zu stellen oder gar zu ändern, sondern sie aus taktischen Gründen umzuformulieren. Die Entwicklungsländer bemühten sich nämlich, das Schwergewicht der Diskussionen von der Frage der Diskriminierungen im Handel auf die Frage der Entwicklung zu verlagern. Schon nach der zweiten Sitzung des UN-Vorbereitungskomitees der Konferenz im Juni 1963 setzten sie ihre Priorität durch: Ein MAI-Protokoll bedauerte, dass die Frage der Diskriminierungen auf dieser Sitzung zur Seite gestellt wurde und dass die Konferenz „eine reine Entwicklungskonferenz“<sup>17</sup> werden würde. Eine Kurzinformation von August 1963 stellte ebenfalls fest, dass die Entwicklungsländer „sehr bemüht“ seien, „die Welthandelskonferenz ausschließlich für ihre Interessen zu benutzen“. Sie betrachteten die sowjetischen Forderungen als „zu politisch“ und man solle sich auf Kritik sowohl an den „imperialistischen“ als auch an den „sozialistischen“ Ländern vorbereiten.<sup>18</sup>

Es verwundert also nicht, in einer Vorlage des MAI an das Politbüro der SED zu lesen, dass die Entwicklungsländer das Thema des Ost-West-Handels nicht diskutieren wollten, da dieses als „politisch belastet“ galt<sup>19</sup>: „[S]ie [betrachteten] die Welthandelskonferenz als ihre Konferenz, auf der sie ihre ökonomischen Probleme behandelt sehen möchten.“<sup>20</sup> Von den Ostblockländern, die sich bei der Sitzung der Arbeitsgruppe der RGW-Länder trafen, wurden im August 1963 schließlich anerkannt, dass sie „bei der Durchführung ihrer eigenen Linie in ihrer Taktik diesen Umstand berücksichtigen“ mussten. Auf dieser Tagung erarbeiteten sie „ein abgestimmtes Programm zu Fragen der Entwicklung des Handels mit den Entwicklungsländern“<sup>21</sup>. Dabei war auch „vorzusehen, Halb- und Fertigerzeugnisse von den Entwicklungsländern in weitaus stärkerem Umfang als bisher zu übernehmen“<sup>22</sup>: Dies bildete nach der Fixierung auf den Ost-West-Handel eine erste Wende in der Ausrichtung der Außenhandelspolitik des RGW.

Die *Konferenz für Handel und Entwicklung* sollte die Probleme der Entwicklung durch die Neudefinierung der Handelsbeziehungen zwischen „entwickelten“ Ländern und „Entwicklungsländern“ behandeln. Der Ost-West-Konflikt relativierte sie weitgehend, da sowohl „kapitalistische“ als auch „sozialistische“ Länder letztendlich nur zwei Typen von entwickelten Ländern bildeten. Der

---

17 Protokoll über die am 19. Juni 1963 durchgeführte 3. Beratung der Arbeitsgruppe WHK, 25. 6. 1963, S. 2, SAPMO BArch, DE1 49620.

18 Kurzinformation, 15. 8. 1963, S. 2, SAPMO BArch, DE1 49620.

19 Vorlage für das PB des ZK der SED zur „UN-Konferenz für Handel und Entwicklung“ (Welthandelskonferenz), S. 2, SAPMO BArch, DE1 49425.

20 Ebd.

21 Ebd., S. 7.

22 Ebd., S. 8.

Vorbereitungsprozess der Konferenz zeigte jedoch die Schwierigkeit der „Dritten Welt“, ihre eigene Stimme in einer binären Weltordnung zu erheben (↗*Die „Eine Welt“*; ↗*ASEAN*). Von den westeuropäischen und nordamerikanischen Staaten wurde die Initiative der Konferenz entweder ignoriert oder als Aufgabe für das *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) abgewertet. Von den osteuropäischen Ländern wurde hingegen die Initiative begrüßt, aber zugleich instrumentalisiert, um ihre eigenen Interessen zu verteidigen. In Genf, wo die Konferenz stattfinden sollte, beeinflusste darüber hinaus die *United Nations Economic Commission for Europe* (UNECE) den Prozess.<sup>23</sup> Die unmittelbare Nähe der UNECE, die ihren Sitz im Palais des Nations in Genf hatte, sowie der Einsatz ihres Personal durch die verschiedenen Staaten in der Vorbereitung der UNCTAD erklärten, dass eine Reihe von Fragen aus dem europäischen Kontext direkt in den Vorbereitungsprozess der Konferenz vorzugsweise übernommen wurde, was die Ost-West-Logik weitertrieb. Allerdings fand das letzte und entscheidende Treffen des UN-Vorbereitungskomitee im Februar 1964 in New York statt. Das trug dazu bei, dass sich der Vorbereitungsprozess verselbstständigte. Begründet war dies darin, dass jedes Land über eine eigene Stimme verfügte und es so möglich wurde, dass die Konferenz in der ersten Linie die Frage der Entwicklung behandelte.

## Die Gründung der UNCTAD als Neutralisierung des Ost-West-Konflikts?

Die Konferenz fand vom 3. März bis zum 15. Juni 1964 in Genf statt. Als Folge wurde die UNCTAD als Nebenorgan der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1964 mit Sitz in Genf gegründet. Es handelte sich nicht um eine internationale Handelsorganisation, wie die Ostblockländer es gefordert hatten, sondern vielmehr um ein Forum, in dessen Rahmen die *Konferenz für Handel und Entwicklung* alle vier Jahre stattfinden sollte. Um diesen Termin vorzubereiten, wurden allerdings ein Sekretariat und mehrere Kommissionen gebildet, die bald mehrere Hundert Angestellte beschäftigten; Ende der 1970er Jahre waren es bis 400 Personen. Unter der energischen Leitung ihres Generalsekretärs Raúl Prebisch, einem argentinischen Entwicklungsökonom, gewann die UNCTAD rasch an Bedeutung und Autonomie.

Kennzeichnend für die UNCTAD war die Teilung ihrer Mitgliedsstaaten in vier Gruppen. Diese Teilung erfolgte nach unterschiedlichen Prinzipien, was zu

---

<sup>23</sup> Vgl. Besprechungen mit Raúl Prebisch in der Wirtschaftskommission der UNO für Europa am 7. Oktober 1963, 8.10.1963, SAPMO BAArch, DE1 49620.

komplizierten und sogar widersprüchlichen Situationen führen konnte. In der Gruppe A saßen die „Entwicklungsländer“ (*developing countries*), sprich die ärmeren Länder Afrikas und Asiens, aber auch Jugoslawien. Der Gruppe B gehörten „entwickelte Marktwirtschaftsländer“ (*developed market economy countries*) an, die sich faktisch aus den OECD- und NATO-Mitgliederstaaten zusammensetzten. Das schloss also auch Länder wie Spanien, Portugal, Griechenland oder die Türkei ein, die in anderen internationalen Organisationen den Status von „Entwicklungsländern“ besaßen. In der Gruppe C (*Latin American countries*) saßen die südamerikanischen Länder einschließlich Kuba. Die Gruppe D schließlich umfasste die „sozialistischen Länder“ (*socialist countries*), also die osteuropäischen Staaten und die UdSSR.

Diese Teilung kombinierte drei verschiedene Prinzipien. Erstens spielte das Entwicklungsniveau eine Rolle, um die als „entwickelt“ gesehene Länder (Gruppe B und D) von den „Entwicklungsländern“ (Gruppe A) zu unterscheiden. Eine Zwischengruppe bildeten die Länder Südamerikas (Gruppe C). Zweitens wurde auch die Geographie berücksichtigt: Kontinentale Gruppierungen wurden bevorzugt, wie im Falle der Gruppe C, aber auch D. Drittens stimmten die kontinentalen Gruppierungen auch mit der ideologischen Trennung des Kalten Krieges überein. OECD- und NATO-Mitgliederstaaten, einschließlich die Türkei und Griechenland, wurden in dieser Logik als „entwickelt“ bezeichnet. Umgekehrt konnte jedoch Jugoslawien als blockfreier Staat auf keinen Fall der Gruppe D („sozialistische Länder“) angehören und wurde Mitglied der Gruppe A, wo es neben seinem indischen Verbündeten saß. Diese Teilung macht also deutlich, dass die UNCTAD die Ordnung des Kalten Krieges nicht beseitigte, sondern sie vielmehr zum einen in einer modifizierten Weise reproduzierte und ihr zum anderen gleichzeitig Alternativen zu Seite stellte.

Nicht nur die Teilung, sondern auch die Bezeichnungen der Gruppen waren nicht immer problemlos. Die Bezeichnungen „entwickelte Marktwirtschaftsländer“ und „sozialistische Länder“ wurden zwar akzeptiert, sie waren aber nicht symmetrisch. Mit einer Betonung von „Marktwirtschaft“ stellte die Gruppe B im Gegensatz zur „Planwirtschaft“ den freien Markt in den Vordergrund. Das konnte als Kritik an der sowjetischen Planwirtschaft gelten, entsprach aber auch den Gepflogenheiten in anderen UN-Organisationen.<sup>24</sup> Die Gruppe D betonte hingegen ihren „sozialistischen Charakter“, um sich am deutlichsten von den „kapitalistischen“ Ländern der Gruppe B abzugrenzen. Die Ostblockländer waren nämlich ständig bemüht, der allgemeinen Kritik an den „entwickelten“ Ländern zu ent-

---

<sup>24</sup> Siehe u. a. UN-Department of Economic and Social Affairs: Planning for economic development.

kommen, indem sie die Gleichsetzung mit ihnen ablehnten. Daraus erklärte sich, dass der „entwickelte“ Charakter der Länder der Gruppe D nicht einmal erwähnt wurde, da diese Länder sich einfach als „sozialistisch“ bezeichneten. Allerdings wurden alle diese Bezeichnungen nicht sofort zur offiziellen Nomenklatur. Noch 1966 musste sich ein UNCTAD-Beamter dafür rechtfertigen, dass die Länder der Gruppe D oft als „Planwirtschafts“-Länder bezeichnet wurden<sup>25</sup>, was zeigt, dass sich noch keine offiziellen Bezeichnungen durchgesetzt hatte.

Die binäre Ordnung des Kalten Krieges war in der UNCTAD nicht ganz beseitigt, sondern prägte ihren Institutionalisierungsprozess weiter. Die Aufteilung in vier Gruppen erforderte jedoch zugleich eine Koordinierung innerhalb jeder Gruppe. Die Binarität des Kalten Krieges war nämlich nie von vornherein gegeben. Jedes Lager musste sich koordinieren. Dies wurde auch im Laufe der Vorbereitung der Konferenz offenbar. Alle Länder der verschiedenen zukünftigen Ländergruppen traten zusammen, um sich auf gemeinsame Positionen zu verständigen. Das galt auch für die Gruppe der „sozialistischen Länder“, obwohl gemeinsame Stellungnahmen in dieser Gruppe leichter zu erreichen waren als in den anderen Gruppen, wie etwa auch das Beispiel Terrorismusbekämpfung zeigt (*↗Geheimdienste*). Innerhalb der Arbeitsgruppe des RGW – auch „zeitweilige Arbeitsgruppe für die Vorbereitung und Abstimmung der Positionen der Mitgliedsländer des RGW“ genannt – ergaben sich allerdings bereits im Laufe der Vorbereitung zur Konferenz interne Diskussionen. Zu einer Zeit, in der die Ostblockländer unterschiedlichen wirtschaftlichen Reformen unternahmen, stand zum Beispiel auch die Frage des Handlungsspielraums der Betriebe im Bereich des Außenhandels zur Debatte. Dabei musste der DDR-Vertreter gegen die tschechoslowakischen und polnischen Vertreter Stellung nehmen und konnte eine Mehrheit erreichen, wobei er daran erinnerte, dass „die Rolle der Außenhandelsunternehmen bei der Durchführung von Außenhandelsgeschäften nicht losgelöst von den Operationen der Betriebe gesehen werden konnte“<sup>26</sup>. Der Antrag auf Mitgliedschaft Polens im GATT, der 1964 gestellt wurde, löste ebenfalls Spannungen aus. Die polnische Delegation versuchte, das typische GATT-Prinzip der Meistbegünstigung bei den anderen RGW-Mitgliedsstaaten als Mittel zu rechtfertigen, die Diskriminierung im Ost-West-Handel zu beenden.<sup>27</sup> Der DDR-Vertreter in der Arbeitsgruppe des RGW berichtete seinerseits, dass „der Delegationsleiter der Volksrepublik Polen sich

25 Vgl. Brief von Surendra Patel, 24. 5. 1966, UNCTAD ARR 40/1929, 549, TD 822.

26 Bericht über die Teilnahme der DDR-Delegation an der 3. Tagung der III. Tagung der zeitweiligen Arbeitsgruppe der RGW-Mitglieder zur Abstimmung der Positionen in Vorbereitung auf die WHK, S. 9, SAPMO BArch, DE1 49620.

27 Vgl. Das Prinzip der Meistbegünstigung, o.D. [Dezember 1963], SAPMO BArch, DE1 49620.



gegen eine Formulierung im Protokoll wandte, dass das GATT von seinen Grundsätzen her nicht geeignet [sei], die Funktion einer internationalen Handelsorganisation zu übernehmen“<sup>28</sup>.

Eine Besonderheit der Gruppe D war außerdem, dass der Ostblock an der Handels- und Entwicklungskonferenz von 1964 doppelt vertreten war: einerseits durch die Länderdelegationen und andererseits von einer Delegation des RGW unter Leitung seines sowjetischen Generalsekretärs, N. W. Faddeev. Dieser hatte im Oktober 1963 mit Raúl Prebisch ein Gespräch geführt, das als „sehr herzlich“<sup>29</sup> bezeichnet wurde. Faddeev hatte dabei die Gelegenheit, die Rolle des RGW als Kooperations- und Entwicklungsmodell zu erklären und der EWG entgegenzusetzen.<sup>30</sup> Prebisch zeigte sich am RGW-Projekt zur Schaffung einer zukünftigen Internationalen Bank für Entwicklung interessiert und versicherte Faddeev, dass der RGW als internationale Organisation zur Konferenz eingeladen würde. Der RGW konnte sich durch diese Beteiligung international behaupten, was im Laufe der Konferenz auch einige Spannungen unter den Ostblockländern auslöste – nicht zuletzt, weil die rumänischen und polnischen Delegationen, im Gegensatz zu den Vertretern der DDR, gegenüber dieser neuen Rolle für den RGW Vorbehalte ausdrückten.<sup>31</sup> Für die polnischen und rumänischen Delegationen sollte die Koordinierung nicht durch die RGW als internationale Organisation, sondern durch die souveränen Staaten erfolgen. Die Einheit des Blockes war also selbstverständlich. Sie konnte aber in verschiedenen Weisen ausgestaltet und umgesetzt werden.

Eine letzte Besonderheit der Länder der Gruppe D war, dass sie zwar „sozialistisch“, aber zugleich osteuropäisch waren. Das stellte der Frage nach der Einordnung der nicht-europäischen, sozialistischen Länder. In dieser Hinsicht war die Zusammensetzung der Gruppe D nicht von Anfang an festgelegt. Der bereits oben zitierte UNCTAD-Beamte war sich noch „nicht sicher, was die genaue offizielle Stellung der UNCTAD über die räumliche Ausdehnung der Gruppe der als ‚sozialistisch‘ bezeichneten Länder war“<sup>32</sup>. Er machte den Vorschlag, die sozialistischen Entwicklungsländer in die Gruppe D einzuschließen und die traditionellen Ostblockländer mit der Bezeichnung „europäisch“ gegebenenfalls zu

---

**28** Bericht über die Teilnahme der DDR-Delegation an der 3. Tagung der III. Tagung der zeitweiligen Arbeitsgruppe der RGW-Mitglieder zur Abstimmung der Positionen in Vorbereitung auf die WHK, S. 20, SAPMO BArch, DE1 49620.

**29** Niederschrift des Gesprächs N.W. Faddejews mit dem Generalsekretär der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung, Raúl Prebisch, 1.10.1963, SAPMO BArch, DE1 49425.

**30** Vgl. ebd., S.6.

**31** Vgl. Kurzbericht, 1.7.1964, SAPMO BArch, DY 30/IV A 2/6.10/119.

**32** Ebd.

unterscheiden. Dieser Vorschlag setzte sich zwar nicht durch, zeigte aber, dass die Institutionalisierung des UNCTAD-Ländergruppensystems eine komplexe Angelegenheit war.

Die nicht europäischen sozialistischen Länder, die in der UNCTAD als Mitglieder der Gruppe A (die Mongolei, Vietnam) oder der Gruppe C (Kuba) saßen, waren allerdings zugleich Mitglieder des RGW, welchem die Mongolei 1962, Kuba 1972 und Vietnam 1978 beitraten. Das verlagerte folgerichtig die Nord-Süd-Spaltung, wie sie in der UNCTAD institutionalisiert wurde, teilweise in den RGW selbst. Auf einer Tagung der *Ständigen Kommission für Außenhandel des RGW* im Jahre 1974 lehnte die kubanische Delegation die Position der osteuropäischen Länder ab, welche „die Versuche der Entwicklungsländer“ zurückwiesen, „die UNCTAD in ein Organ zur ausschließlichen Behandlung ihrer Entwicklungsprobleme zu verwandeln“<sup>33</sup>. Ein Vertreter der DDR berichtete ebenfalls 1985, dass „die Delegationen der Sozialistischen Republik Vietnam, der Republik Kuba und der Mongolischen Volksrepublik ausgehend von der wirtschaftlichen Lage ihrer Länder und den Festlegungen der Wirtschaftsberatung der RGW-Länder auf höchster Ebene erneut die weitere Gewährung von Vorzugsbedingungen im Handel mit europäischen RGW-Ländern forderten“<sup>34</sup> – eine Forderung, die typische UNCTAD-Züge trug.

Aber auch der umgekehrte Weg war möglich: In den 1970er Jahren beschloss Rumänien, sich als ein „sozialistisches Entwicklungsland“ zu stilisieren. Internationale Organisationen wie die UNCTAD schienen für diese Strategie besonders gut geeignet zu sein, da sie ein internationales Echo hervorriefen. Das Ziel Rumäniens war, so ein DDR-Vertreter im RGW, „in diesen internationalen Organisationen ohne Abstimmung mit den anderen Mitgliedsländern des RGW auftreten zu können“<sup>35</sup>. Nach seiner neuen Selbsteinordnung plante Rumänien als romansprachiges Land, der Gruppe der lateinamerikanischen Länder (Gruppe C) beizutreten. Das UNCTAD-Sekretariat bestätigte diese Initiative jedoch nie und betrachtete Rumänien in den statistischen Studien immer weiter als Mitglied der Gruppe D. Das zeigt, dass das UNCTAD-Gruppensystem einen gewissen Institutionalisierungsgrad erreicht hatte und solche Einzelinitiativen abblocken konnte. Aus diesen Spannungen erklärte sich wahrscheinlich auch, dass der Beitrag Rumäniens in der UNCTAD quasi inexistent war.

---

**33** Information über den Verlauf der Beratung der SKAH des RGW vom 12. bis 15.11.1974, 19.11.1974, S. 4, SAPMO BArch, DY 30/17735.

**34** Bericht über die Ergebnisse der 71. Tagung der SKAH des RGW und der 50. Tagung der SKTUZ (4.–6. Juni 1985, Moskau), SAPMO BArch, DY 30/17735.

**35** Information über den Verlauf der Beratung der SKAH des RGW vom 12. bis 15.11.1974, 19.11.1974, S. 5, SAPMO BArch, DY 30/17735.

## Die Ost-West Konkurrenz als Ressource: Die TRADSOC-Abteilung beim UNCTAD-Sekretariat

Es steht außer Zweifel, dass der Ost-West-Konflikt die UNCTAD entscheidend prägte. Sowohl aus Osten als auch aus Westen gab es Versuche, mit mehr oder weniger Koordinierung auf der Blockebene, die UNCTAD zu instrumentalisieren oder abzuwerten. Das UNCTAD-Sekretariat musste diesen Tendenzen entgegen-treten, um die Interessen der Entwicklungsländer zu behaupten, die selbst sehr heterogen waren. In dieser Hinsicht war aber der Kalte Krieg nicht nur ein Hindernis für die UNCTAD – er konnte sich auch als Ressource erweisen. Das zeigt die Geschichte der *Abteilung für den Handel zwischen den Ländern mit unterschiedlichen sozialökonomischen Systemen beim UNCTAD-Sekretariat*, auch *Abteilung für den Handel mit den sozialistischen Ländern* oder TRADSOC-Abteilung genannt.<sup>36</sup>

Der Begriff des „Handels zwischen den Ländern mit unterschiedlichen sozialökonomischen Systemen“ wurde zum ersten Mal auf einer Tagung der *Ständigen Kommission für Außenhandel des RGW* im Oktober 1963 erwähnt.<sup>37</sup> Dieses Thema gehörte zur Strategie der Ostblockländer, um den Ost-West-Handel auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen. Diese „unterschiedlichen sozialökonomischen Systeme“ bezogen sich nämlich sowohl auf die westeuropäischen Länder als auch auf die Entwicklungsländer im Gegensatz zu den osteuropäischen, „sozialistischen“ Staaten. Das bot die Möglichkeit, die Frage des Ost-West-Handels mit der Frage des Süd-Ost-Handels fest zu verbinden. Allerdings hatte diese Strategie zunächst nur wenig Erfolg. Weder erwähnte Raúl Prebisch in einem Gespräch mit einem Mitarbeiter der UNECE in Genf im Februar 1964 unter den fünf vorgesehenen ständigen Kommissionen der zukünftigen Handelsorganisation eine Kommission zu diesem Thema<sup>38</sup> noch tagte eine solche Kommission auf der Konferenz im Frühling 1964 selbst.<sup>39</sup> Nur als Unterthema in der *Kommission zu Fragen der Wirtschaftsgruppierungen* tauchte der Handel zwischen den Ländern mit unterschiedlichen sozialökonomischen Systemen in der Diskussion auf. Dabei

---

<sup>36</sup> Vgl. UNCTAD ARR 40/1929, 545 bis 551.

<sup>37</sup> Vgl. Erarbeitung und Abstimmung eines gemeinsamen Standpunktes der RGW-Länder in bestimmten Fragen, die auf der Welthandelskonferenz eine Rolle spielen werden, 12.11.1963, SAPMO BArch, DE1 49425.

<sup>38</sup> Vgl. Vermerk über ein Gespräch mit Genosse Bukreev, Mitarbeiter im ECE-Sekretariat Handelsabteilung, am 24.1.1964, 25.1.1964. SAPMO BArch, DE1 49620.

<sup>39</sup> Vgl. Information über die erste Beratung der DDR-Expertendelegation am 26.4.1964 in der Ständigen Vertretung der DDR im Genf, 28.4.1964, SAPMO BArch, DY 30/IV A 2/6.10/119.

schlug der sowjetische Vertreter, „unterstützt von anderen sozialistischen Ländern“<sup>40</sup>, die Schaffung einer Arbeitsgruppe vor.

Erst nach der zweiten Handels- und Entwicklungskonferenz von 1968 in Neu-Delhi wurde eine kleinere Abteilung für den Handel zwischen den Ländern mit unterschiedlichen sozialökonomischen Systemen als letzte Abteilung des UNCTAD-Sekretariats gebildet und dann nur noch als „Abteilung für den Handel mit den sozialistischen Ländern“ bezeichnet. Die Bildung dieser Abteilung kam im Gegenzug für die Unterstützung der Ostblockländer durch die *Gruppe der 77* zustande und zeigte, wie diese Staaten ihre Stellung in den internationalen Organisationen zu verstärken wussten. Der erste Direktor dieser neuen Abteilung war der Sowjetbürger Vladimir Mordvinov, ehemaliger Abteilungsleiter im sowjetischen Außenhandelsministerium, der die Arbeitsgruppe der Länder des RGW in Vorbereitung der ersten Handels- und Entwicklungskonferenz 1964 geleitet hatte.

Allerdings gelang es den Ostblockländern mit der TRADSOC-Abteilung nur in Ansätzen, die Behandlung der Frage des Ost-West-Handels in der UNCTAD zu verankern. Die Abteilung hatte nämlich die Aufgabe, den Handel mit den Entwicklungsländern gegenüber dem Ost-West-Handel zu bevorzugen. Während der Ost-West-Handel in den 1970er Jahren 20 bis 30 Prozent des gesamten Warenaustausches (Import und Export) der Ostblockländer entsprach, war der Anteil des Handels mit den Entwicklungsländern nicht höher als 15 Prozent. Aber die Abteilung war, wie ihr Direktor in einem Brief an einen Kollegen erinnerte, „verpflichtet, sowohl von UNCTADs Empfehlungen als auch von weiteren Beschlüssen, zwischen dem Handel der sozialistischen Länder mit den Entwicklungsländern und dem Ost-West-Handel ein gewisses Gleichgewicht aufrechtzuhalten. Eine Entfernung von diesem Kurs würde unerwünschte Reaktionen hervorrufen und es wäre sehr bedauerlich, den Kompromiss aufzulösen, der in dieser Frage erreicht wurde“<sup>41</sup>. Auf die gleiche Weise wurden die Aufgaben der TRADSOC-Abteilung in den 1970er Jahre so formuliert, dass der Ost-West-Handel nur „unter Berücksichtigung der Arbeit der UNECE“ behandelt werden durfte, was bedeutete, dass diese Organisation, und nicht die UNCTAD, das Diskussionsforum für den Ost-West-Handel bleiben sollte. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West durfte in der UNCTAD nur in dem Maße behandelt werden, insofern sie „eine Auswirkung auf den Handel mit den Entwicklungsländern“ hatten.<sup>42</sup>

Diese Ambivalenz zeigte sich auch in der personalen Zusammensetzung der TRADSOC-Abteilung. Obwohl die internationalen Beamten theoretisch unab-

---

<sup>40</sup> Anstrengungen zur Lösung bestimmter Streitfragen. Beginn in fünf Hauptkomitees, 14. 4. 1964, SAPMO BArch, DY 30/IV A 2/6.10/119.

<sup>41</sup> Brief von Mordvinov an Stone, 3. 6. 1970, UNCTAD ARR 40/1929, 549, TD 822.

<sup>42</sup> Division for trade with socialist countries. Functions, 1976, UNCTAD ARR 40/1929, 546, TD 802/8.

hängig von ihrer nationalen Herkunft rekrutiert werden sollten, trug das Personal der Abteilung ganz spezifische Züge. Der Direktor war immer ein Sowjetbürger, der, wie ihr erster Direktor Mordvinov, schon Funktionen im Staats- oder Parteiapparat der UdSSR ausgeübt hatte oder schon als internationaler Beamter in einer anderen internationalen Organisation tätig gewesen war. Von den fünf bis zehn Mitarbeitern der Abteilung kam die Hälfte in der Regel aus Bulgarien, Jugoslawien oder der ČSSR, während die anderen Nationalitäten des Ostblocks nicht vertreten waren. Diese Beamten blieben nur einige Jahre in der UNCTAD tätig, bevor sie ihre Karriere in ihrem Herkunftsland fortsetzten. Die andere Hälfte der Mitarbeiter kam aus Entwicklungsländern wie Indien, Algerien, Kolumbien, Iran, Pakistan oder Mauretanien. Manche blieben jahrelang in der UNCTAD und stiegen dort beruflich schrittweise auf. Ein paar kamen schließlich aus westeuropäischen, aber ausschließlich neutralen Staaten wie Österreich oder Finnland.

Schon diese Zusammensetzung spiegelte also deutlich das Ziel wider, die Ost-Süd-Handelsbeziehungen prioritär zu fördern. Dabei wurde der Ost-West-Konflikt als weitgehend irrelevant und die Entwicklungsfrage hingegen als zentral betrachtet. Diese Linie, die unter den Mitarbeitern unabhängig von ihrer Herkunft durchgesetzt wurde, schlug sich insbesondere im Sprachgebrauch nieder. Innerhalb der UNCTAD wurde jeglicher Förderung des Sozialismus an sich sorgfältig ausgewichen. Die Begriffe „Kapitalismus“, „Ausbeutung“ sowie „kapitalistische“ oder „imperialistische“ Länder wurden nicht benutzt. Jeder Bezug zur politischen Angehörigkeit war gleichfalls unerwünscht. Bei einem Briefaustausch 1980 zwischen dem Abteilungsdirektor Mikhail Davydov und der stellvertretenden Direktorin des *Internationalen Instituts für ökonomische Probleme des sozialistischen Weltsystems beim RGW*, Christa Luft, wandte sich Luft an Davydov in Russisch mit der Anrede „Genosse“<sup>43</sup>, worauf Davydov in Englisch und mit der Anrede „Mrs Luft“<sup>44</sup> antwortete. Luft antwortete wiederum, diesmal in Englisch und mit der Anrede „Mr. Davydov“<sup>45</sup>. Die Beziehungen der Abteilung mit den Ostblockländern behielten ihren formalen Charakter, auch wenn die Akteure einander persönlich kannten. Es ist auch zu betonen, dass die TRADSOC-Abteilung nicht in der ersten Linie mit dem RGW zusammenarbeitete. Erst 1976 bat die Abteilung beim RGW um Material zur Industrialisierung und zum Abbau der Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten.<sup>46</sup> Eine statistische Zusammenar-

---

<sup>43</sup> Brief von Luft an Davydov, 27.3.1980, UNCTAD ARR 40/1929, 547, TD 808/1.

<sup>44</sup> Brief von Davydov an Luft, 5.5.1980, UNCTAD ARR 40/1929, 547, TD 808/1.

<sup>45</sup> Brief von Luft an Davydov, 10.10.1980, UNCTAD ARR 40/1929, 547, TD 808/1.

<sup>46</sup> Vgl. Note verbale to CMEA member countries and letter to CMEA Secretariat, 21.6.1976, UNCTAD ARR 40/1929, 547, TD 808/1.

beit wurde erst 1984 initiiert.<sup>47</sup> Das alles bedeutete, dass auch die Beamten aus den Ostblockländern, die in ihrem Herkunftsland Staatsfunktionäre oder Wissenschaftler gewesen waren und im Ausland weiter Parteimitglieder blieben, wahrscheinlich Anweisungen erhielten, sich den Habitus des internationalen Beamten anzueignen und sich wie loyale UNCTAD-Beamte zu verhalten.

Nicht nur die Sprache und das Verhalten sollten entideologisiert werden, sondern auch die Programmatik. Die Planwirtschaft, die die Grundlage des Gesellschaftsmodells in den Ostblockländern bildete, galt in der TRADSOC-Abteilung nicht in der ersten Linie als Lösung der Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln, sondern es wurden vielmehr ihre objektiven Vorteile für die Entwicklungsländer betont.<sup>48</sup> Erstens sollte Planwirtschaft mit ihren vom Markt unabhängig bestimmten Preisen zur Preisstabilität beitragen. Zweitens sollte die Planwirtschaft umfassende und ausgehandelte Handelsabkommen ermöglichen, die oft mit einer „technischen Unterstützung“ verbunden waren. Drittens machte die Planwirtschaft das Vorhaben denkbar, eine koordinierte und ordentliche Umgestaltung in der internationalen Arbeitsteilung zu planen, in dem die Planwirtschaften gewisse Wirtschaftszweige den Entwicklungsländern überlassen würden. Um das sozialistische Modell relevant zu machen, war also eine Übersetzung aus dem ideologischen Paradigma des Kalten Krieges in ein neues Paradigma der Entwicklung notwendig.

Mit der Bildung der Abteilung für den Handel mit den sozialistischen Ländern war die UNCTAD also kein Opfer des Kalten Krieges. Der UdSSR gelang es nicht, die UNCTAD zu instrumentalisieren. Vielmehr instrumentalisierte umgekehrt die UNCTAD selbst den Kalten Krieg. Als Konkurrenz, und nicht nur als Konflikt, brachte der Kalte Krieg nämlich unerwartete Ressourcen für die UNCTAD. In Prebischs Vorhaben, die ärmeren Länder durch einen gerechteren Handel zu entwickeln, blieb die Rolle des Markts zentral. Aber um den optimalen Markt auf der Weltebene zu bauen, war Planung auch nicht auszuschließen. Daraus erklärte sich das Interesse für die sozialistischen Planwirtschaften. Die Pluralität der Ansätze wurde sogar explizit gefördert. Ein UNCTAD-Beamter übte 1977 zum Beispiel scharfe Kritik an einer Studie eines tschechoslowakischen Experten, weil es dieser „im Geist der Détente an jeglicher marxistischen Analyse [fehle] und vermeide, kritische Vergleiche zwischen sozialistischen und kapitalistischen

---

<sup>47</sup> Vgl. UNCTAD ARR 40/1929, 550, TD 842: 23.1.1984.

<sup>48</sup> Siehe einen Entwurf vom Abteilungsdirektor für eine Erklärung des Generalsekretärs vor den Mitgliedsstaaten: Opening Statement of Item 7 of the Agenda (11th Session of the Board, 26.7.1971), k.D., UNCTAD ARR 40/1929, 546, TD 804.

Projekten [zu führen]“<sup>49</sup>. Die Modellkonkurrenz, die für den Kalten Krieg so charakteristisch war, konnte auch als Erfahrungsreservoir fungieren.

Aus dem hybriden Charakter des UNCTAD-Vorhabens erklärte sich auch das besondere Interesse der UNCTAD für die „trilaterale industrielle Kooperation“<sup>50</sup>. Diese war ein Ausdruck der Détente und bestand in einer Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus dem Westen, aus dem Osten und aus den Entwicklungsländern (↗*Interdependenz*). Die ersten boten die Technologien und Maschinen und die zweiten die mittlere technische Belegschaft an, die dann für die Umsetzung vor Ort zuständig war, während das Entwicklungsland, das das Projekt empfing, Arbeitskräfte bzw. Rohstoffe zur Verfügung stellen sollte.<sup>51</sup> Solche Projekte weckten ein außerordentliches Interesse in der TRADSOC-Abteilung, denn die Ost-West-Kooperation sollte so zugunsten der Entwicklungsländer genutzt werden.<sup>52</sup> Zudem aber setzten diese Projekte auch einen Technologietransfer von Westen nach Osten voraus, und die Behandlung des Ost-West-Handels konnte auf diese Weise schließlich wieder auf die Tagesordnung gelangen.

## Fazit

Die Ordnungsvorstellung des Kalten Krieges wurde in der UNCTAD nie völlig aufgehoben. Sowohl in ihrer Entstehung als auch in ihrer Tätigkeit wurde die UNCTAD durch den Kalten Krieg und die verschiedenen, oft konfliktreichen Positionen der westlichen bzw. östlichen Länder beeinflusst. Die UNCTAD reproduzierte jedoch nicht die Ordnungsvorstellung des Kalten Krieges. Sicher: Sie hinterlies auch in der UNCTAD ihre Spuren. Zugleich zeigt sich aber auch, dass sich die Ordnung des Kalten Krieges modifizieren und für Interessen nutzen ließ, die außerhalb des Referenzrahmens Kalter Krieg lagen. Für die internationalen Organisationen wie die UNCTAD war daher der Kalte Krieg nicht nur ein Hindernis in ihrer Tätigkeit, sondern auch eine bedeutende Ressource. Denn da der Kalte Krieg in einem Konflikt zwischen den Großmächten und zugleich in einer Konkurrenz zwischen Systemen bestand, ergab sich für die internationalen Organi-

<sup>49</sup> Brief von Tom Ganiastos, 16.12.1977, UNCTAD ARR 40/1929, TD 588/1(3).

<sup>50</sup> Siehe Transfer of technology, tripartite industrial co-operation, Januar 1976–April 1985, UNCTAD ARR 40/1929, 549, TD 820/12.

<sup>51</sup> Vgl. Arkwright/Gutman: Coopération industrielle tripartite.

<sup>52</sup> Der Direktor der Abteilung, Mihail Pankine, wurde 1975 von der *International Economic Association* zu einer internationalen Tagung in Dresden eingeladen, um zu diesem Thema vorzutragen. Siehe den Vortrag unter UNCTAD and tripartite industrial co-operation, 25.3.1976, UNCTAD ARR 40/1929, 550, TD 830.

sationen die Möglichkeit, diese Konkurrenz strategisch zu nutzen, um ihre eigene Ziele zu erreichen.

## Literatur und publizierte Quellen:

Bockman, Johanna: Socialist Globalization against Capitalist Neocolonialism. The Economic Ideas behind the New International Economic Order, in: *Humanity. An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development* 6 (2015), Heft 1, S. 109–128.

Merloz, Georges: *La CNUCED. Droit international et développement*, Bruxelles 1980.

Corea, Gamani/UNCTAD: *The History of UNCTAD 1964–1984*, New York 1985.

Arkwright, Francis/Gutman, Patrick: La coopération industrielle tripartite entre pays à systèmes économiques et sociaux différents de l'Ouest de l'Est et du Sud, in: *Politique étrangère* 40 (1975), Heft 6, S. 621–655.

UN-Department of Economic and Social Affairs: *Planning for economic development. Band 2: Studies of national planning experience, Teil 2: Centrally planned Economies*, New York 1965.



# Die Autoren des Bandes

**Silvia Berger Ziauddin** ist Assoziiertes Mitglied am Zentrum Geschichte des Wissens der ETH Zürich und der Universität Zürich sowie Lehrbeauftragte am Historischen Seminar der Universität Zürich. Zu Ihren Forschungsinteressen gehören die Wissensgeschichte des Kalten Krieges, die Geschichte der Sekurisierung und Bunkerisierung im 20. Jahrhundert, die Geschichte des Zivilschutzes in transnationaler Perspektive, die Geschichte des Untergrunds und vertikaler Infrastrukturen vom 19. bis 21. Jahrhundert sowie die Geschichte der Bakteriologie und der Seuchen. Ihre wichtigsten Publikationen sind: *Bakterien in Krieg und Frieden. Eine Geschichte der medizinischen Bakteriologie in Deutschland, 1890–1933*, Göttingen 2009; *Der kalte Krieg. Kältegrade eines globalen Konflikts* (hrsg. zusammen mit Christa Wirth und David Eugster), Zürcher Jahrbuch für Wissensgeschichte 13/2017; *Superpower Underground. Switzerland's Rise to Global Bunker Expertise in the Atomic Age*, in: *Technology and Culture* 58 (2017) Heft 4, S. 921–954.

**Astrid Böttcher** promovierte an der niederländischen Universität Leiden bei Alex P. Schmid und Edwin Bakker (Institute of Security and Global Affairs in Den Haag) zu den Begriffen Radikalismus und Extremismus. Sie arbeitet als Lehrbeauftragte an verschiedenen Hochschulen in Berlin. Als PhD Studentin (und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Privatuniversität Witten/Herdecke), veröffentlichte sie zusammen mit Miroslav Mareš das Lehrbuch „Extremismus: Theorien, Konzepte, Formen“ München 2012; Neben zahlreichen Beiträgen in Zeitschriften und Sammelbänden ist ein weitere Publikation „Cyber-Sicherheit“ (hrsg. zusammen mit Hans-Jürgen Lange), Berlin 2015.

**Michel Christian** ist Postdoc an der Universität Genf. Zu seinen Forschungsinteressen gehören die Gesellschaftsgeschichte der kommunistischen Parteien und die verschiedenen Formen der Entwicklungspolitik in ihren Beziehungen zum Kalten Krieg. Seine jüngsten Publikationen sind: *Camarades ou apparatchiks? Les communistes en RDA et en Tchécoslovaquie (1945–1989)*, Paris 2016; „It is not possible to allow past mistakes to come again“. Recruiting policy in the Communist party of Czechoslovakia in the 1970s and the 1980s, in: Rüdiger Bergien und Jens Gieseke (Hg.), *Communist Parties Revisited. Socio-Cultural Approaches to Party Rule in the Soviet Bloc, 1956–1991*, New York 2018; „It is not a question of rigidly planning trade“. The United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) and the Regulation of International Trade in the 1970s, in: *Planning in the Cold War. Competition, Cooperation, Circulations* (hrsg. zusammen mit Ondřej Matějka und Sandrine Kott), Berlin 2018 (im Erscheinen).

**Sophia Dafinger** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg. Sie ist Doktorandin im von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekt „Tod aus der Luft“. Ihr kurz vor dem Abschluss stehendes Dissertationsprojekt trägt den Titel „Experten der Gewalt. Wissenschaftliche Expertise für Krieg und Kriegsbewältigung nach 1945.“ Ihr Interessenschwerpunkt liegt auf dem Kalten Krieg, den sie am Beispiel des Luftkrieges – insbesondere dessen Wissensbestände und Experten – in den Blick nimmt. Auch zum Nationalsozialismus und insbesondere zu den komplexen Judenverfolgung und Exil hat sie gearbeitet. Ihre wichtigsten Publikationen sind bisher: *Das „Krisenverhalten“ der Sowjetunion verstehen. Der US-amerikanische Experte Leon Gouré im Kalten Krieg*,

in: Osteuropa (in Vorbereitung); „viel schauerliches und viel groteskes“. Lion Feuchtwangers Deutung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, in: *Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch* 34 (2016), S. 205–225.

**Martin Deuerlein** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen. Seine Interessenschwerpunkte liegen im Bereich der Historisierung globalistischer Weltdeutungen und auf der Geschichte internationaler Politik. Der Beitrag zu diesem Band ist aus seinem Ende 2017 eingereichten Dissertationsprojekt mit dem Arbeitstitel „Das Zeitalter der Interdependenz. Globalismus und internationale Politik in der Hochmoderne“ hervorgegangen. Zu seinen bisherigen Veröffentlichungen zählen: *Die Sowjetunion in Afghanistan: Deutungen und Debatten, 1978–2013*, in: Tanja Pentter/Esther Meier (Hg.): *Sovietnam? Die UdSSR in Afghanistan 1979–1989*, Paderborn 2016, S. 219–318; *Goldenes Zeitalter der Stagnation? Perspektiven auf die sowjetische Ordnung der Brežnev-Ära* (hrsg. zusammen mit Boris Belge), Tübingen 2014.

**Jürgen Dinkel** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Leipzig. Er interessiert sich u. a. für Themen der internationalen Geschichte, der Familiengeschichte und der Geschichte sozialer Ungleichheit. Seine wichtigsten Publikationen sind: *Die Bewegung Bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik, 1927–1992*, Berlin 2015; „Dritte Welt“. Geschichte und Semantiken, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 6. 10.2014; *Erben und Vererben in der Moderne. Erkundungen eines Forschungsfeldes*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 56 (2016), S. 81–108; sowie *Die Bewegung Bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik (1927–1992)*, München 2015.

**Emmanuel Droit** ist seit Sommer 2017 Inhaber der Professur für zeitgenössische Geschichte der internationalen Beziehungen an der Sciences Po Strasbourg. Zu seinen vielfältigen Interessen gehört vor allem die Geschichte der DDR. Hier hat er zur Bildungs- und Schulpolitik sowie zu den Geheimdiensten in transnationaler Perspektive geforscht. Seine wichtigsten Publikationen sind: *Vorwärts zum neuen Menschen? Die sozialistische Erziehung in der DDR (1949–1989)*, Köln/Weimar 2013; *Die ostdeutsche Gesellschaft. Eine transnationale Perspektive* (hrsg. zusammen mit Sandrine Kott). Berlin 2006; *La fin de l'histoire du temps présent telle que nous l'avons connue. Plaidoyer franco-allemand pour l'abandon d'une singularité historiographique* (zusammen mit Frank Reichherzer), *Vingtième Siècle. Revue d'histoire*, 118 (2013) Heft 2, S. 121–145.

**Jan Hansen** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu seinen Forschungsinteressen gehören die Kultur- und Gesellschaftsgeschichte des Kalten Krieges sowie die Alltags- und Erfahrungsgeschichte von Infrastrukturen. Seine wichtigsten Publikationen sind *Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987)*, Berlin 2016 sowie der Sammelband *Making Sense of the Americas. How Protest Related to America in the 1980s and beyond* (hrsg. zusammen mit Christian Helm und Frank Reichherzer), Frankfurt 2015.

**Dieter H. Kollmer** ist Oberstleutnant und Historiker Stabsoffizier am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. Er hat Lehraufträge an der Universität Potsdam und der Universität der Bundeswehr München. Zu seinen Forschungsinteressen gehören der Wirtschaftsgeschichte, der Kalte Krieg, Rüstung sowie die Deutsch-Dänischen Bezie-

hungen. Wichtige Publikationen: Rüstungsgüterbeschaffung in der Aufbauphase der Bundeswehr (1953–1961). Der Schützenpanzer HS 30 als Fallbeispiel, Stuttgart 2002; Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg, (hrsg. von ihm) Freiburg 2015; Der Bundestagsausschuss für Verteidigung. Der Ausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit/Ausschuss für Verteidigung Juli 1955 bis Januar 1956, (hrsg. zusammen mit Dorothee Hochstetter), Düsseldorf 2017.

**David Kuchenbuch** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Justus-Liebig-Universität Gießen. Er forscht gegenwärtig zur historischen Semantik und Mediengeschichte der Globalitäten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wichtigste Publikationen sind: Das Peckham-Experiment. Eine Mikro- und Wissensgeschichte des Londoner „Pioneer Health Centre“ im 20. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar 2014; Geordnete Gemeinschaft. Architekten als Sozialingenieure. Deutschland und Schweden im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2010.

**Tobias Nanz** ist Medien- und Kulturwissenschaftler und arbeitet als Postdoktorand im ERC Starting Grant „The Principle of Disruption“ an der TU Dresden. Er forscht zur Geschichte des Roten Telefons und der Hotline sowie zu den Kulturtechniken und zur Medientheorie. Aktuelle Publikationen: Medien als Akteure der Außenbeziehungen. Überlegungen zur Krisenkommunikation im Kalten Krieg, in: Peter Hoeres/Anuschka Tischer (Hg.), Medien der Außenbeziehungen von der Antike bis zur Gegenwart, Köln u. a. 2017, S. 91–111; Vor dem Atomkrieg. Zum Ereignis in Stanley Kubrick „Dr. Strangelove“ und „The Delicate Power of Balance“, in: Zeitschrift für deutsche Philologie, Sonderheft: Ereignis Erzählen, Anna Häusler/Martin Schneider (Hg.), Berlin 2016, 193–205; Laute, Bilder, Texte. Register des Archivs, (hrsg. zusammen mit Alf Lüdtke), Göttingen 2015.

**Frank Reichherzer** ist Wissenschaftlicher Oberrat am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. Dort arbeitet er zurzeit an einer Chronogeschichte des Krieges und des Militärs in der Moderne. Neben Zeit-Geschichte und Zeitgeschichte interessiert er sich auch für die Geschichte des Kalten Krieges und fragt sich, was überhaupt hinter diesem Begriff steckt. Im Mix aus Methoden nutzt er gerne ideen- und wissensgeschichtliche Ansätze. All dies lässt er auch mit in die Lehre einfließen. Er unterrichtet an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu seinen wichtigen und letzten Publikationen gehören: „Alles ist Front!“. Wehrwissenschaften und die Bellifizierung der Gesellschaft vom Ersten Weltkrieg bis in den Kalten Krieg; der Sammelband Making Sense of the Americas. How Protest Related to America in the 1980s and beyond (hrsg. zusammen mit Jan Hansen Christian Helm), Frankfurt am Main 2015; jüngst ist erschienen „A struggle of gear and invention“. Zur Mobilmachung der Ideen und zur Organisation des Wissens im industrialisierten Krieg, in: Christian Stachelbeck (Hg.): Materialschlachten 1916. Ereignis, Bedeutung, Erinnerung, Paderborn 2017, S. 265–287.

**Isabell Schrickel** ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Center for Global Sustainability and Cultural Transformation der Leuphana Universität und der Arizona State University. Zu ihren Forschungsinteressen gehören die Medien- und Wissenschaftsgeschichte des Kalten Krieges und die Epistemologie der Umweltwissenschaften. Ihre letzten Publikationen waren: Control versus Complexity: Approaches to the Carbon Dioxide Problem at IIASA, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte (2017) Heft 3; zusammen mit G. Schmiege u. a.: Modeling Normativity in Sustainability. A Comparison of the Sustainable Development Goals, the Paris Agreement, and the Papal Encyclical, in: Sustainability Science Heft (2017), <https://doi.org/10.1007/s11625->

017-0504-7 (12.12.2017); Zur Adaption epistemischer Verfahren der Meteorologie in Alexander Kluges *Vierzehn Arten, den Regen zu beschreiben*, in: Urs Büttner und Ines Theilen (Hg.): *Phänomene der Atmosphäre. Ein Kompendium Literarischer Meteorologie*. Stuttgart 2017.

**Peter Schuld** hat Politikwissenschaft und Militärgeschichte in Mannheim und Potsdam mit Schwerpunkt auf Außen- und Sicherheitspolitik studiert. Er beschäftigt sich insbesondere mit der ganzheitlichen Betrachtung von politischen und militärischen Konflikten im 20. und 21. Jahrhundert. Zu seinen Forschungsinteressen zählen die außenpolitischen Beziehungen Deutschlands, der post-sowjetische Raum sowie die Region des Nahen Ostens und Nordafrikas. Seine wichtigste Publikation bisher ist hier in diesem Band erschienen.

**Grischa Sutterer** promoviert am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Mannheim über die Entstehung britischer Private Military Companies im Kalten Krieg. Zu seinen Forschungsinteressen zählen die politische Ideengeschichte sowie die Militärgeschichte mit Fokus auf den Kalten Krieg und die Zwischenkriegszeit. Veröffentlichung: *Ordnungsvorstellungen im deutschen Offizierskorps 1915 – 1923*. Friedrich von Boetticher, Oskar von Niedermayer, Hans von Seeckt, Frankfurt am Main 2017.

**Annette Vowinckel** leitet die Abteilung Zeitgeschichte der Medien- und Informationsgesellschaft am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und lehrt Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu ihren Forschungsinteressen gehören die historische Bildforschung sowie die Kultur- und Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts. Ihre wichtigsten Publikationen sind: *Agenten der Bilder. Fotografisches Handeln im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2016; *Flugzeugentführungen. Eine Kulturgeschichte*, Göttingen 2011; *European Cold War Cultures. Perspectives on Societies in the East and the West*, (hrsg. zusammen mit Marcus Payk und Thomas Lindenberger) New York 2012.

**Phillip Wagner** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zu seinen Forschungsinteressen gehören die Geschichte der Bildung und Demokratie, des Internationalismus und der Stadt(-planung) in Europa und Nordamerika im 19. und 20. Jahrhundert. Zu seinen wichtigsten Publikationen zählen: *Stadtplanung für die Welt? Internationales Expertenwissen 1900 – 1960*, Göttingen 2016; *Between National Socialism and Expert Internationalism. Karl Strölin and Transnationalism in Urban Planning*, in *European Review of History* (2018), (im Erscheinen) und *New Life for American Downtowns? The 1958 International Seminar on Urban Renewal and the Travel of Planning Ideas in the North Atlantic World*, in: *Planning Perspectives* 2 (2014), S. 189 – 208.

**Andreas Weiß** ist assoziiertes Mitglied am Georg-Eckert-Institut in Braunschweig. Zu seinen Forschungsinteressen gehören die Geschichte der Europäischen Integration, transnationale Beziehungen zwischen Europa und Asien und Imperialismusgeschichte. Seine wichtigsten Publikationen: *Asiaten in Europa. Begegnungen zwischen Asiaten und Europäern 1880 – 1914*. Paderborn 2016; zusammen mit Manuel Müller und Tobias Reckling (Hrsg.): *Communicating European Integration*, *Journal of Contemporary Research* Jahrgang 10 (2014) Heft 1; „Fortress Europe“ or „Europe as Empire“ – Conflicts between different EU long-term Strategies and its Effects on the Representation of Europe, in: *Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung* 22 (2012) Heft 6, S. 61 – 79; „Colonialism and Violence: Alleged Transfers and Political Instrumentalisation“, in: Feuchter, Jörg; Hoffmann, Friedhelm;

Yun, Bee (Hrsg.): *Cultural Transfers in Dispute. Representations in Asia, Europe, and the Arab World since the Middle Ages*, Frankfurt am Main 2011, S. 193–210.

**Heike Wieters** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichtswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu ihren Forschungsinteressen gehören die Geschichte des Humanitarismus, internationale Unternehmensgeschichte und die Geschichte sozialer Sicherheit im europäischen Vergleich. Ihre wichtigsten Publikationen sind: *The NGO Care and Food Aid from America. 'Showered with Kindness'?*, Manchester 2017; *Reinventing the Firm: From Post-war Relief to International Humanitarian Agency*, in: *European Review of History* 23 (2016) Heft 1–2, S. 116–135; *Ein soziales Europa als Herausforderung. Von der Harmonisierung zur Koordination sozialpolitischer Kategorien*, (hrsg. zusammen mit Mit Karim Fertikh und Bénédicte Zimmermann), Frankfurt am Main 2018 (im Erscheinen).

